

2017

band 5, heft 1/2

www.zeitschrift-suburban.de

suburban

zeitschrift für kritische stadtforschung

Einleitung

*Nina Gribat, Justin Kadi, Jan Lange,
Yuca Meubrink, Jonas Müller*

aufsätze

Raumordnungspolitik als
Verdichtung politischer
Kräfteverhältnisse

Michael Mießner

Die Durchsetzung des
„Stadtumbau Ost“

Matthias Bernt

Die Abschöpfung des
Planungsmehrwerts als
Repolitisierung der Planung?

Ilse Helbrecht, Francesca Weber-Newth

Smarte Städte

Sybille Bauriedl, Anke Strüver

debatte

Wer plant die Planung?

*Lucius Burckhardt, kommentiert von Wolf
Reuter, Beate Binder, Jens S. Dangschat,
Monika Grubbauer, Michael Guggenheim,
Stadt von unten, Iris Dzudzek*

Mit Bourdieu in die Stadt

*Loïc Wacquant, kommentiert von
Katharina Manderscheid, Christoph
Haferburg, Lars Meier, Boike Rehbein*

magazin

Bewegung handhaben

Christian von Wessel

Queer inclusive planning

Rogério de Jesus Pereira Lopes

Zur Kunst des Gehens

Sören Groth, Jakob Hebsaker, Lucas Pohl

Planbude St. Pauli

*Renée Tribble, Patricia Wedler,
Volker Katthagen*

Interessenskonflikt im
Basler Hafenaerial

Reto Bürgin

Politisches Planen

Axel Schubert

rezensionen

themenschwerpunkt

Planung als
politische
Praxis

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2017, Band 5, Heft 1/2
Planung als politische Praxis
ISSN 2197-2567

Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Heftkoordination für diese Ausgabe

Nina Gribat, Justin Kadi, Jan Lange, Yuca Meubrink, Jonas Müller

Autor_innen dieser Ausgabe

Stefania Animento, Sybille Bauriedl, Matthias Bernt, Beate Binder, Lucius Burckhardt, Reto Bürgin, Jens S. Dangschat, Iris Sabine Dörry, Dzudzek, Nina Gribat, Sören Groth, Monika Grubbauer, Michael Guggenheim, Christoph Haferburg, Jakob Hebsaker, Ilse Helbrecht, Justin Kadi, Volker Katthagen, Jan Lange, Rogério de Jesus Pereira Lopes, Katharina Manderscheid, Lars Meier, Yuca Meubrink, Michael Mießner, Jonas Müller, Lucas Pohl, Boike Rehbein, Wolf Reuter, Antonie Schmitz, Axel Schubert, Stadt von Unten, Anke Strüver, Renée Tribble, Loïc Wacquant, Francesca Weber-Newth, Patricia Wedler, Christian von Wissel

Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch jnb@posteo.de, Theresa George th.george@posteo.de (Lektorat)
Robert Hänsch signtific@jpbberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Originalbild von Francisco Calbet, verändert durch s u b \ u r b a n

Förderung

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe wurde durch die Humboldt-Universitäts-Gesellschaft (HUG), Verein der Freunde, der Ehemaligen und Förderer e. V. gefördert. Die Debatte zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“ wurde von der Lucius und Annemarie Burckhardt Stiftung unterstützt.

Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de.

Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub\urban e.V.

Bank: GLS Bank – IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt „Planung als politische Praxis“

	Editorial	5	
Aufsätze	Einleitung: Planung als politische Praxis <i>Nina Gribat, Justin Kadi, Jan Lange, Yuca Meubrink und Jonas Müller</i>	7	SCHWERPUNKT
	Raumordnungspolitik als Verdichtung politischer Kräfteverhältnisse <i>Michael Mießner</i>	21	
	„Keine unklugen Leute“. Die Durchsetzung des „Stadtumbau Ost“ <i>Matthias Bernt</i>	41	
	Die Abschöpfung des Planungsmehrwerts als Repolitisierung der Planung? Eine neue Perspektive auf die aktuelle Wohnungsfrage <i>Ilse Helbrecht und Francesca Weber-Newth</i>	61	
	Smarte Städte. Digitalisierte urbane Infrastrukturen und ihre Subjekte als Themenfeld kritischer Stadtforschung <i>Sybillie Bauriedl und Anke Strüver</i>	87	
Debatte	Wer plant die Planung? (1974) <i>Lucius Burckhardt</i>	105	SCHWERPUNKT
	1974 – Markierung einer Wende <i>Wolf Reuter</i>	115	
	„Die Entscheidung ist ausgelöst in der Zeit“ <i>Beate Binder</i>	125	
	Macht und Herrschaft, aber auch Werte und institutionelle Settings – sie bestimmen die Raumplanung <i>Jens S. Dangschat</i>	131	
	Perspektiven einer Politisierung von Planungsprozessen jenseits lokaler Mobilisierungen <i>Monika Grubbauer</i>	137	
	Was macht die Planung? Theoretische Lockerungen mit ANT <i>Michael Guggenheim</i>	147	
	Wer plant die Planung? Ein Vorschlag <i>Stadt von Unten</i>	153	
	Wem gehört die Planung? Recht auf Stadt jenseits des Kolumbus-Syndroms <i>Iris Dzudzek</i>	163	
	Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen <i>Loïc Wacquant</i>	173	
	Reflexionen zu räumlicher Nähe und sozialer Distanz <i>Katharina Manderscheid</i>	197	
Post-urbanisierte Städte in globaler Perspektive <i>Christoph Haferburg</i>	205		
Ortseffekte oder Bourdieu und die Ausrufung des Ghettos <i>Lars Meier</i>	215		
Physischer Raum und Herrschaft <i>Boike Rehbein</i>	221		

Magazin

Bewegung handhaben oder: Planung als Problem? Eine Einladung das Denken der Stadtplanung am Beispiel infrastruktureller Praxis im peri-urbanen Raum von Mexiko-Stadt zu hinterfragen <i>Christian von Wissel</i>	225
Queer inclusive planning. Raumannsprüche und queeres Selbstverständnis in einer heteronormativen Gesellschaft <i>Rogério de Jesus Pereira Lopes</i>	243
Kunst des Gehens. Taktiken im Ort des Automobils <i>Sören Groth, Jakob Hebsaker und Lucas Pohl</i>	257
PlanBude Hamburg. Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung <i>Renée Tribble, Patricia Wedler und Volker Katthagen (PlanBude, Hamburg)</i>	267
Interessenskonflikt im Basler Hafenaerial. Wie Widerständige Lucius Burckhardts Planungskritik neu interpretieren <i>Reto Bürgin</i>	277
Planung als politische Praxis? Zum emotionalen Risikomanagement praktischen Verhaltens <i>Axel H. Schubert</i>	287

SCHWERPUNKT

Rezensionen

Race Matters... Still <i>Yuca Meubrink</i>	295
Finanzialisierung der Hypotheken- und Bodenmärkte: Macht der Staat das Wohnen teuer? Eine Sammelrezension <i>Sabine Dörry</i>	301
Blackbox Verdrängung: Die vergessene Seite der Medaille <i>Stefania Animento</i>	308
„Unternehmen Sie etwas!“ <i>Antonie Schmitz</i>	315

Editorial

Liebe Leser_innen,

der Themenschwerpunkt „Planung als politische Praxis“ widmet sich den Konflikten, Widersprüchen, Widerständen und (Alltags-)Praktiken der räumlichen Planung. Zu häufig wird Planung noch immer als technische, rationale Form der ‚öffentlichen Problemlösung‘ verstanden und zu selten als konfliktreicher gesellschaftlicher Aushandlungsprozess mit Verlierer_innen und Gewinner_innen. Die im Heftschwerpunkt versammelten Aufsätze, Debatten- und Magazinbeiträge nähern sich der Planung als politischer Praxis aus unterschiedlichen disziplinären und methodischen Blickwinkeln sowie anhand verschiedener empirischer Fallbeispiele. Der Themenschwerpunkt wird durch Aufsätze von Ilse Helbrecht und Francesca Weber-Newth, Michael Miessner und Matthias Bernt eröffnet. In der Debatte greifen wir die Frage nach der politischen Dimension der Planung anhand des Textes „Wer plant die Planung?“ von Lucius Burckhardt von 1974 auf. Wir freuen uns über die Kommentare zu Burckhardts Text, die Wolf Reuter, Monika Grubbauer, Michael Guggenheim, Jens Dangschat, Beate Binder, Stadt von unten und Iris Dzudzek aus ihren jeweils unterschiedlichen Perspektiven auf Stadtforschung und -planung verfasst haben. Im Magazinteil schreiben Axel Schubert; Sören Groth, Jakob Hebsaker und Lucas Pohl; Renée Tribble, Patricia Wedler und Volker Katthagen; Christian von Wissel; Reto Bürgin und Rogerio de Jesus Pereira Lopes. Yuca Meubrink rundet den Schwerpunkt mit einer Buchrezension ab. In der thematischen Einleitung des Schwerpunkts führen wir in die Beiträge ein und bringen die verschiedenen Perspektiven etwas ausführlicher miteinander in Zusammenhang.

Das Titelbild des Hefts haben wir speziell für diesen thematischen Schwerpunkt ausgewählt. Aufgenommen im Barcelona der frühen 1980er Jahre zeigt es zwei Schachspieler auf einem besetzten Gelände der Fabrik Espanya Industrial. Noch in den letzten Jahren der Diktatur hatten Anwohner_innen bewirkt, dass dieser und viele andere Räume in der Stadt rekommunalisiert wurden, um Einrichtungen des Gemeinbedarfes zu schaffen und öffentliche Flächen anzulegen. Später ist die Stadt für öffentlichen Räume wie das

inzwischen dort existierenden Gemeindezentrum und den angrenzenden Parc de la Espanya Industrial gefeiert worden. Doch zunächst hielt sich die neugewählte Stadtregierung mit dem Handeln zurück und das Gelände blieb abgesperrt. Die Anwohner_innen besetzten es und bildeten das soziale Zentrum, in dem weniger Tage später das Schachspiel stattfand. Erst durch diesen politischen Akt sah sich die sozialdemokratische Stadtregierung gezwungen, die nachgefragten Einrichtungen zu schaffen. Auch Pläne der Anwohner_innen, das Erbe der Arbeitergeschichte als Industriedenkmale im Park zu erhalten, wurden übergangen. Die neue Planungspolitik kreierte einen langanhaltenden ‚Konsens‘ ohne die Partizipation jener Kräfte, die sie zur Regierung erhoben hatten. In der Zeit des Umbruchs am Ende der Diktatur hätte das Planungsverständnis eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe werden können. Es wandelte sich dagegen alsbald zur Entwicklung neuer Visionen am Reißbrett.

Der Themenschwerpunkt wird von Jan Lange und Jonas Müller gemeinsam mit Nina Gribat, Justin Kadi und Yuca Meubrink aus der Redaktion herausgegeben. Für die gute Zusammenarbeit mit den beiden externen Herausgebern – von der Konzeption des Call for Papers bis zur Produktionsphase des Heftes – möchten wir uns herzlich bedanken.

Der thematisch offene Teil des Hefts fördert weitere Beiträge aus der Welt der kritischen Stadtforschung zutage. Im Zentrum steht dabei in diesem Heft eine Debatte zu Loïc Wacquants neuestem Text „Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen“. Wacquant fragt darin nach dem Beitrag von Bourdieus früher Forschung zu einer kritischen soziologischen Stadtforschung. Eine englische Version des Textes ist gerade im *International Journal of Urban and Regional Research* erschienen. Wir freuen uns außerordentlich, eine leicht überarbeitete Form des Textes, hier von Stephan Elkins ins Deutsche übersetzt, zur Debatte stellen zu können. Katharina Manderscheid, Christoph Haferburg, Lars Meier und Boike Rehbein kommentieren Wacquants Argumentation aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven. Eine Replik von Wacquant wird im nächsten Heft erscheinen und bereits vorab online zugänglich sein. Weitere Beiträge im offenen Teil des Heftes sind ein Aufsatz von Sybille Bauriedl und Anke Strüver zu Smart Cities sowie drei Rezensionen von Sabine Dörry, Antonie Schmiz und Stefania Animento.

Das nächste Heft, das für Herbst 2017 terminiert ist, wird sich dem Thema „Stadt der Reproduktion“ widmen. Wir freuen uns über Beiträge zu diesem Schwerpunkt und auch immer zu weiteren Themen der kritischen Stadtforschung für den offenen Teil eines jeden Heftes.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Eure s u b \ u r b a n -Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer



Planung als politische Praxis

Zur Einleitung in den Themenschwerpunkt

Nina Gribat, Justin Kadi, Jan Lange,
Yuca Meubrink und Jonas Müller

In den letzten Jahren ist im deutschsprachigen Raum ein verstärktes gesellschaftliches Interesse an räumlicher Planung und deren Mitgestaltung wahrnehmbar. Insbesondere die Diskussionen über konkrete Großprojekte, wie etwa den Berliner Flughafen oder Stuttgart 21, aber auch die Formierung neuer sozialer Bewegungen, wie etwa Recht-auf-Stadt-Netzwerke in verschiedenen Städten, verdeutlichen dies. Parallel dazu wird in der deutschsprachigen und anglo-amerikanischen Planungstheorie die Konflikthaftigkeit von Planungsprozessen wieder zunehmend in den Fokus genommen. Dieses erneute Interesse am Konflikt hebt sich ab von Debatten, die über viele Jahre zu konsensualen Ansätzen der Zusammenarbeit der Politik mit anderen Akteursgruppen geführt wurden, beispielsweise im Kontext der Governance-Forschung. Mit der kommunikativen Planungstheorie hat sich seit den späten 1980er Jahren passend dazu das Ideal einer weitgehend auf Vermittlung abzielenden Planungspraxis verfestigt. Demgegenüber mehren sich nun jedoch zunehmend Denkansätze wie das neue Theorieangebot des Agonismus (vgl. u. a. Roskamm 2015a, b), der Planung (wieder) als einen politischen Aushandlungsprozess zu fassen versucht, in dem Konflikte nicht konsensual lösbar sind.

Der vorliegende Themenschwerpunkt greift solche Überlegungen auf und möchte verschiedene Perspektiven auf Planung als politische (Alltags-) Praxis diskutieren. Der Startpunkt ist dabei ein grundlegendes Verständnis von Planungspraxis als kontingentes soziales Aushandlungsfeld. Je nach theoretischer Perspektive werden Planungsprozesse dabei im Kontext der sie prägenden Arrangements aus Akteursallianzen, administrativen und materiellen Rahmenbedingungen, alltagsweltlichen und epistemologischen Orientierungen gesehen, die durch Problemwahrnehmungen, angewandte Technologien und sich entwickelnde Rationalitäten formiert und strukturiert werden. Das politische Moment der Planung beschränkt sich dabei nicht allein auf die Privilegierung einer spezifischen raumbezogenen Lösung und auf einen bestimmten Prozessausschnitt. Vielmehr sind jeder Planungsphase politische Momente eingeschrieben, von der Identifizierung eines ‚Problems‘ über Konflikt- und Konsensbildungsprozesse, die Zielfestlegung des Planentwurfs bis zur Umsetzung und Evaluierung. Darüber hinaus

hinterfragen wir im vorliegenden Themenschwerpunkt Konzeptionen der Planung als einen rational-linearen oder konsensorientierten Prozess und knüpfen dabei an verschiedene Kritiken an (vgl. Webber/Rittel 1973, Yiftachel/Huxley 2000, Purcell 2009). Der planungstheoretischen Beobachtung einer möglichen (Re-)Politisierung von Planung steht eine als weitgehend ‚post-politisch‘ analysierte Planungspraxis gegenüber. Diese postpolitische Planungspraxis klammere gesellschaftliche Fragen, Kritik und die prinzipielle Aushandlung unterschiedlicher Interessen durch institutionalisierte und konsensorientierte Mechanismen zunehmend aus und dränge sie aus dem Bereich der Öffentlichkeit hinaus (vgl. Swyngedouw 2013 sowie s u b \ u r b a n 1/2 „Die postpolitische Stadt“). Wie kann das Politische in der (Alltags-)Praxis der Planung neben solchen übergeordneten Zeitdiagnosen einer „konsensuellen Postpolitik“ (Swyngedouw 2013: 147) oder einer neuen Theorie einer agonistischen Planung (wieder) analysier- und theoretisch wie praktisch verhandelbar werden? Welche anderen Ansätze gibt es neben der Post-Politik und dem Agonismus? Welche Impulse ergeben sich daraus für die kritische Stadtforschung?

Ansätze, die unsere Perspektive auf die Planung als politische Praxis stützen, finden sich außer in der Planungsgeschichte und -theorie insbesondere in der Politikwissenschaft, der Geographie und der Anthropologie. Wir möchten diese Spuren zur besseren Orientierung im Folgenden kurz nachzeichnen. Dabei ist jedoch zu betonen, dass wir nicht den Anspruch haben alle Spuren systematisch aufzulisten.

Historische Bezüge: Planung als politische Praxis in den 1960/70ern

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren entwickelte sich die Stadt- und Regionalplanung im Zuge der Studienreformen und -proteste, die auch an Architekturfakultäten in Deutschland ausgetragen wurden, zusehends zu einer eigenen akademischen/universitären Disziplin[1] (Gribat et al.: im Ersch.). Ausgehend vom Feindbild des ‚Künstlerarchitekten‘ hatten sich an den Architekturfakultäten unterschiedliche Reformströmungen entwickelt: „Mit der Verlagerung auf politisch-ökonomische Zielsetzungen löst sich die Planung endgültig ab vom Werkscharakter einer der traditionellen Architektur verhafteten ‚Stadtbaukunst‘“ (Autorenkollektiv der Fachschaft Architektur 1970: 1499). Angetrieben vom Ziel, eine größere gesellschaftliche Relevanz zu erreichen, vollzog sich eine Emanzipierung der Stadt- und Regionalplanung von der Architektur. Neue Institute und Studiengänge bzw. spezifische Abschlüsse wurden an verschiedenen deutschen Universitäten eingerichtet, eingebettet in unterschiedliche institutionelle Entwicklungen[2]. Zu dieser Zeit wurden Forderungen für eine Politisierung der Planungs- und Gestaltungsprozesse noch weitgehend parallel gestellt zu Aufrufen zu einer Rationalisierung beziehungsweise Verwissenschaftlichung von Architektur und Planung. Die Bestrebungen aktiver Studierender und junger Lehrender, für die Planung spezifische Wissensfelder, Methoden und Ansätze innerhalb der entstehenden Planungsliteratur abzustecken, wurden durch offene und vielfältige interdisziplinäre Anschlüsse ermöglicht: Bezüge wurden gleichsam hergestellt zu diversen soziologischen, politikwissenschaftlichen,

sozial-psychologischen, systemtheoretischen, technokratischen und volkswirtschaftlichen Debatten (siehe z. B. die ersten Jahrgänge der damals gegründeten Zeitschrift *ARCH+*, die zu dieser Zeit den Untertitel „Studienhefte für architekturbezogene Umweltforschung und –planung“ trug). Es wurde rezipiert, was der Theoriebildung in der Planung zuträglich schien, und das war eine Menge: unter anderem Studien, die Planungspraxis untersuchten (z. B. Berndt 1968), aber auch Entwicklungen aus ingenieurstechnisch geprägten Wissensbereichen, wie beispielsweise Bedarfsermittlung und Operations Research. Die ersten Jahre der Entwicklung der Planung als eigenständige akademische/universitäre Disziplin waren von einer großen Euphorie bezüglich der Möglichkeiten des sich parallel rasant entwickelnden Praxisfeldes[3] und der Offenheit der theoretischen Bezüge geprägt (Gribat et al.: im Ersch.).

In den frühen 1970er Jahren gab es eine Reihe von Autor_innen, die sich dezidiert mit dem politischen Anspruch der Planung auseinandersetzten (vgl. Scharpf 1973). So betonten zum Beispiel Rittel und Webber die grundsätzlichen Unterschiede zwischen (natur-)wissenschaftlichen und planerischen Problemstellungen. Während (natur-)wissenschaftliche Problemstellungen klar abgrenzbar und lösbar seien, handele es sich bei Planungsproblemen grundsätzlich um soziale, das heißt um ‚böartige‘ Probleme, da sie sich – aufgrund des stets kontingenten Charakters aller sozialen und historischen Phänomene – einer rationalen objektiven Einhegung zwangsläufig entziehen (Rittel/Webber 1973). Polit-ökonomische Ansätze setzten sich in dieser Zeit vor allem mit Analysen der Planung im Kontext der Produktionsbedingungen von Stadt und Gesellschaft auseinander. „Kapitalistischer Städtebau“ (Helms/Jansen 1970) war hierbei ebenso ein Thema wie Boden- und Wohnungspolitik. Zugleich ergaben sich im Rahmen der Berufsbilddebatte aus solchen Ansätzen intensive Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Rolle von Architekt_innen und Planer_innen im kapitalistischen Verwertungsprozess (Brake 1973) sowie mit der Lohnabhängigkeit von Architekt_innen (Hübener et al. 1973).

Die protestierenden Studierenden waren aber nicht nur an der Entwicklung neuer Debatten um Planung beteiligt. Sie experimentierten auch mit alternativen Planungspraktiken und entwickelten erste Ansätze der Stadtteilarbeit im Märkischen Viertel und in Kreuzberg in Westberlin. Sie versuchten gemeinsam mit Betroffenen Gegenpositionen zur damaligen Planungspraxis aus Kahlschlagsanierung und Großsiedlungsbau zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurde die Rezeption der Kritik von Jane Jacobs und Alexander Mitscherlich am funktionalistischen Städtebau und Wolf Jobst Siedlers Kritik an der Zerstörung der alten Stadt relevant. Gleichzeitig wurden im Kontext dieser frühen Versuche in der Stadtteilarbeit Ansätze rezipiert und zugleich vor Ort in Kreuzberg oder im Märkischen Viertel getestet, die in der anglo-amerikanischen Debatte seit Mitte der 1960er Jahre diskutiert wurden, wie zum Beispiel die Anwaltsplanung als Modell der Bürgerbeteiligung (*advocacy planning*, siehe z. B. die Ausgabe der *ARCH+* 9 von 1970 zum Thema „Advocacy Planning, Citizen Participation – zur Funktion des Architekten“). Die frühen (und teils auch als frustrierend empfundenen) Auseinandersetzungen von studentischen Basisgruppen mit den Kreuzberger Arbeiter_innen im Rahmen der Stadtteilarbeit sind im Band *Sanierung für Wen?* (Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit 1970) zu finden. Während die stärker polit-ökonomisch

geprägten Ansätze nach einer kurzen Hochphase wieder bedeutungsloser wurden, entwickelte sich aus dem Interesse an Stadtteilarbeit langsam das für einige Jahrzehnte wirksame Leitbild der ‚behutsamen Stadterneuerung‘ und der ihr zugrunde liegenden Aushandlungsprozesse zwischen Bewohner_innen und Planer_innen. Die Hochphase des lebhaften interdisziplinären Dialogs kühlte sich dabei merklich ab.

Muddling Through, konsensorientiert, machtvoll – verschiedene Stationen der Planungstheorie

Angesichts der Katerstimmung aufgrund der abnehmenden ‚Planungseuphorie‘ der 1960er Jahre bedurfte es eines theoretischen Konstrukts, das der überkommenen Zweck-Mittel-Rationalität und den großräumlichen und generalistischen Planungsansätzen entgegengestellt werden konnte. Als Modell fungierte an dieser Stelle der perspektivische Inkrementalismus, eine Weiterentwicklung des von Charles Lindblom erarbeiteten Konzepts des „Muddling Through“ (Lindblom 1959). Mit seinem ‚*turn to projects*‘ beschrieb es Planungspraxis nunmehr als fragmentiert und kontingent. Während die Kritik an diesem Ansatz sich insbesondere an der weitgehenden Visionslosigkeit und weitergeführten instrumentellen Denkweise von Planungspraxis zeigte (vgl. Roskamm 2015b: 9), gewannen parallel seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre unter dem Sammelbegriff der kommunikativen beziehungsweise kollaborativen Planung Konzepte an Bedeutung, die Planung als kommunikatives Handeln analysieren (vgl. u. a. Forester 1989, Healey 1992, Innes 1995, Selle 1996). Während somit zum einen die Rolle von Planenden (Fürst 2004) und zunehmend auch ihre Subjektivität in Planungsprozessen Aufmerksamkeit erfährt, rückt zum anderen die Frage nach der politischen Dimension von Planung in den Vordergrund. Innerhalb der kommunikativen Planungsliteratur gilt es jedoch keineswegs als ausgemacht, was konkret als Ziel dieser konzeptionellen Neuerung zu fassen ist. Die diesbezüglichen Antworten reichen von gesteigerter Effektivität von Planungsprozessen (Selle 2005: 399) bis hin zur umfassenden Neustrukturierung politischer Aushandlungen gemäß dem deliberativen Ideal (vgl. Healey 1997: 263, Klöti 2016). Übergreifend lässt sich in der Diskussion um kommunikative Planung jedoch ein Hinterfragen staatlich-hoheitlicher Planung als einzig planende Instanz feststellen. Entworfen wird stattdessen ein auf Konsens orientiertes Setting, in dem die Planung die Legitimationsgrundlage ihres Handelns erst innerhalb der Auseinandersetzung mit zahlreichen öffentlichen und privaten Akteuren herstellen muss.[4] Zentrale Bezugspunkte bilden dabei die von Jürgen Habermas im Rahmen seiner Gesellschaftstheorie (1981) entwickelten Überlegungen zum kommunikativen Handeln, in deren Zentrum der auf „unversehrter Intersubjektivität“ (Habermas 1985: 161) aufbauende selbstbestimmte Konsens und die ideale Sprechsituation stehen.[5]

Die idealistische Erwartungshaltung gegenüber der konsensorientierten Entscheidungsfindung zum Ziele der Reduktion bestehender Machtasymmetrien (Innes/Booher 1999: 418, Healey 1997) geriet aber schon bald in die Kritik (Flyvbjerg 1998, Yiftachel/Huxley 2000, Flyvbjerg/Richardson 2002, Buser 2013). Herauszustellen ist hierbei, dass Kritiker_innen auf die existierende Lücke zwischen utopischer Rhetorik und realen (Macht-)

Verhältnissen hingewiesen haben. Neben dem zentralen Ergebnis, dass von der Teilnahme an kommunikativen und partizipativen Planungsformaten oftmals gerade durchsetzungsstarke Gesellschaftsgruppen profitieren (Fainstein 2000: 460), ist hierbei klargestellt worden, dass eine auf Moderationstechniken geschrumpfte Planung nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten hat. Die Problematisierung einer überzogenen Einschätzung kommunikativer Planung wird teilweise zu einer grundsätzlichen Infragestellung der Produktivität der Habermasschen Konzepte als Vorbild zur Konzeption kommunikativen Handelns in Planungsprozessen zugespitzt.

„The basic weakness of Habermas’s project is its lack of agreement between ideal and reality, between intentions and their implementation, and is rooted in an insufficient conception of power [...]. This is the fundamental political dilemma in Habermas’s thinking: he describes to us the utopia of communicative rationality but not how to get there.“
(Flyvbjerg/Richardson 2002: 46)

Die scheinbare Machtblindheit der Konzepte von Habermas und der sich auf diese beziehenden Lesarten von Planung ist in der planungstheoretischen Debatte von verschiedenen Seiten kritisiert worden (Huxley/Yiftachel 2000, Flyvbjerg/Richardson 2002, Hillier 2010, Gunder 2015). Starke Impulse sind hierbei insbesondere aus dem Lager der Foucaultianer_innen gekommen. Entgegen der sich oftmals in der Umsetzung auf eine reine Beschreibung des Planungsalltags beschränkenden kommunikativen Planungstheorie geht es diesen vor allem darum, die hinter Planungsverfahren aufscheinende spezifische Rationalität und die aus ihr resultierenden Mikropolitiken zu Tage zu fördern. Tatsächlich durchdringt die Brille der damit verbundenen Diskurskursanalyse die Realität kommunikativer Planungsprozesse tiefer als die kommunikative Planungstheorie. Sie nimmt die zur Anwendung kommenden normativen Prämissen der Partizipation, Demokratisierung und Transparenz selbst in den Fokus (Flyvbjerg 2003). Auf diese Weise wird die theoretische Inbezugsetzung von Planung und den gesellschaftspolitischen Kräfte, die ihre Formate, Instrumentarien und Logiken prägen, möglich. Gleichwohl ist festzuhalten, dass es diesem theoretischen Zugriff auf Planungspraxis weniger um den politische Gehalt von planerischen Handlungsweisen, Strategien und Akteuren als vielmehr – gemäß der archäologischen Untersuchung der Produktion von Wahrheit – um die Regeln, Wissensbestände und Prozesse geht, in denen Probleme und Lösungen thematisiert werden.

Deutlich wird in der Diskussion, dass planerisches Tun über eine vermeintlich neutrale Position in der räumlichen Entwicklung hinausgeht und inhaltliche Setzungen vornimmt. An diesem Punkt braucht es ein Verständnis davon, was das politische Tun ausmacht. Im Folgenden werden daher Ansätze präsentiert, die bei dieser Suchbewegung produktiv sein können.

Interdisziplinäre Impulse

Es ist zunächst einmal wichtig zu unterscheiden zwischen zwei verschiedenen Richtungen, die Planung als politische Praxis begreifen: Zum einen gibt es Ansätze, die Planung direkt als eine politische Aufgabe und einen gesellschaftlichen Prozess sehen. Darunter lassen sich Positionen gruppieren, die

Planung als systemfördernd und eher als Teil der herrschenden Verhältnisse ansehen (u. a. Castells 1977) und die vordergründig soziale Gerechtigkeit, Ausgleich und Umverteilung als die politische Aufgabe der Planung im Sinne einer ‚*just city*‘ betrachten (vgl. u. a. Fainstein 2000, Marcuse et al. 2009, Harvey/Potter 2009). Demgegenüber stehen Ansätze, die sich auf die Ausgestaltung von Planung selbst als politischen Prozess konzentrieren und weniger auf die jeweiligen Ergebnisse. Trotz der Kritik an der kommunikativen Planung, die sich zu sehr auf den Prozess konzentriert und damit die sozioökonomischen Rahmenbedingungen für soziale Konflikte und Machtstrukturen vernachlässigt, fokussieren diese Ansätze sich weiterhin auf den planerischen Prozess. Ein Beispiel dafür ist die *agonistic planning theory*, die sich direkt aus der Kritik an der kommunikativen Planung entwickelte. Von der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe begrifflich ausgearbeitet, wird dieser Ansatz aktuell zunehmend in die Planungstheorie aufgenommen, wie Nikolai Roskamm feststellt (vgl. Roskamm 2015b). Mouffe versteht unter Politik die „Herstellung eines Kompromisses zwischen widerstreitenden Kräften in der Gesellschaft“ (Mouffe 2007: 20). In der Planung beobachtet sie eine Entpolitisierung und reiht sich damit in die Ansätze ein, die sich unter dem Konzept des Postpolitischen versammeln. Ihnen gemein ist die Feststellung einer Entpolitisierung der Planungspraxis, in der das Politische, sprich das gesellschaftliche Fragen, die Kritik und die prinzipielle Aushandlung unterschiedlicher Interessen zunehmend aus der Planung ausgeklammert und durch technokratische und konsensorientierte Mechanismen ersetzt wird (vgl. Swyngedouw 2013 u. a.). Die *agonistic planning theory* versucht dem entgegenzutreten, indem sie die wettstreitenden Kräfte der Gesellschaft zum Ausgangspunkt ihrer Analyse nimmt (Roskamm 2015b).

Weitere Impulse, die sich auf die Gestaltung von Planungsprozessen beziehen, kommen vermehrt aus der Anthropologie und Ethnografie. So hat Patsy Healey als Vertreterin der kommunikativen Planung bereits in ihren Texten zu kollaborativer Planung auf ethnografische Studien verwiesen, „um die Bedeutung von Alltagswissen und Kultur in der Planung hervorzuheben“ (Fricke 2017: 400). Doch lassen sich inzwischen weitere Ansätze finden, die sich sowohl von der kommunikativen als auch von der agonistischen Planung unterscheiden und teilweise dezidiert absetzen. Stattdessen rücken sie die Kontroversen und Materialitäten von Planung in den Mittelpunkt. Zentral ist etwa der Begriff der ‚Kosmopolitiken‘ (*cosmopolitics*) (Stengers 2005, Latour 2008, Farias/Blok 2016).[6] Im Fokus steht die Idee, dass Akteure bei der Herstellung eines Konsenses zwischen divergierenden Interessen – insbesondere auch in der Planung – niemals als vollkommen neutrale Instanz auftreten und zur Positionierung gezwungen sind. Dieser Ansatz beruht darauf, Auseinandersetzungen nicht als habermassche Debatten um einen Konsens in idealen und sprachlich ausgehandelten Fragen zu verstehen. Stattdessen behandelt er Auseinandersetzungen mit Hilfe der Akteur-Netzwerk-Theorien (ANT) als Kontroversen um die Welten, die wir als Bürgerinnen und Bürger bewohnen wollen. Gerade die Idee von ‚Realitäten in Aushandlung‘ ist es, die das planende Handeln so politisch sein lässt. Zugleich wird dieser Ansatz von Habermas und Foucault abgegrenzt. Realitäten beziehen sich hierbei auf die nicht oder nicht nur sprachlich kodifizierten Aspekte planerischer Praktiken und schließen Pläne bis hin zu Gebäuden ein:

„The things that architects do (managing projects, landscaping, re-landscaping, re-shaping, making buildings, etc.) are political in the sense that they represent an evolving issue – that is, all the stakeholders can change their minds according to the change of the moving objects.“
(Latour 2008, 125f.)

Das Politische wohnt in diesem Sinne also dem Planungsprozess inne und wird nicht als separate Sphäre in diesen Prozess importiert: Die prinzipielle Offenheit von Positionen um die noch nicht ganz festgelegten Planungen herum eröffnet politische Spielräume, birgt aber zugleich gewisse Risiken, da es für die Beteiligten keine vertretbare Möglichkeit gibt, von außerhalb für die ganze Situation zu sprechen (Stengers 2005). In diesen Momenten des Risikos kommt Stengers zufolge Diplomatie zum Tragen: nicht als Ausgleich der Interessen rationaler Individuen, sondern als Aushandlung möglicherweise agonistischer Interessen in konkreten Situationen, deren Ergebnisse politisch zugleich den anderen Akteuren und in die eigenen Gruppen übersetzt werden müssen (ebd.). Die Risiken lösen sich demnach weder im Konsens auf, noch lassen sie sich unter Verweis auf externe Politiken einhegen.

In der Anthropologie lassen sich weitere Forschungsstränge identifizieren, die eine Abkehr von einer vermeintlich konsensualen, normalisierenden Konzeptionalisierung der Planung nahelegen. Die *Anthropology of Policy*, eine Variante der Beforschung von Politiken, positioniert sich bewusst gegen ein Verständnis von (Planungs-)Politik als ein „Top-down“-Phänomen und nimmt demzufolge vielmehr empirisch die Aushandlungsprozesse rund um die Formierung von Politiken in den Blick (Shore et al. 2009). Raumplanung kann dabei im Anschluss an die „Anthropologie politischer Felder“ (Adam/Vonderau 2014) als ein politisches Feld verstanden werden, welches als „Infrastruktur der Macht“ (ebd.: 23) Handlungsmöglichkeiten eröffnet oder schließt. Demnach entstehen Politiken in sich alltäglich vollziehenden Praktiken und in Aushandlung von unterschiedlichen Akteuren und Kontexten. Dabei wird Bourdieus Begriff des ‚politischen Feldes‘ zu mehreren politischen Feldern erweitert und argumentiert, dass politisch relevante Aktionen nicht nur innerhalb der Sphäre des explizit (Partei-)Politischen stattfinden, sondern eben gerade auch in den umgebenden Infrastrukturen. Der Blick wird dadurch auf eine genauere Analyse von vermeintlich rationalem und neutralem Planungs- und Verwaltungshandeln gelenkt.

Beate Binder zeigt hier die Möglichkeit, die „Anthropologie der Gegenwart“ des US-amerikanischen Anthropologen Paul Rabinow (2008) mit Foucaults Begriff der Problematisierung zu verbinden:

„Problematisierung bedeutet, dass etwas dem Status des Selbstverständlichen enthoben wird, zum Gegenstand des Nachdenkens sowie zur Herausforderung für Handeln wird und dass in der Folge auch Vorstellungen von ‚richtig‘ und ‚falsch‘ in Bewegung geraten.“
(Binder 2014: 365)

Wir ergänzen: Im Gegensatz zu Annahmen diskursgeleiteter, von Foucault inspirierter Analysen der großen planerischen Diskurse verläuft alltägliches planerisches Handeln oftmals viel unordentlicher und widersprüchlicher als gedacht und ist von vielfältigen lokalen Praktiken abhängig (Abrams/

Weszkalnys 2013). Durch den Blick auf die Planungsalltage in verschiedenen Ländern (Abrams/Weszkalnys 2011) wird deutlich, dass unsere Setzung von Planung als politischer Praxis nicht notwendigerweise eine neue normative Rolle für die Planung vorsieht. Stattdessen sollen Perspektivverschiebungen angeregt werden, um sich jenen Praktiken empirisch anzunähern, die Planung als politische Praxis konstituieren.

Planung als politische Praxis: Die Beiträge

Dieser kurze Abriss verdeutlicht, dass die Suche nach der politischen Praxis in der Planung nichts gänzlich Neues darstellt. Gleichzeitig scheint sich dieser Forschungsbereich aus sehr unterschiedlichen disziplinären und wissenschaftstheoretischen Hintergründen zu speisen und inspiriert zu werden. Mit dem Themenschwerpunkt wollen wir die skizzierten Impulse aus Geographie, Politikwissenschaft, Stadtplanung, Anthropologie und Kulturwissenschaften aufgreifen, bündeln und somit zu einem tiefergehenden aktuellen Blick auf „Planung als politische Praxis“ beitragen. Die Fragen, die in den nachfolgenden Beiträgen besprochen werden, beziehen sich daher auch immer auf die unterschiedlichen Dimensionen, Perspektiven, (Wissens-)Praktiken und Logiken des Politischen in der Planungspraxis. Dabei werden in allen Beiträgen die theoretischen Überlegungen und Ansätze stets auch mit praktischen Beispielen aus empirischen Untersuchungen verknüpft, wobei sie sich in ihren konkreten Ansatzpunkten, Diskussionen und empirischen Fallbeispielen unterscheiden.

Gemein ist allen Beiträgen eine kritische Distanz gegenüber einem Verständnis der Planung als technischem, rationalem und linearem Vorgang der ‚öffentlichen Problemlösung‘ und als konsensorientierte Interessensabwägung. Vielmehr betonen die Beiträge die sozialen und politischen Aushandlungsprozesse, die gesellschaftspolitische und kulturelle Einbettung planerischer Entscheidungen sowie die Konflikte, Widersprüche und Bruchlinien im stadt- und raumplanerischen Handlungsfeld. Den Anfang machen zwei Aufsätze, die sich mit der Genese jeweils eines Planungsinstrumentes der deutschen Nachkriegs- beziehungsweise Nachwendegeschichte genauer befassen. Matthias Bernt analysiert das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau Ost“. Er zeigt, dass das Programm als ein Hybrid von Interessen verstanden werden muss und sowohl die Förderung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft als auch strategische Pläne zum Umgang mit schrumpfenden Städten zum Ziel hatte. Empirisch fokussiert der Beitrag die Akteursebene und die Rolle von ‚Schlüsselpersonen‘ in der Durchsetzung des Programms. Im zweiten Beitrag fokussiert Michael Miessner die Genese des Leitbildes der ‚dezentralen Konzentration‘. Er zeigt auf, wie dieses wichtige Konzept der deutschen Raumordnung politisch durchgesetzt wurde. Konkret zeichnet der Beitrag nach, wie die ‚dezentrale Konzentration‘ Anknüpfungspunkte für unterschiedlichste ideologische und parteipolitische Positionen geboten hat und somit im politischen Prozess mehrheitsfähig wurde.

Ilse Helbrecht und Francesca Weber-Newth erörtern in ihrem Beitrag das planerische Instrument der Planmehrwertabgabe – also der Möglichkeit, durch Planung entstandene Gewinne privater Eigentümer durch die öffentliche Hand abzuschöpfen. Ihnen geht es weniger um die Nachzeichnung der Entstehung des Planungsinstrumentes als um die konkrete Eruierung des

Potenzials der Mehrwertabschöpfung für die Bearbeitung der aktuellen städtischen Wohnungskrise. Sie sehen in der (derzeitigen) Renaissance dieses Planungsinstruments in Deutschland und Großbritannien eine (Re-)Politisierung der Planung im Sinne von David Harveys Konzept der ‚*spaces of hope*‘.

Für unsere Debattenrubrik haben wir den Text „Wer plant die Planung?“ von Lucius Burckhardt von 1974 zur Diskussion gestellt. Der Text greift die Frage nach der politischen Dimension von Planung bereits auf. Burckhardt reflektiert Planungsprozesse ausgehend von der Feststellung, dass „Planung nicht isoliert geschieht, sondern dass sie bedingt ist durch die Politik, dass sie aufgehängt ist, in einem sozialen System“ (Burckhardt 1980: 71). Wir haben Autor_innen aus unterschiedlichen Disziplinen der Stadtforschung eingeladen, den Text zu kommentieren. Gefolgt sind unserer Einladung Beate Binder, Jens S. Dangschat, Iris Dzudzek, Monika Grubbauer, Michael Guggenheim, Wolf Reuter und die Berliner Initiative „Stadt von Unten“.

Im Magazinteil gibt es eine Reihe von Beiträgen, die sich anhand verschiedener Beispiele, Konzeptionen und Kontexte der politischen Praxis der Planung widmen: Christian von Wissel stellt der „New Urban Agenda“ der Habitat-III-Konferenz am Beispiel von Akteur_innen des peri-urbanen Raumes von Mexico-Stadt die Perspektive eines alltäglichen *Stadthandelns* gegenüber. Er rückt damit das Verständnis einer Stadtplanung als sozialem Aushandlungsraum in den Fokus seiner Analyse.

Der Beitrag von Rogério de Jesus Pereira Lopes diskutiert die Potentiale, die die Entwicklung eines *Queer-inclusive-planning*-Ansatzes für die Stadtplanung hat. Er konstatiert, dass in der Weiterentwicklung von Planungsperspektiven im Rahmen des *communicative turn* zwar zunehmend auf die Einbindung von Bedürfnissen der Stadtgesellschaft eingegangen wird, die Bedürfnisse und Ansprüche geschlechtlicher und sexueller Minderheiten jedoch zu wenig Aufmerksamkeit erfahren. Dagegen arbeitet er einige Raumansprüche von Queers heraus und erörtert, inwiefern diese in der Stadtplanung berücksichtigt werden könnten.

Im Anschluss daran beschäftigen sich Sören Groth, Jakob Hebsaker und Lucas Pohl am Beispiel einer Frankfurter Kreuzung, deren Zufahrtsstraße von Angehörigen der nahegelegenen Universität ohne Nutzung der Ampelanlage gequert wird, mit der Straße als hierarchisiertem Aushandlungsraum. Reflektiert wird hierbei eine interventionistische Aktion, in deren Rahmen die nicht ausgewiesenen Fußwege und damit auch der Konflikt zwischen unterschiedlichen Nutzungsweisen sichtbar gemacht wurden. Unter Rückgriff auf Michel de Certeaus *Kunst des Handelns* entwickeln die Autoren eine alternative Lesart zur Interpretation der Straße als vorrangigen Raum des Automobils.

Der Beitrag von Renée Tribble, Patricia Wedler und Volker Katthagen stellt die Hamburger PlanBude vor. Dahinter verbirgt sich zum einen ein innovativer Beteiligungsprozess im Stadtteil St. Pauli, und zum anderen ein Kollektiv mit Aktivist_innen aus verschiedenen disziplinären Hintergründen und, das diesen Prozess begleitet. Ausgehend von den kritisch diskutierten Stadtentwicklungsprozessen in Hamburg werden die konkrete Arbeit im Stadtteil, die Handlungsleitlinien und die Ziele der PlanBude erläutert.

Perspektiven aus einem Schweizer Fall entwirft Reto Bürgin zugleich für die Debatte um die Aktualität der Arbeit Lucius Burckhardts und für Planungskonflikte rund um das Basler Hafenaerial. Planungsentwürfe sorgen

dort für großes Aufsehen. Bürgin veranschaulicht, wie die Widerständigen das Vorgehen der Stadtplaner_innen kritisieren. Er zeigt, wie ein früher Titel von Burckhardt („Wir selber bauen unsre Stadt!“) von den Widerständigen als Referenz verwendet wird und diskutiert, wie die Burckhardts Überlegungen für eine Demokratisierung der Planung mobilisiert werden könnten.

Axel Schubert fragt in seinem Beitrag nach den Eigenschaften politischer Planung in der Verwaltung und zieht daraus Rückschlüsse auf das individuelle Verhalten von Planenden. In entsprechende Situationen gebracht, agieren diese im Prozess der Abwägung von Handlungsalternativen nach Schubert mit einer spezifischen emotionalen Rationalität. Vor diesem Hintergrund macht Schubert vier Tendenzen des Planungshandels explizit, die einer Planung als politischer Praxis potentiell entgegenstehen. Damit leistet der Artikel einen spannenden Beitrag zu Überlegungen der sozialtheoretischen Einbettung planerischen Handelns.

Abgerundet wird dieser Themenschwerpunkt mit einer Rezension: Yuca Meubrink bespricht den Sammelband *Zoned Out! Race, Displacement, and City Planning in New York City*, der 2016 von Tom Angotti und Sylvia Morse herausgegeben wurde. Dessen Autor_innen zeigen anhand von Regelungen für Flächennutzungen (*zoning*) auf, wie die historischen Muster ethnischer Diskriminierung und Segregation in New York City nach wie vor aufrechterhalten und reproduziert werden.

Idealerweise trägt der Themenschwerpunkt mit diesen spannenden Beiträgen dazu bei, die vorhandene, aber durchaus auch diffuse Diskussion zu Planung als politische Praxis in der deutschsprachigen Stadt- und Planungsforschung voranzutreiben. Wir möchten die Leser_innen zur weiterführenden Reflexion und Debatte einladen.

Endnoten

- [1] Hier ist lediglich die Etablierung eigenständiger Studiengänge, universitärer Institute und eigenständiger Fakultäten gemeint. Als zutiefst politisches Praxisfeld gibt es die Stadt- und Raumplanung schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, als wichtige Institutionen geschaffen wurden. Die Raumplanung ist in Deutschland in ihrer ersten Form in den 1920er Jahren entstanden und im NS-Staat zur staatlichen Institution geworden.
- [2] An einigen Universitäten, wie an den TUs in Berlin und Dortmund, kam es zu einer Spaltung von Architektur und Planung, an anderen, wie der Universität Stuttgart, wurden die inhaltlichen Ergänzungen im selben institutionellen Rahmen angeboten.
- [3] In diese Zeit fällt auch der Ausbau der Planungsämter in den Stadtverwaltungen. Stadt- und Regionalplanung wurde zu einem neuen Praxisfeld.
- [4] Diese Konzeption macht die Diskussionen um eine kommunikative Planungspraxis problemlos anschlussfähig an Governance als einen ‚Leitbegriff‘ der planerischen und stadtpolitischen Diskussion über die gesellschaftlichen Kontexte räumlicher Steuerung (vgl. Altrock/Güntner/Kennel 2004). Aus kritischer Warte ist bezüglich der Governance-Theorie festzuhalten, dass sie nicht fragt, „ob politische Akteure primär an der Lösung gesellschaftlicher Probleme orientiert sind, sondern unterstellt, dass dieses ihr dominantes Ziel und gesellschaftliche Problemlösung die zentrale Aktivität von Politik und Verwaltung ist. [...] Die Unterstellung, dass der Staat [...] tatsächlich auf gesellschaftliche Problemlösung beziehungsweise die Förderung des Gemeinwohls aus ist, macht die Steuerungstheorie krypto-normativ.“ (Mayntz 2001, 3-5)
- [5] Eine vertiefte Erörterung der Habermasschen Theorie und ihrer Adaption durch die Planungstheorie ist an dieser Stelle weder möglich noch zielführend (vgl. Lanz 1996, Forester 1985).

- [6] Der Begriff ‚Kosmopolitiken‘ taucht zwar auch bei Kant auf, ist hier jedoch bewusst anders konzipiert und baut auch nicht auf ihm auf.

Autor_innen

Nina Gribat ist Stadt- und Planungsforscherin. Sie arbeitet zur Zeit an Forschungsprojekten, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten, schrumpfenden Städten und den Studienreformen/-revolten um 1968 beschäftigen.
gribat@eus.tu-darmstadt.de

Justin Kadi ist Stadt- und Wohnungsforscher. Er forscht zu Fragen der Wohnungspolitik, Gentrifizierung und städtischen sozialen Ungleichheit.
Justin.Kadi@tuwien.ac.at

Jan Lange ist Empirischer Kulturwissenschaftler. Gegenwärtig arbeitet er in einem Kooperationsprojekt, das die stadtteilbezogene Erarbeitung von Nutzungskonzepten von öffentlichen Räumen in und um Anschlussunterbringungen für Geflüchtete zum Ziel hat.
jan.lange@uni-tuebingen.de

Yuca Meubrink ist Stadtethnologin und -forscherin mit Fokus auf städtische kapitalistische Transformationsprozesse, Wohnungspolitik in Nordamerika und England, soziale urbane Bewegungen und Fotografie und Stadt.
yuca.meubrink@hcu-hamburg.de

Jonas Müller ist ethnografisch arbeitender Soziologe. Er forscht zu Wissenschaft und Organisationen, insbesondere zum alltäglichen Wissen von Stadtplanung sowie zur Kollaboration verschiedener Disziplinen angesichts ökologischer Fragen.
jonasmueller@uni-kassel.de

Literatur

- Abrams, Simone / Weszkalnys, Gisa (Hg.) (2013): *Elusive Promises. Planning in the Contemporary World*. New York/Oxford: Berghahn.
- Abrams, Simone / Weszkalnys, Gisa (2011): Introduction: Anthropologies of planning – temporality, imagination, and ethnography. In: *Focaal* (61), 3-18.
- Adam, Jens / Vonderau, Asta (2014): Formationen des Politischen. Überlegungen zu einer Anthropologie politischer Felder. In: Jens Adam / Asta Vonderau (Hg.), *Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder*. Berlin: transcript, 7-35.
- Altrock, Uwe / Güntner, Simon / Kennel, Corinna (2004): Zwischen analytischem Werkzeug und Politikberatung: ein kritischer Blick auf aktuelle Leitbegriffe in der Stadtentwicklungspolitik. In: *Planungsrundschau* 10, 187-208.
- Autorenkollektiv der Fachschaft Architektur, TU Berlin (1970) *Planer-Flugschrift*. Ein Beitrag zur Planerausbildung. In: *Stadtbauwelt* 21, 1499-1504.
- Berndt, Heide (1968): Zum Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. In: *ARCH+* 3, 39-42.
- Binder, Beate (2014): Troubling Policies. In: Jens Adam / Asta Vonderau (Hg.), *Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder*. Bielefeld, Berlin: transcript, 363-386.
- Brake, Klaus (Hg.) (1973) *Architektur und Kapitalverwertung. Veränderungstendenzen in Beruf und Ausbildung von Architekten in der BRD*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit (Hg.) (1970): *Sanierung – für wen?* Berlin: Agit Druck.
- Buser, Michael (2013): Tracing the democratic narrative: Big society, localism and civic engagement. In: *Local Government Studies* 39/1, 3-21.
- Castells, Manuel (1977) *The Urban Question*. London: Edward Arnold.
- Fainstein, Susan (2000): New directions in planning theory. In: *Urban Affairs Review* 35/4, 451-478.

- Fariás, Ignacio / Blok, Anders (Hg.) (2016): *Urban cosmopolitics. Agencements, assemblies, atmospheres*. Basingstoke: Taylor and Francis.
- Flyvbjerg, Bent (1998): *Habermas and Foucault: Thinkers for civil society?* In: *British Journal of Sociology* 49/2, 210-233.
- Flyvbjerg, Bent (2003): *Rationality and power*. In: Susan Fainstein / Scott Campbell (Hg.), *Readings in Planning Theory*. Oxford: Wiley-Blackwell, 318-329.
- Flyvbjerg, Bent / Richardson, Tim (2002): *Habermas and Foucault. In Search of the dark side of planning theory*. In: Philip Allmendinger / Mark Tewdwr-Jones (Hg.): *Planning Futures, New Directions for Planning Theory*. London/New York: Routledge, 44-62.
- Forester, John (1985): *Critical theory and planning practice*. In: John Forester (Hg.), *Critical Theory and Public Life*. Cambridge (Massachusetts): MIT Press, 202-230.
- Forester, John (1989): *Planning in the face of power*. Berkeley: University of California Press.
- Fricke, Carola (2017): *Patsy Healey: Collaborative planning*. In: Frank Eckhardt (Hg.), *Schlüsselwerke der Stadtforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fürst, Dietrich (2004): *Planungstheorie. Begriff der Planung und Entwicklung der Planung in Deutschland*. In: Dietrich Fürst / Frank Scholle (Hg.), *Handbuch Theorie und Methoden der Raum- und Umweltplanung*. Dortmund: Verlag Dorothea Rohn, 9-25.
- Gribat, Nina / Misselwitz, Philipp / Görlich, Matthias (Hg.) (im Ersch.): *Vergessene Schulen. Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968*. Leipzig: spectorbooks.
- Gunder, Michael (2015): *Planning as the ideology of (neoliberal) space*. In: *Planning Theory* 9/4, 172-190.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1985): *Die Neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harvey, David / Potter, Cuz (2009): *The right to the just city*. In: Peter Marcuse / James Connolly / Johannes Novy / Ingrid Olivo / Cuz Potter / Justin Steil (Hg.), *Searching for the Just City. Debates in urban Theory and Practice*. London/New York: Routledge, 40-52.
- Healey, Patsy (1992): *Planning through debate*. In: *Town Planning Review* 63/2, 143-162.
- Healey, Patsy (1997): *Collaborative planning: shaping places in fragmented societies*. Vancouver: UBC Press.
- Helms, Hans G. / Jansen, Jörn (Hg.) (1970): *Kapitalistischer Städtebau*. München: Sammlung Luchterhand.
- Hillier, Jean (2010): *Post-structural complexity: Strategic navigation in an ocean of theory and practice*. In: Maria Cerreta / Grazia Concilio / Valeria Monno (Hg.): *Strategic Spatial Planning: Knowledges and Values*. Wiesbaden: Springer VS, 87-97.
- Hübener, Gabi / Nausester, Ellen / Petzinger, Renate (1973): *Der lohnabhängige Architekt. Zur ökonomischen Entwicklung kapitalistischer Planungsbetriebe und ihrer Auswirkung im Arbeits- und Verwertungsprozess*. Berlin: VSA Verlag.
- Huxley, Margo / Yiftachel, Oren (2000): *New paradigm or old myopia? Unsettling the communicative turn in planning theory*. In: *Journal of Planning Education and Research*, 19/4, 333-342.
- Innes, Judith E. (1995): *Planning theory's emerging paradigm: Communicative action and interactive practice*. In: *Journal of Planning Education and Research* 14/3, 183-189.
- Innes, Judith E. / Booher, David E. (1999): *Consensus building and complex adaptive systems: A framework for evaluating collaborative planning*. In: *Journal of the American Planning Association* 65/4, 412-423.
- Klöti, Tanja (2016): *Demokratisierung der Planung oder Planung für Demokratie? Widersprüche und Dilemmata partizipativer Planungskultur und -praxis*. In: *Berliner Blätter* 72, 82-93.
- Lanz, Stephan (1996): *Demokratische Stadtplanung in der Postmoderne*. Oldenburg: BIS Verlag.
- Latour, Bruno (2008): *The space of controversies. An interview with Bruno Latour*. Unter Mitarbeit von Rania Ghosn, El Hadi Jazairy und Stephen Ramos. In: Neyran Turan (Hg.), *New geographies*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Graduate School of Design, 122-135.
- Lindblom, Charles E. (1959): *The science of muddling-through*. In: *Public Administration Review* 19, 79-88.
- Marcuse, Peter / Connolly, James / Novy, Johannes / Olivo, Ingrid / Potter, Cuz / Steil, Justin (Hg.) (2009): *Searching for the Just City. Debates in Urban Theory and Practice*. London/New York: Routledge.

- Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive. <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp01-2/wp01-2.html> (letzter Zugriff am 3.5.2017).
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Purcell, Mark (2009): Resisting Neoliberalization. Communicative Planning or Counter-Hegemonic Movements? In: *Planning Theory* 8/2, 140-165.
- Rabinow, Paul / Marcus, George E. / Faubion, James D. / Rees, Tobias (2008): *Designs for an Anthropology of the Contemporary*. Durham: Duke University Press.
- Rittel, Horst W. J. / Webber, Melvin M. (1973): Towards a general theory of planning, In: *Policy Sciences* 4, 155-169.
- Roskamm, Nikolai (2015a): On the other side of „agonism“. In: *Planning Theory* 14/4, 384-403.
- Roskamm, Nikolai (2015b): Planungstheorie aktuell. Von rational bis agonistisch – eine Positionsbestimmung. In: *Planerin* 6, 9-11.
- Selle, Klaus (Hg.) (1996): *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen*. Wiesbaden und Berlin: Bauverlag.
- Selle, Klaus (2005): Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund: Verlag Dorothea Rohn.
- Shore, Chris/ Wright, Susan / Però, Davide (Hg.) (2011): *Policy Worlds. Anthropology and the Contemporary Analysis of Power*. New York: Berghahn.
- Stengers, Isabelle (2005): Introductory notes on an ecology of practices. In: *Cultural Studies Review* 11/1, 183-196.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 1, 2, 141-158.
- Yiftachel, Oren / Huxley, Margo (2000): Debating dominance and relevance: Notes on the ‚communicative turn‘ in Planning theory. In: *Journal of Planning Education and Research* 24/2, 907-913.

Planning as political practice

The paper introduces the thematic section of this issue. We start from the notion that there has been renewed interest in the political constitution of planning in recent academic discussions on planning processes. Such a focus rejects understandings of planning as consensual collaboration or communicative action and instead considers planning practice as a contingent process of political negotiation and contestation. The paper traces the emergence of such a perspective through a brief discussion of relevant literature. Specifically, we review the early origins of a political perspective on planning in the 1960s and 70s, discuss the subsequent dominance of consensual perspectives and communicative planning theory, and eventually consider new approaches from political science, geography and anthropology that support a perspective on planning as an explicitly political undertaking. The final part introduces the texts of the thematic section.

Raumordnungspolitik als Verdichtung politischer Kräfteverhältnisse

Michael Mießner

Am Beispiel der Raumordnungspolitik der Bundesrepublik Deutschland der 1970er-Jahre wird im Beitrag mithilfe der historisch-materialistischen Politikanalyse die politische Verdichtung der Kräfteverhältnisse bezüglich Raumordnung analysiert. Es wird aufgezeigt, dass das Konzept der dezentralen Konzentration mittels Entwicklungszentren und -achsen zur bestimmenden raumordnungspolitischen Strategie für die Bearbeitung der räumlich ungleichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wurde. Vor dem Hintergrund der sich real in den 1970er-Jahren vollziehenden räumlichen Entwicklung, in Form der dezentralen Konzentration, bot es den Parteienvertreter_innen die Möglichkeit, ihre ideologischen und parteipolitischen Vorstellungen mit diesem Konzept zu verbinden. Mit dem Konzept der dezentralen Konzentration wurde eine Strategie gewählt, die die bestehende räumliche Entwicklung protegierte und ihr nichts entgegengesetzte.

Ersteinreichung: 2. August 2016; Veröffentlichung online: 21. Juni 2017
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Der Staat und seine Apparate sind – wie Nicos Poulantzas in *Staatstheorie* gezeigt hat – nicht starr, sondern „als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnis“ (2002: 159) zu verstehen. Diese Argumentation kann formanalytisch dahingehend erweitert werden, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zwar in den Staat einschreiben, sich aber nicht eins zu eins in ihn ‚übersetzen‘. Sie schreiben sich in den Staat nur in gebrochener Form entsprechend der – auch formbestimmten (vgl. Kannankulam 2008: 77) – strategischen Selektivität des Staates (vgl. Jessop 1990) ein. Folglich kann auch räumliche Planung und die – in diesem Aufsatz zentrale – Raumordnungspolitik nicht als von den gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöste und neutrale Politik verstanden werden. Vielmehr ist auch sie das – widersprüchliche – Ergebnis der Verdichtung[1] gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Aufbauend auf diese Theorie wird in diesem Beitrag am Beispiel der (bundesdeutschen) Raumordnungspolitik der Frage nachgegangen, wie raumordnungspolitische Strategien im Staat verdichtet werden. Dafür wird die Methode der historisch-materialistischen Politikanalyse – wie sie in der kritischen Europaforschung für die Analyse der Kämpfe um die europäische Migrationspolitik entwickelt wurde[2] – für die raumplanerische Diskussion

nutzbar gemacht. Diese Herangehensweise ermöglicht es aufzuzeigen, wie sich die verschiedenen raumordnungspolitischen Strategien im *Staatsapparat Raumordnung* zu einer verdichten. Dies soll exemplarisch anhand der politischen Auseinandersetzungen um die ‚richtige‘ Raumordnungspolitik des Bundes in den 1970er-Jahren aufgezeigt werden.

Unter Raumordnung wird der Teil der Raumplanung verstanden, „in dem überörtliche und fachübergreifende Entwicklungsvorstellungen formuliert und durch Programme, Pläne, Handlungskonzepte und Maßnahmen umgesetzt werden“ (Sinz 2005: 863). Durch die Raumordnung werden Leitbilder für und normative Vorstellungen über die Ordnung des deutschen Staatsgebietes entwickelt, die den verschiedenen raumwirksamen Politiken des Bundes und der Länder als Orientierung dienen sollen (vgl. Krumbein et al. 2008: 16). In diesem Aufsatz wird der Raumordnungsbegriff auf die räumliche Planung des Bundes bezogen und nicht auf die Landesplanung.

Aufgrund des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland, in der die räumliche Planung überwiegend in der Hand der Bundesländer liegt, muss die Raumordnungspolitik des Bundes auf einer vergleichsweise allgemeinen Ebene agieren und kann selbst allenfalls großräumige Handlungsvorschläge unterbreiten. Sie besitzt aber keine verbindliche Richtlinienkompetenz gegenüber den Bundesländern oder Bundesfachpolitiken (vgl. Durner/Greiving/Reitzig 2011). Die Bundesraumordnungspolitik – die in diesem Aufsatz in Abgrenzung zu anderen staatlichen Apparaten und Zweigen als *Staatsapparat Raumordnung* bezeichnet wird – verfügt dementsprechend über wenige Kompetenzen, mit denen sie die räumliche Entwicklung direkt beeinflussen kann. Dieser Staatsapparat ist vielmehr darauf angewiesen, dass die von ihm vorgeschlagenen Handlungsstrategien durch andere staatliche Apparate[3] umgesetzt werden. Anhand dieser Ausführungen wird gleichzeitig deutlich, dass die räumliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland durch unterschiedliche staatliche Apparate und Zweige beeinflusst wird. Neben dem Wirtschaftsministerium sind hier unter anderem die Ministerien für die Infrastrukturentwicklung und Landwirtschaft zu nennen.

Dass Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf nationalstaatlicher Ebene angesiedelt ist, stellt im Vergleich zu anderen westlichen Wohlfahrtsstaaten eine Besonderheit dar (vgl. Brenner 2004). Dieser besondere Staatsapparat, der von zentralstaatlicher Seite die räumliche Entwicklung zu bearbeiten beansprucht (vgl. ebd.: 142), ist daher der Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Aufsatzes. Nicht untersucht wird dagegen die Landes- und Regionalplanung.

Die ‚richtigen‘ Problematisierungen und Leitlinien der räumlichen Entwicklung handeln – aufgrund der vergleichsweise hohen Abstraktionsebene – überwiegend Politiker_innen, Ministeriumsvertreter_innen, Vertreter_innen der Landesplanung der Bundesländer sowie Raumwissenschaftler_innen aus. Selten sind dagegen außerparlamentarische Stimmen – wie die der Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbände – in den Diskussionen zu hören. Die Auswirkungen raumordnungspolitischer Entscheidungen wiederum sind im Alltag der Bürger_innen selbst kaum spürbar. Diese abstrakten Leitlinien werden höchstens durch ihre landespolitische, regional- und stadtplanerische Umsetzung wahrnehmbar. Insofern handelt es sich bei den politischen Aushandlungsprozessen bezüglich Raumordnungspolitik

des Bundes weniger um alltägliche politische Praxen (von Bürger_innen), als um (raumordnungs-)politische und wissenschaftliche.

Im Folgenden wird zunächst ‚Staat‘ im Anschluss an die historisch-materialistische Theoriebildung gefasst und mithin als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse konzeptualisiert (Abschnitt 2). Darauf aufbauend wird dieses Staatsverständnis für die Konzeptualisierung der Regulation räumlicher Verhältnisse mittels Raumordnung im Rahmen des *state spatial process* (vgl. Brenner 2004) nutzbar gemacht (Abschnitt 3). Im darauf folgenden Abschnitt 4 wird die historisch-materialistische Politikanalyse vorgestellt. Anschließend wird mithilfe dieser Methode die Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er-Jahren analysiert (Abschnitt 5). Der Beitrag wird mit einem Fazit abgerundet.

2. Der Staat als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse

In der materialistischen Staatstheorie gilt der Staat als wichtiger „*institutioneller Knotenpunkt*“ (Hirsch 1994: 192; Herv. i. O.) für die Regulation kapitalistischer Verhältnisse. Dabei werden „Staat und Gesellschaft nicht als dualistisch voneinander getrennte Sphären“ (Wissel/Wöhl 2008: 9) verstanden. Der Staat gilt vielmehr als „soziales Verhältnis“ (ebd.). In einer formanalytischen Begründung des Staates wird argumentiert, dass sich die Subjekte – die sich im Austauschprozess als Warenbesitzer_innen gegenüberstehen – als freie und gleiche Subjekte zueinander verhielten. Sie würden so zu „Träger[n] von Rechten“ (Paschukanis 1929: 90). Der ‚Garant‘ (vgl. Marx 1962: 99) dieser Rechtsverhältnisse sei der Staat. Damit sei dieser eine notwendige Voraussetzung kapitalistischer Vergesellschaftung. Die formanalytische Bestimmung des Staates dürfe jedoch nicht als funktionalistische missverstanden werden (vgl. Hirsch/Kannankulam 2006: 77, Kannankulam 2008: 51). Es sei vielmehr so, dass die „Bestimmung der politischen Form auf dieser hohen Abstraktionsebene [...] keine Aussagen über die institutionelle Struktur und die Funktionsweise“ (Hirsch/Kannankulam 2006: 77) des Staates zulasse.

Für die Erklärung konkreter staatlicher Praxis ist in der historisch-materialistischen Theorie die *Staatstheorie* von Nicos Poulantzas (2002) ein zentraler Bezugspunkt. Für ihn ist der Staat der zentrale Ort, an dem sich die politischen Klassen- und Fraktionskämpfe manifestierten. Diese Auseinandersetzungen spiegelten die gesellschaftlichen Klassenkämpfe jedoch nicht direkt wider. Vielmehr seien sie durch das „materielle Gerüst“ (ebd.: 161) des Staates geprägt. Zwar hätten Veränderungen „des Kräfteverhältnisses [...] immer Auswirkungen innerhalb des Staates“ (ebd.: 162), diese übertrügen „sich jedoch nicht direkt und unmittelbar“ (ebd.), sondern passten „sich der Materialität der verschiedenen Apparate an und kristallisier[en] sich im Staat nur in gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form“ (ebd.). Die verschiedenen Staatsapparate, wie „Exekutive und Parlament, Armee, Justizbehörden, verschiedene Ministerien, kommunale Apparate“ (ebd.), aber auch die Raumordnung, seien in diesem Sinne der „Sitz der Macht und spezielle Vertretung irgendeiner Fraktion des Blocks an der Macht oder eines konflikthaften Bündnisses dieser Fraktionen gegen andere“ (ebd.). Staatsapparate seien demnach Orte, an denen spezifische Klasseninteressen

oder Zusammenschlüsse von Sonderinteressen einen institutionellen Ausdruck erhielten. Gleichzeitig sei der Staat – laut Bob Jessop – durch eine ‚strategische Selektivität‘ (1990: 9) gekennzeichnet. Diese strategische Selektivität besitzt der Staat, da er – aufgrund seiner Struktur und darin eingeschriebener Kräfteverhältnisse – bestimmte gesellschaftliche Kräfte privilegiert und ihnen den Zugang zum Staat erleichtert.

3. Regulation räumlicher Verhältnisse mittels Raumordnung

Das Ziel der Raumordnung ist es, räumliche Entwicklungen so zu fördern, dass sie den normativen Vorstellungen von der Ordnung des deutschen Staatsgebietes entsprechen. Folglich stellt die räumliche Entwicklung die zentrale Grundlage und gleichzeitig den zu bearbeitenden Gegenstand der Raumordnungspolitik dar (vgl. Mießner 2015).

Wie David Harvey (2006) und Neil Smith (1984) in ihren Arbeiten gezeigt haben, ist die räumliche Entwicklung unter kapitalistischen Verhältnissen stets durch *uneven development* gekennzeichnet. Die Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung drücken sich einerseits räumlich aus. Andererseits ist die ungleiche räumliche Entwicklung auch Mittel der Kapitalakkumulation: Ist eine Region beispielsweise ökonomisch unterentwickelt – weil aus ihr Kapital abgezogen wurde, um es in anderen Regionen zu investieren –, kann sie wiederum sehr profitabel und zum Ausgangspunkt neuer Kapitalakkumulation werden (vgl. Smith 1984: 149).

Ziel des Staates ist es, im Rahmen des *state spatial process* (Brenner 2004) in die räumliche Entwicklung zu intervenieren, „to establish a ‘structured coherence’ or ‘spatial fix’ for capitalist growth“ (Brenner 2003: 205). Der Raumordnungspolitik – als Teil des *state spatial process* – geht es um die Etablierung eines „spatial fix anchored firmly within the national territorial matrix“ (Brenner 1997: 286). Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie die bestehenden räumlichen Ungleichheiten abmildern will. Da *uneven development* Ausdruck und Mittel kapitalistischer Gesellschaften ist, können zu große regionale Disparitäten zwar hinderlich sein. Zugleich ist ein gewisses Ausmaß räumlicher Ungleichheiten gerade zweckdienlich.

Diese formanalytische Betrachtung der Raumordnung sagt noch wenig über ihre konkrete Ausgestaltung aus. Diese ist von den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen abhängig, die sich in der Raumordnung verdichten. Insofern ist Raumordnung als „condensation of social relations“ (Holgerson 2013: 5) zu verstehen.

Im Folgenden soll mit der historisch-materialistischen Politikanalyse eine Methode vorgestellt werden, mithilfe derer die Verdichtung raumordnungspolitischer Kräfteverhältnisse nachgezeichnet und erklärt werden kann. Anschließend wird dargestellt, wie die raumordnungspolitischen Aushandlungsprozesse in den 1970er-Jahren verliefen.

4. Historisch-materialistische Politikanalyse und *critical discourse analysis*

Zur Operationalisierung der materialistischen Staatstheorie wurde die historisch-materialistische Politikanalyse entwickelt. Sie ist zum einen in

Auseinandersetzung mit den *policy*-Forschungen entstanden, deren Vertreter_innen von einem vereinfachten Staatsverständnis ausgehen und Machtverhältnisse innerhalb des Staates ausblenden (vgl. Brand 2013). Zum anderen grenzen sich historische Materialist_innen von strukturalistischeren Ansätzen in der materialistischen Staatstheorie ab, die politische Strategien wiederum „oft in einer funktionalistischen Weise als ‚Ergebnis‘ dominanter sozialer Verhältnisse, insbesondere der Klassenverhältnisse“ (ebd.: 425) konzeptualisieren.

Die historisch-materialistische Politikanalyse wurde zur Untersuchung der Formierung des ‚Staatsprojektes Europa‘ und der europäischen Migrationspolitik entwickelt (vgl. beispielsweise Forschungsgruppe *Staatsprojekt Europa* 2014, Wissel 2015). Ziel war es, die Verdichtung der Kräfteverhältnisse in den EU-Politiken nachzuvollziehen. Abhängig von der Fragestellung stehen „unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche mit [...] spezifischen Selektivitäten und Eigenlogiken im Mittelpunkt einer Untersuchung“ (Buckel et al. 2014: 53), weshalb die im Rahmen der historisch-materialistischen Politikanalyse vorgeschlagenen Analyseschritte – Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse – für die jeweiligen Forschungen zu präzisieren sind. Im Folgenden werden diese drei Analyseschritte vorgestellt und für die Untersuchung der Raumordnungspolitik nutzbar gemacht.

4.1 Kontextanalyse

Im Rahmen der Kontextanalyse geht es darum, „den historisch-dynamischen und strukturellen Kontext des jeweils untersuchten Konfliktes“ (Buckel et al. 2014: 54) zu analysieren. Es gilt, die historische Situation des Konfliktes zu rekonstruieren (vgl. ebd.).

In diesem Aufsatz wird erstens der größere ökonomische und insbesondere politische Kontext der Raumordnungspolitik der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Zweitens werden die räumlichen Implikationen dieser gesellschaftlichen Entwicklungen herausgearbeitet – schließlich sind dies die Entwicklungen, die die Raumordnungspolitik beeinflussen möchte.

4.2 Akteursanalyse

Im Zuge der Akteursanalyse gilt es zu untersuchen, welche gesellschaftlichen und politischen Akteur_innen in einer konkreten historischen Situation um die Lösung eines bestimmten gesellschaftlichen Problems ringen (vgl. Kannankulam/Georgi 2014: 63ff., Wissel 2015: 65f.). Weiterhin geht es darum, die in einem Konflikt „präsenten konfligierenden Strategien“ (Buckel et al. 2014: 55) der unterschiedlichen Akteur_innen und Kräfte herauszuarbeiten. Dazu sind eine genaue Kenntnis der Sekundärliteratur sowie sogenannte ‚Debattenanalysen‘ (Kannankulam/Georgi 2012: 38), die auf einer intensiven Auswertung der stattfindenden Diskussionen fußen, notwendig.

Im Rahmen der Akteursanalyse gilt es daher erstens im Zuge der ‚Situationsanalyse‘ darzustellen, was im Diskurs problematisiert und was als Ursache des Problems identifiziert wird (vgl. Buckel et al. 2014: 56). Zweitens ist das strategische Ziel aufzuzeigen, das die jeweiligen politischen Kräfte im untersuchten Konflikt verfolgen (vgl. ebd.: 56f.).

4.3 Prozessanalyse

In der Prozessanalyse ist der untersuchte „Konflikt chronologisch, in seiner mehrere Phasen durchlaufenden historischen Dynamik“ (Kannankulam/Georgi 2012: 39) zu analysieren. Um die „komplexen Kampfprozesse, in denen sich der Konflikt“ (Buckel et al. 2014: 58) entwickelt hat, verstehen zu können, sind die Kontext- und Akteursanalyse zu kombinieren (ebd.). Je nach Fragestellung verschiebt sich der Analyseschwerpunkt. In diesem Aufsatz soll die Verdichtung der politischen Kräfteverhältnisse zu raumordnungspolitischen Strategien nachgezeichnet werden. Daher werden die im *Staatsapparat Raumordnung* problematisierten räumlichen sowie gesellschaftlichen Entwicklungen und die für diese Probleme vorgeschlagenen Handlungsstrategien dargestellt. Auf diese Weise kann gezeigt werden, wie die verschiedenen raumordnungspolitischen Projekte im *Staatsapparat Raumordnung* zu einer – einheitlichen – Strategie verdichtet wurden.

4.4 Critical discourse analysis

Die vorgestellte Akteurs- und Prozessanalyse stellt eine Heuristik dar, die es – wie die Vertreter_innen dieser Methode explizit betonen (vgl. Brand 2013: 437, Buckel et al. 2014: 53ff.) – für den jeweiligen Untersuchungsgegenstand zu präzisieren gilt. Hierfür bietet sich die Methode der *critical discourse analysis* (vgl. beispielsweise Fairclough 2010, Wodak/Meyer 2001) an, eine Methode, die bereits für die materialistische Staatstheorie nutzbar gemacht wurde (vgl. Fairclough 2010: 375ff., Jessop 2008: 225ff.). Sie ermöglicht diese beiden Analyseschritte empirisch zu operationalisieren. Da das Untersuchungsmaterial in Form von Texten (Berichte, Gesetze, Protokolle) vorlag (siehe Abschnitt 5), ist die *critical discourse analysis* für die Operationalisierung geeignet, wurde sie doch genau dafür entwickelt. Hier gilt es insbesondere, das Material entsprechend der Problematisierungen (vgl. Fairclough 2010: 235f., Fairclough/Pardoe/Szerszynski 2010: 413ff.) zu strukturieren. Darüber hinaus wurden konfliktbezogene Aussagen, Handlungsvorschläge und Taktiken der einzelnen politischen Kräfte analysiert.

5. Aushandlungsprozesse um die Raumordnungspolitik in den 1970er-Jahren

Im Folgenden soll das analytische Potential der historisch-materialistischen Politikanalyse anhand der bundespolitischen Auseinandersetzungen um die anzustrebende Raumordnungspolitik in den 1970er-Jahren aufgezeigt werden. Dieser Zeitraum gilt gemeinhin als eine Phase der Raumordnungspolitik, in der zentralstaatliche Raumsteuerung zugunsten endogener Entwicklungsstrategien in den Hintergrund trat (vgl. Blotevogel 2011, Brenner 1997; 2004, Heeg 2001, Mießner 2009).

Untersucht wurden unter anderem Berichte, Gesetzesvorlagen und Stellungnahmen, die von Bundesministerien oder -behörden veröffentlicht wurden. Dazu zählen beispielsweise die Raumordnungsberichte, das Bundesraumordnungsprogramm oder die Tätigkeitsberichte des für Raumordnung zuständigen Bundestagsausschusses. Weiterhin wurden die

Diskussionsprotokolle des Bundestags und seiner Ausschüsse – wie der Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie der Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik des Ausschusses für Wirtschaft und Technik – untersucht. Außerdem waren die Diskussionsprotokolle des Bundesrates und des Bundesratsausschusses für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung – die sich ebenfalls mit raumordnungspolitischen Themen beschäftigten – Grundlage der Analyse. In die Untersuchung wurden darüber hinaus die Beschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung und die Stellungnahmen des Beirates für Raumordnung einbezogen. Damit konzentriert sich das Untersuchungsmaterial auf die Auseinandersetzungen innerhalb des *Staatsapparates Raumordnung* und auf Diskussionen zwischen den Staatsapparaten, die an der Raumordnungspolitik mitwirken, insbesondere auf die Auseinandersetzung zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien. Die methodische Auswertung eines noch größeren Untersuchungskorpus war mit den gegebenen Forschungsressourcen nicht möglich. Dies dürfte – neben dem hohen Abstraktionslevel, auf dem die Raumordnung agiert – ein weiterer Grund sein, warum im untersuchten Diskurs keine Stimmen von Bürger_innen oder Interessensvertretungen außerparlamentarischer Gruppierungen ausgemacht werden konnten.

Der Untersuchungszeitraum wurde auf die Jahre 1973 bis 1978 eingegrenzt. Im Folgenden werden die Ergebnisse der einzelnen Analyseschritte gemäß der historisch-materialistischen Politikanalyse dargestellt und aufgezeigt, wie die Verdichtung der politischen Kräfteverhältnisse bezüglich Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er-Jahren vonstattenging.

5.1 Kontextanalyse: ökonomische Verwerfungen

In der Bundesrepublik Deutschland ereignete sich in den Jahren 1966 und 1967 die erste Rezession der Nachkriegszeit (vgl. SVR 1967: 1). Diese war jedoch schnell wieder überwunden (vgl. Altvater/Hübner 1988: 17f.). Gleichzeitig erfolgte ein Regierungswechsel. So wurde die schwarz-gelbe Regierung 1966 von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD abgelöst, die 1969 wiederum einem sozialliberalen Bündnis weichen musste. Diese Regierungswechsel gelten gemeinhin als wirtschafts- und sozialpolitische Richtungsänderung, weg von stärker ordoliberalen Vorstellungen hin zur keynesianischen Globalsteuerung unter Einbeziehung der Gewerkschaften (vgl. Abelshauser 2004: 412). Der neue SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller stand exemplarisch für diesen Kurs ein (vgl. zum Beispiel Schiller 1964). Mit ihm war gleichsam ein politischer Richtungswechsel hin zu einer stärker sozial- und ausgleichsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden (vgl. Abelshauser 2004).

Räumlich hatte sich die wirtschaftliche Entwicklung bis Mitte der 1960er-Jahre in Form der dezentralen Konzentration (vgl. Väth 1980: 69ff.)^[4] vollzogen. Die großen Wachstumsraten, die die deutsche Wirtschaft mithilfe der fordistischen Massenproduktion erzielte, führten zu einer räumlichen Konzentration der Industrieproduktion und damit auch der Arbeitskräfte sowie der Bevölkerung. Diese Entwicklung ging zu Lasten der ländlichen Räume und kleinen Gemeinden. Da die Arbeitskräfte in den Ballungsräumen aufgrund steigender Produktion knapp wurden, dezentralisierte sich die Produktion zunehmend und erreichte zuerst die Zentren des Umlandes und

später die der weiteren Peripherien (vgl. BMWSR 1963: 16ff., Bundesregierung 1966: 12ff., SVR 1965). Diese dezentrale Konzentration wirkte aus einer großräumigen Perspektive ausgleichend: Es hatte den Anschein, als würden mit dem wirtschaftlichen Wachstum die wirtschaftlichen Strukturprobleme in den ländlichen und peripheren Regionen en passant behoben werden. Die damit verbundenen innerregionalen Disparitäten gerieten aus dieser großräumigen Perspektive allerdings aus dem Blick.

Die Krise von 1966 und 1967 traf neben den „Deglomerationsräume[n] und [...] Agglomerationen, die durch Monostrukturen im Montanbereich gekennzeichnet waren (Rhein-Ruhr, Saar)“ (Jacob 1979: 27), vor allem strukturschwache Peripherien. Diese hatten noch bis 1966 von sehr „konjunktur reagib[en]“ (Heeg 2001: 127) Zweigwerks- und kleinbetrieblichen Neugründungen profitiert (vgl. Jacob 1979: 27ff). In der folgenden Aufschwungphase bis Mitte der 1970er-Jahre setzte sich die dezentrale Konzentration fort: Besonders die Verdichtungsräume und – aufgrund von erneuten Zweigwerksgründungen – deren Umland sowie die zentralen Orte profitierten vom Wirtschaftswachstum (vgl. ebd.: 30ff.). Die ländlichen und strukturschwachen Regionen blieben – abgesehen von deren Zentren – hingegen hinter der allgemeinen Entwicklung zurück (vgl. ebd.). Die innerregionalen Disparitäten verstärkten sich erneut.

Anfang der 1970er-Jahre wurden das Bretton-Woods-System und damit die Golddeckung des Dollars sowie das System fixer Wechselkurse aufgegeben. Die mit dem Bretton-Woods-System verbundene Unterbewertung der D-Mark hatte in den 1960er-Jahren ein exportgetragenes Wirtschaftswachstum bewirkt (vgl. Kannankulam 2008: 169). Diese „gewaltigen Fehlleitung[en] von Kapital“ (Polster/Voy 1991: 197ff.) mussten in den 1970er-Jahren kompensiert werden. Weil ab Mitte der 1970er-Jahre auch alle anderen Industrienationen von der Rezession betroffen waren (vgl. Altvater/Hübner 1988: 20), wurde die exportgetriebene Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland vor zusätzliche Probleme gestellt. Diese Entwicklungen wurden 1973 durch den Ölpreisschock noch verstärkt. Im Jahr 1975 sank das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik und die Arbeitslosigkeit stieg dauerhaft auf über 4,6 Prozent (vgl. Prollius 2006: 185ff., SVR 1978: 64).

Trotz des „Sonderprogramms zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung“ (in Höhe von 950 Millionen D-Mark) und des „Programms zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität“ (in Höhe von 1,13 Milliarden DM) erholte sich die deutsche Wirtschaft kaum. In den folgenden Jahren schwenkte die sozialliberale Regierung unter dem neuen Kanzler Helmut Schmidt auf Austeritätspolitik um (vgl. Altvater/Hübner 1988: 25). Diese war zunächst zögerlich, später vehement von den ‚Wirtschaftsweisen‘ gefordert worden (vgl. SVR 1975: 16ff.; 1976: 139ff.). Beispielsweise wurde 1975 ein Haushaltsstrukturgesetz verabschiedet, in dessen Rahmen Sozialausgaben gekürzt wurden (vgl. ebd.). Solchen und anderen Spar- und Konsolidierungsbemühungen fielen „hauptsächlich die Investitionen der Gemeinden zum Opfer“ (Polster/Voy 1991: 208), womit vor allem die „Kernbereiche der öffentlichen materiellen Infrastrukturen in Verkehr, Ver- und Versorgungsfunktionen, Wohnungs- und Städtebau“ (ebd.) betroffen waren.

Von diesen Entwicklungen profitierten bis Mitte der 1970er-Jahre vor allem die Agglomerationsräume wirtschaftlich, politisch und demografisch

(vgl. Gatzweiler/Runge 1978: 673ff.). Gleichzeitig entwickelten sich die Regionen mit Verdichtungsansätzen oder jene mit einem regionalen Zentrum lediglich durchschnittlich, während die ländlichen Regionen zurückblieben (vgl. ebd.). In der Infrastrukturversorgung wurden bis Mitte der 1970er-Jahre erhebliche Fortschritte in den Peripherien erreicht, weshalb „Entwicklungsimpulse durch vermehrte öffentliche Investitionen auf diesem Gebiet kaum mehr induzierbar“ (Väth 1979: 62) waren. Außerdem gingen die unternehmerischen Investitionen nach und nach zurück, weshalb die „räumlich disponible Investitionsmasse“ (ebd.) schrumpfte. Der „klassische Ansatzhebel der regionalen Wirtschaftspolitik, die als regionale Kapitalmobilisierungsstrategie konzeptionalisiert war“ (ebd.), konnte somit kaum noch Wirkung entfalten. Außerdem wurden die betrieblichen Investitionen zunehmend für Rationalisierungen eingesetzt, sodass einerseits Neuansiedlungen von Unternehmen die Auswirkungen von Betriebsstilllegungen nicht mehr kompensieren konnten (vgl. Jacob 1979: 43). Andererseits waren die Arbeitskraftreserven als „natürliche[r] Standortvorteil“ (Väth 1979: 63) peripherer Regionen nicht mehr für unternehmerische Standortentscheidungen ausschlaggebend. Eine weitere dezentrale Konzentration fand somit nicht mehr statt. Bestehende Standorte blieben zwar erhalten, neue wurden jedoch nicht mehr geschaffen.

Diese Entwicklungen wurden gegen Ende der 1970er-Jahre durch ein ‚Nord-Süd-Gefälle‘ überlagert, das heißt die nördlichen und südlichen Agglomerationsräume entwickelten sich zunehmend auseinander (vgl. Friedrichs/Häußermann/Siebel 1986). Während sich im Norden und Westen Deutschlands ältere Industrien fordistorischer Massenproduktion befanden, waren die prosperierenden und diversifizierten Agglomerationsräume im Süden durch High-Tech-Industrien geprägt (Brenner 1997: 288f.).

5.2 Akteursanalyse: ökonomischer Strukturbruch und großräumige Disparitäten als Problem

Im untersuchten raumordnungspolitischen Diskurs wurden die zunehmenden Disparitäten zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen als wichtiges Problem erkannt und diskutiert. Die in diesem und im nächsten Abschnitt herangezogenen Aussagen von Parlamentarier_innen stellen dabei keine Einzelmeinungen dar, sondern sind charakteristisch für die Argumentation der jeweiligen Partei.

Die während der Untersuchungszeit im Bundestag vertretenen Parteien bewerteten die Disparitäten zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen unterschiedlich. Ursächlich hierfür waren einerseits die unterschiedlichen Wähler_innenklientels, andererseits ideologische Vorstellungen. Die CDU/CSU-Fraktion, die stärker in den ländlichen Regionen verankert war, war nicht daran interessiert, den Verstädterungsprozess zu unterstützen. Sie wollte die Entwicklung in den ländlichen Regionen fördern. Ideologisch hatte sich die CDU/CSU-Fraktion seit den 1950er-Jahren in eine ‚Richtung‘ (Väth 1980: 154) entwickelt, die in einer „allgemeinen Stadtfeindlichkeit und einer Eigenheim- und Grundbesitzideologie“ (ebd.) verwurzelt war. Weiterhin bestand innerhalb der CDU/CSU-Fraktion die „unterschwellige Befürchtung vor einer zu hohen Konzentration von Arbeitskräften [...], der

allgemein sozial destabilisierende Effekte zugesprochen wurden“ (ebd.). Eine solche Vorstellung deckte sich zusätzlich mit der ‚neuen Ballungskritik‘, die aufgrund der fortschreitenden Verstädterung immer mehr Aufwind bekam (vgl. Leendertz 2008: 317ff.).

Entsprechend dieser Konstellation unterstellte der Abgeordnete Friedrich-Adolf Jahn (CDU/CSU-Fraktion) der SPD, sie wolle einzig die Verdichtung fördern:

„Die Qualität des Lebens besteht nicht in einer Quantität der Verdichtung, [...] vielmehr in einer Ausgewogenheit zwischen geordneter Verdichtung und den ländlichen Räumen.“ (1974: 7929)

Eine solche Ausgewogenheit, mithilfe derer auch die ländliche Entwicklung gefördert werden sollte, sahen die CDU/CSU-Fraktionsabgeordneten in Gefahr, auch wenn ihnen klar war, dass in der Tat Unterschiede zwischen den beiden Gebietskategorien bestanden und weiterhin bestehen würden.

Auch die SPD sah das Wachstum der Verdichtungsräume als Problem an, stand diesem Phänomen aber weniger kritisch gegenüber. Ursächlich dafür dürfte sein, dass die Verdichtungsräume „traditionell höhere Wähleranteile der SPD auf[wiesen] als ländliche und dezentralisierte Gebiete“ (Väth 1980: 154). Der Fokus der SPD lag vor allem auf den Ursachen des Verdichtungsprozesses: Verantwortlich für diese Entwicklungen seien die Lohnangleichungen zwischen ländlichen Regionen und Verdichtungsräumen (vgl. Immer 1975a: 6), die jüngste wirtschaftliche Krise (vgl. Schmitt-Vockenhäuser 1974: 7951) sowie das Standortverhalten der Industrien, das sich immer öfter an den Führungsvorteilen in den Ballungsregionen orientiere (vgl. Immer 1975a: 6).

Die FDP problematisierte die Disparitäten zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen weniger. Sie galten ihr vielmehr als Ausdruck einer freiheitlichen Entwicklung. Folglich war für sie der „Gegensatz von Stadt und Land [...] nicht auflösbar“ (Engelhard 1974: 7949) – alles andere sei eine „Illusion“ (Böger 1976: 16755):

„Aber umgekehrt [entgegen der Ansicht, dass die Wanderung in die Großstädte ein Problem sei; Anmerk. d. A.] muß man die Entwicklung immer auch auf dem Hintergrunde der historischen Erfahrungstatsache sehen, daß sich größere Städte in ihrem Bestand schon immer nur erhalten oder gar wachsen konnten, weil sie Zuzug vom Land hatten. Das war lange vor der ersten industriellen Revolution so, das war schon im Mittelalter so.“ (Engelhard 1978: 8633)

Diese Problematisierung des Stadt-Land-Gegensatzes macht zwei Dinge deutlich. Zum einen ist die freiheitliche Entwicklung, in der Argumentation der FDP, durch eine disparate räumliche Entwicklung gekennzeichnet. Anhand ihrer Argumentation wird weiterhin ersichtlich, dass sie die ungleiche räumliche Entwicklung naturalisierte, indem sie ihr absprach eine spezifisch historische, kapitalistische Entwicklung zu sein. Folgerichtig verweist die Aussage des Abgeordneten Böger darauf, dass man dieser dichotomen räumlichen Entwicklung nichts entgegensetzen könne.

Eine etwas andere Position nahm der Beirat für Raumordnung ein. Er fungierte als Beratungsgremium für das Bundesministerium, welches für

Belange der Raumordnung zuständige war, und bestand aus Sachverständigen, Wissenschaftler_innen sowie Vertreter_innen kommunaler Verbände. Die sich verstärkenden Disparitäten zwischen Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen stellten für den Beirat ein Problem dar. Aus seiner Sicht wirkte der mit der disparaten Entwicklung verbundene räumliche Konzentrationsprozess „in zweifacher Hinsicht polarisierend“ (Beirat für Raumordnung 1972b: 163): „[E]inmal in [B]ezug auf die räumlichen Strukturen, d. h. den Verdichtungsräumen stehen immer deutlicher Entleerungsräume gegenüber“ (ebd.), und darüber hinaus „in [B]ezug auf die spezifischen Standortqualitäten der Verdichtungsknoten bzw. der Verdichtungsachsen“ (ebd.).

Im Bundesraumordnungsprogramm, das die Bundesregierung veröffentlichte, wurde eine sehr großräumige Perspektive gewählt. Hier wurde zwischen Räumen mit einer schwachen Siedlungsstruktur und geringen Entwicklungsmöglichkeiten einerseits und Regionen mit hoher Verdichtung andererseits unterschieden (vgl. Bundesregierung 1975b: 20). Laut Raumordnungsprogramm seien jedoch innerregionale Disparitäten – wie beispielsweise in den Räumen Rhein-Ruhr und Rhein-Main-Neckar – „nicht negativ zu beurteilen“ (ebd.: 17), solange diese „auf einer räumlich-funktionalen Aufgabenteilung beruhen“ (ebd.).

Trotz dieser Differenzen im raumordnungspolitischen Diskurs gab es auch Gemeinsamkeiten in der Problemwahrnehmung: Die – mit den gesellschaftlichen Entwicklungen der 1970er-Jahren einhergehende – Akzentuierung der räumlichen Entwicklung wurde als grundlegende wirtschaftliche Umstrukturierung verhandelt, welche das raumwirksame Entwicklungspotential und damit die Steuerungsmöglichkeiten der Raumordnung stark einschränkten. So seien die bisherigen Entwicklungen durch Bevölkerungszunahme, stetiges Wirtschaftswachstum, günstige und ausreichende Energie sowie abnehmende natürliche Ressourcen gekennzeichnet gewesen (vgl. Bundesregierung 1975a: 28). Diese ‚Faktoren‘ hätten sich nun ‚gewandelt‘ und zukünftig dürften für die „räumliche Entwicklung andere, regional teilweise unterschiedliche Entwicklungstendenzen maßgebend sein, bzw. bisherige Entwicklungen sich stärker akzentuieren“ (ebd.: 28f.). Dies sei ein Problem, weil das „raumwirksame Entwicklungspotential“ (ebd.: 29) zukünftig „wesentlich knapper“ (ebd.) sein werde. Unter dem Begriff des ‚raumwirksamen Entwicklungspotentials‘ wurden verschiedene die Raumordnung einschränkende Entwicklungen argumentativ zusammengeführt:

1. Der sektorale Strukturwandel begrenze das raumwirksame Entwicklungspotential, weil einerseits der relevanteste ländliche Wirtschaftszweig (der Agrarsektor) an Wichtigkeit verliere (vgl. ebd.). Andererseits gehe die Bedeutung des sekundären Sektors leicht zurück, was Entwicklungsnachteile für bisherige Industrieregionen zeitige (vgl. ebd.: 64).
2. Parlamentarier_innen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion betonten weiterhin das veränderte Standortverhalten der Industrie. Die Standortwahl von Industriebetrieben sei laut CDU/CSU kaum noch staatlich beeinflussbar (vgl. Nordlohne 1973: 39), weil beispielsweise „Führungsvorteile, wie sie nur der Ballungsraum bietet, ausgenutzt werden“ (Immer 1975a: 5), wie die SPD betonte.
3. Weiterhin begrenzten die zunehmenden internationalen Verflechtungen

- den „nationalen Gestaltungsspielraum“ (Bundesregierung 1975a: 10), weil die Verlagerung von Industriestandorten ins Ausland zu verhindern sei.
4. Die Zunahme der Unternehmensgrößen und die damit verbundene räumliche Maßstabsvergrößerung begrenze das raumwirksame Entwicklungspotential, weil sich so die Einzugsbereiche öffentlicher Einrichtungen „ständig vergrößern“ (Bundesregierung 1972: 28, vgl. Beirat für Raumordnung 1972b: 166f.). Somit verstärke sich der räumliche Konzentrationsprozess und schwäche sich nicht ab.

Außerdem habe der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozess die ländlichen Räume besonders getroffen, weil hier „[e]ine große Zahl von Filialbetrieben und Zulieferfirmen [...] ihre Tore für immer geschlossen“ (Sauter 1978: 8630) hätten, argumentierten Vertreter_innen der CDU/CSU-Fraktion. Laut SPD sei die Problematik der Konzentrationsförderung erst jüngst „in dieser Schärfe deutlich geworden“ (Schmitt-Vockenhausen 1974: 7951).

5.3 Prozessanalyse: dezentrale Konzentration als Kompromiss

Das übergeordnete Ziel der Raumordnungspolitik der 1970er-Jahre war der „Abbau bestehender großräumiger Unterschiede“ (Bundesregierung 1974: 2). Das gesamtwirtschaftliche Wachstum sollte bei möglichst geringen sozialen Kosten gefördert werden. Dieses Ziel beinhaltete jedoch Widersprüche:

„Das Ziel, großräumige Disparitäten abzubauen, kann im Einzelfall zu Konflikten führen. Ein solcher Zielkonflikt kann auftreten zwischen dem Streben nach einem möglichst hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstum, das sich vor allem in den Räumen mit hoher Verdichtung konzentrieren würde, und dem Ziel, insbesondere in ländlich geprägten Gebieten eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Die Erwerbstätigen würden zwar durch Abwanderung in die stark verdichteten Gebiete dort kurzfristig einen größeren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt erbringen; dennoch müssen die Voraussetzungen für ihr Verbleiben in den ländlich geprägten Gebieten geschaffen werden, zumal dadurch – längerfristig gesehen – ein höherer sozialer Nutzen und damit zugleich ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürger erzielt werden können.“ (Bundesregierung 1975b: 8)

Das wichtigste – aber auch umstrittenste – Mittel, mit dem dieses übergeordnete raumordnungspolitische Ziel erreicht werden sollte, war die dezentrale Konzentration. Mit diesem Konzept konnte die reale räumliche Entwicklung, die genau diese Form angenommen hatte (vgl. Abschnitt 5.1), unterstützt werden. Darüber hinaus – und das soll im Folgenden gezeigt werden – bot dieses Konzept allen Parteien Anknüpfungspunkte für ihre jeweiligen parteipolitischen Positionen.

Die CDU/CSU-Fraktion, der es vornehmlich um die Förderung des ländlichen Raumes ging, unterstellte der SPD eine „sozialistische [...] Politik der ‚konzentrierten Konzentration‘ von Bevölkerung, Arbeitsplätzen und Infrastruktur“ (Jahn 1974: 7932), dem sie „das ordnungspolitische Leitbild der ‚dezentralisierten Konzentration‘“ (ebd.) entgegensetzte. Der

CDU/CSU-Fraktion erschien dieses Konzept als alleinige Option, die Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen zu verbessern:

„Die CDU/CSU *bejaht Konzentration in der Fläche* als einzige Möglichkeit, städtischen Lebensverhältnissen gleichwertige Umstände auch *im ländlichen Raum* zu schaffen. Das soll aber nicht heißen, daß nur in den zentralen Orten gebaut werden soll. Wir wollen *angemessene Entwicklungs- und Siedlungstätigkeit* auch in geeigneten kleineren Orten und Dörfern.“ (Jahn 1976: 16749; Herv. i. O.)

Dieses Ziel war mit einer konservativen Stoßrichtung verbunden, die zum Beispiel daran deutlich wird, dass aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion „die Gemeinschaft in dem ländlichen Raum in der Fülle der Klein- und Mittelstädte“ (Warnke 1974: 7960) bestehe. Dennoch wollte die CDU/CSU-Fraktion eine „flächenabdeckende Raumordnungspolitik“ (CDU/CSU 1978: 2, Pack 1978: 3627). Dies war in ihrer Argumentation kein Widerspruch, denn dieser „konzentrierte Mitteleinsatz“ (Jahn 1977: 8) müsse „den ländlichen Raum miteinbeziehen“ (ebd.). Die Attraktivität des Konzeptes der dezentralen Konzentration bestand für Konservative gerade darin, eine Politik für die ländlichen Räume als Orte des ‚gemeinschaftlichen‘ Lebens zu betreiben.

Die SPD, deren Wähler_innen hauptsächlich in den Verdichtungsräumen ansässig waren, begründete die Forderung nach der „*dezentralisierte[n] Konzentration*“ (Immer 1975b: 4; Herv. i. O.) mit vier Argumenten. *Erstens* sei nur so ein Abbau der großräumigen Disparitäten möglich (vgl. Vogel 1973: 49). Die raumordnungspolitischen Mittel müssten *zweitens* effizient eingesetzt werden – schließlich wolle man „effektiv helfen“ (Immer 1978: 8629). *Drittens* sei der wirtschaftliche Konzentrationsprozess zu unterstützen, weil „die Industrialisierung in bestimmten Bereichen die Entleerung der Gemeinden doch nicht verhindern werde“ (Immer 1973: 43). Außerdem sei *viertens* die Schwerpunktbildung notwendig, um die Verdichtungsräume zu entlasten (vgl. Haack 1975: 23). Die SPD präferierte das Konzept der dezentralen Konzentration also, weil es ihr ermöglichte, die wirtschaftsräumliche Dynamik zentralstaatlich zu unterstützen und zu lenken und – nebenbei – ihre Wähler_innen in den Städten zu fördern.

Die FDP präferierte – was für eine liberale Partei wenig verwunderlich ist – die dezentralisierte Konzentration zur Sicherstellung der „Chancengleichheit im räumlichen Sinn“ (Böger 1976: 16755). Für sie war die dezentrale Konzentration unerlässlich, um „die Attraktivität größerer Verdichtungsräume, die von der Bevölkerung offensichtlich gewünscht wird, [...] in die heute dünn besiedelten ländlichen Räume hineinzutragen“ (Engelhard 1974: 7949).

Auch die Bundesregierung befürwortete die „dezentral konzentrierte Entwicklung“ (1975a), um die großräumigen Disparitäten in der Bundesrepublik zu bearbeiten. Die Raumordnungspolitik mittels derer dies erreicht werden sollte, beinhaltete die Ausweisung von Entwicklungszentren und -achsen (vgl. Beirat für Raumordnung 1972a: 157ff.). Aufgrund des begrenzten Entwicklungspotentials sollte dadurch eine „konsequente Standortkonzentration und Bündelung raumwirksamer Fördermaßnahmen“ (Bundesregierung 1975b: 39) erfolgen. Man erhoffte sich zum einen, mithilfe der Entwicklungszentren und -achsen Wachstumsimpulse in strukturschwachen Gebieten auszulösen (vgl. ebd. 9). Zum anderen sollten die Verdichtungsräume

entlastet und „weit in das Umland ausstrahlende Impulse für das gesamte Bundesgebiet“ (Bundesregierung 1974: 2) gesetzt werden. Obwohl dieses Konzept, da es für alle Parteien Anknüpfungspunkte bot, grundsätzlich nicht umstritten war, gab es im untersuchten raumordnungspolitischen Diskurs Auseinandersetzungen um die Ausweisung von Entwicklungszentren.

Der Streit entbrannte an der Mindestbevölkerungszahl von Entwicklungszentren, die im Bundesraumordnungsprogramm festgelegt werden sollte. Hintergrund dieses Disputes war ein Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern. Die Länder hatten bis in die 1970er-Jahre zentrale Orte ausgewiesen. Sie empfanden den Versuch des Bundes, die Entwicklungszentren und -achsen als neues „Grundgerüst der Raumordnungspolitik des Bundes und der Länder auszuweisen“ (Bundesregierung 1972: 14), als Eingriff in ihren Kompetenzbereich. Aus Sicht des Bundes bot die Ausweisung von Entwicklungszentren und -achsen die Möglichkeit, die eigenen Kompetenzen bezüglich Raumordnung auszuweiten und die räumliche Entwicklung in der Bundesrepublik stärker beeinflussen zu können. Der Bund wollte „nur eine relativ geringe Anzahl von Entwicklungsschwerpunkten“ (ebd.: 77) fördern. Die Länder hingegen wollten eine möglichst große Zahl an „förderungs-fähigen“ (ebd.) Entwicklungsschwerpunkten in das Programm aufnehmen, ohne deren Anzahl zu begrenzen. Einigkeit bestand zwischen Bund und Ländern dahingehend, dass „Entwicklungsschwerpunkte eine Mindestbevölkerung von 40 000 Einwohnern“ (ebd.) aufweisen sollten. Auch eine Ausnahmeregelung wurde diskutiert: Der Bund wollte Ausnahmen nur bis 20.000 Einwohner_innen zulassen, die Länder wollten sich hingegen auf keine konkrete Zahl festlegen lassen (ebd.). Letztlich konnten sich die Länder durchsetzen, sodass im Bundesraumordnungsprogramm keine konkrete Zielgröße genannt wurde (vgl. Bundesregierung 1975b: 37ff).

Auch in den untersuchten Bundestagsdebatten äußerten sich die Parteien zu diesem Konfliktpunkt. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion war die vom Bund vorgeschlagene Mindesteinwohner_innenzahl eine Konzentrationspolitik, „die zu weit gehe“ (Jahn 1973: 31). Dies sei eine „Verödungspolitik für die ländlichen Räume“ (Jahn 1974: 7931) und führe in Bayern dazu, dass „70 der bestehenden 114 Schwerpunkte eliminiert“ (Warnke 1973: 34) würden. Die SPD wollte den Forderungen der CDU/CSU-Fraktion, die als „Gießkan-nenprinzip“ (Sperling 1978: 8634) abgekanzelt wurden, jedoch nicht weiter entgegenkommen. Solch ein „engmaschiges Netz“ (Immer 1975c: 15) könne die SPD „raumordnungspolitisch nicht akzeptieren“ (ebd.). An dieser stärker konzeptionellen Frage wird deutlich, dass die Parteien bestrebt waren, durch raumordnungspolitische Strategien ihr jeweiliges Wähler_innenklientel zu bedienen, sich damit allerdings eines Konfliktfeldes annahmen, das aufgrund eines Kompetenzstreites zwischen Bund und Ländern entstanden war.

Bis auf die Einwohner_innenzahl von Entwicklungszentren war das Konzept der dezentralen Konzentration nicht umkämpft. Die Parteien konnten ihre jeweiligen Vorstellungen mit dem Konzept aus zwei Gründen verbinden: *Erstens* bot das Konzept Anknüpfungspunkte für alle Parteien. Die CDU/CSU-Fraktion konnte damit die Förderung ländlicher Räume und Vergemeinschaftung einfordern. Der SPD ermöglichte es, die Konzentrationsprozesse zu unterstützen und damit die eigenen Wähler_innen in den Verdichtungsräumen. Für die FDP war die dezentrale Konzentration ein

Mittel, um die freiheitliche Entwicklung auch in ländliche Räume zu tragen. Diese jeweiligen parteipolitischen Anknüpfungspunkte bot das Konzept der dezentralen Konzentration *zweitens* aufgrund der real stattfindenden räumlichen Entwicklung, die gerade die Form der dezentralen Konzentration angenommen hatte. Hinzu kommt, dass das Konzept zwar in raumordnungspolitische Programme beziehungsweise Pläne des Bundes aufgenommen wurde, diese aber für die Landesplanung und Bundesfachpolitiken kaum Bindungswirkung hatten (siehe Abschnitt 1).

6. Fazit

Das Wirtschaftswachstum vollzog sich in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er- Jahren räumlich in Form der dezentralen Konzentration. Aufgrund des Arbeitskräftemangels wurden jenseits der Verdichtungsgebiete sogenannte verlängerte Werkbänke eröffnet. Auf diese Weise sollte das Wirtschaftswachstum nicht ins Stocken geraten und Entwicklungsprozesse räumlich gestreut werden, auch wenn sich Konzentrationsprozesse innerregional fortsetzen. Darauf reagierte die Raumordnung mit der Strategie der dezentralen Konzentration, die mit dem Konzept der Entwicklungszentren und -achsen unterlegt wurde. Insofern protegierte die Raumordnungspolitik den real stattfindenden räumlichen Entwicklungsprozess zur Unterstützung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und vollzog die reale regionale Entwicklung – die gerade die Form der dezentralen Konzentration angenommen hatte – lediglich nach.

Anders als häufig proklamiert (vgl. zum Beispiel Leendertz 2008: 363) war die Raumordnungspolitik damit nicht explizit darum bemüht, eine ausgeglichene Raumstruktur herzustellen. Die dezentrale Konzentration wirkte zwar aus einer großräumigen Perspektive räumlich ausgleichend, innerregional hingegen beförderte diese Entwicklungsstrategie die Disparitäten. Das Ziel war es vielmehr, das wirtschaftliche Wachstum zu unterstützen und in den 1970er-Jahren schien das Konzept der dezentralen Konzentration das geeignete regionalpolitische Mittel zu sein. Die Raumordnung fokussierte sich folglich allein auf großräumige Disparitäten, während innerregionale Unterschiede weniger wichtig wurden.

Die raumordnungspolitische Verdichtung der politischen Kräfteverhältnisse zu dieser kohärenten raumordnungspolitischen Strategie ermöglichte es, das Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Die dezentrale Konzentration hatte aber noch ein zweites wichtiges Fundament: Durch sie konnten die Parteien – aufgrund der real stattfindenden räumlichen Entwicklung – ihre eigenen parteipolitischen Interessen durchsetzen. Der CDU/CSU-Fraktion galt die dezentrale Konzentration zum einen als Mittel, um die ländlichen Räume – und damit ihre Wähler_innen – zu fördern. Zum anderen konnte sie dadurch großstadtfeindliche Ressentiments bedienen. Die SPD verband mit der dezentralen Konzentration die Förderung städtischer Lebensweisen sowohl in den Agglomerationsräumen als auch in den ländlichen Regionen. Auch die SPD konnte damit ihre Wähler_innen – die großstädtischen Arbeiter_innen – protegieren. Für die FDP war die dezentrale Konzentration eine Möglichkeit, die Idee der freiheitlichen Entwicklung auch in ländliche und strukturschwache Regionen zu tragen.

Die Methode der historisch-materialistischen Politikanalyse ermöglichte es, diesen Verdichtungsprozess der politischen Kräfteverhältnisse im Staat zu einer kohärenten raumordnungspolitischen Strategie aufzuzeigen, die den Notwendigkeiten des Wirtschaftswachstums gerecht wurde. Aufgrund der Kontextanalyse war es möglich, die raumordnungspolitische Strategie der dezentralen Konzentration als Strategie zu dechiffrieren, mittels derer das wirtschaftliche Wachstum unterstützt und folglich die – sich ohnehin vollziehende – räumliche Entwicklung protegiert wurde.

Abschließend sollen noch zwei Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der historisch-materialistischen Politikanalyse benannt werden: Um der Gefahr zu entgehen, sich in kontextuellen Entwicklungen zu verlieren, müssen die Forschenden klar bestimmen, welcher Kontext für ihre Analyse relevant ist. Deshalb wurden in diesem Aufsatz – neben dem ökonomischen und politischen Kontext – insbesondere die relevanten räumlichen Entwicklungen herausgearbeitet. Weiterhin gestaltet sich die Operationalisierung der Akteurs- und Prozessanalyse in der Forschungspraxis relativ schwierig, da die vorgestellten Analyseschritte mehr eine Heuristik darstellen. Zur Lösung dieser Problematik wurde die Methode der *critical discourse analysis* gewählt, um die beiden Analyseschritte empirisch zu operationalisieren.

Endnoten

- [1] Der Begriff der Verdichtung wird in der raumplanerischen/raumordnerischen Literatur für die bauliche Verdichtung von Räumen verwendet. Der Terminus der Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse stammt hingegen aus der materialistischen Staatstheorie. Diese begriffliche Nähe ist in diesem Aufsatz nicht vermeidbar, da die Erkenntnisse der materialistischen Staatstheorie für das Verständnis der Raumordnungspolitik genutzt werden. Der Begriff der Verdichtung im raumplanerischen Sinne wird hier jedoch nur für die Raumkategorie der Verdichtungsräume verwendet.
- [2] Federführend war hier insbesondere die Forschungsgruppe <Staatsprojekt Europa> (2014).
- [3] Zu nennen wäre hier beispielsweise das Wirtschaftsministerium im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.
- [4] Der Begriff der dezentralen Konzentration wird in der raumplanerischen und raumordnerischen Literatur für eine auf dezentrale Entwicklung setzende, dabei jedoch innerregionale Konzentration befördernde raumordnungspolitische Handlungsstrategie benutzt. Werner Väth (1980) argumentiert, dass die materielle Grundlage dieses raumordnungspolitischen Handlungspostulates die räumliche Entwicklung gewesen sei, die die Form der dezentralen Konzentration angenommen habe. Insofern, so Väths Argument, habe die Raumordnungspolitik der 1970er-Jahre die räumliche Entwicklung der Zeit nachvollzogen und nicht entgegen gewirkt.

Autor_innen

Michael Mießner forscht zu den Themen Raumordnungspolitik, regionale Entwicklung, Wohnungspolitik sowie *politics of scale* und ländlicher Entwicklung.
 michael.miessner@geo.uni-goettingen.de

Literatur

- Abelshauer, Werner (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart. München: Beck.
- Altwater, Elmar / Hübner, Kurt (1988): Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht. Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD. In: PROKLA. Probleme des Klassenkampfes - Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 18/4, 6-36.
- Beirat für Raumordnung (1972a): Empfehlungen des Beirats für Raumordnung. a) Zielsystem für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (28. Oktober 1971). In: Raumordnungsbericht 1972. Bonn: Verlag Dr. Hans Heger, 154-161.
- Beirat für Raumordnung (1972b): Empfehlungen des Beirats für Raumordnung. b) Zielsystem zur räumlichen Ordnung und Entwicklung der Verdichtungsräume in der Bundesrepublik Deutschland (14. September 1972). In: Raumordnungsbericht 1972. Bonn: Verlag Dr. Hans Heger, 162-172.
- Blotevogel, Hans H. (2011): Raumordnung im westlichen Deutschland 1945 bis 1990. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL, 115-168.
- BMWSR (Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung) (1963): Erster Raumordnungsbericht. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Böger, Rolf (1976): Redebeitrag. In: 239. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Freitag, den 7. Mai 1976. 7. Wahlperiode.
- Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a cistorical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 42/4, 425-442.
- Brenner, Neil (1997): State territorial restructuring and the production of spatial scale. Urban and regional planning in the federal republic of Germany, 1960-1990. In: Political Geography 16/4, 273-306.
- Brenner, Neil (2003): 'Glocalisation' as a state spatial strategy. Urban entrepreneurialism and the new politics of uneven development in western Europe. In: Jamie Peck / Henry Wai-Chung Yeung (Hg.), Remaking the Global Economy. Economic-geographical Perspectives. London u. a.: SAGE, 197-215.
- Brenner, Neil (2004): New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood. Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe <Staatsprojekt Europa> (Hg.), Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: Transcript, 15-84.
- Bundesregierung (Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland) (1966): Raumordnungsbericht 1966. Bonn : Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Bundesregierung (Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland) (1972): Raumordnungsbericht 1972. Bonn: Verlag Dr. Hans Heger.
- Bundesregierung (Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland) (1974): Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Jahn (Münster), Dr. Schneider, Dr. Waffenschmidt, Dr. Warnke, Sick, Dr. Gruhl, Orgaß und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU, Drucksache 7/1417 betr. Raumordnung. Bonn: Bonner Univ.-Buchdruckerei.
- Bundesregierung (Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland) (1975a): Raumordnungsbericht 1974. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Bundesregierung (Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland) (1975b): Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm). Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- CDU/CSU (1978): Antrag der Abgeordneten Frau Pack, Dr. Dollinger, Dr. Jahn (Münster), Dr. Schneider, Dr. Möller, Sauter (Epfendorf), Sick, Dr. Ritz, Dr. Waffenschmidt, Nordlohne, Francke (Hamburg), Kolb, Niegel, Eymer (Lübeck), Dr. van Aerssen, Dr. Freiher Spies von Büllesheim, Burger, Dr. Warnke, Dr. George, Schedl, Dr. Unland, Frau Hoffmann (Hoya), Milz, Dr. Jobst, Feinendegen, Geisenhofer, Biehle, Neuhaus, Müller (Berlin), Susset und der Fraktion der CDU/CSU. Raumordnung. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Durner, Wolfgang / Greiving, Stefan / Reitzig, Frank (2011): Rechtlicher und institutioneller Rahmen der Raumplanung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL, 379-433.
- Engelhard, Hans Arnold (1974): Redebeitrag. In: 119. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

- Engelhard, Hans Arnold (1978): Redebeitrag. In: 109. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 5. Oktober 1978. 8. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Fairclough, Norman (2010): *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. Harlow: Longman.
- Fairclough, Norman / Pardoe, Simon / Szerszynski, Bronislaw (2010): *Critical discourse analysis and citizenship*. In: Norman Fairclough (Hg.), *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. Harlow: Longman, 412-436.
- Forschungsgruppe <Staatsprojekt Europa> (Hg.) (2014): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld: Transcript.
- Friedrichs, Jürgen / Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (Hg.) (1986): *Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gatzweiler, Hans Peter / Runge, Ludwig (1978): *Regionale Disparitäten im Bundesgebiet. Erste Ergebnisse aus der laufenden Raumbbeobachtung*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 8/9, 669-693.
- Haack, Dieter (1975): Redebeitrag. In: *Kurzprotokoll*, 65. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 22. Oktober 1975.
- Harvey, David (1981): *The spatial fix – Hegel, von Thünen, and Marx*. In: *Antipode* 13/3, 1-12.
- Harvey, David (2004): *Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*. In: Christian Zeller (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 183-215.
- Harvey, David (2006): *The Limits to Capital*. London: Verso.
- Heeg, Susanne (2001): *Politische Regulation des Raums. Metropolen, Regionen, Nationalstaat*. Berlin: Edition Sigma.
- Hirsch, Joachim (1994): *Politische Form, politische Institutionen und Staat*. In: Josef Esser / Christoph Görg / Joachim Hirsch (Hg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg: VSA-Verlag, 157-211.
- Hirsch, Joachim / Kannankulam, John (2006): *Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie*. In: Lars Bretthauer / Alexander Gallas / John Kannankulam / Ingo Stütze (Hg.), *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA-Verlag, 65-81.
- Holgersen, Ståle (2013): *Spatial planning as condensation of social relations: A dialectical approach*. In: *Planning Theory* 14/1, 5-22.
- Immer, Klaus (1973): Redebeitrag. In: *Stenographisches Protokoll*, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973.
- Immer, Klaus (1975a): *Bundesraumordnungsbericht 1974, Bundestagsdrucksache 7/3582; hier: Bericht für die Beratung im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*. Anlage 3 zu: *Kurzprotokoll*, 65. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 22. Oktober 1975. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Immer, Klaus (1975b): *Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes; hier: Bericht für die Beratung im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Bundesraumordnungsprogramm), Bundestagsdrucksache 7/3584*. Anlage zu: *Kurzprotokoll*, 65. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 22. Oktober 1975. Bonn.
- Immer, Klaus (1975c): Redebeitrag. In: *Kurzprotokoll*, 65. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 22. Oktober 1975.
- Immer, Klaus (1978): Redebeitrag. In: 109. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 5. Oktober 1978. 8. Wahlperiode. Bonn.
- Jacob, Joachim (1979): *Regionalpolitik und räumliche Disparitäten in der Bundesrepublik. Zur Kritik der Regionalförderung in den Deglomerationsräumen*. Frankfurt/ Main: R.G. Fischer.
- Jahn, Friedrich-Adolf (1973): Redebeitrag. In: *Stenographisches Protokoll*, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973. Bonn.
- Jahn, Friedrich-Adolf (1974): Redebeitrag. In: 119. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

- Jahn, Friedrich-Adolf (1976): Redebeitrag. In: 239. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Freitag, den 7. Mai 1976. 7. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Jahn, Friedrich-Adolf (1977): Redebeitrag. In: Kurzprotokoll der 14. Sitzung des (15.) Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Mittwoch, 29. Juni 1977. Bonn.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Jessop, Bob (2008): *State Power. A Strategic-Relational Approach*. Cambridge u. a.: Polity-Press.
- Kannankulam, John (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Kannankulam, John / Georgi, Fabian (2012): *Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das 'Staatsprojekt Europa'*. Marburg.
- Kannankulam, John / Georgi, Fabian (2014): *Varieties of capitalism or varieties of relationships of forces? Outlines of a historical materialist policy analysis*. In: *Capital & Class* 38/1, 59-71.
- Krumbein, Wolfgang / Frieling, Hans-Dieter von / Kröcher, Uwe / Sträter, Detlev (2008): *Zur Historie einer kritischen Regionalwissenschaft. Auch eine Einleitung*. In: Wolfgang Krumbein / Hans-Dieter von Frieling / Uwe Kröcher / Detlev Sträter (Hg.), *Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-40.
- Leendertz, Ariane (2008): *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: Dietz.
- Mießner, Michael (2009): *Der raumordnungspolitische Umgang mit regionalen Disparitäten in der BRD am Beispiel der Raumordnungsberichte*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Göttingen.
- Mießner, Michael (2015): *Die Raumordnungspolitik der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit. Raumordnungspolitische Konzepte als konservativer Ballast oder Antwort auf drängende Probleme der räumlichen Entwicklung?* In: Wendelin Strubelt / Detlef Briesen (Hg.), *Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus, 197-223.
- Nordlohne, Franz-Josef (1973): Redebeitrag. In: *Stenographisches Protokoll*, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973. Bonn.
- Pack, Doris (1978): Redebeitrag. In: 109. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 5. Oktober 1978. 8. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Paschukanis, Eugen (1929): *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe*. Wien u. a.: Verlag für Literatur und Politik.
- Polster, Werner / Voy, Klaus (1991): *Von der politischen Regulierung zur Selbstregulierung der Märkte – Die Entwicklung von Wirtschafts- und Ordnungspolitik in der Bundesrepublik*. In: Klaus Voy / Werner Polster / Claus Thomasberger (Hg.), *Marktwirtschaft und politische Regulierung. Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989)*. Marburg: Metropolis, 169-226.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Prollius, Michael von (2006): *Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1965): *Jahresgutachten 1965/66. Stabilisierung ohne Stagnation*. Stuttgart.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1967): *Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrates zur Begutachten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Stabilität im Wachstum*. Stuttgart.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1975): *Jahresgutachten 1975 des Sachverständigenrates zur Begutachten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Vor dem Aufschwung*. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1976): *Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zeit zum Investieren*. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1978): Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wachstum und Währung. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Sauter, Franz (1978): Redebeitrag. In: 109. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 5. Oktober 1978. 8. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Schiller, Karl (1964): Wirtschaftspolitik (1962). In: Karl Schiller (Hg.), Der Ökonom und die Gesellschaft. Das freiheitliche und das soziale Element in der modernen Wirtschaftspolitik. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag, 63-90.
- Schmitt-Vockenhausen, Hermann (1974): Redebeitrag. In: 119. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Sinz, Manfred (2005): Raumordnung / Raumordnungspolitik. In: Ernst-Hasso Ritter (Hg.), Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: ARL, 863-872.
- Smith, Neil (1984): Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space. Oxford: Blackwell.
- Sperling, Dietrich (1978): Redebeitrag. In: 109. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 5. Oktober 1978. 8. Wahlperiode.
- Väth, Werner (1979): Ökonomische Stagnation und Raumordnungspolitik. In: Wolfgang Brunder / Thomas Ellwein (Hg.), Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 58-75.
- Väth, Werner (1980): Raumplanung. Probleme der räumlichen Entwicklung und Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Königstein: Hain.
- Vogel, Hans-Jochen (1973): Redebeitrag. In: Stenographisches Protokoll, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973. Bonn.
- Warnke, Jürgen (1973): Redebeitrag. In: Stenographisches Protokoll, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973. Bonn.
- Warnke, Jürgen (1974): Redebeitrag. In: 119. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Wissel, Jens (2015): Staatsprojekt EUropa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wissel, Jens / Wöhl, Stefanie (2008): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Einleitung. In: Jens Wissel / Stefanie Wöhl (Hg.), Staatstheorie vor neuen Herausforderungen: Analyse und Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-22.
- Wodak, Ruth / Meyer, Michael (Hg.) (2001): Methods of Critical Discourse Analysis. London: SAGE.

Spatial planning as condensation of political and societal forces

The article analyses the condensation of political and societal forces concerning spatial planning in the Federal Republic of Germany in the 1970s by using the historical-materialist policy analysis. Within these condensed political and societal forces uneven development should be processed by the concept of decentralized concentration through development centers and axes. Against the background of the actual uneven development in the 1970s – in the form of decentralized concentration – the different party members could connect their ideological and political ideas with the concept of decentralized concentration. In the end, the concept of decentralized concentration has led to a promotion of the already existing form of uneven development instead of preventing this development.



„Keine unklugen Leute“

Die Durchsetzung des „Stadtumbau Ost“

Matthias Bernt

Der Beitrag untersucht die Herausbildung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ um die Jahrtausendwende. Er analysiert dabei das Zusammenwirken von Interessen, Ideen und Akteuren, die diesem (damals) neuartigen Ansatz der deutschen Stadtentwicklungspolitik zugrunde lag. In der empirischen Analyse wird deutlich, dass der Stadtumbau in seiner Genese nur als „Hybrid“ aus einem Rettungsprogramm für die ostdeutsche Wohnungswirtschaft und weitergehenden strategischen Planungsansprüchen für die „schrumpfende Stadt“ adäquat verstanden werden kann. Das Zustandekommen dieser doppelten Orientierung spiegelt gleichzeitig die Durchsetzungsstärke einzelner „Schlüsselpersonen“ wieder, denen es gelang, auf die Ausrichtung des im Entstehen begriffenen Programms prägenden Einfluss zu nehmen.

Ersteinreichung: 26. Juli 2016; Veröffentlichung online: 21. Juni 2017

An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Seit der Jahrtausendwende ist das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ ein zentraler Baustein der deutschen Stadtentwicklungspolitik. Es ist ein außerordentlich ‚harter‘ Planungsgegenstand. Bislang wurden im Rahmen des Stadtumbaus etwa 370.000 Wohnungen abgerissen; hierdurch hat sich in fast allen ostdeutschen Städten das Gesicht ganzer Wohngebiete fundamental verändert. Nichtsdestotrotz hat das Thema im Bereich der kritischen Stadtforschung bislang nur wenig Aufmerksamkeit gefunden.

Vor diesem Hintergrund adressiert der vorliegende Artikel zwei Forschungslücken: Dies ist zum einen die Fokussierung des Gros der wissenschaftlichen Diskussion über den Stadtumbau auf die lokale Ebene. Beiträge, die innerhalb des letzten Jahrzehnts erarbeitet wurden, haben so vielfach neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltungen und lokalen Wohnungsunternehmen beleuchtet (vgl. BMVBW/BBR 2003, Kabisch et al. 2003, Altrock 2004, Bernt 2009, Bernt/Haus 2010, Wiechmann/Pallagst 2012). Dabei wurde beispielsweise ein Trend zu neuen „grant coalitions“ (Bernt 2009) festgestellt, in denen lokale Akteure ihre Strategien nach den Bedürfnissen überlokaler Förderinstitutionen ausrichten. In diesem Zuge wurde nationalen und europäischen Stadtentwicklungspolitiken eine prägende Wirkung auf die lokalen Stadtumbaupraxisen zugesprochen. Gleichzeitig wurde

die Herausbildung eben dieser Politiken auf nationaler Ebene bislang nicht untersucht. Entsprechend zielt dieser Beitrag auf eine empirische Analyse des Zustandekommens des „Stadtumbau Ost“. Es geht mir also um eine Studie, die vor allem den Anspruch hat, eine Wissenslücke in Bezug auf ein eminent wichtiges Praxisfeld der Stadtplanung in Deutschland zu schließen.

Eng verwandt mit der mangelnden Ausleuchtung der nationalen Entscheidungsebene ist eine zweite Lücke in der Stadtumbaudiskussion: Während viele Beiträge den Stadtumbau als Zeichen einer neuen Offenheit von Entscheidungsträgern für eine Stadtentwicklung ohne Wachstum interpretiert haben (vgl. BMVBW 2001, Lang/Tenz 2003, Kil 2004, Wiechmann 2008), mehren sich aktuell (auch vor dem Hintergrund wieder steigender Bevölkerungszahlen) Stimmen, die den erfolgten Abriss als eine von neoliberalen Konzeptionen geleitete Interessenpolitik zugunsten der Wohnungsunternehmen kritisieren. In beiden Diskussionssträngen bleibt das Argumentationsgerüst jedoch in der Regel seltsam ‚akteurslos‘. Im ersten Fall stehen neuartige Ideen sozusagen ‚neben‘ Akteuren, Interessen und Handlungsrestriktionen (kritisch hierzu auch Bernt et al. 2014); es bleibt somit im Unklaren, wie zweifelsohne wünschenswerte neue Planungsparadigmen an Wirkungsmacht gewinnen konnten. In der zweiten Argumentationslinie wirken strukturelle Interessen ebenfalls ‚hinter dem Rücken‘ von Akteuren und es bleibt unbestimmt, wie und warum sich diese im Regierungshandeln tatsächlich durchsetzen konnten.

Aus meiner Sicht verweist dieser Diskussionsstand auf ein tieferes wissenschaftliches Problem: die unbestimmte Konzeptionalisierung der Rolle individueller Akteure für den Wandel von Planungspolitiken. In der Stadtforschungsliteratur wird so häufig auf die Schlüsselrolle einzelner ‚Personen‘ (z. B. von Robert Moses für den autogerechten Umbau New Yorks oder von Karl Ganser für die „IBA Emscher Park“) verwiesen – gleichzeitig lassen sich aber sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber finden, wie dieser „Faktor X“ (Gailing/Ibert 2016) genau zum Tragen kommen kann. Unterschiedliche konzeptionelle Zugänge stehen hier häufig nebeneinander und die Rolle von Schlüsselfiguren wird mal mit persönlichen Qualitäten (Schumpeter 1910, Weber 1921, Grint 2000), mal mit Netzwerkpositionen (Tushman 1977, Burt 1992 und 2004, Vedres/Stark 2010), und wieder ein anderes Mal mit den Strukturen von Politikprozessen (Kingdon 1984, Sabatier/Smith 1993) erklärt.

Im vorliegenden Aufsatz versuche ich zu zeigen, dass den unterschiedlichen Ansätzen zur Erklärung des Wirkens von ‚Schlüsselpersonen‘ tatsächlich ein heuristisches Potenzial zugrunde liegt, ohne dessen Nutzbarmachung ein tieferes Verständnis von planungspolitischen Umbrüchen (wie dem „Stadtumbau Ost“) nur schwer gelingen kann. Gleichzeitig argumentiere ich, dass eine realistische Einschätzung der Reichweite des Handelns individueller Akteure nur dann gelingen kann, wenn ihre personenbezogenen Potenziale mit den für sie bestimmenden institutionellen Einbindungen, ihrer Rolle in Interessenkonstellationen und den ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen zusammen gedacht werden. In der empirischen Analyse müssen also wirtschaftliche, institutionelle und ideenbezogene Umstände gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Mit der Absicht, das Zusammenspiel dieser Faktoren zu beleuchten, diskutiert der Aufsatz zentral das Wirken von drei Schlüsselfiguren, die das

Zustandekommen des „Stadtumbau Ost“ auf je verschiedene Weise entscheidend geprägt haben. Sie stehen als Beispiele für eine größere Gruppe von ein bis zwei Dutzend Individuen, für die ein relevanter Einfluss belegt werden kann und die zum Zustandekommen des „Stadtumbau Ost“ beigetragen haben. Die drei hier vorgestellten „Schlüsselpersonen“ stehen dabei stellvertretend für drei Makro-Gruppen von Akteuren (Wohnungswirtschaft, Planung/ Politikberatung und Landesregierung), die Einfluss auf die Gestaltung des Stadtumbaus genommen haben.

Das dieser Untersuchung zugrunde liegende empirische Material wurde in den Jahren 2014 und 2015 im Rahmen eines institutsfinanzierten Forschungsprojektes zum Thema „Schlüsselpersonen in der Raumentwicklung“ am Leibniz-Institut für raumbezogene Sozialforschung gesammelt.[1] Methodisch stützt sich die Studie auf zwei Kernbausteine:

1. eine Literaturlauswertung, in die neben wissenschaftlichen Publikationen vor allem die Jahrgänge 1997 bis 2001 der Zeitschrift *Wohnungswirtschaft* (des Verbandsorgans des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft), ‚graue Literatur‘ wie Berichte und Gutachten sowie auszugsweise Sitzungsprotokolle der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel“ einbezogen wurden sowie auf
2. 14 Experteninterviews mit Vertreter_innen der Wohnungswirtschaft, Kommunal- und Landespolitiker_innen, Planer_innen sowie leitenden Repräsentant_innen des Bundesbauministeriums, die in die Entstehung des Programms involviert waren. Die Interviews stützen sich auf einen gemeinsamen Leitfaden und wurden (bis auf eine Ausnahme) digital aufgezeichnet. Sie wurden teilweise transkribiert und textanalytisch ausgewertet.

In der Auswertung wurden zunächst wichtige Gesprächspassagen paraphrasiert und so ‚Material‘ für die Rekonstruktion des Politikprozesses gewonnen. Auf dieser Grundlage wurden anschließend der Ereignisverlauf analysiert, wichtige ‚Weichenstellungen‘ rekonstruiert und Informationen über zentrale ‚Schlüsselpersonen‘ und ihr Handeln gewonnen. In einem zweiten Schritt wurden drei ‚Schlüsselpersonen‘ ausgewählt, deren Motive, Handlungsressourcen und Vorgehensweisen vertieft untersucht wurden. Dieser Schritt stützte sich stark auf Schilderungen der Interviewpartner_innen, die miteinander verglichen und (unter Zuhilfenahme von Informationen aus der Dokumentenanalyse) interpretiert wurden.

In der Diskussion gehe ich wie folgt vor: Um die Grundlagen für die Analyse zu legen, werden zunächst die politikwissenschaftlichen Konzepte diskutiert, die bei der Analyse des empirischen Materials zur Hilfe gezogen wurden. Hieran anschließend wird die Vorgeschichte des Programms „Stadtumbau Ost“ dargestellt. Auf dieser Grundlage werden anschließend drei Schlüsselfiguren vorgestellt, die auf je verschiedene Art und Weise eine zentrale Rolle bei der Entstehung des „Stadtumbau Ost“ gespielt haben. Im Fazit werden Schlussfolgerungen gezogen und die konzeptionellen und planungspraktischen Implikationen der empirischen Analyse reflektiert.

2. Phasenmodelle von Politikprozessen

Die ‚chaotische‘ Struktur von Politikprozessen ist seit langer Zeit Gegenstand des lebhaften Interesses von Politikwissenschaftler_innen. Klassische Studien (z. B. Lasswell 1951, Pressman/Wildavsky 1973, Jones 1977, Polsby 1984, Kingdon 1988, Roberts/King 1996) haben die Einführung neuer Politiken als einen sich über eine gewisse Zeitspanne hinweg vollziehenden Vorgang beschrieben, bei dem mehrere Phasen sequentiell aufeinanderfolgen. Hierbei sind verschiedene Modelle und Phaseneinteilungen vorgeschlagen worden, deren Spezifika und Unterschiede an dieser Stelle nicht im Detail diskutiert werden können. Festgehalten werden kann aus dieser Diskussion jedoch, dass die Einführung von Politikinnovationen als ein Prozess verstanden werden kann, in dem idealtypisch verschiedene Elemente sequentiell aufeinanderfolgen. Analytisch kann in dieser Hinsicht beispielsweise zwischen folgenden drei Phasen unterschieden werden (Roberts/King 1996: 7ff.):

1. *Creation* oder *initiation* beinhaltet das Aufkommen einer neuen Idee und die Verknüpfung dieser Idee mit einem Problem. In dieser Phase melden sich häufig neue Akteure mit Skandalisierungen und Alarmmeldungen zu Wort und dies schlägt sich in Fachpublikationen, Presseberichten und internen Arbeitsgruppen nieder.
2. *Design* umfasst die Übersetzung der neuen Idee in eine Form, die vom politisch-administrativen System aufgenommen werden kann. Typische Produkte dieser Phase sind Positionspapiere, Gutachten oder Memoranden, in denen Grundzüge und Verantwortlichkeiten für eine neue Politik entworfen werden.
3. In der *Implementation* wird eine neue Idee schließlich zur politischen Praxis, indem sie an bestehende Institutionen angepasst bzw. mit der Einrichtung neuer Institutionen verbunden wird. Ausdruck dessen sind typischerweise neue Gesetze und Richtlinien, neue Finanzzuweisungsstrukturen und Behördenzuschnitte.

Die ‚Phasen‘-Perspektive auf Politikprozesse war in der Vergangenheit auch Gegenstand starker Kritiken. So wurde argumentiert, dass die angewandten Modelle empirisch nicht zu verifizieren seien, weil einzelne Phasen häufig ineinander übergingen und auch die Reihenfolge der Phasen in der Realität häufig nicht den verwandten Schemata entspreche. Kritisiert wurde auch der mangelnde Erklärungsgehalt von Phasenmodellen, die eher Beschreibungen liefern als Kausalbeziehungen erhellen würden. In der Konsequenz, so wurde argumentiert, würde die Anwendung von Phasenmodellen zu einer übermäßig vereinfachenden und unrealistischen Perspektive führen (s. a. Jann/Wegrich 2007).

Obwohl die Gültigkeit dieser Kritiken in der Politikwissenschaft heute kaum noch bestritten wird, erfreuen sich die kritisierten Phasenmodelle weiterhin großer Beliebtheit und finden regelmäßig ihre Anwendung bei empirischen Analysen einzelner Politikfelder. Der Hauptgrund hierfür ist, dass sie einfach handhabbare und robuste Schablonen bieten, mit denen Ordnung in den häufig verwirrenden Verlauf von Politikprozessen gebracht werden kann. Ihr größter Nutzen ist dabei tatsächlich ihre Einfachheit und so lange, wie die Grenzen dieser Modelle reflektiert werden, funktionieren sie hervorragend als

‚Werkzeug‘, mit dem ein Zugang zu den komplexen und sich schnell wandelnden Konstellationen realer Politikprozesse gewonnen werden kann.

Von Bedeutung sind hier vor allem zwei Punkte: Erstens helfen Phasenmodelle dabei, die Prozesshaftigkeit von ‚Politikinnovationen‘ zu begreifen. Sie führen zu einem tieferen Verständnis des Innovationsvorgangs, der eben mehrere Stufen enthalten muss, um eine Idee zur politischen Realität werden zu lassen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil in unterschiedlichen Phasen des Innovationsprozesses jeweils unterschiedliche ‚Geburtshelfer‘ mit je unterschiedlichen Qualifikationen, Ressourcen und Beziehungen nötig sein können. Die Betonung der Mehrstufigkeit von Politikinnovationen öffnet damit den Blick auf das Wirken unterschiedlicher Akteur_innen. Zweitens wird in der Literatur regelmäßig darauf verwiesen, dass die in den unterschiedlichen Modellen entwickelten Phasenaufteilungen zwar eine gewisse logische Abfolge haben – in der Realität kann es aber leicht zu einer Überlagerung oder Verschiebung zwischen einzelnen Phasen kommen. Anstelle eines mechanischen Ablaufschemas handelt es sich bei den vorgeschlagenen Phasen also um analytische Kategorien, die es ermöglichen, unterschiedliche Elemente eines konkreten Innovationsprozesses zu identifizieren.

Untersucht man das Aufkommen neuer Politiken nicht nur ideengeschichtlich, ist gerade die aus diesem Verständnis resultierende Vielschichtigkeit interessant, denn sie ermöglicht es, die Verknüpfung von Ideen, Interessen und institutionellen Machtressourcen bei der Herausbildung neuer Programme angemessen zu analysieren.

3. Die Herausbildung des „Stadtumbau Ost“

3.1. Initiation: Wohnungsleerstand als Ausgangspunkt

Wie kann dieses Schema auf den „Stadtumbau Ost“ angewendet werden? Obwohl Soziolog_innen und Stadtplaner_innen in Deutschland bereits in den 1980er Jahren über „Schrumpfung“ diskutiert hatten (bspw. Häußermann/Siebel 1988), dauerte es bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre, bis die Problemlagen von Städten mit zurückgehenden Bevölkerungszahlen durch das politisch-administrative System beachtet wurden. Der Hintergrund, vor dem dies schließlich stattfand, war die transformationsbedingte Krise der ostdeutschen Wohnungswirtschaft, die um die Jahrtausendwende zum Leerstand etwa eines Sechstels des gesamten ostdeutschen Wohnungsbestandes geführt hatte. In seiner Initiationsphase geht der „Stadtumbau Ost“ deshalb stark auf die Problematik wachsender Wohnungsleerstände zurück, die in Ostdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre zur Verknüpfung einer Vielzahl von Problemen geführt hatten. Diese betrafen zunächst die Stadtplanung, in wachsendem Maße aber auch die Wohnungs- und die Finanzwirtschaft sowie die kommunalen Haushalte. Denn die meisten ostdeutschen Wohnungsunternehmen hatten zu dieser Zeit erhebliche Ausgaben für die Bedienung von Krediten zu bewältigen, die sie zur Sanierung ihrer Bestände sowie zur Begleichung sogenannter ‚Altschulden‘ aufgenommen hatten. Die mit dem wachsenden Wohnungsleerstand einhergehenden Erlösrückgänge führten für viele von ihnen zu einem dauerhaften Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben und trieben sie in

Richtung einer Unwirtschaftlichkeit ihres Geschäftsbetriebes. Dies war zwangsläufig auch ein Problem für die in der Immobilienfinanzierung tätigen Geschäftsbanken, die in den 1990er Jahren intensiv Kredite an die jetzt von Leerständen betroffenen Wohnungsunternehmen ausgereicht hatten und jetzt sowohl die Bonität der Kreditnehmer_innen als auch die Werthaltigkeit der beliebigen Sicherheiten kritisch hinterfragen mussten. Erhebliche Risiken ergaben sich schließlich auch für die ostdeutschen Kommunen: Da diese in Deutschland als Hauptgesellschafterinnen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften fungieren, stehen die Kommunen im Falle einer Insolvenz dieser Unternehmen in der Haftung. Eine Insolvenzwelle in der kommunalen Wohnungswirtschaft hätte deshalb in einer Vielzahl von Gemeinden zu dramatischen finanziellen Belastungen geführt.

Mit diesem Zuschnitt war der Wohnungsleerstand nicht allein ein städtebauliches Problem, sondern er evozierte eine Reihe von Kettenreaktionen, die ihn auch zu einem wohnungswirtschaftlichen, finanzpolitischen und fiskalischen ‚Minenfeld‘ machten. Allgemein wurde die Lage damals recht dramatisch eingeschätzt und in Fachkreisen bestand „die große Angst, dass da eine Pleitewelle eines ganzen Wirtschaftszweigs auf uns zurollt [und] [...] dass die Kommunen da mit reingezogen werden, und dass dann die kommunalen Finanzen zusammenbrechen könnten.“ (Interview 6)[2]

Vor diesem Hintergrund kamen die ersten Initiativen zur Diskussion des neuen Leerstandsproblems aus besonders stark betroffenen DDR-Entwicklungsstädten wie Sangerhausen, Hoyerswerda, Schwedt (Oder), Stendal oder Wolfen. Größerer Bedeutung erlangte allerdings schnell die Bundesebene, und hier vor allem die Aktivitäten des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW). Anknüpfend an bereits etablierte regelmäßige Konsultationsrunden erreichte dieser bereits im Herbst 1997 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Wohnungsleerstand in den neuen Ländern“, in der Vertreter_innen von Bundes- und Landesministerien, der GdW selbst sowie einzelne besonders stark betroffene Wohnungsunternehmen gemeinsam eine erste Analyse erarbeiteten.

Nichtsdestotrotz stieß das Thema zunächst auf Widerstände. Schon die Position der Wohnungswirtschaft selbst war zu diesem Zeitpunkt eher widersprüchlich und schwankte zwischen Interesse an der öffentlichen Anerkennung von Handlungsbedarf und Angst vor sinkender Bonität und ‚Panikreaktionen‘ der Mieterschaft. Ähnlich holprig gestaltete sich die Genese des Themas in der Politik. Schon auf Landesebene lassen sich so sehr unterschiedliche Positionen finden, die vom aktiven Thematisieren des Leerstandsproblems und der Auflage eines eigenen Abrissprogramms bis hin zur Problemverweigerung reichten[3]. Ähnlich unübersichtlich waren die Verhältnisse im Bundestag: Neben Thematisierungen vonseiten der Opposition (v. a. Frau Eichstätt-Bohlig für die Grünen und Frau Ostrowski von der PDS) gab es hier SPD-Netzwerker_innen, die zwischen Ministerialbürokratie und Bundestagsfraktion pendelten und das Thema unter der Oberfläche vorantrieben, gänzlich Desinteressierte und Fachpolitiker_innen, die sich nicht mit einem derart unerfreulichen Thema „kontaminieren“ (Interview 7) wollten. Verstärkt wurde die Unsicherheit durch Unklarheiten über den letztendlich nötigen Fördermittelumfang und die in dieser Zeit häufigen Personalwechsel an der Spitze des Bauministeriums.

3.2. Politikdesign: Die Expertenkommission

Vor diesem Hintergrund setzte Bundesbauminister Klimmt schließlich 2000 eine „Expertenkommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ ein. Das Zusammenkommen der Kommission ist heute schwer zu rekonstruieren. Die Mehrzahl meiner Interviewpartner_innen geht aber davon aus, dass die Kommission entscheidend auf eine gemeinsame Initiative von Vertreter_innen der Ministerialbürokratie und eines freien, aber in der SPD hervorragend vernetzten, Politikberaters zurückgeht, der über ausgezeichnete Kontakte zum Ministerium verfügte und den Minister im persönlichen Gespräch von dieser Strategie überzeugen konnte (siehe unten).

Die neue ‚Expertenkommission‘ tagte schließlich in fünf zweitägigen Sitzungen zwischen Februar und November 2000 und erarbeitete schließlich eine fast 90-seitige Handlungsempfehlung, die rückblickend den entscheidenden Grundstein für die Anbahnung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ bildete.

Über die mit der Einsetzung einer Expertenkommission verbundenen Ziele gibt es unterschiedliche Interpretationen. Während einige Interviewpartner_innen die Kommission als „Verschiebebahnhof“ und „Alibiveranstaltung“ charakterisierten, erweckte die Kommission für andere Interviewpartner_innen eher den Eindruck einer geschickten Manipulation von politischen Entscheidungsabläufen: „Das waren schon keine unklugen Leute. Die haben schon genau gewusst, wen sie da rein setzen müssen, damit sie ein Ergebnis haben, das sie mehrheitsfähig machen können.“ (Interview 4)

Diese Spannung spiegelte sich in der Zusammensetzung der Kommission wider. Obwohl die maßgeblichen Policy-Initiativen in diesem Bereich bis dato von der organisierten Wohnungswirtschaft lanciert worden waren, erhielt diese als Verband keinen Platz in der Kommission. An ihre Stelle traten vier Geschäftsführer_innen von Einzelunternehmen. Hinzu kamen drei Bankenvertreter_innen, die ebenso wie die Wohnungsunternehmen ein Interesse an der schnellen Gesundung des Marktes hatten. Diesen klar wirtschaftlichen Interessen gegenüber saßen drei Stadtplaner_innen (von denen einer auch eine kommunale Verantwortung hatte), eine Stadtkämmerin sowie zwei Wissenschaftler_innen und eine Mietervertreterin. Über eine eigene Stimme verfügte außerdem der die Kommission betreuende Politikberater. Neben den stimmberechtigten Mitgliedern nahmen an den Kommissionssitzungen als Gäste (ohne Stimme, aber mit Rederecht) Vertreter_innen der ostdeutschen Länder, des Bundesbauministeriums, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, des Bundeskanzleramtes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau teil. Nicht in der Kommission vertreten waren Vertreter_innen der privaten Wohnungswirtschaft, Infrastrukturbetreiber_innen und Fachpolitiker_innen aus den zuständigen Bundes- und Landtagsausschüssen. Zusammengefasst waren in der Kommission also einerseits Personen prägend, die ein starkes Interesse an einem neuen Förderprogramm für notleidende Wohnungsunternehmen hatten, andererseits wurden auch Persönlichkeiten eingeladen, die sich für eine eher planerische Perspektive engagierten.

Auf dieser Grundlage erarbeitete die Kommission drei Gruppen von Empfehlungen: Am klarsten und mit Abstand am wichtigsten war die Forderung nach einem gesonderten Abrissprogramm für 300.000 bis

400.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren. Diese nahm zwar bezogen auf die Seitenzahl wenig Platz ein und findet sich im Bericht auch eher versteckt gegen Ende des Bandes – zweifelsohne war dies aber „der eigentliche Arbeitsauftrag“ (Interview 5) der Kommission. Gerade für die teilnehmenden Wohnungsunternehmen war eine Förderung von Abrissen absolut zentral, denn diese ermöglichte es ihnen, kostenneutral die zeitgleich beschlossene Altschuldenerleichterung für abgerissenen Wohnraum in Anspruch zu nehmen, ‚tote‘ Betriebskosten zu sparen, sowie durch Umsetzung von Mieter_innen die Rentabilität ihrer ‚Verbleibebestände‘ zu verbessern.[4]

Eine zweite Gruppe von Empfehlungen zielte auf eine Stärkung der Nachfrage nach innerstädtischen Wohnungen, vor allem durch die Unterstützung von Eigentumsbildung. Interessanterweise nimmt dieser Bereich im Bericht den größten Platz ein. Vorgeschlagen wurde dabei ein ganzes Bündel von Einzelmaßnahmen, die von einer Umorientierung der Eigenheimzulage von Neubau zu Bestandswohnungen bis hin zur Privatisierung kommunaler Bestände für Selbstnutzer_innen reichten. Diese Linie wurde in der Kommission vor allem von dem die Veranstaltung managenden Planungs- und Politikberatungsbüro sowie von einzelnen Planer_innen vorangetrieben. Ihr zugrunde lag die Vorstellung, dass sich in dem Leerstand nicht nur ein quantitativer Wohnungsüberhang ausdrücke, sondern dass mit den Plattenbauten in Ostdeutschland ein langfristig nicht marktfähiger Wohnungstyp dominiere. Die daraus resultierende Schlussfolgerung war, dass nicht nur der Abriss von nicht mehr benötigten Wohnungen in diesem Segment konzentriert werden müsse, sondern dass man den Abriss vor allem mit Anreizen verbinden müsse, um die Bewohner_innen randständiger Wohnviertel in die Innenstadt zu ziehen[5].

Eine dritte Zielrichtung orientierte auf die Stärkung gesamtstädtischer Planungs- und Steuerungsverantwortung durch neuartige „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“. Diese Empfehlung nimmt zwar ebenfalls im Bericht nicht viel Platz ein, findet sich aber an zentraler Stelle als Einleitung des Kapitels „Folgerungen und Empfehlungen“. Im Kern ging es dabei um drei wesentliche Neuerungen: (1) Es sollten verbindliche gesamtstädtische Planungskonzepte erarbeitet werden. (2) In diesen Konzepten sollten konkrete Abrisspläne festgehalten werden. (2) Die Pläne sollten nicht mehr allein von der Kommune, sondern in einer öffentlich-privaten Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft entwickelt werden.

Insgesamt schlug die Expertenkommission damit einen interessanten Mix aus Beibehaltung, Modifikation und Innovation bestehender Steuerungsinstrumente vor. Im Zentrum stand dabei das neue Abrissprogramm, das eine fundamentale Reorientierung der bisherigen Städtebaupolitik beinhaltete und (vor allem durch seine Verbindung mit einer Sondertilgung von Altschulden) eine Lösung der wohnungswirtschaftlichen Krisensituation versprach.

3.3. Implementation: Programmformulierung und Wettbewerb „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“

Die Vorstellung des Berichtes der Expertenkommission fiel im November 2000 mit einer äußerst ungünstigen Entwicklung zusammen: Aufgrund einer Korruptionsaffäre trat der verantwortliche Bundesbauminister Klimmt

überraschend zurück. In der Folge erschien die politische Unterstützung für die Vorschläge unsicher und viele Beobachter_innen erwarteten, dass die ambitionierten – und teuren – Vorschläge der Expertenkommission wieder in der Schublade verschwinden würden. In dieser Situation bewährten sich die eingespielten Arbeitsabläufe zwischen der organisierten Wohnungswirtschaft und der Ministerialbürokratie in Bund und Ländern: „Auf der Länderseite war Stabilität da. Von der Seite war das erstmal beruhigend. Auf der Seite des Bundes waren die leitenden Ministerialbeamten auch fest im Sattel. Das war auch ein entscheidender Punkt.“ (Interview 5) „[Entscheidend war], dass hier die Leute in den Abteilungen blieben, so dass auch hier Kontinuität gegeben war. Die Aufgabe bestand dann immer nur darin, den neuen Minister einzustimmen und heranzuführen an die Probleme.“ (Interview 6). Entsprechend gingen Bund- und Länderverwaltungen zügig daran, ‚Ausführungsvorschriften‘ für ein neues Förderprogramm abzustimmen. Flankiert und vorangetrieben wurde die verwaltungsmäßige Abarbeitung der Empfehlungen der Expertenkommission durch einen weiterhin hohen Druck der Länder (vor allem durch Sachsen), die teilweise schon eigene Rückbauinitiativen ergriffen hatten. Eine zentrale Rolle spielte auch weiterhin der GdW, der intensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieb und in einer ganzen Reihe von Ausschüssen und Lenkungsgruppen auf Bundes- und Landesebene präsent war.

Auf diese Weise kam es schließlich nicht zu einer Verankerung des Stadtumbaus im Gerüst der Städtebauförderung. Dabei verschoben sich allerdings die Gewichte: In der Kabinettsvorlage der Bundesregierung von Ende 2001 konnte man zwar noch die Stichworte „Beseitigung des Angebotsüberhangs, Aufwertung der von Rückbau betroffenen Viertel, Konzentration der Wohnungsbauinvestitionen auf den innerstädtischen Altbau“ als konzeptionell gleichberechtigte Bestandteile einer integrierten Strategie wiederfinden – in Bezug auf die zur Verfügung gestellten Finanzmittel war allerdings schon eine klare Schwerpunktsetzung auf den Rückbau erkennbar. Noch deutlicher wurde diese Orientierung in der die Förderung endgültig regelnden Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 22. Mai 2003. Ohne hier auf die einzelnen Schritte im Detail eingehen zu können, lässt sich für die Implementationsphase eine immer klarere Orientierung des „Stadtumbau Ost“ auf Rückbaumaßnahmen erkennen, während diejenigen Empfehlungen der Expertenkommission, die auf eine Unterstützung der Nachfrage nach selbstgenutztem Wohneigentum im Bestand zielten, sukzessive ins Hintertreffen gerieten.

Gleichzeitig gewannen die im Bericht nur ‚en passant‘ angesprochenen Stadtentwicklungskonzepte enorm an Bedeutung. Entsprechend wurde im Oktober 2001 ein Bundeswettbewerb „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“ ausgelobt, der die Erarbeitung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten mit bis zu 125.000 Euro förderte. Mit 260 beteiligten Kommunen entwickelte sich der Wettbewerb zu einer Initialzündung für die Umsetzung des Programms. Dabei gewannen planerische Vorstellungen in der Formulierung von Förderzielen deutlich an Gewicht. Denn zum einen wurden sowohl die von den Kommunen eingereichten Konzepte als auch die vom Bund in Auftrag gegebenen Sondergutachten[6] in der Regel von Planer_innen und Architekt_innen erarbeitet. Zum anderen erfolgte die Preisvergabe durch eine Jury, in der Planer_innen ein starkes Gewicht hatten.

3.4. Zwischenfazit: Phasen der Entstehung des „Stadtumbau Ost“

Wie lässt sich diese Entwicklung zusammenfassen? Mit Bezug auf die oben diskutierte Schichtung eines Policy-Innovationsprozesses ergibt sich folgendes Bild:

- Die Initiationsphase, in der das Problem wahrgenommen und als in staatlicher Verantwortung liegender Gegenstand anerkannt wurde, zog sich von etwa 1997 bis 2000 hin. Von vorrangiger Bedeutung waren in dieser Zeit die Aktivitäten des GdW, der für eine andauernde Information der Fachöffentlichkeit sorgte und erste Handlungsvorschläge machte. Hierdurch kam es zu einem starken ‚Framing‘ von Schrumpfung als vorrangig wohnungswirtschaftlichem Problem.
- In der hierauf folgenden Design-Phase ist weiterhin ein starkes Gewicht des GdW zu verzeichnen, das sich in seiner Beteiligung (teilweise ‚über Bande‘) in allen wichtigen Gremien widerspiegelt. Gleichzeitig ist in diesem Punkt die intensive Einmischung eines ‚Policy Entrepreneurs‘ zu verzeichnen (s. u.), der versuchte, auf den Wellen des im Aufkommen befindlichen Stadtumbaus eigene Politikpräferenzen einzubringen und vor allem der Eigentumsförderung einen stärkeren Stellenwert zu verleihen. Dies bedingte eine Aufweitung der Instrumentenvorschläge und verschaffte stadtplanerischen Ansätzen mehr Gewicht.
- In der auf den Bericht der Expertenkommission folgenden Implementationsphase wurde der „Stadtumbau Ost“ schließlich in einem Gerüst von Zuständigkeiten, Verfahrensabläufen und Mittelzuweisungen verankert. Hierbei verschob sich die Zusammensetzung der relevanten Akteur_innen naturgemäß stark in Richtung Landes- und Bundesministerialbeamt_innen. Dabei wurden vor allem der Rückbau als zentrale Programmkomponente gestärkt sowie neuartige ‚Integrierte Stadtentwicklungskonzepte‘ als zentrales Steuerungsinstrument installiert. Eigentumsförderung wurde dabei als Thema zusehends an den Rand gedrängt.

Bereits in einem knappen Überblick kann man also feststellen, dass das Zustandekommen des Stadtumbaus weder allein das Ergebnis einer neuen Offenheit für Planungsstrategien jenseits der Wachstumsgesellschaft (so bspw. Pallagst 2008, Hollander/Nemeth 2011) war, noch aus einer einseitigen Durchsetzung wohnungswirtschaftlicher Interessen resultierte. Die Prioritäten der Wohnungswirtschaft verbanden sich dabei mit bürokratischen und städtebauförderrechtlichen Erfordernissen[7]. Das Ergebnis war ein Programm, das zwischen dem Ziel einer betriebswirtschaftlich gedachten Marktberingung und der Intention einer neuartigen Entwicklungsplanung für schrumpfende Städte hin und her schwankte.

4. Drei Schlüsselfiguren

Wie spiegelt sich diese Gemengelage im Handeln zentraler ‚Geburtshelfer‘ des Stadtumbaus wieder? Mit welchen Ideen und Interessen traten diese an? Wer konnte sich dabei durchsetzen und welche Vorschläge wurden an den Rand gedrängt?

4.1. *Frau Riemer: Eine „Mutter Courage der ostdeutschen Wohnungswirtschaft“*

Die erste hier vorgestellte Schlüsselfigur ist Frau Riemer, die ehemalige stellvertretende Geschäftsführerin des GdW. Frau Riemer kommt aus Ostberlin und arbeitete seit den 1970er Jahren als Volkswirtin beim Ministerrat der DDR. Nach der Wende engagierte sich Frau Riemer zunächst im neu gegründeten Verband der Wohnungsgenossenschaften der DDR und wurde nach dessen Fusion mit dem „Gesamtverband der Wohnungswirtschaft“ Leiterin des (insbesondere für Fragen der ostdeutschen Wohnungswirtschaft zuständigen) Berliner Büros des GdW.

Diese Position brachte Frau Riemer eine Vielzahl von Kontakten ein. Nach eigenen Aussagen kannte Frau Riemer in diesem Bereich „eigentlich jeden“. Gut vernetzt war Frau Riemer aber auch in Richtung Politik und Verwaltung: „[...] In den 1990er Jahren gab es eigentlich keine Sachfrage in der Wohnungspolitik, die ich nicht mit begleitet habe. [...] Ich habe ja alle Landesminister geduzt. Eigentlich kannten die mich alle und die Hauptbeamten kannten mich auch.“ (Interview 4). Allgemein wurde Frau Riemer für die ihr eigene engagierte und resolute Art in der ‚Szene‘ hoch geschätzt und mit dem Spitznamen ‚Mutter Courage der ostdeutschen Wohnungswirtschaft‘ bedacht.

Angesichts dieser Umstände nimmt es kaum Wunder, dass Frau Riemer in der Initiationsphase des „Stadtumbau Ost“ eine zentrale Rolle spielte. Ihre Aufgabe bestand dabei zunächst vor allem im hartnäckigen Erzeugen von Aufmerksamkeit: „Man musste erstmal dafür sorgen, dass man das Problem überhaupt in die Köpfe reinbringt. Die [ostdeutschen Landesbauminister] haben sich extrem schwer getan.“ (Interview 4). Trotz anfänglicher Widerstände gelang es Frau Riemer allerdings zusehends, „unser Thema bei denen [den Ministerien] auf die Tagesordnung zu setzen.“ (ebd.) Dabei wurde Frau Riemer schnell zu einer Bezugsperson, bei der viele Fäden zusammenliefen. Auch die ‚Expertenkommission‘ wurde von Frau Riemer begleitet: „[...] Die sind mit Zahlen gespickt worden ohne Ende. Wir haben denen auch zu jeder Sitzung Papier zugeschickt und Aufarbeitungen [...]. Ich glaube auch, dass wir parallel dazu weiter zu den Bundestagsabgeordneten, insbesondere zu denen aus Ostdeutschland und denen, die Städtebau gemacht haben, gegangen sind. Dass die also politisch ein bisschen Druck machen.“ (ebd.)

Dieses Vorgehen erwies sich als erfolgreich und im Ergebnis gelang es schließlich, die Hauptforderungen der Wohnungswirtschaft (ein staatlich gefördertes Abrissprogramm und eine Sondertilgung von Altschulden) ohne Abstriche in den Empfehlungen der Kommission und auch in den späteren Programmentwürfen und Förderrichtlinien zu verankern. Auch an dieser Stelle spielte Frau Riemer eine entscheidende Rolle, denn als Vertreterin des GdW war sie nicht nur an Lenkungsrounden und in Jurys beteiligt, sondern wurde auch in zunehmendem Maße zu Veranstaltungen, Vorträgen und Interviews eingeladen, sodass sie ein Podium erhielt.

Zusammengefasst war Frau Riemer also sehr zentral an der Initiationsphase beteiligt, sie nahm indirekt Einfluss auf die Empfehlungen der Expertenkommission und sie hatte schließlich auch in der Implementation des Stadtumbaus ‚ihre Aktien‘. Wie konnte ihr dies gelingen? Eine Antwort auf diese Frage ist struktureller Natur und verweist auf die Schlüsselrolle, welche

die Wohnungswirtschaft für die Bewältigung der Leerstandskrise einnehmen musste. Hinzu kommt die in Deutschland traditionell enge Verzahnung von Wohnungs- und Städtebauförderungspolitik mit den Unternehmen der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft. Am GdW führt in der deutschen Stadtentwicklungspolitik kein Weg vorbei und entsprechend konnte Frau Riemer als zentrale Lobbyistin dieses Verbandes von einer nicht zu unterschätzenden Machtposition aus agieren.

Neben dieser strukturell verankerten Position sind aber auch an die Person von Frau Riemer gebundene Merkmale zu erkennen, die ihr ein erfolgreiches Agieren ermöglichten. In dieser Hinsicht kann Frau Riemer als ‚multiple Insiderin‘ beschrieben werden, die in mehrere Netzwerke integriert war (hier vor allem Wohnungswirtschaft, Bundesbauministerium und Bundespolitik) und zwischen diesen Kohäsion herstellen konnte. Zu verweisen ist aber auch auf Frau Riemers engagierten Stil, der eine ostdeutsche Prägung offensiv aufnahm und als besondere ‚Basisnähe‘ produktiv machte. Dieses Persönlichkeitsprofil ermöglichte Frau Riemer zum einen eine hervorragende Vernetzung in das damals eher mit Ostdeutschen besetzte ‚mittlere‘ Politik- und Fachmilieu. Gleichzeitig erleichterte es diese persönliche Prägung, eine Distanz zu etablierten Problemsichten zu entwickeln und auch auf der Ministeriebene offensiv Themen anzusprechen, die bis dahin ‚keiner hören wollte‘.

4.2. Herr Pfeiffer: Politikberatung als Beruf und Berufung

In einer gänzlich anderen Position als Frau Riemer agierte Herr Pfeiffer, der Geschäftsführer der „Empirica AG Forschung und Beratung“, der hier als zweite Schlüsselfigur beim Zustandekommen des „Stadtumbau Ost“ porträtiert werden soll.

Ullrich Pfeiffer, der in den 1960er Jahren sowohl Ökonomie als auch Städtebau studiert hatte, begann seine berufliche Laufbahn nach dem Studium als ‚Redenschreiber‘ des SPD-Wirtschaftsministers Karl Schiller. Nach einigen Jahren wechselte Pfeiffer in das Bundesbauministerium, wo er schnell Karriere machte und bis zum Abteilungsleiter aufstieg. Neben diesen ministerialen Tätigkeiten war Pfeiffer seit den 1970er Jahren in der SPD aktiv und wurde lange Zeit zum eher wirtschaftsliberalen Flügel der Partei gezählt. 1990 gründete Herr Pfeiffer das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Beratungsunternehmen Empirica. Empirica entwickelte sich schnell zu einem der wichtigsten deutschen Beratungsunternehmen im Bereich Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik und erarbeitete im Laufe der Jahre zahlreiche Gutachten und Beratungsdienstleistungen für Banken, Bausparkassen, Versicherungen, Bauträger, Immobilieninvestoren, Kommunen, Kommunalverbände, Landes- und Bundesministerien sowie Stiftungen.

Für das Thema Wohnungsleerstand begann sich Herr Pfeiffer 1997 intensiver zu interessieren. Dabei ging es zunächst um das Erfassen des Problems, seiner Ursachen und seines Umfangs: „Erst mal schnuppert man rum. Ich war ja nun ziemlich lange in dem Milieu. Man hat eine Menge Kontakte, fachlich unabhängig von der Partei – gute Kontakte. [...] Da habe ich viel rumtelefonieren müssen, bis ich erst mal wusste, wer wirklich was weiß.“ (Interview 1)

Gestützt auf diese Vorarbeiten entfaltete Herr Pfeiffer eine intensive Akquisearbeit. Sein Ziel war es dabei, eine Kommission auf den Weg zu

bringen, um einen qualitativ hochwertigen und umsetzungsfähigen Vorschlag zum Umgang mit dem Leerstandsproblem zu erarbeiten. Zu Hilfe kamen Herrn Pfeiffer in dieser Phase vor allem zwei Umstände: Zum einen verfügte er aus seinem vergangenen Berufsleben über hervorragende Kontakte in das Bundesbauministerium, sodass er im Ministerium ein gern gesehener Gast war, der nach eigenen Aussagen auch den Minister „briefen“ (Interview 1) konnte. Zum anderen war Empirica 1999 gerade dabei, zwei Grundlagenstudien zu Problemen ostdeutscher Wohnungsmärkte zu erarbeiten, die das Unternehmen sozusagen als Vorarbeiten mit in die Waagschale werfen konnte.

Vor diesem Hintergrund erteilte das Bundesbauministerium Pfeiffer schließlich einen Auftrag für die Vorbereitung und Begleitung der einzuberufenden Expertenkommission. Bemerkenswert ist, dass die Auftragsvergabe ‚freihändig‘, das heißt als Direktvergabe durch den Bauminister, erfolgte. Der Spielraum Pfeiffers bei der Gestaltung der Kommissionsarbeit ging zudem deutlich über das bei solchen Veranstaltungen Übliche hinaus. Dies betraf zunächst die Auswahl der Kommissionsmitglieder: „Ich würde mal sagen, 80 Prozent der Personenvorschläge kamen von mir. [...] Das hat mich mindestens 20 Stunden Telefonate gekostet.“ (Interview 1) Von Bedeutung war auch, dass Herr Pfeiffer es schaffte, bei dieser Veranstaltung nicht nur als Auftrag nehmender Assistent mitarbeiten zu können, sondern wie die eingeladenen Expert_innen Stimmrecht erhielt. Auf diese Weise hatte Pfeiffer nicht nur starken Einfluss auf die Zusammensetzung der Kommission. Er hatte als ihr Manager auch Möglichkeiten zur Gestaltung der Tagesordnung, steuerte die Vergabe von Gutachten und Expertisen und hatte darüber hinaus als Kommissionsmitglied eine Stimme. Dieser Umstand verlieh Pfeiffers Position natürlich erhebliches Gewicht und ermöglichte ihm die Feinsteuerung der Kommissionsaktivitäten: „Also angefangen hatte ich den Bericht schon im Kopf. Sie müssen wissen, was Sie wollen, wenn Sie eine Kommission haben. [...] Ich sage mal so: Kommissionsmanagement ist eine Kunst. Sie müssen mit allen, die Sie dort in die Kommission bitten, vorher telefonieren, damit Sie wissen, warum geht der rein, was will der, was ist seine Oberlobby und so weiter. Sie müssen die Landschaft, durch die Sie da wandern wollen, richtig genau kennen.“ (Interview 1)

Aber welchen Inhalten diene dieses virtuose Kommissionsmanagement? Auch hier ist die Lage ziemlich eindeutig: Herr Pfeiffer hatte seit jeher die Ansicht vertreten, dass mit den Großwohnsiedlungen in der DDR ein nicht zukunftsfähiger Wohnungsbestand gebaut worden sei, dass die kommunalen und genossenschaftlichen Eigentümer dieser Wohnungen eine zu stark marktbeherrschende Stellung innehätten, und dass allgemein die Eigentumsquote in Ostdeutschland zu niedrig sei. Aus Herrn Pfeiffers Sicht gehörten daher der von der Wohnungswirtschaft geforderte Abbruch von Plattenbauwohnungen, die Privatisierung kommunaler Bestände an Einzelseigentümer, die Aufwertung der Innenstädte und die Förderung von Wohneigentum zusammen. Entsprechend sorgte Pfeiffer dafür, dass (1) Expert_innen in die Kommission eingeladen wurden, von denen bekannt war, dass sie ein starkes Interesse an Eigentumsförderung, Innenstadt und Denkmalschutz hatten (quasi als Gegengewicht zu den Wohnungsunternehmen) und dass (2) durch eine intensive Auseinandersetzung mit Bevölkerungsstatistiken in der Kommission die Ansicht durchgesetzt wurde, dass die Leerstände nicht nur

auf einen allgemeinen Bevölkerungsrückgang, sondern auch auf Wanderungsbewegungen weg aus den ‚falschen Wohnungen‘ zurückzuführen seien.

Im Ergebnis dieser Anstrengungen hatten die Empfehlungen der Kommission, wie oben beschrieben, eine klare Schlagseite in Richtung Eigentumsförderung. Diesen ‚Landgewinn‘ gegenüber der Wohnungswirtschaft musste Herr Pfeiffer in den auf die Expertenkommission folgenden Jahren allerdings Stück für Stück wieder aufgeben: „Wir haben ja auf die Weiterentwicklung und Anwendung der Instrumente keinen Einfluss gehabt. [...] Und ich war ziemlich erstaunt, wie sehr dann die Fortentwicklung und Anwendung unter Ausschluss der Öffentlichkeit passiert ist. Die Unternehmen wollten sich wahrscheinlich nicht in die Karten schauen lassen. Es ist gibt dann halt so: ‚Jetzt machen wir die Tür aber wirklich zu. Jetzt machen wir das unter uns.‘“ (Interview 1)

Zusammengefasst kommt Herrn Pfeiffer damit vor allem in der Designphase des Programmes eine zentrale Rolle zu. Diese bestand darin, dass er als ‚Policy Entrepreneur‘ imstande war, eigene Problembeschreibungen konsistent mit neuartigen Politikansätzen zu verknüpfen und über intensive Netzwerkarbeit in der Politik für deren Transport in den politischen Prozess zu sorgen. Erleichtert wurde ihm das durch seine über Jahrzehnte etablierten Kontakte sowie seine hohe wohnungswirtschaftliche Kompetenz. Pfeiffer war frühzeitig in der Lage, Weichenstellungen vorauszusehen, und er verfügte über das Geschick und das Renommee, die ‚richtige Welle zu reiten‘. Seine Legitimation basierte dabei, im Gegensatz zu Frau Riemer, nicht auf der Rolle als Vertreter einer machtvollen Interessengruppe, sondern ausschließlich auf seiner Person, die gerade dadurch, dass sie mitunter Kontroversen provozierte, als unabhängig galt.

Im weiteren Verlauf bewirkte aber gerade diese ‚frei hängende‘ Position, dass Pfeiffer nicht unbedingt in die weitere Entwicklung eingebunden werden musste. Dieser ‚Verzichtbarkeit‘ konnte Pfeiffer nur wenig entgegen setzen. Im Ergebnis fielen mehr und mehr Empfehlungen von Herrn Pfeiffer sukzessive unter den Tisch.

4.3. Herr Buttolo: „Mit dem Herzen dabei“

Bei der dritten hier vorgestellten Schlüsselfigur handelt es sich um Alfred Buttolo, den langjährig zentralen Verantwortlichen für die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik des Landes Sachsen.

Ähnlich wie Frau Riemer kam Herr Buttolo als ehemaliger DDR-Bürger über Umwege in seine Position. Er ‚rutschte‘ sozusagen über eine Parteikarriere in das Sächsische Innenministerium, und wurde hier zunächst Staatssekretär für Städtebau und Wohnungswesen. Ab dem 1. Januar 2000 wurde sein Aufgabengebiet um die Landesentwicklung erweitert und von 2005 bis 2009 übernahm Herr Buttolo schließlich als Nachfolger von Thomas de Maizière den Posten des sächsischen Innenministers. Mit dieser Berufslaufbahn war Herr Buttolo faktisch über nahezu zwei Jahrzehnte der informelle ‚Bauminister‘ Sachsens und konnte langfristig und „wirklich völlig autark“ (Interview 5) an einer zentralen Schaltstelle zwischen Land, Gemeinden und Bund agieren.

Kennzeichnend für Herrn Buttolos Politikstil war eine enge Verbindung ‚zur Basis‘, das heißt zu den lokalen Wohnungsunternehmen und Gemeindeverwaltungen. Verschiedene Interviewpartner_innen berichteten, dass Buttolo „viel durchs Land getourt“ sei, „sein Ohr an der Basis hatte“, „an

der Front unterwegs war“ usw. Bemerkenswert ist dabei auch die enge Verbundenheit zwischen Herrn Buttolo und der sächsischen Wohnungswirtschaft: „Ich hatte im Freistaat Sachsen einen sehr guten persönlichen Draht zur unternehmerischen Wohnungswirtschaft, aber auch zu ‚Haus&Grund‘. Ich kannte eigentlich fast jedes bedeutsamere Wohnungsunternehmen. [...] Es war zu vielen Mitgliedern aus dem genossenschaftlichen und kommunalen Bereich ein nahezu kameradschaftliches Verhältnis.“ (Interview 5)

Aufgrund seiner hervorragenden Kontakte erfuhr Herr Buttolo bereits zu einem Zeitpunkt, als noch nicht offen über das Leerstandsproblem gesprochen wurde, sehr direkt und unmittelbar von der eigentlichen Lage. Hierdurch hatte er einen Informations- und Lernvorsprung, der ihn in dem Augenblick, als die Leerstandsproblematik öffentlich wurde, zu einem hervorragend informierten Experten machte. Darüber hinaus bewirkte die enge Verbundenheit Buttolos mit der lokalen Wohnungswirtschaft einen schnellen Transport des Themas in das zuständige Sächsische Innenministerium und in die sächsische Landespolitik. Sowohl im Kreis der Ministerialbeamten als auch in der Politik stieß das Thema Abriss dabei zunächst überhaupt nicht auf Zustimmung: „Da hatte ich innerhalb der CDU eine schwere Diskussion durchzustehen. Weil man mir immer wieder gesagt hat: Der Markt macht das alleine. Wir hatten da so Schlaumeier aus den alten Bundesländern. Für die war der Eingriff in eine Struktur etwas – das macht man nicht als Staat. Man lässt doch lieber die Unternehmen in die Insolvenz gehen. Da war immer meine Argumentation: Liebe Freunde, wir reden doch hier nicht über eine Zahnpasta-Bude. Wenn die in die Insolvenz geht, haben wir halt eine Marke weniger. Wir reden über Wohnungsunternehmen!“ (Interview 5)

Allerdings erhielt Herr Buttolo in dieser Angelegenheit intensive Unterstützung von der Landesförderbank und dem Landesfinanzminister. Den Hintergrund hierfür bildet die sächsische Wohnungsbauförderpolitik der 1990er Jahre. Anders als andere Länder hatte die Sächsische Aufbaubank zu dieser Zeit Wohnungsbaufördermittel in besonders hohem Maße durch zinsverbilligte Kredite beziehungsweise als Ergänzungsfinanzierung zu Kapitalmarktfinanzierungen ausgereicht. Die ausgereichten Kredite wurden dabei letztendlich im Grundbuch eingetragen, so dass sie im Fall von Insolvenzen zuletzt bedient worden wären. Vor diesem Hintergrund musste die sächsische Landesförderbank besonders stark an einer Vermeidung von Insolvenzen im Bereich der Wohnungswirtschaft interessiert gewesen sein[8]. Angesichts dieser Situation kam es in Sachsen zu einer besonders intensiven Zusammenarbeit von Spitzen der Landesbank, des Landesfinanzministeriums und des Bereichs „Stadtentwicklung“ im Sächsischen Ministerium des Innern, die Herrn Buttolo in der Landesregierung ‚absicherte‘ und seinem Anliegen den nötigen ‚Rückenwind‘ verschaffte.

Entsprechend wurde Herr Buttolo schnell zu einer weit über Sachsen hinausgehenden Referenzperson für viele Debatten. Nach Einschätzung eines Interviewpartners war er „[...] ein unglaublich kluger Mensch, der das früh verstanden hat und deshalb Vorreiter war in Sachsen. Deshalb hatte er auch die Erfahrung, eben weil er ein bisschen eher da war, die er an den Bund transportiert hat. Und ich weiß, dass der Bund auf Buttolo gehört hat. Und der Buttolo hat sich wiederum selbst kündigt gemacht, der war viel draußen. Der kannte wirklich viele und hat zugehört. Und deshalb war das

ein unglaublich wichtiger Erfahrungsträger. Also Buttolo war auch für die Bundesebene wichtig.“ (Interview 7)

Zusammengefasst lässt sich Herrn Buttolos Rolle beim Zustandekommen des „Stadtumbau Ost“ vor allem in zwei Richtungen beschreiben: Zum einen erkannte Buttolo recht frühzeitig die Problematik und brachte sie in sein Landesministerium ein. Das verschaffte dem Anliegen von Wohnungs- und Finanzwirtschaft die offene Anerkennung durch eine Landesregierung und sorgte vor allem in der Frühphase der Diskussion dafür, dass das Thema nicht so leicht ‚unter den Tisch gekehrt‘ werden konnte.

Zum Zweiten machten die Mischung aus hervorragender Vernetzung, hohem Engagement und sein Status als Quasi-Bauminister Buttolo zu einem unverzichtbaren Bündnispartner. Die stabilen politischen Verhältnisse in Sachsen sorgten dafür, dass er dauerhaft ‚am Ball‘ bleiben konnte und stabilisierten so die informelle Koalition von Abrissbefürwortern über die Zeit.

Ähnlich wie Frau Riemer erscheint Herr Buttolo also zunächst vor allem als ‚multipler Insider‘, der Informationen zwischen der sächsischen Wohnungswirtschaft und der Ministerialbürokratie austauschen und Übersetzungsleistungen in beide Richtungen vollbringen kann. Ähnlich wie bei Frau Riemer spielt auch in diesem Fall die ostdeutsche Biographie eine Rolle, denn sie ermöglichte es Herrn Buttolo zum einen, enge informelle Beziehungen zu den Geschäftsführer_innen der Wohnungsunternehmen im Freistaat Sachsen aufzubauen, die ihn leichter als einen ‚von uns‘ akzeptierten. Zum anderen sorgte die mit dieser Biographie verbundene Fremdheitserfahrung für eine gewisse Spannung gegenüber etablierten „Selbstverständlichkeiten“ und motivierte Herrn Buttolo sowohl in seiner Partei als auch in der mit Westdeutschen besetzten Ministerialbürokratie dafür, ‚schwierige Diskussionen‘ anzustoßen.

Ein fundamentaler Unterschied, die Herrn Buttolos Position von jener Frau Riemers und Herrn Pfeiffers abhebt, lag allerdings in der institutionellen Rolle Buttolos begründet. Aufgrund seiner Position als Quasi-Bauminister Sachsens konnte er in Verantwortung für ein Bundesland agieren. Hierdurch hatte er Zugriff auf institutionell verankerte Machtressourcen, beispielsweise bei der Programmgestaltung, die es kaum möglich machten, an ihm vorbei zu agieren.

5. Fazit

Welche Schlussfolgerungen können aus diesem empirischen Material gezogen werden? Zunächst wird deutlich, dass sich der „Stadtumbau Ost“ aus einem Bündel von Richtungsentscheidungen zusammensetzt, die jeweils unterschiedlichen Interessenlagen folgten und von unterschiedlichen ‚Schlüsselpersonen‘ eingebracht wurden. Das *framing* von Schrumpfung als wohnungswirtschaftliches Problem bediente so stark die Interessen der Wohnungs- und Kreditwirtschaft, stand aber auch im Einklang mit den Bedürfnissen der Kommunal- und Landeshaushalte. Entsprechend dominierten in diesem Feld Lobbyist_innen der Wohnungswirtschaft und höhere Regierungsbeamte. Das Ergebnis ihrer gemeinsamen Intervention war ein Fokus auf Instrumente, die eine schnelle Marktbereinigung durch Abriss des Wohnungsüberhangs in die Wege leiten sollten. Die Anerkennung staatlicher Verantwortung und die Auflage eines Rückbauförderungsprogramms gingen gleichzeitig mit der Notwendigkeit einher, die Fördermittelvergabe plausibel zu machen und den Sinn der angestrebten

Förderung aus einer Gemeinwohlperspektive zu begründen. Dies führte zum ‚Import‘ planerischer Perspektiven und bahnte den Weg für eine neuartige Integration strategischer Planungsinstrumente mit wohnungswirtschaftlichen Zielstellungen, vor allem im Zusammenhang mit den neu eingeforderten „Integrierten Stadtentwicklungskonzepten“. An dieser Stelle konnten Planer_innen und Städtebauförderer_innen starke Steuerungsansprüche einbringen und neuen Ansätzen für eine ‚Stadtentwicklung ohne Wachstum‘ Geltung verschaffen. Die Innovationen des „Stadtumbau Ost“ sind auf diese Weise sachlogisch miteinander verknüpft und lassen sich in ihrer Genese nur schwer voneinander trennen. In der Summe ist der Stadtumbau daher ein ‚Hybrid‘ aus einem Rettungsprogramm für die (ost-)deutsche Wohnungswirtschaft, tief im Wesen der deutschen Städtebauförderung verankerten Verwaltungs- und Verfahrensregeln und einem weiterreichenden strategischen Planungsanspruch.

Die verschiedenen Bestandteile dieses Hybrides spiegeln dabei sowohl unterschiedliche Interessen als auch eine unterschiedliche Durchsetzungsstärke der an seinem Zustandekommen Beteiligten wieder. Für die hier diskutierten Akteur_innen sieht das Bild dabei wie folgt aus: Für Frau Riemer, als Vertreterin der Wohnungsunternehmen, war die Unterstützung der ostdeutschen Wohnungsunternehmen durch ein Rückbauprogramm sowie durch eine Altschuldenlösung zentral. Die Aufstellung ‚Integrierter Stadtentwicklungskonzepte‘ nahm sie in diesem Kontext als notwendige Auflage hin. An der von Herrn Pfeiffer präferierten Eigentumsorientierung hatte Frau Riemer hingegen kein Interesse. Herr Buttolo agierte mit einer ähnlichen Orientierung. Als Landesvertreter stand ihm jedoch das Anliegen einer sinnvollen Verwendung von Steuergeldern näher – entsprechend unterstützte Herr Buttolo ebenfalls eine starke Orientierung auf Abriss; allerdings war bei ihm die Orientierung auf die Erarbeitung strategischer Pläne stärker ausgeprägt. Die Perspektive von Herrn Pfeiffer (als typischer ‚Policy Entrepreneur‘) war demgegenüber mehr auf die Stärkung von Wohneigentum ausgerichtet. Für ihn war die offensichtliche Krise der großen ostdeutschen Wohnungsunternehmen eine Art ‚Gelegenheitsfenster‘, um diesem von ihm schon lange vorangetriebenen Anliegen stärker Geltung zu verschaffen. Entsprechend unterstützte Herr Pfeiffer ebenfalls den Rückbau, aber mehr als Mittel zum Zweck und mit dem Hauptziel der Stärkung innerstädtischen Wohneigentums. Zusätzlich zu den institutionellen Interessen, hatten die hier vorgestellten Akteur_innen also auch eine Art ‚Mission‘, die wiederum aus den ihnen eigenen Wirklichkeitskonstruktionen und Werteordnungen resultiert.

Vergleicht man die Interventionen dieser drei Schlüsselfiguren mit Blick auf das Ergebnis, wird deutlich, dass Frau Riemer und Herr Buttolo recht erfolgreich waren, während die Policy-Vorschläge vonseiten Herrn Pfeiffers vor allem in einer frühen Phase des Agenda-Settings von Bedeutung waren, aber später sukzessive ‚unter den Tisch fielen‘. An dieser Stelle zeigen sich deutlich die Grenzen neuer Ideen, die nicht auf institutionelle Machtressourcen zurückgreifen können. Während Herr Pfeiffer zwar dafür sorgen konnte, dass seine Handlungsvorstellungen zentral im entscheidenden Politikentwurf verhandelt wurden, fehlte ihm langfristig der Zugriff auf Entscheidungsträger_innen, um sie Realität werden zu lassen. Sowohl die organisierte Wohnungswirtschaft als auch Herr Buttolo als Landesvertreter waren demgegenüber in einer stärkeren Position.

Fasst man diese Befunde auf einer etwas abstrakteren Ebene zusammen, wird klar, dass es vor allem die Verbindung von persönlichen Qualitäten mit einer guten Vernetzung in Politik- und Fach-Communitys, gepanzert durch privilegierte Positionen in Institutionenräumen, ist, die eine langfristig zentrale Rolle beim Zustandekommen des „Stadtumbau Ost“ ermöglichte. Wo nur Netzwerkbeziehungen bespielt werden konnten (wie im Fall von Herrn Pfeiffer), gelangen zwar ‚Initialzündungen‘ – eine langfristige Einflussnahme war aber kaum möglich. Wo andererseits privilegierte Positionen in Institutionenräumen nicht mit überlegenen Netzwerkressourcen einhergingen, waren der Diffusion neuer Ideen enge Grenzen gesetzt. Durchsetzungsstärke in Politikprozessen verlangt also sowohl institutionelle als auch personengebundene Ressourcen.

In einer konzeptionellen Perspektive zeigt der hier untersuchte Fall, dass sich eine gehaltvolle empirische Analyse von Planungspolitiken weder allein auf politökonomische, noch auf institutionalistische oder diskurstheoretische Zugänge verlassen kann, sondern auch den „Faktor X“ (Ibert/Gailing 2016), das heißt die Motive, Handlungsressourcen und Taktiken konkreter Personen in den Blick nehmen muss. Persönlichkeit, Interessen, Wissen und Macht gehen Hand in Hand und dies verlangt nach einer pragmatischen Kombination unterschiedlicher Forschungsperspektiven.

Dies hat auch planungspraktische Konsequenzen. In diesem Sinne zeigt der hier beschriebene Fall, dass die im Zuge des Stadtumbaus – aber auch an vielen anderen Stellen – zu verzeichnende Öffnung vormals staatlich dominierter Planungs- und Politikfelder weder zwangsläufig zu einem wachsenden Einfluss der Wirtschaft, noch zu einer Demokratisierung der Planung durch die Zivilgesellschaft führen muss. Es kommt immer – auch – auf die handelnden Personen an.

Endnoten

- [1] Eine ausführlichere Darstellung der Projektergebnisse findet sich unter <https://leibniz-irs.de/forschung/publikationen/irs-working-paper/> (letzter Zugriff am 30.5.2017)
- [2] Den Interviewpartner_innen wurde Anonymität zugesichert, daher werden die Interviews nicht in einer separaten Liste am Ende des Textes aufgeführt.
- [3] Der Bauminister von Sachsen-Anhalt wurde damals mit der Bemerkung berühmt, er sei kein ‚Abrissminister‘.
- [4] In engem Zusammenhang mit dem empfohlenen Abrissprogramm steht auch die empfohlene Einführung einer „Verwertungskündigung“ für bestehende Mietverträge, die darauf abzielte, zu verhindern, „dass verbleibende einzelne Mieter die Vorbereitung des Abrisses verzögern und damit erheblich verteuern“ (Expertenkommission 2000: 78).
- [5] An dieser Stelle ergab sich in den Empfehlungen ein immanenter Interessengegensatz zwischen den ‚Innenstadt‘-orientierten Expert_innen und den Vertreter_innen der Wohnungswirtschaft (deren Bestände zu einem großen Teil an der Peripherie der Städte lagen), der auch von den meisten interviewten Expert_innen so benannt wurde. Um ein weiteres Vorankommen zu ermöglichen, verzichteten aber beide Seiten auf eine intensive Thematisierung dieses Widerspruchs.
- [6] Die Themen im Einzelnen: Leitbilder für den Stadtumbau; Stadtumbaustراتيجien für Altbauquartiere; Stadtumbaustراتيجien für Neubauquartiere; Anpassung der technischen Infrastruktur und der Verkehrsinfrastruktur; stadregionale Handlungskooperationen; Baukulturelle Aspekte im Stadtumbau.
- [7] Die Erarbeitung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten als Fördergrundlage entsprach dabei lange etablierten Verfahrensweisen der Städtebauförderung. Ein Interviewpartner erläuterte den Zusammenhang wie folgt: „Im Grunde ist es logisch

[...]. Die Politik wird kein Geld ausgeben, wenn nicht ein planerisches System dahinter steckt. Das kann das Land nicht und das kann der Bund nicht; so nach dem Motto: ‚Macht, was Ihr wollt. Hier habt Ihr die Kohle.‘ Das läuft nicht. Politisch läuft das nicht. Und da wären auch Widerstände entstanden, die das Ganze nicht nur hinausgezögert, sondern vielleicht sogar in Frage gestellt hätten. Insofern war die Idee der städtebaulichen Konzepte sinnvoll.“ (Interview 8)

- [8] In den Worten eines Interviewpartners aus dem Bereich der sächsischen Wohnungswirtschaft: „Die SAB hat ein richtig großes Rad gedreht. Die wären pleitegegangen. So viel Wertberichtigung kannst du gar nicht machen!“ (Interview 7)

Autor_innen

Matthias Bernt ist Politologe. Er arbeitet zu Fragestellungen urbaner Governance, zu Gentrification, schrumpfenden Städte, sowie zu Migration und Regenerierung.
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Literatur

- Altrock, Uwe (2004): Stadtumbau in schrumpfenden Städten – Anzeichen für ein neues Governance-Modell? In: Uwe Altrock / Ronald Kunze / Ursula von Petz / Dirk Schubert (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2004/2005, 149-170.
- Bernt, Matthias (2009) Partnerships for demolition: The governance of urban renewal in East Germany's shrinking cities. In: International Journal of Urban Regional Research 33/3, 754-769.
- Bernt, Matthias / Haase, Annegret / Großmann, Katrin / Cocks, Matthew/ Couch, Chris / Cortese, Caterina / Krzysztofik, Robert (2014): How does(n't) urban shrinkage get onto the agenda? Experiences from Leipzig, Liverpool, Genoa and Bytom. In: International Journal of Urban and Regional Research, 38/5, 1749-1766.
- Bernt, Matthias / Haus, Michael (2010): Stadtumbau als Problem der Governance-Forschung, In: Matthias Bernt / Michael Haus / Tobias Robischon (Hg.), Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess. Darmstadt: Schader-Stiftung, 12-29.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) (Hg.) (2001): Stadtumbau in den neuen Ländern. Integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Konzepte zur Gestaltung des Strukturwandels auf dem Wohnungsmarkt der neuen Länder. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.) (2003): Auswertung des Bundeswettbewerb „Stadtumbau ost“ – Für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen. Berlin: Eigenverlag.
- Burt, Ronald S. (1992): Structural Holes. The Social Structure of Competition. Cambridge: Cambridge University Press.
- Burt, Ronald S. (2004): Structural holes and good ideas, In: American Journal of Sociology 110/2, 349-399.
- Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ (2000): Bericht der Kommission i. A. des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Bauforschung T2949).. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag.
- Gailing, Ludger / Ibert, Oliver (2016): Schlüsselfiguren: Raum als Gegenstand und Ressource des Wandels. In: Raumforschung und Raumordnung 74/5, 391-403.
- Grint, Keith (2000): The Art of Leadership. Oxford: Oxford University Press.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1998): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Jürgen Friedrichs (Hg.), Soziologische Stadtforschung (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 29, 78-94.
- Hollander, Justin B. / Nemeth, Jeremy (2011): The bounds of smart decline, a foundational theory for planning shrinking cities. In: Housing Policy Debate 21/3, 349-367.
- Jann, Werner / Wegrich, Kai (2007): Theories of the policy cycle. In: Frank Fischer / Gerlad J. Miller / Mara S. Sidney (Hg.), Handbook of Public Policy Analysis. Boca Raton (Florida): CRC Press, 43-62.

- Jones, Charles O. (1977): *An Introduction to the Study of Public Policy* (2. Aufl.). North Scituate: Duxbury Press.
- Kabisch, Sigrun / Bernt, Matthias / Peter, Andreas (2003): *Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie*. Wiesbaden: VS Springer.
- Kil, Wolfgang (2004): *Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift*, Wuppertal: Müller und Busmann.
- Kingdon John. W. (1984): *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston: Little & Brown.
- Lang, Thilo / Tenz, Eric (2003): *Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung*. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Lasswell, Harold. (1951): *The Policy Orientation*. In: Daniel Lerner / Harold D. Lasswell (Hg.): *The Policy Sciences*. Stanford: Stanford University Press, 3-15.
- Pallagst, Karina / Popper, Frank / Hollander, Justin B. / Schwartz, Terry (2009): *Shrinking cities as an emerging planning paradigm*. In: *Progress in Planning* 72/4 (Sonderausgabe), 223-232.
- Polsby, Nelson W. (1984): *Political Innovation in America: The Politics of Policy Initiation*. New Haven: Yale University Press.
- Pressman, Jeffrey N. / Wildavsky, Aaron (1973): *Implementation. How Great Expectations in Washington are Dashed in Oakland*. Berkeley: University of California Press.
- Roberts, Nancy C. / King, Paula J. (1996): *Transforming Public Policy. Dynamics of Policy Entrepreneurship and Innovation*. San Francisco: Jossey-Bass Publishers.
- Sabatier, Paul A. / Jenkins-Smith, Hank C. (1993): *Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach*. Boulder: Westview Press.
- Schumpeter, Joseph (1910): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Leipzig: Duncker.
- Tushman, Michael (1977): *Special boundary roles in the innovation process*, In: *Administrative Science Quarterly* 22/4, 587-605.
- Vedres, Balász / Stark, David (2010): *Structural folds: Generative disruptions in overlapping groups*. In: *American Journal of Sociology* 115/4, 1150-1190.
- Weber, Max (1980 [1921]): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- Wiechmann, Torsten (2008): *Errors expected – aligning urban strategy with demographic uncertainty in shrinking cities*. In: *International Planning Studies* 13/4, 431-446.
- Wiechmann, Torsten / Pallagst, Karina (2012): *Urban shrinkage in Germany and the USA: A comparison of transformation patterns and local strategies*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 36/2, 261-280.

„Smart folks“. On the interrelation of interests, knowledge and power with the emergence of „Stadtumbau Ost“

The paper studies the interrelation of personality, knowledge and power with the emergence of the German program „Stadtumbau Ost“ (Urban Regeneration East). In terms of methods the study is based on a) an analysis of documents with regard to agenda setting and the implementation; b) 14 expert interviews with representatives of housing companies, local and national level politicians and bureaucrats, as well as urban planners who were involved into designing the program.

A major finding of the study is that decisive influence on the actual design of the program has only been possible where privileged institutional resources could be combined with superior networks to other decision-makers and experts. In other words exercising power on planning decisions demands a combination of structural resources with contacts and knowledge which is usually bound to individual persons. Personality, interests, knowledge and power thus go hand in hand.



Die Abschöpfung des Planungsmehrwerts als Repolitisierung der Planung?

Eine neue Perspektive auf die aktuelle Wohnungsfrage

Ilse Helbrecht und Francesca Weber-Newth

Wohnungspolitik ist in Deutschland erneut brisant und sozial aktuell. In Zeiten des neuen Städtewachstums sind innovative planerische wie auch politische Antworten auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Agglomerationsräumen gefragt. Ziel dieses Beitrags ist es, das raumplanerische Instrument einer Abschöpfung des Planungsmehrwerts in seinen planerischen Voraussetzungen und politischen Implikationen zu untersuchen. Wir zeigen, dass die Abschöpfung des Planungsmehrwerts für eine sozial orientierte, demokratische Stadtpolitik Potenziale wie auch Gefahren birgt und verfolgen dabei eine ebenso politische wie theoretisch-konzeptionelle Zielsetzung.

Ersteinreichung: 8. August 2016; Veröffentlichung online: 21. Juni 2017
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Wohnungspolitik ist (wieder) auf der politischen Agenda in Deutschland. Dynamisches Wirtschaftswachstum und Bevölkerungszug in Metropolen wie Berlin, Hamburg, München oder Köln führen zu angespannten Wohnungsmärkten. Rasant ansteigende Mieten, explodierende Bodenwerte und Kaufpreise sind die Folgen, bei gleichzeitig zu geringen Wohnungsneubauquoten. Dies hat gravierende negative Konsequenzen für die städtische Bevölkerung in Form von Wohnungsüberbelegungen, Verdrängung, zunehmender Segregation bis hin zu steigenden Armutsquoten aufgrund hoher finanzieller (Miet-)Belastungen. Zweifellos sind diese Entwicklungen nicht neu. Es handelt sich um wiederkehrende Probleme der Urbanisierung (Harvey 2013), die als Zyklen der Wohnungspolitik verstanden werden können. Die Anpassung städtischer Wohnungs- und Bodenmärkte im Rahmen zyklischer Investitionen und Desinvestitionen ist beispielhaft im Bereich der Gentrifizierung und Verdrängung untersucht worden und seit mehr als 50 Jahren ein gut dokumentierter Prozess (Helbrecht 1996, Smith 2002, Füller/Michel 2014, Ertelt et al. 2016, Helbrecht 2016, Holm/Schulz 2016). Im Kontext der neuen Wohnungskrise ziehen gleichzeitig stattfindende Dynamiken von Aufwertung, Verdrängung und Segregation gegenwärtig wieder vermehrt die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und rufen gesellschaftspolitische Diagnosen hervor, wonach Städte immer stärker

zu Orten der Exklusion würden (Lees/Slater/Wyly 2008). Gerade seit der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 sind Immobilien und städtischer Boden erneut Objekte globaler spekulativer Investitionen geworden[1]. Diese Dynamiken haben deutliche *Gewinner* und *Verlierer* auf den großstädtischen Wohnungsmärkten geschaffen.

Vor diesem Hintergrund werden stadtpolitische Fragen gleichzeitig zu drängenden sozialen Fragen: Wie kann bezahlbarer Wohnraum gefördert werden? Über welche Eingriffsmöglichkeiten verfügt der Staat? Und wem gehören die Gewinne der Bodenspekulation durch kapitalistische Profitmaximierung?

Auch die öffentliche Hand versucht vom aktuellen Immobilienboom zu profitieren. So partizipieren die Bundesländer bereits an den Wachstumsprofiten, indem sie die Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent bis ins Jahr 2011 auf nunmehr bis zu 6,5 Prozent in einigen Bundesländern angehoben haben. Auf kommunaler Ebene hat in jüngster Zeit ein anderes Instrument erneut Konjunktur erlangt: die Abschöpfung des Planungsgewinns durch die Beteiligung der Grundeigentümer_innen an den Folgekosten einer Grundstücksentwicklung, auch ‚Abschöpfung des Planungsmehrwerts‘ genannt. Dieses auch in Deutschland zunehmend beliebte stadtplanerische Instrument basiert auf folgendem Prinzip: Grundstückseigentümer_innen, Investor_innen und Entwickler_innen neuer Bauvorhaben müssen sich an der Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturen beteiligen – beispielsweise am Bau von Kindertagesstätten, Schulen, Straßen oder Grünflächen. Darüber hinaus impliziert das stadtplanerische Instrument, dass aus dem Planungsmehrwert des nun als Bauland ausgewiesenen Areals ‚bezahlbarer‘ Wohnraum geschaffen werden muss.

Während private Investoren daran interessiert sind, lukrative Wohnbauprojekte in Metropolen zu verwirklichen, wird die öffentliche Hand so in die Lage versetzt, sowohl soziale (Kitas, Schulen etc.) und grüne Infrastrukturen (Parks) wie auch sozialen Wohnungsbau zu realisieren.

Vergegenwärtigt man, dass sich der Wert von Grund und Boden allein dadurch erhöht, indem der Staat Baurecht erteilt, wird deutlich, dass die Beteiligung der Grundeigentümer_innen an den Folgekosten eine zweifache Funktion hat: Zum einen verringert sie in erheblichem Maße die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für soziale Infrastruktur und zum anderen wird so der Planungsmehrwert, also die finanzielle Gewinnmarge der Projektträger, mit der umliegenden Nachbarschaft geteilt. Dieses Planungsinstrument, die Abschöpfung des Planungsmehrwerts, steht im Fokus dieses Aufsatzes[2]. Wir diskutieren, inwieweit es als eine explizit politische oder post-politische Praxis der gegenwärtigen Planung gewertet werden kann.

Empirisch beziehen wir uns exemplarisch auf das „Münchener Modell der sozialgerechten Bodennutzung“ (SoBoN), das als erfolgreicher ‚Best Case‘ in Deutschland gilt. Ebenfalls im Fokus steht die Stadt Berlin, die im Jahr 2014 erstmalig dieses Instrument eingeführt hat und welches 2017 justiert wird (SenStadtUm 2015: 23). Darüber hinaus arbeiten wir auf Basis einer Literaturanalyse zentrale Merkmale dieses Planungsinstruments am Beispiel Großbritanniens beziehungsweise London heraus. Insgesamt basiert unser Argument zur Analyse des politischen respektive post-politischen Charakters der Abschöpfung des Planungsmehrwerts also auf Literatur- und Dokumentenanalysen sogenannter grauer Literatur.

Bei der Reflexion der Fallbeispiele gehen wir der prinzipiellen Frage nach, wie das Instrument des ‚In-die-Pflicht-Nehmens‘ von Investor_innen angesichts fortschreitender Neoliberalisierung einzuordnen ist. In einer Zeit, die von vielen akademischen und aktivistischen Beobachter_innen als zunehmend ‚postpolitisch‘ analysiert und bewertet wird (z. B. Swyngedouw 2007), werden wir die Frage nach neuen Handlungsräumen für politische Praktiken der Planung im Sinne einer „politics of possibility“ aufgreifen (Beveridge et al. 2014: 66): Inwieweit ermöglicht die Abschöpfung des Planungsmehrwerts eine (stadt-)politische Diskussionsbühne, die Räume für eine agonistische Debatte in der Planungspraxis eröffnet? Welche Möglichkeiten der Repolitisierung von Planungsinstrumenten als alltägliche politische Praxis zeigen sich in diesem Planungsinstrument? Und welche Positionierungen entwickeln sich durch Performanzen von Planungsakteur_innen und Investor_innen?

Wir werden aufzeigen, dass die postpolitische oder postdemokratische These, wie sie von Erik Swyngedouw (2007) vorgestellt wurde[3], zu unflexibel ist, um hinreichend als Analyserahmen für eine zukunftsorientierte Planungspraxis zu dienen. Deswegen ist zunächst die Frage zu diskutieren, inwieweit die Abschöpfung des Planungsmehrwerts *sowohl* postpolitische als auch repolitisierende Züge trägt.

„The post-political condition is too often presupposed as a matter of fact rather than interrogated as a matter of concern“ (Beveridge/Koch 2017: 37). Im Sinne einer offenen Diskussion des politischen Gehalts aktueller Planungspraxis werden wir in diesem Aufsatz eine dialektische Analyse durch die Verwendung zweier unterschiedlicher Blickwinkel auf die Beteiligung der Grundeigentümer_innen an den Folgekosten anwenden: die postpolitische Perspektive und den repolitisierenden Standpunkt. Das heißt, zum einen analysieren wir problematische, postpolitische Aspekte der Abschöpfung des Planungsmehrwerts, die auf intransparenten Verhandlungen und technokratischen Dealmaking-Praktiken beruhen. Zum anderen untersuchen wir Ansätze der Repolitisierung der Wohnungspolitik durch das Instrument der Abschöpfung des Planungsmehrwerts (Holm 2014) zugunsten der Etablierung sozialer Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraums.

Swyngedouw geht in seiner Analyse davon aus, dass „Lücken, die sich in den Fugen der postpolitischen städtischen Ordnung finden“, genutzt werden können, um diese als genuin politische Stadträume „in Besitz zu nehmen“ (2013: 142). Anstatt die Abschöpfung des Planungsmehrwerts grundsätzlich als postpolitisch einzuschätzen oder die postpolitische These per se abzulehnen, werden wir differenziert analysieren, inwieweit ein existierendes Planungswerkzeug als neue politische Handlungsmöglichkeit einzuordnen ist. Unser Ziel ist es aufzuzeigen, dass das Instrument der Abschöpfung des Planungsmehrwerts in politischer Hinsicht ein ambivalentes, hybrides Phänomen darstellt. Es kann einerseits in postpolitischer Lesart als neue Spielart der allseits verbreiteten Konsenspolitik verstanden werden. Andererseits ist es als höchst politisch einzustufen, indem es in die Profitrechte Privater eingreift, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugrunde liegen. Wir verstehen diesen praktizierten Eingriff in den Bodenmarkt als eine Politisierung der Planungspraxis mit dem Ziel einer zu Teilen redistributiven Stadtpolitik zugunsten einer gesellschaftlichen Umverteilung

privater Planungsgewinne. Dies geschieht auf Grundlage eines agonistischen Impetus zur Beschneidung privater Eigentumsrechte beziehungsweise einer Durchsetzung der sozialen Verpflichtung von Eigentum.

Im deutschsprachigen Raum wurde bislang nur eine wissenschaftliche Analyse (Junker 2010) und keinerlei empirische Forschung zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts veröffentlicht. Angesichts dieser eklatanten Forschungslücke bietet im internationalen Raum vor allem die britische Forschung (unter den Begriffen ‚*planning gain*‘, ‚*land value capture*‘ und ‚*developer contributions*‘) einen wertvollen Referenzpunkt. Großbritannien gilt als „ehemaliges Weltlabor für Abschöpfungsexperimente“ (Alterman 2012: 12). Britische Politiker_innen und Forscher_innen können auf einen lebendigen Diskurs bezüglich des Instruments zurückgreifen, dessen konzeptionelle Bandbreite und empirische Tiefe den deutschen Diskurs bereichern.

Der Aufsatz gliedert sich in vier Teile. Zunächst diskutieren wir die Wohnungsfrage in Deutschland als eine Herausforderung aktueller Stadtpolitik. Anschließend führen wir in grundlegende Debatten zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts ein, deren Ursprünge sich bereits bei dem Philosophen John Stuart Mill in den 1840er Jahren finden. Im nächsten Schritt überprüfen wir, inwieweit die gegenwärtigen Politiken zum einen als re-politisierend und zum anderen als de-politisierend im Sinne Swyngedouws einzuschätzen sind. In der Schlussbetrachtung argumentieren wir für einen dialektischen und zugleich zukunftsorientierten Ansatz in der Beantwortung der Frage ‚*Was tun?*‘[4].

2. Die (aktuelle) Wohnungsfrage

Während der deutsche Wohnungsmarkt im internationalen Vergleich seit den 1960er Jahren über eine erstaunliche Stabilität verfügte (Behring/Helbrecht 2002), die auch während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise anhielt (Kofner 2014), zeigen sich aktuell große Veränderungsdynamiken. Nicht nur in Berlin sind stark ansteigende Investitionen auf dem Wohnungsmarkt zu beobachten, die vermehrt aus dem internationalen Umfeld kommen (Fields/Uffer 2016). Als Folge dessen verzeichnen Mietpreise in Deutschland zurzeit das schnellste Wachstum in Europa; in manchen Großstädten Deutschlands wird bereits eine „Wohnungskrise“ diagnostiziert (Holm 2014). Auf der politischen Agenda gewinnen daher Maßnahmen gegen die Verdrängung einkommensschwacher Gruppen aus den Innenstädten und die Verminderung sozialräumlicher Polarisierung an Bedeutung (von Einem 2016: iv). Die Wohnungsfrage, welche schon 1872 von Friedrich Engels aufgeworfen wurde, verweist auf beengte und ungesunde Wohnverhältnisse sowie kolossale Mietpreissteigerungen, die es für einige Gruppen unmöglich machen, eine geeignete Unterkunft zu finden. Schon zu Engels Zeiten waren weite Teile der (Stadt-)Gesellschaft hiervon betroffen, „weil sie sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum mit betroffen hat“. Engels beschreibt weiterhin: „Diese Wohnungsnot ist nicht etwas der Gegenwart Eigentümliches [...]. Sie hat alle unterdrückten Klassen aller Zeiten ziemlich gleichmäßig betroffen.“ (Engels 1872) Engels bietet eine materialistische Analyse der Wohnungskrise, deren Lösung er letztlich nur in einer völligen Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsform per se sieht.

Obwohl seitdem fast 150 Jahre vergangen sind, hat sich die Ökonomisierung der (städtischen) Immobilienmärkte insbesondere seit der Finanzmarktkrise 2008 noch einmal deutlich verstärkt (Belina 2010). Gerade deutsche städtische Wohnungsmärkte ziehen zurzeit erhebliche internationale Kapitalströme an. Immobilien erreichen einen nahezu mythischen Status als ‚Betongold‘ und gelten zunehmend als verlässliche Form der Alters- und Vermögenssicherung (Helbrecht 2013). Die Abschöpfung des Planungsmehrwerts rückt so zunehmend in den Fokus stadtpolitischen Handelns, sowohl angesichts der möglichen hohen Abschöpfung von Planungsgewinnen als auch angesichts der weit verbreiteten Finanznot kommunaler Haushalte und des Investitionsstaus bei der öffentlichen Infrastruktur. Nur durch eine Beteiligung privater Investor_innen, also die Abschöpfung des Planungsmehrwerts, werden öffentliche Infrastrukturerstellung und sozialer Wohnungsbau vielerorts erst möglich.

Während Friedrich Engels begrenzten wohnungspolitischen Maßnahmen eine deutliche Absage erteilte (in steter Erwartung der großen Lösung der Wohnungsfrage durch eine Revolution), erlauben heutige materialistische Analysen auch andere Bewertungen (z. B. Harvey 2013). Die Beteiligung der Grundeigentümer_innen an den Folgekosten kann als Versuch verstanden werden, private Investor_innen zu verpflichten, einen Beitrag zum Allgemeinwohl zu leisten. In einem antizyklischen Gestus und im Widerspruch zum gegenwärtigen Zeitgeist – welcher eigentlich den neoliberalen Rückzug des Sozialstaates diktiert – wird hier ein Vorstoß unternommen, privatwirtschaftliche Gewinne partiell zu vergemeinschaften. Denn private Profite auf Basis von Baulandentwicklungen werden durch die Abschöpfung des Planungsmehrwerts zu Teilen genutzt, um die öffentliche Daseinsvorsorge und damit das Gemeinwohl zu stärken.

Die Beteiligung der Grundeigentümer_innen ist allerdings sicherlich nicht ‚die‘ Lösung oder das fehlende Puzzleteil für eine ‚gerechte Stadt‘, sondern vielmehr als ein pragmatisches Instrument zu bewerten, welches sowohl Vorteile für die (Stadt-)Gesellschaft sicherstellt wie auch Nachteile für die Stadtentwicklung birgt. Die Abschöpfung des Planungsmehrwerts kann nur partiell als ein „space of hope“ im Sinne David Harveys (2000) verstanden werden. Nach Harvey (ebd.) entstehen ‚Räume der Hoffnung‘ in dem Wunsch und Bewusstsein, den bestehenden kapitalistischen Diskurs umzuschreiben und durch den Mut, sich eine andere Welt oder Gesellschaft vorzustellen. Obwohl diese Hoffnungsräume spekulativ bleiben und kein politisches Rezept offerieren für den Weg zur Utopie (2000: 71), bietet Harvey mit seiner Analyse jedem kritischen Denken den notwendigen Grundanker, nämlich das Beharren darauf, dass es eine Alternative gibt und immer geben kann.

Harvey vertritt hier eine pragmatisch-marxistische Position, die uns hilft, die Ambiguität des Instruments zu theoretisieren. „We do not have to wait upon the grand revolution to constitute such spaces [of hope]“. (Harvey 2012: xvii) Es braucht nicht immer fundamental-revolutionären Wandel, um Räume der Hoffnung durch Politisierung zu erkennen und zu nutzen. In diesem Sinne sind Möglichkeitsräume auch dort vorhanden, wo pragmatisch konkrete Emanzipationsgewinne zu vergegenwärtigen sind. Harvey weiß um die Problematik, dass politische Möglichkeitsräume übersehen werden und das Handeln lahmgelegt wird, wenn durch zu

hohe Ansprüche an den Begriff des Politischen oder die Vorstellungen von Emanzipation reformerische Praktiken pauschal abgewertet werden. In ähnlichem Geiste formulieren Ross Beveridge und Philippe Koch ihre Kritik an den praktisch fatalen Folgen einer puristisch postpolitischen Position, wie sie exemplarisch von Eric Swyngedouw vertreten wird. Sie argumentieren, dass die pauschale Ver- und Beurteilung aller gegenwärtigen Stadtpolitiken mit breitem Pinselstrich als ‚postpolitisch‘ dazu führen würde, in eine postpolitische Falle, die „post-political trap“, zu geraten (Beveridge/Koch 2017: 32). Demnach würde handlungsunfähig, wer mit dem binären konzeptionellen Code von politisch versus postpolitisch nur ein grobes Schwarz-Weiß-Bild gegenwärtiger stadtpolitischer Verhältnisse zeichne. Stattdessen brauche es empirisch offene Herangehensweisen an gegenwärtige Situationen, die bewusst mit einer Pluralität von Politikbegriffen operieren, um so der Vielfalt und Vielgestalt heutiger städtischer Planungsprozesse und stadtpolitischer Entscheidungen gerecht zu werden (ebd.: 41).

Der hier vorliegende Beitrag ruht auf solch einer flexiblen kritischen Stadtforschungsstrategie, die nicht theoretisch vorentscheidet (alles sei postpolitisch), sondern empirisch untersucht und hierbei eine Pluralität von konzeptionellen Perspektiven des Politischen in Anschlag bringt. Im Hier und Jetzt der Stadt(-politik) sehen und suchen wir Potenziale bereits heute, um Dinge zu ändern. Dazu müssen gewiss zugleich die Einschränkungen des ‚Hier und Jetzt‘ reflektiert werden. Das Instrument ‚Abschöpfung des Planungsmehrwerts‘ ist vor allem dann einsetzbar, wenn neu gebaut wird oder wenn öffentliche Fördergelder für Sanierungsmaßnahmen vergeben werden, wie beispielsweise Stadtumbaumittel in Halle (Saale) (Stadt Halle 2016: 100). Dies bedeutet, dass das Instrument nur unter den Bedingungen von Wachstum und Bodenwertsteigerung funktioniert. Gerade am Beispiel München wird deutlich, dass sich so die Preisspirale immer weiter nach oben drehen kann. Zugleich sichert das Instrument jedoch innerhalb dieser Preisspirale ein Segment bezahlbaren Wohnraums, insbesondere in Städten wie München. Dies schätzen wir als wertvoll ein.

Auch wenn Harvey es selbst nur ungern eingesteht, ist diese anwendungsbezogene Haltung doch nötig: „I think – and I hate to say this – but I think the left has to be more pragmatic in relation to the dynamics going on right now [...] the left will have to rethink its theoretical and tactical apparatus“ (David Harvey 2015 im ROAR Magazine: 280). Durch Harveys konzeptuelle Arbeit wird es vorstellbar, dass Stadtpolitik auch in der gegenwärtigen Wohnungsfrage konkrete Möglichkeiten sieht, schafft und nutzt – zum Beispiel durch das Instrument der Planungsmehrwertabschöpfung – um tatsächlich zugleich mit dem Markt (weil Preissteigerungen notwendige Voraussetzung sind) als auch gegen den Markt (da dem Privateigentum öffentliche Infrastrukturen und bezahlbarer Wohnraum abgetrotzt werden) zu steuern.

3. Die diskursive Ausgangslage: Konflikte um den ‚Planungsmehrwert‘

In kommunalen Diskursen ist die Abschöpfung des Planungsmehrwerts hochgradig politisiert. Das wird sowohl anhand der internationalen Debatte zur aktuellen Lage des Instruments und seinem Erweiterungspotenzial

deutlich (z. B. Baker 2004, Altermann 2009, Brownhill et al. 2015), als auch an der mühseligen Geschichte der verfehlten Experimente im deutschen (Junker 2010: 30-34) wie britischen Kontext (Thomas 2004). Grundlegend für den Konflikt über die Rechtmäßigkeit beziehungsweise Unrechtmäßigkeit der Abschöpfung des Planungsmehrwerts sind das jeweilige Verständnis von Eigentumsrechten sowie Perspektiven auf Landnutzungsregularien und Besteuerung. John Stuart Mill, englischer Philosoph, Ökonom und Sozialtheoretiker, argumentierte schon in den 1840er Jahren für eine Position, die den finanziellen Gewinn aus Baulandentwicklungen als den ‚Wohlstand der Gemeinschaft‘ ansieht. Dies impliziert, dass Profite aus Baulandentwicklungen Gemeingut sind und damit vollkommen rechters der Gesamtheit der Gesellschaft gehören (Fabian Society 1895). Sein Standpunkt basiert auf der Überlegung, wonach ein gesteigerter Bodenwert überhaupt erst durch die (Stadt-)Gesellschaft geformt werde, die im Rahmen des Planungssystems Baurecht schafft. Deshalb solle der Staat, der den Gewinn kreiert habe, auch (Haupt-)Profiteur der Baulandentwicklung sein. Susan Fainstein unterstreicht, basierend auf John Rawls Theorie zu Fairness als Gerechtigkeit und Henri Lefebvres Arbeit zu „Recht auf Stadt“ (Fainstein 2012: 21), dass Gewinne aus Bodeneigentum auch aus heutiger Stadtplanungsperspektive an die Gesellschaft zurückgeführt werden sollten. In gleicher Stoßrichtung formuliert Mike Scott provokant: „Why should proponents (particularly speculators) pocket windfall gains for doing nothing more than submitting a successful permit or rezoning application? Why should the general tax payer subsequently have to pick up the tab for the infrastructure needed to service the development?“ (Scott 2015: 16).

Die Gegenposition hierzu betont demgegenüber die Unantastbarkeit privater Eigentumsrechte in der freien Marktwirtschaft und das Recht jeder Eigentümerin, ihren Profit individuell zu erwirtschaften. Private Eigentumsrechte seien in der politischen oder juristischen Abwägung gewichtiger gegenüber den Ansprüchen des Staates auf einen kommunalen oder Gemeinschaftsnutzen. Einige Autor_innen vertreten gar die Position, die Besteuerung des Bodenwertgewinnes der Grundeigentümer_innen sei eigentlich Diebstahl und folge einer „stalinistischen Logik“ (Gummer 2004: 81), die in einer freien Gesellschaft politisch nicht zu rechtfertigen sei: „Property must not be stolen from its rightful owners, even by men of goodwill with the best intentions.“ (Gummer 2004: 81-86) Dieses Urteil beruht auf der Einschätzung, wonach der Wertzuwachs des Bodens als Profit des Eigentümers im Grunde gerechtfertigt sei, da Landbesitz und -transaktionen jeder anderen wirtschaftlichen Tätigkeit ähnlich seien. Es sei zwar relativ zufällig, wer die Profiteure von Baugenehmigungen und Bodenwertsteigerungen sind, dieses aber läge in der Natur der Sache (ebd.: 81). Marx hatte die Steigerung der Bodenpreise in der kapitalistischen Wirtschaft vorausgesehen, zugleich aber die Logik kritisiert, wonach Boden eine Wertsteigerung erfahren könnte (vgl. Belina 2010).

Während die Grundsatzfrage von privaten Eigentumsrechten versus staatlicher Planungsmehrwertabschöpfung in der Theorie stark polarisiert, gibt es historisch eine Vielzahl an Versuchen, die Besteuerung von Bauprojekten durchzusetzen und den Bodenwertzuwachs kontinuierlich als Planungsmehrwert abzuschöpfen. Die fortwährende Frustration innerhalb der Planungswissenschaften über dieses Thema zeigt, dass Versuche, den

spekulativen Gewinn zu limitieren oder abzuschöpfen, stets einer Gegenwehr ausgesetzt sind (Junker 2010: 34). Denn auch wenn es sich keinesfalls um eine Enteignung handelt, da das Privateigentum an Grund und Boden selbst vollkommen unangetastet bleibt, so wird doch der partielle Profitverlust, der mit der Abschöpfung des Planungsmehrwerts einhergeht, zu Teilen von Grundbesitzer_innen als Quasi-Enteignung wahrgenommen.

In Deutschland setzt das Grundgesetz den Rahmen für die Auslegung jedweder rechtlicher Fragen bezüglich des Eigentums. Artikel 14 (GG) legt fest:

„(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. [...] (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.“

Mit der Eigentumsgarantie in Absatz 1 übernimmt das Grundgesetz die Rolle eines ‚Gatekeepers‘ für Versuche, die Abschöpfung beispielsweise bundesweit als Bodenwertzuwachssteuer zu etablieren. Das elementare Grundrecht des Grundgesetzes gilt nicht nur für bewegliches Eigentum, sondern auch für das spezifische Eigentum an Grund und Boden (das darüber hinaus anderen gesetzlichen Regularien ausgesetzt ist als bewegliches Eigentum). Trotzdem tritt eine Zweideutigkeit schon bei Absatz 2 zutage, welcher vorsieht, dass Eigentum Verpflichtungen mit sich bringt und dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Dieser rechtsphilosophische Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums lässt Raum für Versuche von Kommunen und politischen Parteien, Bodenwertzuwachssteuern einzuführen. Wie Junker (2010) anmerkt, sind in Deutschland dennoch bisher alle Versuche, eine Bodenwertzuwachssteuer in Form einer Gesetzgebung des Bundes einzuführen, entweder aufgrund von politischem Widerstand oder Problemen bei der praktischen Implementierung gescheitert.

Der erste Versuch, eine Bodenwertzuwachssteuer in Deutschland einzuführen, wurde 1950 von den Gemeinden initiiert. Der Gesetzesentwurf, nach seinem Autor Wilhelm Dittus ‚Lex Dittus‘ genannt, sah vor, dass 80 Prozent des Bodenwertzuwachses abgeschöpft werden, um die Kosten des Staates zu decken, die durch ein Bauprojekt anfallen. Die Abgabe wurde jedoch nicht umgesetzt und durch einen Anstieg der Grundsteuer ersetzt.

Der nachdrücklichste Vorstoß kam Anfang der 1970er Jahre von der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP, die explizit versuchte, existierende und zukünftige Landnutzungsspekulationen einzudämmen. Hierbei wurde ein Gesetzesvorschlag entwickelt, der eine 50-prozentige Bodenwertzuwachssteuer vorsah. Der Entwurf wurde mit Verweis auf Artikel 14 des Grundgesetzes und das dort geschützte Eigentumsrecht abgelehnt und das Thema in den folgenden Jahrzehnten nicht wieder aufgegriffen. Erst in den 1990er Jahren öffnete sich die Diskussion zur Bodenwertzuwachssteuer erneut – die Ziele waren dieselben wie schon in den 1970er Jahren.

Der aktuelle rechtliche Rahmen in Deutschland sieht explizit keine Bodenwertzuwachssteuer vor. Jedoch existiert auf Bundesebene das Investitions-erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz (Bundesgesetzblatt 1993: 466) als gesetzliche Grundlage für Vereinbarungen mit Grundeigentümer_innen. Dies erlaubt es den Gemeinden, Bodenwertzuwachssteuern zu erheben. Das

Gesetz repräsentiert eine Erweiterung des Erschließungsvertrages und vor allem die Einführung von städtebaulichen Verträgen. Erst mit der Einführung der Erschließungsverträge als Rechtsform ist es den Kommunen möglich, einen eigenen Rahmen für eine Beteiligung der Bodeneigentümer_innen an Folgekosten zu entwickeln und zu formalisieren. Aktuelle Beispiele hierfür sind die sozialgerechte Bodenordnung (SoBoN) in München aus den 1990er Jahren und das Berliner Modell aus dem Jahr 2014.

Ein Blick über deutsche Landesgrenzen hinaus zeigt, dass vor allem Großbritannien ein lebendiges Beispiel für den Konflikt zwischen den Befürworter_innen und den Gegner_innen der Bodenwertzuwachssteuer ist. So war das „People Budget“ von 1909 der früheste Versuch, Bodenprofite zu besteuern; es wurde als 20-prozentige „Wertzuwachsgebühr“ eingeführt (Bill 2013: 115). Diese Steuer fiel nicht nur bei Wertzuwachs durch Baulandausweisungen an, sondern generell bei der Steigerung des Bodenwertes (jeder Zuwachs nach einem festgesetzten Tag, dem 30. April 1909) und führte zu großem Aufruhr unter den besteuerten Grundeigentümer_innen. Nächste ernsthafte Versuche waren die „development charge“ (Teil des 1947 Planungsakts), zwanzig Jahre später die Bodenwertzuwachssteuer und 1976 schließlich der „Development Land Tax Act“, der in den späten 1980er Jahren von Margaret Thatcher aufgehoben wurde (Scott 2015). All diese legislativen Maßnahmen scheiterten letztlich an der Macht der Planungsminister_innen und deren Sympathien gegenüber der „landowner lobby“, der Interessensvertretung der Grundbesitzer_innen (Thomas 2004: 10). Ein neuer Anlauf entstand nach der Jahrtausendwende, als Kate Barkers Kritik am Wohnungswesen (Barker 2004) 2007 zu der Idee des ‚*planning gain supplements*‘ führte; diese wurde aufgrund der Widerstände von Grundeigentümer_innen schon im Vorfeld gar nicht erst implementiert. Rachele Alterman (2012: 767 f.) zeigt in ihrem Handbuchartikel, dass weltweit nur drei Länder Erfahrung haben mit der direkten Besteuerung des Planungsmehrwerts: in der Vergangenheit Großbritannien sowie gegenwärtig Polen und Israel[5]. Das ist erstaunlich, bedeutet es doch, dass Planer_innen weltweit für eine Abschöpfung des Planungsmehrwerts gezwungen sind, jedes neue Bauprojekt individuell mit dem Investor auszuhandeln, wenn durch die Schaffung von Planungsrecht ein Gewinn aus dem Bodenwertzuwachs für die öffentliche Hand erwachsen soll. Damit eine Abschöpfung des Planungszuwachses überhaupt erfolgen kann, sind projektgebundene Verhandlungen zwischen der öffentlichen und privaten Hand und eine notgedrungene Flexibilität der Planung also tief in den städtischen Wachstumspolitiken verwurzelt.

Trotz politischer Schwierigkeiten bei der Implementierung verfügt eine große Mehrzahl der Länder weltweit über Gesetze zur Regulation von Bodennutzung und -entwicklungen (Altermann 2012: 760), welche soziale Verpflichtungen für die Grundbesitzer_innen einschließen (d. h. in Form von Regularien oder Besteuerung). Heutige Planungsdebatten sind daher vorwiegend auf den *Umfang* dieser Regularien fokussiert (d. h. das Ausmaß einer möglichen Intervention durch die Politik), und nicht auf die fundamentale Frage, ob Regulierungen überhaupt eingreifen sollten. Die Debatten zum ‚Planungsmehrwert‘ konzentrieren sich darauf, *wie viel* Planungsmehrwert von den lokalen Behörden abgeschöpft werden soll, *wann* der Wert abgeschöpft werden kann (Barker 2004), *wie* der Ausgleich der Allgemeinheit

zu Gute kommt (Crook/Whitehead 2002) und warum der Prozess *standardisiert* und *transparent* gehalten werden soll (Fox-Rogers/Murphy 2015).

4. ‚Politisch‘ und ‚postpolitisch‘: Wie tragfähig sind die Begriffe?

Gegenwärtige neoliberale Stadtpolitiken werden häufig als postpolitisch beschrieben, das heißt: ihnen wird die Abwesenheit des Politischen attestiert. Das Austragen von Konflikten würde verdrängt durch einen technokratisch geprägten Konsens, der einer geschlossenen Wachstumsagenda zugutekommt (Allmendinger/Haughton 2012: 91). Zeitdiagnostisch wird die Situation oftmals als ausweg- und alternativlos beschrieben, da Kapitalismus als unumgängliche Realität akzeptiert sei. Ernsthaftige Alternativen würden nicht mehr erwogen oder debattiert. Zudem sei der Klassenkonflikt befriedet und einer ‚neuen Politik‘ gewichen, welche persönliche Identitäten der Menschen reflektiere, die zunehmend wandelbar seien und sich überlappten. Anstelle einer Streitkultur um das Grundsätzliche werde die Konsensfindung mittels einer abwägenden Demokratie als Heilmittel für den Umgang mit sämtlichen Konflikten angesehen (McClymont 2011: 7, Swyngedouw 2011: 372).

Im Kontext der Planungspraxis zeigt sich für Vertreter_innen des postpolitischen Standpunktes die Konsensfixierung (und dadurch Konfliktvermeidung) der Planungsakteur_innen unter anderem im ‚*communicative turn*‘, in dessen Rahmen Beteiligung und Konsultation der Öffentlichkeit dominant im planerischen Diskurs sind (Mackrodt/Helbrecht 2013). Folglich sei „kollaboratives Planen“ heute ein gängiges Konzept, das darauf abziele, unterschiedliche Ansichten und Stimmen konsensual zu bündeln, um durch Kompromisse gemeinsame Lösungen herzustellen (McClymont 2011: 25). Allerdings kann diese ‚gemeinsame Lösung‘ in der Folge tatsächlich unzumutbare Kompromisse für bestimmte Akteur_innen oder soziale Gruppen hervorrufen. Im Ergebnis – so wird kritisch argumentiert – komme der vermeintliche ‚Konsens‘ oftmals einer Dominanz mächtiger Stimmen gleich. Streitkultur, Auseinandersetzung und fundamentaler Widerspruch beziehungsweise Widerstand würden oftmals ignoriert oder abgelehnt, weil sie als potenziell schädigend für den kollaborativen Prozess gelten.

Ranciere (2001), Mouffe (2005) und Žižek (2012) sind drei Analytiker_innen der postpolitischen Situation, die mit Scharfsinn die negativen Folgen der Kultivierung des Konsenses in der (städtischen) Politik kritisieren. Auf unterschiedlichen gedanklichen Pfaden versuchen die Autor_innen neue Handlungsspielräume zu öffnen und zu zeigen, dass es stets Exkludiertes gebe, welches die Basis für Auseinandersetzungen bietet. Oder, um es mit Chantal Mouffes Worten zu sagen: Es gibt immer etwas, das einen Agonismus oder eine agonistische Debatte vorstellbar macht (Mouffe 2013: 9).

In jüngster Zeit ist jedoch diese radikale Sicht auf das Politische kritisiert worden. Denn die postpolitische Perspektive basiert darauf, dass sie in rein binärer Logik zwischen Politik und Postpolitik unterscheidet. Sie kennt also nur zwei Zustände, ein klares entweder/oder, und übersieht darüber die Grautöne und Ambivalenzen, die oftmals in der Planungspraxis vorherrschen. Darüber hinaus setzt sie den Standard für das, was allein als ‚politisch‘ gilt, so hoch, dass viele soziale Proteste und Bewegungen, viele kritische

Auseinandersetzungen mit städtischen Politiken vor Ort etc. gar nicht als politische Handlungen gelten im Sinne der pauschalisierenden Binarität von politisch und postpolitisch. Eindringlich haben jüngst Ross Beveridge und Philippe Koch eine fundamentale Kritik an der monolithischen, binär argumentierenden und zu Teilen wirklichkeitsfremden Position der postpolitischen Vertreter_innen zum Ausdruck gebracht (Beveridge/Koch 2017). Darin betonen sie zugleich, dass die Idee des Postpolitischen durchaus interessant und relevant sei für eine Analyse der Gegenwart. Sie dürfe aber nicht als theoretische Voreinstellung wirken, sondern müsse selbst stets einer empirischen Überprüfung gegenüber offen sein.

Uns auf diese Literaturdebatte stützend begreifen wir die Frage nach dem politischen beziehungsweise postpolitischen Charakter gegenwärtiger Planungspraktiken als eine empirisch offene. Unter ‚politisch‘ verstehen wir hierbei gesellschaftliche Aushandlungsprozesse unter Bedingungen, die kontrovers, umstritten und potenziell konfliktreich sein können. So formuliert Mouffe in ihrer Konzeptionalisierung des Politischen: „By ‚the political‘, I refer to the dimension of antagonism that is inherent in all human society, antagonism that [...] can take many different forms and can emerge in diverse social relations.“ (Mouffe 1995: 262 f.) Im Falle der städtischen Planungspolitiken sind solche Kontroversen oftmals verankert in Fragen räumlicher Politiken, die Aspekte der Verteilung beziehungsweise Umverteilung von Ressourcen und Belastungen im Stadtraum betreffen. Praktische Beispiele hierfür sind Fragen der Umweltgerechtigkeit (z. B. Lärmbelastung), der bezahlbaren Wohnraumversorgung oder des Zugangs zu öffentlicher Infrastruktur (Verkehr, Bildung u. a.). Mustafa Dikec argumentiert ähnlich, indem er vorschlägt, „following Rancière, that space becomes political in that it becomes the polemical place where a wrong can be addressed and equality can be demonstrated“ (Dikec 2005: 172).

Mit der Analyse der Praktiken um eine Bodenwertzuwachssteuer als ‚politisch‘ werden wir im Folgenden zeigen, dass die Abschöpfung des Planungsmehrwerts im Sinne Mouffes als ‚Dimension des Widerspruchs‘ und Teil eines dynamischen Felds im Kampf um Ressourcen verstanden werden kann. Unser Ziel ist es, herauszuarbeiten, inwieweit städtische Politiken zur Beteiligung der Grundeigentümer_innen an den Folgekosten nicht einfach als eine weitere, gängige Form der allseits verbreiteten Konsenspolitik durch Verhandlung gelten, sondern auch politisch gedeutet werden können, da sie die als ‚natürlich‘ wahrgenommenen (besser: naturalisierten) Rechte beziehungsweise Möglichkeiten von Eigentümer_innen von Grund und Boden zur Gewinnmaximierung deutlich einschränken. In diesem Sinne wird das kapitalistische Wirtschaften eingehegt und auch der Wertzuwachs von Grund und Boden (zumindest) einmalig abgeschöpft – im Gegensatz zur jährlichen Besteuerung von Einkünften aus Lohn und Kapitalanlagen (wie z. B. von Aktiengewinnen), die regelmäßig einkommenssteuerpflichtig sind.

Wir verstehen städtische Planung in diesem Kontext als durchaus politisch, also als Schauplatz für eine Repolitisierung der Bodenregulation und Mittel zur Aufnahme und Beteiligung (auch der Stadtforschung!) an einer Debatte über wirkliche Alternativen. Es gilt, die Abschöpfung des Planungsmehrwerts kritisch zu analysieren im Hinblick auf ihr Potenzial als Hoffungsraum einer erneuerten städtischen Politik – um sich somit der These einer Depolitisierung

nicht von vornherein machtlos auszuliefern. Denn, wie Mark Davidson und Kurt Iveson scharf beobachten, kann eine rein postpolitische Analyse nur allzu leicht selbst politisch zerstörerische Wirkung entfalten.

„Characterizations of the city as ‚post-political‘ may have the perverse effect of *reinforcing*, rather than undermining, the perception that ‚there is no alternative‘ [...]. Labeling cities ‚post-political‘ risks treating depoliticisation as a condition that has been realized, rather than a tendency that has taken hold [...] [which] could serve to further divide the arenas of critical theorization (as pure criticism) and political action.“ (Davidson/Iveson 2015: 546)

Wir bieten eine nuancierte Perspektive an, die die postpolitische Analyse ernst nimmt, ohne in eine analytische wie normative Sackgasse zu geraten. Um dieses Ziel zu erreichen, gehen wir dialektisch vor und analysieren sowohl den postpolitischen als auch repolitizierenden Charakter der Abschöpfung des Planungsmehrwerts.

5. Praktiken der Planungsmehrwertabschöpfung als ‚postpolitisch‘

Politiken zur Bodenwertabschöpfung können als eine Praxis postpolitischen Handelns interpretiert werden. Die internationale Literatur zu Bodenwertzuwachssteuern stützt diese kritische Perspektive teilweise gerade aufgrund der informellen Dynamiken in der Ausführung des Instruments. Die postpolitische Kritik und Einschätzung bezieht sich auf drei Kernaspekte: mangelnde Präzision, Intransparenz und Inkonsistenz der Verfahren.

1. *Mangelnde Präzision*: Der erste Kritikpunkt bezieht sich auf die mangelnde Präzision und Vergleichbarkeit der Abschöpfung des Planungswerts. Es handelt sich hierbei sowohl um eine Kritik an dem Prinzip als auch an der Umsetzung des Instruments. Beispielsweise werden im englischsprachigen Raum diverse Maßnahmen unter dem Oberbegriff ‚*public value capture*‘ subsumiert, so dass der tatsächliche Umfang des Planungsmehrwerts unklar bleibt (Altermann 2012). Im föderalen Deutschland wiederum sind die Bundesländer verantwortlich für die Entwicklung eines eigenen Modells der Planungsmehrwertabschöpfung, was in gänzlich unterschiedlichen Modellen resultiert. Auch innerhalb der Modelle der Stadtstaaten bestehen Divergenzen. Das „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ wurde im August 2014 eingeführt. Es bietet eine gute Fallstudie zu den Aushandlungsmöglichkeiten im Planungssystem, besonders, da es sich noch in der Entwicklung befindet. Obwohl das Berliner Modell seinem Vorgänger, dem Münchner Modell, nachzueifern scheint, ist der rechtliche Rahmen in Berlin bewusst offen formuliert. Statt eines „bindenden Vertrages“ wie in München bietet das Berliner Modell nur eine „Richtlinie“ beziehungsweise einen „Orientierungsrahmen“ (Bratfisch 2015). Somit ergibt sich die Frage, *wie genau* das Instrument durchgeführt wird oder *wie* Grundstücksbewertung stattfindet. Bei der Abschöpfung des Planungsmehrwerts handelt es sich um die Wertdifferenz zwischen einem ‚Eingangswert‘ des Grundstücks vor der Aufstellung eines Bebauungsplans und einem Ausgangswert des Grundstücks

nach Abschluss der Planungsmaßnahmen (Junker 2010: 32). Die Frage nach dem Einfließen von Korrekturen in diese Messungen über die Zeit bleibt offen. Die vielfältigen technischen Feinheiten, die vor Ort je unterschiedlich gehandhabt werden, haben dazu geführt, dass das Instrument als eines der verwirrendsten Gebiete des gegenwärtigen Planungsrechts beschrieben wird (Callies/Grant 1991: 245).

2. *Intransparenz*: Der zweite Kritikpunkt umfasst die intransparenten Verfahren der Planungsmehrwertabschöpfung. Dieses kann als exemplarisch für postpolitisches Handeln interpretiert werden. Das Argument basiert darauf, dass der Prozess vollständig hinter verschlossenen Türen stattfindet (Morrison/Burgess 2014) und die Ergebnisse nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Intransparenz ist auch in der britischen Literatur oftmals ein Kritikpunkt: „Rarely are the full details publicized [...]. There is in practice no formal test of a proportional relationship between the need generated by the development and the sum contributed.“ (Callies/Grant 1991: 244) Da auf diese Weise das Ergebnis der Vereinbarungen von dem Verhandlungsgeschick der Planer_innen abhängt – anstelle eines transparenten, gesetzlich verankerten Steuersatzes zur Planungsmehrwertabschöpfung –, formuliert Kate Barker provokant, dass viele Planer_innen heutzutage das Gefühl haben, dass sie zu ineffizienten Steuereintreibern geworden seien (Baker 2004: 25). Die Tatsache, dass kein einziges Land den Planungsmehrwert transparent, direkt und systematisch in Form einer Steuer abschöpft (Needham/Verhage 2003: 10), weist darauf hin, dass Swyngedouws Darstellung einer postpolitischen Ordnung – eine gegenwärtige Veränderung von authentischer politischer Auseinandersetzung hin zu konsensual-bürokratischer Effizienz – zutreffend sein könnte.

3. *Inkonsistenz*: Der dritte Kritikpunkt betrifft die Inkonsistenz, mit welcher das Planungsinstrument implementiert wird. Er bezieht sich auf den sowohl individuellen wie auch notwendigerweise konsensualen Charakter der Kooperationsvereinbarung zwischen Planer_innen und Baulandentwickler_innen zur Aushandlung städtebaulicher Verträge. Jedoch führt dieser Zwang zur individuellen Verhandlung und zum Konsens bei der Unterzeichnung des Vertrages nicht notwendig zu einer konsistenten Politik in den Kommunen. „Planning gain deals tend to be negotiated individually and opportunistically.“ (Callies/Grant 1991: 244) Gerade britische Forscher_innen argumentieren, dass oftmals nur die Konfliktvermeidung der Planer_innen als kommunale Akteur_innen den Konsens zwischen Baulandentwickler_innen und Kommunen ermöglichen würde (Fox-Rogers/Murphy 2015: 42, Muñoz Gielen 2012: 12). So wird die Tatsache, dass etwa das Berliner Modell die öffentliche Hand ermächtigt, bis zu 50 Prozent des Gewinns der Baulandentwicklung abzuschöpfen, in der Praxis dadurch relativiert, dass dieser Anteil im Einzelfall verhandelt wird (bzw. werden muss). Die Aushandlung der Höhe der Abschöpfung des Planungsmehrwerts von Fall zu Fall kann dazu führen, dass politischer Konsens und Kompromiss alles übertrumpfen. Eine solche Diagnose legt die Vermutung einer reibungslosen, neoliberalen Konsensmaschinerie des Postpolitischen nahe, in der bestimmte mächtige Akteur_innen dominieren.

Das britische System basiert, ebenso wie das deutsche, auf einem informellen System der Beteiligung an den Folgekosten einer Entwicklung, anstelle eines regulierten Besteuerungssystems. Viele Kritiker_innen vertreten deshalb die Position, dass dies sowohl in einer Überforderung der Planungsprofession münde als auch zu unbefriedigenden Ergebnissen führe – also die Abschöpfung des Planungsmehrwerts letztlich zu gering sei (Whitehead 2007: 34). So konnten Morrison und Burgess (2014) zeigen, dass nach der Finanzkrise von 2008 in Großbritannien unter den Bedingungen einer anhaltenden Konjunkturschwäche prinzipiell die Zahl der Verhandlungen zwischen lokalen Behörden und Projektentwicklern zur Planungsmehrwertabschöpfung auf Basis von Section 106[6] deutlich abgenommen hat. Sie verweisen darauf, dass somit eine gewisse Willkür und damit Inkonsistenz bei dem Einsatz des Planungsinstruments herrscht. Das Ausmaß einer Beteiligung der Grundstückseigentümer_innen an der Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum hängt so vom Auftrieb des Marktes ab.

Die Abschöpfung des Planungsmehrwerts ist also abhängig vom Rückenwind der Konjunktur, der Verhandlungsmacht der Planer_innen und einer lokalen/individuellen beziehungsweise fallbezogenen Willkür. Linda Fox-Rogers und Enda Murphy (2015) sind daher skeptisch gegenüber den Planungsmehrwertvereinbarungen. Sie behaupten, dass die Vereinbarungen von politisch Mächtigen strategisch eingesetzt würden, um ihre eigenen Interessen zu fördern: „planning gain must be understood as a mechanism which has been manipulated in ways which essentially work to preserve and enhance, rather than redress, existing power imbalances in the planning system by facilitating large scale transfers of wealth upwards in society“ (Fox-Rogers/ Murphy 2015: 41). Richard Wolff (1999: 111) betont indessen, dass der Planungsmehrwert hoch umstritten sei, weil er auf dem Wohlwollen der Projektentwickler_innen und Planer_innen beruhe. Er führt in seiner qualitativen Studie an, dass es beim Planungsmehrwert in der Praxis um ein „mehr oder weniger offenes Erkaufen von Baubewilligungen geht“, das auch als Bestechungsgeld bezeichnet wird (ebd.). In einer mildereren Analyse streicht er heraus, dass die Variabilität des Vorgehens Manipulationen zumindest ermögliche. Gerade die variable Vorgehensweise werde jedoch auch von einigen lokalen Planungsbehörden effektiv genutzt, um durch das Aushandeln zu Vereinbarungen zu kommen, welche für beide Seiten gut seien. Jedoch zitiert Perry (2014: 104) eine Studie, die zu dem Schluss kommt, dass Planungsvereinbarungen nur in sechs Prozent aller Planungsbevolligungen erreicht werden.

Es gibt also sehr gute Gründe zu argumentieren, dass die Praktiken zur Planungsmehrwertabschöpfung in Großbritannien und Deutschland zum einen konsensuale Kompromissbildung zur Konfliktvermeidung bedeuten und zum anderen möglicherweise in den schlimmsten Auswüchsen der Bürokratie gefangen sind (McClymont 2011: 2). Die postpolitische Perspektive bietet ein wertvolles Kritik- und Analyseinstrument. Dennoch wäre es, so Gareth Millington (2016: 3), ein Fehler, dem Konzept zu *viel* Bedeutung hinsichtlich der Erklärung und Erhaltung der zirkulären Netzwerke der Politik, des Raumes und der Kultur in der heutigen Stadt zuzugestehen. Aus diesem Grund fokussiert der nächste Abschnitt darauf, welche Perspektiven sich eröffnen, wenn Praktiken der Planungsmehrwertabschöpfung in sich als ‚politisch‘ beziehungsweise repolitisiert verstanden werden.

6. Praktiken der Bodenwertzuwachssteuer als ‚politisch‘ beziehungsweise repolitisierend

Inwiefern kann die Abschöpfung des Planungsmehrwerts als „Spaces of Hope“ im Sinne Harveys (2000) gedeutet werden – also als Grundlage für eine progressive, umverteilende Planungspolitik? Können Diskussionsprozesse rund um die Bodenwertzuwachssteuer den dominanten neoliberalen, postpolitischen Diskurs in der Stadtentwicklung herausfordern? Drei Argumente weisen auf die Möglichkeit einer positiven Deutung hin: der staatliche Eingriff in private Profite, die Schaffung von Infrastrukturen und sozialen Einrichtungen sowie soziale Mischung.

1. *Staatlicher Eingriff in private Profite*: Erstens kann die Abschöpfung des Planungsmehrwerts als radikaler staatlicher Eingriff in das private Eigentum an Grund und Boden interpretiert werden – nicht in seine Verfügbarkeit, aber in seine Privatnützigkeit. Das „Münchener Modell der sozialgerechten Bodennutzung“ (SoBoN) bietet eine interessante Fallstudie, um zu ermitteln, wie die graue Literatur in Deutschland Planungsmehrwertabschöpfung als regelgeleiteten Prozess präsentiert. Das Münchener Modell wurde 1994 von der Landeshauptstadt München entwickelt und mit einem bindenden Vertrag formalisiert (Landeshauptstadt München 2017). Es sieht vor, dass ein fixer Anteil von nur 30 Prozent des Planungsmehrwerts beim Grundstücksbesitzer verbleibt, während die übrigen 70 Prozent von der Stadt zur Finanzierung der Infrastruktur abgeschöpft werden[7]. Darüber hinaus müssen 30 Prozent der neu gebauten Wohnungen als Sozialwohnungen errichtet werden (Landeshauptstadt München 2009: 9). Zwei Drittel dieser neu geschaffenen Wohnungen mit Sozialbindung entstehen im Mietwohnungsbau, ein Drittel als Eigentumswohnungen. Hier liegt es nahe zu hinterfragen, welche Zielgruppen genau von diesem Wohnungsbau profitieren. Ohne detaillierte Angaben oder Statistiken zu der Bewohnerschaft der durch SoBoN geschaffenen Sozialwohnungen, die weder von Seiten der Landeshaupt München publiziert noch im Rahmen wissenschaftlicher Studien untersucht wurden, ist es schwer, zu diesem Punkt präzise Aussagen zu treffen. Hier besteht Forschungsbedarf. Es ist zu vermuten, dass sie ein sehr breites Einkommensspektrum ansprechen, bis weit in die Mittelschicht hinein.

Trotz dieser Unklarheit in Bezug auf die genauen Wirkungen auf den Wohnungsmarkt bietet das Münchener Beispiel relativ klare Rahmenbedingungen und deutet so auf ein formalisiertes, reguliertes Verfahren zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts hin, das zudem vom Stadtparlament am 23.03.1994 erlassen wurde. Analysiert man die Politik im Detail, wird deutlich, dass der Prozentsatz des Planungsmehrwerts, der vom lokalen Staat abgeschöpft wird, einen signifikanten Eingriff in die private Verfügungsmöglichkeit über die Wertsteigerung eines Grundstücks darstellt – und so subjektiv bisweilen auch Deutungsmöglichkeiten einer gefühlten Enteignung für die Grundbesitzer_innen eröffnet. Der festgelegte Prozentsatz kann als sichtbarer Ausdruck des politischen Willens zu einer sozialgerechten Raumplanung verstanden werden, welcher die Frage der Allgemeinwohlorientierung und Umverteilung stellt und eindeutig regelgeleitet beantwortet.

Eine Formalisierung von Verhandlungspraktiken und Festlegung von Verhandlungsergebnissen ist also möglich. Auch in Großbritannien ist ein Trend in diese Richtung zu beobachten. Jüngere Entwicklungen zeigen, dass sich die Mechanismen zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts von freiwilligen lokalen Initiativen, die individuell verhandelt werden, zu einer nationalen Politik mit angeordneten Tarifen entwickelt haben (Planungszuwachsvereinbarungen). Diese Verpflichtung erfährt aufgrund der zunehmenden Knappheit öffentlicher Gelder für Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum immer weitere Verbreitung (Crook et al. 2016: 269). Damit zeigt sich beispielhaft das ‚Politische‘ in Aktion. Die reine Privatnützigkeit des Eigentums an Grund und Boden wird partiell in Frage gestellt und ein erheblicher öffentlicher Anteil des Bodenwertzuwachses (ein-)gefordert.

2. Schaffung öffentlicher Infrastrukturen: Zweitens kann die Schaffung von Infrastrukturen und sozialen Einrichtungen als Zeichen der politisierenden Kraft des Planungsinstruments verstanden werden. Die Stadt München präsentiert diesen etablierten Mechanismus in ihrer Selbstdarstellung als Vorbild für andere Städte in Deutschland wie auch international. Sie gibt in ihrer Selbstdarstellung an – andere Quellen stehen mangels Forschung hierzu nicht zur Verfügung –, dass zwischen 1994 und Dezember 2016 insgesamt 1.415 Hektar Bauland nach dem Prinzip der sozial gerechten Bodennutzung (SoBoN) neu erschlossen und 50.170 neue Wohnungen errichtet wurden, von denen 13.950 öffentlich gefördert sind (Staubinger 2013; Landeshauptstadt München 2017). Im gleichen Zeitraum sind insgesamt über 15.000 Kita- und Schulplätze finanziert worden; circa 600 Millionen Euro sind vom privaten Sektor für die Errichtung von Verkehrs- und Grünflächen sowie Planungskosten übernommen worden und etwa 3 Millionen Quadratmeter Grundstücksflächen zur öffentlichen Nutzung unentgeltlich abgetreten worden.

Diese relativ hohen Erfolgszahlen wirken zunächst beeindruckend. Aber auch hier ist ein kritischer Blick nötig. Axel Markwardt, Kommunalreferent der Stadt München, erklärt im Rahmen einer Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus mit Bezug auf den Umfang der Verpflichtungen: „[Es] ist natürlich auch im Konsens mit der Münchener Bauwirtschaft festgelegt worden, denn wir täten uns sehr schwer, gegen die Münchener Bauwirtschaft solche Spielregeln in die Welt zu setzen“ (Abgeordnetenhaus Berlin 2013: 12). In diesem Satz wird deutlich, wie sehr Interessen der Bauwirtschaft berücksichtigt wurden und wie stark deren Macht innerhalb der staatlichen Planungsregularien verankert ist. Es zeigt sich, dass das Instrument in einem komplexen politischen Feld verortet ist, in dem die ökonomischen Interessen schon auf die Produktion des Instruments selbst einen großen Einfluss ausüben. Dies kann einerseits als Schwäche der staatlichen Akteur_innen analysiert werden, die hauptsächlich einen Konsens anstreben, andererseits auch als Stärke der Planer_innen, in diesem Kontext überhaupt eine solche (Eingriffs-)Regelung erwirken zu können.

Während es kaum wissenschaftliche Literatur gibt, die solche Zahlen wie auch tiefergehende sozialräumliche Effekte der Beteiligung der Grundeigentümer_innen an den Folgekosten evaluiert, feiert die graue Literatur das quantitative Ergebnis der SoBoN in München als Indiz eines rationalen und gerechten Wesens der bestehenden Planungspraxis. Tatsächlich, so

kann man argumentieren, ist es beeindruckend, wie es der Landeshauptstadt München seit 1994 kontinuierlich gelingt, grundlegend in die Privatnützigkeit der Eigentumsrechte privater Grundbesitzer_innen einzugreifen und eine Abschöpfungsquote des Planungsmehrwerts von 70 Prozent festzulegen (und zu erreichen). Wir deuten diesen in München praktizierten Eingriff in den Bodenmarkt explizit als eine Politisierung der Planungspraxis in Richtung einer Allgemeinwohlorientierung. Dies geschieht auf Grundlage eines agonistischen Impetus zur Beschneidung der Profitrate privater Grundbesitzer_innen beziehungsweise einer Durchsetzung der sozialen Verpflichtung von Eigentum.

3. *Soziale Mischung*: Drittens ist das Erreichen einer kleinräumigen sozialen Mischung als anerkanntes – wenn auch wissenschaftlich keineswegs unumstrittenes (Bridge et al. 2012, Blokland 2017) – planerisches Ziel der Planungsmehrwertabschöpfung ein wichtiger Aspekt innerhalb des Arguments für eine (re-)politisierende Planung. In England ist die Mobilisierung von privatem Kapital für Wohnraum ein kontrovers diskutiertes Thema, insbesondere seit der neoliberalen Privatisierungswelle des Sozialwohnungsbaus in der Thatcher-Ära ab den 1970er Jahren bis in die New-Labour-Politik der 2000er hinein (Hodkinson 2011: 912). Deshalb wird im englischen Diskurs weniger über den Erhalt oder die Förderung des sozialen Wohnungsbaus (*council housing*) diskutiert als über ‚bezahlbare‘ Mieten und Wohnungen generell. Trotz oder auch gerade *wegen* dieses Prozesses der Transformation des sozialen Wohnungsbaus wirft ein Großteil der britischen Literatur ein positives Licht auf die Bereitstellung von Sozialwohnungen beziehungsweise bezahlbarem Wohnraum durch privates Kapital mittels des Planungswertzuwachses (*planning gain*) (Brownhill et al. 2015: 4). Gerade vonseiten städtischer Aktivist_innen gibt es jedoch durchaus kritische Stimmen, die darauf hinweisen, dass S106 eher als Deckmantel für Regeneration genutzt werde, als wirklich zum Ziel zu haben, der Wohnungskrise entgegenzutreten[8]. Planungsregelungen würden intransparent gehandelt und nicht durchgesetzt, sodass Entwickler_innen nun Profite genießen, die sogar höher sein können als noch vor der Krise 2008 – eine Dynamik die, laut dem Journalisten Oliver Wainwright, wenig überraschend ist: „None of this should come as a surprise [...] [given] London’s regenerative steamroller, which continues to crush council estates and replace them with less and less affordable housing.“ (Wainwright 2015)

Eine zentrale Besonderheit der Planungsmehrwertabschöpfung als Instrument besteht in dem dezidiert sozialräumlichen Ansatz. Durch die Projektbezogenheit des Instruments trägt es in den Kommunen zur Produktion von sozial gemischten Quartieren bei, in denen Bevölkerungsgruppen unterschiedlichen sozialen Status quasi Tür an Tür wohnen. Essenziell ist hier das Verständnis von ‚nebeneinander‘. In der sogenannten ‚Poor-Door‘-Debatte machen Studien deutlich, dass, auch wenn ein Anteil von Sozialwohnungen in ein hochpreisiges Gebäude integriert wird – etwa durch das nationale S106-Gesetz oder das Münchner Instrument SoBoN –, oftmals ein separater Eingang oder sogar ein abgetrenntes Treppenhaus für die verschiedenen Anwohnergruppen den direkten sozialen Kontakt einschränkt und letztlich zu sozialräumlicher Segregation führt (für eine detaillierte

Diskussion siehe Meubrink 2016). Jedoch bleibt auch hier, angelehnt an Harveys Aufforderung an die Linke, pragmatischer zu sein, die Frage: Was ist innerhalb des bestehenden Planungssystems eine greifbare Alternative?

Austin et al. (2014) demonstrieren, dass S106 in Großbritannien in der Herstellung von bezahlbarem Wohnraum zunehmend effektiv ist, was vor allem während der Wachstumsjahre der frühen 2000er galt: 2006/2007 war S106 verantwortlich für 65 Prozent aller neu geschaffenen ‚bezahlbaren‘ Wohnungen. In Bezug auf London gibt es hingegen eine verbreitete öffentliche Diskussion, die kritisch argumentiert und den als ‚bezahlbar‘ oder ‚erschwinglich‘ definierten Wohnraum (Department for Communities and Local Government 2012) immer noch als unbezahlbar für viele charakterisiert. Gerade am Beispiel von London oder München als Städten mit hochpreisigen Immobilienmärkten wird deutlich, wie relativ der Begriff ‚bezahlbarer‘ Wohnraum ist: „[T]he term ‚affordable housing‘ is used in such a wide variety of ways by those people in positions of power in relation to housing provision, such as politicians, property developers and planners, that it means just what they want it to mean“ (Watt 2011: 3). Obwohl dieses Urteil aufzeigt, dass nicht hauptsächlich die Schwächsten der Gesellschaft von S106 profitieren, sondern vielmehr diejenigen mit mittlerem Einkommen, wird das britische System, insbesondere im internationalen Vergleich, als progressiv dargestellt (Whitehead 2007) und auf eine politische Agenda hingewiesen, die die Bereitstellung von Wohnraum dezidiert als öffentliche, politische und planerische Aufgabe betrachtet.

Der Deutsche Städtetag (2013: 16) zieht eine direkte Verbindung zwischen einer Abschöpfung des Planungsmehrwerts, sozialem Wohnungsbau und dem Herstellen der sozialen Mischung. Auch wenn räumliche Nähe nicht unbedingt soziale Nähe bedeutet und sozial gemischte Quartiere segmentierte Lebenswelten enthalten (Blokland et al. 2016, Blokland 2017), lautet die Behauptung doch, dass sozialgerechte Bodennutzung eines aus einer Palette von Instrumenten ist, um sozialen Zusammenhalt kleinräumig zu ermöglichen, wenn nicht zu fördern. Obwohl es keine empirische Forschung gibt, um diesen Ansatz valide zu belegen, weisen die knapp 11.000 öffentlich geförderten Wohnungen, die in München durch SoBoN entstanden, auf das Potential für projektbezogene, kleinräumige soziale Mischung auf Blockebene durch die Abschöpfung des Planungsmehrwerts hin.

7. Was tun? Ein Ansatz für die derzeitige Wohnungsfrage

Raumplanungsprozesse sind heute mehr denn je Orte sozialer Aushandlung, in denen zu Teilen fundamentale Fragen der Sozialpflichtigkeit von Eigentum und sozialräumliche Gerechtigkeit verhandelt werden. In diesem Beitrag haben wir gezeigt, dass die Abschöpfung des Planungsmehrwerts am Beispiel Deutschlands und Großbritanniens in diesem Kontext sowohl als postpolitische wie auch als politische (bzw. repolitizierende) Praxis gedeutet werden kann. Das planungspraktische Instrument selbst (die Abschöpfung des Planungsmehrwerts) wird erst durch soziale Auseinandersetzungen vor Ort in den einzelnen Kommunen wie beispielsweise München oder Berlin lokalspezifisch ausgehandelt und produziert.

Bei diesen Aushandlungen müssen Konflikte innerhalb des Planungsprozesses bearbeitet werden, diese werden aber zu Teilen „vorsichtig

choreographiert“ (Allmendinger/Haughton 2012: 89). Zieht man den historischen Kontext der rigorosen Landnutzungsdebatten und die fünf konkreten, gescheiterten Versuche in Großbritannien seit 1909 heran, eine Bodenwertzuwachssteuer einzuführen (Bill 2013: 4), scheint die Interpretation einer ‚vorsichtig choreographierten‘ Planungspraxis, die sensibel darauf angelegt ist, Konflikte mit Investor_innen und Landbesitzer_innen konsensorientiert zu lösen, gewiss plausibel. Es wäre falsch zu leugnen, dass es ein zentrales Ziel der Planungspolitik zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts ist, eine Einigung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteur_innen zu erreichen.

Trotzdem ist die bestehende Planungspraxis auch ein Hoffungsraum im Sinne von David Harveys ‚spaces of hope‘, in dem Politik, Konflikt und Dissens weiterhin vorzufinden sind – insbesondere, wenn man bedenkt, dass, wie im Falle Münchens, der Großteil des Bodenwertzuwachses (70 Prozent) für gesellschaftliche, gemeinwohlorientierte Zwecke abgeschöpft wird und auf vom Stadtparlament, also demokratisch festgelegten, Prozentsätzen basiert. Das Instrument der Planungsmehrwertabschöpfung funktioniert nur innerhalb – und mit – ökonomischen Wachstumszyklen, indem es vorhandene Profite privater Grundstücksbesitzer_innen druckvoll beschneidet. Es ist keine revolutionäre Lösung der Wohnungsfrage im Sinne Friedrich Engels‘. Jedoch kann die Planungsmehrwertabschöpfung als ein wertvolles Instrument heutiger Planung gelten, das angesichts der neuen Wohnungsfrage in Städten hilft, in dynamischen Wohnungsmärkten im Neubausegment bezahlbaren Wohnraum im Kontext der Preisspirale zu sichern.

Darüber hinaus bietet das Instrument sowohl einen Ansatzpunkt, um Dynamiken der Bodenpreisentwicklung kritisch zu reflektieren als auch dafür, einen gezielten Fokus auf die soziale Verpflichtung des Eigentums von Grund und Boden zu legen. Wenn es in Zeiten zunehmend internationaler Immobilienspekulation gelingt, in immer mehr Städten (in Deutschland) das Instrument der Abschöpfung des Planungsmehrwerts zu etablieren, verweist das auf eine wachsende Infragestellung der Selbstverständlichkeit, mit der Grundstücksbesitzer_innen die reine Privatnützigkeit ihres Eigentums reklamieren. Privater Grundbesitz wird heute (wieder) dazu verpflichtet, mehr zur öffentlichen Entwicklung beizutragen – dies bezeichnen wir als Repolitisierung.

Insgesamt betrachtet, befinden wir uns in einer von Hybridität und Ambivalenzen geprägten Situation. Deshalb, so argumentieren wir, wird ein rein binäres Verständnis des Politischen und des Postpolitischen, wonach ein Pol den anderen ausschließt, der aktuellen Planungspraxis nicht gerecht. Vielmehr sind Tendenzen der Depolitisierung beziehungsweise des Postpolitischen ebenso zu beobachten wie auch Tendenzen der Repolitisierung und damit des Politischen. Folglich muss die Stadtforschung einen neuen konzeptionellen Analyserahmen entwickeln, der die wissenschaftliche Fähigkeit befördert, die Komplexität gegenwärtiger Planungspraktiken präzise zu beschreiben und gerade das relationale Verhältnis von privatem Eigentum und öffentlichem Planungsrecht, von Profit und Planungsmehrwert, von formalisierten Prozessen und informellen Verhandlungen besser zu verstehen.

Denn es hilft wenig, sich mit Eric Swyngedouw in eine konzeptionelle Ecke der Tatenlosigkeit zu setzen und einen vermeintlich alles überbordenden, postpolitischen Zustand rein akademisch zu beklagen. Eine monolithische, postpolitische Analyse wirkt so nur als postpolitische Falle, also als

„post-political trap“ (Beveridge/Koch 2017: 31). Dies vor allem, weil sie, statt weitere Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, im theoretischen (Vor-) Urteil nur pauschal jede praktische Alternative verneint.

In dieser Situation bietet David Harvey einen interessanten, alternativen Analyserahmen. Die Veränderung seines eigenen theoretischen Standpunkts im Laufe der Zeit erinnert uns an die Verantwortung wissenschaftlichen Arbeitens dafür, einen gewissen Optimismus zu erhalten (Harvey 2015: 280). In David Harveys eigener Auslegung ist es auch die Rolle der Wissenschaft, ‚Räume der Hoffnung‘ zumindest diskursiv zu nähren (Harvey 2000). Auch Žižek zeigt auf, wie wichtig es ist, dass kritische Theorie konstruktiv gesellschaftliche Praxis ermutigt – beziehungsweise wie entmutigend die postpolitische Analyse wirkt und so in ihrer politischen Bedeutung versagt (Žižek 2012: 107, zitiert nach Davidson/Iveson 2015: 546).

Es kommt (uns) also darauf an, eine theoretische Position zu entwickeln, die auch praktisch fruchtbar ist. Denn gerade die alte und neue Wohnungsfrage zwingt zu einem politischen Pragmatismus: „We seem to be going round in circles, pushing up against the same limits time and time again [...]. [A]ny alternatives seem desirable and worth pursuing in the here and now, regardless of their impact on capitalist social relations.“ (Hodkinson 2012: 435 f.) Diese Einladung, Alternativen nachzugehen und konkrete Projekte zu verfolgen schwingt auch in Peter Marcuses Aufruf, „to tighten the noose around one sector at a time“ (2012: 39). Politischer Wandel wird möglich, wenn wir uns pragmatische und handhabbare Wege zu gehen erlauben. In diesem Sinne kann die Abschöpfung des Planungsmehrwerts angesichts der neuen Wohnungsfrage und zunehmender Segregation in den Städten als ein Raum der Hoffnung gesehen werden. Die Planungspraxis hat das Potenzial, die Frage des Eigentums von Grund und Boden und seine Privatnützigkeit wieder zu politisieren, indem sie um die Abschöpfung des Planungsmehrwerts mit privaten Grundstücksbesitzer_innen ringt und sich Stadtparlamente klare Regeln der Verhandlung geben.

Nur mit einer dialektischen theoretischen Analyse, welche die Gleichzeitigkeit von Politischem und Postpolitischem, die Parallelität formeller und informeller (Verhandlungs-)Prozesse und das simultane Wirken vom Schutz der Eigentumsrechte sowie dem Angriff der öffentlichen Hand auf den privaten Profit erfasst, können wir aktuelle Planungspraktiken konzeptionell begreifen und praktisch einen gesellschaftlichen Wandel für mehr soziale Mischung, mehr Inklusion und räumliche Gerechtigkeit ermutigen.

In diesem Beitrag konnten wir bisher nur auf Literaturanalysen zurückgreifen. Empirische Studien zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts im deutschsprachigen und internationalen Raum existieren kaum. Bisher liegen vor allem Selbstbeschreibungen der kommunalen Praxis in Form von grauer Literatur vor. In den existierenden Berichten fehlt daher eine systematische Untersuchung der Strategien, Mechanismen, Akteur_innen und Netzwerke, um tiefergehend die Verhandlungsdynamiken der Planungsmehrwertabschöpfung zu verstehen. Auch die sozialräumlichen Folgen dieser Planungspraktiken in den Städten sind bisher kaum untersucht.

Betrachtet man das große Desiderat an empirischer Forschung zu diesem Thema und die hohe praktische Notwendigkeit, Lösungen für den drängenden wohnungspolitischen Problemkreis in den Städten zu finden, so betrachten wir

unseren Beitrag als Einladung zur gemeinsamen Diskussion. Insbesondere fehlt es an systematischer und vergleichender Forschung (Alterman 2012: 2). Nur mit methodologisch versierten Studien wird es gelingen, eine solide wissenschaftliche Basis für eine umfassende Analyse zu legen und eine darauf basierende Weiterentwicklung innovativer Lösungen zur Wohnungsfrage zu entwickeln. Deshalb sind gründliche empirische Untersuchungen erforderlich, um die von uns postulierte Dialektik von Politischem und Post-Politischem besser zu verstehen und so in der Folge diskursiv und praktisch weitere Räume der Hoffnung zu öffnen. Denn es ist die Aufgabe der Stadtforschung, urbane Räume nicht nur zu verstehen, sondern durch die eigene Analyse dazu beizutragen, hoffnungsvolle Perspektiven für deren Entwicklung zu ermöglichen.

Endnoten

- [1] Obwohl die Finanzkrise ihren Ursprung in der Spekulation mit Immobilien hat – oder genauer, die Finanzkrise Ausdruck eines fortlaufenden Zyklus der Investition von Überschüssen in Urbanisierung ist –, hat sie in der Folgezeit dazu geführt, dass nach 2008 signifikante Investitionen wieder in Immobilienwerte geflossen sind, „als Ort um Geld zu lagern“ (Harvey 2016). Unsere Debatte verortet sich innerhalb dieser Dynamiken zwischen dem primären und sekundären Kapitalkreislauf, durch die eine Krise des bezahlbaren Wohnraums entsteht.
- [2] Unser Fokus bezieht Strategien der Dekommodifikation nicht mit ein (z. B. Gemeinnützigkeit, kommunaler Wohnungsbau oder Wohnen als soziale Infrastruktur). Über die Dekommodifizierung des Wohnungsbaus im amerikanischen Kontext schreiben z. B. Achtenberg/Marcuse (1986) und DeFilippis (2004) mit Bezug auf Limited Equity Housing Cooperatives, Community Land Trusts und Mutual Housing Associations.
- [3] In Übersetzung 2013 für die Ausgabe „Die postpolitische Stadt?“ (Bd. 1, Heft 2) in dieser Zeitschrift erschienen.
- [4] Die Frage ‚Was tun?‘ impliziert eine ganz bestimmte politische Bedeutung, da sie sich auf das politische Hauptwerk des russischen Revolutionärs Vladimir Lenin von 1902 bezieht.
- [5] In ihrer Studie untersucht Rachelle Altermann (2012: 767) folgende dreizehn ökonomisch fortgeschrittene Nationalökonomien, die 2010 insgesamt 40 Prozent der OECD-Mitglieder darstellen: Australien, Österreich, Kanada, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Israel, Niederlande, Polen, Schweden, Großbritannien, USA.
- [6] Section 106 (S106) des Town and Country Planning Act 1990 (oftmals als ‚*planning gain*‘ beschrieben) erlaubt es der lokalen Planungsbehörde (*local planning authority*), einen rechtlichen Planungsvertrag mit einem Bauunternehmer einzugehen. So sind S106-Vereinbarungen ein zentrales Instrument, um gesetzliche Auflagen für Baulandentwickler zu schaffen, die – ähnlich wie bei der Abschöpfung des Planungsmehrwerts in Deutschland – zum Beispiel die Schaffung von sozialer oder grüner Infrastruktur für die Nachbarschaft zusätzlich zur privaten Baulandentwicklung vorsehen. Durch das S106-Gesetz muss meist auch ein variabler Prozentsatz ‚erschwinglichen‘ Wohnraums integriert werden und je nach Stadtbezirk festgelegt und ausgehandelt werden.
- [7] Die rechtliche Basis der SoBoN ruht auf den seit 1994 für Gemeinden verfügbaren Regelungen in diversen Bundesgesetzen (Art. 2 § 6 WoBauErlG, Art. 2 Nr. 2 Buchstabe f) InVestErlG, § 11 BauGB).
- [8] Ausführliche Diskussionen zum Thema der Londoner Wohnungskrise und damit verbundenem Aktivismus findet sich in einer Sonderausgabe des Journals CITY zum Thema „analysis of urban trends, culture, theory, policy, action“ (Watt/Minton 2016).

Autor_innen

Die Geographin Ilse Helbrecht beschäftigt sich mit europäischen Wohnungsmärkten, Fragen der Stadtentwicklung und Planungspolitik.
ilse.helbrecht@geo.hu-berlin.de

Francesca Weber-Newth ist Stadtforscherin und Soziologin. Sie beschäftigt sich mit den Themen Wohnen, Kultur und Community Development in der Stadtentwicklung.
francesca.weber-newth@hu-berlin.de

Literatur

- Abgeordnetenhaus Berlin (2013): Wortprotokoll 31. Sitzung, 31. März 2013. <https://www.parlament-berlin.de/ad05/17/Hauptprotokoll/h17-031-wp.pdf> (letzter Zugriff am 29.3.2017).
- Achtenberg, Emily / Marcuse, Peter (1986): The Causes of the Housing Problem. In: Rachel Bratt / Chester Hartman / Ann Meyerson (Hg.), *Critical Perspectives on Housing*. Philadelphia: Temple University Press, 4-12.
- Allmendinger, Phil / Houghton, Graham (2012): Postpolitical spatial planning in England: a crisis of consensus? In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 37/1, 89-103.
- Altermann, Rachelle (2009): Can the ‚unearned increment‘ in land values be harnessed to supply affordable housing? Vortrag der United Nations Human Settlements Programme (UN-HABITAT). http://alterman.web3.technion.ac.il/files/publications/UN_HABITAT.pdf (letzter Zugriff am 9.1.2017).
- Altermann, Rachelle (2012): Land-use regulation and property values: The ‚windfalls capture‘ idea revisited. In: Nancy Brooks / Kierian Donaghy / Gerrit-Jan Knaap (Hg.), *The Oxford Handbook on Urban Economics and Planning*. Oxford: Oxford University Press, 755-786.
- Austin, Patricia M. / Gurram, Nicole / Whitehead, Christine M. E. (2014): Planning and affordable housing in Australia, New Zealand and England: common culture; different mechanisms. In: *Journal of Housing and the Built Environment* 29/3, 455-472.
- Barker, Kate (2004): The political and economic case for a planning gain supplement. In: Peter Bill (Hg.), *Building Sustainable Communities: Capturing Land Development Value for the Public Realm*. London: The Smith Institute, 19-27.
- Behring, Karin / Helbrecht, Ilse (2002): *Wohneigentum in Europa. Ursachen und Rahmenbedingungen unterschiedlicher Eigentumsquoten im Vergleich*. Ludwigsburg: Wüstenrot Stiftung.
- Belina, Bernd (2010): Krise und gebaute Umwelt. Zum Begriff des „sekundären Kapitalkreislaufs“ und zur Zirkulation des fixen Kapitals. In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 21/3, 8-19.
- Beveridge, Ross/ Hüesker, Frank/ Naumann, Matthias (2014): From post-politics to a politics of possibility? Unravelling the privatization of the Berlin Water Company. In: *Geoforum* 51, 66-74.
- Beveridge, Ross/ Koch, Philippe (2017): The post-political trap? Reflections on politics, agency and the city. In: *Urban Studies* 54/1, 31-43.
- Bill, Peter (2013): *Planet Property*. Leicestershire: Troubador Publishing.
- Blokland, Talja (2017): *Community as Urban Practice*. Cambridge (Massachusetts): Polity Press.
- Blokland, Talja / Giustozzi, Carlotta / Krüger, Daniela / Schilling, Hannah (Hg.) (2016): *Creating the Unequal City: The Exclusionary Consequences of Everyday Routines in Berlin*. London/New York: Routledge.
- Bratfisch, Rainer (2015): Städtebauliche Verträge: Mehrwert für die Infrastruktur. *MieterMagazin* 6/15. <http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mmo615/061506a.htm> (letzter Zugriff am 1.3.2017).
- Bridge, Gary / Butler, Tim/ Lees, Loretta (2012): *Mixed Communities. Gentrification by Stealth*. Bristol: Policy Press.

- Brownhill, Sue / Cho, Younha / Keivani, Ramin / Nase, Ilir / Downing, Lesley / Valler, Dave / Whitehouse, Nicholas / Bernstock, Penny (2015): Rethinking planning obligations: Balancing housing numbers and affordability. <https://www.jrf.org.uk/report/rethinking-planning-obligations-balancing-housing-numbers-and-affordability> (letzter Zugriff am 4.12.2015).
- Bundesgesetzblatt (1993): Teil 1, Nr. 16. Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions- und Wohnbaulandgesetz). http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl193io113.pdf%5D#__bgbl__%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl193io113.pdf%27%5D__1470321991449 (letzter Zugriff am 12.1.2016).
- Callies, David L. / Grant, Malcolm (1991): Paying for growth and planning gain: An Anglo-American comparison of development conditions, impact fees and development agreements. In: *The Urban Lawyer* 23/2, 221-248.
- Crook, Anthony / Whitehead, Christine M. E. (2002): Social housing and planning gain: is this an appropriate way of providing affordable housing? In: *Environment and Planning A* 34/7, 1259-1279.
- Crook, Tony / Henneberry, John / Whitehead, Christine (2016): Summary and conclusions. In: Tony Crook / John Henneberry / Christine Whitehead (Hg.), *Planning Gain: Providing Infrastructure & Affordable Housing*. West Sussex: Wiley Blackwell, 269-288.
- Davidson, Mark / Iveson, Kurt (2015): Recovering the politics of the city: From the ‚postpolitical city‘ to a ‚method of equality‘ for critical urban geography. In: *Progress in Human Geography* 39/5, 543-559.
- DeFilippis, James (2004): *Unmaking Goliath: Community Control in the Face of Global Capital*. New York: Routledge.
- Department for Communities and Local Government (2012): Definitions of general housing terms. <https://www.gov.uk/guidance/definitions-of-general-housing-terms#social-and-affordable-housing> (letzter Zugriff am 4.4.2017).
- Deutscher Städtetag (2013): Bekämpfung von Wohnraummangel und steigenden Mieten in den Städten: Positionspapier des Deutschen Städtetags. http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_dst_wohnraummangel_20130423.pdf (letzter Zugriff am 27.1.2017).
- Dikec, Mustafa (2005): Space, politics, and the political. *Environment and Planning D: Society and Space* 23/2, 171-188.
- Engels, Friedrich (1872): Zur Wohnungsfrage. http://www.mlwerke.de/me/me18/me18_209.html (letzter Zugriff am 24.2.2017).
- Ertelt, Greta / Schulz, Carlotta-Elena / Thieme, Georg / Uhlig, Christiane (2016): Die State-Made Rental Gap: Gentrification im sozialen Wohnungsbau. In: Ilse Helbrecht (Hg.), *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien*. Bielefeld: transcript, 107-151.
- Fabian Society (1895): Fabian Tract No. 30. Fabian Municipal Program No. 1. ‚The Unearned Increment‘. <http://webbs.library.lse.ac.uk/50/1/FabianTracts30.pdf> (letzter Zugriff am 12.1.2016).
- Fainstein, Susan (2012): Land value capture and justice. In: Gregory K. Ingram / Yu-Hung Hong (Hg.), *Value Capture and Land Policies*. Cambridge (Massachusetts): Lincoln Institute of Land Policy.
- Fields, Desiree / Uffer, Sabina (2016): The financialisation of rental housing: A comparative analysis of New York City and Berlin. In: *Urban Studies* 53/7, 1486-1502.
- Fox-Rogers, Linda / Murphy, Enda (2015): From brown envelopes to community benefits: The co-option of planning gain agreements under deepening neoliberalism. In: *Geoforum* 67, 41-50.
- Füller, Henning / Michel, Boris (2014): ‚Stop being a tourist!‘ New dynamics of urban tourism in Berlin-Kreuzberg. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/4, 1304-1318.
- Gummer, John (2004): The moral argument against a development levy. In: Peter Bill (Hg.), *Building Sustainable Communities: capturing land development value for the public realm*. London: The Smith Institute, 77-86.
- Harvey, David (2000): *Spaces of Hope*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Harvey, David (2013): *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*. London/New York: Verso.
- Harvey, David (2015): Consolidating Power. <https://roarmag.org/magazine/david-harvey-consolidating-power/> (letzter Zugriff am 5.4.2017).

- Harvey, David (2016): „There is no way you can change the world without changing your ideas.“ <http://www.criticatac.ro/lefeast/david-harvey-interview-2016/> (letzter Zugriff am 28.3.2017).
- Helbrecht, Ilse (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum in der Gentrification. In: *Geographische Zeitschrift* 84/1, 1-15.
- Helbrecht, Ilse (2013): Wohneigentum statt Rente? Demographischer Wandel und Altersvorsorge in acht europäischen Ländern im Vergleich. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H.2, 197-210.
- Helbrecht, Ilse (2016): Gentrification und Verdrängung. In: Ilse Helbrecht (Hg.): *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien*. Bielefeld: transcript, 9-16.
- Hodkinson, Stuart (2011): The private finance initiative in English council housing regeneration: A privatisation too far? In: *Housing Studies* 26/6, 911-932.
- Hodkinson, Stuart (2012): The return of the housing question. *Ephemera: theory & politics in organization* 12/4, 423-444.
- Holm, Andrej (2014): *Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert*. München: Droemer Knauer.
- Holm, Andrej / Schulz, Guido (2016): GentrifMap: ein Messmodell für Gentrification und Verdrängung. In: Ilse Helbrecht (Hg.), *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien*. Bielefeld: transcript, 287-318.
- Junker, Tobias (2010): *Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen einer Abschöpfung planungsbedingter Bodenwertsteigerung durch Gemeinden*. Dissertation, Universität zu Köln.
- Kofner, Stefan (2014): The German housing system: fundamentally resilient? In: *Journal of Housing and the Built Environment* 29/2, 255-275.
- Landeshauptstadt München (2009): *Die Sozialgerechte Bodennutzung. Der Münchner Weg*. <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kommunalreferat/immobilien/sobon.html> (letzter Zugriff am 17.2.2016).
- Landeshauptstadt München (2017): *Sozial gerechte Bodennutzung (SoBoN)*. <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kommunalreferat/immobilien/sobon.html> (letzter Zugriff am 4.4.2017).
- Lees, Loretta / Slater, Tom / Wyly, Elvin (2013): *Gentrification*. London: Routledge.
- Mackrodt, Ulrike / Helbrecht, Ilse (2013): Performative Bürgerbeteiligung als neue Form kooperativer Freiraumplanung. In: *disP. The Planning Review* 49/4, 14-24.
- Marcuse, Peter (2012): Whose right(s) to what city? In: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (Hg.), *Cities for people, not for profit*. London: Routledge.
- McClymont, Katie (2011): Revitalising the political: Development Control and agonism in planning practice. In: *Planning Theory* 10/3, 239-256.
- Meubrink, Yuca (2016): Segregation durch Architektur als Produkt Londoner Wohnungspolitik. In: *Jahrbuch StadtRegion* 9/1, 152-166.
- Millington, Gareth (2016): „I found the truth in Foot Locker“: London 2011, urban culture, and the post-political city. In: *Antipode* 48/3, 1-19.
- Morrison, Nicky / Burgess, Gemma (2014): Inclusionary housing policy in England: The impact of the downturn on the delivery of affordable housing through Section 106. In: *Journal of Housing and the Built Environment* 29/3, 423-438.
- Mouffe, Chantal (1995): Post-Marxism: democracy and identity. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 13/3, 259-265.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*. London: Routledge.
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics: Thinking the World Politically*. London: Verso.
- Muñoz Gielen, Demetrio (2012): Urban governance property rights, land readjustment and public value capturing. In: *European Urban and Regional Studies* 21/1, 1-19.
- Needham, Barrie / Verhage, Roelof (2003): *The politics of land policy: using development gains for public purposes*. Nijmegen: University of Nijmegen. (letzter Zugriff 8.5.2017).
- Perry, John (2014): What should be the gain from Planning gain? In: *Town & Country Planning*, 103-106.
- Ranciere, Jaques (2001): Ten theses on politics. In: *Theory and Event* 5/3. <https://muse.jhu.edu/article/32639> (letzter Zugriff am 7.5.2016).
- Scott, Mike (2015): City planning: A reform Agenda. 3. Value Capture Uplift. In: *Planning News* 41/3, 16-17.

- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin (SenStadtUm) (2015): Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung: Leitlinie für den Abschluss städtebaulicher Verträge im Land Berlin. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/download/vertraege/1_leitlinie.pdf (letzter Zugriff am 13.2.2017).
- Smith, Neil. (2002): New globalism, new urbanism: gentrification as global urban strategy. In: *Antipode* 34/3, 427-450.
- Stadt Halle (Saale) (2016): Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK Halle 2025. https://www.gestalte-mit-halle.de/sites/default/files/gmh_dateien/ISEK_Offenlegung_web_gesamt.pdf (letzter Zugriff am 4.4.2017).
- Straubinger, Tobias (2013): Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) – ein Münchner Weg. https://www.haufe.de/immobilien/wohnungswirtschaft/bezahlbares-wohnen/sozialgerechte-bodennutzung-sobon-ein-muenchner-weg_260_188134.html (letzter Zugriff am 10.5.2016).
- Swyngedouw, Erik (2007): The post-political city. In: Guy Baeten (Hg.), *Urban Politics Now. Re-Imagining Democracy in the Neoliberal City*. Rotterdam: NAi Publishers, 58-76.
- Swyngedouw, Erik (2011): Interrogating post-democratization: reclaiming egalitarian political spaces. In: *Political Geography* 30/7, 370-380.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: *sub \ urban*, 1/2, 141-158.
- Thomas, Wyndham (2004): A review of development land taxes in Britain since 1947. In: Peter Bill (Hg.), *Building Sustainable Communities: Capturing Land Development Value For the Public Realm*. London: The Smith Institute, 7-17.
- Von Einem, Eberhard (2016): Vorwort. In: Eberhard von Einem (Hg.), *Wohnen: Markt in Schieflage – Politik in Not*. Springer Fachmedien Wiesbaden, v-x.
- Wainwright, Oliver (2015): Revealed: how developers exploit flawed planning system to minimise affordable housing. <https://www.theguardian.com/cities/2015/jun/25/london-developers-viability-planning-affordable-social-housing-regeneration-oliver-wainwright> (letzter Zugriff am 8.4.2017).
- Watt, Paul (2011): Vorwort. In: London Tenants Federation (Hg.), *The Affordable Housing Con*, Press Release. <http://www.24dash.com/news/housing/2011-05-09-London-Tenants-Federation-exposes-affordable-housing-con> (letzter Zugriff am 4.4.2017).
- Watt, Paul / Minton, Anna (2016): London's housing crisis and its activists: Introduction. In: *City* 20/2, 204-221.
- Whitehead, Christine M. E. (2007): Planning policies and affordable housing: England as a successful case study? In: *Housing Studies* 22/1, 25-44.
- Wolff, Richard (1999): *Popular Planning in King's Cross, London: Kommunikative Vernunft im Stadtentwicklungsprozess*. Dissertation, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich.
- Žižek, Slavoj (2012): *The Year of Dreaming Dangerously*. London: Verso.

Recovering the Politics of Planning? A German Perspective on the Contemporary Housing Question

Housing policy is controversial and socially relevant in Germany once again. Within the context of rapid urban growth, innovative planning instruments and policies are necessary to tackle the issue of affordable housing. The aim of this contribution is to analyze the preconditions and political implications for one particular German planning instrument, the so-called 'Abschöpfung des Planungsmehrwerts' (often referred to in the UK as 'developer contributions', 'planning gain' or 'creaming off windfall gains'). We argue that the instrument has both potentials and limitations in contributing to a socially-orientated, democratic urban politics. We take an approach that is politically motivated, theoretically and conceptually driven.



Smarte Städte

Digitalisierte urbane Infrastrukturen und ihre Subjekte als Themenfeld kritischer Stadtforschung

Sybille Bauriedl und Anke Strüver

Welche Bedeutung hat eine zunehmend digitale Vernetzung für (europäische) Städte und ihre Bewohner_innen? Die aktuelle kritische „Smart City“-Forschung versucht diese Frage für unterschiedliche Aspekte der Stadtpolitik zu beantworten. Sie betrachtet Smart City als Marketingetikett wettbewerbsorientierter Stadtregierungen, als Dienstleistungsprodukt von IT-Konzernen und als Eingangstor zur deregulierten Vernetzung digitaler Daten. Dieser Beitrag setzt sich systematisch mit der Verwobenheit dieser Aspekte auseinander, mit einem Fokus auf erstens digital vernetzte Infrastrukturen kommunaler Daseinsvorsorge und zweitens auf vernetzte Interaktions- und Kommunikationstechnologien in der Alltagspraxis. Dabei wird die diskursive, die strukturelle und die subjektive Ebene von Optimierungsversprechen, Selbststeuerung und Ermächtigung diskutiert. Diese Betrachtung zeigt Städte als Orte spontaner, ungeplanter und widerständiger Interaktionen, die gleichzeitig an Effizienz-, Kontroll-, Optimierungs- und Wettbewerbsidealen ausgerichtet sind.

Ersteinreichung: 10. März 2016; Veröffentlichung online: 21. Juni 2017
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Digitalisierung urbaner Lebensweisen ist ein globales Phänomen. ‚Smart‘ steht für die Nutzung von Informationstechnologien (IT) zur Optimierung der Ressourcennutzung und zum effizienteren Stadtmanagement. Gleichzeitig hat sich die Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien in der Alltagspraxis rasant entwickelt. Städte und ihre Bewohner_innen sind mittlerweile so hochgradig digital vernetzt, dass dies sowohl die Organisation der städtischen Daseinsvorsorge als auch urbane Interaktions- und Kommunikationsweisen verändert. In diesem Beitrag stellen wir aktuelle Forschungsstränge zur Digitalisierung von Städten und urbaner Praxis dar und leiten Fragestellungen für eine Smart City-Forschung ab, die diese unterschiedlichen Dynamiken in den Blick nimmt.

Der Begriff ‚Smart City‘ wurde von Anbieter_innen digitaler Großtechnologien geprägt. Er hat keine eindeutige Definition, genauso wenig wie ihre Synonyme ‚digitale Stadt‘, ‚intelligente Stadt‘ oder ‚Hightech-Stadt‘; ‚smart‘ wird vielmehr als Selbstzuschreibung oder Zukunftsvision sehr unterschiedlicher Städte verwendet (vgl. Albino/Berardi/Dangelico 2015). Dabei ist der IT-Einsatz für die Organisation städtischer Infrastrukturen und der Daseinsvorsorge nichts Neues. Neu ist jedoch die Ausweitung auf immer

weitere Anwendungsbereiche. Immer mehr Stadtregierungen – sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden – verfolgen das Ziel, aus ihrer Stadt eine Smart City zu machen. Die Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote von IT-Unternehmen sprechen gezielt die Interessen einer unternehmerischen Stadtpolitik an: hohe Lebensqualität für die Stadtbewohner_innen (sauber, sicher, gesund), niedrigschwelliger Zugang zur Stadtverwaltung (E-Governance), effizientes Management der Daseinsvorsorge (Müll, Mobilität) sowie reduzierter Ressourceneinsatz (Strom) und reduzierte Emissionen (motorisierter Verkehr). IT-Unternehmen konzentrieren ihre Aktivitäten gezielt auf Wachstumsmetropolen in Asien, um sie zu Hotspots digitaler Innovationen zu machen. Die chinesische Regierung beispielsweise förderte Smart Cities bis 2015 mit 159 Milliarden US-Dollar und die indische Regierung hat 2014 Investitionen für einhundert Smart Cities in Höhe von 7 Milliarden US-Dollar beschlossen (vgl. Novy 2015; Rauth 2015).[1] Gleichzeitig vermarkten diese Unternehmen ihre IT-Infrastrukturen und Dienstleistungen in Europa, Südamerika und Afrika.

In deutschen Städten lassen sich heute schon fast überall digitale Technologien wahrnehmen, die Teil der Versorgungsstruktur sind. Die Luftqualität, der Verkehrsfluss und die Nutzung öffentlicher Müllbehälter werden mit Sensoren gemessen und die Daten an Kontrollstationen gesendet. Via Smartphone-App werden GPS-Daten der nächsten Fahrrad- oder Car-sharing-Leihstation abgerufen. Die Stadtforschung fragt bisher dennoch kaum nach den sozialen Effekten dieser Digitalisierung städtischen Lebens; die Smart City wird primär als eine Infrastrukturinnovation betrachtet. Relevant für eine kritische Stadtforschung sind jedoch auch Aspekte der politischen und sozialen (Re-)Organisation städtischen Lebens und Regierens. In der deutschsprachigen Humangeographie liegen einzelne Publikationen vor, die sich mit dem Stand der Digitalisierung in Städten beschäftigen (Hatzelhoffer et al. 2012) und den Einsatz von IT-Endgeräten für Versorgung und Kommunikation als „digitale Geographien“ beschreiben (vgl. Boeckler 2014, Thielmann 2014, Verne 2014). Die angloamerikanische Stadtforschung betrachtet die Digitalisierung der Stadt zusätzlich aus hegemonietheoretischer (Hollands 2008, Kitchin 2014, Vanolo 2014) und die Medienwissenschaft aus diskurstheoretischer Perspektive (Reichert 2015).

Wir stellen die aus unserer Sicht zentralen Stränge der Smart City-Forschung in drei Abschnitten dar. Der Abschnitt ‚Be smart!‘ betrachtet die diskursive Ebene der Effizienzsteigerung und Optimierung mittels IT. Der Abschnitt ‚Smart City‘ beschreibt strukturelle Aspekte einer Stadtpolitik, die sich an technologischen Innovationen und an Public-Private-Partnerships des Stadtmanagements ausrichten. Daran anschließend werden unter der Überschrift ‚Smart Self‘ die Subjektebene der Nutzer_innen digitaler Technologien im Alltag und deren Selbststeuerungs- und Ermächtigungspotentiale diskutiert. Diese unterschiedlichen Dimensionen der digitalisierten Stadt führen im letzten Abschnitt zu der Frage, in welchem Verhältnis vernetzte digitale Technologien und urbane Praxis zueinander stehen. Anders ausgedrückt: Was bedeutet es für eine Stadt und ihre Bewohner_innen, ‚smart‘ zu sein? Damit wollen wir einen Ansatz zur kritischen Reflektion sowohl neuer städtischer Imageproduktion als auch der Materialisierung digitaler Innovationen sowie des Gebrauchs digitaler Medien im städtischen Alltag bieten.

2. ‚Be smart!‘: Rhetorik und Materialität digitalisierter Infrastrukturen

Der Begriff ‚smart‘ als Bezeichnung permanenter digitaler Vernetzung und Innovation hat sich innerhalb kürzester Zeit verbreitet. In der digitalisierten Welt ist alles ‚smart‘ geworden, und das betrifft nicht nur technische Geräte oder die Infrastrukturen selbst: Auch deren Nutzer_innen werden ‚smart‘, und ebenso die Städte, in denen digitale Netzwerke und Dienstleistungen installiert werden. Die materiell-technologischen, sozialen und rhetorischen Komponenten dieser ‚*smartness*‘ sind jedoch nicht immer deckungsgleich: Mal ist die Nutzung erneuerbarer Energie-Technologien gemeint, mal sind es komplexe Informations- und Kommunikationsnetzwerke, mal die Internetverbindung zwischen Bürger_innen und Kommunalverwaltung.

Die Ausrufung von ‚*smartness*‘ geschieht unabhängig vom Umsetzungsgrad der Digitalisierung und ist primär eine Willensbekundung oder ein Selbstverständnis lokaler Politik. Der Startpunkt auf dem Pfad zu einer Smart City beginnt mit der Selbstverpflichtung einer Stadtregierung eine Smart City sein zu wollen. Diese Selbstverpflichtung ist in der Regel mit der Unterzeichnung von Vorverträgen mit einem der global agierenden IT-Unternehmen und mit der Nutzung von digitalisiertem Infrastrukturmanagement (Hollands 2008) verbunden. Die Smart City lässt sich rhetorisch einfügen in die aktuell dominierenden Leitbilder der europäischen und nordamerikanischen Großstädte. Diese postindustriellen Städte wollen grüne Metropolen sein für sogenannte kreative Unternehmen und deren Angestellte.

Der Smart City-Diskurs ist gekoppelt an einen Umweltdiskurs. Das Argument eines reduzierten Ressourcenverbrauchs durch eine effiziente Infrastrukturnutzung ist ein wichtiges Element der Marketingstrategien von IT-Unternehmen. Hierfür bieten sie eine automatisierte Anpassung der Straßenverkehrssteuerung an Zeitrhythmen der Stadt an (Verkehrssysteme, Parkraumlenkung etc.) oder Informationssysteme, die Energieversorgungsunternehmen und Energiekonsument_innen miteinander verbinden („*smart grids*“ etc.). Die digitale Konnektivität einer Smart City und die Möglichkeit, urbane Infrastrukturen bis hinein in die Haushalte zu regulieren, wird zum Charakteristikum einer ‚grünen Stadt‘. Von einer potentiellen Ressourcen- und Energieeinsparung wird hierbei auf eine absolute Einsparung durch die Anwendung der bereitgestellten Informationen geschlossen. Dabei wird einerseits von einem Nutzer_innenverhalten ausgegangen, das auf Zeit- oder Kostenersparnis mit positiven Umweltnebenwirkungen zielt, und andererseits vernachlässigt, dass Effizienzsteigerungen in vielen Fällen zu Nachfragesteigerungen und damit zu Rebound-Effekten für den Umweltschutz führen (Santarius 2014).

Während die notwendigen Technologien sogenannter intelligenter Stromnetze (digitale Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugung, Speicherung, Übertragung, Versorgung) in deutschen Kleinstädten und Modellstadtteilen bereits implementiert werden, stehen die Analysen zu Materialflüssen noch aus. Dass durch Informationstechnologien ein Dematerialisierungsversprechen eingelöst werden kann, lässt sich bisher nicht belegen. Automation und verbesserte zeitliche Koordination sollen einerseits den Ressourcenbedarf und den nicht wiederverwertbaren Abfall einer Smart City

reduzieren oder gar eliminieren; andererseits haben elektronische Technologien selbst einen hohen Ressourcenbedarf bei ihrer Herstellung, ihrem Einsatz und ihrer Entsorgung (vgl. Gabrys 2014: 40).

Technologiebasierte Umweltschutzstrategien haben zu einer neuen Welle von Smart City-Projekten geführt, die sensorbasierte Messungen von Umweltfaktoren (z. B. Luftqualitätsmessung) vornehmen. Städte haben eine digitale Haut bekommen. Rabari und Storper bezeichnen die zunehmende Ausstattung von Städten und Haushalten mit Sensoren und überall verfügbaren mobilen Kommunikationstechnologien, die sowohl gezielte Kommunikation als auch automatisiert Nutzerdaten übertragen, als „digital skin of cities“ (Rabari/Storper 2015: 27).

Dieser rechnergestützte Urbanismus ist zugleich Voraussetzung und Vision einer smarten und nachhaltigen Stadt. Die Verbreitung von Studien und Konzeptpapieren, die eine umfassende digitale Überwachung und Vernetzung als Bedingung für Nachhaltigkeit und Umweltschutz formulieren, war ein Türöffner für IT-Unternehmen in den Rathäusern und Stadtparlamenten weltweit (vgl. Ciscos Initiative „Connected Urban Development“ seit 2006). Das dabei dominierende funktionalistische Managementverständnis von staatlichen und privaten Akteuren vernachlässigt die Erkenntnis, dass der Einsatz von Luftmessstationen in Großstädten in den letzten Jahrzehnten nicht zu einem veränderten Mobilitätsverhalten der Bewohner_innen oder zur Entwicklung emissionsfreier Motoren geführt hat. Der Beitrag smarter Technologien zum Umweltschutz wird allein mit Bezug auf metrische Umweltziele (quantitativ messbare Kohlenstoffemissionen oder Material- und Energieverbrauch) diskutiert. Die individuellen Motive und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von energieintensiven Produktions- und Lebensweisen stehen nicht zur Diskussion.

Die Energieeffizienz-Richtlinie der Europäischen Union von 2012 (EU-Richtlinie 2006/32/EG) fordert von den Mitgliedsstaaten dennoch, „mindestens 80 Prozent der Verbraucher bis 2020 mit intelligenten Verbrauchserfassungssystemen“ auszustatten – „falls die Einführung intelligenter Zähler positiv bewertet wird“ (EU 2012). Dieser Nachsatz wird im Zuge des derzeit an vielen Orten durchgeführten „Produkt-Rollout der Smart City-Industrie in Zusammenarbeit mit den Kommunen“ oftmals vernachlässigt (Rauth 2015), da gleichzeitig die ‚intelligenten Technologien‘ durch nationale und internationale Förderprogramme finanziell gefördert werden (vgl. Köhler 2015). Die Smart City-Strategie bietet somit einen urbanen Möglichkeitsraum für Unternehmen, die unter dem Label einer ‚Grünen Ökonomie‘ Produkte und Dienstleistungen anbieten, und für Städte, da sie in dieser Strategie Wachstums- und Wettbewerbsvorteile sehen (vgl. Gabrys 2014: 30). In Italien beispielsweise hat der Energiekonzern Enel bereits bei 30 Millionen Kund_innen, das sind 90 Prozent aller Haushalte, intelligente Zähler installiert.

Intelligente Stromzähler (*smart meter*) erfassen, an welchen Haushaltsgeräten zu welcher Tageszeit und in welchem Umfang Strom verbraucht wird. Digital vernetzte und mit Sensoren ausgestattete Beleuchtungs- und Heizsysteme in Wohnungen können die Nutzungsgewohnheiten der Bewohner_innen identifizieren, erlernen und ‚intelligent‘ Licht und Wärme bereitstellen. Dieses haushaltsbezogene Monitoring dringt in den Privatraum ein und

ermöglicht eine ständige Kontrolle des Stromverbrauchs durch die Energieversorger. Es soll über die Praxis des Selbst-Monitorings die Verbraucher_innen motivieren, ihren Stromkonsum zu reduzieren. Sensoren, die der Sicherheit und dem ökologischen Umgang mit Ressourcen dienen, führen in einem vernetzten System zur ständigen Überwachung und zur Selbstdisziplinierung. Die Wohnung wird zum digitalen Panoptikum, das seine Bewohner_innen zur Verhaltensanpassung drängt. Während in europäischen Städten die IT-Nachrüstung aufgrund von Datenschutzbedenken und Anschaffungskosten langsam vorangeht, konnten IT-Unternehmen in einigen asiatischen Neubau-Modellstädten bereits umfangreiche IT-Dienstleistungen installieren. Die gerade fertiggestellte „Fujisawa Sustainable Smart Town“ für rund 3.000 Einwohner_innen im Einzugsgebiet von Osaka wurde von Panasonic konzipiert[2] und ermöglicht es den Bewohner_innen nicht nur ihren eigenen Energieverbrauch zu kontrollieren, sondern auch den ihrer Nachbar_innen. Das soll das Engagement für einen reduzierten ökologischen Fußabdruck fördern. Diese Überwachungstechnologien sprechen eine Buchführungsrationale und einen Wettbewerbsgedanken an, der nicht mit Umweltbewusstsein gleichzusetzen ist. Außerdem lässt diese Form der Umweltüberwachung soziale Kriterien von Umweltgerechtigkeit unberücksichtigt.

3. ‚Smart City‘: Digitalisiertes Management der Stadt

Das Managementversprechen einer Smart City bedient das Ideal eines störungsfreien, planbaren Ablaufs des städtischen Alltags (Laimer 2014: 5). Es wurzelt in der modernistischen Stadtplanung der Mitte des 20. Jahrhunderts, den Städtebauidealen der 1970er Jahre (vgl. Townsend 2013), der unternehmerischen Stadt der 1980er, der neoliberalen Wettbewerbsmetropole seit den 1990er Jahren und der auf Kreativität getrimmten Stadt seit der Jahrtausendwende (vgl. Söderström/Paasche/Klauser 2014, Kitchin 2015). Während die modernistische Stadtplanung die rechnergestützte Verkehrsleitung und Beleuchtungssteuerung einführte, greift mit der unternehmerischen Stadtpolitik die als ‚smart‘ bezeichnete Digitalisierung in alle Ebenen des urbanen Lebens ein. In den auch als ‚Wired Cities‘, ‚Cyber Cities‘, ‚Digital Cities‘ oder ‚Intelligent Cities‘ bezeichneten Räumen reicht diese Digitalisierung von der Messung von Körperfunktionen über die permanente Zugriffsoption auf Haushaltsgeräte bis hin zur Verkehrsmittelwahl oder zum Management städtischer Infrastrukturen. Digitalisierung steht nicht nur für eine Vernetzung von Dingen und Menschen, sondern auch für die Vernetzung digitaler Technologien über Maßstabsebenen hinweg. Dieses skalenübergreifende Digitalisierungsideal hat zwei parallele Treiber: Stadtregierungen wettbewerbsorientierter Wachstumsmetropolen und internationale IT-Unternehmen (vgl. Hollands 2015).

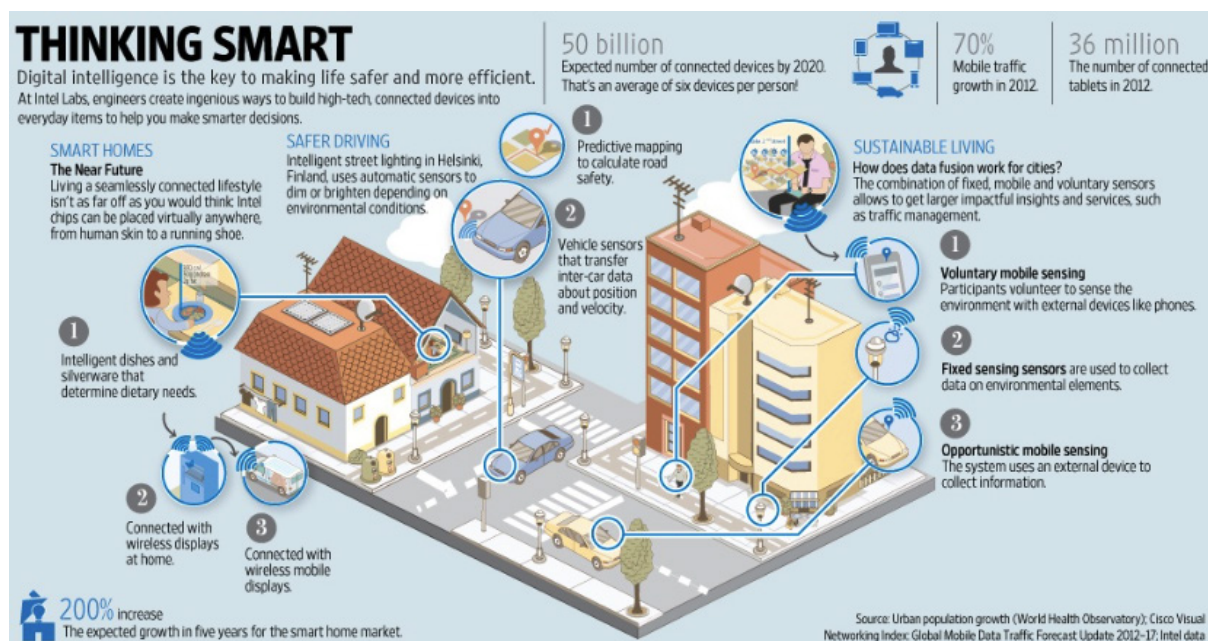
Vertreter_innen einer wettbewerbsorientierten Stadtpolitik haben in den letzten Jahrzehnten verschiedene Etiketten für ihre Visionen einer unternehmerischen Stadt genutzt: ‚Nachhaltige Stadt‘, ‚Kreative Stadt‘, ‚Grüne Stadt‘ und nun die Smart City (vgl. „Grüne Gouvernementalität“, Rutherford 2007). Eine unternehmerisch ausgerichtete Stadtpolitik bietet IT-Unternehmen ein neues Geschäftsfeld für programmatische Visionen einer sicheren, gesunden, sauberen, effizienten Stadt. Die führenden

IT-Unternehmen beraten Stadtregierungen und stellen gleichzeitig die notwendige Infrastruktur und Dienstleistungen zur Umsetzung dieser Gestaltungs- und Steuerungsvisionen bereit; sie investieren aktuell viel in die Visualisierung von Smart Cities und deren Bewohner_innen, produzieren Imagefilme (vgl. IBM: „The People for Smarter Cities Mission“), veranstalten Workshops für Kreative und Ideenbörsen (vgl. „MLove Smart City Festivals“ in diversen Großstädten, gesponsert von Cisco) und bauen Ausstellungshallen für digitalisierte Stadtvisionen (vgl. Siemens, „The Cristal. A Sustainable Cities Initiative“ in den Londoner Docklands). Der Stadtforscher Dan Hill bezeichnet IT-Unternehmen, die die Smart City-Debatte gezielt vorantreiben, insgesamt als einen „Urban Intelligence Industrial Complex“ (Hill 2013).

Für unternehmerisch ausgerichtete Stadtregierungen haben IT-Unternehmen das verlockende Angebot geschaffen, Planungs- und Steuerungsdienstleistungen zu übernehmen. Diese Konstellation von staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren hat zur Folge, dass Smart City-Strategien sich bereits heute in vielen Metropolen ohne substanzielle Debatten unter Einbeziehung der Stadtbevölkerung oder der Stadtforschung etabliert haben. Internationaler Vorreiter ist Rio de Janeiro mit umfangreichen Public-Private-Partnership-Verträgen zwischen der Stadtregierung und IBM; in Deutschland hat unter anderem Hamburg Vereinbarungen zur Verkehrsentwicklung mit Cisco beschlossen (FHH 2014). Bisher konzentrieren sich Smart City-Strategien auf Metropolen. Hier sind die Innovationsbereitschaft und die Modernisierungskultur am stärksten ausgeprägt, die städtischen Eliten am internationalen Städtewettbewerb ausgerichtet und für IT-Unternehmen der Absatzmarkt aufgrund der Kapitalkonzentration am größten (Caragliu/Del Bo/Nijkamp 2009).

Internationale IT-Konzerne betrachten eine Stadt als „complex network of interconnected systems“, das laufend Daten liefert, die städtisches Leben messen, kontrollieren und managen lassen (IBM 2012). Diese Dienstleistungen werden für einzelne Versorgungsbereiche angeboten: Smart Mobility und Smart Transport (optimierte Verkehrsmittelnutzung und lenkung), Smart People (internet- und app-basierte Lern- und Vernetzungsplattformen), Smart

Abb. 1 Vision von digital vernetzten öffentlichen und privaten Infrastrukturen des IT-Konzerns Cisco.



Economy (Input- und Output-Optimierung im Produktionsprozess), Smart Governance (internetbasierte Informations- und Beteiligungsverfahren), Smart Environment (effizienter Ressourceneinsatz durch digitalisiertes Monitoring) und Smart Living (digitale Sicherheitstechnologien und Wohnungsnutzungen) (vgl. Albino/Berardi/Dangelico 2015: 9). Dieses Angebot soll nicht nur gut für die Stadt und ihre Bewohner_innen sein, sondern gleichzeitig den weltweiten Ressourcenverbrauch von Städten reduzieren (s. o.). So wirbt Cisco damit, dass sein IT-Angebot des „connected urban development“ (der Verkehrsflussoptimierung) auch einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leistet (Cisco 2015).

Stadtregierungen gewähren IT-Unternehmen in vielen Fällen einen enormen Vertrauensvorschuss (vgl. Allwinkle/Cruickshank 2011, Hollands 2015). Innerhalb der Logik neoliberaler Stadtpolitik stehen Smart Cities im permanenten Wettbewerb miteinander. Quantitative Evaluationen von Smart Cities messen die Infrastrukturausstattung der Hardware (Breitbandkabel), Software (Datenaustausch), Kreativwirtschaft (Internetdienstleister) und Nutzungshäufigkeit (etwa der Klicks beim E-Office der Stadtverwaltung). Über die qualitative ‚Smartness der Stadt‘ und ihrer Bewohner_innen sagt das noch nichts aus, denn die intelligenteste Stadt kann ineffizient genutzt werden. Smart City Rankings und die Auszeichnung von Vorreiterstädten führten jedoch dazu, dass immer mehr Stadtregierungen versuchen, die global standardisierten Kriterien einer Smart City zu erfüllen (Smart City Ranking für Deutschland, vgl. PwC/Uni Bonn 2015, Smart City Ranking für Europa, vgl. Vienna TU 2007).

Auf welche Weise in Smart Cities die jeweilige technologisch motivierte Machbarkeitsvision, die ökonomisch motivierte Wertschöpfungsvision, die regulatorisch motivierte Governance-Vision und die ökologisch motivierte Nachhaltigkeitsvision tatsächlich realisiert werden, ist noch weitgehend unklar (Libbe 2014). Detaillierte oder vergleichende Fallstudien zu Smart City-Initiativen, die historische und kulturelle Spezifika berücksichtigen, fehlen (Kitchin 2015). Städte sind durch heterogene Strukturen gekennzeichnet – und dennoch überzeugt das Versprechen einer Smart City als universelle Strategie für alle aktuellen und zukünftigen Aufgaben von Städten auf kommunalpolitischer und nationaler Ebene weltweit.

Ein weiterer wichtiger Akteur der Smart City-Debatte ist die Stadtforschung selbst. Die etablierte Smart City-Forschung und die staatliche Forschungsförderung verfolgen primär einen technologie- und steuerungsoptimistischen Ansatz. Innerhalb weniger Jahre wurden zahlreiche Studien zur Umsetzung digitaler Infrastrukturen in Städten vorgelegt;^[3] und es wurden an vielen Hochschulen Forschungs- und Masterprogramme mit dem Schwerpunkt Smart City aufgelegt.^[4] Smart City-Forschung zielt auf Effizienzpotentiale eines digitalisierten Infrastrukturmanagements. Diese Forschung wird bisher fast ausschließlich von IT-Unternehmen, Unternehmensberatungen und der Forschungsförderung der EU finanziert.^[5] Auf nationaler Ebene wird die Smart City-Forschung primär im Kontext der Energiewende mit Kooperationsprojekten von Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen gefördert (vgl. in Deutschland das BMBF-Programm „Zukunftsstadt“, in Österreich das BMBF-Programm „Stadt der Zukunft“). Die resultierenden Studien sind überwiegend affirmativ und vernachlässigen soziale Effekte einer

digitalisierten urbanen Praxis. In diesen Studien fehlt auch eine kritische Analyse der Privatisierung städtischer Infrastruktur und Dienstleistungen, der Monopolstellung von IT-Unternehmen in Städten und deren wachsender Datenkontrolle, die mit der Umgestaltung von Städten zur Smart City verbunden ist. Kritik an dieser Affirmation findet sich primär in Beiträgen der aktivistischen Stadtforschung, die vor der Entdemokratisierung städtischer Steuerung durch den Datenzugriff und die Datenkontrolle von IT-Konzernen sowie den damit verbundenen Gefahren der Überwachung und des Eingriffs in Privatsphären warnen.[6] Umfangreiche empirische Arbeiten zu diesen Fragen werden jedoch auch von den Kritiker_innen bisher nicht geleistet (bzw. finanziert).

4. ‚Smart Self‘: Anwender_innen digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Programmierung von smarten Technologien impliziert spezifische Vorstellungen von Normalität sowie von erstrebenswerten Zuständen (vgl. Greenfield 2013). Der optimale Betrieb technischer Systeme setzt folglich normgerechte und störungsfreie Abläufe und kooperative Bürger_innen voraus, die sich an die einprogrammierten urbanen Abläufe halten und bereitwillig beziehungsweise ‚ahnungslos‘ ihre Daten liefern. Wenn eine Stadt durch den Einsatz von IT smart wird, dann werden dementsprechend digitale Technologien zum integralen Teil der sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungen; auch der Alltag wird digitalisiert und mit veränderten kulturellen Praktiken verbunden. Die Frage ist somit einerseits, in welchen Bereichen und mit welchen Zielen digitale Technologien das Leben von Stadtbewohner_innen kontrollieren und stimulieren, zum Beispiel ob sie sie überwachen und jeden Schritt erfassen. Andererseits umfassen digitale Technologien auch Potentiale der Selbst-Ermächtigung, etwa solche der Selbst-Steuerung – aber auch kollaborativer, vernetzter Praktiken etwa des ‚Stadt-selber-machens‘.

Bislang werden Menschen in der Smart City-Debatte allerdings meist als entweder passiv-reaktive oder als widerständige Wesen betrachtet. Eine hohe Akzeptanz von Smart City-Technologien wird mit Digitalisierungsaffinität gleichgesetzt und in der Regel bestimmten sozialen Gruppen, Einkommens- und Altersklassen zugeordnet: Vertreter_innen der Smart City sprechen Menschen jungen und mittleren Alters mit mittlerem bis hohem Bildungsstand und Einkommen an. Der Zugang und die Nutzung von IT ist zwar entscheidend gestiegen, bleibt aber sozioökonomisch ungleich verteilt. Das Werkzeug dafür liefert vor allem das Smartphone als Interface, mit dem man sich überall und zu jeder Zeit informieren, verorten und vernetzen kann. Die Smart City der Zukunft basiert daher auch ausschlaggebend auf dem Smartphone und dem Highspeed Internet (mobil oder via WLAN-Hotspots) in der ganzen Stadt.

Kitchin hat die Frage „what makes a city ‘smart’?“ (2014: 1) einerseits mit Blick auf Infrastrukturen beantwortet, genauer: auf die materielle wie auch symbolische Ausstattung der städtischen Umwelt mit digitalen Infrastrukturen, die eine Stadt, auch unterstützt durch die mobilen Endgeräte der Bewohner_innen, kontrollier- und steuerbar, effizient und nachhaltig

machen. Andererseits lässt sich eine Antwort auch durch das Konzept des Wandels zur Wissensökonomie geben, insofern lässt sich darunter auch der Wandel zur Wissensökonomie verstehen, sodass eine City durch innovative und kreative Wirtschafts- und Governancestrukturen gekennzeichnet ist, die durch ‚smart people‘ vorangetrieben werden. Kontrollier- und Steuerbarkeit bezieht sich neben den Infrastrukturen auch auf die Menschen in der Stadt, die allerdings bislang in der Forschung eher selten auftauchen – und wenn, dann vor allem in ihrer Funktion als ‚Datenlieferanten‘. Wir richten daher nachfolgend den Blick auf Menschen als ‚aktive Subjekte‘ im digitalisierten Zeitalter und unterscheiden dafür zwei ‚Subjektpositionen‘:

1. Die in der Literatur dominante Perspektive, in der Menschen mithilfe digitaler Technologien *passiver* Bestandteil einer Smart City sind, zum Beispiel indem sie über die Nutzung von Smartcards (Karten mit eingebautem Mikroprozessor oder Speicher, der aufgeladen und ausgelesen werden kann) und Smartphones ‚Daten-Spuren‘ hinterlassen.
2. Die von den Nutzer_innen ausgehende Perspektive, das heißt von denjenigen, die digitale Technologien *aktiv* nutzen und sich als aktive Elemente einer Stadt verstehen; diese nennen wir ‚Smart People‘ und differenzieren sie in ‚Smart Self‘ und ‚Smart Producer‘ (als Kombination aus *producer* und *user*): Insbesondere die Letzteren, die im Web 2.0 gleichzeitig die Rolle der Konsumierenden/Gebrauchenden sowie der Partizipierenden beziehungsweise Produzierenden übernommen haben und damit auch die Produktion von ‚Wirklichkeit‘ durch Gebrauch, sind für uns die Menschen, die sich als aktiver Teil einer Stadt begreifen und digitale Medien selbstermächtigend einsetzen, was eine kritischen Beteiligung an der Stadtgestaltung einschließt.

In der Smart City stellen mobile Endgeräte wie Tablets und Smartphones die Schnittstelle zwischen Mensch und Stadt dar, die der Optimierung der Stadt (vernetzten urbanen Infrastrukturen), aber auch der Kontrolle und Optimierung des Selbst dienen.[7] Jenseits der gezielten Benutzung von Smartphones wird es den Nutzer_innen auch ermöglicht, die eigenständige Auseinandersetzung mit der Umwelt abzugeben, das heißt sie ‚interagieren‘ dann digital mithilfe von Apps und über das Internet mit der Stadt und gebrauchen und liefern dabei Daten, die die vernetzte Stadt und ihre Infrastrukturen ‚optimieren‘. Die Optimierung des Selbst wiederum geschieht ebenfalls digital: mithilfe von Smartphone-Apps, Smart Watches oder Fitnessarmbändern, die eine ununterbrochene Selbstkontrolle (‚Self-Tracking‘) ermöglichen, beispielsweise des Schlafrhythmus, des Kalorien-, Alkohol- und Kaffeekonsums sowie des Bewegungsumfangs (sowohl räumlich wie zeitlich). Eine besondere Form ist hier die sogenannte Lifelogging- oder Quantified-Self-Bewegung (QS), deren Subjekte freiwillig und gezielt Datenmengen über sich generieren und (mit)teilen, die wiederum durch die Algorithmen von IT-Portalen und von Smart City-Infrastrukturen weiterverarbeitet werden können (vgl. Duttweiler et al. 2016, Pasquale 2015, Selke 2014)[8]. Intelligente Algorithmen können Muster erkennen (‚*machine learning*‘), beispielsweise in Geokoordinaten sowie Zeitpunkt und Dauer einer Tätigkeit, und können darauf aufbauend sich selbst ‚korrigieren‘ sowie dem *quantified self* Optimierungsvorschläge unterbreiten. Das heißt, in der anhaltenden

Interaktion von Daten, Algorithmen und (menschlichen) Praktiken entstehen komplexe Programme zur Effizienzsteigerung des Selbst und auch des Lebens in der Stadt. Die QS-Bewegung ist also eine Form der Selbstregierung und *Selbsttechnologisierung* (im wahrsten Sinne des Wortes, aber auch im Foucaultschen Sinne der *Selbsttechnologisierung*) – ein Beispiel für eine Mensch-Technik-Assemblage, in der aus Geographie ‚Egographie‘ wird (Boeckler 2014: 7). In allen Fällen wird Big Data[9] produziert und ein ‚Regieren über Distanz‘ ermöglicht. Doch dieses Regieren ist niemals wertneutral, sondern basiert auf gleichermaßen normierten wie normativen Algorithmen, Klassifizierungen und Kategorisierungen.

Während die ‚Smart-Self‘-Perspektive auf der Mikroebene der Big-Data-Produktion ansetzt, ist die Smart City auf der Meso- und Makroebene zu verorten (s. o.). Ihr Zusammenwirken führt zur Smart City als Macht-Wissen-Komplex: In gouvernementalitätstheoretischer Tradition entstehen dadurch neue Machtgeometrien, die die Stadt organisieren und sozioökonomische Ordnungen entlang technologischer Parameter implementieren. Damit basiert der Smart City-Diskurs auf „*smartmentality*“ (Vanolo 2014), auf technologischen Rationalitäten. Er legitimiert neoliberale politische Mechanismen und bringt Subjektpositionen (wie das QS) hervor. Und schließlich reduziert dieser Smart City-Diskurs städtisches Regieren auf technologische Machbarkeiten.

Francisco Klauser und Anders Albrechtslund (2014) kontextualisieren dies ebenfalls mithilfe von Foucault – und zwar im Hinblick auf die Relationalität von Machtbeziehungen. Darüber hinaus betonen sie im Anschluss an Latour die Relationalität von menschlichen und nicht-menschlichen interagierenden Einheiten, zum Beispiel im Self-Tracking. Diese Selbstüberwachung stellt eine besondere Form der *self-governance* dar und dient zugleich, gerade auch in Kombination mit GPS-gestützten Apps wie etwa „Runtastic“ oder „myfitnesspal“, der räumlichen und zeitlichen Überwachung aller körperlichen Aktivitäten durch die User, wie auch durch vernetzte Self-Tracker. Kritisch ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass (1) durch GPS-Tracking, Kundenkarten, Smartcards etc. die Stadt auf die Stadt der Konsumierenden – und der Mensch auf die Funktion als datenliefernder Konsument – reduziert wird, dass (2) die Konsumierenden ‚ungewollt‘ überwacht werden und (3) die User selber an der Entwicklung der Smart City nur als End-User (nicht als *Produser*) beteiligt sind.

Mit unserem Fokus auf die digitale Vernetzung im Sinne sozialer und kultureller Praxis verschiebt sich nun der Fokus auf die *Wechselwirkungen* zwischen Technologie und Gesellschaft, einschließlich der potentiellen ‚Macht‘ der Produser (Coutard/Guy 2007): Dazu gehört unseres Erachtens auch eine Art ‚*doing smart*‘: Damit verweisen wir auf ein performatives Verständnis von ‚kritischem Tun‘ im Anschluss an Foucault und Butler, dessen Ursprung weder im intentionalen oder souveränen Vernunftsubjekt noch im determinierten Diskurssubjekt liegt. Vielmehr basiert es auf einem Subjekt, das den „Status eines unfügsamen, kritisch handelnden Wahrnehmungsobjektes“ erlangt hat (Butler 2001: 158) und dessen performatives Tun (*doing*) die Möglichkeit zur Subversion und zur politischen Intervention beinhaltet (vgl. Butler 2001; 2015).[10]

Dieses ‚*doing smart*‘ findet sich beispielsweise im Konzept ‚*community ownership*‘, in dem Bürger_innen sich mithilfe digitaler Medien aktiv in der Stadtgestaltung engagieren: „to look at how cities are made *and remade with the*

help of digital media“ (De Lange/De Waal 2013: 4, Herv. i. O.). Voraussetzung dafür ist, dass sich die Stadtbewohner_innen als Teil und als aktive (Prod-)User der Stadt wahrnehmen – nicht nur als passive (und überwachte) Nutzer_innen. Für das (zeitliche und räumliche) Durchbrechen dieser passiven Rolle in Form partieller situationistischer Subversionen schlagen De Lange und De Waal (2013) das Konzept „citizen ownership“ vor, in dem Bürger_innen mithilfe digitaler Medien sich verantwortungsvoll („stewardship“) in der Stadtgestaltung engagieren. Das Konzept des *citizen ownership* versucht die Top-down-Institutionenpolitik wie auch den Bottom-up-Beteiligungsansatz zu überwinden, indem Peer-to-Peer-Netzwerke etabliert werden.

Die aktuellen Formen der ‚Smartifizierung‘ städtischer Organisation können durch Praktiken der Partizipation, des Teilens und der Kooperation herausgefordert werden. Soziale Medien schaffen neue Dynamiken der Kommunikation und der Selbstorganisation innerhalb von Städten. Das heißt, insbesondere mithilfe von Smartphones ermöglichen digitale soziale Medien die schnelle Vernetzung und effektive – sowie teilweise affektive – Organisation engagierter („aktiver“) Bürger_innen. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind unter anderem die digitalen Netzwerke der Occupy-Bewegung und des Arabischen Frühlings zur Erreichung konkreter politischer Ziele, die auf digital kommunizierter Vernetzung basierenden Stadtraumaneignungsbewegungen wie PARK(ing) Day oder Critical Mass (Gebhardt/Klemme/Wiegandt 2014, Strüver 2015, allgemein vgl. Butler 2015) oder auch unlängst die stadtpolitische NOlympia-Bewegung in Hamburg 2015. Diese Protestbewegungen machen alle deutlich, dass der jeweilige Erfolg auf der Kombination traditioneller Face-to-face-Koordination und digitaler Kommunikation beziehungsweise Aktivierung basiert(e).

Die Mehrzahl der neuen sozialen Bewegungen arbeitet mit und über Vernetzungen durch Social Media. Dazu gehören etwa die neuen Ökonomien des Teilens (*collaborative consumption*[11]). Doch auch Flashmobs basieren auf virtuellen beziehungsweise digital organisierten Gemeinschaften, die dann gleichwohl einen ‚realen‘ spontanen Menschaufmarsch initiieren. Und schließlich gehören dazu auch die vielfältigen Möglichkeiten der kollaborativen *kartographischen* Datenerfassung und -verarbeitung, wie sie beispielsweise in kollektiv produzierten Onlinekarten oder auch im Sinne des *counter-mappings* praktiziert werden (u. a. mithilfe von PPGIS, *Public Participation Geographic Information Systems* als machtkritische Alternative, vgl. Dalton/Mason-Deese 2012)[12]. Diese Karten stellen ein Patchwork aus unzähligen, freiwillig beigesteuerten Nutzer_innen-Informationen dar (VGI, *volunteered geographic information*; vgl. Elwood/Goodchild/Sui 2012). Die Anwendung von IT in Bewegungszusammenhängen ist daher bislang vor allem *Medium*, also vermittelndes Element der Vernetzung und dadurch Grundlage für (Selbst-)Ermächtigung. Zugleich beinhaltet dieses Medium, wie auch die IT von Konzernen, Städten oder Staaten, hegemoniale Strukturen, die gleichberechtigte Partizipation erschweren (können).

5. Ausblick

Ausgehend von der Frage, in welchem Verhältnis vernetzte digitale Technologien, Stadtpolitik (*big data business*) und urbane kulturelle Praxis (*digital*

citizens) zueinander stehen, haben wir dargestellt, dass weite Teile der Smart City-Forschung sich bisher auf die potentiellen, quantitativen Effekte technologischer Innovationen konzentrieren und haben den Mehrwert digital optimierter städtischer Infrastrukturen und Dienstleistungen für ausgewählte Städte kritisch beleuchtet. Die funktional ausgerichtete Stadtforschung vernachlässigt Fragen nach sozialer Interaktion und Partizipation, kulturellen Dynamiken sowie gerechtem Zugang zu städtischen und digitalen Infrastrukturen. Technologische Innovationen bieten zwar ermöglichende Strukturen, sind aber keine zwangsläufigen Treiber für Nutzungsänderungen. Außerdem sind diese Technologien Ausdruck spezifischer Vorstellungen von Stadtzukunft und zukünftigen Stadtbewohner_innen. Das heißt: Smart City-Technologien und digitalisierte Visionen finden Stadt, sie erschaffen aber nicht automatisch eine neue Form der Urbanität. Diese Feststellung kann entgegen der dystopischen Lesart eines Überwachungsstaates auch als Kraft urbaner Diversität und als Ausdruck von Widerständigkeit der Nutzer_innen smarterer Technologien betrachtet werden: Mit der digitalen Vernetzung ist kein „kybernetischer Totalitarismus“ (Lanier 2012) eingetreten. Städte bleiben weiterhin Orte spontaner, ungeplanter Interaktionen. Dennoch verändern Smart City-Visionen die Stadtpolitik, indem sie Stadtentwicklung mit Effizienz-, Kontroll-, Optimierungs- und Wettbewerbsidealen verbinden.

Das Narrativ der Smart City lautet: Digital vernetzte Kontrolle und Steuerung schafft Effizienz- und Optimierungsvorteile. Auch wenn dieser *single story* immer noch *multiple stories* von Produzern gegenüberstehen, dominiert bei Stadtregierungen und IT-Unternehmen das Prinzip *one strategy fits all*. Den vielfältigen Aneignungsformen digitaler Technologien und Kommunikationsformen in der urbanen Praxis ist die Stadtforschung bisher erst ansatzweise nachgegangen. Wenn die Smart City-Forschung von Unternehmensberatungen betrieben wird, kommen widerständige urbane Praktiken nicht vor. Die Stadtzukunftsgeschichte der Smart City weist Blindstellen sozialer und kultureller Differenz auf und verliert die multiplen Erzählungen, die Urbanität ausmachen, aus dem Blick. Eine kritische Stadtforschung sollte dieses Universalisierungsprinzip dekonstruieren:

„Cities undoubtedly share similar forms and systems, but they also have diverse histories, cultures and political economies and variegated forms of capitalism that shape patterns of urban and economic development and the relationship between state, market and society. And there are marked differences between retrofitting existing cities and building brand new cities on green field sites.“ (Kitchin 2015: 133)

Zudem liegt in der Produktion und Verarbeitung von Big Data dann ein Problem, wenn diese Daten als objektiv und wertneutral – und unter dieser Voraussetzung als wahre Aussagen über soziale und ökonomische Wirklichkeiten sowie als empirische Beweise für politische Maßnahmen – behandelt werden. Mit ihnen wird gleichermaßen kategorisiert wie kartographiert – und beides bedarf sowohl einer Hinterfragung der zugrundeliegenden Algorithmen und Klassifizierungen wie auch einer Art Komplementärproduktion von *small data*, von qualitativ erhobenem empirischen Material, das auch lokale (Einzel-)Phänomene und Probleme analysiert (durch Interviews, Beobachtungen, Kartierungsspaziergänge etc.). Ansonsten droht ein Rückfall in

einen naiven raumwissenschaftlichen Positivismus, wenn anhand zufälliger Datenkorrelationen sozialräumliche Kausalitäten abgeleitet werden (z. B. über Umwelt- oder Gesundheitsbewusstsein).

Im Zeitalter des ‚Internet der Dinge‘, von ‚Umgebungsintelligenz‘ und ‚empfindenden Städten‘ (Cragg/Graham 2007) – durch welche die physische Umgebung aufgrund vernetzter Datenströme auf individualisierte, durch Algorithmen errechnete Präferenzen reagiert –, wird die Smart City auch eine ‚personalisierte Stadt‘. Das heißt, im Smart City-Diskurs geht es erstens um die Optimierung der Stadt (z. B. durch Emissions- und Energieverbrauchsreduktion, verbesserte Stoff- und Verkehrsströme etc.), zweitens um die Optimierung des Selbst (mittels Self-Tracking) und drittens um das Selbst *in* der Stadt – und *als Teil* der smarten Stadt, als Selbst-Ermächtigungsstrategie von Produzern. Unser Ziel in diesem Beitrag war es, die Wirk(lichkeits)mächtigkeit normativer Diskurse zusammenzufassen, die durch die digitale Vernetzung gerahmt sind, wie beispielsweise ‚digitale Revolution‘ im Allgemeinen und die Anrufung beziehungsweise den Imperativ des ‚be smart‘ im Besonderen. Diese Diskurse müssen aber auch als soziale und kulturelle urbane Praxis unter Einbeziehung der Widerstands- und Ermächtigungsstrategien von smarten Produzern verstanden werden. Denn Gestalter_innen einer digitalen Stadt sind nicht nur die Protagonist_innen der Smart City, sondern auch die Bewohner_innen, die die Stadtgestaltung selbst (bspw. über Smartphones) ‚in die Hand‘ nehmen. Wir schlagen daher für eine kritische Smart City-Forschung die verschränkte Betrachtung der Dimensionen des Subjekts und der Stadt als Teil dieser Diskurse vor. Digitalisierung bringt nicht nur veränderte Konnektivitäten der Kommunikation von Dingen hervor, sondern auch veränderte Konnektivitäten zwischen Subjekt-, Diskurs- und Strukturebene.

Francisco Klauser und Anders Albrechtslund (2014) haben beispielsweise die Dynamiken digitaler (Überwachungs-)Techniken in smarten urbanen Infrastrukturen in Kombination mit der Quantified-Self-Perspektive analysiert. Das heißt sie verbinden Selbstoptimierung (Mikroebene) über smarte Technologien mit Stadtoptimierung (vernetzten urbanen Infrastrukturen, Makroebene). Wie oben bereits angedeutet, wird in beiden Fällen ein ‚Regieren über Distanz‘ praktiziert, das auf normierten wie normierenden Kategorien, Klassifizierungen und Algorithmen basiert. Vor dem Hintergrund des Smart City-Diskurses lässt sich dann in die Ebenen der Praktiken und des Normativen differenzieren: Die Frage nach der Verortung konkreter Praktiken stellt sich in der Kommunikation von Selbst und Big Data in zweierlei Hinsicht: Auf der Mikroebene produziert das Selbst aktiv und ‚wissend‘ Daten, auf der Meso- und Makroebene hingegen werden die Menschen durch die gesammelten Daten kategorisiert und ‚regiert‘. Das heißt, es sind nicht mehr nur menschliche Subjekte, die handeln, sondern räumliche Artefakte und vor allem digitale Geräte, Apps und Algorithmen. Normativität wirkt zudem auf der Mikroebene als Norm der smarten Selbstregulierung des verkörperten Subjekts, auf der Meso- und Makroebene als Norm der smarten Infrastrukturregulierung sowie der neoliberalen Stadtregierung (*downscaling* von Verantwortung durch Deregulierung und Privatisierung). In allen Fällen geht es nicht um klassische (Fremd-)Disziplinierung, sondern um Selbst- und Stadtoptimierung.

Sowohl in den Anwendungen von digitalen Technologien des Smart Self als auch in denen der Smart City scheint allerdings das Sammeln und

Auswerten von Daten aktive gesellschaftliche Aushandlungen ersetzen zu sollen: „Die vermeintlich *objektiven* Daten machen Diskussionen obsolet. Dabei setzen die Entwickler von Smart Cities auf unschlagbare Argumente: Wer kann schon etwas gegen ökologische, nachhaltige Städte mit innovativen Mobilitätskonzepten und zukunftsweisender Kommunikationstechnologie haben?“ (Laimer 2014: 6; Hervorh. i. O.). Smartness ist nicht nur über Technologien, sondern auch über politische und soziale Gemeinschaftsstrategien *on the ground* zu definieren. Diese können wiederum über digitale Technologien vernetzt und verbreitet werden, sollten aber keinesfalls auf diese reduziert werden. Denn trotz der zahlreichen Initiativen des Stadt-selber-Machens gibt es bislang kaum wirksame Anstöße, welche die Möglichkeiten neuer Technologien für eine Veränderung der Top-down-Politik nutzen (abgesehen von Informationskampagnen via Social Media). Die Machtverteilung bleibt unangetastet. Obwohl junge Kreative stets in den Werbeauftritten der Smart City-Dienstleister zu sehen sind, bleibt es bei Top-down-Implementierung und Zentralismus, und Bürger_innen bleiben passiv und konsumierend (vgl. ebd.).

Die positiven Hoffnungen einer Stadtplanung der Moderne, durch den Städtebau zu einer gerechten Gesellschaftsordnung beizutragen, sind schon einmal gescheitert. Mit der Smart City wird diese Hoffnung wiederholt formuliert: Lebenswerter für alle Bewohner_innen soll die Smart City sein und noch dazu effizienter mit knappen globalen Ressourcen umgehen. Doch auch in einer digitalen Welt werden ohne Transformationsprozesse reale ökonomische und soziale Verhältnisse und die von ihnen produzierten und räumlich manifestierten Ungleichheiten und Hierarchien überleben. Soziale Ungleichheiten in der alten ‚Offline-Stadt‘ werden mit der Smart City nicht aufgehoben, sondern umgewandelt in „urban digital divides“ (Graham 2002: 33) und als solche eher noch verstärkt. Reichere Städte und Bewohner_innen werden mehr von den Vorteilen kostspieliger digitaler Technologien profitieren als ärmere. Aus diesem Grund mahnen insbesondere britische Geograph_innen eine Hinwendung zu sozialen Prozessen und kultureller urbaner Praxis im digitalen Zeitalter an. Stephen Graham hatte schon 2002 dazu angeregt, die soziale Dimension der Digitalisierung von Städten in den Blick zu nehmen, da er davon ausging, dass diese Entwicklung zu neuen Extremen sozialer und geographischer Ungleichheiten innerhalb und zwischen Städten führen wird. Diese Aufmerksamkeit für soziale Dimensionen digitaler Technologien in Städten gilt es unseres Erachtens zu vertiefen und dabei neben einer potentiell drohenden Ungleichheits- und Kontrollgesellschaft auch ermächtigende Nutzungsformen in den Blick zu nehmen, die urbane Praxis jenseits von Stadt- und Selbstoptimierung ermöglichen.

Als problematisch erachten wir somit zum einen die Tendenz, dass in der Smart City das städtische Leben auf eine vermeintlich selbstregulative, effiziente, da digitale, Technologie begrenzt wird, die weder von den Stadtbewohner_innen abhängig ist, noch sich überhaupt an diese richtet. Sie werden in diesem Zusammenhang vielmehr reduziert auf ihre Funktionen als Datenlieferanten und als Konsumierende. Zum anderen – und dies wird auch als Desiderat in der Smart City-Forschung sehr deutlich – steht die Auseinandersetzung von Bewohner_innen mit der Smart City und ihren unterschiedlichen Aneignungsformen, das heißt, wie sie digitalisierte Stadt erleben

(können), noch am Anfang (vgl. Halpern et al. 2013). Dazu gehört auch die Frage, wer eigentlich wen als Bürger_innen der Smart Cities definiert, wer die Bürger_innen wie in Datenbanken kategorisiert und ihre voraussichtlichen Handlungen klassifiziert beziehungsweise normiert, denn „the TestBed [die Planstadt Songdo] is about populations and territories, not individuals in space“ (ebd., S. 295). Darüber hinaus gehört zum Leben in der Stadt auch das Erleben und Erfahren des urbanen (Möglichkeits-)Raumes jenseits von E-Governance und digitalem Lifestyle, im Sinne von engagierten ‚urban producers‘ (erste Hinweise hierzu, wie auch zur Leerstelle zwischen affirmativer und aktivistischer Smart City-Forschung, finden sich bei Hill 2013 sowie Mattern 2014).

Eine sozial- und kulturwissenschaftliche Stadtforschung, deren Anspruch es ist, soziokulturelle Fragmentierungen und Diversität zu analysieren, kann aus unserer Sicht Hinweise liefern, wie digital vernetzte Kommunikation und Infrastruktur die Formen urbaner Gemeinschaft verändern, welche Gegenbewegungen der Interaktion jenseits von IT stattfinden, inwiefern autonome IT und die Installation freier Netze zu subkulturellen Strukturen führen oder in welcher Weise sich Governance-Formationen mit der Einbindung von IT-Unternehmen in Stadtplanungsprozesse verschieben. Zudem können stärker kulturwissenschaftlich orientierte Beiträge zur Stadtforschung Fragen der Subjektivierungsprozesse im Kontext von IT bearbeiten sowie Erkenntnisse bringen zur Verschiebung der Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit (durch die Zugriffsmöglichkeit auf den Wohnraum von jedem beliebigen Ort), zum veränderten Umgang mit raumbezogenen Daten (die das Alltagsleben kontrollieren und stimulieren) oder zu Formen des kollaborativen Partizipierens in stadtpolitischen Debatten.

Endnoten

- [1] Diese Stadt(teil)neugründungen lassen wir dennoch in diesem Artikel unberücksichtigt, da uns die geplanten und ungeplanten Implikationen des Smart City-Paradigmas in existierenden Städten interessiert. Die sogenannten ‚New Towns‘ repräsentieren hingegen ein zentralistisch-totalitäres und sozial exklusives Modell städtischen Lebens, das komplett von IT-Unternehmen gestaltet und kontrolliert wird (vgl. Shelton/Zook/Wiig 2015).
- [2] An der Finanzierung und Realisierung des Projekts beteiligt waren neben Fujisawa City und Panasonic elf Unternehmen der Versicherungs-, Bau-, Telekommunikations-, Finanz- und Energiebranche, vgl. Panasonic (o. J.).
- [3] Vgl. die Studie „Städte werden digital“ in Kooperation von PwC und dem Geographischem Institut der Universität Bonn (2015).
- [4] Vgl. das Masterprogramm „Smart Cities and Urban Analytics“ am University College London seit 2014.
- [5] Vgl. die EU-Förderinitiative „Smart Cities and Communities“ von 2012; vgl. die 2015 von der EU Horizon 2020-Forschungsförderung ausgezeichneten „Smart City Leuchtturmprojekte“; vgl. das Forschungsprojekt „The Programmable City“ des European Research Council 2013–2018.
- [6] Vgl. für den deutschsprachigen Kontext das Themenheft der Zeitschrift für Stadtforschung, *Dérive* 56/2014, „Smart Cities – Zurück in die Zukunft“.
- [7] Von daher ist nicht zu vernachlässigen, dass es eine aktive, bewusste Entscheidung sein kann, (k)ein Smartphone zu haben – den Widerstand gegen die Digitalisierung des Alltags lassen wir aber in diesem Kontext unberücksichtigt.
- [8] Neben den explizit stadtbezogenen Aspekten und Forschungen bestehen natürlich mittlerweile in fast allen Disziplinen Diskussionen zum Quantified Self sowie zur

sogenannten Umgebungsintelligenz; für konstruktive medienwissenschaftliche Debatten siehe bspw. Swan 2012, Reichert 2015, Sprenger/Engemann 2015 sowie das Themenheft ‚Quantified Selves‘ des Journals *Digital Culture & Society* 2/1 von 2016).

- [9] ‚Big Data‘ bezeichnet digital gespeicherte Informationen, die durch soziale Medien, vernetzte Sensoren oder das Internet generiert werden. Ein wesentlicher Teil der Big Data-Strukturen werden von privaten Technologie-Unternehmen wie Google, Amazon, IBM und Twitter betrieben (Rabari/Stoper 2015). Doch auch im Lifelogging-Bereich wird Big Data produziert und durch die entsprechenden IT-Portale weiterverarbeitet (vgl. Selke 2016).
- [10] Zur Verwendung dieses Subjekt- und Kritikbegriffs innerhalb der deutschsprachigen kritischen Stadtgeographie siehe Belina/Naumann/Strüver 2016.
- [11] Siehe z. B. die Portale <https://foodsharing.de> und <http://gartenpiraten.net> (letzter Zugriff jeweils am 12.4.2017) – auch als digitale Vernetzungsplattformen für die größeren und v. a. politisch aktiven Urban-Gardening-Projekte in Deutschland, u. a. Gartendeck und Keimzelle in Hamburg.
- [12] Vgl. zudem www.countercartographies.org (letzter Zugriff am 12.4.2017).

Autor_innen

Sybille Bauriedl ist Geographin und arbeitet zu sozialwissenschaftlicher Klimaforschung, geographischer Geschlechterforschung, nachhaltiger Stadtentwicklung und dezentraler Energiewende.
bauriedl@uni-bonn.de

Anke Strüver ist Sozialgeographin und beschäftigt sich mit den Wechselverhältnissen von Raum-, Gesellschafts- und Subjektconstitution sowie der Produktion und Nutzung städtischer Alltagsräume.
anke.struever@uni-hamburg.de

Literatur

- Albino, Vito / Berardi, Umberto / Dangelico, Rosa Maria (2015): Smart cities. Definitions, dimensions, performance, and initiatives. In: *Journal of Urban Technology* 22/1, 1-19.
- Allwinkle, Sam / Cruickshank, Peter (2011): Creating Smarter Cities. An Overview. In: *Journal of Urban Technology* 18/2, 1-16.
- Belina, Bernd / Naumann, Matthias / Strüver, Anke (Hg.) (2016): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Boeckler, Marc (2014): Digitale Geographien. Neogeographie, Ortsmedien und der Ort der Geographie im digitalen Zeitalter. In: *Geographische Rundschau* 66/6, 4-10.
- Butler, Judith (2001): *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2015): *Notes Toward a Performative Theory of Assembly*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Caragliu, Andrea / Del Bo, Chiara / Nijkamp, Peter (2009): *Smart Cities in Europe*. Amsterdam: Vrije Universiteit Amsterdam.
- Cisco (2015): About connected urban development. Online: www.cisco.com/c/en/us/about/consulting-thought-leadership/what-we-do/industry-practices/public-sector/our-practice/urban-innovation/connected-urban-development/further-cud-information/thought-leadership/about-cud.html (letzter Zugriff am 2.10.2016).
- Coutard, Olivier / Guy, Simon (2007): STS and the city. In: *Science, Technology, & Human Values* 32/6, 713-734.
- Crang, Mike / Graham, Stephen (2007): Sentient Cities. Ambient intelligence and the politics of urban space. In: *Information, Communication & Society* 10/6, 789-817.
- Dalton, Craig / Mason-Deese, Liz (2012): Counter (mapping) actions. Mapping as militant research. In: *ACME* 11/3, 439-466.
- Duttweiler, Stefanie / Gugutzer, Robert / Passoth, Jan-Hendrik / Strübing, Jörg (Hg.) (2016): *Leben nach Zahlen. Self-Tracking als Optimierungsprojekt?* Bielefeld: transcript.

- Elwood, Sarah / Goodchild, Michael / Sui, Daniel (2012): Researching volunteered geographic information: spatial data, geographic research and new social practice. In: *Annals of the AAG* 102/3, 571-590.
- Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) (2014): Smart City Hamburg. Herausforderungen der Zukunft aktiv begegnen. Große Anfrage an die Bürgerschaft. Drucksache 20/11779 vom 6.6.2014.
- Gabrys, Jennifer (2014): Programming environments. Environmentality and citizen sensing in the smart city. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 32/1, 30-48.
- Gebhardt, Laura / Klemme, Marion / Wiegandt, Claus-Christian (2014): Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Zeiten der Digitalmoderne. In: *disP – The Planning Review* 50/3, 111-120.
- Graham, Stephen (2002): Bridging urban digital divides? Urban polarisation and Information and Communications Technologies (ICTs). In: *Urban Studies* 39/1, 33-56.
- Greenfield, Adam (2013): *Against the Smart City*. Verso: Brooklyn, NY.
- Halpern, Orit / LeCavalier, Jesse / Calvillo, Nerea / Pietsch, Wolfgang (2013): Test-Bed Urbanism. In: *Public Cultures* 25/2, 273-306.
- Hatzelhoff, Lena / Humboldt, Kathrin / Lobeck, Michael / Wiegandt, Claus-Christian (2012): *Smart City in Practice. Converting Innovative Ideas into Reality*. Berlin: Jovis.
- Hill, Dan (2013): On the smart city; or, a ‚manifesto‘ for smart citizens instead. www.cityofsound.com/blog/2013/02/on-the-smart-city-a-call-for-smart-citizens-instead.html (letzter Zugriff am 2.10.2016).
- Hollands, Richard G. (2008): Will the real smart city please stand up? In: *City* 12/3, 303-320.
- Hollands, Robert, G. (2015): Critical interventions into the corporate smart city. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 8/1, 61-77.
- IBM (2012): How to transform a city. Lessons from the IBM smarter cities challenge. IBM smarter cities white paper, March. http://asmarterplanet.com/files/2012/11/Smarter-Cities-WhitePaper_031412b.pdf (letzter Zugriff am 02.10.2016).
- Kitchin, Rob (2014): The real-time city? Big data and smart urbanism. In: *GeoJournal* 79/1, 1-14.
- Kitchin, Rob (2015): Making sense of smart cities. Addressing present shortcomings. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 8/1, 131-136.
- Klauser, Francisco R. / Albrecht, Anders (2014): From self-tracking to smart urban infrastructures. Towards an interdisciplinary research agenda on Big Data. In: *Surveillance & Society* 12/2, 273-286.
- Köhler, Bettina (2015): Smart City. In: Bauriedl, Sybille (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript, 269-276.
- De Lange, Michiel / De Waal, Martijn (2013): Owning the city. New media and citizen engagement in urban design. In: *First Monday* 18/11, 1-15.
- Laimer, Christoph (2014): Smart Cities. Zurück in die Zukunft. In: *Dérive* 56, 4-9.
- Lanier, Jaron (2012): *Gadget. Warum die Zukunft uns noch braucht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Libbe, Jens (2014): Smart City. Leitbild integrierter Stadt- und Regionalentwicklung? In: *DISP* 50/3, 76-78.
- Mattern, Shannon (2014): Interfacing Urban Intelligence. In: *Places Journal*. <https://placesjournal.org/article/interfacing-urban-intelligence/> (letzter Zugriff am 12.4.2017)
- Novy, Johannes (2015): Smart Citys. Wunsch oder Alptraum. In: *Politische Ökologie* 142, 46-52.
- Panasonic (o. J.): Sustainable and disaster-proof eco town development. <http://panasonic.net/es/solution-works/fujisawa> (letzter Zugriff am 2.10.2016).
- Pasquale, Frank (2015): *The Black Box Society*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- PricewaterhouseCoopers AG (PwC) / Institut für Geographie der Universität Bonn (Hg.) (2015): Deutschlands Städte werden digital. http://www.pwc.at/publikationen/studien/pwc-studie_deutschlands-staedte-werden-digital.pdf (letzter Zugriff am 6.3.2016).
- Rabari, Chirag / Storper, Michael (2015): The digital skin of cities. Urban theory and research in the age of the sensed and metered city, ubiquitous computing and big data. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 8/1, 27-42.
- Rauth, Elke (2015): Smart tales of the city. www.eurozine.com/pdf/2015-02-25-rauth-de.pdf (letzter Zugriff am 5.1.2016).

- Reichert, Ramon (2015): Digitale Selbstvermessung. Verdattung und soziale Kontrolle. In: Zeitschrift für Medienwissenschaften 13, 66-77.
- Rutherford, (2007): Green governmentality: insights and opportunities in the study of nature's rule. In: Progress in Human Geography 31/3, 291-307.
- Santarius, Tilman (2014): Der Rebound-Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. In: GAIA 23/2, 109-117.
- Selke, Stefan (2014): Lifelogging. Berlin: Econ.
- Selke, Stefan (Hg.) (2016): Lifelogging. Digitale Selbstvermessung und Lebensprotokollierung zwischen disruptiver Technologie und kulturellem Wandel. Wiesbaden: Springer VS.
- Shelton, Taylor/ Zook, Mitchell / Wiig, Alan (2015): The ‚Actually Existing Smart City‘. In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 8/1, 13-25.
- Söderström, Ola / Paasche, Till / Klauser, Francisco (2014): Smart cities as corporate storytelling. In: City 18/3, 307-320.
- Sprenger, Florian / Engermann, Christoph (Hg.) (2015): Internet der Dinge. Über smarte Objekte, intelligente Umgebungen und die technische Durchdringung der Welt. Bielefeld: transcript.
- Strüver, Anke (2015): Critical Mass als performative Kritik der städtischen Verkehrspolitik? In: s u b / u r b a n 3/3, 33-49.
- Swan, Melanie (2012). Sensor mania! The internet of things, wearable computing, objective metrics, and the quantified self 2.0. In: Journal of Sensor and Actuator Networks 1, 217-253.
- Thielmann, Tristan (2014): Wegbereiter: Mobile Geomedien im Einsatz. In: Geographische Rundschau 66/6, 26-32.
- Townsend, Anthony M. (2013): Smart Cities: Big Data, Civic Hackers, and the Quest for a New Utopia. New York: WW Norton & Co.
- Vanolo, Alberto (2014): Smartmentality. The smart city as disciplinary strategy. In: Urban Studies 51/5, 883-898.
- Verne, Julia (2014): Neue Netze, neue Räume? Mobiltelefonie in Afrika. In: Geographische Rundschau 6, 42-47.
- Vienna TU – Centre of Regional Science (2007): Smart cities. Ranking of European medium-sized cities Final report. http://www.smart-cities.eu/download/smart_cities_final_report.pdf (letzter Zugriff am 3.1.2017)

Digital urban infrastructures and their people as topic of critical urban studies

This paper addresses the growing significance of digital networks for (European) cities and their inhabitants. Current critical “Smart City” research attempts to tackle this matter for different aspects of urban policy. This research considers the Smart City as marketing label for competitive city governments, as service product of IT companies and as a gateway to deregulated networks of digital data. Our contribution concentrates on the interrelations between these three aspects with a focus on communal infrastructures and their digital networks on the one hand and on networks of communication technologies in everyday life on the other. Therefore, the discursive, the structural and the subjective levels of optimization, self-regulation, and empowerment are discussed. This includes considering urban areas as places of spontaneous, unplanned and conflicting interactions that are at the same time aligned with efficiency, control, optimization and competition ideals.



Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 105-114

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Wer plant die Planung? (1974)*

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

Lucius Burckhardt

Wer plant die Planung? – Diese Frage soll darauf hinweisen, daß Planung nicht isoliert geschieht, sondern daß sie bedingt ist durch die Politik, daß sie aufgehängt ist in einem sozialen System. Wie man plant, mag der Fachmann wissen, obwohl, wie wir sehen werden, auch sein *Wie?* nicht ohne gesellschaftliche Bedingtheit ist; aber was geplant wird und was nicht geplant wird, was man sich selbst zu überlassen plante, das wird durch politische und gesellschaftliche Kräfte bestimmt.

Die Stadt ist voller Übelstände, und nicht jeder ist Gegenstand unserer planerischen Fürsorge. Überdies sind nicht alle Folgen, welche die Planung mit sich bringt, mitgeplant: Um manche, so hat man beschlossen – beschlossen, indem man es nicht beschloß –, wird man sich nicht kümmern. Heute spricht man viel von Umweltschutz, und man plant die Verbesserung oder Sanierung der Umwelt. Aber die Umwelt-Verschlechterung war auch eine Folge von Planung: Sie ist eben jener Teil der Planung, den ungeplant zu lassen man sich stillschweigend einig war.

Die Formulierung von Problemen

Die Frage: Wer plant die Planung? – heißt also zunächst: Wer bestimmt, was geplant wird (und was nicht)? Die kommunale Politik bewegt sich vorwärts durch das Aufwerfen von Streitfragen, *Issues*. Unter den Übelständen der Stadt greift der Politiker einen heraus und hängt ihn an seine Fahne. Die Übelstände und damit die Planungen, die ihnen abhelfen sollen, sind untereinander unvergleichbar; die Frage, ob die Stadt ihre Finanzen in die Verbesserung des Verkehrs oder in die Erhöhung des gesundheitlichen Standards werfen soll, ist mit objektiven Kriterien nicht zu entscheiden. Der kommunale Politiker greift Sachfragen einzeln auf und verwendet sie im Wettlauf um Stimmen. Durch die Wahlen soll ein Konsensus darüber entstehen, welchen Übelständen das Gemeinwesen zu Leibe rücken soll. Dabei wird sogleich klar, daß dieses Instrument zur Erhaltung eines Konsensus recht plump ist: Weder kann sich der Wähler selber über die Wahl der Übelstände ausdrücken, denn was in Frage kommt, wird ja von

* Der Text ist erstmals erschienen in: Fezer, Jesko/ Schmitz, Martin (Hg.) (2004): Lucius Burckhardt: Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Berlin: Martin Schmitz Verlag, 71-88. Wir bedanken uns bei Martin Schmitz für das Einverständnis zum Wiederabruck und bei der Lucius und Annemarie Burckhardt Stiftung für die finanzielle Unterstützung für das Lektorat und den Satz dieser Debatte. Die alten Regeln der Rechtsschreibung wurden beibehalten.

den Politikern ausgesucht, noch kann er sich über die Mittel äußern, die zur Bekämpfung dieses Übelstandes eingesetzt werden sollen.

Die Frage, wer die Planung plant, gilt auch dem Verhältnis des Politikers zum Planungsfachmann. Die Geschichte der Art, wie die Menschheit ihre Entscheidungen formalisiert, ist auch die Geschichte der Versuche, den Fachmann freizustellen und ihn von den Verquickungen mit der Macht zu lösen – dieses sowohl, um ihn unbeeinflussbar und neutral zu halten, wie auch, um der Macht des Fachmannes vorzubeugen. Die Tradition der freigestellten *Fachleute* reicht von Israels Propheten bis zu den Professoren autonomer Universitäten, von den Stäben militärischer oder wirtschaftlicher Verbände bis zu den Instituten, von welchen sich staatliche und wirtschaftliche Stellen beraten lassen. Immer aber ergeben sich neue Formen der Kompetenzvermischung:

Der Ratgeber erstrebt Einfluß, und der Entscheidungsträger lernt selber, mit der Wissenschaft umzugehen oder umzuspringen.

Gemäß dem klassisch-dezisionistischen Modell ist die Planung von der Entscheidung getrennt. Die Regierung erteilt Aufträge, Forschungsaufträge oder Projektierungsaufträge, an den Fachmann; der Fachmann trägt die Resultate seiner Forschung oder seine alternativen Entwürfe der Regierung vor; die Regierung entscheidet, was ausgeführt werden soll – so lautet das Credo. Ein großer Teil der modernen Entscheidungsforschung befaßt sich mit der Kritik dieses formalistischen Demokratiebildes. Die Zweifel daran setzen an mehreren Stellen ein, auf die wir ausführlicher zurückkommen werden: Einmal ist der Entscheidungsakt in der Realität nicht so wohldefiniert festzustellen wie im obigen Modell, es sei denn, es handle sich um eine Zeremonie nach intern gefälligem Beschluß, etwa um eine Parlamentssitzung; und zum andern sind die beteiligten Personen nicht exakt in *wissende* und *entscheidende* einzuteilen.

Planung, Stadt- oder gar Regionalplanung, liefert noch nicht lange die Streitobjekte der Politik. Zwar ist, seit städtische Liegenschaften Handelsware sind, ein Interesse der Beteiligten an den Vorgängen der Stadtplanung, wohl auch eine *Lobby* vorhanden. Aber die Interferenzen zwischen der Stadtplanung und den Aktionen der Privatleute sind zunächst gering. In der ersten Phase der Industrialisierung strömten große Bevölkerungsmassen zu den neuen städtischen Arbeitsplätzen; sie wurden von privaten Unternehmern auf möglichst billigem, ehemals gemiedenem Land angesiedelt. Weit ab von diesem Geschehen, in der Stadtmitte, agierte die Regierung. In diese Zeit fallen die Schleifung der Mauergürtel, die Anlage zentraler Prunkstraßen, repräsentativer Wohnstraßen, weiter Plätze mit Regierungs- und Kulturbauten nach klassischer oder romantischer Planungsweise – all dieses geschah zuweilen nicht ohne die Mithilfe der Spekulation, in anderen Fällen aber sogar unter finanziellen Opfern auf dem Altar des Städtebaus.

Schon konflikträchtiger wurde die Verzahnung von öffentlichem und privatem Interesse bei der Anlage der Straßenbahnen und der damit verbundenen Ausdehnung der Städte. Da wurden Terrains aufgewertet und bebaubar gemacht, während andere auf der Schattenseite der Entwicklung liegen blieben. Die elektrische Straßenbahn und später die private Motorisierung hatten zur Folge, daß der Bodenpreis in der Stadtmitte jahrzehntelang stagnierte; in der

Folge ruhten sowohl die Stadtplanung wie die privaten Druckversuche weitgehend. Erst die Wiederaufwertung des Zentrums durch den expandierenden Dienstleistungssektor etablierte endgültig das heutige Spiel der Stadtplanung. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente die Verstopfung der Straßen als Vorwand, die Liegenschaften der Innenstadt in den Handel zu bringen, wobei auf diesen Parzellen neue Arbeitsplatzkonzentrationen entstanden, die erneut die Straßen verstopften. Als am Ende der sechziger Jahre die Vollmotorisierung zur Vollverstopfung führte und die Straßenverbreiterungen weitgehend obsolet wurden, wandte sich die Stadtplanung der Sanierung angeblich verslumter Gebiete zu und bildete auf diesem Sektor eine neue Koalition mit dem Baugewerbe und den Investoren. Die Frage, wer die Planung plant, führt uns also heute in das Kräfteparallelogramm zwischen der regierenden Beamten-schaft, der Bauspekulation, der Bürgerschaft und den durch die beschlossenen Maßnahmen betroffenen Leuten.

Ungenannt blieb in diesem Parallelogramm zunächst der Planer selbst. Es wäre lehrreich, hier die Geschichte der beruflichen Entwicklung des Planers zu verfolgen. In dieser Geschichte stoßen wir auf die Spaltung zwischen Ingenieurschule und Akademie, und damit – auf den Sachgebieten – zwischen Tiefbau und Hochbau, und – personell – zwischen Ingenieur und Architekt. Noch heute haben wir diese Spaltung nicht überwunden, ja, die Frage nach der modernen Stadtplanung scheint eine erneute Polarisierung zu erzeugen. Zunächst aber, mindestens von den zwanziger bis in die späten sechziger Jahre ist der Planer ein Architekt. Das ist insofern folgenschwer, als das Training des Architekten auf intuitive Entscheidungen ausgeht. Hochschule und Beruf stellen ihm Aufgaben, die mehr Unbekannte als Aussagen haben: Die Intuition ist das Mittel, mit dem man solche Gleichungen löst. Der Architekt ist darauf trainiert, das vorgelegte Problem auf das *Wesentliche* zu reduzieren.

Unter allen Entscheidungsverhalten weist die Intuition die größte Verschiedenheit zum planenden Verhalten auf (siehe Otto Walter Hasehoff). Als Planer aber hat sich unsere Gesellschaft den Vertreter gerade jenes Berufes ausgesucht, den sie vorher auf die intuitive Entscheidung hin trainiert hat. Dabei erwies sich die Technik der Reduktion komplizierter Problemzusammenhänge auf das Wesentliche als trügerisch. Die Verschlechterung unserer Umwelt ist nichts anderes als die Summe dessen, was bei der Planung als unwesentlich unter den Tisch fiel. Dieses erkannt zu haben ist vor allem das Verdienst der Architekturstudenten in den Jahren 1967-70. Ihr Kampf um eine Studienreform galt der Einführung des planerischen Kontextes, der Beschäftigung mit jenen Informationen, die der richtige Architekt eigentlich zu vernachlässigen hat. Leider scheint die Hochschularchitektur auf diesen Angriff negativ zu reagieren: Sie schweigt im Kult des Handwerklichen, des Irrationalen, des Architekten als eines Bringers von überirdischem Heil. Damit überläßt sie das Feld der sachlichen Planung anderen Berufszweigen, die ein besseres Training im Umgang mit komplexer Information, dafür aber in anderen, ebenfalls wesentlichen Bereichen vielleicht Lücken haben.

Kollektive Entscheidungen

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es bei der Planung mit entscheidungsfindenden Kollektiven zu tun haben. Die Entscheidung jedes Beteiligten

ist aufgehängt in der Gesellschaft, sein persönlicher Entscheidungsstil – rational auf Grund von Kriterien oder intuitiv auf Grund sublimierter Erlebnisse – kommt nur noch leise zum Ausdruck. Wollen wir solche kollektiven Entscheidungen studieren, so müssen wir uns den Erkenntnissen der Organisationssoziologie zuwenden und versuchen, diesen meist an Firmen entwickelten Wissenszweig auf die öffentliche Bürokratie anzuwenden.

Die üblichen Planungsgutachten bestehen aus zwei ungleichen Teilen: Zuerst kommt die ausführliche Analyse des Status quo mit Statistiken, Befragungen, Bestandsaufnahmen. Ein solcher Analyseteil enthält leicht Zehntausende oder bei Extrapolationen sogar Millionen von Daten. Selbst bei analytischen Zusammenfassungen verbleibt eine Vielfalt von unter sich schwer vergleichbaren Informationen. Der zweite Teil des Gutachtens präsentiert einen *Lösungsvorschlag*, beispielsweise den Bau einer U-Bahn. Studiert man nun das Gelenk, das zwischen den beiden Teilen besteht, also die Technik der Schlußfolgerung, mit welcher der Gutachter von der Vielzahl aufgenommener Informationen zu einem Vorschlag gekommen ist, so erweist sich dieses als mager. Der Gutachter stützt sich auf zwei oder drei als *wesentlich* betrachtete Tatsachen und läßt die übrige Information unberücksichtigt. Seine Entscheidung beruht also bestenfalls auf Intuition, schlimmstenfalls auf einer Einflüsterung von außen, vermutlich aber auf einem Kompromiß, der das Resultat eines organisationsdynamischen Prozesses ist.

Dieser Prozeß besteht aus subjektiven, in der Einzelperson verlaufenden Entscheidungsvorgängen ebenso wie aus kollektiven. Schon beim einzelnen zeigt sich das Phänomen der Heuristik: Er weiß, welchen Weg er gehen soll und welche Varianten als unwesentlich zu vernachlässigen sind. Diese Haltung kann auf zwei Arten erklärt werden. Eine rationale Beschreibung liefert Walter Isard: Er zeigt, daß sich vor jedem Entscheidungsträger eine Bewertungstabelle aufbaut, nach der er die Wahrscheinlichkeit von Belohnung oder Ruhm im Falle des Rechtbehaltens, von Schande oder Schaden im Falle eines Mißlingens abschätzt. Wenn beispielsweise das Mißlingen zwar ebenso wahrscheinlich ist wie das Gelingen, jenes aber weniger Schande bringt als dieses Ruhm, so wird der Planer die fragliche Maßnahme befürworten. Ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß die Maßnahme irgendwo zwischen Gelingen und Mißlingen versandet, so wird die Aktivität mehr Ehre einbringen als die Inaktivität, und das Handeln wird ebenfalls befürwortet, usw. Andere Erklärungen gehen von der psychischen Situation des entscheidenden Subjekts innerhalb seines Amtes aus. Sie zeigen auf, wie für den Planer nicht das maximale Resultat das oberste Ziel ist, sondern ein angenehmes Sozialklima innerhalb seiner Organisationsstruktur. So sind die Entscheidungen immer Kompromisse zwischen dem, was eigentlich not täte, und dem, was den Mitgliedern der Organisation an Umdenken oder ungewohntem Handeln zugemutet werden kann.

Beobachtungen zeigen, daß der in ein Kollektiv eingespannte Entscheidungsträger nicht optimiert, sondern seinen Wahlvorgang bei der ersten Lösung anhält, die sowohl den oberflächlichsten Kriterien seiner Zielvorstellungen wie auch den Kriterien seiner persönlichen Lage entspricht.

Dabei spielt ihm die eigene Psychologie wohl manchen Streich: Die eigene Sicht der Realität und die Wertskala werden so adjustiert, daß sie dem heimlich schon in Aussicht genommenen Entschluß entsprechen. Zudem

manövriert sich der Entscheidungsträger unbewußt in eine Einbahnstraße: Er sorgt dafür, daß schon die äußeren Umstände die Zahl der Varianten bis auf eine einzige verringern.

Aber alle diese vom entscheidenden Subjekt ausgehenden Erklärungen, selbst wenn sie die Lage des einzelnen im Kollektiv beachten, überwerten noch den Entscheidungsakt. Die Entscheidung ist ausgelöst in der Zeit. Nur bei den ersten Entscheidungen herrscht Wahlfreiheit, aber diese Anfänge sind in der Realität nicht auffindbar, unbemerkt vorübergegangen oder bewußt verschleiert. Diesen unmerklich verlaufenden Entscheidungsprozessen möchten wir nun nachgehen.

Eine erste determinierende Kraft liegt in der Benennung des Übelstandes. Derjenige, der das Vorhandensein des Übelstandes zum ersten Male formuliert, legt schon die Art seiner Bekämpfung fest. Durch sprachliche Fixierung leitet das Issue direkt zur abhelfenden Maßnahme. So führt die Feststellung, es gebe zu viele Verkehrsunfälle, zur Verbesserung der Sanitätstransporte; so führt die Beschreibung der Situation alter Leute zum Bau von Altersheimen und nicht zu einer Neubesinnung im Wohnungswesen; so führt die Benachteiligung minderbegabter Kinder zur Errichtung von Sonderklassen, deren Besuch jeglichem späteren Aufstieg entgegensteht.

Das von der Politik gewählte Issue, der Übelstand, hat zunächst eine unscharfe Grenze. Die Verkehrsmisere am Bahnhofplatz mag eklatant sein; ihre Bekämpfung würde aber wohl besser am Stadtrand erfolgen oder noch weiter draußen. Der Politiker, der sich des Bahnhofplatzes annimmt, muß aber sein Issue begrenzen. Damit determiniert er die Abhilfe. Indem er beschreibt, wie sich die Fußgängerströme zwischen den hupenden Fahrzeugen hindurchdrängen, steigt die Vision einer Bahnhofplatzunterführung auf. Vergessen sind alle guten Vorsätze, den Verkehr am Stadtrand umzuleiten, den öffentlichen Verkehr zu bevorzugen: Man baut eine Bahnhofunterführung und beläßt das übrige beim alten.

Das Stolpern von Maßnahme zu Maßnahme bringt zeitweise die planende Organisation bei Presse und Volk in Mißkredit. Dann wird die Organisation, um ihren Ruf wiederherzustellen, einen *Gesamtplan* in Angriff nehmen. Ein auswärtiger Fachmann stellt ein Maßnahmenbündel zusammen, dessen Durchführung die Situation der Stadt verbessern würde. Die Reihenfolge der Durchführung aber liegt, nach Abreise des fremden Gastes, bei der Organisation: Sie bestimmt, welche Maßnahmen sogleich verwirklicht und welche auf die lange Bank geschoben werden. Damit ist der Plan vorhanden, auf den man nach außen hin verweisen kann, aber gleichzeitig ist er zerstört, da nur die Kombination seiner Maßnahmen, seine Strategie, zu den gewünschten Zielen führen würde.

Die Organisation hat einen formalen sowie einen effektiven Aufbau, die dem einzelnen Mitglied eigene Rollen und damit unterschiedliche Handlungsweisen zuteilen. Vor allem aber bestimmen die Hierarchien den Zugang zur Information. Die bessere Information erzeugt die wirkungsvollere Argumentation und damit die höhere Durchsetzungskraft. So erklärt sich die Überlegenheit der Regierungen über Parlamente und der untergeordneten Stellen über die Regierung. Die so entstandene Entscheidung wird gemäß den Bräuchen der formalen Ordnung zeremonialisiert, sei es durch eine Abstimmung, sei es, indem man die Verantwortung einer möglichst

hochgestellten Persönlichkeit zuschiebt, die die Konsequenzen ihrer Unterschrift nicht durchschaut.

Die argumentierende Arbeitsweise innerhalb von Organisationen gibt den beweisbaren, also meßbaren Faktoren ein Übergewicht über die anderen. Quantitativen Charakter haben deshalb die gängigen Ziele der Stadtplanung (*Verflüssigung des Verkehrs*), an denen festgehalten wird, obwohl sie die Verfolgung anderer, wichtigerer Ziele, etwa der Wohnlichkeit, in Frage stellen. Trotz dieses Übergewichts der meßbaren Ziele hütet sich der Planer, die Annäherung an die gesetzten Ziele jemals zu messen oder gar die Syndrome zu beschreiben, die von seinen Maßnahmen ausgelöst wurden.

Bisher haben wir gewissermaßen technische Schwierigkeiten der Beschlußfassung aufgezählt. Überdies haben aber die entscheidungsfassenden Organisationen manifeste Interessen und Selbsterhaltungstribe. Die Organisation ist interessiert an der Erhaltung des Status quo und an ihrer eigenen Sicherheit. Die Organisation weiß aber, daß diese Sicherheit nur gewährleistet ist, wenn sie etwas leistet. Deshalb sind die Erfolge der Vergangenheit ihr Muster für künftige Aktionen. Die Organisation ist durch ihr eigenes Sicherheitsstreben also nicht in der Aktion blockiert, sondern im Zugzwang. Weiterhin zerreißen ihre Verkehrsbauten unsere Städte, zerstören angebliche Slumsanierungen die Sozialstruktur ärmerer Quartiere und führen den Boden dem Liegenschaftshandel zu, verstopfen die durch übermäßige Straßenverbreiterungen und Parkanlagen angelockten Wagen die Innenstadt und verpesten die Luft. Es werden Beschlüsse gefaßt, es wird gearbeitet, nur liegen die Maßnahmen in der Linie überkommener Scheinerfolge. In ihrer mangelnden Anpassungsfähigkeit muß die Organisation ihre einmal eingeschlagene Politik fortsetzen, obwohl sie für die Stadt zerstörerisch sein kann.

Nach dem bisher Gesagten könnte es so aussehen, als spiele sich die Planung zwischen den staatlichen Organen und einigen direkt interessierten Personen oder Firmen ab, wie dem Tiefbau und den Investoren. Niemals aber könnten diese Vorgänge von Dauer sein, wenn sie sich nicht auf einen wichtigen Bevölkerungsteil abstützten. In der wachstumsorientierten und inflationären Atmosphäre der beiden letzten Jahrzehnte haben weite Teile des Mittelstandes gelernt, daß der bloße Aktivismus auch dann für sie profitabel ist, wenn sie nicht direkt daran beteiligt sind. Diese Klasse ist in relativ kurzer Zeit von einem trägen Konservatismus zu einem wirtschaftlichen Fortschrittsglauben übergegangen, der allerdings nichts mit politischer Fortschrittlichkeit zu tun hat. Die Neinsager sind zu Jasagern geworden, die grämlichen Kritiker zu applaudierenden Bewunderern alles materiellen Neuen.

Das bürgerliche Credo, daß man durch harte Jahre der Investition zum Wohlstand gelangen müsse, überträgt sich auf die hektische Bauerei und Saniererei in den Städten. Unsere Städte sind Bauplätze geworden, die man nur über Schutthaufen, Planken, notdürftig zugeschüttete Gruben und unter Umgehung ausgedehnter Absperrungen betreten kann. Dabei gelingt es den Initianten, einen Teil der Bevölkerung glauben zu machen, es handle sich dabei um die Investitionsphase, nach deren Beendigung die Städte wieder um so bequemer zu begehen und zu befahren seien – als ob sich das Verkehrsproblem jemals *lösen* lasse. Daß mit der Tieflegung des öffentlichen Verkehrs unter die Erde, der damit bewirkten Freilegung der Straßen für den Privatverkehr, mit den Cityringen, Einfallstraßen und zentralen

unterirdischen Parkgaragen nur ein Übel erzeugt wird, das sich konsequent von der Innenstadt nach außen fressen muß und allmählich die von den Ärmeren bewohnten Quartiere der ehemaligen Vorstädte unwohnlich macht und zerstört, kümmert freilich diese applaudierende Schicht nicht: Sie hat sich und ihre Familien längst weit außerhalb in Sicherheit gebracht und benutzt die Stadt nur als Jagdgebiet des Geschäfts und des Vergnügens.

Die Stimme der Verplanten

Bei der Planung und ihrer Durchsetzung ist auch die Zustimmung wenigstens eines Teils der Betroffenen für die Planer zum mindesten angenehm. Häufen sich die Ablehnungen, so kann die Durchsetzung eines Plans sogar gefährdet sein. Diese Zustimmung der Betroffenen muß also entweder aufgespürt oder hergestellt werden: Das Aufspüren führt zur Forderung, die Soziologie in die Planung einzubeziehen, die Herstellung der Zustimmung erfolgt durch die Methoden des Human Relation, also der Propaganda für ein besseres Sozialklima, und durch schärfere Mittel.

Die Methoden des Human Relation bedienen sich des Anscheins der Aufklärung. Es wird so getan, als gebe es neben den demokratischen Aufklärungsmitteln wie Presse und politischer Tätigkeit noch so etwas wie eine *wertfreie* Information. Gerade solche vermeintlich wertfreie Information ist aber parteiisch bis hinein in die so harmlos aussehenden Baumodelle aus Plexiglas und Pappkarton mit ihren grünen Modellbäumen. Zu den schärferen Mitteln rechnen wir die *Beratung* der Betroffenen in Form von Besuchen durch Beamte. In welcher Weise hier Zuckerbrot und Peitsche appliziert werden, entzieht sich jedem legalen Protokoll und kann im nachhinein nur geahnt werden. Deshalb nützen auch Gesetze und Vorschriften wenig, welche die Zustimmung der Betroffenen fordern (wie das Städtebauförderungsgesetz, das die Ermittlung der Einstellung und Mitwirkungsbereitschaft der *Eigentümer, Mieter, Pächter und anderen Nutzungsberechtigten im Untersuchungsbereich der beabsichtigten Sanierung* fordert): Die Verwaltung kennt seit dem Ancien Regime die Methoden, mit denen man Zustimmung schafft.

In den letzten Jahren wurde mit dem Mittel der soziologischen Befragung ein arger Mißbrauch getrieben. Über die Aussagekraft von Befragungen besteht eine ausgedehnte Fachliteratur. Unberührt von diesen Untersuchungen aber experimentieren die Planer und planenden Soziologen mit primitiven Befragungsmethoden, die nach dem Muster gehen: *Sind Sie mit Ihrer Wohnung zufrieden? – Ja! Nein! Weiß nicht.* Die Ergebnisse, meist Zufriedenheitsquoten von über 90 Prozent, sind natürlich aussagelos. Hierauf weist schon die Tatsache, daß die ermittelte Zufriedenheit um so höher ist, je schlechter die Wohnverhältnisse sind, in denen man befragt. Das ist sowohl psychologisch wie politisch erklärbar. Psychologisch handelt es sich um eine *Dissonanzreduktion*: Da der Mensch eine Dissonanz zwischen Soll-Zustand und Wirklichkeit in einem so nahen Bereich wie der Wohnung nicht aushält, füllt er den Graben zwischen Wunsch und Wirklichkeit mit Argumentationen zugunsten seiner Behausung aus. Mit den gleichen Argumenten, mit denen er sich selbst überzeugt, überschüttet er auch den Interviewer. Auf der politischen Ebene führt der Mangel einer Alternative zur Zustimmung. Sanierung bedeutet für den Betroffenen meist den Verlust der Wohnung,

die Unterkunft an einem neuen Ort und höhere Mietzinsen. Wie sollte er da nicht seine Zufriedenheit mit den alten, verlotterten Zuständen bekunden?

Einen Schritt weiter in die Probleme der Betroffenen geht die Advocacy Planning, die Anwaltsplanung, die im deutschen Sprachbereich vor allem die Zeitschrift *ARCH+* in ihren Nummern 8-10 (1969/70) diskutiert hat. Sie räumt wenigstens auf mit der Vorstellung, daß der Planende über den Parteien ein objektives Urteil zu fällen vermöge. Vielmehr wird die Entscheidung durch die Anwälte der betroffenen Gruppen ausgehandelt, also zwischen bewußt subjektiven Auffassungen. Auch gegen das Funktionieren der Anwaltsplanung können gewichtige Bedenken ins Feld geführt werden. Einmal ist es fraglich, ob der Anwaltsplaner als Angehöriger des akademischen oberen Mittelstandes in die Probleme der Betroffenen aus anderen Schichten einzudringen vermag. Sodann werden die Betroffenen vor eine Auswahl gestellt, mit deren Rahmen sie nicht einverstanden sein können. Und zum dritten kann auch der Anwaltsplaner die mittelbaren Folgen der Eingriffe, wie sie im Laufe der Zeit auftreten werden, nicht voll transparent machen.

In einigen Städten haben sich nach dem Vorbild Münchens sogenannte Bürgerforen gebildet, auf denen die Maßnahmen der Planer offen diskutiert werden. Obwohl deutlich ist, daß solche Einrichtungen nur von einem Teil der Bevölkerung benutzt werden, könnten sie einen Beitrag zur Aufklärung der Stadtbewohner über die Folgen der Planung beisteuern. Aber hier hat die Verwaltung rasch ihre Lernfähigkeit bewiesen. Die Förderung, die sie den Foren angedeihen läßt, ist identisch mit der Zerstörung des emanzipatorischen Wertes dieser Veranstaltungen.

Schließlich muß noch gefragt werden, wer eigentlich die Betroffenen einer Planung sind. In einigen Fällen kann die Grenze klar gezogen werden, beispielsweise bei den Bewohnern eines Slums, der saniert, also abgebrochen wird. Weniger klar erfaßbar ist die Zusammensetzung von Bevölkerungen, die erst angesiedelt werden sollen. Sind hierbei nur die schon im Gebiet anwesenden Personen Betroffene, oder sind es diejenigen, die einmal hierher kommen werden? Diese aber mögen zur Zeit noch in anderen Städten leben, unmündig oder gar noch nicht geboren sein. Hier erweist sich, daß demokratische Planung nicht im raschen Entscheiden besteht, sondern vielmehr im geplanten Aufschub derjenigen Entscheidungen, die sich aufschieben lassen zugunsten der Bewohner, die erst später auftreten oder dann neue Bedürfnisse haben. Dieses zielbewußte Aufschieben von Entscheidungen ist eine Kunst, die von jenen, welche die Planung planen, noch kaum beherrscht wird. Auch ist damit kein rascher Ruhm zu ernten.

Hinter der Forderung nach Anwaltsplanung steht die Meinung, unterprivilegierte Schichten könnten ihre eigenen Anliegen nicht artikulieren. Sofern es sich nicht um falsches Bewußtsein handelt – und Anwaltspartner sind die letzten, die dieses Bewußtsein berichtigen könnten –, ist die Fähigkeit zur Artikulation der eigenen Bedingungen überall vorhanden. Wo Schwierigkeiten auftreten, handelt es sich um Übersetzungsfragen: Die Beplanten leben in ihrer Realität, ebenso auch die Planungsberechtigten in der ihren. Die subjektive Realität oder die Art, wie der einzelne die Wirklichkeit zu sehen vermeint, ist eine Folge seiner Erziehung in der Gesellschaft, also eine soziale Konstruktion.

Planung ist nicht autonom

Wir haben uns hier mit den Planern zu beschäftigen und denken an die schichtspezifischen Umweltinterpretationen, die ihren Ursprung in Familie, Schicht und Schule haben, aber auch an berufseigene, im Studium und Praktikum gelernte oder verlernte Anschauungsweisen. Vielfach kommt als drittes noch die *Erfahrung* hinzu, die viele Entscheidungsberechtigte in der militärischen Ausbildung oder gar im Krieg erwarben und die nicht nur eine recht eigenartige Sicht auf den Mitmenschen vermittelt, sondern vor allem die Tat und den raschen, selbstverantworteten Entschluß als im vorhinein richtig erscheinen läßt. Die Übernahme von Verantwortung, die in Tat und Wahrheit gar nicht getragen werden kann, gehört fest in die Realitätsstruktur der Planer. Solche Verantwortung ist ein ungedeckter Scheck, da Fehlplanungen nicht rückgängig gemacht werden und die verdrängten Städter so wenig in ihre alten Quartiere zurückgebracht werden können wie Kriegsoffer ins Leben.

Die Lebenshaltung, die sich in der mittelständischen Spruchweisheit – *jeder ist seines Glückes Schmied, wer wagt, gewinnt* usw. – äußert, bekommt im öffentlichen Bereich einen besonders brisanten Charakter. Steht der Privatmann mit seiner Person und seinem Vermögen für Gewinn und Verlust ein, so bringen im öffentlichen Bereich Erfolge mehr Ruhm ein als Mißerfolge Schaden, da diese vertuscht, nach oben abgeschoben oder in Erfolge umgeprägt werden können. Deshalb bewegt sich die Stadtplanung, ohne Rücksicht auf strategisches Vorgehen, wie es dem Systemcharakter der Stadt angemessen wäre, von Maßnahme zu Maßnahme. Die sorgfältige Pflege eines Altstadtgebiets liegt außerhalb des Blickwinkels des Entscheidungsträgers; Abbruch und Neubau erscheinen dagegen als gute Lösungen. Typisch ist beispielsweise die *Sanierung* des Karlsruher Stadtteils Dörfle: Eine falsch konzipierte Entlastungsstraße isolierte das Quartier, die Ränder zur Straße hin wurden unwirtlich und verslumten; die Stadt glaubte eingreifen zu müssen, indem sie die Randbebauung erwarb und abbrach. Die Folge war, daß die nächste Bebauungsreihe verslumte, erworben und niedergelegt wurde gleich der ersten, was sich fortsetzte, bis ein großes Loch in der Innenstadt klaffte. Weder die Beamten noch die Politiker vermochten zu erkennen, daß sie es selbst waren, die den Übelstand schufen, den sie so eifrig bekämpften.

Die Wissenschaften und Hilfswissenschaften des Stadtplaners, Stadtgeografie, Stadtsoziologie, Planungstheorie, Planungsmethodik, Planungsstrategie, haben in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Immer aber hängt ihre Anwendung ab von der Person dessen, der plant. Daß wir dabei nicht trennen können zwischen dem Planer im engeren Sinne und dem ihm scheinbar übergeordneten Machttträger, haben wir dargelegt. Insofern ist die Planung nicht autonom, sondern einem sozialen System zugehörig und wirksam durch ein Personenkollektiv, eine Organisation.

Wir erleben gegenwärtig gleichzeitig ein Fortschreiten der Planungstheorie und ein Fortschreiten des Partizipationsgedankens. Die Planungstheorien spiegeln den Machttägern eine Objektivität vor, die zur Unterdrückung der Partizipation mit ihrer wechselhaften Unberechenbarkeit verführt. Andererseits sind auch die Machttäger probabilistisch: Sie sind Menschen, also lernfähig, egozentrisch, kameradschaftlich oder sonst *falsch programmiert*,

sie arbeiten in einer Organisation mit bestimmten gruppenspezifischen Eigenheiten, und ihre Entscheidungen sind nicht feststellbar, sondern aufgelöst in einer Zeitspanne. Damit ist technische Planung von zwei Seiten her eingegrenzt: von der Seite der Demokratisierung und Partizipation her oder, technokratisch ausgedrückt, von der Durchsetzung her, und von der Seite der Entscheidungsträger.

Planung ist also nicht nur das, was die Techniker planen. Über Stadtplanung nachdenken heißt also nicht (nur), die neuesten Theorien über Wohndichte oder Verkehrsführung zu studieren; vielmehr geht es um die umfassende Betrachtung der Art und Weise, wie Kommunen ihre Umwelt planend verändern. Daß sich dieser Prozeß mit objektivem Wissen anreichert, ist zu hoffen; daß er zu einer Wissenschaft wird, ist eine Illusion.

Autor_innen

Lucius Burckhardt forschte zu Design, Architektur, Planung, Stadt und Landschaft. Er war ein früherer Kritiker der autogerechten Stadt und der „Lösung“ gesellschaftlicher Probleme mit Bauwerken. Außerdem begründete er die Spaziergangswissenschaft.
www.lucius-burckhardt.org



Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 115-124

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

1974 – Markierung einer Wende

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Wolf Reuter

Der referenzfreie und bestechend unpräzise Duktus, mit dem Lucius Burckhardt seine Gedankengänge entwickelt, verbirgt, dass diese in Diskurse hinein ragen, die zu den großen Themen der sechziger und frühen siebziger Jahre innerhalb und außerhalb der Planungswissenschaft geführt wurden. Dazu gehören – um grob zu etikettieren – die ‚Technokratiediskussion‘, der sogenannte ‚Deutsche Positivismusstreit‘ und die Profilierung der Planungstheorie im Übergang von szientifischer zu kommunikativer Rationalität und damit das von Planung als politischem Handeln. Ich wurde eingeladen, diesen Kommentar zu schreiben und werde im Folgenden über einige der damaligen Beiträge berichten, die das Feld beschreiben, auf dem sich Burckhardt bewegt. Als Zeitzeuge kann ich berichten, dass Burckhardt durch seine Vernetzung und Präsenz in zahllosen Vorträgen und Veröffentlichungen die planungstheoretische Debatte jener Zeit entscheidend mitgeprägt hat. Sein Aufsatz „Wer plant die Planung?“ von 1974 formuliert besonders prägnant die Desillusionierung der Wissenschaftlichkeit von Planung und platziert sie im politischen Raum (Burckhardt 2017 [1974]: 114). Die Wende hin zur einer Perspektive auf das Netz der Akteur_innen und ihre Interessenlagen gehört zu den damals zukunftsweisenden Leistungen.

1974 hatte die Planungstheorie, das engere Gebiet also, in das sich Burckhardts „Wer plant die Planung?“ einbettet, bereits eine Strecke mit besonders dramatischen Wendepunkten hinter sich. Das ist nicht verwunderlich. Zum einen steckte das, was sich unter Planungs-/Entwurfs-/Designtheorie versammelte, noch in den Geburtswehen. Sie hatte keine so lange Geschichte hinter sich wie andere Disziplinen, etwa die Soziologie oder die Ökonomie, die – merkbar – Burckhardts Herkunftsdisziplinen sind. Zum anderen wirkten die Impulse, die sich um 1968 entwickelten, jener symbolisch aufgeladenen Jahreszahl von axialem Rang für die Diskurse davor und danach, auch auf die Planungswissenschaften.

Schon mit der Formulierung des Titels stößt Burckhardt listig das Fenster auf für eine Perspektive auf die Abhängigkeit der Planung von ihren Akteur_innen und denen, die hinter den Planer_innen als weitere Akteur_innen stehen, und auf den Kontext von Rollenbeschränkung

und politischem Einfluss. Mit seinem ersten erläuternden Satz positioniert er sich im Lager derer, die Planung nicht als fachlich isolierbare Disziplin, sondern als Tätigkeit in gesellschaftlichem Kontext sehen, „... daß sie bedingt ist durch die Politik, daß sie aufgehängt ist in einem sozialen System.“ (Burckhardt 2017 [1974]: 105) Und nach zwei Seiten Lektüre hat er das kategoriale Feld abgesteckt, in dem das Planen zu verankern sei. Kernpunkte sind die Problemformulierung als bereits für die Lösungsstrategie wirksame Entscheidung, die Nicht-Objektivität der Entscheidung, die Bindung an (Wahl-)Erfolge der entscheidenden Akteur_innen, die Kritik am (Demokratie-)Modell in Bezug auf seine Griffbarkeit für Planungsentscheidungen, die Infragestellung der Unabhängigkeit der Fachleute und deren Verwebung in Macht und Politik, die Fragwürdigkeit eines ‚formalistischen Demokratiebildes‘. Konkreter fällt der Begriff ‚Lobby‘, der die Stadtplanung unheilige Allianzen mit Investor_innen und Baugewerbe eingehen lässt.

Man kann den Blick auf die Mitstreiter_innen in diesem Diskurs mit Horst Rittel beginnen, mit dem Burckhardt seit 1959, wo sie sich an der Hochschule für Gestaltung (HfG) Ulm begegneten, eine lebenslange Freundschaft verband, und dem er bescheinigte, eine ganze Generation von Planer_innen geprägt zu haben. Dessen Befunde von 1969/1973, dass alles Planen politisch sei (mündlich in Vorlesungen, vgl. Rittel 1992: 35) oder, im Rahmen seiner berühmten ‚wicked problems‘, dass es keine definitive Formulierung eines Planungsproblems gäbe, und dass die gewählte Erklärung des Problems die Lösung bestimme, zeugen von der gleichen Position. Aber es ist nicht nur dieser ebenfalls denkmächtige Planungstheoretiker, es sind auch Autor_innen aus der Soziologie, Sozialphilosophie und Politologie, deren Beiträge den Hintergrund für Burckhardts Einlassungen mit geformt haben.

Planung ist politisches Handeln

Wenn Burckhardt (S. 109) den Widerspruch zwischen dem formalen und dem effektiven Aufbau der planenden Organisation beschreibt, so sieht er die Entscheidungsmacht aufgrund der besseren Informationslage von Verwaltung zu Regierung zu Parlament abnehmen statt, wie im formalen Modell, umgekehrt. Die Entscheidung im Parlament ist dann ‚zeremonialisiert‘. Was Edelman (1964) in den USA noch formal-kritisch als ‚symbolischen Gebrauch von Politik‘ charakterisierte, wurde in Deutschland Gegenstand einer viel grundsätzlicheren kritischen Theorie staatlicher Planung, welche die Unzulänglichkeiten des Planungsapparates zu erklären versucht. Dabei gab es, von Frieder Naschold (1972) grob eingeteilt, zwei Lager: ein polit-ökonomisches und ein handlungs-/entscheidungstheoretisches. Das politökonomische sah die Erklärung von Dysfunktionalitäten in einer grundsätzlichen Abhängigkeit der Politik von der Ökonomie, von ihren mächtigen Akteur_innen, und grundsätzlicher noch in dem ungelösten Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit. Der Staat übernimmt die Aufgabe Konflikte auszuregeln, sichert im Prinzip aber die Funktionsbedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft, so Autoren wie Altwater (1972) und von Flatow/Huisken (1973). Die darin erscheinenden zentralstaatlichen Machtverhältnisse schlagen, wie Grauhan (1969) bemerkt, dann auch im Handeln der planenden Verwaltung auf kommunaler Ebene durch. Für einen Teil dieser Theoretiker war die

Strategie der Änderung des Missstandes die Vorbereitung der Revolution, nach der dann radikaldemokratische Modelle bessere Pläne hervorbringen würden. Diese Position wurde auch geteilt von der Berliner Fraktion der von Burckhard erwähnten (S. 107) Architekturstudent_innen und kam in der damals berühmten „Planer-Flugschrift“ von 1968 zum Ausdruck (Autorenkollektiv der Fachschaft Architektur, TU Berlin, 1968). Die Verwissenschaftlichung der Planung solle nicht der Aufrechterhaltung der derzeitigen Herrschaftsstrukturen dienen, sondern ihrer Änderung beziehungsweise nach ihrer Änderung den dann Herrschenden.

Parallel gab es das handlungs- und entscheidungstheoretische Lager, das einem pluralistischen Systemkonzept folgte, in dem der Mechanismus miteinander konkurrierender Gruppen in Aushandlungsprozessen ein „Optimum kollektiver Rationalität“ erzeugen kann, wie es Naschold (1973) in „Gesellschaftsreform und politische Planung“ beschreibt. Selbst wenn ein Ungleichgewicht der Interessendurchsetzung zu konstatieren ist, so können Fehler im irrationalen Verhalten von Gruppen oder der Verwaltung lokalisiert und korrigiert werden; es gebe ausreichend Möglichkeiten der Reform der Missstände, so Sontheimer (1971) in seinen *Grundzügen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* und zeitgleich Scharpf (1971) in *Planung als politischer Prozess*. Zu den Mitteln der Verbesserung gehören neue Planungs- und Informationstechniken und auch neue Formen der Beteiligung.

Eine besondere Position nahm Offe (1972) in *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* und (1969) in „Politische Herrschaft und Klassenstrukturen“ ein. Ausgehend von der These, dass am Output des Entscheidungssystems ablesbar sei, wie (un-)demokratisch der Staat ist, stellt er fest, dass wichtige Fragen gar nicht auf die Agenda kommen (siehe Burckhardt 2017 [1974]: 105) und dass einseitige Interessen, die mit dem Profit aus Boden und Kapital zu tun haben, sich durchsetzen. Generell, so seine ‚Disparitätentheorie‘, stellt er fest, dass Politikbereiche wie Wirtschaft, Finanzen und Militär höheres Gewicht haben als solche, die sich mit Wohnen, Gesundheit oder Bildung befassen.

Burckhardt steht als Planungstheoretiker auf der Seite dieser Gruppe der kritischen Theorie. Wenn er in einem eigenen Abschnitt zu ‚kollektiven Entscheidungen‘ die Funktionsweise des Systems kritisiert, nimmt er zudem innerorganisatorische Verhaltensgesetze ins Visier, wie sie auch in den USA von March/Simon (1958) in *Organizations*, von Simon (1947) in *Administrative Behaviour* und von Olson (1965) in *The Logic of Collective Action* untersucht wurden.

Zum anderen richtet Burckhardt seine Kritik auf die Funktionsweise des Demokratiemodells, das in eine Umkehrung des intendierten Entscheidungsmechanismus ausartet (s. o.). Wenn er auf den „großen Teil der modernen Entscheidungsforschung“ (S. 106) hinweist, ordnet er sich Gesinnungsgenossen aus der Riege der kritischen Politologen der frühen 70er zu. Zu nennen sind Naschold, Väh, Scharpf, Hirsch, Horn, Massing oder Grauhan, die meisten versammelt in dem Band *Politikwissenschaft* (Kress/Senghaas 1971). Sie trugen die Defizitanalyse des Modells demokratischer Entscheidungsfindung in seiner praktischen Ausformung vor. Wahlen werden nach personalisierten Profilkämpfen zu Entscheidungen über Führungsfiguren, weniger zu Entscheidungen über konkurrierende Programme. Propaganda und Marketing bis hin zur Manipulation überwiegen die Argumentation. Ohnehin kann

sich der Wahlakt nicht auf die Einzelprobleme beziehen, die im Laufe einer Wahlperiode auftauchen. Besonders kritisiert wird auch die von Burckhardt benannte widersinnige Umkehrung des Machtgefälles von Parlament über Regierung zu Verwaltung. Parlamentarier seien oft überfordert von der Komplexität der Materie; die Zielkonflikte, die erst bei Ausarbeitung und Vollzug der Vorgaben von oben auf der Verwaltungsebene auftauchen, werden dort entschieden, so Grauhan (1969) in „Zur Struktur der planenden Verwaltung“. Die Verwaltung macht Vorlagen für das Parlament. Referent_innen arbeiten die Gesetzentwürfe aus. Da werden Zielalternativen im vorparlamentarischen Raum – oft im Austausch mit Lobbyist_innen – ausgeschieden, sodass nur eine akzeptable Lösung verbleibt. Die Verwaltung gewinnt aus den Vollzugsdaten relevantes Wissen. Das Parlament wird abhängig, die Verwaltung übernimmt indirekt Regierungsarbeit und nimmt dadurch an der politischen Führung teil, so Hirsch (1972) in seinem Aufsatz „Ansätze einer Regierungslehre“. Kritik, zum Beispiel von Olson (1965) und von Offe (1972), richtet sich überdies auf die feststellbare Asymmetrie der Einflusschancen zwischen bevorteilten (organisierten) Interessenverbänden und benachteiligten (unorganisierten) Betroffenenengruppen, welche den größeren Anteil in der Gesellschaft ausmachen. Burckhardt nennt sie „die Stimme der Verplanten“ (S. 111).

Gesamtplan vs. Durchwurschteln

Es gibt noch eine andere Dimension des planerischen Handelns, die in Burckhardts Text auftaucht. Er spricht vom „Stolpern von Maßnahme zu Maßnahme“ einerseits und „strategischem Vorgehen“ andererseits, „wie es dem Systemcharakter der Stadt angemessen wäre“ (S. 113). Hier mischen sich zwei Debatten. Die eine bezieht sich auf das Konzept der Gesamtplanung, in den USA als ‚comprehensive‘ bezeichnet, gegenüber dem des ‚Durchwurschtelns‘, was als ‚muddling through‘ durch den Aufsatz von Lindblom (1959) theoretische Gestalt verliehen bekam. Es sei realistischer als ohnehin nicht durchsetzbare Gesamtpläne und entwickle in der Addition der Schritte seine eigene Rationalität. Wesentliche Referenz in dieser Debatte ist Popper (1965), der Vater des ‚Inkrementalismus‘, der im ‚Elend des Historizismus‘ der ‚Politik der kleinen Schritte‘ den Vorzug vor Gesamtlösungen gibt, die Gefahr laufen, totalitären Charakter zu entwickeln. Festgehalten werden kann aber auch eine Erkenntnis von Braybrooke/Lindblom (1963) als Vertretern des Inkrementalismus, dass sich Ziele und Mittel wechselseitig bedingen.

Systemtheorie

Der Aspekt jedoch, den Burckhardt anspricht, ist ein anderer. Er setzt das Stolpern von Maßnahme zu Maßnahme in Bezug zu der Unfähigkeit, der Komplexität des Systems Stadt und der Komplexität seiner Probleme (mit adäquaten Lösungen) gerecht zu werden. Er favorisiert hier das Konzept der Systemtheorie, obgleich es in den damaligen Debatten als Versuch unangemessener Verwissenschaftlichung des Planergeschäftes kritisiert wurde. (Siehe die Kritik am Einsatz kybernetischer Modelle zur ‚Selbstregelung‘ von Systemen als Objekte der Planung durch Kade/Hujer 1972). Er sieht aber das Potential der systemischen Herangehensweise. Unter anderem

auch von Rittel transportiert, der mit Churchman (1968: *The Systems Approach*) in Berkeley kooperierte, versprach der Ansatz, die Komplexität eines Planungsproblems, beziehungsweise der Materie, auf die sich Planung bezieht, (eine Stadt z. B.), gerade *nicht* unzulässig zu vereinfachen. Er bot eine Möglichkeit, sich der relevanten Elemente, ihrer Wechselbeziehungen und der möglichen Folgen von erwogenen Maßnahmen im Wirkungsgefüge zu vergewissern, bevor gehandelt wird – eine der fundamentalen Kompetenzen von Planer_innen.

Nebenbei setzt Burckhardt noch einen Seitenhieb auf die Ausbildung der Architekt_innen, die in Deutschland Stadtplanung betreiben; sie seien wegen ihres Trainings in Komplexitätsreduktion und intuitiver Lösungstaktik für eine solche Aufgabe gar nicht geeignet. Die von Burckhardt gelobten Initiativen der Architekturstudent_innen vor und nach den 68er Jahren griffen tatsächlich diese Selbstbegrenzung des Fachs auf und erreichten, besonders erfolgreich in der Stuttgarter Fraktion (der ich damals angehörte), die Einführung von Fächern wie Soziologie und Bauökonomie, ja der Planungstheorie selbst, in denen ein kritischer Diskurs über die eigene Tätigkeit überhaupt erst stattfinden konnte. Diese Initiative ebnete auch Horst Rittel 1972 den Weg von Berkeley nach Stuttgart. Die ihm als Mathematiker und theoretischem Physiker zugeschriebene Position, er wolle Planung zur Wissenschaft machen, verkennt seinen wesentlichen Beitrag. Selbst wenn er in Kenntnis der Techniken des Operation Research und des Systemansatzes, wie ihn Churchman in Berkeley vertrat, eine breite Palette von Methoden anbot, um, wo immer es sinnvoll war, den Planungsprozess rational zu stützen, ist seine Hauptbotschaft in der Charakterisierung von Planungsproblemen als ‚wicked problems‘ formuliert. In seinem zusammen mit Webber nach einem 1969 in Boston gehaltenen Vortrag verfassten Aufsatz (Rittel/Webber 1973) über die „Dilemmas in a General Theory of Planning“ zählt er Merkmale von Planungsproblemen auf, die sie dramatisch und grundsätzlich von solchen der Ingenieure und Wissenschaftler unterscheiden. Um die Differenz zu betonen, hat Rittel diesen Ansatz auch ‚System Theory of the Second Generation‘ genannt.

Einsichten, wie sie in den Eigenschaften der ‚Bösartigkeit‘ (*wickedness*) ausformuliert werden, sind Burckhardt nicht fremd. Es ist schwer zu sagen, welcher Art die wechselseitige Befruchtung von Burckhardt und Rittel war. Sie haben sich gekannt, besucht und ausgetauscht. Immerhin ist die Ähnlichkeit ihrer Erkenntnisse frappierend. Wenn Burckhardt etwa die „determinierende Kraft [...] in der Benennung des Übelstandes“ (Burckhardt 2017 [1974]: 109) sieht, wodurch die „Art seiner Bekämpfung“ (ebd.) festgelegt wird, so entspricht es den Eigenschaften böser Probleme, dass die Formulierung des Problems beziehungsweise seine Erklärung die Lösung festlegt. Oder wenn Burckhardt sagt, dass die Bekämpfung einer Misere (am Bahnhofplatz, S. 109) besser woanders (am Stadtrand) erfolgen solle, wo es nämlich erzeugt wird, formuliert Rittel, dass jedes Problem als Symptom eines anderen gesehen werden kann, dessen Lösung angemessen wäre. Schreibt Burckhardt, „Verantwortung ist ein ungedeckter Scheck, da Fehlplanungen nicht rückgängig gemacht werden“ (S. 113) können, konstatiert Rittel, der Planer habe kein Recht darauf Unrecht zu haben. Es ist müßig, zu spekulieren, wer da der Vater eines Gedankens war. Sie waren unabhängige Denker, die sich trafen. Sie waren Brüder im Geiste.

Die Technokratie-Diskussion

Die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Wissenschaft und urteilendem ‚politischem‘ Entscheiden berührt eines der großen Themen der sechziger Jahre. Was bei Burckhardt in dem Kontrapaar „Politik“ versus „Planung“ (S. 106) oder am Schluss seines Aufsatzes (S. 114) als „technische Planung“ versus „Demokratisierung“ auftaucht, verweist auf eine Debatte, die zu der Zeit noch nicht für alle entschieden war, die aber auf vielen Ebenen seit über einem Jahrzehnt geführt wurde. Schelsky (1961) eröffnete die sogenannte ‚Technokratie-Diskussion‘ mit der Vision zukünftiger Entscheidungsmechanismen, bei denen verfügbare Mittel sachzwangartig über den Fortschritt der Gesellschaft bestimmen. An Menschen gebundene Urteile, die Bedürfnisse und Wertorientierung ausdrücken und in demokratische Prozeduren eingebunden sind, werden dadurch überflüssig. Die Planer_in ist als Expert_in Teil und Ausführende_r eines technisch-wissenschaftlichen, in Bürokratie gegossenen Apparates ohne ethische Verantwortung. Neben anderen Opponenten wie Barth (1961) mit seiner berühmten Reaktion „Helmut Schelskys technischer Staat“ formulierte Habermas (1968) die später am meisten referenzierte Gegenposition in *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Habermas sieht den, auch durch den Zwang der Instrumente, nicht abgedeckten Entscheidungsrest einem ‚dezisionistischen‘ Akt überlassen. Der Herrschaft der Instrumente stellt er die Vorrangigkeit der in der ‚Lebenswelt‘ vorhandenen Bedürfnisse der Menschen gegenüber. Gegen die Webersche ‚Zweckrationalität‘ oder instrumentelle Rationalität, in der bei (von wem?) vorgegebenen Zielen nur der Einsatz der Mittel Gegenstand der Überlegung ist, steht eine andere Rationalität, die sich gerade auf Ziele, auf die handlungsleitenden Normen bezieht. Die ‚kommunikative Rationalität‘ beruht auf den Beiträgen der Beteiligten, insbesondere der handelnden Bürger_innen, die ihre Positionen und Argumente in einen Diskurs einbringen, der idealerweise ‚öffentlich, uneingeschränkt und herrschaftsfrei‘ sein sollte.

Später entwickelte sich eine Diskussion darüber, ob jener von Habermas (1973) in *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* erklärtermaßen ‚antifaktisch‘ postulierte herrschaftsfreie Raum möglich sei. Natürlich nicht. Die Sprechsituation ist ‚ideal‘. Es ist ein als normativ leitend konstruiertes Setting, auch wenn – und gerade weil – die Realität mit ihrem Gebrauch ungerechtfertigter Macht widerständig ist.

Von der ‚Scientific Method‘ zum argumentativen Modell oder der Kommunikativen Rationalität

Der Ausgang der unter Soziolog_innen, Sozialphilosoph_innen und Politolog_innen geführten ‚Technokratiediskussion‘ bestätigt für die Disziplin der Planer_innen, dass ihr Handeln politisch ist. Was Scharpf (1971) in *Planung als Politischer Prozess* als Politologe formuliert und Rittel (1973) als Planungstheoretiker in „Dilemmas in a General Theory of Planning“ erschlossen hat, ändert ein Paradigma der Rationalität, das bis dahin die Planungstheorie geleitet hatte. In ihren Anfängen bezog sie sich auf den Operations Research mit seinen im Militär und später in Wirtschaftsunternehmen entwickelten Methoden. Im Sinne der Weberschen Zweckrationalität bestand ihre Leistung

in der ‚optimalen Allokation von Ressourcen‘ bei gegebenen Zielen. (Das einfache Unternehmensziel ist das allen ökonomischen Handelns: maximaler Output bei minimalem Input.) Sie firmierte auch als ‚scientific Rationalität‘, in Anlehnung etwa an Ackoffs (1962) *Scientific Method*, weil man davon überzeugt war, mit wissenschaftlichen Methoden in der Planung die gleiche Evidenz für die Richtigkeit einer Planungsmaßnahme erzeugen zu können wie die Wissenschaft in ihrem Bereich für Fakten und Erklärungen. Am Versagen dieser Versuche setzt der erwähnte Aufsatz von Rittel und Webber (1973) an. Er erklärt es mit der unterschiedlichen Art der Probleme, mit denen es Wissenschaftler und Planer im Prinzip zu tun haben. Der entscheidende Aspekt, die Urteilsabhängigkeit planerischer Probleme in einem Kontext zunehmend pluralistischer Gesellschaften, führt zur Methode des sorgfältigen Argumentierens auf dem Weg zur Entwicklung einer Lösung. Rittel hat es in anderen Aufsätzen als ‚Argumentatives Modell‘ formuliert (vgl. Rittel 2013). Es kann als eine zeitgleich entwickelte instrumentelle Version des kommunikativen Modells Habermasscher Prägung gesehen werden. Aber erst dessen Rezeption in den USA hat zum sogenannten ‚argumentativen‘ oder ‚communicative turn‘ (Healey 1992) geführt. Für Burckhardt war der Gedanke, auch durch seine Freundschaft mit Rittel, 1974 längst präsent. Heute noch ist Rittels Etikett der ‚wicked Problems‘ oder ‚böartigen Probleme‘ unzitiertes Label für das vom wissenschaftlichen zu unterscheidende, radikal andere Profil planerischer Probleme.

Der Positivismusstreit

Es liest sich wie ein ärgerlicher Seitenhieb, wenn Burckhardt zynisch über den Beitrag der Soziolog_innen zum Aufspüren der Zustimmung der Betroffenen spricht und bei der Kritik der empirisch erlangten Ergebnisse die „Dissonanzreduktion“ (S. 111) anführt. In dem Hinweis auf die fragwürdige „Aussagekraft von Befragungen“ (ebd.), oder wenn er vom „Anschein der Aufklärung“ (ebd.) spricht, dann blitzt da ein anderer großer Diskurs der Jahre vor 1974 auf, in dem Burckhardt als Soziologe zu Hause ist – die Debatte, die als ‚deutscher Positivismusstreit‘ in die Geschichte einging. Im gleichnamigen Sammelband von Adorno et. al (1972) greifen Adorno und Habermas als Vertreter der Frankfurter Schule die Hauptfeinde Popper und Albert als Vertreter des Positivismus an. Ihr Vertrauen auf die an den Methoden der Naturwissenschaften orientierte Empirie zur Beschaffung von Evidenz für Hypothesen stößt an Grenzen. Wenn der aufzuspürende Sachverhalt, der erfragt werden soll, nicht selbst Teil der reflektierbaren Einstellung eines zu Befragenden ist, sondern – so die Annahme der Frankfurter – zum Beispiel durch eine Bewusstseinsindustrie, durch „Methoden, mit denen man sich Zustimmung schafft“ (S. 111), beeinflusst wird, dann ist eine analytische Theoriebildung zur Auffindung der Wahrheit geeigneter. Dann sollten – so Habermas in der Entgegnung auf Albert (s. Adorno et al. 1972) – auf ihre Gültigkeit und nach Kriterien überprüfbare Argumente Elemente der Evidenzbeschaffung sein dürfen. In diesem Sinne spricht Burckhardt von der Art, wie der Einzelne die Wirklichkeit zu sehen vermeint, als einer Folge seiner Erziehung in der Gesellschaft, von seiner „soziale[n] Konstruktion“ (S. 112), eine Formulierung, mit der er sich im Lager der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule positioniert.

Wie auch immer Spätere diesen Streit für sich als entschieden angenommen haben mögen, so hat er, wie bei Burckhardt abzulesen, die Fähigkeit zur Kritik an der Empirie als Methode, die „Stimme der Verplanten“ (S. 111) zu hören, gestärkt. Wieder ist eine Bastion der Wissenschaftlichkeit im Planungsgeschäft brüchig geworden, weil sich auch hier der politische Charakter von Planung zeigt. Mit dem Gebrauch von Macht vereinnahmt der politisch-administrative Apparat nicht nur die Expert_innen, die er beauftragt und bezahlt. Aus der Erkenntnis, dass die Methoden der Zustimmungbeschaffung wie ‚Information‘ und ‚Beratung‘ missbraucht werden, zieht Burckhardt den Schluss, weitere Schritte auf dem Weg der Beteiligung zu gehen. In seinem Schlussabsatz resümiert er nochmals, dass Planung nicht autonom sei (S. 113). Er sieht das Fortschreiten des Partizipationsgedankens, dessen weitere Ausdehnung sich erst nach 1974 zeigte. Wenn er die Rolle der Planungstheorie als Lieferantin von Objektivität angreift, verfolgt er ein Bild, das sich noch lange halten würde, aber zu dessen Dekonstruktion er selbst beiträgt. Die Politisierung, die kommunikative Einbindung der Beteiligten mit dem Zweck Machtgefälle abzubauen, die Entlarvung des Gebrauchs von Macht mit ihren Techniken selbst, der Aufbau von Gegenmacht durch Partizipation, hatte 1974 bereits begonnen und Burckhardt trug dazu bei, ihr in Zukunft mehr Geltung zu verschaffen.

Autor_innen

Wolf Reuter ist Design- und Planungstheoretiker, sowie Romanautor. Er forscht zu Planungsmethoden, Argumentativer Planung und zur Macht der Planer_innen und Architekt_innen. iwereute@iwe.uni-stuttgart.de

Literatur

- Ackoff, Russel L. (1962): *Scientific Method: Optimizing Applied Research Decisions*. New York/London: John Wiley & Sons.
- Adorno, Theodor W. / Dahrendorf, Ralf / Pilot, Harald / Albert, Hans / Habermas, Jürgen / Popper, Karl R. (1972): *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Altwater, Elmar (1972): Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus. In: *Probleme des Klassenkampfes* 3, 1-53.
- Autorenkollektiv der Fachschaft Architektur, TU Berlin (1968): *Planer-Flugschrift: Ein Beitrag zur Planerausbildung*. In: *Stadtbauwelt* 20, 1499-1504.
- Barth, Hans Paul (1961): Helmut Schelskys technischer Staat. In: *Atomzeitalter* 4: 195–201.
- Braybrooke, David / Lindblom, Charles E. (1963): *A Strategy of Decision*. New York: The Free Press.
- Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1-2, 105-114.
- Churchman, C. West (1968): *The Systems Approach*. New York: Delacorte Press.
- Edelman, Murray Jacob (1964): *The Symbolic Uses of Politics*. Illinois: University of Illinois Press.
- Grauhan, Rolf-Richard (1969): Zur Struktur der planenden Verwaltung. In: *Stadtbauwelt* 22, 132-137.
- Habermas, Jürgen (1968): *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Healey, Patsy (1992): Planning through debate: The communicative turn in planning theory. In: *The Town Planning Review* 63/2, 143-162.
- Hirsch, Joachim (1972): Ansätze einer Regierungslehre. In: Gisela Kress / Dieter Senghaas (Hg.), *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 269-285.
- Kade, Gerhard / Hujer, Reinhard (1972): Planung der kleinen Schritte und Politik des „Status quo“. Zur systemerhaltenden Funktion von Planungskonzepten. In: Gerhard Fehl / Mark Fester / Nikolaus Kuhnert (Hg.), *Planung und Information. Materialien zur Planungsforschung*. Gütersloh: Bertelsmann Fachverlag, 167-179.
- Kress, Gisela / Dieter Senghaas (Hg.) (1971): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Lindblom, Charles E. (1959): The science of „muddling through“. In: *Public Administration Review* 19/2, 79-88.
- March, James G. / Simon, Herbert A. (1958): *Organizations*. New York: Wiley.
- Naschold, Frieder (1972): *Systemsteuerung. Einführung in die moderne politische Theorie. Teil II*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Naschold, Frieder (1973): *Gesellschaftsreform und politische Planung*. In: Frieder Naschold / Werner Väth (Hg.): *Politische Planungssysteme*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 59-98.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Popper, Karl (1965): *Das Elend des Historizismus*. Tübingen: Mohr.
- Rittel, Horst / Webber, Melvin (1973): Dilemmas in a general theory of planning. In: *Policy Sciences* 4: 155-169.
- Rittel, Horst (1992): *Planen Entwerfen Design. Ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Scharpf, Fritz (1971): *Planung als politischer Prozess*. In: *Die Verwaltung* 1, 1-30.
- Schelsky, Helmut (1961): *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Simon, Herbert A. (1947): *Administrative Behaviour: A Study of Decision-making Processes in Administrative Organizations*. New York: Macmillan.
- Sonthheimer, Kurt (1971): *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. München: Piper.
- Von Flatow, Sybille / Huisken, Freerk (1973): Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates. In: *Probleme des Klassenkampfes* 7, 83-153.

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 125-130
zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt
,Wer plant die Planung?'

Kommentare von:
Wolf Reuter, Beate Binder,
Jens S. Dangschat, Monika
Grubbauer, Michael
Guggenheim, Stadt von
Unten, Iris Dzudzek

„Die Entscheidung ist ausgelöst in der Zeit“

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Beate Binder

Die Frage „Wer plant die Planung?“, die Lucius Burckhardt 1974 seinen Überlegungen zu den Missverhältnissen in der hiesigen Stadtplanungskultur voranstellt, ist heute genauso aktuell wie damals. In den letzten Jahren sind Planungsprozesse verstärkt auch in den Fokus der Stadtanthropologie gerückt, wobei der über 40 Jahre alte Text einige Anschlussstellen bietet. Doch neben einem freudigen Staunen über die Aktualität des Beitrags zur damaligen Debatte stellen sich bei der Lektüre auch ambivalente Gefühle ein: Etwas wehmütig denke ich, wie einfach die Welt damals noch zu ordnen schien, und die anklingende Aufbruchsstimmung in der Zeit ‚nach ´68‘ ruft nostalgische Gefühle hervor; Ärger mischt sich dazu über manche Auslassung und die Arroganz des schnellen Urteils, und vor allem fühle ich mich irritiert angesichts des Mäanderns zwischen aus meiner Perspektive nur schwer zu vereinbarenden Theoriefragmenten. Doch eins nach dem anderen.

Meine Zustimmung findet vor allem der Auftakt: „Die Stadt ist voller Übelstände, und nicht jeder ist Gegenstand unserer planerischen Fürsorge“ (S. 105), schreibt Lucius Burckhardt bereits auf der ersten Seite. Ja, möchte ich rufen, genau: Was wo und wie als Problem wahrgenommen wird, ist weder selbstverständlich noch naturgegeben, folgt keiner abstrakten Logik oder ist entsprechend allgemeingültiger Grundsätze ‚rational‘. Vielmehr werden Probleme gemacht, entstehen *matters of concern* in konkreten, sozial strukturierten Situationen, oder in der zwar nicht identischen, aber durchaus anschlussfähig lesbaren Wortwahl von Lucius Burckhardt: Planung „ist nicht autonom, sondern einem sozialen System zugehörig“ (S. 113). An anderer Stelle spricht der Autor der „Benennung des Übelstands“ und der „sprachlichen Fixierung“ von Problemen eine „determinierende Kraft“ zu (S. 109) – es sind die Beschreibungen, welche die Gestalt und Wahrnehmung eines Problems maßgeblich bestimmen, würde ich formulieren (Binder 2006). Die Metaphern mit ihren eingelagerten normativen wie utopischen Vorstellungen nehmen Einfluss darauf, wo Planungsanstrengungen hinlaufen sollen. Zudem führten „unscharfe Grenzen“ dazu, so Burckhardt, dass – so wiederum meine Formulierung – Problemdefinitionen als *boundary objects* (Star/Griesemer 1989) fungieren, die unterschiedlichen Akteur_innen

Anschluss- und Handlungsmöglichkeiten bieten. Weiter diagnostiziert Lucius Burckhardt, dass Probleme separiert werden. Es gehört also zu den Techniken des Definierens handhabbarer Probleme, die Stadt nicht als Ganzes in den Blick zu nehmen, sondern an Einzelbaustellen herumzuwerkeln, mit dem Effekt, dass Probleme nur verlagert werden. So würde ich es jedenfalls formulieren und dabei auf alltägliche Erfahrungen verweisen – bis hin zu der Groteske, dass der Fahrradweg, auf dem ich fahre, im Off endet. Der Begriff der ‚Problematisierung‘, den Foucault geprägt hat, um auf Prozesse der Konstitution von Objekten beziehungsweise Phänomenen als in spezifischer Weise problematische aufmerksam zu machen (vgl. auch Klöppel 2010), kommt mir dabei in den Sinn. Die „Übelstände der Stadt“ (S. 105) sind zwar da, aber werden nur vermittelt als solche wahrgenommen; zudem liefert die Art und Weise ihrer Konstitution auch die Logik für sich ergebende Konsequenzen – also dafür, wie eine Lösung aussehen kann. Lucius Burckhardt spricht in seinem Text einige der zeitspezifischen Problematisierungsweisen an, etwa die bereits genannte Zerlegung des städtischen Ganzen in Einzelprobleme, die auf messbare Erfolge ausgerichtete Bewertung von Stadtplanungsmaßnahmen, spezifische Formen der (Nicht-) Beteiligung von ‚Betroffenen‘ und nicht zuletzt den Glauben an die technische Machbarkeit städtischer Planung.

Die Polemik und Schärfe der Kritik verweist zugleich darauf, dass auch Lucius Burckhardt mit seinem Text dazu beitragen will, die Stadt und die etablierten Prozeduren der Planung zu problematisieren. Er interveniert in die damalige Praxis, indem er ‚andere‘ Bewertungen vorschlägt und das wahrnehmende Auge auf spezifische Problemkonstellationen lenkt. Der Text trägt insofern selbst zur Konstitution seines Gegenstandes bei, indem er die aktuellen Missstände in spezifischer Weise formatiert, Interpretationen vorschlägt und Lösungen zumindest andeutet – ohne allerdings die eigene Perspektive in dem Text zu reflektieren.

Doch dann gibt es Passagen, die meinen Widerspruch hervorrufen. Obwohl zu Beginn vom aktiven Herstellen von Problemlagen gesprochen wird, wird dieses Tun im weiteren Verlauf der Argumentation an Personen und spezifische Interessenkonstellationen gebunden. Der mit Foucault sich öffnende Kurs wird, vielleicht nicht so erstaunlich für einen Text der 1970er Jahre aus westdeutscher Werkstatt, in organisationssoziologische und handlungstheoretische Fahrwasser gelenkt. Für meinen Blick einer praxeologisch und gendertheoretisch informierten Stadtanthropologin ist der Schlenker kaum nachzuvollziehen, dass Burckhardt das Herstellen von Problemen an das politische Kalkül einzelner Personen bindet, die sich ein Problem „an die Fahne“ (S. 105) heften, oder an Akteurskollektive, die im Rahmen der Planungsbehörde als Organisation Nutzen und Schaden kalkulieren. Stadtplanung wird damit der Vorstellung zweckrationalen Handelns untergeordnet, das jenseits des städtischen Gemeinwohls auf individuelle respektive kollektive Vorteile bedacht ist. Mir scheint, dass in diesen Passagen die Denkfigur des *rational choice* Pate steht und damit die Vorstellung, dass bereits im Vorfeld Nutzen und Schaden, Anerkennung und Abwertung als Folgen spezifischer Entscheidungen abgewogen werden können.

Eingebunden wird die organisationssoziologisch gerahmte Analyse in die Vorstellung von der Wirkkraft eines Kräfteparallelogramms. Burckhard

identifiziert und diskutiert vier Gruppen, die mit unterschiedlichen Interessen an der Stadtplanung partizipieren – und, so könnte man im Anschluss an Michel de Certeau Unterscheidung in Strategien und Taktiken argumentieren (de Certeau 1988), auch in unterschiedlichem Maß Einfluss auf stadtplanerische Entscheidungsprozesse nehmen (können): „Die Frage, wer die Planung plant“, so Lucius Burckhardt, „führt uns also heute in das Kräfteparallelogramm zwischen der regierenden Beamtenschaft, der Bauspekulation, der Bürgerschaft und den durch die beschlossenen Maßnahmen betroffenen Leuten.“ (S. 107) Auch wenn diese Konstellation aus heutiger Perspektive etwas holzschnittartig daherkommt, besticht sie dadurch, dass sie die sozialen Dynamiken des Planungsprozesses in den Fokus rückt. Als eine Art *trickster* führt Lucius Burckhardt an dieser Stelle den Planer selbst als Figur ein, in welche die Vorstellung von der Möglichkeit „sachliche[r] Planung“ (S. 107) jenseits situierter Wissensbestände eingeschrieben ist – mit Sicherheit eine männlich kodierte Figur, die bis heute wirksame Ausschlüsse produziert, wie ich anmerken würde (vgl. Frank 2003). Bereits auf Grund der Einbindung in die Organisationslogik der Planungsbehörde scheitert dieses Ideal an Bedingungen des Machbaren: Die „entscheidungsfindenden Kollektive“ (S. 107) folgen der Logik der Organisation und der dort herrschenden Bewertungsmatrix, argumentiert Lucius Burckhardt. Dabei identifiziert er überaus überzeugend zentrale Momente des ‚Problems Stadtplanung‘: Er weist hin auf die Blackbox der Übersetzung von Beschreibungen in Maßnahmen, auf das Angewiesen-Sein auf Kompromisse, um zwischen Bestehendem und Gewolltem vermitteln zu können, auf die unscharfe inhaltliche wie räumliche Bestimmung von Problemkonstellationen und die Pfadabhängigkeit von Planungsprozessen. Gerade die Frage der Übersetzung ist in den letzten Jahren ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, nicht zuletzt durch den Einfluss der Science and Technology Studies sowie der Akteur-Netzwerk-Theorie und die damit einhergehende Beachtung nicht-menschlicher Beteiligter in solchen Prozessen (vgl. Beck et al. 2012). Aus dieser Perspektive kann die Frage der Planung als Übersetzungsprozess verstanden werden, bei dem Leitideen und Zielvorstellungen in konkrete Praktiken verwandelt – eben übersetzt – werden (vgl. z. B. Farias/Bender 2010). So produktiv diese Perspektive ist, geht sie doch gelegentlich auf Kosten der ausreichenden Beachtung von sozialen Dynamiken und Macht-konstellationen, die Stadtplanungsprozesse durchziehen.

Dies ist jedoch genau das zentrale Anliegen von Lucius Burckhardt und bestimmt auch eine weitere interessante Wendung, die der Text vollzieht. Denn der Autor beschreibt die Interessenkonstellationen nicht nur zwischen Planungsbehörden, Stadtpolitik und Bauspekulation, sondern auch zwischen dieser Planungs-Trias und Teilen des Mittelstandes. „Diese Klasse ist in relativ kurzer Zeit von einem trägen Konservatismus zu einem wirtschaftlichen Fortschrittsglauben übergegangen“ (S. 110), stellt der Autor fest, und befindet, dass das „bürgerliche Credo“, Wohlstand durch Investition zu erlangen, sich in den Städten durch „hektische Bauerei und Saniererei“ (ebd.) artikuliert. Mir fallen dazu Bilder aus meiner Kindheit und Jugend in Frankfurt am Main ein, angefangen beim Bau der U-Bahn und unterirdischer Fußgängerpassagen – Burckhardt schreibt von der „Tieflegung des öffentlichen Verkehrs unter die Erde“ (ebd.) – über die Abrissanierung von

Altstadtquartieren bis hin zu Häuserkampf und militanten Demonstrationen gegen Spekulation – während vor der Stadt suburbane Siedlungen wucherten. Mir fallen Henri Lefebvres Diagnosen mit dem Ruf nach einem „Recht auf Stadt“ ein (Lefebvre 2003), die beginnenden Kämpfe um den Erhalt von als historisch klassifizierten innerstädtischen Quartieren und die gleichzeitige Spekulation mit Grundstückspreisen.

Von diesen Spuren der sozialen Kämpfe um Stadt führt uns Lucius Burckhardt schließlich – und logisch – zu der „Stimme der Verplanten“ (S. 111) und den Versuchen der Stadtplanung, die Zustimmung zu ihren Entscheidungen zu erlangen. Stichwortartig werden die Reform des Städtebauförderungsgesetzes und die darin vorgeschriebene Bürgerbeteiligung genannt und vor allem die Rolle der Soziologie bei der Herstellung eines Planungskonsenses zwischen Stadt und „Betroffenen“ (S. 111) kritisch befragt. Auch hier stimme ich frohgemut zu, dass Befragungs- und Beteiligungsverfahren hochgradig problematisch sind, dass sich mit diesen Verfahren eine Expertenschaft etabliert (hat), die Interessen von „Betroffenen“ verwaltet, ohne die Standortgebundenheit der eigenen Wahrnehmung von Stadt abstreifen zu wollen oder zu können. Auch diese Verfahren werden bis in die Gegenwart von der Stadtanthropologie kritisch befragt: Welche Wissenspraktiken sind für solche Beteiligungsverfahren erforderlich, welche Kapitalien kommen hier zum Einsatz und wo kippt der emanzipatorische Gehalt dieser Partizipationsweisen in Bevormundung, wo wird der Demokratie in der Planung Grenzen gesetzt und welche Aus- und Einschlussmechanismen strukturieren sie? Wer kann hier wie seine Rechte nutzen und durchsetzen? Susan Silbey hat darauf hingewiesen, dass es eine empirisch offene Frage ist – und bleiben wird –, inwiefern solches, an rechtliche Rahmungen anschließendes Handeln demokratische Partizipation ermöglicht oder eben nicht (Silbey 2005). Lucius Burckhardt scheint es noch leichter zu fallen, hier ein Urteil zu fällen: Er ist skeptisch, doch identifiziert er zugleich ein wichtiges Problem auch hier in der Frage der Übersetzung: „Die Beplanten leben in einer Realität, ebenso auch die Planungsberechtigten in der ihren. Die subjektive Realität oder die Art, wie der einzelne die Wirklichkeit zu sehen vermeint, ist eine Folge seiner Erziehung in der Gesellschaft, also eine soziale Konstruktion“ (S. 112), stellt er fest. Auch wenn ich aus praxistheoretischer Perspektive darauf beharren würde, die Konstitution von Wahrnehmungsweisen als konstanten und unabgeschlossenen Prozess, als ein fortwährendes *doing* zu verstehen, gehe ich gerne mit bei Lucius Burckhardts abschließender Forderung: „Planung ist nicht nur das, was die Techniker planen. Über Stadtplanung nachdenken heißt also nicht (nur), die neuesten Theorien über Wohndichte oder Verkehrsführung zu studieren; vielmehr geht es um die umfassende Betrachtung der Art und Weise, wie Kommunen ihre Umwelt planend verändern“ (S. 114). Dass er zugleich der Stadtplanung den Status einer Wissenschaft entziehen will, führe ich auf sein Wissenschaftsverständnis zurück, das offensichtlich von einer standortunabhängigen Objektivität ausgeht (zur Kritik dieser Vorstellung vgl. Haraway 1988). Aber im Grunde ist die Frage, ob Stadtplanung Wissenschaft ist, auch völlig uninteressant. Wichtiger scheint es mir, (noch) genauer zu verstehen, *wie* Stadt in Stadtplanungsprozessen *gewusst* wird und wie Ideen von Stadt in Planung umgesetzt werden. Beim Weiterarbeiten an dieser Frage kann die Stadtanthropologie an den Text von Lucius Burckhardt anschließen,

wenn sie wieder stärker soziale Prozesse in den Mittelpunkt rückt – auch wenn ich vorschlagen würde, diese Frage intersektionaler anzugehen und nach der Verwobenheit unterschiedlicher sozial wirksamer Kategorien zu fragen, und dabei zwar auch, aber eben nicht nur Klasse respektive soziale Lage zu beachten (Binder/Hess 2011).

Autor_innen

Beate Binder forscht in der Europäischen Ethnologie zu den Themen Geschlecht, Stadtanthropologie, Politik- und Rechtsanthropologie, Politik und Praktiken der Erinnerung sowie im Bereich feministischer Kulturanthropologie.

beate.binder@hu-berlin.de

Literatur

- Beck, Stefan / Niewöhner, Jörg / Sörensen, Estrid (Hg.) (2012): *Science and Technology Studies: eine sozialanthropologische Einführung*. Bielefeld: transcript.
- Binder, Beate (2006): Urbanität als „Moving Metaphor“. Aspekte der Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er/1970er Jahren. In: Adelheid von Saldern (Hg.), *Stadt und Kommunikation in Umbruchszeiten. Von den 1970er Jahren bis heute*. Stuttgart: Steiner, 45-63.
- Binder, Beate / Hess, Sabine (2011): Intersektionalität aus der Perspektive der Europäischen Ethnologie. In: Sabine Hess / Langreiter, Nikola / Timm, Elisabeth (Hg.), *Intersektionalität Revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen*. Bielefeld: Transcript, 15-52.
- Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1-2, 105-114.
- De Certeau, Michel (1988): *Kunst des Handelns*. Berlin: Merve.
- Fariás, Ignacio / Bender, Thomas H. (Hg.) (2010): *Urban Assemblages: How Actor-Network Theory Changes Urban Studies*. New York: Routledge.
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. *Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*. Opladen: Leske + Budrich.
- Haraway, Donna (1988): Situated knowledges: The science question in feminism as a site of discourse on the privilege of partial perspective. In: *Feminist Studies*, 14/3, 575-599.
- Klöppel, Ulrike (2010): Foucaults Konzept der Problematisierungsweise und die Analyse diskursiver Transformationen. In: Achim Landwehr (Hg.), *Diskursiver Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag, 255-263.
- Lefèbvre, Henri (2003 [1970]): *Die Revolution der Städte*. Dresden: PostPlatz.
- Silbey, Susan S. (2005): After legal consciousness, in: *Annual Review of Law and Social Science*, 1, 323-368.
- Star, Susan Leigh / Griesemer, James (1989): Institutional ecology, „translations“ and boundary objects: Amateurs and professionals in Berkeley’s museum of vertebrate zoology, 1907-39. In: *Social Studies of Science* 19/4, 387-420.

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 131-136

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

Macht und Herrschaft, aber auch Werte und institutionelle Settings – sie bestimmen die Raumplanung

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Jens S. Dangschat

Historischer Kontext

Lucius Burckhardt hat vor mittlerweile 43 Jahren die Frage gestellt und – aus damaliger Sicht – kritisch beantwortet, wer die Planung plane. Das war knapp zehn Jahre nach dem Pamphlet zur *Unwirtlichkeit der Städte* von Mitscherlich (1965) und kurz nachdem die ersten Planungsstudiengänge im deutschsprachigen Raum gegründet worden waren (u. a. TU Dortmund 1969, TU Wien 1970, TU Berlin 1972). Der Gründungskontext der Studiengänge war zum einen immer die Architektur; er unterschied sich jedoch von Ort zu Ort erheblich: Während in Berlin und Dortmund eine ‚Bottom-up‘-Bewegung des Mittelbaus für die Etablierung bedeutsam war, waren die Entwicklungen in Aachen (Fehl) und Wien (Wurzer) von charismatischen Professoren getragen. Durch die unterschiedliche institutionelle Einbettung variierten die Zugänge zudem in ihrer schwerpunktmäßigen Orientierung an der Systemtheorie (Stuttgart und Aachen, vgl. Brunn/Fehl 1976), der politischen Ökonomie (Berlin, vgl. hierzu insbesondere die drei Hefte der Planerflugschriften, Naschold 1972, Scharpf 1973) und den Ingenieurwissenschaften (Wien).

Nahezu zeitgleich wurden in der Stadtsoziologie in Hamburg die ökonomischen Stadtentwicklungsmodelle von Lowry (1964) und die systemischen von Forrester (1969) diskutiert. An der TU Wien war der Gedanke, die wissenschaftlich-wertfreie Analyse mittels statistischer Verfahren und Modellierungen von der normativ getriebenen politisch-planerischen Entscheidung trennen zu müssen (und zu können), besonders verbreitet. Der Aachener Professor Gerhard Fehl (1976: 13) sah die umsetzungszentrierte Raumplanung in einem Wechselverhältnis aus Planungstheorie, politischem Kontext und dem Systemansatz. Burckhardts Position entsprach einem neo-marxistischen kritischen Trend innerhalb der Sozialwissenschaften in Folge der 1968er-Bewegung, doch dieser Ansatz bildete keinesfalls die Grundlage für alle neuen Studiengänge der Raumplanung.

Zentrale Thesen Burckhardts

Lucius Burckhardt konzentriert sich in seinem Text vor allem auf das Verhältnis von praktischer Raumplanung und dem politisch-administrativen Kontext. Das (formale) ‚wer‘ ersetzt er rasch durch das ‚wie‘ (als Ergebnis gesellschaftlicher Bedingtheit) und das ‚was‘ (bestimmt durch politische und gesellschaftliche Kräfte). Planung geschehe nicht isoliert, sondern sei „durch die Politik“ bedingt und „in einem sozialen System“ aufgehängt (S. 105).

Das, was geplant wird, werde bereits über die Formulierung der (Planungs-)Probleme definiert. Und die – etwas unscharf benannte – „gesellschaftliche Bedingtheit“ sieht er in der Einbettung der Raumplanung in das „Kräfteparallelogramm zwischen der regierenden Beamtenschaft, der Bauspekulation, der Bürgerschaft und den durch die beschlossenen Maßnahmen betroffenen Leuten“ (S. 107).

Weiter kritisiert Burckhardt, dass sich planerische und kommunalpolitische Entscheidungen schon immer eher an der Erscheinungsform stadtentwicklerischer Probleme als an den Ursachen dieser Phänomene orientieren.

Drei weitere Aspekte der Kritik Burckhardts an den damaligen Innovationen der Raumplanung sind trotz veränderter Kontexte noch heute gültig:

- Der „Mißbrauch“, der „mit den Mitteln der soziologischen Befragungen erzielt“ werde (S. 111),
- die Formen der Beteiligung, die – in Gesetze gegossen – eher formale Bestätigungen der einmal (in der Verwaltung) getroffenen Entscheidungen sind (S. 111) und
- die Ambivalenz der ‚advocacy planning‘ (Davidoff 1965) (S. 112).

Was ist heute noch gültig?

Vieles an der grundsätzlichen Kritik Burckhardts an der Planung ist also auch heute noch gültig. Vor dem Hintergrund der Opportunität gegenüber parlamentarischen Mehrheiten werden häufig nur die vermeintlich durchsetzbaren Alternativen erwogen. Die burckhardtschen Überlegungen zu den kollektiven Entscheidungen würde man heute mit dem Konzept des akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz/Scharpf 1995) beschreiben, nach dem Akteur_innen (Planer_innen, Politiker_innen) im Rahmen institutioneller Settings (der lokalen Planungskultur, Partei-Raison) handeln. Das Ausmaß und das Erkennen von Spielräumen sind danach von Machtpositionen und den jeweiligen Sozialisierungserfahrungen abhängig.

Zweitens ist die planerische Verwaltung nach wie vor lediglich an ‚Hebeln‘ interessiert, die sie selbst beeinflussen kann, nicht aber an den ursächlichen Zusammenhängen und Treibern der Prozesse. Diesem Denken der Reduktion auf das Wesentliche kommen auch heute noch die meisten Modellierungen von ‚Zukünften‘ entgegen, die deutlich unterkomplex hinsichtlich der Akteur_innen und der jeweiligen Orte sind.

Im Gegensatz zu früher ist die Forderung, nicht alles von Beginn an ‚fertig‘ zu planen, zwar lauter geworden, doch ist die Zahl der entsprechenden Projekte noch sehr gering. Ein Grund hierfür besteht im mangelnden Interesse von Investor_innen. Hier steht die Forderung der ‚Planung der Nicht-Planung‘ im Raum, die aus meiner Sicht vorerst sinnfrei bleibt. Es geht

nicht um ‚planungsfreie Räume‘, sondern um eine neue Rolle der Planung und der Planenden im Zuge von Prozessgestaltung und -begleitung. Letztlich unterliegt die Planung dem Druck von Investor_innen der Politik, den Medien und letztlich den Wachstumsdynamiken.

In der deutschsprachigen Akademie gibt es nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den die Raumplanung konstituierenden Fächern (ingenieur- und technikwissenschaftliche vs. sozialwissenschaftliche Fächer), zwischen quantitativen und qualitativen Methoden und zwischen evidenzbasierten Theoretiker_innen und umsetzenden Macher_innen. Die Unterschiede werden zudem häufig durch eine geringe Kooperationsbereitschaft und durch geringe wechselseitige Wertschätzung zementiert.

Was hat sich verändert?

Es ist eine große Verunsicherung in die Planung eingekehrt – was teilweise dazu geführt hat, sich vom Begriff der ‚Raumplanung‘ zugunsten der ‚Raumentwicklung‘ zu verabschieden. Die Verunsicherung besteht vor allem darin, dass sich die Erkenntnis verbreitet hat, dass die Grundlagen für Prognosen und Determinismus fragwürdig geworden sind, weil die Unsicherheiten größer geworden sind. Dazu haben zwei Aspekte beigetragen: der gesellschaftliche Wandel und der zunehmende Einfluss der Sozialwissenschaften.

Der soziale Wandel wird innerhalb der Raumplanung nur unzureichend und eher plakativ erfasst. Man vertraut weitgehend den soziodemografischen Kategorien aus der amtlichen Statistik, die jedoch eher für die Kontinuität von Zeitreihenanalysen gedacht sind, als Gegenwartsgesellschaften ausreichend differenziert zu betrachten. So schnappt man Begriffe aus dem allgemeinen Diskurs wie Patchwork-Familien, *greying society*, Flexibilisierung, *sharing* auf, ohne dieses empirisch fassen zu können. Vor allem ist das Sensorium für Einstellungs- und Verhaltensunterschiede relativ gering.

Die Rolle der Sozialwissenschaften hat sich seit den 1970er Jahren erweitert. Nach wie vor spielen Erhebungen mittels Fragebogen eine große Rolle (auch wenn ich nicht – wie Burckhardt – der Meinung bin, dass damit per se Missbrauch betrieben wird) – es gibt aber zunehmend auch qualitative und gruppendynamische Erhebungen. Zusätzlich hat die Bedeutung des Subjektiven zugenommen, das heißt die Sicht – bei Burckhardt schon angedeutet – auf die Planung wird nicht von objektiven, sondern subjektiven, sozialisationsabhängigen Fakten bestimmt.

In diesem Zusammenhang wurde der (ausschließliche) Blick auf den administrativ definierten ‚objektiven‘ Raum zugunsten des ‚subjektiv‘ geprägten relationalen Raums erweitert. Diese Verunsicherung wurde noch zu wenig im Sinne der Bewältigung einer neuen Herausforderung gesehen. Aus meiner Sicht ist der von Löw (2001) stark betriebene ‚Turn‘ zu Gunsten des Konstruktivistisch-Relationalen zu einseitig. Wenn aus ihrer Sicht die sozialpsychologisch begründete Konstruktionsleistung sozial-räumlicher Einheiten (die ich im Gegensatz zu ihr ‚spacing‘ nennen würde[1]) relevant ist, welchen Wert hat demgegenüber eine jahrzehntelang geübte Konvention unter den raumbildenden Fächern, räumliche Kategorien in der Logik des Container-Raumes zur Grundlage der Entscheidungen zu machen? Aus meiner Sicht ist der relationale Raum nicht das bessere Konzept, sondern

die Spannungsverhältnisse aus beiden Sichtweisen sowie die institutionellen Rahmensetzungen sind interessant. Aus dem Nicht-Beachten des *gaps* zwischen ‚objektivem‘ und ‚subjektivem‘ Raum lassen sich – so meine These – eine Reihe von Planungsfehlern verstehen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von subjektiven Daten hat sich auch die Rolle von (wissenschaftlichen) Berater_innen verändert. Da es häufig nicht mehr um ‚Wertfreiheit‘ geht (wenn es die jemals gegeben hat), werden Berater_innen zunehmend nach den ‚vermuteten Ergebnissen‘ ausgesucht und entsprechend instrumentalisiert.

Die Raumplanung wird sich sehr kurzfristig mit der veränderten Kommunikation aufgrund des Webs 2.0 auseinandersetzen müssen (Dangschat 2016). Noch ist völlig offen, wie On- und Offline-Kommunikation, wie E-Participation und traditionelle Beteiligungsformen im Sinne einer ‚*blended participation*‘ (Klammer 2015) so aufeinander bezogen werden können, dass die Wirkung der jeweiligen hohen sozialen Selektivität kompensiert werden können. Bei der Online-Beteiligung sind mit Sicherheit zwei Aspekte problematisch: Die Identität des Schreibenden ist ebenso unklar wie der Ort, an dem er gemeldet ist.[2]

Eine weitere aktuelle Herausforderung für die Raumplanung ergibt sich aufgrund veränderter Forschungspolitiken durch die Etablierung von ‚*urban living labs*‘ und der Forderung nach ‚*citizen science*‘. In beiden Fällen könnte die Raumplanung sagen: Machen wir doch eh‘ seit den 1970er Jahren in Zuge der Stadterneuerung (und sich darüber ärgern, nicht selbst die Marken gebrandet zu haben).

Man kann das Quartiersmanagement sicherlich als ein ‚*urban living lab*‘ verstehen und von der Modewelle versuchen zu profitieren. Die aus der Medizin und den Naturwissenschaften stammenden Zugänge zu ‚*citizen science*‘ sind hingegen scharf zurückzuweisen, weil sie die Bewohner_innen als billige und inkompetente Datensammelnde instrumentalisiert und als Versuchskaninchen degradiert. Hier müssten – aus der eigenen Erfahrung der Vor- und Nachteile von Beteiligungsverfahren profitierend – ein Ethikkodex und Methoden-Set seitens der Raumplanung angeboten und standardisiert werden, will man wirklich Bürger_innen in einen Planungs- und Entwicklungsprozess gleichwertig integrieren. Dazu müsste die Raumplanung aber selbstbewusst mit der größeren Erfahrung gegenüber den Quereinsteigern ins Web 2.0 reagieren.

Endnoten

- [1] Löw (2001) nennt das physische Im-Raum-Sein – ob nun von Dingen oder Personen – ‚*spacing*‘. Aus meiner Sicht sollte dieses jedoch mit ‚*placing*‘ bezeichnet werden. Die (An-)Ordnung wird dann im Rahmen kognitiver Prozesse und in Abhängigkeit von den eigenen Sozialisationserfahrungen zum ‚Bild im Kopf‘, der subjektiven Vorstellung von Raum – eben ‚*spacing*‘.
- [2] Das ist bewusst in der Logik des Meldegesetzes argumentiert, auch wenn aufgrund dieser Daten oftmals weitreichende, aber falsche Schlüsse gezogen werden (Auswirkung von Konzentrationen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt). Vielmehr müsste man Daten zur Bewegung im städtischen Raum haben, um Rückschlüsse auf Verhalten, Sozialisationsbedingungen und -orten ziehen zu können (Sheller/Urry 2006).

Autor_innen

Jens S. Dangschat forscht in den Bereichen Stadtsoziologie, Mobilität und Energiekonsum mit den Schwerpunkten Segregation/Gentrification, Migration & Integration, Raum- und Planungssoziologie, Wohnsoziologie, sowie raumbezogene Handlungstheorie.
jens.dangschat@tuwien.ac.at

Literatur

- Brunn, Ekkehard / Fehl, Gerhard (Hg.) (1976): Systemtheorie und Systemtechnik in der Raumplanung. Ansätze und Erfolge. Basel: Springer.
- Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1-2, 105-114.
- Dangschat, Jens S. (2015): Die geteilte Welt der Kommunikation. Wie das Web 2.0 die Stadt(teil)entwicklung verändert. In: *vhw – Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 5/2015, 245-250.
- Davidoff, Paul (1965): Advocacy and Pluralism in Planning. In: *Journal of the American Institute of Planning (JAIP)* 31/4, 331-338.
- Fehl, Gerhard (1976): Zwischen Systemmüdigkeit und Systemoptimismus. In: Ekkehard Brunn / Gerhard Fehl (Hg.): 1-22.
- Forrester, Jay W. (1969): *Urban Dynamics*. Cambridge: M.I.T. Press.
- Klammer, Julia (2015): *Blended Participation: Combining Online and Offline Forms of User Participation in the Design of ICT-based Services*. Dissertation. Hamburg: Universität Hamburg, Fachbereich Psychologie.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lowry, Ira S. (1964): A Model of Metropolis. RAND Memorandum 4035-RC. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_memoranda/2006/RM4035.pdf (letzter Zugriff am 12.3.2017).
- Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz / Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main: Campus, 39-72.
- Mitscherlich, Alexander (1965): *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Naschold, Frieder (1972): Zur Politik und Ökonomie im Planungssystem. In: Gerhard Fehl / Marc Fester / Nikolaus Kuhnert (Hg.): *Planung und Information – Materialien zur Planungsforschung*. In: *Bauwelt Fundamente* 34: 69-119.
- Scharpf, Fritz W. (1973): *Planung als politischer Prozess*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sheller, Mimi / Urry, John (2006): The new mobilities paradigm. In: *Environment and Planning A* 38: 207-226.

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 137-146

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

Perspektiven einer Politisierung von Planungsprozessen jenseits lokaler Mobilisierungen

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Monika Grubbauer

Lucius Burckhardt beschreibt in seinem wegweisenden Text Planen als sozialen Prozess und eröffnet damit wichtige Perspektiven auf die Politisierung von Planungsprozessen. Ich möchte drei Argumente Burckhardts hervorheben, die heute unverändert hohe Relevanz haben. Erstens stellt Burckhardt heraus, dass die Formulierung von Planungsproblemen immer selektiv und von politischen Interessen abhängig ist. Fachleute agieren in diesem Zusammenhang nur scheinbar neutral. Die weitgehende Formalisierung von Entscheidungsprozessen dient dazu, „den Fachmann freizustellen und ihn von den Verquickungen mit der Macht zu lösen – dieses sowohl, um ihn unbeeinflussbar und neutral zu halten, wie auch, um der Macht des Fachmanns vorzubeugen“ (Burckhardt 2017 [1974]: 106). Tatsächlich kommt es in der Realität jedoch immer zur Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen, was auch die Einteilung der Beteiligten in „wissende“ und „entscheidende“ (ebd.: 106) in Frage stellt. Zweitens macht Burckhardt deutlich, dass Entscheidungsprozesse in der Planung jenseits technischer Aspekte und Abwägungen im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Konsequenzen auch immer subjektive Anteile enthalten. Planende sind immer Teil von „entscheidungsfindenden Kollektiven“ (ebd.: 107). Sie greifen bei Entscheidungen auch auf ihre Intuition und subjektive Einschätzungen von organisationsinternen Konsequenzen zurück. Zudem haben diese Kollektive in der Umsetzung von Entscheidungen eine zentrale Rolle inne, so dass die konkreten Entscheidungsakte sich „in der Realität [als] nicht auffindbar, unbemerkt vorübergegangen oder bewusst verschleiert“ darstellen (ebd.: 109). Drittens weist Burckhardt auf die Beschränktheit von Beteiligungsprozessen hin, die er als Mittel zur Herstellung von Zustimmung bei der Planung und ihrer Durchsetzung kritisiert. Einen Grund hierfür sieht er in den primitiven Befragungsmethoden und im Mangel an Alternativen für die Betroffenen. Auch die Ansätze des *advocacy planning* greifen seiner Ansicht nach zu kurz, da die Betroffenen auch hier vor eine Auswahl gestellt werden, mit deren Rahmen sie nicht einverstanden sein können und deren Langzeitfolgen nicht transparent gemacht werden. Er weist darauf hin, dass oft unklar ist, wer die eigentlich Betroffenen von Planung sind. Im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung ist daher nicht unbedingt das rasche Entscheiden,

sondern „vielmehr [der] geplante Aufschub derjenigen Entscheidungen, die sich aufschieben lassen zugunsten der Bewohner, die erst später auftreten oder dann neue Bedürfnisse haben“ (ebd.: 112). Ich nehme diese Befunde zum Ausgangspunkt, um in diesem Kommentar jüngere planungspolitische Debatten im Spannungsfeld von Repolitisierung und Post-Politik zu reflektieren.

Seit den 2000er Jahren ist eine (Re-)Politisierung von planungsbezogenen Fragestellungen zu beobachten. Städtische Proteste rund um konkrete Planungsvorhaben, den Erhalt bestehender Räume und Objekte, steigende Mieten und die Privatisierung städtischer Liegenschaften, Güter und Unternehmen haben hohe Aufmerksamkeit gewonnen. Die damit zusammenhängenden Konflikte haben sich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und der daran anschließenden Austeritätspolitik weiter verschärft (Peck 2012). Die symbolische Besetzung städtischer Räume durch soziale Bewegungen und städtische Initiativen hat seitdem viel Öffentlichkeit erfahren. (Temporäre) Besetzungen haben als Strategie zur Sichtbarmachung und Aushandlung von Interessenskonflikten neu an Bedeutung gewonnen (Vasudevan 2015, Lanz 2016). Städtische Großprojekte, vor allem im Zusammenhang mit einmaligen Großereignissen, die öffentliche Kosten ohne erkennbaren langfristigen Nutzen verursachen, lassen sich im europäischen Kontext politisch immer weniger durchzusetzen, wie beispielsweise zuletzt beim Volksentscheid gegen die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024 in Hamburg deutlich wurde. Es ergeben sich neue Öffentlichkeiten und neuartige Interessenskoalitionen, die in städtische Planungsprozesse und Stadtentwicklungspolitik eingreifen und den Ausgang von Planungsvorhaben unsicher machen beziehungsweise im Sinne Burckhardts für den Aufschub von Entscheidungen sorgen (Novy/Colomb 2012).

Demgegenüber steht die Diagnose der post-politischen Stadt, wonach politische Auseinandersetzungen im Kontext des neoliberalen Regimes zunehmend durch Routinen städtischen Regierungs- und Verwaltungshandelns ersetzt werden (Swyngedouw 2009, Metzger et al. 2015a). Die post-politische Planungspraxis zeichnet sich durch institutionalisierte und konsensbasierte Mechanismen der Beteiligung und Entscheidungsfindung im Rahmen eines wachstumsorientierten Entwicklungsparadigmas aus. Eine zentrale Rolle kommt in diesem Zusammenhang Planenden als privaten Expert_innen zu, die in Kooperation mit anderen Berater_innen und privaten Akteuren dafür verantwortlich zeichnen, dass die eigentlichen politischen (und damit auch konfliktiven) Fragen dem öffentlichen Diskurs entzogen und nicht mehr öffentlich verhandelt werden: „Damit ergibt sich sowohl eine Erweiterung der Sphäre der Politik und Governance als auch eine Verengung der Sphäre des eigentlich Politischen“ (Beveridge/Richter 2014: 55). Unterstützt wird dieser Prozess der Depolitisierung durch technokratische Verfahren, die mittels spezialisierter Managementtechniken und neuen Systemen des Auditing und der Evaluation dazu beitragen, das Handeln der Expert_innen zu mobilisieren, zu routinisieren und zu normalisieren (Allmendinger/Haughton 2015: 33). Sowohl die selektive Formulierung von Planungsproblemen als auch die subjektiven Anteile von Entscheidungsprozessen in der Planung, auf die Burckhardt eindrücklich hingewiesen hat, bleiben dabei ausgeblendet.

Die Hoffnung, Planung als politische Praxis zu stärken, wird vielfach an die Stärkung demokratischer Ansätze auf lokaler Ebene geknüpft. Dies geht

über die Anerkennung von Differenz als einem gesellschaftlichen Wert, wie sie Marion I. Young eingefordert hat und wie es in der Planungstheorie breit rezipiert wurde (Fainstein 2005), hinaus. Young kritisierte das Ideal einer konfliktfreien und harmonischen Gemeinschaft und forderte die Anerkennung von Differenz im Sinne der grundsätzlichen Heterogenität städtischer Kontexte (Young, 1990). In der jüngeren planungs- und stadtheoretischen Debatte zur Rezeption der Arbeiten von Mouffe, Rancière und Žižek zur Post-Politik wird (trotz aller konzeptioneller Unterschiede in den Positionen dieser Autorinnen und Autoren) deutlich, dass das eigentlich Politische nur dort verhandelt werden kann, wo *politische* Differenzen artikuliert und im Sinne eines agonistischen Respekts für die Position der Anderen verhandelt werden können. Damit verbunden ist die Akzeptanz von Antagonismen und Dissens, ohne dabei demokratische Werte in Frage zu stellen (weiterführend dazu Nonhoff 2007).

Besondere Bedeutung kommt hierbei den lokalen Foren und Arenen zu, in denen politische Inhalte verhandelt werden, wie dies auch schon bei Young anklingt (vgl. Harvey 2012, Merrifield 2014). Diese Foren und Arenen sind physisch definiert und im städtischen Raum verankert: Die Erwartung besteht darin, dass das physische Zusammentreffen von Menschen gekoppelt mit der Mobilisierung rund um lokale Entscheidungen eine Politisierung von Planungsprozessen ermöglicht. Dies kann sogar zu einer Neubewertung von NIMBYism[1] führen: Am Widerstand einzelner Betroffener gescheiterte Projekte wären demnach positiv zu bewerten, da sie möglicherweise zu einer Stärkung demokratischer Beteiligung führen würden (Metzger et al. 2015b: 14f.). Für die Rolle der Planenden stellt sich die Frage nach der Positionierung in diesen Räumen und Prozessen demokratischer Beteiligung jenseits der von Burckhardt kritisierten (scheinbaren) Neutralität und Objektivität der Planung. „Do planners actively facilitate or resist political disagreement or, as some of their professional institutes insist, seek to act ‚neutrally‘ – thus opening up a whole new quagmire of ethico-political conundrums?“ (ebd.). Diese Perspektiven decken sich mit den Forderungen nach einer Stärkung lokaler Selbstverwaltung und lokaler Prozesse sozialer Innovation, wie sie im erweiterten Mainstream des Planungsdiskurses artikuliert werden (Moulaert et al. 2010, Hoffmann-Axthelm 2016).

Ich möchte im Folgenden aufzeigen, wo meiner Ansicht die Grenzen einer derart an lokalen öffentlichen Foren und Arenen ausgerichteten Politisierung von Planungsprozessen liegen und welche blinden Flecken hier generiert werden. Es sind zwei Punkte, die ich benennen möchte: Zum einen sehe ich die Gefahr einer Essenzialisierung und Idealisierung des Lokalen als Ort der politischen Verhandlung, wobei der Begriff an sich jedoch unscharf bleibt. Gleichzeitig geraten andere Ebenen der Regulierung, Steuerung und Entscheidungsfindung, die ebenfalls wirkungsmächtig sind, allzu leicht aus dem Blick. Zum anderen bleibt unterbelichtet, dass es im Zuge von globalen Urbanisierungsprozessen, die gegenwärtig dazu dienen neue Räume der Kapitalakkumulation zu schaffen, tatsächlich auch zu einer realen geographischen Verlagerung von Marketisierungsprozessen kommt. Im Zuge dieser Prozesse werden die Märkte für Dienstleistungen im Bereich Architektur und Planung von privatwirtschaftlichen Akteuren auf globaler Ebene erweitert

und neu definiert – und dies ganz bewusst jenseits des Rahmens der europäischen städtischen Zivilgesellschaft und Regulierung.

Der Diskurs um Recht auf Stadt und *urban citizenship* ist durchdrungen vom Glauben an die Macht lokaler Mobilisierungen und baut auf der Annahme, dass sich aus der Verankerung von Bürger_innen an einem Wohnort und in entsprechenden arbeits- und lebensweltlichen Zusammenhängen gesellschaftliche Teilhaberechte ableiten lassen. Diese sind nicht an formale Staatsbürgerrechte gekoppelt. Bürgerschaft ist hier kein formeller Status, sondern Prozess und gelebte Praxis. Der städtische Kontext ist in diesem Zusammenhang als sozio-politischer und institutioneller Rahmen auf zweierlei Weise wichtig, im Sinne eines „claim[] for a right to the city“ und eines „right through the city“ wie Blokland et al. unter Bezugnahme auf Nicholls und Vermeulen (2012) feststellen:

„Claims for a right through the city, as for example expressed in many of the occupations of public squares and streets during the recent wave of global protests, make use of the city as a stage for a political project that transcends the local realm and can even be of global significance. However, as activists draw from place-specific resources, mobilize local participants and maneuver local institutions and networks, they are intertwined with (urban) citizenship politics that refer to local issues, regulations and authorities.“ (Blokland et al. 2015)

In der akademischen Debatte will man also einerseits Stadt nicht (nur) als den „geografischen Ort, an dem soziale und politische Auseinandersetzungen stattfinden“ (Hess/Lebuhn 2014: 17) verstehen: Stadtbürgerschaft ist vielmehr als „kontingentes Ergebnis von Konflikten um Zugehörigkeit zu bzw. den Ausschluss aus der politischen (städtischen) Gemeinschaft zu verstehen“ (ebd.). Andererseits kann man beobachten, dass die physische Verortung in der Stadt und die sich daraus ergebenden Erfahrungen, Wissensbestände und sozialen Netzwerke sehr wohl eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung im Kontext von Planungsvorhaben und Stadtentwicklungspolitiken spielt. Wichtig ist hierbei, dass das (politische) Engagement vieler Akteure im Feld der Stadtentwicklungspolitik jenseits der von Burckhardt kritisierten institutionalisierten Beteiligungsverfahren vielfach auch gezielt mit dem Anspruch verknüpft ist, konkrete materielle Interventionen umzusetzen und damit direkte Wirksamkeit „on the ground“ zu haben (Tonkiss 2013, Richter et al. (im Ersch.)). In den letzten Jahren ist tatsächlich eine Vielzahl von Beispielen entstanden, in denen in Form von gemeinnützigen und kollektiven Modellen der lokalen Selbstorganisation in kleinem Maßstab sozial (verhältnismäßig) durchmischte innerstädtische Quartiere mit preiswertem Wohn- und Gewerberaum geschaffen wurden (siehe z. B. die Zürcher Baugenossenschaft Kalkbreite, Wolf/Wottreng 2015).

Auch in der Debatte um die post-politische Stadt setzt man im Bestreben, Vorstellungen von Gesellschaft als einem harmonischen Ganzen zu dekonstruieren und als „space of contestation riddled with difference and strife“ (Metzger et al. 2015b: 4, Hervorhebung d. A.) zu konzeptualisieren, auf Orte und Räume der symbolischen Besetzung, physischen Aneignung und politischen Aushandlung – und zwar nicht nur im übertragenen, sondern auch im buchstäblichen Sinn. Dementsprechend ist einer der wichtigsten Aspekte

von Post-Politik, insbesondere in der Lesart von Žižek (1999), die Verlagerung (*displacement*) von Konflikten (*issues*) aus den Arenen der öffentlichen Debatte und der Entscheidungsfindung in intransparente, demokratisch nicht legitimierte Netzwerke. Wenn das *eigentlich* Politische nach Rancière im Grunde eine Intervention zur „Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren“ darstellt (Rancière 2002, zit. in Lanz 2016: 51), dann wird diese Intervention in den aktuellen stadt- und planungstheoretischen Debatten nicht immer, aber oft, mit dem städtischen Raum, seiner Aneignung und Besetzung verknüpft. Die Fokussierung auf lokale – und damit sichtbar und hörbar manifestierte – „Akte“ von *citizenship* in der Artikulation politischer Forderungen (Isin 2012) deckt sich jedoch an manchen Stellen in beunruhigender Weise mit der Agenda eines neoliberal gewendeten *localism*. Dezentralisierung, Subsidiaritätsprinzip, zivilgesellschaftliches Engagement und soziales Kapital auf lokaler Ebene dienen hierbei als Motive für Planungsreformen. Dies wird allerdings eingeschränkt durch die Anforderung der grundsätzlichen *compliance* mit dem auf nationaler Ebene verankerten strategischen Rahmen der Stadtentwicklungspolitik, wie Allmendinger und Haughton (2015) in ihrer Analyse von Planungsreformen im Kontext der *Big-Society*-Agenda der konservativ-liberalen Koalitionsregierung in Großbritannien feststellen. Dazu kommt, dass die lokale ‚Community‘, wie sie heute als Akteurin und Adressatin zivilgesellschaftlichen Engagements und konkreter städtischer Interventionen und Mobilisierungen vielfach angesprochen ist, letztlich eine wenig erstrebenswerte soziale Utopie darstellt. Face-to-face-Beziehungen werden idealisiert und die Heterogenität und Widersprüchlichkeit städtischer Kontexte negiert. Projekten, wie der oben erwähnten Zürcher Kalkbreite, wird nicht umsonst die Qualität eines Lebens „wie im Dorf“ zugesprochen (TagesWoche 2015). Young wies bereits 1990 in *Justice and the Politics of Difference* eindrücklich auf die Gefahr hin, lokale Gemeinschaft zu idealisieren:

„The ideal of a society consisting of decentralized face-to-face communities is undesirably utopian in several ways. It fails to see that alienation and violence are not only a function of mediation of social relations but can and do exist in face-to-face relations. It implausibly proposes a society without the city [...]. [It sets up] an opposition between authentic and inauthentic social relations [...] [it posits] the desired society as the complete negation of existing society [and] it provides no understanding of the move from here to there that would be rooted in an understanding of the contradictions and possibilities of existing society.“ (Young 1990: 302)

Wenn es nun um die Politisierung von Planungspraxis und Planungsprozessen geht, und damit komme ich zum zweiten Punkt, ist die lokale Ebene einerseits immer notwendiger Ausgangspunkt. Planung vollzieht sich immer lokal beziehungsweise ist bezogen auf bestimmte räumliche Ebenen und Orte. Damit ist sie immer Komplizin in der Schließung von Möglichkeitsräumen, die in der politischen Auseinandersetzung angelegt sind (Metzger et al. 2015b: 13). Gleichzeitig kann es diesem Verständnis zufolge für die Politisierung von Planungsprozessen keinen anderen Ausgangspunkt geben als konkrete Projekte, konkrete Orte und konkrete städtische (oder ländliche) Kontexte. Die politischen Rahmenbedingungen der Planungspraxis sind jedoch

jenseits ihrer eigentlichen Instrumente verortet und produziert. Als *politics of planning* sind all jene Alltagspraktiken, Prozeduren und Institutionen zu verstehen, durch welche Planung in die Lage versetzt wird, sozial-räumliche Ordnung herzustellen, zu normalisieren und aufrechtzuerhalten – und damit genau die Frage auszublenden, auf die Burckhardt hingewiesen hat, nämlich, wer eigentlich bestimmt, was geplant wird und was nicht. Dies beinhaltet die Wirksamkeit sozialer Hierarchien, Zuweisungen von Sprecherrollen und Zuschreibungen von Legitimität in Planungsprozessen. Dies wird beispielsweise am Umgang mit informellen Prozessen der Stadtentwicklung in Städten des Globalen Südens deutlich: Staatliche Planung sucht informelle Strukturen und Praktiken der Existenzsicherung mit korrektiven Maßnahmen zu „normalisieren“ und spricht ihnen damit Legitimität ab (Kamete 2013). Den in der Planung angelegten Aushandlungsprozessen auf Basis von unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen geht die Festlegung voraus, wer wie und wann an diesen Prozessen überhaupt teilnehmen kann und was überhaupt zum Gegenstand der Aushandlung gemacht wird (Metzger et al. 2015b: 10).

Diese Festlegungen und Ausschlussmechanismen, mit denen politische Fragen ausgeklammert und ausgelagert werden, bleiben in den gängigen konsensorientierten Stakeholder- und Bürgerbeteiligungsverfahren unhinterfragt (Wilson/Swyngedouw 2014, Raco 2014a). Dies jedoch nur im Sinne einer Auslagerung politischer Fragen in intransparente Netzwerke und exklusive Foren zu interpretieren, greift zu kurz. Was übersehen wird und was auch für Burckhardt noch nicht abzusehen war, ist, dass sich der gesamte Modus von Planung durch die immer stärkere Rolle privatwirtschaftlicher Akteure und neue Mechanismen der Regulierung verändert. Die Politikwissenschaftler Levi-Faur (2005) und Braithwaite (2008) betonen in ihrer Argumentation für das Konzept eines *regulatory capitalism*, dass die Implementierung neoliberaler Politiken keineswegs primär auf Deregulierung und Laissez-faire aufbaut, sondern vielmehr auf einer verstärkten staatlichen Intervention und Regulierung. Dies hätte zur umfassenden Einsetzung neuer Regulierungsagenturen und zur Ausdehnung von neuen Regulierungsmodi auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen geführt (ebd.). Ganz ähnlich wird auch in politisch-ökonomischen Analysen der *aidez-faire*-Aspekt neoliberaler Planung betont (Purcell 2009: 142) und die Herausbildung eines globalen Regulationsregimes konstatiert, welches auf gemeinsamen Parametern der Marketisierung und Kommodifizierung aufbaut (Brenner et al. 2010: 219). Regulierungsprozesse spielen sich immer häufiger auf supranationaler Ebene ab, mit transnationalen Normen und Standards, die Produkte von Kämpfen um Autorität zwischen privaten, nationalen, und supranationalen Organisationen sind. Diese neuen Praktiken des (privaten) „rulemaking“ tragen zum Entstehen neuer Formen transnationaler Governance bei, die sowohl auf rechtlich bindende als auch und immer mehr auf nicht-bindende „soft rules“ aufbauen (Djelic/Sahlin-Andersson 2006). Die Wirksamkeit dieser Regulierungen in Bezug auf Planungs- und Stadtentwicklungsprozesse ist indirekt und wirkt sich in Vergabemechanismen, Auflagen, Verträgen, Normen und Standards, Zertifizierungssystemen etc. aus – eine Politisierung, die sich aus der

Betroffenheit im eigenen Alltag und Erfahrungen im eigenen sozialen Umfeld ergibt, ist hier schwer möglich.

Dazu kommt, dass es aktuell nicht nur zu neuen regulatorischen Dynamiken, sondern auch zu einer geographischen Verlagerung von Märkten und Markertisierungsprozessen kommt. Globale Urbanisierungsprozesse dienen nicht nur der Absorption von überschüssigen Arbeitskräften und überschüssigem Kapital durch spekulatives Immobilieninvestment (Harvey 2010). Dahinter steht eine bauwirtschaftliche Wertschöpfungskette, die hoch lukrativ, stark umkämpft und weitgehend globalisiert ist. Auf der einen Seite sind die Märkte für Bau- und Keramikrohstoffe und daraus hergestellte Baustoffe wie Zement, Beton, Ziegel und Putz in vielen Ländern des Globalen Südens mit rasch wachsenden Städten gegenwärtig von hohem Interesse für multinationale Konzerne und vielerorts finden markante Konzentrationsprozesse statt (Fry 2013, Grubbauer im Ersch. a). Dies geht einher mit einem neo-imperialistischen globalen Regime der Ressourcenausbeutung (Arboleda 2016), an dem die globalisierte Bauwirtschaft entscheidenden Anteil hat (z. B. Fry 2011, Graham 2016). Medienberichten konnte man beispielsweise entnehmen, dass China zwischen 2011 und 2013 mehr Zement verbrauchte als die Vereinigten Staaten im gesamten 20. Jahrhundert (Schmidt 2015). Auf der anderen Seite wird Planung immer mehr zum globalisierten kommerziellen Produkt. Dies wird durch neue Managementmodelle, internationalisierte Firmennetzwerke und vertragliche Beziehungen zwischen multinationalen (Technologie-) firmen, lokalen bauwirtschaftlichen Unternehmen und Stadtregierungen ermöglicht (McNeill 2015) – bis hin zu einer „contractual capture“ of state spending on urban projects“, wie Raco dies nennt (2014b: 195). Die Handlungsspielräume von Staaten und lokalen Regierungen werden hierbei durch neue Formen der vertragsrechtlichen Regulierung und Risikominimierung in einer Weise beschnitten, die es unmöglich macht, die an privatwirtschaftliche Akteure ausgelagerten Projekte noch demokratisch zu kontrollieren. Dies ist umso effektiver, je weniger Erfahrung, Kompetenz und Ressourcen die staatlichen Behörden zur Verfügung haben und je höher der Anreiz für die nationalen und lokalen Eliten ist, Vorteile aus Planungen und Projekten zu ziehen (Shatkin 2008, Rapoport 2015, Grubbauer im Ersch. b). Aktuell gibt es beispielsweise in vielen afrikanischen Städten eine Rückkehr zu großangelegten Masterplanungen, in denen private (europäische und nordamerikanische) Firmen den rechtlichen Rahmen für die übergeordnete Planung ganzer Städte vorgeben.

Wenn sich also die Hoffnung auf eine Politisierung der *Planung* aktuell an die viel grundsätzlichere Politisierung der *Stadt* knüpft, so ist dies sicherlich begründet. Lanz hält fest, dass die neuen Aushandlungsprozesse, in denen gegenwärtig mittels Besetzungen, Volksabstimmungskampagnen oder Genossenschaftsgründungen und in neuen zivilgesellschaftlichen Koalitionen Teilhabe eingefordert und erprobt wird, durch die Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zu den „Ressourcen der Stadt“ (Lanz 2016: 58) gekennzeichnet sind: „Sie fordern weniger eigene Nischen oder ihr [sic!] Rechte auf selbstbestimmte Identitäten ein, als sie auf neuartige Vergesellschaftungsformen urbaner Infrastrukturen jenseits der herkömmlich autoritären und staatsfixierten Wohlfahrtsstadt pochen“ (ebd.) Dem möchte ich zustimmen und trotzdem stellt sich die Frage, wie man die sich

wandelnden Modi von Planungsprozessen jenseits des Bezugsrahmens der lokalen Foren und Arenen, in den sich die Aushandlungs- und Vergesellschaftungsprozesse um urbane Infrastrukturen vollziehen, verstärkt in den Blick nehmen kann. Bei Burckhardt findet sich zum Abschluss seines Aufsatzes die Forderung nach einer über rein technische Fragen hinausgehenden, „umfassende[n] Betrachtung der Art und Weise, wie Kommunen ihre Umwelt planend verändern“ (Burckhardt 2017 [1974]: 114). Auch wenn diese Forderung nach wie vor Gültigkeit hat, so steht sie auch deutlich im Zeichen der damals gerade erst erfolgten Institutionalisierung der Planungsprofession in Hinblick auf Ausbildung und planerische Handlungsfelder der öffentlichen Verwaltung. Aus heutiger Perspektive meine ich, dass es für die Politisierung von Planungsprozessen andere Ausgangspunkte geben muss als konkrete Projekte, konkrete Orte und konkrete städtische (oder ländliche) institutionelle Kontexte. Hierzu muss stärker sichtbar gemacht werden, welche Wechselbeziehungen es zwischen diesen Projekten und Infrastrukturen und den Ressourcen der europäischen ‚Bürgerstadt‘ auf der einen Seite und den andernorts artikulierten Verwertungsstrategien und ökonomischen Interessen im Kontext globaler Regime der Regulierung und Ressourcenausbeutung auf der anderen Seite gibt.

Endnoten

- [1] NYMBYism leitet sich aus dem englischsprachigen Akronym ‚Not In My Back Yard‘ (Nicht in meinem Hinterhof) ab. Verstanden werden hierunter lokale Bürgerproteste, die vorrangig durch die eigene Betroffenheit motiviert sind und das Ziel verfolgen, eigenes Eigentum oder ökonomische Interessen zu schützen.

Autor_innen

Monika Grubbauer forscht zur Geschichte und Theorie der Stadt mit den Schwerpunkten Architektur, Planung, Stadtsoziologie und interdisziplinäre Stadtforschung.
monika.grubbauer@hcu-hamburg.de

Literatur

- Allmendinger, Philip / Houghton, Graham (2015): Post-political regimes in English planning. From Third Way to Big Society. In: Jonathan, Metzger / Philip, Allmendinger / Stijn, Oosterlynck (Hg.), *Planning against the Political: Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge, 29-53.
- Arboleda, Martin (2016): In the Nature of the Non-City: Expanded infrastructural networks and the political ecology of planetary urbanisation. In: *Antipode* 48, 233-251.
- Beveridge, Ross / Richter, Anna (2014): Die post-politische Stadt. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 53-58.
- Blokland, Talja / Hentschel, Christine / Holm, Andrej / Lebuhr, Henrik / Margalit, Talja (2015): Urban citizenship and right to the city: The fragmentation of claims. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39, 655-665.
- Braithwaite, John (2008): *Regulatory Capitalism: How it Works, Ideas For Making it Work Better*. Cheltenham: Elgar.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): Variegated neoliberalization: Geographies, modalities, pathways. In: *Global Networks* 10, 182-222.

- Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: *sub\urban*. zeitschrift für kritische stadtforschung, 5, 1-2, 105-114.
- Djelic, Marie-Laure / Sahlin-Andersson, Kerstin (2006): *Transnational Governance. Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge (Massachusetts): Cambridge University Press.
- Fainstein, Susan S. (2005): Cities and diversity: Should we want it? Can we plan for it? In: *Urban Affairs Review* 41/1, 3-19.
- Fry, Matthew (2011): From crops to concrete: Urbanization, deagriculturalization, and construction material mining in Central Mexico. In: *Annals of the Association of American Geographers* 101, 1285-1306.
- Fry, Matthew (2013): Cement, carbon dioxide, and the ‚necessity‘ narrative: A case study of Mexico. In: *Geoforum* 49, 127-138.
- Graham, Stephen (2016): Mine: Extractive imperialism on the deep frontier. In: Stephen, Graham (Hg.), *Vertical. The City from Satellites to Bunkers*. London / New York: Verso, 365-388.
- Grubbauer, Monika (im Ersch. a): Shifting national housing policy priorities, commercialization of housing microfinance and marketization in the construction sector: the current state of self-help housing in Mexico. *Trialog*.
- Grubbauer, Monika (im Ersch. b): Urban megaprojects, nation-state politics and regulatory capitalism in Central and Eastern Europe: the Belgrade Waterfront project. *Urban Studies*.
- Harvey, David (2010): *The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism*. London: Profile Books.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Hess, Sabine / Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: *sub\urban* 2/3, 11-34.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (2016): *Lokaldemokratie und Europäisches Haus. Roadmap für eine geöffnete Republik*. Bielefeld: Transcript.
- Insin, Engin F. (2012): *Citizens Without Frontiers*. New York u. a.: Bloomsbury.
- Kamete, Amin Y. (2013): Missing the point? Urban planning and the normalisation of ‚pathological‘ spaces in southern Africa. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38, 639-651.
- Lanz, Stephan (2016): Politik zwischen Polizei und Post-Politik: Überlegungen zu ‚urbanen Pionieren‘ einer politisierten Stadt am Beispiel von Berlin. In: Melanie Behrens / Wolf-Dietrich Bukow / Karin Cudak / Christoph Strünck (Hg.), *Inclusive City: Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft*. Berlin: Springer, 43-61.
- Levi-Faur, David (2005): The global diffusion of regulatory capitalism. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 598, 12-32.
- McNeill, Donald (2015): Global firms and smart technologies: IBM and the reduction of cities. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 40, 562-574.
- Merrifield, Andy (2014): *The New Urban Question*. London: Pluto Press.
- Metzger, Jonathan / Allmendinger, Philip / Oosterlynck, Stijn (Hg.) (2015a): *Planning Against the Political. Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge.
- Metzger, Jonathan / Allmendinger, Philip / Oosterlynck, Stijn (2015b): The contested terrain of European territorial governance: New perspectives on democratic deficits and political displacements. In: Jonathan Metzger / Philip Allmendinger / Stijn Oosterlynck (Hg.), *Planning Against the Political. Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge, 1-29.
- Moulaert, Frank / Swyngedouw, Erik / Martinelli, Flavia / Gonzalez, Sara (Hg.) (2010): *Can Neighbourhoods Save the City?: Community Development and Social Innovation*. London / New York: Routledge.
- Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: Transcript.
- Nicholls, Walter / Vermeulen, Floris (2012): Rights through the city. The urban basis of immigrant rights struggles in Amsterdam and Paris. In: Michael Peter Smith / Michael McQuarrie (Hg.), *Remaking Urban Citizenship: Organizations, Institutions, and the Right to the City in Amsterdam and Paris*. New Brunswick (New Jersey): Transaction Publishers, 79-96.

- Novy, Johannes / Colomb, Claire (2012): Struggling for the right to the (creative) city in Berlin and Hamburg: New Urban Social Movements, New ‚Spaces of Hope‘? In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/5, 1816-1838.
- Peck, Jamie (2012): Austerity urbanism. In: *City* 16/6, 626-655.
- Purcell, Mark (2009): Resisting neoliberalization: Communicative planning or counter-hegemonic movements? In: *Planning Theory* 8/2, 140-165.
- Raco, Mike (2014a): The Post-Politics of Sustainability Planning: Privatisation and the Demise of Democratic Government. In: Japhy Wilson / Erik Swyngedouw (Hg.), *The Post-Political and its Discontents: Spaces of Depoliticisation and Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1-25.
- Raco, Mike (2014b): Delivering flagship projects in an era of regulatory capitalism: State-led privatization and the London Olympics 2012. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/1, 176-97.
- Rancière, Jaques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rapoport, Elisabeth (2015): Globalising sustainable urbanism: the role of international masterplanners. In: *Area* 47/2, 110-115.
- Richter, Anna / Grubbauer, Monika / Göbel, Hanna K. (im Ersch.): Introduction to the Special Feature: Designed to Improve? The makings, politics and aesthetics of ‚social‘ architecture and design. In: *City*.
- Schmidt, David (2015): Warum China in drei Jahren mehr Beton verbaut hat als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. <http://blog.zeit.de/teilchen/2015/04/01/china-beton-verbrauch-usa-urbanisierung/> (letzter Zugriff am 1.4.2015).
- Shatkin, Gavin (2008): The city and the bottom line: Urban megaprojects and the privatization of planning in Southeast Asia. In: *Environment and Planning A* 40/2, 383-401.
- Swyngedouw, Erik (2009): The antinomies of the postpolitical city: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601-620.
- TagesWoche (2015): Zürcher Kalkbreite: Wie im Dorf – aber in der Stadt. http://www.tageswoche.ch/de/2015_08/schweiz/680984/ (letzter Zugriff am 22.2.2015).
- Tonkiss, Fran (2013): Austerity urbanism and the makeshift city. In: *City* 17/3, 312-324.
- Vasudevan, Alexander (2015): The autonomous city: Towards a critical geography of occupation. In: *Progress in Human Geography* 39/5, 316-337.
- Wilson, Japhy / Swyngedouw, Erik (2014): Seeds of Dystopia: Post-Politics and the Return of the Political. In: Japhy Wilson / Erik Swyngedouw (Hg.), *The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticisation and Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1-22.
- Wolf, Sabine / Wottreng, Willi (Hg.) (2015): *Kalkbreite: ein neues Stück Stadt*. Zürich, Selbstverlag.
- Young, Iris M. (1990): *Justice and the politics of difference*. Princeton (New Jersey): Princeton University Press.
- Žižek, Slavoj (1999): *The Ticklish Subject: The Absent Centre of Political Ontology*. London: Verso.

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 147-152

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

Was macht die Planung? Theoretische Lockerungen mit ANT

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Michael Guggenheim

Lucius Burckhardts Text „Wer plant die Planung“ ist zu Recht legendär. Schon der Titel ist ein genialer Wurf: Hinter dem Abstraktum ‚Planung‘ sind Akteure am Werk und an Akteure können Fragen gerichtet werden. Burckhardt war einer der ersten, der eine Expertenkritik formulierte und diese als ein Problem des Planungswissens, der Planungsmethoden und -theorie ausmachte und zugleich die Probleme der scheinbaren Lösung namens Partizipation ausmachte. Er betrieb Planungskritik in der Logik der Soziologie, jedoch ohne in einen banalen Soziologismus zu verfallen, der einfach böse Planer_innen guten Nutzer_innen gegenüberstellte.

40 Jahre später haben sich die von ihm diagnostizierten Planungsprobleme keineswegs in Luft aufgelöst; trotz Planung verschlechtert sich die Umwelt weiter und partizipative Formate wuchern weiter vor sich hin, ohne dass Planungskonflikte sich in Minne auflösen (Chilvers/Kearnes 2016).

Als ich gefragt wurde, ob ich einen Kommentar zu dem Text schreiben wolle, war ich sofort begeistert, weil ich meine eigene Arbeit, deren Hintergrund in der Wissenschaftsforschung und Akteur-Netzwerktheorie liegt, auch als eine Weiterschreibung Burckhardtschen Denkens sehe. Lucius Burckhardt, vermute ich, würde sich heute selbst mit Wissenschaftsforschung und Akteur-Netzwerktheorie befassen. Er wäre begeistert davon. Warum? Weil die Wissenschaftsforschung und insbesondere die Akteur-Netzwerktheorie ein Vokabular entwickelt hat, mit dem sich erstens technische Kontroversen aller Art analysieren lassen, ohne dass dafür auf festgelegte Identitäten von Berufs- und Nutzergruppen zurückgegriffen werden muss. Oder anders gesagt, weil damit das ‚wer‘ in seinem Titel in ein doppeldeutiges ‚was‘ in meinem Titel geändert werden kann, das sowohl auf die Materialien, Theorien, und Praktiken der Planung verweist als auch auf die Resultate, die daraus entstehen. Dies erlaubt es seinem organisationssoziologischen Ansatz den latenten Psychologismus auszutreiben, der das Denken von Planern hypostasiert, und ihn mit einem neuen Materialismus anzureichern. Wenn im Folgenden von ‚ANT‘ als Kürzel für diese Form der Analyse die Rede ist, dann in einer spezifischen Form: Erstens vertrete ich, im Gegensatz zu vielen Protagonisten der ANT, die Meinung, dass es sich hierbei um eine Theorie

handelt, das heißt eine Sprache der Weltbeschreibung, die uns eine andere Welt sehen lässt und nicht bloß um eine „Sensibilität“ (Law/Singleton 2013). Zweitens fokussiere ich auf ganz wenige Elemente, die hier relevant sind, auf Kosten anderer Elemente, die historisch für die Entwicklung der ANT jedoch fundamental sind. Die ANT wurde im Kern in den 1980er Jahren von Bruno Latour, Madeleine Akrich, Michel Callon und John Law entwickelt. Alle diese Autoren interessierten sich für die Analyse von Wissenschaft als Praxis (und nicht von Architektur und Stadtplanung).[1] Zu Beginn ging es erst einmal darum nachzuvollziehen, was eigentlich Wissenschaftler und Ingenieure tun. Die wichtigste Beobachtung lautete: Sie manipulieren die Welt mit Apparaten, Technologien und Inskriptionen (oder, wie man im deutschen Sprachraum eher sagt: Medien[2]). Daraus folgte eine Absage an den Handlungsbegriff der Soziologie, und ebenso eine Absage an den Technikdeterminismus von Ingenieuren: Gesellschaft ist eine Assemblage von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren. Das bedeutet, dass der Handlungsbegriff tiefer gelegt wird, als dies üblicherweise in der Soziologie geschieht: Handeln wird losgelöst von Intentionen, und stattdessen an Effekten gemessen: Verkehrspolizisten, die Radarkontrollen durchführen, und Schwellen sind funktional äquivalent (um eine veraltete, aber dennoch nützliche Sprache zu verwenden): Sie machen die Autos langsamer. Aber sie kreieren je unterschiedliche Netzwerke: im ersten Fall eine Interaktion zwischen einem Polizisten, der Geschwindigkeit misst und Bußen verteilt und einem Autofahrer, im zweiten Fall zwischen einem Autofahrer, einem Auto, dessen Federung und der Betonschwelle (Latour 1992).

Könnte Lucius Burckhardt etwas von der Akteur-Netzwerktheorie lernen? Würde er den Text heute anders schreiben und anders betiteln, nachdem er sich mit einem Vokabular von Aktanten (Dingen, denen Akteurstatus zugeschrieben wird), Netzwerken (Verkettungen von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren) und Übersetzungen (Umwandlungen von Objekten in ein anderes Medium) bekannt gemacht hätte?[3]

Ich vermute, er würde dies zumindest in zweierlei Hinsicht tun: Erstens würde er einen prozessualeren Wissenschaftsbegriff zugrunde legen und zweitens würde er stärker auf die Rolle nicht-menschlicher Akteure im Prozess der Planung fokussieren.

Ich ignoriere hierbei die Frage, inwiefern Burckhardts organisationssoziologische und planerische Zeitdiagnose heute noch zutrifft.

Beginnen wir mit dem Wissenschaftsbegriff: Optimist, der Burckhardt war, endet er den Aufsatz mit: „Daß sich dieser Prozeß [der umfassenden Betrachtung der Planung] mit objektivem Wissen anreichert, ist zu hoffen; daß er zu einer Wissenschaft wird, ist eine Illusion.“

Am Horizont schwebt die Vorstellung, Planung könne eine wirkliche Wissenschaft werden, bei der, so können wir Burckhardt interpretieren, Empirie und Theorie Hand in Hand Vorhersagen über die geplante Welt machen, die die Planung dann umsetzt. Ihr erteilt Burckhardt eine Absage, jedoch in der Hoffnung, man könne ‚objektives Wissen‘ anreichern, um dann vielleicht die Planung zu verbessern.

Die Wissenschaftsforschung lehrt uns aber, dass Objektivität, wenn überhaupt, ein Resultat wissenschaftlicher Praktiken und nicht eine Eigenschaft von Wissen ist, die dann für irgendeine Planungstätigkeit mobilisiert werden

kann. Überhaupt ist Burckhardts latente Gegenüberstellung von Intuition und Wissenschaft problematisch, und erst recht deren Zuordnung zu verschiedenen Professionen (Architekt_innen, Ingenieur_innen). Noch schwieriger ist die latente Annahme, die Psychologie der Planer würde bessere Lösungen verhindern, oder Planung sei ein Problem der ‚Argumentation‘. Die Wissenschaftsforschung hilft hier weiter, indem sie sich zuerst einmal dafür interessiert, wie denn überhaupt Planung hergestellt wird, und hierbei von normativ-kognitiven Begriffen wie Rationalität oder Objektivität absieht (bzw. deren Funktion als argumentative Ressource untersucht) und darauf fokussiert, was geschieht.

Die Akteur-Netzwerktheorie, wenn man denn so will, ist genau die Wissenschaft, die ein Wissen über die Planung hervorbringt, das planungsadäquat ist, da sie Planungswissen nicht im Kopf der Planer lokalisiert. Für Burckhardt soll es um die „umfassende Betrachtung der Art und Weise, wie Kommunen ihre Umwelt planend verändern“, gehen. Es ist zu vermuten, dass Burckhardt damit eine Art Planungswissen meint. Für die Akteur-Netzwerktheorie bedeutet dies jedoch mehr: Es meint vor allem das Arsenal an Theorien, Methoden und vor allem Medien und Techniken, die erst die Praxis ‚Planung‘ ausmachen: Darunter sind partizipative Verfahren genauso zu zählen, wie CAD-Programme, GIS und Nachhaltigkeitsindizes.

Alle diese Objekte und Techniken sind nicht einfach Werkzeuge der Planer_innen, sondern sind Aktanten, das heißt wesentlich am Prozess beteiligt, der die Praxis Planung hervorbringt. Deswegen geht es dann gerade nicht darum den Prozess der Planung mit ‚objektivem Wissen‘ anzureichern, sondern darum zu verstehen, wie eine spezifische Abfolge und Verkopplung von Praktiken, Techniken und Medien ‚Planung‘ herstellt und damit auch die Selbstbeschreibungen und Resultate des Prozesses produziert und fortlaufend verändert.

Das bringt uns zum zweiten Punkt, den nicht-menschlichen Akteuren: Für Burckhardt ist das Problem der Planung ein Problem der „subjektiven Welt,“ in der verschiedene Akteure leben: „Die Beplanten“ wie die Planer_innen „leben in ihrer eigenen Realität“ und „wo Schwierigkeiten auftreten, handelt es sich um Übersetzungsfragen [zwischen diesen Gruppierungen]“. Damit benennt Burckhardt einen wichtigen Punkt: Planung findet nicht in einer, sondern in verschiedenen Welten statt, oder in der Terminologie der Akteur-Netzwerke: in multiplen Ontologien (Mol 2014). Ergo entsteht ein Übersetzungsproblem. Die Akteur-Netzwerktheorie würde hier zustimmen: Es handelt sich tatsächlich um Übersetzungsfragen, jedoch nicht (alleine) um solche sprachlicher Art: Die ‚Realität‘, in der Planer_innen und Beplante leben, ist eine materialisierte Realität, und sie ist nicht einfach für Planer_innen und Beplanten jeweils verschieden, sondern für jegliche Akteure: Alte, Junge, Fahrradfahrer_innen, Rennradfahrer_innen, Leute, denen der Friseursalon um die Ecke gehört, Leute, die gerne ein Restaurant in der Nachbarschaft eröffnen würden, die Kinderkrippe, die Macher_innen einer geolokalisierten App, den Quartierverein, die Versicherungsgesellschaft, die sich weigert ein Gebäude zu versichern, weil es einem Hochwasserrisiko ausgesetzt ist etc. Die Akteur-Netzwerktheorie würde zudem zu den verschiedenen Gruppierungen die jeweiligen Aktanten hinzufügen: Die Apps, die Friseursalons, die Strasse, die Häuser, die Feinstoffpartikel, die Autos,

den Schattenwurf und so weiter. Die Pointe ist nun, dass sowohl die verschiedenen Akteure als auch die verschiedenen Aktanten sich je gegenseitig zur Weltkonstruktion benutzen, beziehungsweise sich je gegenseitig in verschiedene Welten übersetzen.

Die Fahrradfahrerin ist eine andere Fahrradfahrerin, wenn sie auf einem Fahrradweg fahren kann und vor dem Friseur einen Fahrradständer findet, an den sie ihr Fahrrad anschließen kann. Ja, die Nicht-Fahrradfahrerin *wird* zur Fahrradfahrerin, weil sie einen Fahrradweg vorfindet. Der Planer übersetzt den Autofahrer in einen Fahrradfahrer, indem er ihm einen Fahrradweg zur Verfügung stellt. Und der Freizeitfahrradfahrer wird zum Rennradfahrer, wenn der Kiesweg geteert wird. Andere Rennradfahrer_innen mieten in der Nachbarschaft Wohnungen und die 50er-Jahre-Wohnungen, die vorher als klein und schäbig galten, werden denkmalgeschützt und die Miete verdoppelt sich. Die Immobilienmakler_innen stellen Fotos der Rennradfahrer_innen in ihre Schaufenster und umranden auf ihren Stadtplänen das vorher ungenannte Straßengeviert mit einer roten Linie und geben ihm einen englisch klingenden Namen. Bei der nächsten Sitzung zur Überbauung der letzten Brachfläche bringen Aktivist_innen einen soziologischen Aufsatz mit, in dem die Rennfahrer_innen als Gentrifizierer verurteilt und als Gefahr für die Identität des Viertels bezeichnet werden.

Verschiedene Gruppen leben nicht einfach in ihrer Realität, als wäre sie ein Silo, aus dem sie nicht herauskommen, sondern die Realität ist eine, die fortlaufend neu hergestellt wird, indem *andere* ihnen Mittel zur Verfügung stellen, diese Realität zu *verändern*.

Genau deshalb kann das Übersetzungsproblem, wenn man es mit ANT versteht, nicht durch Aufklärung, *consciousness raising*, oder die Übersetzung in eine Laiensprache gelöst werden. Es nützt nichts, wenn sich die Planerin versucht in den Bepflanzten hineinzusetzen und ihm die Logik der Planung zu erklären, genauso wenig wie umgekehrt, wenn sie versucht die Lebenswelt des Bepflanzten zu verstehen und aus seinen unqualifizierten, diffusen Äußerungen eine Planungslogik herauszufiltern. Vielmehr gilt es die Aufmerksamkeit auf die Übersetzungstechniken und -medien zu richten und sich zu überlegen, wie diese neue Welten kreieren, die sowohl die Planerin, als auch den Bepflanzten dazu bringen, eine andere Welt herzustellen.

Seit 1974, als Burckhardt den Text schrieb, lassen sich wohl zwei entgegengesetzte Bewegungen beobachten: Erstens wurden massenhaft Planungsinstrumente erfunden, deren Übersetzungsleistungen – verstanden im ANT-Sinne – so komplex sind, dass es immer schwieriger wird nachzuvollziehen, welche Übersetzungen diese Planungsinstrumente hervorbringen. Hierbei geht es nicht um den ‚kritischen‘ Einwand, die Technik operiere irgendwie im Namen einer Planungsideologie, oder um Burckhardts Vorstellung, „die Wissenschaften und Hilfswissenschaften des Stadtplaners, Stadtgeografie, Stadtsoziologie, Planungstheorie, Planungsmethodik, Planungsstrategie“ hätten zwar „Fortschritte gemacht“, aber Planung hänge dennoch „von der Person [...] ab, d[ie] plant,“ und laut Burckhardt handelt es sich dabei um Personen, die „eine recht eigenartige Sicht auf den Mitmenschen“ haben. Abgesehen davon, dass Burckhardts Sozialtypus des Planers (damals wahrscheinlich ein Mann) heute eher ein anderer ist: Mit ANT müssten wir eher sagen: Es geht um die simple Feststellung, dass Planung stark technisiert

worden ist, sodass es selbst für Planer_innen kaum mehr nachvollziehbar ist, wie diese Instrumente jeweils bestimmte Planungsvarianten hervorbringen.

Als ich für meine Dissertation Umweltdienstleistungsfirmen beobachtete, begleitete ich ein Projekt, in dem versucht wurde, die Hochwasserwahrscheinlichkeit eines Flusses zu reduzieren (Guggenheim 2005). Das Projekt basierte auf einer Modellierungssoftware, mit der verschiedene Eingriffe modelliert werden konnten, wie etwa Überflutungsflächen, Bepflanzungen oder verschiedene Renaturalisierungsmaßnahmen. Nachdem die Planer_innen stundenlang für und wider diese und jene Maßnahmen gestritten und deren hypothetische Akzeptanz in der Bevölkerung diskutiert hatten, ließen sie die Software den Effekt auf die Hochwasserwahrscheinlichkeit prüfen. Dieser war dann so gering, dass sich der Aufwand aller kumulierten Maßnahmen kaum bemerkbar machte. Die Modellierungssoftware überraschte die Planer_innen, obwohl sie ‚ideologisch‘ überzeugt davon waren, dass sie mit ihren Maßnahmen die von ihnen intendierten Ziele erreichen würden.

Zugleich werden Planungsinstrumente an ihrem Interfacesoweit vereinfacht, dass sie zwar als Blackboxes operieren, jedoch zu Alltagsgegenständen geworden sind. The Sims und andere Weltbausimulationen, sowie eine große Zahl von Apps zur Bauplanung, zur Innenarchitektur (begonnen mit IKEA) aber auch Google Maps, haben dazu geführt, dass die Planung vor allem von Software geplant wird, die nun nicht mehr allein Planer_innen vorbehalten ist.[4] Mit dem Resultat, dass wir nun alle Planer_innen sind, ohne zu durchschauen, *wie* wir planen und was letzten Endes durch uns geplant wird.

Diese Eigenlogik der Planungstechnologien lässt sich gerade nicht den Planer_innen oder irgendeiner Ideologie zuordnen, noch lässt sie sich als bloße Technokratie verunglimpfen. Wollte man daraus eine normative Folgerungen ziehen, dann die, dass die Planung experimentalisiert werden sollte, und zwar nicht als Frage, wer mitplant, sondern *was* mitplant.

Endnoten

- [1] Man beachte jedoch frühe Studien zur Mobilität von Callon (1986; 1980) und dann von Latour (1996), sowie Latours Projekt zu Paris (Latour et al. 1998).
- [2] Siehe zur Schnittstelle von ANT und deutschsprachiger Medientheorie (Schüttpelz/Thielman 2013).
- [3] Verschiedene Forscher in der Tradition der Wissenschaftsforschung haben sich mit dem Objekt Stadt auseinandergesetzt (Farias/Bender 2009, Gieryn 2002, 2006, Hommels 2005, Guggenheim 2008; 2016) und mittlerweile ist ANT im engeren Sinne in der Planung angekommen (Boelens 2010, Doucet 2011, Lieto/Beauregard 2015, Rydin/Tate 2016, Kärholm 2008).
- [4] Für eine Studie, wie Laien Google Maps für ihre Zwecke nutzen, siehe Petersen (Petersen 2014).

Autor_innen

Michael Guggenheim ist Soziologe und forscht zu Umnutzungen von Gebäuden und Katastrophen.
m.guggenheim@gold.ac.uk

Literatur

- Boelens, Luuk (2010): Theorizing practice and practising theory: Outlines for an actor-relational-approach in planning. In: *Planning Theory* 9/1, 28-62.
- Callon, Michel (1980): The State and technical innovation: A case study of the electrical vehicle in France. In: *Research policy* 9/4, 358-376.
- Callon, Michel (1986): The sociology of an actor-network: The case of the electric vehicle. In: John Law / Arie Rip (Hg.): *Mapping the Dynamics of Science and Technology*. London: Macmillan, 19-34.
- Chilvers, Jason / Kearnes, Matthew (2016): *Remaking Participation: Science, Environment and Emergent Publics*. London: Routledge.
- Doucet, Isabelle (2011): Learning from Brussels. An irreductive approach to architectural and urban problématiques? In: *Belgeo. Revue belge de géographie* 1/2, 29-40.
- Farias, Ignacio / Bender, Thomas (Hrsg.) (2009): *Urban Assemblages. How Actor Network Theory Transforms Urban Studies*. London: Routledge.
- Gieryn, Thomas F. (2002): What buildings do. In: *Theory and Society* 31/1, 35-74.
- Gieryn, Thomas F. (2006): City as truth-spot: Laboratories and field-sites in urban studies. In: *Social Studies of Science* 36/1, 5-38.
- Guggenheim, Michael (2005): *Organisierte Umwelt. Umweltdienstleistungsfirmen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik*. Bielefeld: Transcript.
- Guggenheim, Michael (2008): Building memory. Architecture, networks and users. In: Michalis Kontopodis / Alex Kozin (Hg.): *Memory Studies, Special Issue on Materializations of Times: From Memory to Imagination* 2/1, 39-53.
- Guggenheim, Michael (2016): Im/mutable im/mobiles. From the socio-materiality of cities towards a differential cosmopolitics. In: Anders Blok / Ignacio Farias (Hg.): *Urban Cosmopolitics. Agencements, Assemblies, Atmosphere*. London: Routledge, 63-81.
- Hommels, Anique (2005): Studying obduracy in the city. Toward a productive fusion between technology studies and urban studies. In: *Science, Technology & Human Values* 30/3, 323-351.
- Kärrholm, Mattias (2008): The territorialisation of a pedestrian precinct in Malmö: Materialities in the commercialisation of public space. In: *Urban Studies* 45/9, 1903-1924.
- Latour, Bruno (1992): Where are the missing masses. Sociology of a few mundane artefacts. In: Wiebe Bijker / John Law (Hg.): *Shaping Technology – Building Society. Studies in Sociotechnical Change*. Cambridge (Massachusetts): MIT Press, 225-259.
- Latour, Bruno (1996): *Aramis, or the Love of Technology*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Latour, Bruno / Hermant, Emilie / Shannon, Susanna (1998): *Paris ville invisible, Paris; La Découverte*.
- Law, John / Singleton, Vicky (2013): ANT and politics: Working in and on the world. In: *Qualitative Sociology* 36/4, 485-502.
- Lieto, Laura / Beaugard, Robert A. (Hg.) (2015): *Planning for a Material World*. London: Routledge.
- Mol, Annemarie (2014): A Reader's Guide to the „ontological Turn“ – Part 4: Somatosphere. <http://somatosphere.net/2014/03/a-readers-guide-to-the-ontological-turn-part-4.html> (letzter Zugriff am 17.02.2017).
- Petersen, Katrina (2014): Producing space, tracing authority: Mapping the 2007 San Diego wildfires. In: *The Sociological Review* 62/S1, 91-113.
- Rydin, Yvonne / Tate, Laura (2016): *Actor Networks of Planning: Exploring the Influence of Actor Network Theory*. London: Routledge.
- Schüttpelz, Erhard / Thielman, Tristan (Hg.) (2013): *Akteur-Medien-Theorie*. Bielefeld: Transcript.

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2

Seiten 153-162

zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt

„Wer plant die Planung?“

Wer plant die Planung? Ein Vorschlag

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Kommentare von:

Wolf Reuter, Beate Binder,

Jens S. Dangschat, Monika

Grubbauer, Michael

Guggenheim, Stadt von

Unten, Iris Dzudzek

Stadt von Unten

Die Initiative Stadt von Unten folgt hiermit dem Aufruf der Zeitschrift, einen Kommentar auf Lucius Burckhardts Text „Wer plant die Planung?“ von 1974 zu schreiben. Wir möchten die Frage aus der Perspektive unserer Praxis beantworten und einige allgemeinere Schlussfolgerungen daraus ableiten. Stadt von Unten entstand als ein Zusammenschluss von Nachbarschaftsaktiven, Mietaktivist_innen und alternativen Hausprojektgruppen anlässlich eines gescheiterten ersten Vergabeverfahrens am sogenannten Dragonerareal in Berlin Kreuzberg. Die Initiative trat an, um dieses im öffentlichen Besitz befindliche Areal zu einem Modellfall für eine von Nutzer_innen initiierte Grundstücksentwicklung zu machen.

Lucius Burckhardt formuliert in seinem Text zwei aus unserer Perspektive und für unsere Praxis zentrale Positionen: Erstens ist die Frage „Wer plant die Planung?“ in erster Linie die Frage danach, wer entscheidet, was geplant wird (und was nicht). Zweitens wird die Antwort auf diese Frage stets bedingt durch politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und ist eingebettet in ein soziales System, das die Bedingungen von Planung prägt. Beide Einsichten haben nicht an Gültigkeit und Relevanz für gegenwärtige Planungsaufgaben verloren.

Dennoch haben sich die Akteurskonstellation von Entscheidenden über Planung und die Bedingungen, unter denen Planungsentscheidungen getroffen werden, im Verhältnis zu der von Burckhardt beschriebenen und kritisierten Planungsgegenwart deutlich verschoben: Während sich Burckhardts Kritik gegen das modernistische Planungsverständnis seiner Zeit richtet, in der Politik und Verwaltung die zentralen Rollen bei Planungsentscheidungen spielen, ist die Gegenwart viel stärker von marktgesteuerten Planungspraxen bestimmt. Das Problem der ‚Bepanung‘ von Menschen stellt sich in beiden Konstellationen, und bildet dadurch auch einen zentralen Ausgangspunkt unserer Arbeit. Anhand des sogenannten Dragonerareals in Berlin-Kreuzberg lassen sich symptomatisch die gegenwärtig dominierenden, von Verwertungsdruck getriebenen Planungs- und Entscheidungslogiken nachvollziehen.

Als eine der letzten öffentlichen Liegenschaften in zentraler Lage von Berlin-Kreuzberg bietet das Dragonerareal aber auch die Möglichkeit, den

real-utopischen Gegenentwurf einer Planung von unten aufzuzeigen. Für und an einem solchen Gegenentwurf arbeiten wir als Initiative Stadt von Unten.

Der folgende Text geht in zwei Schritten vor: Zunächst problematisieren wir, ausgehend von der konkreten Situation und dem Umgang mit dem sogenannten Dragonerareal, die gegenwärtig vorherrschenden Planungslogiken. Auf dieser Grundlage skizzieren wir dann den Entwurf einer ‚Planung von unten‘, indem wir die aus unserer Sicht dafür notwendigen Akteurskonstellationen und Bedingungen ausformulieren.

Kontext: Was ist auf dem Dragonerareal passiert?

Das Dragonerareal ist ein 4,7 Hektar großes Gelände in zentraler Lage in Berlin-Kreuzberg in der öffentlichen Hand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Es sollte in einer zweiten Runde in einem Höchstbieterverfahren verkauft werden, nachdem ein erster Anlauf gescheitert war. Der Investor hatte damals sein Gebot zurückgezogen, das gesamte Verfahren musste also neu aufgerollt werden. Im zweiten Anlauf steigerte sich das Höchstgebot von 21 Millionen Euro auf 36 Millionen, eine spekulative Wertsteigerung von rund 70 Prozent innerhalb von nur 2 Jahren.

Aufgrund massiven Drucks verschiedener Initiativen wie Upstall, Stadt von Unten und Nachbarschaftsgruppen hat das Land Berlin eine Mehrheit im Finanzausschuss des Bundesrats mobilisieren können, die den Verkauf stoppte[1]. Nach dem Scheitern der Privatisierung weigerte sich der Dienstherr der BImA, das Bundesfinanzministerium unter Wolfgang Schäuble, rund eineinhalb Jahre lang, den Verkauf rückabzuwickeln. Im April dieses Jahres wurde dann offiziell bekannt gegeben, dass das Areal im Rahmen des Hauptstadtvertrags zwischen Bund und dem Land Berlin an das Land übergehen wird. Mit der Übertragung an das Land Berlin ist nun der Weg frei für die Umsetzung eines Modellprojekts „Selbstverwaltet und Kommunal“ für eine soziale Stadtentwicklung, die wir schon seit knapp drei Jahren fordern.

Das höchste Gebot entscheidet

Die Logik des Höchstbieterverfahrens – das höchste Gebot entscheidet – beantwortet in einfacher wie bestechender Logik die Frage danach, wer beziehungsweise welche Mechanismen primär darüber entscheiden, was geplant wird. Verkörpert durch Investor_innen, die ihre Gebote abgeben, entscheiden spekulative Markterwartungen darüber, was und für wen gebaut werden soll. Spekulativ sind Markterwartungen deshalb, weil sie auf noch nicht realisierte Gewinne abzielen und davon ausgehen, dass die dem Kaufpreis zugrunde liegenden Preiserwartungen und damit verbundene Investitionen als Einnahmen und Gewinne auf dem Markt auch realisiert werden können.

Das Höchstbieterprinzip lässt diejenigen zum Zuge kommen, die sich den höchsten Ertrag aus dem Besitz oder Betrieb einer Immobilie versprechen, in die investiert werden soll (und den entsprechenden Kaufpreis auch aufbringen können). Dieser Ertrag muss dann entweder, bei Weiterverkauf, durch die_den nächste_n Käufer_in oder durch die Mieter_innen aufgebracht werden. Im Falle spekulativen Leerstands liegt die Ressource brach, bis die

Ertragserwartungen tatsächlich erfüllt werden können. Mit der Höhe der notwendigen Mietzahlungen werden der Kreis der potenziellen Nutzer_innen und damit auch die Nutzungsformen weitgehend bereits während des Verkaufsvorgangs festgelegt. Je höher die Ertragserwartung ist, desto exklusiver oder kommerzieller wird die Nutzer_innenschaft.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass der Markt vor allem soziale Ungleichheit und räumlich ungleiche Entwicklung verstärkt und in Extreme treibt, anstatt diese auszugleichen und Mängel zu beheben. Attraktive Lagen ziehen immer mehr Investitionen an und erlauben Monopolrenten; Nutzungen werden entlang ihrer Verwertbarkeit homogenisiert. Nutzungen, die nicht den Ertragserwartungen entsprechen, werden in ‚unattraktive‘ Lagen verdrängt oder verschwinden gänzlich. In vielen Fällen zerstören die Investitionen dann genau das, was die Stadt attraktiv macht: gewachsene soziale Beziehungen, kulturelle Eigenarten und Praktiken sowie eine Vielfalt an Lebensentwürfen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten an Kooperation, Austausch und Experimenten.

Die steigenden Ertragserwartungen der privaten Stadtentwickler_innen schlagen sich auch auf die physische Qualität der gebauten Umwelt nieder: Die Kosten werden möglichst niedrig gehalten und auf andere Akteure, Menschen und die Umwelt ausgelagert. Planungszeiträume müssen auf Kosten räumlicher, programmatischer und sozialer Komplexität und den damit einhergehenden Beteiligungsmöglichkeiten optimiert und verkürzt werden und Bebauungen werden rein quantitativ und nicht qualitativ verdichtet.

Die Politik und die unternehmerische Logik

Während durch Höchstbieterverfahren die Rahmenbedingungen der Planung gesetzt werden, ist die Gemengelage in der konkreten Planung durchaus komplexer; und bei der Beantwortung der Frage „Wer plant die Planung?“ sind Investor_innen nicht die einzigen Akteure. Staatliche Regularien können in den Planungsprozess durch Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und städtebauliche Instrumente eingreifen. So auch im Fall des sogenannten Dragonerareals: Um möglichst viel Einfluss auf den privaten Investor ausüben zu können, hat das Land Berlin das Areal als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Hierin deutet sich ein Bruch der Kommune mit dem Bund und seiner neoliberalen Verkaufspraxis an. Das Land Berlin ist jedoch auch erst kürzlich von einer solchen Praxis abgerückt: So hat auch Berlin bis 2015 seine besten Grundstücke oftmals zu Schleuderpreisen privatisiert, vorgeblich um den kommunalen Schuldenberg – oder immerhin die anfallende Zinslast – zu tilgen. Zudem wurden zwei große Wohnungsbaugesellschaften und eine städtische Gewerberaumgesellschaft verkauft, die gerade in Berlin-Kreuzberg viele Kleingewerbeflächen besaß. In der Konsequenz bedeutete dieser Nichtzugriff auf Boden jetzt Mehrkosten durch teureren Rückkauf und einen Mangel an Raum für soziale Infrastruktur. Erst in den letzten Jahren sind in Reaktion auf die starken Proteste und immer zahlreicher werdende Initiativen Anzeichen eines Politikwechsels zu beobachten.

Für eine Planung von unten

Ausgehend von der beschriebenen Entscheidungsgewalt, die in der gegenwärtigen Akteurskonstellation dem Markt überlassen wird, und den daraus resultierenden stadtentwicklungspolitischen Missständen, stellt sich für uns die Frage auf folgende Weise: Wenn nicht Staat und Markt, wer *sollte* die Planung dann planen?

Unsere Forderung ist eine soziale, ökologische und am städtischen Gemeinwohl orientierte Planung, deren treibende Kraft diejenigen sein sollten, die die Stadt nutzen und bewohnen (wollen), unabhängig von der Einkommenssituation. Wir fordern damit eine Verschiebung innerhalb der angesprochenen Akteurskonstellation, die vor allem das Entscheidungsprimat des Markts aufhebt. Dabei muss die aktive Rolle staatlicher Institutionen und ihrer Interventionsmöglichkeiten in die dominante Marktlogik eingefordert werden, ohne dabei zurückkehren zu wollen zur starken Planungsrolle von Staat und Verwaltung.

Die konkrete Utopie einer Planung von unten wollen wir auf dem Dragonerareal in einem Modellprojekt „Selbstverwaltet und Kommunal“ realisieren. Dieses soll Selbstermächtigung und demokratische Kontrolle durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung mit den Ressourcen öffentlicher und kommunalen Institutionen zusammendenken und in neue Formen überführen. ‚Selbstverwaltet und Kommunal‘ denken wir dabei als eine Vergesellschaftungsstrategie von (Wohn-, Arbeits- und Lebens-)Raum aus zwei Richtungen: Selbstverwaltungsmodelle und alternative Initiativen sollen aus ihren subkulturellen und/oder Mittelschichtsnischen herausgeholt werden und in einem neuen Modell demokratischer Mitbestimmung verallgemeinert werden können. Ihre Verankerung in kommunalen Institutionen soll perspektivisch auf eine universellere Vergemeinschaftung und Demokratisierung von Stadtplanung und -entwicklung hinwirken. Die Losung „Selbstverwaltet und Kommunal“ als Vergesellschaftungsstrategie schlägt somit auch den Bogen von der Realpolitik zur konkreten Utopie.

Grundlegende Parameter sind dabei für uns, dass das Dragonerareal in öffentlichem Eigentum bleibt (keine Eigentumswohnungen und -projekte, 100 Prozent Mieten), die Mieten auch für Menschen bezahlbar sind, die Sozialleistungen beziehen (100 Prozent wirklich soziale Mieten), die Mitbestimmung ohne Eigenkapital oder Anteilszeichnung sichergestellt ist (100 Prozent Teilhabe) und eine Privatisierung langfristig ausgeschlossen wird (100 Prozent langfristig abgesichert). Auf der Grundlage dieser Rahmenbedingungen möchten wir einen kollektiv getragenen Prozess zur Entwicklung eines Modellprojekts „Selbstverwaltet und Kommunal“ unterstützen und mitgestalten.

Nutzer_innen entscheiden

Planung von unten bedeutet in erster Linie, das Entscheidungsmoment zugunsten derjenigen zu verschieben, die städtische Räume nutzen – also beispielsweise: dort arbeiten, wohnen, abhängen, Tomaten anbauen, sehen und gesehen werden oder ihre Kontakte pflegen – wollen. Unter ‚Nutzer_innen‘ verstehen wir nicht nur organisierte Menschen, die einen konkreten Raum

nutzen wollen, sondern auch Raumbedürfnisse, die in der Stadt vorhanden sind, aber noch nicht artikuliert wurden.

Ein kollektiver Planungsprozess, der all diejenigen in eine Entscheidungsposition bringt, die einen Raum (auch zukünftig) nutzen, steht jedoch vor der Schwierigkeit, dass der Kreis an Nutzer_innen und damit Entscheider_innen nicht a priori feststeht und auch nicht feststehen sollte.

Entgegen einer marktbasierter Verteilung von Ressourcen, die sich an den lukrativsten Nutzungen orientieren, richtet sich eine nutzer_innenbasierte Planung an den Bedürfnissen heutiger und zukünftiger Nutzer_innen der Stadt aus, und nicht an ihrer Kaufkraft. Eine solche nutzer_innenorientierte Stadtentwicklung ist jedoch nur als Gemeingut zu denken, da Nutzungsrechte darin weder privatisiert und warenförmig sein, noch paternalistisch durch den Staat vergeben werden sollen. Solcherart verstandene Gemeingüter stehen vor der Herausforderung, einen sinnvollen Ausgleich zwischen einer gewünschten Offenheit und der materiellen Begrenztheit der Ressource herzustellen. Eine nutzer_innenorientierte Planung erfordert also einen erweiterten Begriff des Nutzer_innen-Kreises: Dabei müssen auch die Interessen, sozialen Bedarfe und Belange mitgedacht werden, die beispielsweise physisch nicht vor Ort oder nicht organisiert sind. Der Kreis von Nutzer_innen muss offen bleiben für neue Bedarfe und Nutzungen sowie Nutzer_innen, die noch nicht da sind und noch kommen werden (hier ist Migration ein wichtiges Stichwort) oder sich aus welchen Gründen auch immer nicht (ausreichend) artikulieren.

Für einen Planungsprozess von unten ist das von Burckhardt geforderte Moment des „geplanten Aufschubs“ (2017 [1974]: 112) zentral, das einen kollektiv getragenen Prozess überhaupt erst möglich macht: Beteiligung und Organisation brauchen Zeit. Ein solcher Aufschub ist notwendig, damit sich der Kreis der Nutzer_innen vor der Planung in dem beschriebenen Spannungsfeld von gewünschter Offenheit und notwendiger Begrenzung konstituieren kann, ohne von Planungsentscheidungen überrumpelt und dadurch in den eigenen Entscheidungshorizonten beschränkt zu werden. Eine Planung von unten muss es erlauben, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in den Planungsprozess zu intervenieren und die ‚Aufgabenstellung‘ von Planung und deren Umsetzung mitzubestimmen.

Ein solcher Planungsprozess formuliert damit auch einen Gegenentwurf zu den gegenwärtigen Beteiligungsformaten, von denen schon Burckhardt spricht (2017 [1974]: 111), und die vor allem dem Zweck dienen, Legitimation für eine bereits entworfene Planung herzustellen. Ganz gleich ob diese von staatlicher Seite oder durch private Investorenschaft bestimmt wird: In beiden Fällen existiert zunächst die Planung, und dann erst entstehen in der Folge die von der Planung ‚Betroffenen‘. In beiden Konstellationen ist nicht vorgesehen, dass Menschen jenseits von Staat und Markt die Initiative ergreifen und zu Akteur_innen in Planungsprozessen werden, wie wir uns eine Planung von unten vorstellen.

Initiative ergreifen

Eine weitere wichtige Figur in der Beantwortung der Frage, wer die Planung plant, ist in unserem Fall die politische Initiative, die sich anlässlich gesellschaftlicher Missstände zusammen findet und in konkrete Fälle und

Situationen mit Forderungen und Vorschlägen interveniert. Ganz im Sinne des Begriffs ‚Initiative‘ hat sich Stadt von Unten gegründet, um am Beispiel einer Bundesliegenschaft einen Prozess anzustoßen, der aufzeigt, wie Stadt anders entwickelt werden könnte. Die Forderung nach einer Planung von unten ist ein Initiativmoment, das von identifizierten Missständen und problematischen Tendenzen in der Stadtentwicklung ausgeht, an bestehende Bedingungen und Institutionen anknüpft und die Vision einer anderen, sozialen Stadtentwicklung mit der Ermächtigung selbstorganisierter Strukturen eröffnet.

Das Verständnis unserer Arbeit ist also einerseits von Themensetzung und strategischer Intervention geleitet, die zum Ziel hat, politische Rahmenbedingungen so zu verschieben, dass neue Formen ent-kommodifizierter Stadtentwicklung vorstell- und umsetzbar werden. Unsere Arbeit als Initiative hat damit auch ein kuratorisches Moment (vom lateinischen *curare*: sich kümmern, sich sorgen um), das die Interessenvertretung derjenigen beinhaltet, die durch gegenwärtige Planungs- und Stadtentwicklungsmechanismen an den Rand gedrängt und deren Stimmen oft nicht gehört werden.

So zielen unsere 100-Prozent-Forderungen auf die Schaffung von Teilhabe- und Beteiligungsstrukturen ab, die es auch marginalisierten Gruppen ermöglichen, sich und ihre Bedarfe zu artikulieren. Diese Kriterien und Forderungen an eine soziale Stadtentwicklung sind (auch) politische Setzungen und bedeuten eine intendierte politische Parteinahme. Als solche sollten sie auch benannt und transparent gemacht werden. Die von uns geforderte Planung von unten in einem Modellprojekt „Selbstverwaltet und Kommunal“ ist somit auch eine explizite Verneinung der vermeintlichen Neutralität von Marktentscheidungen.

Politische Leitplanken verschieben

Während die Rolle profitorientierter Marktakteur_innen in unserer Vision von Planung und Stadtentwicklung klar zurückgedrängt wird, nehmen unsere Forderungen staatliche Institutionen durchaus in die Pflicht. Der erste Schritt dabei besteht darin, die Funktion des Staates als Privatisierer, der öffentliche Ressourcen in Privateigentum verwandelt und damit Garant privater Verwertung ist, anzugreifen. Obwohl der Staat primär die Interessen des Kapitals vertritt und beispielsweise über das Eigentumsrecht durchsetzt, ist er in dieser Funktion nicht monolithisch, sondern ein von unterschiedlichen (und unterschiedlich starken) sozialen Kräften umkämpftes Terrain. Wir sehen dabei die Rolle stadtpolitischer Initiativen und sozialer Bewegungen darin, auf staatliche Institutionen dahingehend Druck auszuüben, dass sie für eine soziale Stadtentwicklung Partei ergreifen. Dafür müssen sie entsprechende politische Rahmenbedingungen und Umverteilungsmechanismen schaffen und sicherstellen. Die oben genannten 100-Prozent-Forderungen der Initiative Stadt von Unten zielen darauf ab, politische Rahmenbedingungen in staatlichen Institutionen zu Gunsten einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu verschieben.

Bei dieser Verschiebung geht es nicht darum, staatlichen Akteuren wieder eine modernistische (über-)planende Rolle zuzusprechen, mit und in der sie über die Bedürfnisse von Menschen hinweg bestimmen. Vielmehr gilt es, den (lokalen) Staat dahingehend zu transformieren, dass er die Bedingungen

schaft und gewährleistet, auf deren Grundlage eine Planung von unten möglich ist: Der Verbleib des Dragonerareals in öffentlichem Eigentum, dauerhaft abgesichert, und die Verneinung von Privateigentum an Wohn- und Gewerberaum auf dem Areal – zwei unserer grundlegenden Forderungen – sind Bestandteile dieser Voraussetzungen, die es sicherzustellen gilt.

Auch bei der Unterstützung und Förderung von selbstorganisierten Strukturen für die Planung und Entwicklung des Geländes kommt lokalstaatlichen Akteuren eine Rolle zu. Zudem muss der Staat durch finanzielle Zuwendungen die Bezahlbarkeit der Mieten sowie der architektonischen Qualität gewährleisten. Im Gegensatz zu vielen Subventionsmodellen vergangener Dekaden sozialen Wohnungsbaus sollen diese steuerfinanzierten Investitionen nicht die Gewinne privater Investor_innen absichern, sondern in einen langfristig aufzubauenden Kreislauf sozialer Immobilienwirtschaft fließen.

Wo wir als Initiative neue Formen der Kooperation zwischen selbstverwalteten Strukturen und kommunalen Akteuren anstoßen wollen, geht es auch um eine Öffnung und Demokratisierung dieser Institutionen, sodass sie mittelfristig zu einem Instrument für die Vergesellschaftung von Wohnraum werden.

Fach- und Planungswissen politisieren

Wie Burckhardt feststellt (2017 [1974]: 106), stößt das reine Fachhandeln stets an die Grenzen seiner gesellschaftlichen und politischen Bedingtheit. Indem Planungsprozesse von politischen Rahmenbedingungen und einer Vielzahl angrenzender Arbeitsfelder abhängig und geprägt sind, ist es wichtig, den politischen Charakter des Handelns von Planer_innen hervorzuheben.

Wenngleich sich die Entscheidungsmacht heute stark weg von staatlichen Akteuren und zugunsten von Marktakteuren verschoben hat, besteht dennoch eine gewisse Kontinuität im Selbstverständnis der Planer_innen, die sich zumeist als neutrale Dienstleister_innen verstehen. Planung darf sich jedoch nicht auf vermeintlich unpolitische, technische Umsetzungsfragen und Lösungen beschränken, sondern muss soziale wie kulturelle Prozesse genauso wie politische Kräfteverhältnisse in ihren Gestaltungshorizont einbeziehen.

Neben einer Anerkennung der politischen Bedingtheit von Fachwissen und der falschen Trennung zwischen Entscheidung und Fachwissen soll die Wissenshierarchie, oder besser: die Hierarchie von Wissensformen und damit die Kluft zwischen Entscheidenden (Nutzer_innen) und Wissenden (Fachleuten), strukturell aufgelöst werden. Die Initiative Stadt von Unten stellt sich eine Stadtplanung von unten als einen kollektiven Lernprozess vor, in dem mögliche Methoden und Modelle zur Umsetzung der durch Nutzer_innen formulierten Wünsche und Bedürfnisse geteilt und diskutiert werden. Dabei steht im Zentrum und am Anfang jedes Beteiligungsprozesses die gemeinsame Erarbeitung und Weitergabe von Wissen, das für die Mitgestaltung und kollektive Aneignung von Stadt nötig ist. Neben Fach- und Planungswissen gehört dazu das implizite Alltagswissen derjenigen, die die Stadt durch ihre Praktiken als sozial-physisches Gebilde herstellen, ebenso wie die verschiedenen Sprachen, mit denen Wirklichkeit beschrieben wird. Praktisch heißt das, in einen Austausch mit anderen Initiativen zu treten, Anlieger_innen zu befragen, gemeinsam andere Projekte auf ihr Inspirationspotential abzuklopfen, Filme, Pläne, Zeichnungen und Bücher zu Rate zu ziehen und dabei gemeinsame Begriffe zu entwickeln.

In diesem gemeinsamen Lernprozess sollten die verschiedenen Akteure jedoch durchaus unterschiedliche Rollen einnehmen können. Fachleute und Planer_innen können den kollektiven Lernprozess unterstützen, indem sie Planungsentscheidungen, Übersetzungs- und Umsetzungsmethoden sowie Verfahrensweisen nachvollziehbar machen und hierfür Vorschläge unterbreiten. Ihr spezifisches Wissen erleichtert es Ideen, Wünsche und Bedürfnisse in konkrete und umsetzbare Projekte zu übersetzen, also in technisch und ökonomisch machbare Qualitäten. Denn einerseits haben die Ressourcen sowohl von Nutzer_innen als auch die von Initiativen ihre Grenzen, wenn es um die Erarbeitung der konkreten und technischen Umsetzung geht, andererseits sollen auch Planer_innen mit ihren fachlichen Impulsen eine eigenständige Position einnehmen können. Da Planung und Gestaltung in einem Kontext historischer Erfahrung und Ideengeschichte stehen, in dem sich die Planer_innen bewegen, können diese durch das Einbringen von Ideen und Initiative den Raum des Vorstellbaren und Möglichen erweitern. Im Idealfall sind Fachleute Mitspieler_innen, die die anderen Beteiligten unterstützen und im Feld von Nutzer_innen, Initiativen und Institutionen eine an den Wünschen und Bedürfnissen von Nutzer_innen sowie den sozialen Bedarfen der Stadt orientierte und gleichzeitig teilautonome Rolle spielen.

Planung von unten für eine Vergesellschaftung von städtischem Raum

Burckhardts Frage „Wer plant die Planung?“ hat im Kontext gegenwärtiger Planungs- und Entscheidungspraxen ihre Relevanz nicht verloren. Nur ihre gesellschaftliche Bedingtheit, wie Burckhardt die politische Konstellation, unter der Planung geschieht, nennt, hat sich verschoben. Indem Burckhardt mit der Frage danach, wer denn die Planung plant, auf den politischen Charakter von Planung drängt, hat sein Text an Aktualität nicht eingebüßt. Das Aufwerfen dieser Frage deutet bereits die daraus folgende Frage an, nämlich die danach, wer denn die Planung planen *sollte*. Mit dem Stellen dieser Frage wollen wir die aktuellen Planungsdiskurse politisieren und anhand eines konkreten Liegenschaftsfalls zuspitzen.

Stadtentwicklung und -planung sollte aus unserer Sicht von denjenigen entschieden und bestimmt werden, die die Stadt nutzen und in ihr leben. Dafür braucht es eine grundlegende Abkehr von der gegenwärtig dominanten, marktvermittelten Planungs- und Entscheidungspraxis, in der private Investor_innen die primäre Entscheidungsgewalt darüber besitzen, was und wie in privatisierten Räumen gebaut wird.

Voraussetzung für die Vergesellschaftung von (Wohn-, Arbeits- und Lebens-)Raum als konkrete Utopie ist die Veränderung politischer Rahmenbedingungen. Dazu gehört die Demokratisierung kommunaler Institutionen und ihre Öffnung für Mitbestimmung und Selbstverwaltung, die gemeinsam städtischen Raum als Gemeingut vorstellbar und umsetzbar machen. Das Modell „Selbstverwaltet und Kommunal“ ist nicht nur Ergebnis und Inhalt einer neu zu denkenden Verbindung von selbstverwalteten Strukturen und kommunalen Akteuren, sondern gleichermaßen ein Prozess, der diesen Inhalt demokratisch aushandelt: Eine Stadt von Unten setzt somit notwendigerweise eine Planung von unten voraus.

Endnoten

- [1] Liegenschaftsverkäufe mit Wert über fünf Millionen Euro müssen sowohl vom Finanzausschuss des Bundestags als auch der Länderkammer des Bundesrats abgesegnet werden.

Autor_innen

Die stadtpolitische Initiative Stadt von Unten setzt sich seit 2014 gegen die Privatisierung des sogenannten Dragonerareals in Kreuzberg und für ein Modellprojekt „Selbstverwaltet & Kommunal“ mit 100 Prozent wirklich bezahlbaren Mieten, dauerhaft abgesichert, ein. Stadt von Unten ist Teil der Mieter_innenbewegung Berlins.
www.stadtvonunten.de – info@stadtvonunten.de

Literatur

Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1-2, 105-114.

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 163-172
zeitschrift-suburban.de

Lucius Burckhardt
,Wer plant die Planung?'

Kommentare von:
Wolf Reuter, Beate Binder,
Jens S. Dangschat, Monika
Grubbauer, Michael
Guggenheim, Stadt von
Unten, Iris Dzudzek

Wem gehört die Planung? Recht auf Stadt jenseits des Kolumbus-Syndroms

Kommentar zu Lucius Burckhardts „Wer plant die Planung?“

Iris Dzudzek

1. Einleitung

Mit spitzer Feder beschreibt Lucius Burckhardt in seinem Aufsatz „Wer plant die Planung?“ die konfligierenden Rationalitäten der am Planungsprozess beteiligten Akteure. Dabei zeigt er auf, wie „das Kräfteparallelogramm zwischen der regierenden Beamtenschaft, der Bauspekulation, der Bürgerschaft und den durch die beschlossenen Maßnahmen betroffenen Leute“ (S. 107) die „Übelstände der Stadt“ häufig verschlimmbessert. Es fehle ein „strategisches Vorgehen“, das „dem Systemcharakter der Stadt angemessen“ (S. 113) wäre.

Burckhardts Beobachtungen der Machtverquickungen von Planer*innen sind scharfsinnig und – wie sich auch später noch zeigen wird – in vielen Punkten visionär. Er erkannte bereits damals, dass die Gestaltungsmöglichkeiten von Beteiligten in den von der Planungstheorie entwickelten Partizipationsverfahren zur reinen Organisation von Zustimmung verkommen (vgl. S. 112). Allerdings reproduziert er die Trennung aller am Planungsprozess Beteiligten in Planer*innen und Beplante, das bedeutet, in diejenigen, die die Stadt aktiv gestalten dürfen und diejenigen, die ihre Veränderungen passiv zu erdulden haben. Die Haltung, die dieser Trennung zugrunde liegt, werde ich als ‚Kolumbus-Syndrom‘ bezeichnen. Betroffene wie auch die Stadt lassen sich aber nur bedingt am Reißbrett formen. Demgegenüber und in Fortführung von Ansätzen, wie sie Burckhardt später anhand performativer Installationen und der Promenadologie entwickelt hat (Burckhardt 2013; 2006, siehe auch Gribat 2017), vertritt der vorliegende Kommentar die These, Planung sollte bei den vorhandenen Ressourcen und aktuellen Nutzungen in der Stadt ansetzen. Dies gilt ganz besonders in Zeiten schrumpfender Freiräume in der unternehmerischen Stadt, die mit massiven sozialen und ökologischen Problemen zu kämpfen hat. Hierzu gilt es, Partizipation aus ihrer postpolitischen Einhegung in Planungsprozessen herauszuholen. Dabei ist nicht nur eine Neuerfindung und Repolitisierung der Partizipationsprozesse notwendig, sondern auch ein Umdenken in der Planung. Diese sollte weniger an neuen Entwürfen als an der bereits in

der Stadt gelebten Praxis und ihren häufig prekären Raumproduktionen ansetzen. Planung kann hier viel vom postkolonialen Urbanismus sowie von performativen und ästhetischen Ansätzen lernen. Die Rolle der Planung wäre dann weniger die Bereitstellung und Umsetzung von Entwürfen, sondern vielmehr eine Weiterentwicklung und Moderation bereits gelebter Raumproduktionen, die ein Recht auf Stadt für alle realisiert.

2. Veränderungen

Das städtebauliche Leitbild, das Burckhardt vor Augen gehabt haben dürfte, als er 1974 „Wer plant die Planung?“ schrieb, war das der funktional getrennten, autogerechten Stadt mit hohem Flächenverbrauch mit den bekannten ökologischen Folgen. Seither haben sich die Gesellschaft und mit ihr auch die Paradigmen der Planung verändert. Das Leitbild der autogerechten und funktionalen Stadt ist der funktional durchmischten Stadt der kurzen Wege gewichen. Das gesellschaftliche Wunschbild eines Häuschens im suburbanen Grün ist jenem der Altbauwohnung inmitten einer kreativen Arbeits- und Freizeitszene gewichen. Die integrierte Entwicklungsplanung der 1960er und 1970er Jahre und die kleinteilige Stadterneuerung mit Bürgerbeteiligung der 1970er wurden in den 1980ern vom perspektivischen Inkrementalismus abgelöst (Sieverts/Ganser 1993). Die Renaissance strategischer Planung der 1990er Jahre setzte dann stärker als ihre Vorgängerversion der 1970er auf eine Steuerung durch marktwirtschaftliche Modelle und die Übertragung von betriebswirtschaftlichen Planungsmethoden auf den öffentlichen Bereich (*new public management*). Damit reagierte die Planung auf die neuen räumlichen Bedürfnisse postfordistischer Arbeitswelten und Konsummuster des interkommunalen Wettbewerbs sowie der Urbanisierung des Kapitals (Harvey 2009) und wurde zur Kooperationspartnerin neoliberaler Stadtentwicklung. Eine neue Kaste von *policy entrepreneurs* bereist seither die Welt. Sie verkaufen Politikmodelle, die zu global zirkulierenden *blue prints* werden und Städte immer ähnlicher aussehen lassen (Peck 2011, Prince 2014). Richard Floridas „Kreative Stadt“ (Florida 2002) dürfte das prominenteste Beispiel dieser Art sein (Dzudzek 2016).

Beeindruckend ist, mit welcher analytischer Schärfe Burckhardt Entwicklungen problematisiert, die 1974 noch in ihren Anfängen steckten und bis heute an Brisanz gewonnen haben. Zu nennen ist hier die „Wiederaufwertung des Zentrums“ (S. 107) und die Umwandlung „städtischer Liegenschaften [in] Handelsware“ (S. 106). Selbige prägen bis heute Prozesse der Gentrifizierung und Verdrängung in der Stadt und haben im Zuge von Neoliberalisierung und der Verschärfung des interkommunalen Wettbewerbs an Dringlichkeit gewonnen (Schipper 2013). Ein weiterer interessanter Punkt findet sich in Burckhardts Skepsis gegenüber den damals neuen Formen der Bürgerpartizipation. Diese kritisiert er als Fortführung der Methoden, mit denen sich die Verwaltung seit dem Ancien Regime Zustimmung verschaffe (vgl. S. 111). „Die Förderung“, die die Planung laut Burckhardt der Bürgerbeteiligung „angedeihen lässt, ist identisch mit der Zerstörung des emanzipatorischen Werts dieser Veranstaltung“ (S. 112). In der Tat haben sich die Partizipationsmodelle seit den 1970er Jahren rasant weiterentwickelt und leider hat sich Burckhardts Sorge bestätigt: Bürgerbeteiligung ist zum

„Herrschaftsinstrument“ (Wagner 2013) geworden, das den postpolitischen Konsens unternehmerischer Stadtpolitik prozessiert (Rosol/Dzudzek 2014, Gomes de Matos 2013, Dzudzek 2013).

3. Das Kolumbus-Syndrom

Persistent ist auch die von Burckhardt beschriebene „Intuition“ (S. 107) von Architekt*innen und Planer*innen, die zwar „das vorgelegte Problem auf das ‚Wesentliche‘“ (ebd.) reduziert, die allerdings auch vom „planerischen Kontext“ (ebd.) abstrahiert. Diese planerische Praxis, die Burckhardt so treffend in seinem Aufsatz beschreibt, beruht auf Entwürfen. Sie werden vorzugsweise auf weißen Leinwänden angefertigt. Nicht selten sprechen die Selbstdarstellungen und Projekte von Architekt*innen hier Bände. Ein Haus oder ein städtebauliches Ensemble steht allein vor einem weißen oder monochromen Hintergrund. Sofern städtischer Kontext vorkommt, wird er im *rendering* gern ausgebläst oder nur schemenhaft angedeutet. Die technokratische Vision der Formung eines Gemeinwesens durch den Entwurf neuer Lebens- und Arbeitswelten, die den Kern von Planung bildet, ist hier versinnbildlicht. Und selbst die Planung, die sich stärker dem städtebaulichen Kontext widmet, beruht häufig auf Visionen und setzt selten konkret am jeweiligen Ort und der dort stattfindenden Praxis an.

In dieser Vorstellung von Planung versteckt sich eine Machtasymmetrie zwischen den Planner*innen, die wissen, was für die passivierten Betroffenen das ‚Wesentliche‘ ist. Dies stattet erstere mit der Autorität aus, die Stadt mit ihren Visionen ‚beplanen‘ zu dürften. Paradigmatisch dafür ist, dass auch in Burckhardts Text die „Bepflanzen“ erst auf Seite 11 von 13 auftauchen. Diese Machtasymmetrie, die in der Planungspraxis bis heute fortlebt, möchte ich als ‚Kolumbus-Syndrom‘ bezeichnen. Es war der schwarze Filmemacher Spike Lee, der diesen Begriff bei einem Auftritt im New Pratt Institute for Black History und in Reaktion auf Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse in Brooklyn prägte:

„Then comes the motherfuckin’ Christopher Columbus Syndrome. You can’t discover this! We been here. You just can’t come and bogart. There were brothers playing motherfuckin’ African drums in Mount Morris Park for 40 years and now they can’t do it anymore because the new inhabitants said the drums are loud. My father’s a great jazz musician. He bought a house in nineteen-motherfuckin’-sixty-eight, and the motherfuckin’ people moved in last year and called the cops on my father. He’s not – he doesn’t even play electric bass! It’s acoustic! We bought the motherfuckin’ house in nineteen-sixty-motherfuckin’-eight and now you call the cops? In 2013? Get the fuck outta here!
Nah. You can’t do that. You can’t just come in the neighborhood and start bogarting and say, like you’re motherfuckin’ Columbus and kill off the Native Americans. Or what they do in Brazil, what they did to the indigenous people. You have to come with respect. There’s a code. There’s people.“ (Lee in Coscarelli 2014)

Das Kolumbus-Syndrom lässt Menschen glauben, sie hätten einen Ort gerade erst entdeckt. Dabei übersehen sie jene, die dort bereits leben oder arbeiten. Sie

eignen sich diese Orte an, weil sie glauben, sie würden von niemandem beansprucht. In diesem Sinne ist Planung häufig übergriffig oder gewaltförmig. Sichtbar wird dies besonders in der Umsetzung. Zu nennen sind hier nicht nur die Prozesse der Verdrängung von Bevölkerung im Zuge von Aufwertung und *state-led gentrification*. Meines Erachtens kann der Begriff auf weitere, sehr unterschiedliche Praktiken übergriffiger Planung ausgedehnt werden. Dazu gehört die Zerstörung selbstgebauter Unterkünfte von Roma in Frankfurt ebenso wie das Kunstprojekt xqm. Es erschloss „spezifische, selten bewußt genutzte Bereiche im innerstädtischen öffentlichen Raum der Stadt Frankfurt“ und bot „diese Bewohnern der Stadt aber auch Menschen von Außerhalb für eigene Projekte“ (Xqm-Projektgruppe 2011) an. Erst in diesem Prozess wurde der Projektgruppe gewahr, dass das Projekt eine Vielzahl von Menschen störte, die in ihrem Alltag auf die Nutzung des öffentlichen Raumes angewiesen sind. Zu nennen sind auch die Aktivist*innen des „Detroit Black Food Security Network“. Sie verwenden den Begriff Kolumbus-Syndrom nicht für Übergriffigkeiten von Seiten der formalisierten Stadtplanung, welche im hochverschuldeten Detroit auf das Notwendigste zusammengestrichen wurde, sondern für Bevormundungen durch anderen Gruppen, die sich in Detroit im Bereich des *urban farming* engagieren. Diese setzen sich häufig aus einer jungen, vorwiegend weißen und akademischen Mittelschicht zusammen, die zwar ebenfalls mit geringen finanziellen Mitteln, aber mit einem hohen Vernetzungsgrad und einem großen Know-how in Medienarbeit und Mittelakquise, die Professionalisierung und auch Vermarktlichung von *urban farming* vorantreiben. Als übergriffig beschreiben die Aktivist*innen den Versuch, Mitglieder des Detroit Black Food Security Network immer wieder in Fragen der Professionalisierung urbaner Landwirtschaft beraten zu wollen, obwohl das *urban farming* genau von der schwarzen Bevölkerung erfunden wurde, die, aus den Südstaaten für die Industriearbeit nach Michigan kommend, ihre agrarischen Traditionen in der Stadt fortgeführt und in *communities* bis heute gepflegt haben.

4. Neue Ansätze performativer Planung

Vor dem Hintergrund des ausgeprägten Kolumbus-Syndroms der Planung ist es zentral, Partizipation von Betroffenen in Planungsprozessen nicht aufzugeben. Zwar ist es wichtig, sie in ihrer gegenwärtigen Form als Methode zur Schaffung von Zustimmung (vgl. S. 111) zum von den Planer*innen identifizierten ‚Wesentlichen‘ (S. 107) sowie als Herrschaftsinstrument (Wagner 2013) zu kritisieren. Genauso fatal aber wäre es, bei dieser Kritik stehen zu bleiben. Das hieße Partizipation als Mittel zur Durchsetzung bürgerlicher Interessen (S. 112) beziehungsweise zur Organisation von Zustimmung zu unternehmerischer Stadtpolitik anzuerkennen und damit als emanzipatorisches Projekt aufzugeben. Wie also muss sich die Partizipation von Betroffenen verändern, um diesem Dilemma zu entgehen? Wie müssen Planungsprozesse aussehen, bei denen Betroffene das ‚Wesentliche‘ selbst politisch mitbestimmen können?

In jüngerer Zeit sind eine Vielzahl neuer ästhetischer und performativer Ansätze entstanden, die nicht dem Büro der Planer*innen entspringen, sondern direkt an den lokalen Verhältnissen ansetzen (Altrock 2014, Kremer 2011). Performative Planung zeichnet sich nach Mackrodt und

Helbrecht durch einen aktionsorientierten Ansatz aus, bei dem ein Ort durch materielle Praktiken gestaltet wird. Die Planung findet dabei direkt auf der zu verändernden Fläche statt, wobei „das gestalterische Tun am Planungsort im Mittelpunkt der Partizipation“ (Mackrodt/Helbrecht 2013: 15) steht.

„Unter performativer Bürgerbeteiligung verstehen wir Beteiligungsansätze, die über einen längeren Zeitraum (z. B. ein Jahr) im öffentlichen Raum verortet sind und durch ihre physisch-materielle Präsenz ein handlungsorientiertes Beteiligungsangebot im Rahmen eines Stadtentwicklungsprozesses schaffen. BürgerInnen werden aufgefordert – in verschiedenen Projekten auf unterschiedliche Weise – selbst raumgestaltend aktiv zu werden auf einer zu beplanenden Fläche. [...] Die unmittelbare Präsenz der Beteiligungsangebote im öffentlichen Raum trägt zur Gestaltung des zu beplanenden Ortes bei. Dadurch wird für den weiteren Planungsprozess nicht nur eine Debatte über einen Ort geführt, sondern eine gegenwärtige Intervention an einem Ort ermöglicht, die diesen in einem Prozess der Raumgestaltung selbst verändert.“ (Mackrodt/Helbrecht 2013: 16)

Als Beispiele für diese neue Form der Planung nennen Mackrodt und Helbrecht Gemeinschaftsgärten oder die Pioniernutzungen auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Stärker eigeninitiativ und selbstorganisiert interveniert der Do-it-Yourself-Urbanismus direkt und performativ in die Verhältnisse der Stadt. Durch Guerilla-Gardening, Besetzungen, die Gründung von Kooperativen und Wohnprojekten oder anderen Formen der Raumanneignung schafft er alternative Realitäten in der Stadt, um deren Verstetigung dann in politischen Prozessen gestritten wird (Douglas 2014, Iveson 2013, Bruns 2014, Ring/ Eidner 2013).

Andere Ansätze verfolgen ein Konzept der Zwischennutzung (Buttenberg/Overmeyer/Spars 2014, Lauinger 2007) oder des Recyclings von Orten im städtischen Wandel (Ziehl 2012). Sie setzen an der Beobachtung an, dass der steigende Verwertungsdruck zu immer kürzeren Verwertungszyklen von Immobilien führt. Bürohochhäuser genügen häufig bereits nach dreißig Jahren nicht mehr den Ansprüchen und dem neuesten Stand der Technik. So werden Leerstand und temporäre urbane Brachen zu einem dauerhaften Bestandteil der sich permanent im Zustand der kreativen Zerstörung befindlichen Städte (Oswalt/Overmeyer/Misselwitz 2013).

Initiativen wie Parc Fiction oder die Planbude in Hamburg organisieren selbst einen öffentlichen Planungsprozess im Sinne einer „kollektiven Wunschproduktion“ (Schäfer/Skene/Hafenrandverein 2008). Urban Catalyst versuchen Nutzungen an Orten aufzuspüren und fortzuschreiben (Oswalt/Overmeyer/Misselwitz 2013). Dem Wem-gehört-die-Stadt-Bündnis in Frankfurt gelang es, den postpolitischen Konsens von Partizipation zumindest selbst zum Thema stadtpolitischer Auseinandersetzungen zu machen (Dzudzek 2013).

Die genannten Initiativen haben spannende neue Ansätze entwickelt, um die Stadt gemeinsam mit denen, die sie alltäglich hervorbringen, neu zu gestalten. Während die einen stark in die Prozesse formal organisierter Stadtplanung eingebunden sind, arbeiten andere autonom. Während die einen neue Ideen entwerfen, setzen andere stärker an den Gegebenheiten und Nutzungen konkreter Orte an und entwickeln diese weiter.

Viele dieser Initiativen werden stark und zum Teil fast ausschließlich von einer jungen, gebildeten, zumeist weißen urbanen Mittelschicht getragen. Die angewendeten Konzepte kommen häufig aus dem Bereich der Kunst oder einem akademisch geprägten aktivistischen Umfeld (Rauterberg 2013, Ring/Eidner 2013). Nicht selten dienen solche Projekte als Sprungbrett in eine eigene Karriere als kreative Entrepreneur*innen (Buttenberg/Overmeyer/Spars 2014) oder zur Entwicklung eigenen Wohnraums. So schön eine solche Raumeignung ist, so muss man doch fragen, wie inklusiv diese zweifelsohne innovativen Formen der performativen Raumproduktionen sind. Es ist daher eine Zukunftsaufgabe, performative Ansätze noch konsequenter auf ihre Machteffekte hin zu befragen. Ansätze des postkolonialen Urbanismus können diese Debatte bereichern.

5. Postkolonialer Urbanismus

Dass die Stadt kein unbeschriebenes Blatt ist, auf dem sich unbekümmert neue Entwürfe erproben lassen, sondern ein Ort, der immer schon mit Gegebenheiten und gelebten Praktiken gefüllt ist, bevor er verplant ist, daran erinnern auch neuere Ansätze des *postkolonialen Urbanismus*. Anaya Roy beispielsweise schreibt den urbanen Subalternen eine eigene *political agency* zu (Roy 2011a: 235). Sie schaut genau hin, welche Aktivitäten in „peripheries, urban informality, zones of exception, and gray spaces“ (Roy 2011a: 235) stattfinden und welche Impulse diese „spaces at the edge of urban theory“ (Roy 2011a: 235) für die Entwicklung eines anderen Nachdenkens über Stadtentwicklung geben.

„Reclaiming the commons [...] requires not only claiming space but also claiming time, a laying claim to the future. The latter, this orientation to the future, is how we often envision planning. [...] A theory of planning is ultimately about such vectors of space and time. [...] planning itself must be understood as both an everyday and interplanetary practice – of discipline and profession – that is constituted through struggles over space and time.“ (Roy 2011b: 14)

Diese „New Geographies of Theory“ (Roy 2009) eines postkolonialen Urbanismus können zentrale Impulse zur Überwindung des Kolumbus-Syndroms von Planung wie auch zur Weiterentwicklung performativer Ansätze liefern. Anstelle Stadt als unbeschriebenes Blatt zu konzeptualisieren, auf dem Architekt*innen, Ingenieur*innen und Planer*innen – aber auch Stadtaktivist*innen – ihre Visionen und Intuitionen ausbreiten können, setzt eine solche Planung an den vorhandenen Praktiken und Nutzungen des Raumes an. Hier kann die Planung des Globalen Nordens von den Praktiken des Globalen Südens lernen: „[G]iving substantially greater attention to documenting urban change on hitherto under-researched cities [enables] learning from practice how to transform the theoretical canon to ensure 21st-century relevance“ (Parnell/Robinson 2013: 593). Global betrachtet sind die wenigsten Städte Resultate sauber implementierter Planungspraxis. Im Gegenteil ist die alltägliche Praxis der Planung in den allermeisten Teilen der Welt eine Politik der Regierten (Chatterjee 2007: 53ff.). Sie zeigt sich in der informellen Organisation von Dienstleistungen und der Bereitstellung

urbaner Infrastruktur ebenso wie in der alltäglichen Aneignung und Nutzung des urbanen Raumes.

In einem solchen Verständnis geht es nicht um den neuen großen Entwurf, sondern um die nachhaltige Weiterentwicklung vorhandener gelebter Kreativität. Diese erfordert kein Papier, sondern das Erkunden des Vorhandenen, die Begegnung und den Dialog im Raum zur Entwicklung des Möglichen. Auf diese Weise werden Betroffene nicht länger zu ‚Beplanten‘, das heißt zu passiven Objekten von Planungsprozessen degradiert. Stattdessen wäre es die Aufgabe von städtischer wie aktivistischer Planung, ihr professionelles Wissen in den Dienst der Betroffenen zu stellen und sie dabei zu unterstützen ihr Recht auf Stadt zu verwirklichen. Planung sollte Hilfestellung leisten, aus der Informalität oder Illegalität herauszutreten und bestehende Netzwerke, Strukturen, Provisorien und Begegnungsorte zu stabilisieren und verstetigen.

Eine solche Perspektive stärkt die Betroffenen allgemein. Sie stärkt aber besonders die Perspektive derjenigen, die über weniger materielle, diskursive und mediale Ressourcen in Auseinandersetzungen verfügen als die junge, weiße, gebildete Mittelschicht, die das Planungsgeschehen von unten derzeit dominiert.

6. Wem gehört die Planung? – Stadt erkunden, Planung aneignen

In Zeiten eines steigenden ökonomischen Verwertungsdrucks in den Städten und der zunehmenden Angleichung von Städten durch die Implementierung global zirkulierender *policies* wird es zu einer immer wichtigeren Aufgabe städtischer Politik und planerischen Handelns, Freiräume in der Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hierzu müssen partizipative Prozesse, die als Erfüllungsgehilfen eines postpolitischen Konsenses in der unternehmerischen Stadt in Misskredit geraten sind, wieder repolitisiert werden. Daher sollte Burckhardts Frage „Wer plant die Planung?“ die Frage „Wem gehört die Planung?“ zur Seite gestellt werden. Hierzu ist mehr notwendig als das Planen am Schreibtisch oder das Erkunden eines Areals mittels der „Spaziergangswissenschaft“, die Lucius Burckhardt entwickelt hat (Burckhardt 2006). Ob bei der Legalisierung öffentlicher Veranstaltungsräume, der Bewältigung von Brandschutzproblemen oder der Sicherung provisorischer Unterkünfte – Menschen brauchen Hilfestellung, um selbst zu Planer*innen der Stadt zu werden. Stadtplanung sollte ihre Expertise in den Dienst derjenigen stellen, die Stadt bereits gestalten. Dabei sollte sie weder Angst vor Armut, noch vor den aus ihrer Sicht heruntergekommen Ecken der Stadt haben. Stattdessen sollte sie sich Zeit nehmen, die an konkreten Orten stattfindenden Praktiken und Raumproduktionen zu verstehen, und fragen, wie sie im Sinne gelebter Urbanität weiterentwickelt werden können. Hierzu können wir von urbanen Praktiken des Globalen Südens ebenso lernen wie von der Wissenschaft des postkolonialen Urbanismus. Die Rolle der Planung bestünde dann auch darin, den Zugang aller Bevölkerungsschichten zum öffentlichen Raum zu gewährleisten. Auf diese Weise ließe sich eine Repolitisierung von Partizipation ebenso verwirklichen wie eine machtsensible Planung im Sinne eines Rechts auf Stadt für alle.

Autor_innen

Iris Dzudzek ist Humangeographin. Sie arbeitet zu poststrukturalistischen Theorien, der Regierung der Kreativen Stadt sowie Neuen Geographien der Gesundheit.
dzudzek@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Altrock, Uwe (2014): Das Ende der Angebotsplanung? Instrumente der Planung im Wandel. In: Friederike Maus / Peter Müller / Patrick Küpper / Meike Levin-Keitel / Sara Reimann / Martin Sondermann / Katja Stock / Timm Wiegand (Hg.), Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 15-32.
- Bruns, Laura (2014): Stadt selber machen. Ein Handbuch. Berlin: Jovis.
- Burckhardt, Lucius (2006): Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft. Kassel: Schmitz.
- Burckhardt, Lucius (2013): Der kleinstmögliche Eingriff. Oder die Rückführung der Planung auf das Planbare. Berlin: Schmitz.
- Burckhardt, Lucius (2017 [1974]): Wer plant die Planung?. In: s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 5, 1-2, 105-114.
- Buttenberg, Lisa / Overmeyer, Klaus / Spars, Guido (Hg.) (2014): Raumunternehmen. Wie Nutzer selbst Räume entwickeln. Fallstudien aus der Praxis; Raumstrategien, Entwicklungspfade, Wertschöpfungskonzepte; Diskurse über nutzergetragene Stadtentwicklung. Berlin: Jovis.
- Chatterjee, Partha (2007): The Politics of the Governed. Reflections on Popular Politics in Most of the World. New York: Columbia University Press.
- Coscarelli, Joe (2014): Spike Lee's amazing rant against gentrification: 'We been here!'. In: Daily Intelligencer, 25.2.2014.
- Douglas, Gordon C. C. (2014): Do-it-yourself urban design. The social practice of informal "improvement" through unauthorized alteration. In: City & Community 13/1, 5-25.
- Dzudzek, Iris (2013): Unternehmen oder Unvernehmen? – Über die Krise des Kreativsubjekts und darüber hinaus. In: Geographica Helvetica 68/3, 181-189.
- Dzudzek, Iris (2016): Kreativpolitik. Über die Machteffekte einer neuen Regierungsform des Städtischen. Bielefeld: transcript.
- Florida, Richard L. (2002): The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life. New York: Basic Books.
- Gomes de Matos, Catarina (2013): Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik. In: s u b \ u r b a n 1/2, 121-140.
- Gribat, Nina (2017): Lucius Burckhardt. Der kleinstmögliche Eingriff. In: Frank Eckardt (Hg.), Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer, 145-160.
- Harvey, David (2009 [1973]): Social Justice and the City. Athen u. a.: University of Georgia Press.
- Iveson, Kurt (2013): Cities within the city. Do-it-yourself urbanism and the right to the city. In: International Journal of Urban and Regional Research 37/3, 941-956.
- Kremer, Elisabeth (2011): Performative planning as a method of initiating change. In: Sustainable Spatial Development 2. Riga: Riga Technical University, 81-84.
- Lauinger, Holger (2007): Urban Pioneers. Berlin: Stadtentwicklung durch Zwischennutzung. Berlin: Jovis.
- Mackrodt, Ulrike / Helbrecht, Ilse (2013): Performative Bürgerbeteiligung als neue Form kooperativer Freiraumplanung. In: DISP – The Planning Review 49/4, 14-24.
- Oswalt, Philipp / Overmeyer, Klaus / Misselwitz, Philipp (2013): Urban Catalyst. The Power of Temporary Use. Berlin: DOM.
- Parnell, Susan / Robinson, Jennifer (2013): (Re)theorizing cities from the global south. Looking beyond neoliberalism. In: Urban Geography 33/4, 593-617.
- Peck, Jamie (2011): Geographies of policy: From transfer-diffusion to mobility-mutation. In: Progress in Human Geography 35/6, 773-797.

- Prince, Russell (2014): Consultants and the global assemblage of culture and creativity. In: Transactions of the Institute of British Geographers 39/1, 90-101.
- Rauterberg, Hanno (2013): Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Ring, Kristien / Eidner, Franziska (2013): Self-Made City. Berlin. Self_Initiated Urban Living and Architectural Interventions. Berlin: Jovis.
- Rosol, Marit / Dzudzek, Iris (2014): Partizipative Planung. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 212-217.
- Roy, Ananya (2009): The 21st-century metropolis. New geographies of theory. In: Regional Studies 43/6, 819-830.
- Roy, Ananya (2011a): Slumdog cities: Rethinking subaltern urbanism. In: International Journal of Urban and Regional Research 35/2, 223-238.
- Roy, Ananya (2011b): Urbanisms, worlding practices and the theory of planning. In: Planning Theory 10/1, 6--5.
- Schäfer, Christoph / Skene, Cathy / Hafenrandverein (2008): Rebellion on level p. In: Charles Esche / Will Bradley (Hg.), Art and Social Change. A Critical Reader. Millbank/ London: Tate Publishing, 283-289.
- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der „unternehmerischen Stadt“. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main 1960 – 2010. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sieverts, Thomas / Ganser, Karl (1993): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus. In: DISP – The Planning Review 29/115, 31-37.
- Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa.
- Xqm-Projektgruppe (2011): xqm. <http://www.jakobsturm.com/xqm> (letzter Zugriff am 10.5.2017).
- Ziehl, Michael (2012): Second hand spaces. Über das Recyclen von Orten im städtischen Wandel; recycling sites undergoing urban transformation. Berlin: Jovis.

Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen*

Loïc Wacquant

Dieser Beitrag zeigt die Relevanz der Soziologie Bourdieus für die Stadtforschung auf, indem er Bourdieus Frühwerk zu Macht, Raum und Urbanisierung im Béarn und Algerien aufgreift und es mit seinem Spätwerk verknüpft, in welchem er das soziale Leiden in der französischen Metropole analysiert. Es wirft ein Schlaglicht auf die vier übergreifenden Prinzipien, die Bourdieus Forschungspraxis antreiben und eine fruchtbare Anleitung für die Stadtforschung sein können: den Bachelardschen Imperativ des erkenntnistheoretischen Bruchs und der erkenntnistheoretischen Wachsamkeit; die Webersche Aufforderung zur dreifachen Historisierung des Handelnden (Habitus), der Welt (sozialer Raum, wovon das soziale Feld lediglich einen Untertypus darstellt) und der Kategorien des Analytikers (erkenntnistheoretische Reflexivität); den Leibnizschen-Durkheimschen Vorschlag, eine topologische Denkweise zu nutzen, um den Wechselbeziehungen zwischen symbolischem, sozialem und physischem Raum nachzuspüren; sowie das Cassirersche Moment, das uns dazu anhält, die konstitutive Wirksamkeit symbolischer Strukturen zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte zudem auf drei Fallstricke hinweisen, die eine Stadtforschung auf den Spuren Bourdieus tunlichst vermeiden sollte: die Fetischisierung von Konzepten; die Verlockung, sich der Sprache Bourdieus zu bedienen („speaking Bourdieuse“), ohne die Forschungsschritte, die die Bourdieuschen Begriffe verlangen, tatsächlich durchzuführen; sowie das zwanghafte Überstülpen seines Theorierahmens als Ganzes auch in Fällen, in denen es produktiver wäre, einzelne Bausteine zu übertragen.

An english abstract can be found at the end of the document.

Bourdieu kommt nach York (Großbritannien)

Im Mai 2012 kam eine Gruppe internationaler Wissenschaftler_innen aus einem breiten Spektrum von Fachdisziplinen wie Soziologie, Anthropologie, Politikwissenschaft, Geografie und Städtebau auf Einladung von Mike Savage und mir zu einem zweitägigen Workshop zusammen, unterstützt durch die Zeitschrift *International Journal of Urban and Regional Research (IJURR)*. Ziel des Workshops war es, die Perspektiven, den Ertrag und die Fallstricke der Anwendung des Bourdieuschen Denkgebäudes auf die Stadt (*Taking Bourdieu to Town*), d. h. eine angemessene Anwendung der spezifischen Konzepte, Methoden und Argumente des Autors von *Die feinen Unterschiede* im Kontext der Stadtforschung zu eruieren. Die Thematik der Tagung wurde folgendermaßen formuliert:

* Dies ist die überarbeitete Übersetzung eines Textes, der parallel im *International Journal of Urban and Regional Research (IJURR)* erscheint (in Druck).

Zu Beginn des Jahrhunderts ist die Stadt wieder einmal der bevorzugte Ort rapider technisch-ökonomischer Innovation, wiederaufkeimender

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 173-196
zeitschrift-suburban.de

Loïc Wacquant
,Mit Bourdieu in die Stadt:
Relevanz, Prinzipien,
Anwendungen'

Kommentare von:
Katharina Manderscheid,
Christoph Haferburg, Lars
Meier, Boike Rehbein

Replik von:
Loïc Wacquant
(erscheint in Heft 3/2017)

sozialer Ungleichheit, zementierter Marginalität und schwelender kultureller Zerrissenheit. Diese nehmen neue und schärfere Formen an und bringen innovative Formen des Protestes hervor, die nach neuen analytischen Zugängen verlangen. Das Werk Pierre Bourdieus ist eine bedeutende theoretische und empirische Ressource, deren Nutzung für die Untersuchung dieser Phänomene noch brach liegt und die Stadtsoziologie bereichern kann. Dieser Workshop will Wissenschaftler_innen zusammenbringen, die Bourdieus zentrale Konzepte (Habitus, Kapital, Feld, symbolische Macht, Doxa) verwendet haben, um die Verwindungen von Praxis, Struktur und Politik in der Stadt zu analysieren. Sie sollen eine Bestandsaufnahme ihrer Ergebnisse vorstellen, die Implikationen ihrer Arbeit verdeutlichen und die Vorzüge und Grenzen des Bourdieuschen Theoriegerüsts für die Stadtforschung aufzeigen.

Die Idee zur Tagung kam mir, nachdem ich Mike Savages provokativen, wenn auch voreingenommenen Aufsatz *The Lost Urban Sociology of Pierre Bourdieu* gelesen hatte, während ich im Herbst 2011 die Lehrveranstaltung zum Thema *Metropolis Unbound: Whither Urban Sociology?* in Berkeley durchführte. Die anhaltenden Schwierigkeiten, die relevantesten Stränge in Bourdieus Arbeit zur und im Kontext der Stadt zu identifizieren, die fort-dauernde Konfusion um die Ursprünge und den Sinn seiner theoretischen Konstrukte, zusammen mit einer langsam anschwellenden, mittlerweile zu einem wahren Tsunami angewachsenen Flut von Veröffentlichungen, die seine Konzepte rhetorisch in Anschlag bringen, ohne sie tatsächlich anzuwenden,[1] hat in mir die Überzeugung wachsen lassen, dass die Zeit für eine ausdrückliche Einführung Bourdieus in die Stadtforschung reif ist.

Dies erfordert drei komplementäre Schritte: Als Erstes gilt es, seine frühe und späte empirische *Beschäftigung mit Urbanisierung und der räumlichen Dimension von Herrschaft* ans Licht zu bringen, was im Gegensatz zur landläufigen Lesart steht, dass Bourdieu Letzteres „herunterspielte, wenn nicht gar außen vor ließ“ (Ripoll 2010: 365). Zweitens gilt es, die *topologische Denkweise* und die Trialektik des symbolischen, sozialen und physischen Raums zu explizieren, die im Zentrum von Bourdieus Vorstellung von Gesellschaft und Geschichte steht (Wacquant 2013). Im dritten und allerwichtigsten Schritt gilt es, den beträchtlichen Korpus der Stadtforschung und der theoretischen Reflexion, die von einer neuen Generation von Wissenschaftler_innen, die Bourdieus Prinzipien und Theoreme in fruchtbarer Weise anwenden, weltweit *bereits hervorgebracht* worden sind, zusammenzustellen und bekannt zu machen.[2] Dies mündete schon bald in die Idee einer Arbeitskonferenz, um das Projekt anzuschieben, was Mike Savage dann mit großer Begeisterung und großzügigerweise im darauffolgenden Frühjahr in York übernahm.

Allen Berichten zufolge war die Veranstaltung eine lebhafte und anregende Erfahrung, sowohl für die Vortragenden als auch für das Publikum. Am ersten Tag fanden vier Sitzungen mit Wissenschaftler_innen statt, die Bourdieu bereits in der Stadtforschung verwendet haben. Sie befassten sich mit (1) territorialer Abschottung und der Verräumlichung von Ungleichheit, (2) städtischer Zuwanderung, Ethnizität und Prekariat, (3) staatlicher Politik und der Erneuerung des Stadtraumes und (4) symbolischer Herrschaft, kulturellem Kapital und den urbanen Mittelklassen. Am zweiten

Tag gab es intensive Diskussionen zu kürzeren Papieren von Nachwuchswissenschaftler_innen (einschließlich Doktorand_innen) aus so weit auseinanderliegenden Orten wie Oslo, Los Angeles, Bristol, Winnipeg, Amsterdam und Paris. Deren Themen waren Macht und Privilegien in der Stadt, Deprivation und Ordnungslosigkeit in Sozialbausiedlungen, Methoden zur Untersuchung von Gemeinschaft und kultureller Zerrissenheit sowie Großstadtpolitik. Im ‚Events and Debates‘-Teil des *International Journal of Urban and Regional Research* wird zum Thema *Taking Bourdieu to Town* eine Auswahl der in York präsentierten Papiere veröffentlicht sowie weitere Artikel, die speziell für diese Ausgabe eingeworben wurden (erscheint im September 2017).

Einer der zentralen Vorzüge des Bourdieuschen Theorierahmens ist, dass er sich auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen und problemlos auch über unterschiedliche analytische Maßstäblichkeiten hinweg anwenden lässt. Dies ermöglicht, größere Machtstrukturen (ein Land, einen Staat oder eine Metropole) mit der Mesoebene der Institutionen (Felder der Kulturproduktion, Wissenschaft, Publizistik und Politik) und der im Begriff der Praxis zusammengefassten kleinteiligen Ebene alltäglicher Interaktion und der phänomenologischen Beschaffenheit von Subjektivität zu verknüpfen. Ein zweites attraktives Merkmal der Bourdieuschen Soziologie ist ihr festes Bekenntnis dazu, materielle und symbolische Determinanten nicht als ultimative Ursachen zu behandeln. Stattdessen sind sie miteinander verwobene Momente in einer Analyse, die sich immer gleichzeitig auf diese zwei konstitutiven Bestandteile des sozialen Lebens bezieht, und die zugleich Ressourcen sind, die sich mobilisieren und in soziale Strategien ummünzen lassen. Ein dritter Vorteil ist die verlockende Möglichkeit eines methodologischen Polytheismus: Dies stellt einen Frontalangriff auf die herkömmliche Entgegensetzung etablierter Forschungsmethodiken dar, wie sie sich heutzutage in der tiefen Kluft und gegenseitigen Unkenntnis zwischen quantitativen Untersuchungen des ‚global urbanism‘ und qualitativen Studien zu urbanen Formen der Vergemeinschaftung (*sociability*) und Kultur an der Basis manifestieren.[3]

Die Relevanz Bourdieus für die Stadt: Ein kurzer Exkurs ins Frühwerk

Hier ist nicht der Ort, um das umfangreiche Werk Bourdieus (ungefähr 37 Bücher und 400 Artikel) mit dem Ziel einer umfassenden Zusammenschau seiner direkten oder indirekten Untersuchungen zu urbanen Formen und Kräften während seines fruchtbaren, vier Jahrzehnte währenden wissenschaftlichen Wirkens zu sichten. Es ist jedoch instruktiv, die grundlegende *Relevanz dieses französischen Soziologen für das klassische und gegenwärtige Programm der Stadtforschung* zu begründen und den Fokus auf das kaum bekannte Ensemble miteinander verbundener Untersuchungen zu lenken, die das Thema Urbanisierung indirekt angehen, nämlich seine frühen Schriften zu sozialen Umbrüchen, kulturellen Brüchen und zur Subjektformation im kolonialen Algerien und in der französischen Provinz.[4]

In einer Reihe längerer Artikel und drei Büchern (verfasst von ihm allein und gemeinsam mit seinem kabyliischen Schüler und Forschungsassistenten

Abdelmalek Sayad sowie einer Gruppe in Algier angesiedelter Mathematiker des französischen Amtes für Statistik), die zwischen 1958 und 1964 veröffentlicht wurden, analysierte der junge Bourdieu die verheerenden Widersprüche und Konflikte in der algerische Kolonialgesellschaft, wohin man ihn zum Militärdienst geschickt hatte, sowie die Krise der bäuerlichen Gesellschaft im Béarn. In dieser abgelegenen ländlichen Region in den Pyrenäen ist er aufgewachsen, bevor er zum Studium nach Paris zog.[5] An beiden Orten ist die Urbanisierung *die Haupttriebkraft und der zentrale Ausdruck sozialer Transformation*. Die Stadt, die Kleinstadt oder das Lager ist der Ort, an dem jene Kräfte verankert sind und sich materialisieren, und die einerseits für die Auflösung des Sozialgefüges des französischen ländlichen Raumes und andererseits für den Sturz des französischen Imperialismus in Algerien verantwortlich sind.

Indem er Sozialgeschichte, Statistik und Ethnographie kombiniert, zeigt Bourdieu anhand einer Untersuchung von Heiratsmustern im Dorf seiner Kindheit, wie ökonomischer und sozialer Status den wachsenden Junggesellenanteil in einer bäuerlichen Gesellschaft mit Erstgeburtsrecht beeinflussen, und zwar vermittelt durch das konkrete Bewusstsein, das die Männer hinsichtlich dieses Sozialstatus entwickeln. Die Szene, in der sich die örtlichen Junggesellen bei einer samstäglichen Tanzveranstaltung am Rande der Tanzfläche versammeln, ohne selbst zu tanzen, dient Bourdieu zur Analyse des *kulturellen Zusammenpralls zwischen Stadt und Land* und der Abwertung der männlichen Dorfbevölkerung durch das Eindringen der städtischen Bewertungskriterien in die ländliche Welt:

So ist dieses kleine Tanzvergnügen auf dem Land Anlass für einen regelrechten Kulturschock. Dadurch platzt die gesamte städtische Welt mit ihren kulturellen Vorbildern, ihrer Musik, ihren Tänzen und ihren Körpertechniken in die bäuerliche Welt hinein. Die traditionellen Muster für die Verhaltensweisen auf einem Fest sind verlorengegangen oder mussten den städtischen Mustern weichen. In diesem Bereich, wie auch anderswo, ist die Initiative den Leuten aus dem Dorf vorbehalten. (Bourdieu 2008 [2002]: 106f.)

Da junge Frauen durch ihre Erziehung und ihre Stellung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung für *tenue* (Kleidung, Haltung, Verhalten) sensibilisiert sind und offen gegenüber den Idealen der Stadt, die in ihren Augen für Emanzipation steht, assimilieren sie die kulturellen Muster der Stadt schneller als die Männer. In dem Maße, wie der Bauer das abgewertete Selbstbild internalisiert, das sich andere durch das Prisma urbaner Kategorien von ihm machen, beginnt er, seinen eigenen Körper als „verbäuerlicht“ wahrzunehmen, als belastet von den Spuren der mit dem landwirtschaftlichen Leben einhergehenden Tätigkeiten und Einstellungen. Der Eindruck der Minderwertigkeit, den er von seinem Körper gewinnt, führt dazu, dass er eine introvertierte Haltung einnimmt. Dies verstärkt wiederum die Schüchternheit und Unbeholfenheit, die durch die von extremer Geschlechtertrennung und die Unterdrückung von Emotionen gekennzeichneten Sozialbeziehungen verursacht werden. Der daraus resultierende Rückgang ehelicher Verbindungen bringt das System sozialer Reproduktionsstrategien zum Entgleisen und stürzt die bäuerliche Gesellschaft in eine „tödliche Krise“ (Bourdieu 2008 [2002]: 119).

Aus dieser Untersuchung ergibt sich das Bild der Stadt als dem unsichtbaren Ort von Schule, Massenmedien und gewerblichen Tätigkeiten, d. h. Institutionen, deren magnetische Anziehungskraft und entfernte Reize eine „Öffnung“ des lokalen sozialen und symbolischen Raums befördern. In der Konsequenz tritt „der Gegensatz zwischen dem *Stadtbewohner* und dem *Bauern vom Lande*“ an die Stelle des Gegensatzes zwischen dem ältesten Sohn und seinen jüngeren Brüdern, zwischen Arbeitern und Bediensteten und zwischen Familien mit viel oder geringem Grundbesitz (Bourdieu 2008 [2002]: 57, 72, 92) und prägt nach und nach alle sozialen Bindungen und kulturellen Hierarchien.[6] Bourdieu zeichnet die sich verändernde geographische Verteilung von Menschen, Tätigkeiten und Aktivitäten über ein halbes Jahrhundert hinweg ebenso nach wie die räumliche Organisation des Hauses. Es geht ihm darum, aufzuzeigen, wie „[d]er Gegensatz zwischen dem Bauern und dem Städter [...] heute im Herzen der dörflichen Gemeinde [beginnt]“ (Bourdieu 2008 [2002]: 92) und diese von innen her aushöhlt. So analysiert er Ausmaß und Richtung von Eheschließungen zwischen den Dörfern und der Stadt nach geographischer Entfernung zwischen den Partner_innen und stellt fest, dass der Anteil „externer Eheschließungen“ im Zeitverlauf in dem Maße zunimmt, wie sich Stadtbewohner_innen von den Dörfern abwenden, um in anderen Städten auf Partnersuche zu gehen. Daraus folgt, dass

[d]ie gesellschaftliche Distanz [...] viel rigorosere Beschränkungen auf[erlegt] als die räumliche Distanz. Der Kreis der Heiratsbeziehungen löst sich von seiner geographischen Basis, um sich um neue gesellschaftliche Einheiten zu legen, die sich durch die Tatsache auszeichnen, dass ihnen gewisse Lebensbedingungen und ein gewisser Lebensstil gemeinsam ist. (Bourdieu 2008 [2002]: 80f.)

Anders ausgedrückt führen die urbanen Kräfte durch die Diffusion von seitens der Stadt hervorgebrachten mentalen Konstrukten zur Entkopplung des sozialen Raums vom physischen Raum. Dies wird der reife Bourdieu (2008 [2002]: 213) später als „die Entstehung eines einheitlichen Marktes symbolischer Güter“ bezeichnen. Zudem reichen die Auswirkungen dieses Prozesses weit über die Grenzen der Stadt hinaus, welche die Stadtsoziologie naiverweise als die Grenze ihres empirischen Gegenstandes betrachtet.

Überqueren wir das Mittelmeer, sehen wir den jungen Bourdieu, wie er die zwei Seiten der grundlegenden Umwälzung der französischen Kolonie Algerien untersucht, die in einen blutigen Unabhängigkeitskrieg (1954-1962) verstrickt war, bei dem es um die Kontrolle sowohl ländlicher wie städtischer Räume ging. In *Le Déracinement* (Bourdieu/Sayad 1964; auch Bourdieu 1958: Kapitel 6) kombiniert der sich nun der Soziologie zuwendende französische Philosoph Umfrageforschung mit Ethnographie. So zeichnet er nach, wie die einheimische Bauernschaft und ihre angestammte, auf Verwandtschaft und Ehre basierende Produktionsweise zerstört wurde: durch Landraub, die infolge der Entwicklung städtischer Märkte vorangetriebene Kommodifizierung landwirtschaftlicher Produkte, sowie die Vertreibung und Zwangsumsiedlung von Millionen von *fellahin*. [7] Der verzweifelte Versuch des französischen Militärs, die Unterstützung für den nationalistischen Aufstand durch eine gewaltsamemassive Umsiedlung der Bevölkerung

zu untergraben, brachte zwei unterschiedliche urbane Konstellationen hervor: durch das Militär kontrollierte Lager sowie Elendsviertel, die in und um die zentralen Städte der Kolonie wucherten. *Travail et travailleurs en Algérie* (Bourdieu et al. 1963) greift die Seite der Stadt auf, um die erschwerenden Bedingungen der Herausbildung einer Arbeiterklasse in den dichtbevölkerten, unkontrolliert wachsenden Stadtteilen und Wohnanlagen von Algier zu dokumentieren. Das Werk erkundet die Tiefen der Dialektik „ökonomischer und temporaler Strukturen“, um nachzuvollziehen, wie sich Bauern die mentalen Schemata aneignen (oder eben nicht), die für die Teilnahme an der kapitalistischen Wirtschaft und den Umgang mit der befremdlichen sozialen Szenerie der Stadt notwendig sind, einschließlich des „kalkulierenden Geistes“, welcher der für die moderne Urbanität charakteristischen „Rationalisierung des Handelns“ Vorschub leistet.

Diese zwei Untersuchungsstränge führen zu der Erkenntnis, dass die Kontrolle und Markierung des Raums und der Siedlungen sowohl für die koloniale Machtausübung als auch für den einheimischen Widerstand (sei es der Konflikt zwischen Berbern und Arabern, sei es der zwischen Algeriern und Franzosen) von zentraler Bedeutung sind. Dabei spielt die Aneignung des städtischen Wohnraums bei der Restrukturierung der materiellen und moralischen Haushaltsökonomie eine zentrale Rolle. Die Position auf dem Arbeitsmarkt und der unterschiedliche Zugang zu Wohnraum befördern in der Tat die Kluft zwischen einer stabilen, die nationale Revolution unterstützenden Arbeiterklasse und einem entwurzelten, dem Millenarismus zugelegten Subproletariat (Bourdieu 1977). Überraschenderweise ist es jedoch die akribische Soziographie der Entstehung, Struktur und Funktionsweise der Lager für die vertriebenen Bauern, welche die klarste Blaupause der Bourdieuschen Stadtsoziologie bietet. Denn *das Lager ist zugleich ein proto-urbanes und anti-urbanes Gebilde*: Einerseits entwertet es die traditionellen Seins-, Denk- und Empfindungsweisen der umgesiedelten Landbevölkerung und fungiert als eine Art Akklimatisierungskammer für die Gewöhnung an die kulturellen Formen und sozialen Verhältnisse der Stadt. Andererseits wirkt es der Urbanisierung entgegen, indem es die Bewohner_innen der Ressourcen beraubt – einschließlich des Raums und der Zeit –, die sie in ihrem Ringen um soziale Perspektiven und Unterteilungen für die Anpassung an ihren entwurzelten Zustand benötigen würden. Als ein durch Zwang künstlich ins Leben gerufenes sozialräumliches Gebilde stellt das Lager ein extremes soziales Experiment dar, was Bourdieu „reale und fiktive Urbanisierung“ (Bourdieu/Sayad 1964) nennt.

An diesem Punkt erscheint es sinnvoll, sich das Kapitel „*Des citadins sans cité*“ in *Le Déracinement* in Erinnerung zu rufen, da es die „Verflechtungen, die die Struktur der räumlichen Organisation, die Struktur sozialer Gruppen und die Form der Vergemeinschaftung verbinden“, darlegt (Bourdieu/Sayad 1964: 118).[8] Eine plötzliche Zusammenballung [von Menschen] im Zuge von Zwangsumsiedlungen löst eine „brutale und totale Transformation [...] auf allen Ebenen sozialer Realität“ (ebd.) aus. Die zunehmende Größe, Dichte und Vielfalt von Siedlungen – die Louis Wirths (1974 [1938]) klassischer Definition von „Urbanität als Lebensform“ entspricht – führt zu einer Verringerung der sozialen Distanz zwischen etablierten Gruppen (Stämmen und Abstammungslinien) und einem raschen Wandel der

sozialen Organisation vom Klan zur Kernfamilie. Die neuen, separaten Wohneinheiten für einzelne Familien „verstärken und beschleunigen die Schwächung verwandtschaftlicher Bindungen“ und fördern „das Entstehen von Solidaritäten, die auf Nachbarschaft und vor allem auf der Ähnlichkeit der Lebensbedingungen beruhen“ (Bourdieu/Sayad 1964: 119, 121). Die Enge des Lagerlebens „dividiert die Gruppe auseinander“, indem es ihre Mitglieder zerstreut und „kulturelle Ansteckung“ durch die „Konfrontation mit Unterschieden“ und die „Erweiterung des Bewusstseins und des Wissens von der Welt“ fördert (ebd.: 123). Indem ein „soziales Feld urbanen Typs“ (ebd.: 132) geschaffen wird, in welchem Anonymität die wechselseitige Vertrautheit ersetzt, fördert das Lager die Entstehung einer neuen Form der Vergemeinschaftung (*sociability*). Symbolisiert wird sie einerseits durch das Kaffeehaus sowie andererseits durch die Verbreitung des weiblichen Schleiers als Reaktion auf disruptive Überschneidungen der männlichen und weiblichen Sphären. Solidarität auf der Grundlage „traditioneller Gebote“ und eines „Gefühls der Brüderlichkeit“ wird ersetzt durch eine durch „[die] Beliebigkeit [sozialer Beziehungen] aufgezwungene Solidarität des Elends“ (ebd.: 136f.).

Unter den „quasi-urbanen Umständen“ des Lagers sind die dominierenden Verhaltens- und Konsummuster jene der Stadt – das Lager wird *blad* genannt, was in der Berbersprache ‚Stadt‘ bedeutet. Diese Muster „entwerten bäuerliche Tugenden, die fortan nutzlos und fehl am Platz sind“, untergraben das Alter als Quelle von Autorität und „führen zu einer Verkehrung traditioneller Hierarchien“ (ebd.: 141). Dies ist zum Vorteil derer, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft am besten mit urbanen Praktiken und Normen vertraut sind. Hinzu kommt, dass

der Bruch mit der alten Umgebung und den damit einhergehenden Gewohnheiten, die Ausweitung der Felder sozialer Beziehungen und allein schon die Struktur des bewohnten Raums, sei es die Siedlung oder das eigene Heim, [...] urbane Verhaltensweisen, Sorgen, Interessen und Ambitionen hervor[rufen], die dem Stadtbewohner eigen sind (ebd.: 142).

Belegt wird dies beispielsweise durch den raschen Wandel der Konsummuster (der Besuch von Kaffeehäusern, die Ausgaben für medizinische Versorgung und das Tabakrauchen nehmen in spektakulärer Weise zu), die Mode (traditionelle Frisuren verschwinden, das Krawattentragen und die Verschleierung kommen auf) und den Erwerb einer Vielzahl neuer häuslicher Güter (metallene Betten, Schränke, Blechdosen und -teller usw.).^[9] Im Lager dienen Einkommen und Vermögen nicht mehr zur Aufrechterhaltung von Verwandtschaftsbeziehungen und zur Wahrung kollektiver bäuerlicher Werte. Ganz im Gegenteil: „die Neureichen der heutigen Zeit, deren Reichtum nur selten dem Land entspringt, sind bestrebt, die Stadtbewohner nachzuzahlen, und nutzen jedwede Möglichkeit, ihre Distanz zu den Bauern zu demonstrieren“ (ebd.: 143). Strategischer Individualismus und kulturelle Anomie nehmen gleichermaßen zu:

Durch die Zerstreung sozialer Einheiten, nachlassende traditionelle Sozialbindungen und die reduzierte Kontrolle öffentlicher Meinung wird die Verletzung der Regel selbst zusehends zur Regel; nichts steht

dem durch die moderne Ökonomie eingeführten Individualismus im Wege. In den neu geschaffenen Siedlungen mit ihren riesigen Ansammlungen isolierter Individuen fühlt sich jeder einzelne durch Anonymität geschützt. Jede Person fühlt sich für sich selbst verantwortlich, jedoch nur für sich und nur sich selbst gegenüber. (ebd.)

Erzwungene Proto-Urbanisierung transformiert auch das Emotionsprofil des Alltagslebens: Eine „kollektive Melancholie“ macht sich breit, die „Verzweiflung und Sorge verraten“. Es ist bezeichnend, dass die Bewohner_innen des Lagers Kerkera drei Ausdrücke verwenden, um ihrem Gefühl des Gefangenseins in einem unwirtlichen Raum Ausdruck zu verleihen. Sie sprechen vom *Gefängnis*, von der *Nacktheit* und von der *Dunkelheit der Nacht* (was an die Sprache der Insassen von NS-Konzentrationslagern erinnert).[10] Denn alles in der Anordnung ihrer gebauten Umwelt „enttäuscht und konterkariert die Erwartungen“, die sie vom Lande mitbringen (ebd.: 152): von der „funktionalen Gleichförmigkeit der standardisierten Wohneinheiten“ und dem Grundriss der Häuser (ohne Hof, Zäune und Freiflächen) bis hin zu den reglementierten Standorten der Geschäfte und Brunnen und der Breite und Ausrichtung der Straßen. Dies lässt sich am klarsten an der „Körpersprache“ und den Bewegungsmustern der Lagerbewohner_innen erkennen: Anstatt die schnellste Verbindung zwischen zwei Punkten zu nehmen, laufen die Männer Umwege und bewegen sich verstohlen entlang der Mauern, während die Frauen in den Innenräumen eingeschlossen bleiben, weil sie nicht mehr den Schutz exklusiver weiblicher Räume genießen.

Schließlich verändert die Umsiedlung „durch das Umwälzen der Organisation des Lebensraums als dem Ort technischen und rituellen Handelns [...] den damit verbundenen zeitlichen Rhythmus“ und beeinträchtigt sogar „die Zeiterfahrung insgesamt“ (ebd.: 156). Im Lager entdecken die *fellahin* und ihre Angehörigen den kapitalistischen Begriff der Arbeit und die damit verbundene Vorstellung von Zeit als knappem Gut, das gespart, genutzt oder verschwendet werden kann. Sie werden neuen Zeitrhythmen unterworfen, die durch Sperrstunden, die Öffnungs- und Schließzeiten der Schulen, der Verwaltungsstellen, der Klinik und des Brunnens sowie durch längere Wegezeiten bestimmt sind. Die Zeit ist jetzt nicht mehr durch traditionelle, den Tagesablauf für alle synchronisierende Aktivitäten wie die täglichen fünf Gebete zugerichtet und geprägt, sondern durch das periodische Läuten der Glocken und das regelmäßige Klingeln der Telefone im Wachturm. An allen Fronten kristallisieren sich dieselben, von Bourdieu schon im Béarn entdeckten sozialen und symbolischen Gegensätze zwischen Bäuer_innen und Städter_innen heraus, die die Auflösung der dörflichen Gesellschaft der Kabylei beschleunigen.

Diese komprimierte Rekapitulation der mittelmeerübergreifenden Untersuchungen des frühen Bourdieu zu Widersprüchen und Wandel im provinziellen Béarn und im kolonialen Algerien demonstriert die unmittelbare Relevanz seiner Arbeit für das, was den Kern der Stadtsoziologie ausmacht. Obgleich er vom ländlichen Raum ausgeht, befassen sich diese Arbeiten nicht nur mit den Zusammenhängen von Macht, Raum und Urbanisierung in zwei Gesellschaften. Sie konstatieren auch, dass *alle sozialen und mentalen Strukturen räumliche Entsprechungen und Bedingungen ihrer Möglichkeit*

haben. Jegliche soziale Distanz und Machtverhältnisse drücken sich in räumlicher Distanz aus und werden wiederum durch sie verstärkt. Die Nähe zum Zentrum der Kapitalakkumulation (egal, ob ökonomisches, militärisches oder kulturelles Kapital) ist dabei eine zentrale Determinante der Stärke und Geschwindigkeit des sozialen Wandels. Diese frühen Untersuchungen legen in der Tat nahe, dass staatliche Macht (koloniale in Algerien, zentrale in Frankreich) durch die Kontrolle und Durchdringung des Raumes, die Organisation der Siedlungsstrukturen (durch sich ergänzende Prozesse der Verdichtung und Zersplitterung), die geographische Verteilung von symbolischen Autoritäten und die Regulation physischer Mobilität gemäß der folgenden rudimentären Formel ausgeübt wird:

Macht \Rightarrow physischer Raum \Rightarrow Sozialstruktur und
soziale Beziehungen \Rightarrow Praxis und Subjektivität

(einschließlich der Konstitution des Selbst, der Ambitionen, der Emotionen und des Zeitgefühls).[11] Darüber hinaus zeichnen sie das Bild der Stadt als spezifisches soziales Milieu. Dieses ist charakterisiert durch beschleunigte soziale und funktionale Differenzierung, das Herauslösen der Symbolik aus den alltäglichen Beziehungen (was kulturelle Weiterentwicklung und Innovation zur Folge hat), die Ausbreitung von Anonymität und Individualität, die wachsende interne Heterogenität und Vervielfältigung der Habitus und das zunehmende Auseinanderdriften von Positionen und Dispositionen. Kurz gesagt, Bourdieus frühe Untersuchungen des Béarn und Algeriens konstituieren seine wahre, ‚unbeachtete Stadtsoziologie‘ und sind die reichhaltigste Fundgrube von Beobachtungen und Hypothesen, die er für das Studium der Sozialstruktur und Lebenswirklichkeit in der Stadt angeboten hat.

Ein weiterer Vorzug dieser kaum beachteten Veröffentlichungen aus den frühen 1960er Jahren ist, dass sie die vergessenen Grundlagen einer allgemeinen Problematik der *wechselseitigen Projektion-Konversion von symbolischem, sozialem und physischem Raum* im Zuge der Kämpfe um die Aneignung und Markierung der gebauten Umwelt offenlegen, die Bourdieu drei Jahrzehnte später in seiner Arbeit zum sozialen Elend in der Metropole explizieren sollte. Bourdieu hatte 1990 Fördermittel von Frankreichs *Caisse des dépôts et consignations* (einem staatlichen Finanzinstitut, das mit der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Wohnungsbau beauftragt ist) erhalten, um eine soziologische Diagnose der sich verschärfenden Problemlagen in den städtischen Peripherien des Landes zu erstellen. Diese nahmen im Zuge der wiederkehrenden öffentlichen Unruhen den Charakter eines zentralen nationalen Problems an (Jazouli 1992). Um die Parameter der in Teamarbeit durchgeführten Feldstudie zu explizieren, die schließlich in dem gemeinsamen Buch *Das Elend der Welt* (Bourdieu et al. 1997 [1993]) münden sollte, erklärte sich Bourdieu bereit, zusammen mit William Julius Wilson der internationalen Konferenz *Poverty, Immigration and Urban Marginality in Advanced Societies* vorzusitzen, die im Mai 1991 am Pariser Maison Suger stattfand.[12] Bei dieser Gelegenheit stellte Bourdieu ein Arbeitspapier mit dem Titel *Social Space and the Genesis of Appropriated Physical Space* vor. Dieses dient im geplanten *IJURR*-Heft *Taking Bourdieu to Town* als Einführung und zur Rahmung des *Events and Debates*-Teils (Bourdieu 2017 [1991]). In diesem

Text, wovon ein Teil später das Kapitel „Ortseffekte“ im Buch *Das Elend der Welt* werden sollte (Bourdieu 1997), warnt der französische Soziologe vor der Fetischisierung des Raumes. Auf einer abstrakten Ebene formuliert er die Beziehungen zwischen sozialem und physischem Raum, wie sie sich in den Untersuchungen im Béarn und in Algerien konkret manifestiert hatten. Aber wie soll diese analytische Agenda umgesetzt werden? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns den Prinzipien der Forschungspraxis zuwenden, die Bourdieu der Stadtforschung vorschlägt.

Die übergreifenden Prinzipien für die Arbeit mit Bourdieu

Es gibt viele Möglichkeiten, Bourdieu für die Anwendung in jedwedem Forschungsgebiet zuzuschneiden, und es gibt mehrere Standardwerke, die jenen, die mit Raum- und Stadtforschung befasst sind, in seine Hauptwerke einführen und einen Überblick verschaffen sollen (z. B. Painter 2000, Cresswell 2002, Webster 2010, Fogle 2011, Lippuner 2012). Andernorts habe ich eine detaillierte Diskussion vorgelegt, wie sich Habitus, sozialer Raum, bürokratisches Feld und symbolische Macht in einer vergleichenden Untersuchung des triadischen Zusammenhangs von Marginalität, Ethnizität und Bestrafen in der neoliberalen Stadt (Wacquant 2014) anwenden und anordnen lassen. Hier möchte ich vier übergreifende Prinzipien beleuchten, die *Bourdieu's Forschungspraxis fundieren und antreiben*. Diese Prinzipien entgehen leicht der Aufmerksamkeit einer eiligen Leserschaft; sie können die Stadtforschung jedoch in fruchtbarer Weise anleiten als die Exegese dieses oder jenes Textes. Im Sinne einer komprimierten Merkformel verknüpfe ich sie mit fünf Autoren, die zentrale Pfeiler im Bourdieuschen Denken repräsentieren: Bachelard, Weber, Leibniz und Durkheim sowie Cassirer.[13] Zudem sei auf drei miteinander zusammenhängende Fallstricke verwiesen, die eine Stadtforschung auf den Spuren Bourdieus tunlichst vermeiden sollte: die Fetischisierung von Konzepten (die Forschung dort enden lässt, wo sie eigentlich beginnen sollte), die Verlockung, sich der Sprache Bourdieus als einer wissenschaftlichen Modesprache zu bedienen, sowie das zwanghafte Überstülpen seines *gesamten* Theorierahmens auch in Fällen, in denen es produktiver wäre, einzelne Bausteine zu übertragen.

1. *Das Bachelardsche Moment*: Distanziere dich vom ‚gesunden Menschenverstand‘ (der in drei Spielarten auftritt: alltagsbezogen, politisch und wissenschaftlich), um etablierte Analysekatgeorien zu hinterfragen, vorgefertigte Problemdefinitionen zu dekonstruieren und robuste analytische Konzepte zu schmieden, die durch und für die empirische Analyse geschaffen werden, während sie die Vorstellungen des Alltagsverstands zwar einbeziehen, aber auch deutlich von ihnen abweichen (Wacquant 2002). Es handelt sich hier um die unmittelbare Anwendung des Imperativs des *erkenntnistheoretischen Bruchs und der erkenntnistheoretischen Wachsamkeit*. Er bildet die zentrale Lehre der „Historischen Wissenschaftstheorie“ – jener Wissenschaftsphilosophie, die von Bourdieus Mentoren Gaston Bachelard und Georges Canguilhem entwickelt wurde und die er selbst von den Natur- und Lebenswissenschaften auf die Sozialwissenschaften übertragen hat (Bourdieu et al. 1991 [1968],

Bourdieu 2001; siehe Rheinberger 2010 für eine komprimierte Darstellung dieser Strömung). Hier geht es um einen Aspekt der Forschung, der allzu oft als selbstverständlich ignoriert oder übersprungen wird: Weite Bereiche der Stadtforschung akzeptieren die Begrifflichkeiten, Fragestellungen und Sorgen, die von Stadtverwaltungen, Politik, Medien oder wissenschaftlichen Modeströmungen ins Feld geführt werden, wo sie doch stattdessen das historisch Unbewusste und die sozialen Vorurteile, die diesen inhärent sind, aufdecken und neutralisieren sollten, indem sie genau dies zum Objekt ihrer Analyse machen. Entsprechend die Warnung Bachelards (1978 [1938]: 47): „Der wissenschaftliche Geist verbietet uns Meinungen über Fragen, die wir nicht verstehen, über Fragen, die wir nicht klar zu formulieren wissen. Vor allem gilt es, Probleme aufzustellen.“

2. *Das Webersche Moment*: Arbeite mit einer *dreifachen Historisierung*: des Handelnden (unter Anwendung des Habituskonzepts), der Welt (auf Grundlage des Begriffs des sozialen Raums, wovon das soziale Feld nur einen Untertyp darstellt) und der Kategorien und Methoden des Analytikers (erkenntnistheoretische Reflexivität). Dieses Prinzip ist ein Ausdruck von Bourdieus radikal historischer und agnostischer Sicht auf soziales Handeln, Strukturen und Wissen, die in Geist und Methode am ehesten dem Werk Max Webers entspricht, selbst wenn Letzterer einem dem Relationismus Bourdieus völlig fremden analytischen Individualismus verpflichtet war (Bourdieu 2011 [2000]).

Aus Sicht beider Autoren durchzieht Herrschaft das soziale Leben, nimmt dabei aber eine Vielfalt unterschiedlicher Formen an, die sich nicht auf eine wie auch immer geartete ökonomische Basis reduzieren lassen. Sie bedürfen stets der Vermittlung durch eine die fragliche Beziehung rahmende symbolische Autorität, weshalb Weber (1958) den Fokus auf Legitimität und Bourdieu auf die soziale Produktion von Doxa legt.[14] Entsprechend sollte man urbane Konstellationen, Kategorien und Praktiken als die Produkte, Waffen und Einsätze, die auf dem Spiel stehen, in den Auseinandersetzungen um multiple Temporalitäten begreifen. Diese reichen von der *longue durée* säkularer Makrostrukturen über die mittleren Zeitrhythmen politischer Zyklen und institutioneller Rotationen bis hin zum kurzfristigen phänomenologischen Horizont der Menschen an der Basis. Dieses Gebot steht im Widerspruch zu der sogar von Stadtforscher_innen, die mit seinem Ansatz sympathisieren (z. B. Harding/Blokland 2014: 129f.), fortwährend erzählten abgedroschenen wissenschaftlichen Mär von Bourdieu als ‚dem Reproduktionstheoretiker‘, erfasst aber in akkurater Weise sowohl seine expliziten Arbeitsanweisungen als auch seine reale wissenschaftliche Praxis (Bourdieu/Wacquant 1992, Wacquant 2017a).

3. *Das Leibnizsche-Durkheimsche Moment*: Bemühe die *topologische Argumentationsweise*, um die wechselseitigen Entsprechungsverhältnisse, Verschiebungen und Verzerrungen zwischen symbolischem Raum (dem Raster mentaler Klassifikationen, die Menschen in ihrer kognitiven und konativen Konstruktion der Welt leiten), sozialem Raum (der fluktuierenden Verteilung sozial wirksamer Güter oder wirksamen Kapitals) und physischem Raum (der gebauten Umwelt als Ergebnis konkurrierender Bemühungen zur

Aneignung materieller und ideeller Güter im und durch den Raum) herauszuarbeiten. Diese Denkweise ist unverzichtbar, da „der soziale Raum sich tendenziell in Form einer bestimmten Anordnung der Akteure und Eigenschaften mehr oder weniger verzerrt in den physischen Raum übersetzt. Folglich finden alle Unterteilungen und Unterscheidungen des sozialen Raums (oben/unten, links/rechts usw.) ihren realen oder symbolischen Ausdruck in dem als dinggewordener sozialer Raum fungierenden physischen Raum.“ (Bourdieu 2001: 173) Dieses Prinzip steht an der Schnittstelle zwischen der *geometrischen* Komponente in Bourdieus Denken, die auf seiner frühen begeisterten Lektüre von Gottfried Wilhelm Leibniz beruht (dessen *Analysis Situs*, entwickelt in Reaktion auf Pascals perspektivische Geometrie, ist beispielhaft für den monistischen Rationalismus, den Bourdieu erweitern möchte),^[15] und dem *morphologischen* Strang, der sich von dem von Durkheim und Mauss (1993 [1901]) kühn formulierten Entsprechungsverhältnis zwischen physischem Substrat, der Anordnung sozialer Gruppen und den „Klassifikationsformen“, mittels derer sie sich selbst und die Welt wahrnehmen, ableitet.

4. *Das Cassirersche Moment*: Erkenne die *konstitutive Wirkmächtigkeit symbolischer Strukturen* und analysiere ihre Prägekraft in zwei Richtungen: zum einen hinsichtlich der subjektiven *Dispositionen* (Kategorien, Fähigkeiten und Wünsche), die den Habitus konstituieren, und zum anderen hinsichtlich des objektiven Geflechts von *Positionen* (Verteilungen effektiver Ressourcen), aus denen Institutionen bestehen. Ernst Cassirers (1990 [1944]) genetische „Philosophie der symbolischen Formen“ ist die Hauptinspirationsquelle für Bourdieus kraftvolles Konzept symbolischer Macht, welches den Kern- und Kulminationspunkt seines Werks darstellt. Allerdings wird es in den konventionellen Lesarten und Anwendungen von Bourdieu, die zu einem unvollständigen und redundanten Triptychon von Habitus, Kapital und Feld (Wacquant 2017a) erstarrt sind, häufig übersehen. Da der Mensch der physischen Welt nicht als einer brachialen Realität begegnet, sondern vermittelt durch Symbole (die sich in Cassirers Taxonomie in Form von Sprache, Mythen, Religion, Kunst und Wissenschaft materialisieren), muss selbst die objektivistischste Wissenschaft der Stadt zwangsläufig Raum für die konkurrierenden Klassifikationsschemata lassen, mittels derer die Akteure der Welt Struktur und Sinn geben. Und da die soziale Welt stets aus einer Vielzahl unterschiedlicher Blickwinkel erfahren und konstruiert werden kann, stellen diese konkurrierenden Symbolsysteme so viele Waffen in den „Auseinandersetzungen um die Schaffung und Durchsetzung der legitimen Weltsicht“ dar (Bourdieu (2016 [1985]: 17). Auf den urbanen Raum angewandt impliziert dieses Prinzip, dass nicht nur auf die Phänomenologie des urbanen Lebens im Sinne einer an bestimmten Orten gelebten Realität zu achten ist, sondern auch auf die Begriffe, die zur Bezeichnung von Menschen, Objekten, Aktivitäten und Orten in der Stadt verwendet werden. Denn gerade angesichts der Konzentration von symbolischen Autoritäten (religiöser, politischer, juristischer, journalistischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Natur) in der Metropole stellen *Kategorisierungen, die Konsequenzen zeitigen*, ein besonders wirkungsvolles Mittel zur Bewahrung oder Transformation der Realität dar.^[16]

Zusammen begründen diese Prinzipien eine wissenschaftliche Perspektive auf die Stadt, die stark von den die Sozialwissenschaften dominierenden erkenntnistheoretischen Möglichkeiten (Positivismus, Realismus und Hermeneutik) abweicht. Diese Position verlangt Analysen, die eine aufmerksame und aktive ‚Konstruktion des Gegenstands‘ in den Mittelpunkt stellen. Dabei muss ein leerer Formalismus ebenso vermieden werden wie ein blinder Empirismus, um sich so, unter Ausnutzung des vorteilhaften Umstands, über eine generalisierende Analytik zu verfügen, in die Besonderheiten des historischen Falles zu begeben (Bourdieu 2001). Neben diesen Prinzipien lassen sich drei allgemeine Warnhinweise aus Bourdieus wissenschaftlicher Praxis herausdestillieren. Sie sind für all jene nützlich, die sich sein Werk – ob den Buchstaben oder dem Geiste nach – für die Stadtforschung zu eigen machen wollen. Erstens gilt es, die *Fetischisierung von Konzepten* zu vermeiden: Bourdieu wird fälschlicherweise oft als „Theoretiker“ verstanden, während er tatsächlich ein beharrlicher Kritiker eines ‚Theoretisierens um des Theoretisierens willen‘ war. Er verstand Theorie nicht als erhabene Gebieterin, sondern als demütige Dienerin der empirischen Forschung, und trieb nie das eine ohne die Entwicklung des anderen voran (Bourdieu/Wacquant 1992: 29-35). Das Korrektiv zu dieser gängigen scholastischen Fehldeutung, wie sie von vielen kürzlich in *Progress in Human Geography* erschienenen Artikeln veranschaulicht wird, besteht darin, die Definition von Konzepten zu fundieren und genau darauf zu achten, wie Bourdieu sie in der konkreten Forschung operationalisiert, um seine empirischen Gegenstände zu formen.

Zweitens und damit zusammenhängend gilt es, sich *vor der rhetorischen Falle in Acht zu nehmen*: Unzählige Autor_innen geben ihrer Forschung einen Bourdieuschen Anstrich, obwohl seine Begriffe in ihrer Analyse in Wirklichkeit keine Rolle spielen. Die Terminologie ist da, die Konzepte sind es nicht. Der Beleg dafür ist, dass ihre Ergebnisse und Argumente sich nicht von denen unterscheiden, die sie aus der Anwendung aller möglicher alternativer Ansätze gewonnen hätten (was typischerweise auch der Fall ist). Der Begriff des Feldes ist in dieser Hinsicht vielleicht der am meisten missbrauchte, beispielsweise wenn er als inhaltsleeres Synonym für Bereich oder Arena angeführt wird, ohne irgendeine der sehr spezifischen Eigenschaften an den Tag zu legen, die ein Feld im Sinne Bourdieus auszeichnen (wie Differenzierung, Autonomie, Monopolisierung, chiasmatische Organisation, prismatische Effekte usw.). Indem sie sich in unpassender Weise der Sprache Bourdieus bedienen, verwechseln diese Autor_innen nicht nur Rhetorik mit Analytik. Sie versperren sich auch den Zugang zu dem theoretischen und empirischen Ertrag, den die effektive Nutzung der Werkzeuge Bourdieus zeitigen könnte. Solche unfruchtbaren Erkundungen degenerieren leicht zu unsinnigen Wortspielen, was durch die geradezu komisch anmutende Flut an Kombinationen aus ‚Habitus‘ mit Ableitungen von ‚urban‘ in der zeitgenössischen Wissenschaft illustriert wird: der ‚metropolitane Habitus‘, der ‚suburbane Habitus‘, der ‚Gentrifizierungshabitus‘, der ‚Dot.com-Habitus‘, ganz zu schweigen vom absurden ‚Mini-Habitus‘ (der möglicherweise den Weg dafür bereitet, demnächst auch dem Nano-Habitus den Segen zu erteilen), die allesamt deutlich machen, dass ihre Erfinder_innen die eigentliche Bedeutung und Natur des Habitus-Konzepts nicht verstanden haben (Wacquant 2016).[17]

Drittens ist es nicht nur möglich, sondern im Allgemeinen auch erstrebenswert, *Bourdieu's Konzepte voneinander zu entkoppeln*, um sicherzustellen, dass ihre separate Anwendung auch tatsächlich gewinnbringend ist, bevor man sie dann nach Bedarf zur Rahmung und Lösung des vorliegenden empirischen Rätsels wieder zusammenfügt. Eine gleichsam orthodoxe Auslegung der Bourdieuschen Arbeiten als ‚Heilige Schriften‘, deren zentrale Konzepte *omni et simul* [allesamt und alle zugleich, Anm. d. Übers.] anzuwenden wären, steht in direktem Widerspruch zur Pragmatik eines jeden Forschungsprojekts und kollidiert mit der Art und Weise, wie Bourdieu selbst mit seinen Texten umgegangen ist. Beispielsweise nutzt er die Konzepte Habitus und symbolische Macht in seinen Arbeiten zu Algerien, ohne den Begriff des Feldes auch nur zu erwähnen (Bourdieu 1979 [1972]; 2000 [1977]; 1987 [1980]; 2010 [2008]), und zwar aus dem einfachen Grund, dass es in den bäuerlichen Gemeinschaften auf dem kabyllischen Land gar kein ‚Feld‘ gibt. Eine solche vorsichtige Vorgehensweise ist besonders für Wissenschaftler_innen angezeigt, die erst noch im Begriff sind, sich ein über die elementaren Grundlagen hinausreichendes Verständnis des Bourdieuschen Denkens zu erarbeiten: Besser, man wendet *ein* Konzept in seinem analytisch angemessenen Bereich sachgerecht an, als dass man sich für unterschiedliche Zwecke oder den rein deklamatorischen Effekt auf fünf verschiedene beruft.

Nathan Maroms (2014) Abhandlung *One Hundred Years of Spatial Distinction in Tel Aviv* bietet ein anschauliches, geradezu modellhaftes Beispiel einer ökonomischen, effizienten und fruchtbaren Anwendung Bourdieus, die diese drei Empfehlungen beherzigt. Um die Dynamik der sozialräumlichen Gegensätze über die gesamte geschichtliche Entwicklung dieser umkämpften Stadt hinweg zu begreifen, richtet Marom seine Aufmerksamkeit auf eine einzige Operation: „die Übersetzung von sozialem Raum in physischen Raum“ (Marom 2014: 1345). Ihm gelingt dies durch die elegante Bezugnahme auf allein zwei Konzepte: den sozialen Raum und die symbolische Macht (die zusammen tatsächlich den Dreh- und Angelpunkt des Bourdieuschen Denkens darstellen). Er nutzt diese Konzepte, um gleichermaßen mit der aus der Stadtökologie stammenden Naturalisierung der Segregationsproblematik zu brechen wie auch die Blindheit politökonomischer Ansätze für die performative Kraft symbolischer Klassifikationen und Klassifikationskämpfe zu überwinden. Bourdieu animiert Marom dazu, eine neue Frage zu stellen und dies in einer historischen Perspektive und mit neuen Daten, welche es ihm ermöglichen, neue empirische Aspekte des Phänomens aufzuzeigen. Damit kann er letztlich über eine Reihe unterschiedlicher Ebenen hinweg eine originelle Interpretation der sich verändernden Prinzipien der für Tel Aviv charakteristischen räumlichen Visionen und Trennlinien vorlegen, die andere theoretische Perspektiven nicht hätten hervorbringen können. Sein Artikel untermauert ferner, dass, obwohl jedes der sieben zentralen Konzepte, die dem Bourdieuschen Werk Struktur geben (Habitus, Kapital, sozialer Raum, Feld, symbolische Macht, Doxa und erkenntnistheoretische Reflexivität), für die Untersuchung städtischer Konstellationen fruchtbar gemacht werden kann, *sozialer Raum* unbestreitbar das leistungsfähigste und fruchtbarste ist. Das ist nicht nur deshalb so, weil dieses Konzept durch eine geographische Metapher verankert ist, sondern weil es sich dabei erstens um die Hauptkategorie handelt, von der sich die begrenzteren Begriffe Feld,

corps (Körper) und Apparat als spezifische Arten von Schauplätzen, in denen soziales Handeln seine Wurzeln hat und sich ereignet (Wacquant 2017b), ableiten. Zweitens handelt es sich um eine gleichsam ‚naturgemäß passende‘ Kategorie für die Stadt als Brutstätte der Entstehung, Differenzierung, Verbreitung und Akkumulation konkurrierender Kapitalformen.[18]

Anwendungen: Unzählige Wege in die Bourdieusche Stadt

Nachdem ich die Relevanz Bourdieus für die Stadtforschung aufgezeigt und die seine Arbeit antreibenden Prinzipien herausgearbeitet habe, wenden wir uns nun konkreten Anwendungen zu. Die Stadtforschung hat es bislang versäumt, sich den Vierteln der Vermögenden, Mächtigen und Privilegierten zu widmen, aus dem einfachen Grunde, dass diese den Stadtregierungen wenig ‚soziale Probleme‘ bereiten und die Soziologie schon lange ein romantisches *faible* für Unterschichten und vernachlässigte Räume kultiviert.[19] Keiner hat mehr unternommen, diese Lücke zu füllen, als das Ehepaar Pinçon (ihren französischen Kolleg_innen und einem breiten Publikum, das ihre Bestseller verschlingt, als „die Pinçons“ bekannt), das sich über zwei Jahrzehnte hinweg der Untersuchung der Mechanismen der Produktion und Perpetuierung von Ungleichheit am oberen Ende der städtischen Sozialstruktur gewidmet hat (Pinçon/Pinçon-Charlot 1989; 1992; 1996; 2010).

In ihrem Artikel *Class Power and Power over Space* (2017) fassen Pinçon und Pinçon-Charlot einige ihrer Bücher zusammen, um zu zeigen, wie die Vormachtstellung des gehobenen französischen Bürgertums (und der verbliebenen Aristokratie) in ihrer Kontrolle des Raumes begründet ist sowie in der Fähigkeit, diesen zu gestalten. Indem sie Bourdieus Modell des sozialen Raumes, der Klassenformation und der kulturellen Praxis aus *Die Feinen Unterschiede* um den physischen Raum erweitern, machen sie deutlich, dass die selbstgewählte Abschottung der herrschenden Klasse in den ihnen vorbehaltenen noblen Vierteln eine entscheidende Basis ihrer Macht darstellt. Diese Abschottung wird neben exklusiven Schulen durch weitere gruppenspezifische Institutionen wie Gesellschaftsbälle und exklusive Clubs verstärkt und resultiert in einer rigiden Schließung der Klassenstruktur. In diesem Fall reichen die räumlichen Grundlagen der Klassenherrschaft allerdings über die Stadtgrenzen hinaus: Zusätzlich zu ihren Pariser Domizilen besitzen die Oberschichtdynastien noch Familienländereien (mit einem Schloss oder großen Herrenhaus) im ländlichen Umland, die als Ankerpunkte paternalistischer Formen der Vergemeinschaftung dienen und sie über ritualisierte Praktiken wie die Fuchsjagd mit den unteren Klassen vor Ort verbinden. In diesem Zusammenhang weisen Pinçon und Pinçon-Charlot darauf hin, dass die ‚Nachbarschaftseffekte‘, mit denen sich die Forschung zu städtischer Armut so sehr beschäftigt, *am oberen Ende der städtischen Sozialordnung sehr viel wirkmächtiger und folgenreicher sind als am unteren Ende*. Dabei zeigen sie, wie Bourdieus Arbeiten eine umfassende Neuorientierung der Erforschung von Raum, Ort und Ungleichheit anstoßen.

Jene analytische Triade steht auch im Zentrum von Virgílio Borges Pereiras Text *Urban Distinctions: Class, Culture, and Sociability in Porto* (2017), der aufbaut auf seinem bahnbrechenden Buch *Classes e Culturas de Classe das Famílias Portugueses*. Darin greift Pereira Bourdieus Modell des

sozialen Raumes und der symbolischen Macht aus *Die feinen Unterschiede* auf, um soziale Beziehungen und kulturelle Praktiken über die gesamte Bandbreite der unterschiedlichen Viertel dieser portugiesischen Stadt hinweg zu untersuchen. Pereira verknüpft Feldforschung mit Bourdieus charakteristischer Methodik der multiplen Korrespondenzanalyse (Lebaron/Leroux 2015), um eine mehrschichtige Kartographie des sozialen Raums der Stadt auf ihren physischen Grundriss zu projizieren. Er stellt fest, dass die vertikal geschichtete Gruppierung dreier ‚Lebensstilmodalitäten‘, die Bourdieu im Frankreich der 1970er Jahre nachgewiesen und in der Triade ‚Distinktion, Präention und Notwendigkeit‘ begrifflich gefasst hat, auch drei Jahrzehnte später in der portugiesischen Stadt vorherrschend ist. Noch viel bemerkenswerter ist, dass horizontaler Widerstand – verwurzelt in der chiasmatischen Verteilung von ökonomischem und kulturellem Kapital – im portugiesischen Bürgertum und Kleinbürgertum aufkeimt, während der Widerstandsgeist der städtischen Arbeiterklasse durch soziale Atomisierung und negativen Individualismus erodiert. Mit dieser Fallstudie zu Porto legt Pereira eine eindringliche, empirisch unterfütterte Argumentation gegen die gängige Kritik vor, dass Bourdieus Modelle lediglich die Besonderheiten der französischen Gesellschaft reflektierten.[20]

Wie schon die Pinçons machen sich auch Mike Savage und Laurie Hanquinet (2017) die Perspektive von oben zu eigen, um ein vergleichendes Porträt von London und Brüssel zu zeichnen, das den Aufstieg des *Emerging Cultural Capital in the Metropolis* veranschaulicht. Die Geschichte, die sie erzählen, ist eine der ‚Großstadteffekte‘. Sie unterstreichen darin die Kristallisation und Akkumulation dessen, was sie Ghassan Hage (1998) folgend und im Gegensatz zu nationalen Formen kultureller Autorität als „kosmopolitanes kulturelles Kapital“ bezeichnen. Auf der Grundlage umfangreicher quantitativer Befragungen in Belgien und Großbritannien porträtieren Savage und Hanquinet den Aufstieg dieser neuen Form kultureller Präferenz und Kompetenz, mit der die traditionelle Herrschaft einer auf Kontemplation beruhenden Kantianischen Ästhetik und von jeglichem physischen Substrat losgelösten bürgerlichen Hochkultur in Frage gestellt wird. Denn sie lässt die Trennung von Kunst und Lebenspraxis bröckeln, um „Aktivitäten, Engagement und intensive Formen zeitgenössischer kultureller Betätigung aufzuwerten“. Indem sie das urbane Substrat mit sich verändernden kulturellen Formen verbinden, bringen Savage und Hanquinet Bourdieu in Anschlag, um die sich verschiebende Geographie kultureller Autorität in und zwischen den Städten sichtbar zu machen.[21]

Sylvie Tissot nutzt die Ergebnisse zweier früherer Forschungsprojekte (Tissot 2007; 2011), um zu zeigen, dass das Gewicht, das Bourdieu den Auseinandersetzungen mit der Wirkmächtigkeit von Benennungen beimaß, nützlich ist für die Analyse der sich rasch wandelnden Landschaften zeitgenössischer Städte. *Categorizing Neighborhoods* (Tissot 2017) nimmt beide Seiten des Atlantiks in den Blick, um die Schaffung, Verbreitung und Wirkungen räumlicher Labels am unteren und am oberen Ende der metropolitanen Hierarchie zu skizzieren. Auf der französischen Seite diente die von staatlichen Funktionsträgern in Paris geprägte bürokratische Kategorie des *quartier sensible* (‚sensibles‘ oder ‚Risikovierteil‘) ab den späten 1980er Jahren dazu, die Stadtpolitik zu rahmen und neu auszurichten. Diese Kategorie trug nachhaltig

zur Umgestaltung der urbanen Peripherie bei, indem sie die soziale Frage der Konzentration von Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen in eine räumliche Frage der Gestaltung von Wohnanlagen und des Zugangs zu Bürgerrechten umformulierte. Auf der amerikanischen Seite wurden die von den lokalen Vereinigungen der neu zugezogenen weißen Bewohnerschaft im Verbund mit Immobilienmakler_innen und Rathäusern angepriesenen Marketingbegriffe ‚historic‘ und ‚heritage neighborhood‘ eingeführt, um die Gentrifizierung von Bostons South End unter dem Banner der Diversität zu ermöglichen und zu legitimieren. Die politische Ironie ist dabei, dass auf beiden Seiten des Atlantiks ein städtischer Wandel zum Nachteil der Bewohner_innen aus den unteren Schichten stattfindet, vorangetrieben durch eine von progressiven staatlichen Expert_innen und Politiker_innen beförderte neue urbane Rhetorik. Soviel zur Erinnerung daran, dass das Vokabular, das für den Zuschnitt und die Darstellung der Stadt und ihrer geographischen Bestandteile in Anschlag gebracht wird, weder neutral noch folgenlos ist: Die Verdeutlichung der sozialen Bedingungen der Produktion und Rezeption jener Wörter, die Dinge erschaffen können (Bourdieu 2015 [1982]), stellt eine unverzichtbare Komponente einer rigorosen Soziologie städtischer Ungleichheit dar.

Schließlich verknüpft Desmond in *Heavy Is the House* (2017) Bourdieus frühe Arbeiten über die Abwanderung des algerischen Subproletariats in die Städte mit seiner späteren Untersuchung zur politischen Produktion des französischen Eigenheimmarktes im Umgang mit der zunehmenden Mietbelastung, die den Armen in den Vereinigten Staaten aufgebürdet wurde, während ihre Einkommen sanken und gleichzeitig die staatliche Unterstützung für den sozialen Wohnungsbau gestrichen wurde. Desmond wirft ein Schlaglicht auf das krasse Missverhältnis zwischen der zentralen Bedeutung, die der Wohnunterkunft für die Lebensstrategien der armen Bevölkerung zukommt, und dem fortgesetzten Versäumnis der amerikanischen Stadtsoziologie, das Thema Wohnen aufzugreifen und von der weit verbreiteten Zwangsräumung und ihrer Rolle bei der Reproduktion akuter Armut Notiz zu nehmen (Desmond 2012). Um diese Lücken zu schließen, müsste das Thema Wohnen wieder stärker innerhalb des weiten Feldes der Kämpfe um Raum, Arbeit, Geld und Macht, die die Metropole formen, verortet werden. Scharfsinnig plädiert Desmond dafür, „Immobilienbesitzer_innen wieder in den Blick zu nehmen“, um ihre nach oben gerichteten Transaktionen mit Kreditgeber_innen, Makler_innen und Immobilienverbänden ebenso nachzuzeichnen wie die sich wandelnden materiellen und moralischen Standards, die ihre nach unten gerichteten Beziehungen zu den Mieter_innen leiten (wie in einer damit in Zusammenhang stehenden Ethnographie der Zwangsräumung in Milwaukee dargelegt, Desmond 2016). Er empfiehlt auch, den Verbindungen zwischen der ausdifferenzierten Welt der Immobilienbesitzer_innen und dem bürokratischen Feld auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nachzugehen und zu fragen, wie sie sich auf die Produktion, Allokation und Stabilität des Wohnraumangebots am unteren Ende der metropolitanen Sozialordnung auswirken. Kurzum, soll Wohnraum ein höherer Status als Objekt empirischer Forschung zuteilwerden, erfordert dies die Erneuerung unseres theoretischen Modells der Stadt als Produkt, Ort und Gegenstand von Klassifizierung und sozialer Schichtung.

Zusammengenommen demonstrieren diese Arbeiten sowohl die Plastizität und Produktivität von Bourdieus zentralen Konzepten, methodischen Schachzügen und empirischen Fingerzeigen als auch die grobe analytische Arbeitsteilung, die zwischen ihnen vorherrscht. Sie geben uns eine Vorstellung davon, wie Bourdieu die Stadtforschung inspirieren, bereichern und neu orientieren und sie sogar in eine *breiter angelegte topologische Sozialwissenschaft* überführen kann. Diese wäre in der Lage, die Stadt in den Kontext einer allgemeineren Analytik der dynamischen *Beziehungen zwischen symbolischen Trennlinien, sozialem Raum und der gebauten Umwelt zu stellen*. Bourdieu fügt nicht einfach nur eine Reihe neuer leistungsfähiger und flexibler Begriffe (Habitus, Kapital, sozialer Raum, Feld, Doxa, symbolische Macht und Reflexivität) zum bereits existierenden Spektrum theoretischer Perspektiven hinzu. Er bereitet vielmehr den Weg für eine Rekonzeptualisierung des Urbanen als einer Sphäre der Akkumulation und Differenzierung vielfältiger Formen von Kapital sowie der Auseinandersetzungen darum, wodurch die Stadt zu einem zentralen Ort und Hauptgewinn historischer Kämpfe wird.

Übersetzung aus dem Englischen von Stephan Elkins, wissenschaftliches Lektorat von Johanna Hoerning, Stefan Hoehne, Justin Kadi und Nina Schuster.

Endnoten

- [1] Dies steht in scharfem Gegensatz zur Unfähigkeit der Leserschaft meines Buches *Urban Outcasts* (2008) (einschließlich meiner eigenen Studierenden), darin die Parameter der durch Bourdieu inspirierten Untersuchung zu erkennen, da das Buch die begriffliche Ausdrucksweise Bourdieus nicht explizit zur Schau stellt. In einem halben Dutzend Symposien erkannte kein_e einzige_r Kritiker_in des Buches weder die theoretischen Quellen, die es inspirierten, noch die Implikationen des Buches für das Überdenken des Zusammenhangs zwischen symbolischer Macht und physischem Raum in der Stadt. Aus diesem Grunde schrieb ich eine reflexive Nachbemerkung, die spezifiziert, wie *Urban Outcasts* fünf von Bourdieu vorgeschlagene analytische Prinzipien anwendet (Wacquant 2015).
- [2] Diese Generation baut auf den exemplarischen Arbeiten von Vorläufer_innen auf, die es verdienen, gleich zu Beginn genannt zu werden. Neben den wegweisenden Büchern von Monique und Michel Pinçon (1989; 1992; 2010) sind zwei weitere Monographien zu nennen, die von 1990 an Bourdieus Analyse von Klassen, Macht und Kultur auf die vornehmen Viertel des Großraums Paris übertrugen (dazu später mehr) und in kühner Weise sowohl das theoretische Modell als auch die ursprüngliche Methodologie von *Die feinen Unterschiede* erweiterten, um sie auf die räumliche Zusammensetzung der Stadt beziehen zu können: Lennard Rosenlunds (2009 [2001]) Studie zur postindustriellen Transformation des norwegischen Hafens Stavanger und Virgilio Pereiras (2005) Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Klassenstruktur, Nachbarschaft und Vergemeinschaftung (*sociability*). Das *Leverhulme Network on Advanced Urban Marginality* (2008-2012) hat ebenfalls Bourdieus Theorien auf vom Niedergang bedrohte Gegenden auf vier Kontinenten angewandt (siehe Wacquant/Slater/Pereira 2015).
- [3] Die beste Darstellung dieser drei Eigenschaften findet sich im Buch *Der Staatsadel* (Bourdieu 2004), das ethnographische Beobachtung und Interviews, Prosopographie und Archivdaten sowie quantitative Analysen verbindet. Bourdieus Ziel ist es, nachzuzeichnen, wie sich die wechselseitige Konversion sozialer und mentaler Strukturen auf unterschiedlichen Ebenen der Maßstäblichkeit vollzieht – von den Alltagserfahrungen und akademischen Strategien der Studierenden an Eliteschulen bis hin zur strukturellen Entsprechung von ökonomischem Feld und dem Feld der Macht sowie zur historischen

- Erfindung des bürokratischen Staates, der mit der wachsenden Bedeutung des kulturellen Kapitals einherging.
- [4] Bourdieus mittelmeerüberspannende Mixed-Method-Untersuchungen zum Niedergang der Dorfgesellschaft in der kolonialen Kabylei und seiner Heimatregion Béarn sind die empirische und emotionale Matrix, die sein zentrales Interesse an der Dialektik von sozialen und mentalen Strukturen, seine Entdeckung der Spezifität der Logiken der Praxis sowie seine pragmatische Konzeption erkenntnistheoretischer Reflexivität hervorgebracht hat. Sie widerlegen auch den wissenschaftlichen Mythos von Bourdieu als „Reproduktionstheoretiker“, indem sie ihn als scharfsinnigen Analytiker historischer Transformationen, kultureller Zerrissenheit und gespaltenen Bewusstseins enthüllen (Wacquant 2004) – drei Eigenschaften, die durch und durch urban sind.
 - [5] Es handelt sich um folgende Veröffentlichungen: Der 1962 erschienene Artikel „Célibat et condition paysanne“, der in das Buch *Junggesellenball* (Bourdieu 2008 [2002]) inkorporiert wurde; die 1958 erschienene Monographie *Sociologie de l'Algérie* (1962 in englischer Übersetzung in einer überarbeiteten Fassung unter dem Titel *The Algerians* erschienen); die zwei zusammenhängenden Untersuchungen *Le Déracinement. La crise de l'agriculture traditionnelle en Algérie* (Bourdieu/Sayad 1964) und *Travail et travailleurs en Algérie* (Bourdieu et al. 1963). Hinzu kommt eine Reihe von Artikeln, die posthum in dem Sammelband *Algerische Skizzen* (Bourdieu 2010 [2008]) zusammengestellt wurden. Zur Verortung und Verknüpfung dieser Untersuchungen, siehe die Sonderausgabe der Zeitschrift *Ethnography* zur Thematik *Pierre Bourdieu in the Field* (5/4, Dezember 2005).
 - [6] Die folgende prägnante Beobachtung erfasst die soziosymbolische Asymmetrie zwischen Stadt und Land: „Während so kein aus dem Weiler gebürtiger Bauernsohn selbst nur daran denken würde, zum Tanzen in die benachbarte Stadt zu gehen, kommen die Städter häufig in Gruppen zum Tanzen aufs Land, wo ihnen ihr städtisches Gebaren einen beträchtlichen Vorteil gegenüber den Bauern verschafft.“ (Bourdieu 2008: 80)
 - [7] Bis 1960 waren 2,1 Millionen Algerier_innen in Militärlager zwangsumgesiedelt worden, während eine weitere Million in die Städte wanderte. Insgesamt betraf dies die Hälfte der gesamten ländlichen Bevölkerung, was im Ergebnis „eine der historisch brutalsten Vertreibungen einer Bevölkerung“ darstellt (Bourdieu/Sayad 1964: 13).
 - [8] Hier und im Folgenden wurden Zitate, die bisher nicht in einer deutschen Version vorliegen, eigens für diesen Beitrag übersetzt (Anmerkung des Übersetzers).
 - [9] Die kleinteilige, auf Statistiken beruhende Analyse der Veränderungen der Lebensmittelbudgets und der Gewohnheiten in Abhängigkeit von Wohnort und Beschäftigung (Bourdieu/Sayad 1964: 144-149) ist ein bemerkenswerter Vorgriff auf das spätere Kapitel zu klassenbezogenen Geschmacks- und kulinarischen Vorlieben in *Die feinen Unterschiede* (Bourdieu 1982).
 - [10] Die subjektive Orientierungslosigkeit der Lagerbewohner_innen entspringt der Diskrepanz zwischen ihren erworbenen Dispositionen und des Raumes, in dem sie sich gezwungenermaßen entwickeln müssen: „Da sein gesamter leiblicher Habitus durch seine gewohnten Bewegungsabläufe und für deren Räume geschaffen sind, ist der entwurzelte Bauer so tief im Kern seines Seins getroffen, dass er weder sein Verstörtsein artikulieren, geschweige denn die Gründe dafür benennen kann.“ (Bourdieu/Sayad 1964: 152)
 - [11] Dass Macht die Kausalkette in Gang setzt, ist schon vom Beginn des Textes *Le Déracinement* an klar: „Algerien war das Experimentierfeld, dem das militärische Denken wie in einem Projektionstest seine Strukturen als Stempel aufdrückte, wobei „die Disziplinierung des Raumes“ als Vehikel der „Disziplinierung der Bevölkerung“ diente (Bourdieu/Sayad 1964: 26f.). Bourdieu (1958: 106) rekapituliert das Vordringen der Siedler_innen und betont, dass Kolonialisierung „bewusst und systematisch Erschütterungen produziert, um die Kontrolle der Herrschaftsinstanz sicherzustellen“ und identifiziert die Landnahme als ein „Instrument der Desintegration der grundlegenden Strukturen der [einheimischen] Wirtschaft und Gesellschaft“.
 - [12] Während dieser Zeit stand Bourdieu in intensivem Kontakt mit jenen Instanzen, die Frankreichs neue ‚Stadtpolitik‘ umsetzen. Als das *Collège de France* im Zuge einer gemeinnützigen Spende in den Besitz eines kleinen Schlosses am Außenring von Paris kam, fasste er ernsthaft die Gründung eines Zentrums für Stadtforschung ins Auge.
 - [13] Dass es hierbei nicht um die in Bourdieudarstellungen gemeinhin erwähnten ‚üblichen Verdächtigen‘ handelt, ist ein Zeichen für die große Kluft zwischen der eigentlichen

Inspiration und inneren Beschaffenheit seines Werkes und dessen wissenschaftlicher Wahrnehmung, die sich als Produkt über Jahrzehnte angehäufter Schichten verkürzter oder irregeleiteter Lesarten herausgebildet hat.

- [14] Daher ist an dieser Stelle Weber und nicht Marx der Ankerpunkt Bourdieus (trotz Marx' historischem und relationalem Ansatz): Genau wie der Autor von *Wirtschaft und Gesellschaft* verwirft Bourdieu den ökonomischen Determinismus, die Suche nach einer Basis und die neo-hegelianische Vorstellung, dass die Geschichte einer gerichteten Logik folgt. Er steht damit fest in den Reihen der Neo-Kantianer, welche die Philosophie von Anfang bis Ende „dem Faktum der Wissenschaft“ moralisch verpflichtet sehen und einer genetischen Konzeption von Wissen als eines immerwährenden, unvollendeten synthetischen Prozesses anhängen (diese anti-metaphysische Sicht auf Kant wurde in der Marburger Schule bewahrt, wo Cassirer auf den Rat Georg Simmels studierte und die Weber durch die Werke von Windelband und Rickert, führenden Repräsentanten der rivalisierenden Badener Schule des Neo-Kantianismus, beeinflusste).
- [15] Weik (2010) weist zurecht auf die Ähnlichkeiten und Affinitäten zwischen Leibniz und Bourdieu hin: Für Ersteren ist Gott die kreative Kraft, die die Welt konstituiert; für Letzteren ist es die Geschichte selbst. Bourdieu richtet seinen Blick aber hauptsächlich auf Habitus, obwohl die von beiden geteilte relationale Philosophie des Raumes die stärkere Verbindung zwischen den zwei Denkern darstellt (siehe De Risi 2007 zur Perspektive von Leibniz). Erwähnenswert ist hier, dass Cassirers (1902) erstes Buch eine Analyse des Leibnizschen Denkens in seinem wissenschaftlichen Kontext war.
- [16] Die materielle Prägung urbaner Realität durch ihre symbolische Formung nimmt in [Gestalt] territorialer Stigmatisierung eine paradigmatische und paroxystische Form an, deren Standorte und Kreisläufe der Produktion, Verbreitung und Konsumtion die gesamte Stadt durchziehen, selbst wenn in Stadtteilen, die durch sozialmoralischen Verfall an den Rändern und am unteren Ende des städtischen Raumes gekennzeichnet sind (Wacquant/Slater/Pereira 2014, Wacquant 2017b).
- [17] Für die Metropole konstitutiv ist eine Vielfalt an Bevölkerungsgruppen und -typen, eine große Spanne unterschiedlicher sozialer Bedingungen und eine Vielzahl abgegrenzter sozialer Mikrokosmen, die jeweils konkurrierende Schemata der Wahrnehmung und Wertschätzung befördern. Daraus folgt logischerweise, dass sie eine große Diversität an konkurrierenden Dispositionen hervorbringt (entsprechend der groben Kategorien von Positionen und Verläufen), und *nicht einen einzigen* einheitlichen Habitus, der für die Stadt als solches kennzeichnend wäre. Die Rede von einem „metropolitanen (suburbanen usw.) Habitus“ mag klangvoll sein, ist aber letztlich leeres Bourdieugeschwätz.
- [18] Der Begriff des sozialen Raums ist in der Tat das Konzept, das Bourdieus Ansatz am deutlichsten von anderen Theorien der Stadt unterscheidet und eine klaffende Lücke im Zentrum aller dieser Theorien füllt, ganz gleich, ob es sich um Stadtökologie oder -ethnologie Chicagoer Prägung, um politische Ökonomie, postkolonialen oder *planetary urbanism*, die Assemblage-Theorie oder um Ansätze handelt, die den Stadt-Land-Nexus ins Zentrum rücken (Storper/Scott 2016).
- [19] Diese thematische Kurzsichtigkeit wird durch eine populäre Vorliebe fürs Exotische befeuert. Ein Beispiel hierfür ist der gigantische, kürzlich bei Oxford University Press veröffentlichte *Urban Ethnography Reader* (Duneier/Kasinitz/Murphy 2014). Auf seinen fast 900 Seiten findet sich keine einzige Analyse der Räume, Institutionen und Praktiken der Oberschicht. Die Begriffe ‚Rathaus‘ und ‚Bürgertum‘ finden sich in dem Buch kein einziges Mal. ‚Oberschicht‘ wird weniger als ein halbes Dutzend Male beiläufig erwähnt, während sich 39 der 52 Kapitel explizit mit den Unterschichten und ethnischen Gruppen in benachteiligten Stadtteilen befassen und erstaunliche 27 Kapitel – und damit mehr als die Hälfte des gesamten Bandes – der armen Schwarzen Bevölkerung der amerikanischen Innenstädte gewidmet sind. Das Bild der Metropole, das durch diesen Blickwinkel entsteht, ist eines, in dem es von Ausgestoßenen, Devianten und problematischen Schwarzen Männern (und sogar von Menschen, die Tauben füttern) nur so wimmelt und in dem merkwürdigerweise Unternehmen, Professionen, Politiker_innen, Staatsanwält_innen, aristokratische Dynastien, Immobilienmakler_innen, Bürokrat_innen, Bischöfe, Journalist_innen und Wissenschaftler_innen abwesend sind. Ein weiteres typisches Merkmal dieser Gattung ist, dass dieses kolossale Kompendium in seliger Unkenntnis der reichhaltigen Traditionen urbaner Feldforschung in anderen

- Ländern und Disziplinen auch nur ein einziges einsames Kapitel eines Autors von außerhalb der Vereinigten Staaten und nur zwei Beiträge von Anthropolog_innen enthält.
- [20] Bourdieus (1998) eigene Antwort auf diese Frage gibt er in einer Vorlesung in Japan, bei der er in *Die feinen Unterschiede* einführt [in der deutschen Übersetzung im Kapitel „Sozialer Raum, symbolischer Raum“ in *Praktischer Sinn*, Anm. d. Übers.].
- [21] Hier ist eine analytische Mahnung angebracht: Man hüte sich vor einer unkontrollierten Vervielfachung von Kapitalformen als Resultat einer substantialistischen Fehlinterpretation der Bourdieuschen Theorie, die kulturelles Kapital mit Hochkultur oder ‚höherwertigen‘ kulturellen Statusgütern und deshalb empirische Variation mit konzeptioneller Varianz gleichsetzt. Eine bestimmte kulturelle Fähigkeit, ein bestimmtes kulturelles Objekt oder ein bestimmter kultureller Titel ist nie an sich kulturelles Kapital; es wird dazu *nur im Kontext einer spezifischen Handlungsarena*, wo es kollektive Vorstellungen hervorruft, ihm ein Wert zugeschrieben wird und es einen Gewinn abwirft. So sind beispielsweise die Liebe zur klassischen Musik und eine virtuose Kenntnis der Kunstgeschichte kulturelles Kapital im Schulsystem der Mittel- und Oberschichten, aber nicht in der Alltagswelt von Arbeiterklassenfamilien. Die Fähigkeit, physische Gewalt auszuüben und ihr Stand zu halten, verkörpert kulturelles Kapital in der Welt der Straßenkriminalität, aber nicht in einem Unternehmen oder auf dem Campus einer Universität.

Autor_innen

Loïc Wacquant ist Soziologe und forscht u.a. zum strafenden Staat, zu „race“ als Prinzip sozialer Spaltung, zu vergleichender städtischer Ungleichheit und Marginalität sowie zu klassischer und zeitgenössischer Gesellschaftstheorie.

loic@berkeley.edu

Literatur

- Bachelard, Gaston (1978 [1938]): Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Beitrag zu einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1958): Sociologie de l'Algérie. Paris: Presses Universitaires de France. (modifizierte englische Übersetzung. (1962): The Algerians, Boston: Beacon Press).
- Bourdieu, Pierre (1979 [1972]): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1987 [1980]): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre, (1997 [1993]): Ortseffekte. In: Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: UKV, 159-168.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2000 [1977]): Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft. Konstanz: UVK Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2001): Science and la science et réflexivité. Paris: Raisons d'agir.
- Bourdieu, Pierre (2001 [1997]): Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2004 [1989]): Der Staatsadel. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (2005 [1982]): Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller.
- Bourdieu, Pierre (2008 [2002]): Junggesellenball. Studien zum Niedergang der bäuerlichen Gesellschaft. Konstanz: UKV.
- Bourdieu, Pierre (2010 [2008]): Algerische Skizzen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Bourdieu, Pierre (2011 [2000]): With Weber, Against Weber. In: *The Legacy of Pierre Bourdieu. Critical Essays*. Edited by Simon Susen and Bryan S. Turner. London: Anthem Press, 111-124.
- Bourdieu, Pierre (2016 [1985]): Sozialer Raum und 'Klassen'. *Leçon sur la leçon*. Frankfurt am Main : Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2017 [1991]): Social Space, Symbolic Space and Appropriated Physical Space. Vortrag auf der Russell Sage/MSH Conference 'Poverty, Immigration and Urban Marginality in Advanced Societies' in Paris, Maison des Science de l'Homme, 10.-11. Mai 1991.
- Bourdieu, Pierre et al. (1997 [1993]): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: UKV.
- Bourdieu, Pierre / Chamboredon, Jean-Claude / Passeron, Jean-Claude (1991 [1968]): *Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis*. Berlin/New York: De Gruyter.
- Bourdieu, Pierre / Darbel, Alain / Rivet, Jean-Pierre / Seibel, Claude (1963): *Travail et travailleurs en Algérie*. Paris/ The Hague: Mouton.
- Bourdieu, Pierre / Sayad, Abdelmalek (1964): *Le Déracinement. La crise de l'agriculture traditionnelle en Algérie*. Paris: Minuit.
- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc (1992): *An Invitation to Reflexive Sociology*. Chicago: The University of Chicago Press; Cambridge: Polity Press.
- Cassirer, Ernst (1902): *Leibniz' System in seinen wissenschaftlichen Grundlagen*. Marburg: Elwert.
- Cassirer, Ernst (1990 [1944]): *Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Cresswell, Tim (2002): Bourdieu's Geographies. In: *Environment and Planning D. Society and Space* 20, 379-382.
- De Risi, Vincenzo (2007): *Geometry and Monadology. Leibniz's Analysis Situs and Philosophy of Space*. Basel: Birkhäuser.
- Desmond, Matthew (2012): Eviction and the Reproduction of Urban Poverty. In: *American Journal of Sociology* 118/1, 88-133.
- Desmond, Matthew (2016): *Evicted. Poverty and Profit in the American City*. New York: Crown.
- Desmond, Matthew (2017): *Heavy is the House. Rent Burden among the American Urban Poor*. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Duneier, Mitchell / Kasinitz, Philip / Murphy, Alexandra (Hg.) (2014): *The Urban Ethnography Reader*. New York: Oxford University Press.
- Durkheim, Émile / Mauss, Marcel (1993 [1901]): Über einige primitive Formen von Klassifikation. Ein Beitrag zur Erforschung der kollektiven Vorstellungen. In: *Émile Durkheim, Schriften zur Soziologie der Erkenntnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 171-256.
- Fogle, Nikolaus (2011): *The Spatial Logic of Social Struggle. A Bourdieuan Topology*. Lexington: Lexington Books.
- Hage, Ghassan (1998): *White Nation. Fantasies of White Supremacy in a Multicultural Society*. Sydney: Pluto.
- Harding, Alan / Blokland, Talja (2014): *Urban Theory. A Critical Introduction to Power, Cities and Urbanism in the 21st Century*. London: Sage.
- Jazouli, Adil (1992): *Les Années banlieues*. Paris: Seuil.
- Lebaron, Frédéric / LeRoux, Brigitte (Hg.) (2015): *La Méthodologie de Pierre Bourdieu en action. Espace culturel, espace social et analyse des données*. Paris: Dunod.
- Lippuner, Roland (2012): Pierre Bourdieu. In: Frank Eckardt (Hg.): *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 125-143.
- Marom, Nathan (2014): Relating a City's History and Geography with Bourdieu. One Hundred Years of Spatial Distinction in Tel Aviv. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/4, 1344-1362.
- Neveu, Érik (2013): Les sciences sociales doivent-elles accumuler les capitaux? In: *Revue française de science politique* 63/2, 337-358.
- Painter, Joe (2000): Pierre Bourdieu. In: Mike Crang / Nigel Thrift (Hg.), *Thinking Space*. London: Routledge, 239-259.

- Pereira, Virgílio Borges (2005): *Classes e culturas de classe das famílias portuenses*. Porto: Afrontamento.
- Pereira, Virgílio Borges (2017): *Urban Distinctions. Class, Culture, and Sociability in Porto*. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (1989): *Dans les beaux quartiers*. Paris : Seuil.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (1992): *Quartiers bourgeois, quartiers d'affaires*. Paris: Payot.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (1993): *La Chasse à courre. Ses rites et ses enjeux*. Paris: Payot.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (1996): *Grandes fortunes. Dynasties familiales et formes de richesse en France*. Paris: Payot.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (2005): *Voyage en grande bourgeoisie*. *Journal d'enquête*. Paris: PUF.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (2010 [2007]): *Les Ghettos du gotha*. 2. Aufl. Paris: Points/Seuil.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (2017): *Class Power and Power over Space. How the Bourgeoisie Reproduces Itself in the City*. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Rheinberger, Hans-Jörg (2010): *On Historicizing Epistemology. An Essay*. Stanford: Stanford University Press.
- Ripoll, Fabrice (2013): *Quelle dimension spatiale des structures sociales chez Bourdieu? Localisations résidentielles et jeux d'échelles dans La Distinction*. In: Philippe Coulangeon / Julien Duval (Hg.), *Trente ans après 'La Distinction' de Pierre Bourdieu*. Paris: La Découverte, 365 - 377.
- Rosenlund, Lennart (2009): *Exploring the City with Bourdieu. Applying Pierre Bourdieu's Theories and Methods to Study the Community*. Berlin: VDM Publishing.
- Savage, Mike (2011): *The Lost Sociology of Pierre Bourdieu*. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *The New Blackwell Companion to the City*. Cambridge: Blackwell, 511-520.
- Savage, Mike / Hanquinet, Laurie (2017): *Emerging Cultural Capital in the Metropolis. Profiling London and Brussels*. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Storper, Michael / Scott, Allen J. (2016): *Current Debates in Urban Theory. A Critical Assessment*. In: *Urban Studies* 53/6, 114-1136.
- Tissot, Sylvie (2007): *L'État et les quartiers. Enquête sur une catégorie de l'action publique*. Paris: Seuil.
- Tissot, Sylvie (2011): *De bons voisins. Enquête dans un quartier de la bourgeoisie progressiste*. Paris: Raisons d'agir.
- Tissot, Sylvie (2017): *Categorizing Neighborhoods: The Invention of 'Sensitive Areas' in France and 'Heritage Districts' in the United States*. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Wacquant, Loïc (2002): *Scrutinizing the Street. Poverty, Morality, and the Pitfalls of Urban Ethnography*. In: *American Journal of Sociology* 107/6, 1468-1532.
- Wacquant, Loïc (2004): *Following Pierre Bourdieu into the Field*. In: *Ethnography* 5/4, 387-414.
- Wacquant, Loïc (2008): *Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality*. Cambridge: Polity Press. (dt. Übersetzung 2018: *Die Verdammten der Stadt*. Berlin: Springer VS).
- Wacquant, Loïc (2013): *Symbolic Power and Group-Making: On Bourdieu's Reframing of Class*. In: *Journal of Classical Sociology* 13/2, 274-291. (dt. Übersetzung 2013: *Symbolische Macht und Gruppenbildung: Zu Pierre Bourdieus Neuformulierung der Klassenfrage*. In: *Berliner Debatte Initial* 24/2, S. 14-31.)
- Wacquant, Loïc (2014): *Marginality, Ethnicity and Penalty in the Neoliberal City. An Analytic Cartography*. In: *Ethnic & Racial Studies* 37/10, 1687-1711. (dt. Übersetzung 2014: *Marginalität, Ethnizität und Strafen in der neoliberalen Stadt: eine analytische Kartographie*. In: *Berliner Debatte Initial* 25/1, S. 87-105).
- Wacquant, Loïc (2015): *Revisiting Territories of Relegation. Class, Ethnicity and the State in the Making of Advanced Marginality*. In: *Urban Studies* 53/6, 1077-1088.
- Wacquant, Loïc (2016): *A Concise Genealogy and Anatomy of Habitus*. In: *The Sociological Review* 64/1, 64-72.

- Wacquant, Loïc (2017a): Practice and Symbolic Power in Bourdieu. The View from Berkeley. In: Journal of Classical Sociology 17/1, im Erscheinen.
- Wacquant, Loïc (2017b): The Two Faces of the Ghetto. Cambridge: Polity Press.
- Wacquant, Loïc / Slater, Tom / Pereira, Virgilio (2014): Territorial Stigmatization in Action. In: Special issue of Environment & Planning A 46/6, 1270-1280.
- Weber, Max (1958): From Max Weber. Essays in Sociology. Herausgegeben von H. H. Gerth und C.-Wright Mills. New York: Oxford University Press.
- Webster, Helena (2010): Bourdieu for Architects. London: Routledge.
- Weik, Elke (2010): Research note. Bourdieu and Leibniz. Mediated Dualisms. In: The Sociological Review 58/3, 486-496.
- Wirth, Louis (1974 [1938]): Urbanität als Lebensform. In: Ulfert Herlyn (Hg.), Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, 42-66.

Bourdieu comes to town: Pertinence, Principles, Applications

This article establishes the pertinence of Bourdieu's sociology for students of the city by revisiting his early Béarn and Algerian work on power, space, and urbanization and linking it to his late dissection of social suffering in the French metropolis. It spotlights four transversal principles that animate Bourdieu's research practice and can fruitfully guide urban inquiry: the Bachelardian imperative of epistemological rupture and vigilance, the Weberian command to effect the triple historicization of the agent (habitus), the world (social space, of which field is but a subtype), and the categories of the analyst (epistemic reflexivity); the Leibnizian-Durkheimian invitation to deploy the topological mode of reasoning to track the mutual correspondences between symbolic space, social space, and physical space; the Cassirer moment urging us to recognize the constitutive efficacy of symbolic structures. I also flag three traps that Bourdieusian explorers of the city should exercise special care to avoid: the fetishization of concepts, the seductions of "speaking Bourdieuse" while failing to carry out the research operations Bourdieu's notions stipulate, and the forced imposition of his theoretical framework en bloc when it is more productively used in kit through transposition.

Reflexionen zu räumlicher Nähe und sozialer Distanz

Kommentar zu Loïc Wacquants „Mit Bourdieu in die Stadt“

Katharina Manderscheid

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 197-204
zeitschrift-suburban.de

Loïc Wacquant
,Mit Bourdieu in die Stadt:
Relevanz, Prinzipien,
Anwendungen‘

Kommentare von:
Katharina Manderscheid,
Christoph Haferburg, Lars
Meier, Boike Rehbein

Replik von:
Loïc Wacquant
(erscheint in Heft 3/2017)

Pierre Bourdieus Werk spielt in der deutschsprachigen Soziologie zweifellos eine große Rolle. Einer Befragung von Soziologie-Studierenden zufolge gehört er zu den am meisten gelesenen Vertretern_innen des Faches (vgl. Lenger/Rieder/Schneickert 2014). Auch in der Stadtsoziologie werden seine Konzepte – vor allem ‚Habitus‘ und ‚Kapital‘ (vgl. zum Beispiel Richter 1994, Bockrath 2008, Dirksmeier 2015) – regelmäßig verwendet. In der Diskussion um Raum als soziologische Kategorie, die vor fast zwanzig Jahren einen ersten Höhepunkt hatte (vgl. Läßle 1991, Löw 2001, Dünne/Günzel 2006), beschränken sich die Referenzen jedoch überwiegend auf seinen Text „Ortseffekte“ (2005), der sich auf die Materialisierung des sozialen Raums im physisch-städtischen Raum konzentriert. Dabei wird ihm verschiedentlich vorgehalten, bezüglich des physischen Raums ein absolutistisches Verständnis zu vertreten (vgl. Löw 2001: 179ff., Manderscheid 2008), da er diesen als gegebenen ansähe. In ihm bringe sich „der Sozialraum [...] zur Geltung, jedoch immer auf mehr oder weniger verwischte Art und Weise“ (2005: 118). Dadurch, dass er das Soziale dem Räumlichen einseitig strukturierend entgegen stelle, vergäbe er sich weiterhin die Möglichkeit, Wechselwirkungen zwischen der Konstitution des sozialen und des physischen Raumes zu untersuchen (vgl. Löw 2001: 183).

Dass diese Rezeption des Bourdieu’schen Raumbegriffs jedoch einseitig verkürzt ist, darauf macht zuletzt Loïc Wacquants Text aufmerksam. Denn auch wenn Stadt, Raum und Ort bei Bourdieu außer in den „Ortseffekten“ nur an wenigen Stellen explizit im Vordergrund der Analysen stehen, tauchen sie doch immer wieder als Schauplätze, umkämpfte soziale Strukturen und Deutungsmuster auf. Dies zeigen die von Wacquant vorgestellten Studien zweier Gesellschaftsformationen im Umbruch: der Krise der ländlichen Gesellschaft im Béarn (vgl. Bourdieu 1962) und der Konfrontation zwischen traditioneller kabyllischer Gesellschaft und französischer Kolonialmacht in Algerien (vgl. Bourdieu/Sayad 1964). Darüber hinaus finden sich in dem, was Wacquant als ‚transversal principles‘ herausstellt, vielfältige Ansatzpunkte und Gedankengänge, die gerade für die aktuelle deutschsprachige Diskussion in der Stadtsoziologie um ihren Gegenstand – insbesondere in der Diskussion der ‚Eigenlogik der Städte‘ (vgl. Berking/Löw 2008, Gestring 2011, Kemper/

Vogelpohl 2013, Siebel, 2013) –, aber auch angesichts der aktuellen nationalistisch-populistischen Wende in der Politik vieler europäischer Länder und der USA erhellende Einsichten und Analyseperspektiven zur Konstitution von Raum und Sozialem ermöglichen.

An dieser Stelle möchte ich der Frage nach dem (Stadt-)Raum und seiner Konstitution nachgehen und sie vor dem Hintergrund des Bourdieuschen *Denkens in Wechselverhältnissen und Relationen* betrachten: In *Die feinen Unterschiede* (Bourdieu 1996), dem im deutschsprachigen Raum wahrscheinlich bekanntesten Buch Bourdieus, zeigt sich deutlich eine Analyseform, die Makroebene (gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse), Mesoebene (Lebensstile) und Mikroebene (Praktiken) zusammenbringt und in ein wechselseitiges Beziehungsgeflecht stellt. Dieses Mehrebenenendenken stellt auch Wacquant (2017: 175) in seinem vorliegenden Text heraus:

„Einer der zentralen Vorzüge des Bourdieuschen Theorierahmens ist, dass er sich auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen und problemlos auch über unterschiedliche analytische Maßstäblichkeiten hinweg anwenden lässt. Dies ermöglicht, größere Machtstrukturen (ein Land, einen Staat oder eine Metropole) mit der Mesoebene der Institutionen (Felder der Kulturproduktion, Wissenschaft, Publizistik und Politik) und der im Begriff der Praxis zusammengefassten kleinteiligen Ebene alltäglicher Interaktion und der phänomenologischen Beschaffenheit von Subjektivität zu verknüpfen.“

Damit verknüpft ist das ‚relationale Denken‘ Bourdieus, eine eigentlich genuin soziologische, zumindest jedoch strukturalistische Art und Weise des Denkens: Anstelle von Dichotomien – zwischen Gesellschaft und Individuum, Kultur und Natur, Stadt und Land, sozialem und physischen Raum, Mann und Frau –, rückt Bourdieu deren Beziehungen ins Zentrum und bricht damit „mit dem substantialistischen Denken (...), [was] dazu führt, jedes Element durch die Beziehungen zu charakterisieren, die es zu anderen Elementen innerhalb eines Systems unterhält und aus denen sich sein Sinn und seine Funktion ergeben“ (1987: 12). Entsprechend versteht Bourdieu weder materielle noch symbolische Elemente an sich als Ursachen, sondern als

„miteinander verwobene Momente in einer Analyse, die sich immer gleichzeitig auf diese zwei konstitutiven Bestandteile des sozialen Lebens bezieht, und die zugleich Ressourcen sind, die sich mobilisieren und in soziale Strategien ummünzen lassen“ (Bourdieu nach Wacquant 2017: 175).

Die von Wacquant vorgestellten, bislang jedoch in der Stadtsoziologie nicht rezipierten Arbeiten Bourdieus aus Algerien und aus dem Béarn illustrieren diese Form des soziologischen Denkens anschaulich. So werden die jeweils beobachteten Praktiken in den Kontext der historischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen gestellt und räumlich situiert. Die Bedeutung eines physischen Ortes beziehungsweise Raumes erschließt sich Bourdieu aus dem Kontext verschiedener sozialer Prozesse: Die Konflikthaftigkeit der sozialen Situationen für Individuen und Kollektive entstehe in beiden Beispielen gerade aus der *physisch-räumlichen Nähe des sozial-räumlich Fernen*, was nichts anderes meint als die wechselseitige Sichtbarkeit und

unausweichliche Konfrontation. Dieses Spannungsfeld entsteht im Béarn durch – als modern wahrgenommene – städtische Lebensstile, an deren Maßstäben die ländlichen Traditionen scheitern (vgl. Wacquant 2017: 176), während es in Algerien die Konfrontation der kabyllischen Gesellschaft mit der französischen Kolonialmacht ist (vgl. ebd.: 177). Mit anderen Worten: Es geht in beiden Beispielen um die konkrete Erfahrung von sozialen Differenzen, die eine gesellschaftliche Hierarchie implizieren und entsprechend zu Ein- und Ausschlüssen führen. Diese sozialen Differenzen werden in beiden Untersuchungsbeispielen in kulturräumliche Differenzen übersetzt: im ländlichen Ort, wobei Bourdieu den Samstags-Tanz als Brennglas der Situation beschreibt, und im Lager beziehungsweise Camp als Zwischenstation der algerischen Berber_innen zwischen traditionellem und modernem Lebensgefüge. Die Differenz manifestiert sich als Gegensatz zwischen ‚peasant‘ oder ländlich einerseits und städtisch-rational (vgl. ebd.: 176f.) andererseits. Die wechselseitige Wahrnehmung verdeutlicht die Nicht-Kompatibilitäten von Praktiken und führt infolge zu Anpassungen, Abwertungen und Ausschlüssen sozialer Gruppen. Zudem setzen sich Differenzierungs- und Ausgrenzungsprozesse auch innerhalb der jeweiligen Gruppe fort, wie Bourdieu durch einen Verweis auf die räumliche und soziale Einschränkung und Verschleierung von Frauen im Camp deutlich macht.[1]

Das kritische Potential der relationalen Sichtweise besteht unter anderem in dem Bruch mit alltäglichen Begriffen und Konzepten. Der Kern „des vor Ort zu Erlebenden“ (Bourdieu 2005: 117) wird mithin weder in den Eigenschaften der beteiligten Akteur_innen – einzelner Bauern und Bäuerinnen oder Berber_innen – noch in denen des Ortes – des Tanzortes oder des Camps – selbst gesucht, sondern in den dahinter liegenden gesellschaftlichen Prozessen. Anstatt also Stadt oder physischen Raum positiv zu fassen, fragt Bourdieu in beiden Fällen danach, wie und warum diese in gesellschaftlichen Prozessen hergestellt werden, wie also soziale Differenzen in räumliche Differenzen[2] transformiert und damit objektiviert und stabilisiert werden (vgl. Kemper/Vogelpohl 2013: 18).

Ich möchte dieses relationale Denken in mehreren Ebenen auf die Diskussion aktueller städtischer Entwicklungen übertragen, die nicht nur in Deutschland durch zunehmende Segregation und Polarisierungen entlang sozio-ökonomischer und kultureller Differenzierungslinien gekennzeichnet sind. Diese haben vor allem in den prosperierenden Städten nochmals an Dynamik zugelegt (vgl. Holm 2015). Das Soziale im städtischen Raum verortet sich jedoch nicht nur im *Wohnen* selbst und damit im quantitativ und qualitativ ungleichen Wohnraum, der unmittelbaren physischen Nachbarschaft mit – erwünschten und unerwünschten – Gütern und Dienstleistungen sowie in Umweltbelastungen oder Lärmemissionen im Quartier. Die klassisch politische Frage, wem die Stadt gehöre, bezieht sich auf Vieles mehr: auf die Gestaltung, Aneignungschance und Besetzung verschiedener Orte im Stadtgefüge durch verschiedene soziale Gruppen und Akteur_innen, womit sowohl Rückzugsorte als auch öffentliche Plätze für Selbstdarstellungen und Fremdwahrnehmungen gemeint sein können.[3] Entsprechend stellt Doreen Massey – in durchaus politischer Absicht – den Beschreibungen von Raum und Ort als objektive Gegebenheiten oder gleichmässigen Fläche die Konzeption als ‚throwntogetherness‘ als ‚coming together of trajectories‘

gegenüber. Damit trägt sie den Vielschichtigkeiten und der Perspektivität von Räumen und Orten Rechnung und verweist gleichzeitig auf die daraus hervorgehende und prinzipiell notwendigen sozialen Aushandlungsprozesse (vgl. 2005: 141).[4]

In vielen aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen lassen sich hingegen Versuche ausmachen, diese ‚trajectories‘ von Orten und Räumen – zugunsten von entdifferenzierenden, objektivierenden und (re)territorialisierenden Raumkonstitutionen – auszublenden. Dies findet zum einen ganz manifest und seit mehreren Jahrzehnten im physischen Stadtraum statt, wo offenbar ein Bedürfnis nach Distanz zu „unerwünschten Personen und Sachen“ (Bourdieu 2005: 121) zunimmt, was vor allem heisst, diese im eigenen Alltag unsichtbar zu machen. Beispiele hierfür sind Platzverweise randständiger Personen von innerstädtischen öffentlichen Orten oder die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften an der urbanen Peripherie. Die marktvermittelten und damit kapitalbasierten Zugänge zu Wohnstandorten in privilegierten Lagen sind dabei nur eine Strategie, der räumlichen Nähe und damit der Sichtbarkeit der Anderen auszuweichen. Neben dieser physischen und sozialen Distanznahme (Bourdieu 2005: 118f.) spielt die *Zugänglichkeit* von Orten und damit deren städtische Relationalität, also die Beziehung zwischen Wohnort und anderen städtischen Orten, eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Verkehrs- und Mobilitätsstrukturen zentral: Fehlende öffentliche Verkehrsverbindungen begrenzen Zugänge auf diejenigen, die entweder in räumlicher Nähe sind oder über private automobilen Ressourcen verfügen. Auf die grundsätzliche Bewegung des Sozialen verweisen beispielsweise John Urry und andere Vertreter_innen des ‚mobilities paradigm‘ (vgl. Sheller/Urry 2006, Urry 2007, Elliot/Urry 2010.). Die Fähigkeit, mobil zu sein, sich also im Stadtraum zu bewegen können, erweist sich dabei als höchst voraussetzungsvoll und basiert auf Verkehrswegen und -mitteln, verschiedenen persönlichen Kompetenzen und Ressourcen (vgl. Urry 2007: 196ff.). Die *physische Komponente* der relationalen Einbettung von Orten, das heisst das schiere Vorhandensein von Verkehrsmitteln und -wegen, ist ebenfalls grundsätzlicher Gegenstand sozialpolitischer Aushandlungen und hat sich – so zeigt beispielsweise die materialreiche Studie von Stephen Graham und Simon Marvin (2001) – in den letzten Jahrzehnten tendenziell zuungunsten von schwächeren sozialen Gruppen verschoben. Das *infrastructural ideal* der verkehrstechnischen und infrastrukturellen Erschließung und Anbindung peripherer Räume kann als Ausdruck eines sozial-räumlichen Ausgleichsideals der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts interpretiert werden. In Deutschland findet sich dieses Ideal im raumplanerischen Leitbild der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ (Barlösius 2006, Gatzweiler/Strubelt 2006), das weitgehend der Logik des Ideals der Chancengleichheit in der Bildungspolitik folgt. In der Zwischenzeit haben jedoch neoliberale Privatisierungen und Sparpolitiken sowie die Konzentration auf prosperierende Orte das relationale Stadtgefüge in physisch-infrastruktureller Hinsicht weiter polarisiert (vgl. u. a. Siebel 2013: 247). Gerade im Zusammenspiel mit steigenden Mietpreisen in zentralen, gut angebundenen Lagen verschärfen diese Politiken die gesellschaftliche Ungleichheitsrelevanz von Raum und Mobilität (vgl. Manderscheid 2009; 2016, Lucas 2011, Rokem/Vaughan 2017).

Darüber hinaus – und dies ist ein weiteres Element dessen, was Urry „network capital“ (2007: 194ff.) nennt – setzt Mobilität als Möglichkeit voraus, dass es überhaupt Orte gibt, die man aufsuchen kann und will. Diese Orte außerhalb der Wohnung beziehungsweise des unmittelbaren Umfeldes können als Elemente differenter und ungleicher Raumkonstitutionen angesehen werden, die sich in der Stadt typischerweise überlagern und überschneiden. Wie beispielsweise eine immer noch aktuelle Arbeit von Detlef Baum (1998) zu den Effekten residentieller Segregation auf die Sozialisation von sozio-ökonomisch benachteiligten Jugendlichen zeigt, geht es nicht nur um physische, sondern auch um symbolische Zugänglichkeiten. Baum zeigt, dass die beobachteten Jugendlichen zentrale städtische Orte häufig soziokulturell beziehungsweise symbolisch als ‚unzugänglich‘ erlebten. Diese Unzugänglichkeiten lassen sich aber auch für andere gesellschaftliche Gruppen beobachten, wie beispielsweise eine Untersuchung zweier sozialstrukturell verschiedenen Quartiere in Süddeutschland zeigt (vgl. Manderscheid 2006). Orte im Raum werden also nicht nur physisch von Bewohner_innen und deren Wohnungen besetzt, vielmehr können sie über verfügbares Kapital auch symbolisch besetzt werden und Anderen ein „Gefühl des Fremd- und Ausgeschlossenenseins“ (Bourdieu 2005:122) vermitteln, und zwar über das Zusammenspiel von räumlichen Strukturen und Habitus. Diese symbolische Ausgrenzung wird gerade an zentralen städtischen Orten durch die seit den 1990er-Jahren in der Stadtsoziologie viel diskutierten innerstädtischen sicherheits- und ordnungspolitischen Maßnahmen oder die Überwachung öffentlicher Räume noch weiter unterstützt, die unter anderem mit Platzverweisen von randständigen Personen das urbane Erleben störungsfrei machen wollen (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999, Ronneberger 2000, Wehrheim 2002).

Die Beispiele zeigen, dass die Betonung der mehrschichtigen Relationalität von Orten im physischen und im sozialen Raum den Blick auf sich verstärkende und ausgleichende Zusammenspiele schärft. Während das Wechselverhältnis zwischen sozialen und physischen Strukturen für die eher kapitalschwachen Akteur_innen zu Ausschlüssen führen kann, kann beispielsweise eine Wohnung in einem ‚Problemstadtteil‘ für einen Studenten oder eine Doktorandin primär die Chance auf günstiges Wohnen bedeuten. Möglichen Zumutungen des Quartiers können sich diese entziehen, da zentrale städtische Orte ihnen sozial und räumlich zugänglich bleiben. Während im ersten Fall Raum und Ort eher in Form von Territorien erfahrbar sein dürften, handelt es sich im zweiten Fall um netzwerkartige Raumtopologien. Sinn, Funktion und Entwicklungsdynamik der Polarisierung des städtischen Wohnungsmarktes ergeben sich dabei nicht aus sich selbst. Ihre sozialstrukturierende Relevanz kann, so habe ich zu zeigen versucht, erst im Zusammenspiel mit Wohnungs- und Verkehrspolitik, städtischer Sozial- und Kulturpolitik sowie individuellen Ressourcen einerseits und vor dem Hintergrund übergeordneter wirtschaftspolitischer Entwicklungen andererseits erschlossen werden.[5] Diese mehrschichtigen dynamischen Wechselverhältnisse werden jedoch gerade dann verdeckt, wenn Städte auf territoriale Entitäten, in denen Individuen mittels ihrer Wohnung verortet sind, reduziert werden. Das Gleiche gilt für die These, Städte als Entitäten strukturierten den Habitus ‚ihrer‘ Bewohner_innen – eine These, die von sozial differenten relationalen Raumkonstitutionen abstrahiert.

Ein weiteres Feld, für das eine solche Perspektive fruchtbar wäre, sehe ich im aktuellen Trend der Re-Nationalisierung und Re-Territorialisierung von Politik, die sich in der Beschwörung nationaler Gemeinwesen, der Wiedererrichtung beziehungsweise Befestigung territorialer Grenzen sowie der Weigerung, Migrant_innen als konstitutiven und prinzipiell gleichberechtigten Teil von städtischen Orten und gesellschaftlichen Räumen zu sehen. Mehrfache, sich überlagernde Zugehörigkeiten und transnationale Identitäten werden zunehmend als Bedrohung verstanden und diskursiv in scheinbar eindeutige Kategorien von ‚Gastland‘ und ‚Heimat‘ aufgelöst. Die Zumutung der räumlichen Nähe des sozial Fernen erscheint dann als vorübergehende Ausnahme. In diesem Umgang könnte also – so meine weiter zu prüfende Annahme – eine, worin auch immer begründete, Weigerung gesehen werden, diese Menschen als Teil der städtischen *throwntogetherness* zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren. Stattdessen werden Menschen, Praktiken und Dinge differenziert, hierarchisiert und entlang der Dichotomie zwischen Eigenem und Fremdem sortiert. Das Bourdieusche Denken in Relationen verweigert sich jedoch dieser substantialistischen Sicht und arbeitet stattdessen die wechselseitige Konstitutionen und Bezugnahmen sowie die darin enthaltenen dynamischen Machtverhältnisse heraus.

Endnoten

- [1] In den – hier nur angedeuteten – Effekten können auch Ansatzpunkte für das Verständnis aktueller Dynamiken des Geschlechterverhältnisses innerhalb muslimischer Migrant_innen-Communities gefunden werden.
- [2] Doreen Massey verweist zusätzlich auf die Übersetzung sozialer in zeitliche Differenzen, wenn beispielsweise zwischen ‚modern‘ und ‚rückständig‘ unterschieden wird (vgl. Massey 2005).
- [3] Davon unbesehen beschränkten sich die Lebenswelten und Praktiken der Akteur_innen natürlich nicht notwendigerweise auf das Stadtterritorium.
- [4] In einer ähnlich relationalen Sicht beschreiben Kemper und Vogelpohl Orte als „dynamische, umkämpfte und veränderbare Prozesse“ (2013: 22).
- [5] Extreme Formen von Mobilitätsungleichheiten haben Kolleg_innen beispielsweise für sozial und räumlich stark polarisierte Städte Südamerikas herausgearbeitet, in denen die arme Bevölkerung häufig nur zum Preis langer aufwändiger räumlicher Mobilität mit kollektiven Verkehrsmitteln die Teilhabe am Arbeitsmarkt aufrecht erhalten kann (vgl. Jiron, 2007, Ureta, 2008). Die Benachteiligung hat ihre Ursache also nicht (einzig) im Wohnort und der geografischen Distanz, sondern auch in den übergeordneten Strukturen von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Verkehrspolitik.

Autor_innen

Katharina Manderscheid ist Soziologin mit den Forschungsschwerpunkten sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung, Stadtsoziologie, soziale Ungleichheit sowie Methoden der empirischen Sozialforschung.

katharina.manderscheid@unilu.ch

Literatur

- Barlösius, Eva (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 37, 16-23.
- Baum, Detlef (1998): Armut durch die Stadt oder Urbanisierung der Armut. Städtische Jugend im sozialen Brennpunkt – Bedingungen und Folgen räumlicher und sozialer Integration in einem städtischen Kontext. In: Jürgen Mansel / Klaus-Peter Brinkhoff (Hg.), *Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und die psychosozialen Folgen*. München: Weinheim, 60-75.
- Berking, Helmuth / Löw, Martina (2008): *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bockrath, Franz. (2008): Städtischer Habitus – Habitus der Stadt. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a. M.: Campus, 55-82.
- Bourdieu, Pierre (1962): Célibat et condition paysanne. In: *Études rurales*, 5/6, 32-135.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1996): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2005): Ortseffekte. In Pierre Bourdieu (Hg.), *Das Elend der Welt*. Konstanz: UVK Verlags-Gesellschaft, 117-123.
- Bourdieu, Pierre / Sayad, A Abdelmalek (1964). *Le déracinement: la crise de l'agriculture traditionnelle en Algérie* (Bd. 14). Paris: Editions de Minuit.
- Dirksmeier, Peter (2015). *Urbanität als Habitus: zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Dünne, Jörg / Günzel, Stephan (2006): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elliot, Anthony & Urry, John (2010): *Mobile Lives*. Fanham, Burlington: Routledge.
- Gatzweiler, Hans-Peter / Strubelt, Wendelin (2006): Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse? In: *Informationen zur Raumentwicklung* 6/7, I-II.
- Gestring, Norbert (2011): Habitus, Handeln, Stadt - Eine soziologische Kritik der „Eigenlogik der Städte“. In: Jan Kemper / Anne Vogelpohl (Hg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 40-53.
- Graham, Steven / Marvin, Simon (2001): *Splintering Urbanism. Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition*. London/New York: Routledge.
- Holm, Andreas (2015): *Die Restrukturierung des Raumes: Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse*. Bielefeld: transcript.
- Jiron, Paula M. (2007): Unravelling invisible inequalities in the city through urban daily mobility. The case of Santiago de Chile. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 33/1, 45-68.
- Kemper, Jan / Vogelpohl, Anne (2013): Zur Konzeption kritischer Stadtforschung. Ansätze jenseits einer Eigenlogik der Städte. In: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/1, 7-30.
- Läpple, Dieter (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftliches Raumkonzept. In: Hartmut Häußermann / Detlev Ipsen / Thomas Krämer-Badoni (Hg.), *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler: Centaurus, 157-207.
- Lenger, Alexander / Rieder, Tobias / Schneickert, Christian (2014): Theoriepräferenzen von Soziologiestudierenden. Welche Autor*innen Soziologiestudierende tatsächlich lesen. In: *Soziologie*, 43/4, 450-467.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lucas, Karen (2011): Transport and social exclusion: where are we now? In: John Urry / Margaret Grieco (Hg.), *Mobilities: New Perspectives on Transport and Society*. Fanham/ Burlington: Ashgate, 207-222.
- Manderscheid, Katharina (2006): Sozial-räumliche Grenzgebiete: unsichtbare Zäune und gegenkulturelle Räume. Eine empirische Exploration der räumlichen Dimension sozialer Ungleichheit. In: *Sozialer Sinn* 7/2, 273-299.
- Manderscheid, Katharina (2008): Pierre Bourdieu – Ein ungleichheitstheoretischer Zugang zur Sozialraumanalyse. In: Fabian Kessel / Christian Reutlinger (Hg.), *Schlüsselwerke der Sozialraumforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 155-171.

- Manderscheid, Katharina (2009): Unequal mobilities. In: Timo Ohnmacht / Hanja Maksim / Manfred M. Bergman (Hg.), *Mobilities and Inequality*. Aldershot: Ashgate, 27-50 .
- Manderscheid, Katharina (2016): Mobile Ungleichheiten. Eine sozial- und infrastrukturelle Differenzierung des Mobilitätstheorems. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 41/1, 71-96.
- Massey, Doreen (2005): *For Space*. London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- Richter, Rudolf (1994): Der Habitus von Lebensstilen in Stadt und Land. In: Jens Dangschat / Jörg Blasius (Hg.), *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*. Wiesbaden: Springer, 355-365.
- Rokem, Jonathan / Vaughan, Laura (2017): Segregation, mobility and encounters in Jerusalem: The role of public transport infrastructure in connecting the 'divided city'. In: *Urban Studies (online first)*.
- Ronneberger, Klaus (2000): Die neofeudale Erlebnisstadt. In: Michael Häupl / Kilian Franer (Hg.), *Das Neue und die Stadt. Urbane Identitäten*. Wien: Promedia, 117-137.
- Ronneberger, Klaus / Lanz, Stephan / Jahn, Walther (1999): *Die Stadt als Beute*. Bonn: Dietz.
- Sheller, Mimi / Urry, John (2006): The new mobilities paradigm. In: *Environment and Planning A* 38/2, 207-226.
- Siebel, Walter (2013): Stadt, Ungleichheit und Diversität. In: *Leviathan* 41/2, 238-263.
- Ureta, Sebastian (2008): To move or not to move? Social exclusion, accessibility and daily mobility among the low income population in Santiago, Chile. In: *Mobilities* 3/2, 269-289.
- Urry, John (2007): *Mobilities*. Cambridge: Polity.
- Wacquant, Loic (2017): Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1/2, 173-196.
- Wehrheim, Jan (2002): *Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*. Opladen: Leske+Budrich.

Post-urbanisierte Städte in globaler Perspektive

Kommentar zu Loïc Wacquants „Mit Bourdieu in die Stadt“

Christoph Haferburg

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 205-214
zeitschrift-suburban.de

Loïc Wacquant
,Mit Bourdieu in die Stadt:
Relevanz, Prinzipien,
Anwendungen‘

Kommentare von:
Katharina Manderscheid,
Christoph Haferburg, Lars
Meier, Boike Rehbein

Replik von:
Loïc Wacquant
(erscheint in Heft 3/2017)

Die Notwendigkeit einer gesellschaftstheoretischen Rückbindung der Stadtforschung kommt in der gegenwärtigen Grundsatzdiskussion über den Stadtbegriff (Netzwerk? Flüsse/Ströme? Räumliche Fixierungen/Barrieren/Territorien?) beziehungsweise über die Fragen nach dessen regionaler Reichweite (Stadt-Land-Dichotomie? Methodischer Nationalismus?) und nach dessen empirischer Basis (Politischer Westen beziehungsweise Ökonomischer Norden oder Globaler Süden? Provinzialisierung oder Planetarisierung?) deutlich zum Ausdruck (vgl. Robinson 2002; 2006, Roy 2009, McFarlane 2010, Savage 2011, Brenner/Schmid 2014 und Scott/Storper 2014). Beantworten lassen sich die hier aufgeworfenen Fragen nur, wenn diskutiert wird, welcher Art die Wechselwirkung zwischen Stadt und Gesellschaft ist. Das setzt nicht nur voraus, dass zur Frage danach, was mit ‚Stadt‘ gemeint ist, Stellung bezogen wird, sondern auch zum Verständnis und zur Reichweite des Gesellschaftsbegriffs.

Es verwundert somit nicht, dass – aufgrund des Bedarfs an gesellschaftstheoretischer Rahmung – inzwischen auch in der Stadtforschung eine Art Kanonisierung Bourdieus beobachtet werden kann[1]; vergleichbar mit derjenigen, die sich spätestens seit den 1990er-Jahren in der Soziologie vollzogen hat[2]. Allerdings ist die Auseinandersetzung mit und das Verständnis von Bourdieus Werk im stadtbezogenen Forschungsfeld fragmentiert. Das mag teilweise an der Interdisziplinarität und Multiperspektivität des Feldes selbst liegen, teilweise aber auch daran, dass theoriegeleitete Forschung hier weniger selbstverständlich ist als in stärker disziplinär formatierten Sozialwissenschaften.

Insofern ist Loïc Wacquants dezidierte und detaillierte Auseinandersetzung mit den Chancen und Problemen, die in einer Stadtforschung im Anschluss an Bourdieu liegen, zu begrüßen. Hiermit ist die Möglichkeit gegeben, Teildebatten – beispielsweise die Tagung 2012 in York, die Wacquant als einen Ausgangspunkt seines Beitrags benennt – zu öffnen und diese in der internationalen Arena der Stadtforschung stärker sichtbar zu machen. Außerdem können diese so auch stärker mit anderen Ansätzen der von Bourdieu inspirierten Stadtforschung in Beziehung gesetzt werden, etwa mithilfe des vorliegenden Diskussionsformats in der s u b \ u r b a n . Idealerweise wird

also eine Öffnung der Auseinandersetzung bei gleichzeitiger Vertiefung der Argumente angeregt.

Vor diesem Hintergrund kann die von Wacquant identifizierte stadtbezogene Basis des Bourdieuschen Theorieentwurfs (vgl. Wacquant 2017: 180) als Ausgangspunkt und Anregung begriffen werden, die eine weitergehende praxistheoretisch informierte Diskussion ‚urbaner Fragen‘ ermöglicht. Im vorliegenden Beitrag werden diese Hinweise zunächst kommentierend aufgegriffen und hinsichtlich ihres Innovations- und Erklärungspotentials diskutiert. Im Sinne einer Weiterführung der Argumentation wird darüber hinaus versuchsweise eine Heuristik einer posturbanisierten, praxistheoretisch inspirierten Stadtforschung skizziert. Diese speist sich zum Teil aus einem systematisierenden Überblick entsprechender deutschsprachiger Ansätze (vgl. Deffner/Haferburg 2012), der anschließend vorgestellt wird. Schließlich wird auf die fehlende Berücksichtigung einer postkolonial informierten Kritik verwiesen, wobei gezeigt wird, dass Bourdieus Argumentation hier bereits reflektierter ist als viele spätere Adaptionen.

Weshalb erscheint dies als gewinnbringend? Sicher nicht, weil sich die Rezipient_innen von Bourdieus Texten damit ein weiteres Forschungsfeld erschließen – die Proliferation praxistheoretischer Perspektiven ist derzeit ohnehin ein ‚Selbstläufer‘. Von der Stadtforschung her gedacht, können die gesellschaftstheoretischen Begriffe und Einsichten, die Bourdieu formuliert, aber sehr wohl weiterführende forschungsleitende Hinweise geben: Erstens wären Phänomene wie Stadt und Urbanität in ihrer Rolle als zeitgebundene Referenzen von sozioökonomischen Verhältnissen beziehungsweise von kulturellen, lebensstilbildenden Praktiken zu verstehen. Zweitens sollte konzeptionell und empirisch eruiert werden, wie sie in ihrer Artikulation als relationaler beziehungsweise als „angeeigneter physischer Raum“ (Bourdieu 1991) im Zusammenhang mit sich transformierenden Sozialitäten systematisch ‚Gesellschaft‘ produzierend wirksam werden. Schließlich könnten Bourdieus Überlegungen aus methodologischer Perspektive als raumsensible Zugänge zur Spurensuche in beziehungsweise zur Dechiffrierung von ‚urbanen‘ Kontexten zum Tragen kommen. Wacquant verweist auf all diese Möglichkeiten, sortiert und gewichtet sie aber anders, wie etwa in der unidirektional erscheinenden Formel, die von Macht über Strukturen zur Praxis führt (vgl. Wacquant 2017: 181).

Die wahre verlorene Stadtsoziologie Bourdieus...

Wacquants Text ist erkennbar von dem Bemühen motiviert, verkürzte beziehungsweise unzureichende Lesarten Bourdieus in der Stadtforschung zurechtzurücken. Dieses Anliegen wird in drei Schritten bearbeitet: erstens mit einem Rückbezug auf Bourdieus frühe empirische Studien in Algerien und im Béarn; zweitens mit einer ‚archäologisch‘ anmutenden Offenlegung von vier verschiedenen theoretischen Referenzen der Bourdieuschen Forschungspraxis; und drittens mit der Warnung vor drei Fallstricken bei der Anwendung Bourdieuscher Konzepte.

Innovativ sind – im Zusammenhang mit der Stadtforschung – aus meiner Sicht vor allem die ersten beiden Schritte. Der Verweis auf die frühen Studien Bourdieus lässt sehr deutlich die Urbanisierung als eine sowohl in

Algerien als auch in Frankreich wirksame gesellschaftliche Transformation erkennbar werden. Sie erzeugt nicht nur Ungleichzeitigkeiten des Alltags beziehungsweise der Zeitregime (vgl. Wacquant 2017: 180, Bridge 2011: 77f), sondern auch Brüche in den sozialen Raumkonfigurationen. Wacquants stärkstes Beispiel hierfür sind die quasi-urbanen (Flüchtlings-)Camps, die Bourdieu und Sayad beispielsweise in *Le Déracinement* (1964) sezieren. Dadurch werden Machtverhältnisse deutlich, die durch Raumstrategien vermittelt werden. Indem Wacquant darlegt, wie stark die Analyse der gesellschaftlichen Modernisierung – sowohl des kolonialen als auch des metropolitanen Frankreichs – bereits bei Bourdieu mit der Dynamik der Verstädterung verschränkt war, wobei letztere stets eine Komponente der *räumlichen* Migration *und* eine des *sozialen* Wandels beinhaltet, wird ersichtlich, wie sehr Bourdieus Soziologie von Beginn an auch eine Soziologie des Raums beziehungsweise der Urbanisierung ist: Die ‚Stadt‘ als Bezugspunkt der Entwurzelung beziehungsweise der Erneuerung wird somit auch auf ‚Distanz‘ im ländlichen Raum in allen Lebensbereichen wirksam. In den damit verbundenen Raumpraktiken artikulieren sich dementsprechend die jeweiligen gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Diesen Befund spitzt Wacquant zu dem Statement zu, hierin läge die „wahre, unbeachtete Stadtsoziologie Bourdieus“ (Wacquant 2017: 181) – eine These, die sich dezidiert von Savages (2011) entsprechend betitelt Beitrag abgrenzt.[3] Im Verlauf von Wacquants weiteren Ausführungen wird diese Zuspitzung zwar relativiert, dennoch führt sie die Leser_innen meines Erachtens leicht in die Irre, da sie Bourdieus Bedeutung für die Stadtforschung zu exklusiv in dessen Frühwerk verortet.

...sollte (mit Bourdieu) aktuell verortet, empirisch übersetzt und kohärenter konzipiert werden.

Es ist zutreffend, dass bereits Bourdieus frühe Arbeiten in der Kabylei und im Béarn in hohem Maße raumsensibel sind. Ich würde summarisch von einem ‚Ringens Bourdieus mit dem Raum‘ sprechen – auch das ist ein Kampfsport –, welches aber ohne zwei weitere gedankliche Schritte nicht hinreichend nachvollzogen werden kann (vgl. sowohl Savage 2011 als auch Hanquinet/Savage/Callier 2012): erstens seine doppelte Abgrenzung sowohl vom Geodeterminismus etwa den Community Studies (vgl. Hanquinet/Savage/Callier 2012: 512) als auch von vermeintlichen Alltagsgewissheiten wie etwa der profanen Gleichsetzung von sozialer und räumlicher Nähe. Diese Distanzierungen kommen insbesondere in der bewusst abstrahierenden Darstellung von Forschungsergebnissen, etwa in den *Feinen Unterschieden*, zum Ausdruck, die Wacquant unter dem Stichwort des ‚Bachelard’schen Moments‘ im Verlauf der weiteren Argumentation ebenfalls anspricht (Wacquant 2017: 182f). Der zweite Schritt besteht in Bourdieus späterem expliziten Inbeziehungsetzen von Sozial- und Raumanalyse (inklusive ihrer symbolischen Dimension), wie sie zum Beispiel in den ‚Ortseffekten‘ (Bourdieu 1997) entwickelt wird – auch dieses wird von Wacquant im Sinne einer von Leibniz und Durkheim inspirierten Trialektik[4] aufgegriffen. Eine solche Komplettierung, die von Wacquant selbst im Abstract seines Beitrags ähnlich formuliert wird, die sich in seinen weiteren Ausführungen aber etwas verliert, wäre für eine aktuelle (post-urbanisierte) Stadtforschung mit Bourdieu meines Erachtens besonders relevant.

An dieser Stelle könnte somit der Vorschlag formuliert werden, mittels einer gleichrangigen Einbeziehung erstens des globalen Wandels in Form der gegenwärtigen (Post-)Urbanisierung (entsprechend des späteren Hinweises auf die geschichtliche Produziertheit der sozialen Welt); zweitens der Dechiffrierung alltagsweltlicher Regionalisierungspraktiken (vgl. Bachelard, auch Werlen 2007); und drittens der konzeptionellen Rekonstruktion einer gesellschaftlich verwobenen sozial-symbolischen Räumlichkeit (im Sinne der oben genannten Trialektik als einer Perspektive, die ‚Stadt‘ *auch* als gebauten Raum begreift) die praxeologische Stadtforschung auf drei Säulen zu stellen. Eine solche ‚Rekomposition‘ einiger der von Wacquant genannten Elemente würde sowohl historische Kontextualität, empirische Umsetzbarkeit und gesellschaftstheoretische Rahmung berücksichtigen, und damit letztlich eine ‚post-urbanisierte Perspektive‘ ermöglichen. Damit ist eine gesellschaftstheoretisch informierte Perspektive gemeint, die städtische Phänomene weder – wie etwa beim frühen Bourdieu, bei Lefebvre und anderen Autor_innen der 1960er- und 1970er-Jahre – in erster Linie als Ausdruck einer kapitalistischen, entfremdenden Modernisierung interpretiert, noch sie vor allem an Beispielen schnell wachsender Städte (vorzugsweise im Globalen Süden) festmacht. Stattdessen wäre sie sensibel für all die aktuellen Praktiken, die in ‚bestehenden‘, ‚vorgefundenen‘ urbanen Arrangements und ‚Zwischenräumen‘ sowohl repliziert werden als auch neu entstehen – ohne die Einschränkungen zu übersehen, die strukturell gegeben sind.

Wenn Wacquant demgegenüber die *Urbanisierung* als konzeptionelle Rückbindung zentral setzt, ist damit noch nichts Wesentliches über die Stadt als spezifisches räumlich-soziales Phänomen beziehungsweise Produkt gesagt. Das ließe sich zwar gut mit der von Brenner und Schmid (2014) propagierten Loslösung vom Stadtbegriff verbinden, nicht jedoch mit Wacquants durchgängigem Festhalten am Konzept der ‚Stadt‘. Bourdieu wiederum thematisiert – wie von Wacquant zu Recht herausgestellt – bereits während seiner frühen Forschungen die im Prozess der Verstädterung angelegten sozialen ‚Zumutungen‘. Sein Interesse gilt aber anfangs weder der innerstädtischen Artikulation dieses Prozesses noch einer konzeptionellen Rahmung der Stadt selbst; etwa im Sinne eines Produkts ökonomischer Austauschprozesse. Bourdieu thematisiert allerdings später auch städtische Konfigurationen im engeren Sinne: zuerst implizit und ansatzweise in den *Feinen Unterschieden* (1982 [1979]), dann explizit im *Elend der Welt* (1997 [1993]), vor allem im darin enthaltenen Text „Ortseffekte“. Die sozialen Effekte des Immobilienmarkts werden schließlich in *Der Einzige und sein Eigenheim* (frz. 2000/dt. 1998) analysiert. Und obwohl auch diese Texte ohne eine Gesamtbetrachtung von ‚Stadt‘ oder Urbanität auskommen, geben sie doch grundlegende Hinweise zur Stadtforschung, die über die transformatorische Bedeutung des Urbanisierungsprozesses hinausgehen. Insbesondere die relationale Konzeption des Feldbegriffs und aller Dimensionen von Räumlichkeit wären als Stichworte zu nennen; sowie die Betonung der Körperlichkeit von Subjekten und Objekten, und der daher postulierten Trägheit der sozialen Dynamik. In der mit dieser Trägheit einhergehenden Idee des Hysteresis-Effekts[5] könnte im Übrigen eine konzeptionelle Schnittstelle angelegt sein, die bisher wenig aufgegriffen wurde, die aber die Bedeutung von Materialität beziehungsweise von räumlichen Arrangements für soziale

Dynamiken erhellen könnte (vgl. auch Bourdieu 1997: 161). Das Aufspüren der ‚verlorenen Stadtsoziologie Bourdieus‘ wäre daher meines Erachtens ohne eine Berücksichtigung dieser weiteren gedanklichen Annäherungen an eine ‚soziale Räumlichkeit‘ ebenso unvollständig wie ohne die von Wacquant hervorgehobene soziologische Bedeutung der Urbanisierung.

Prinzipielle Fallstricke

Auch das zweite Element der Wacquant’schen Darstellung – das Aufzeigen von vier epistemologischen Inspirationen – sollte von der von Bourdieu informierten Stadtforschung zur Kenntnis genommen werden. Die vier besprochenen Referenzen erweitern bestehende Lesarten und sind insbesondere in der vorliegenden Pointierung sehr anregend. Wacquant verweist hier erstens auf das – bereits angesprochene – Hinterfragen vorgefertigter (Alltags-)Kategorien, das er als ‚Bachelard’schen Bruch‘ mit dem ‚gesunden Menschenverstand‘ bezeichnet. Zweitens verdeutlicht er die geschichtliche Produziertheit der sozialen Welt nach Weber, wodurch Machtverhältnisse als Momentaufnahmen gesellschaftlicher Kämpfe erscheinen. Drittens ruft er die von Leibniz und Durkheim inspirierte Trialektik von symbolischem, sozialem und physischem Raum ins Bewusstsein. Schließlich verweist er viertens auf die Cassirer’sche Dialektik subjektiver Dispositionen und objektiver Positionen (2017: 182ff.).

Mit den in diesen erkenntnistheoretischen Bezügen angelegten Forschungshinweisen lässt sich Bourdieus praxistheoretisches Vorgehen nicht nur besser nachvollziehen, sondern auch auf aktuelle Forschungsfragen anwenden. Allerdings erschließt sich den Leser_innen aus diesem Strauß von Ideen noch keine methodologische Kohärenz in Bezug auf die Stadtforschung. Es wäre deshalb konsequenter, diese Vignetten mit den zuvor entwickelten Gedanken zur Urbanisierung zu verbinden, wie versuchsweise in Form der drei Säulen skizziert, auf denen eine entsprechende Stadtforschung dann aufsetzen könnte. In jedem Fall würde ich mir eine argumentative Klammer wünschen, die den Strauß zusammenbindet.

Das Gleiche gilt für die drei Fallstricke, die Wacquant (2017: 185f.) ausweist, also die Warnung vor der Fetischisierung der Bourdieu’schen Begriffe, vor der sinnentleerten Übernahme einzelner Begriffe und vor dem überambitionierten Anspruch, Bourdieus Konzepte en bloc zu verwenden. Vor allem der letzte Punkt, der als Aufforderung konkretisiert wird, sich einzelner Versatzstücke (wie aus einem Werkzeugkasten) zu bedienen, erscheint mir etwas widersprüchlich zum vorher Gesagten. Auch wenn – oder vielleicht weil – man sich den einzelnen Warnungen für sich genommen gut anschließen kann, scheinen zumindest die ersten beiden im Prinzip auch auf die Mehrzahl aller gesellschaftstheoretischen Ansätze zuzutreffen. Insofern fügen sie dem hier diskutierten Text – im Gegensatz zu den bisher besprochenen Elementen – keinen erkennbaren Mehrwert hinzu.

Welche Wege in welche Stadt?

Von welchen gedanklichen Pfaden würde man sich – über die bisher diskutierten Wege hinaus – noch wünschen, dass sie von an Bourdieu interessierten Stadtforscher_innen beschritten werden? Im Sinne einer Selbstreflexion

beziehungsweise eines Nachdenkens über die Bedingungen der Erkenntnis wäre zunächst der Versuch interessant, eine ‚Kartierung‘ der bereits existierenden Stadtforschung mit Bourdieu vorzunehmen. Auch die ‚Fehl-adaptionen‘, vor denen Wacquant warnt, könnten dann genauer diskutiert werden: Mit einer konkreten Kritik ließen sich etwa seine relativ allgemeinen Warnhinweise untermauern beziehungsweise erweitern. Wacquant nimmt Bourdieu zwar mit in die Stadt, aber er setzt sich im vorliegenden Text nur wenig mit anderen Wegen auseinander, auf denen Bourdieu dort bereits angelangt ist. Obgleich er viele davon benennt (vgl. Wacquant 2017: 174), bleibt vor allem offen, ob sich aus den bestehenden Zugängen nicht eine ‚Routenübersicht‘ erstellen ließe. Deren Interpretation wiederum könnte nicht nur etwas über die – vielleicht gar nicht so verlorene – Stadtsoziologie Bourdieus sagen, sondern auch über Stadtforschungsdesiderata und somit im Endeffekt auch über das Städtische selbst, so wie es sich gegenwärtig darstellt.

Eine solche systematisierende Bestandsaufnahme für den deutschsprachigen Kontext zu erstellen, wurde von Deffner und Haferburg versucht (vgl. Deffner/Haferburg 2014: 335ff, auch Deffner/Haferburg 2012). In der von Bourdieu inspirierten Stadtforschung könnten ihnen zufolge vier Forschungsinteressen unterschieden werden: erstens, die Stadt als Bühne der *Selbstinszenierung* zu verstehen, was sowohl die kulturelle Konsumption als auch Produktion umfassen könne (vgl. etwa Helbrecht/Pohl 1995, Pohl 2003). Zweitens, ‚das Städtische‘ allgemeiner als Code für einen besonderen *urbanen Konstruktionsprozess sozialer Praktiken* zu begreifen, was unter starker Bezugnahme auf den mit der Urbanisierung verbundenen Begriff der Urbanität geschähe (vgl. zum Beispiel Dirksmeier 2009). Drittens, die Rolle von raumbezogener Stigmatisierung und Diskriminierung bei der *(Re-)Produktion sozial-räumlicher Differenzen* zu entschlüsseln, inklusive der Thematisierung des Verhältnisses vom sozialem und physischem Raum (vgl. zum Beispiel Haferburg 2007, Odermatt/van Wezemaal 2007, Deffner 2010, Dörfler 2010). Und viertens, Beispielstädte als kohärente und einzigartige soziale Erzeugungssphären eines je gemeinsamen Habitus zu interpretieren, was als typische ‚Fehlanwendung‘ beziehungsweise als Begriffs-Kidnapping verstanden werden könne (vgl. zum Beispiel Lindner 2003).

Lebensstile beziehungsweise Habitus werden von allen genannten Autor_innen (mit Ausnahme von Lindner) als Prinzip verstanden, das soziale Differenzen generiert – und zum Teil auch als Ergebnis dieser Differenzen in einem abstrakten sozialen Raum (vgl. Bourdieu 1982). Die durch – und für – sie entstehenden Relationen zwischen neuen ‚urbanen‘ sozialen Positionen wären demzufolge für die Konstitution des ‚Städtischen‘ entscheidend.

Das Besondere an fast allen diesen Varianten der Stadtforschung mit Bourdieu ist, dass Stadt hier ebenfalls als sozialer, symbolischer und räumlicher Ausdruck gesellschaftlicher Relationen interpretiert wird, also im Sinne einer Trialektik (avant la lettre). Das korrespondiert mit der Bourdieu’schen Weise, topologisch zu argumentieren, die Wacquant als Ausdruck Leibniz’scher und Durkheim’scher Denkfiguren interpretiert. ‚Stadt‘ wird also einerseits – aktiver gedacht – als Konglomerat von Arenen beschrieben, in denen Lebensstile ‚symbolisch zum Einsatz‘ kommen. Andererseits wird sie – reaktiver gedacht – als Amalgam sich überlappender, gesellschaftlich produzierter (vgl. Bourdieu 1998), aufgrund des Hysteresis-Effekts wenig fluider

(Bourdieu 1997), gleichwohl nur temporär fixierter Habitate verstanden, die auch in Bezug auf spezifische Anwendungsbedingungen von Habitus wirksam werden (können) (vgl. Deffner/Haferburg 2014: 335).

An die skizzierten Möglichkeiten, Stadt nicht nur sozial, sondern auch symbolisch und als gebauten Raum zu verstehen, schließt sich zuletzt die Frage danach an, um welche Städte beziehungsweise um welche Gesellschaften es überhaupt geht (vgl. Deffner/Haferburg 2014: 340). Hier steht das vielleicht größte Fragezeichen, das Wacquants Text aufwirft: Wenn die Reichweite der Aussagen kaum thematisiert wird, besteht implizit ein universaler Geltungsanspruch. Dieser stützt sich gleichwohl – bei den von Wacquant zitierten Studien – fast nur auf ‚westliche‘ Fallbeispiele.[6] Dies reproduziert tendenziell die problematische Rollenaufteilung der Empirie zwischen Globalem Norden (Theorieentwicklung befördern) und Süden (soziale Missstände belegen). Auch die zweite Beitragssammlung, die diesem ersten IJURR-Themenheft folgen soll – in der Wacquants Beitrag in der längeren Originalfassung erschien –, und die stärker an empirischen Beispielen aus dem Globalen Süden orientiert ist als die ‚makroperspektivischen‘ und offenbar stärker theorieorientierten Artikel des vorliegenden Hefts, entkräftet dieses Unbehagen nicht (vgl. Wacquant 2017: 174). Im Gegenteil scheint die beschriebene Aufteilung die befürchtete typische Arbeitsteilung noch zu bestätigen. Dies ist umso bedauerlicher, insofern eine besondere Stärke der Theorie der Praxis gerade darin gesehen werden kann, dass diese Fragen bereits von Bourdieu selbst thematisiert wurden, was auch Wacquant an anderer Stelle herausstellt (vgl. Wacquant 2017: 181, 188). So hat Bourdieu die Anschlussfähigkeit seiner Überlegungen an gesellschaftliche Kontexte jenseits des ‚Westens‘ nicht nur mitgedacht beziehungsweise angestrebt (vgl. Bourdieu 1998: 14), sondern zur Voraussetzung seines Theorieentwurfs gemacht (vgl. Bourdieu 1976). Dieser gründete in wesentlichen Punkten auf den Ergebnissen seiner Feldforschungen in Algerien, denen Wacquant ja ebenfalls eine große Bedeutung beimisst. In diesem Punkt unterscheidet sich Bourdieu von den vielen zeitgenössischen Gesellschaftstheoretiker_innen, die ihre Modelle fast ausschließlich an westlichen Beispielen entwickeln beziehungsweise explizieren (vgl. Deffner/Haferburg 2014: 340). Das ist einer der Gründe, der ihn für eine postkolonial informierte Sozialforschung, die sich global verortet, so interessant macht.

Was nimmt man mit in die Stadt?

Wacquants Darstellung zeigt, dass die Stadtforschung von einer Auseinandersetzung mit Bourdieus Konzepten beziehungsweise von seiner relationalen, praxistheoretisch ausformulierten Perspektive auf die soziale Welt nach wie vor stark profitieren kann. Gleichzeitig wird deutlich, dass die darin angelegten Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind. Außerdem dokumentieren Wacquants Beitrag selbst, die dort angeführten Forschungsbeispiele sowie – ergänzend – die im vorliegenden Text angesprochenen Autor_innen die eindrucksvolle Vielfalt der Stadtforschung, die sich von Bourdieu inspirieren lässt. Ähnlich wie von Wacquant beschrieben und eingangs thematisiert erzeugt dies einerseits den Wunsch nach Öffnung der Debatte, einhergehend mit einer stärkeren gegenseitigen Bezugnahme.

Der vorliegende Austausch in der Zeitschrift *s u b \ u r b a n* leistet dazu bereits einen Beitrag, der aber sicher gewinnbringend auf weitere Beteiligte ausdehnbar wäre. Andererseits – und dies entspricht möglicherweise der ebenfalls oben erhofften ‚Vertiefung‘ – wäre es zu begrüßen, wenn einzelnen Zugänge konzeptionell so fortgeführt werden könnten, dass diesen ein noch stärkerer erkenntnisleitender Mehrwert zukäme. Die oben skizzierte Rekombination – die sich aus einer *aktuellen, post-urbanisierten und post-kolonial informierten Verortung* der Forschung, einer *empirischen Bezugnahme auf alltagsweltlich wirksame (Raum-)Praxis* in Verbindung mit einer *konzeptionellen Trialektik* von symbolischem, sozialem und physischem Raum ergeben könnte – ist die hier vorgeschlagene Richtung, mit Bourdieu weiterzugehen.

Endnoten

- [1] Neben den von Wacquant (2017: 182) zitierten Interpretationen von Bourdieu als theoretische Referenz der Stadt- beziehungsweise Raumforschung (vgl. Painter 2000, Cresswell 2002, Webster 2010, Fogle 2011 und Lippuner 2013) sowie den von ihm separat diskutierten Beiträgen von Rosenlund (2009) und Savage (2011) liegen als weitere einschlägige Publikationen beispielsweise Hillier/Rooksby 2002, Lévy 2003, Bridge 2011 und Deffner/Haferburg 2014 vor.
- [2] „Bourdieu's [...] Begriffe gehören in der (Kultur-)Soziologie zum festen Instrumentarium. Sie werden als automatisches Zitat verwendet [...]“ (Resch 2012: 35). Auch Wacquant wendet sich gegen ein sinnentleertes *concept dropping*, bezeichnet es sogar als einen Auslöser der in dem hier diskutierten Text zusammengefassten Überlegungen (vgl. Wacquant 2017: 174) und bezieht eine seiner ‚Warnungen‘ auf diesen Punkt.
- [3] In jenem Beitrag wird demgegenüber eine Erweiterung der Feldanalyse als konzeptioneller Ankerpunkt einer Bourdieu'schen Stadtsoziologie vorgeschlagen (vgl. Savage 2011: 516ff).
- [4] Gemeint ist die wechselseitige Beziehung zwischen symbolischem, sozialem und physischem Raum.
- [5] Der Hysteresis-Effekt bezeichnet bei Bourdieu das Trägheitsmoment des Habitus im Sinne einer verzögerten Anpassung an sozialen Wandel (vgl. Bourdieu 1982: 238f). Laut Bourdieu ergibt sich diese „Trägheit der für den sozialen Raum konstitutiven Strukturen unter anderem daraus [...], daß sie in den physischen Raum eingelagert sind und nur um den Preis zwangsläufig aufwendiger Umsetzungsarbeit verändert werden können“ (1991: 26).
- [6] Mit Ausnahme der Arbeiten von Bourdieu selbst, sowie denen in einer Fußnote genannten von Wacquant/Slater/Pereira 2014.

Autor_innen

Christoph Haferburg ist Geograph; sein Fokus liegt auf sozial/räumlichen Differenzen (u.a. beim Wohnen und Stadtverkehr), insbesondere aus praxistheoretischer Perspektive und im Globalen Süden.
sefu@gmx.net

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und „Klassen“. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Martin Wentz (Hg.), Stadt-Räume. Frankfurt a. M./New York: Campus-Verlag, 25-34.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Pierre Bourdieu / Gabrielle Balazs / Stéphane Beaud / Sylvain Broccolichi / Patrick Champagne / Rosine Christin / Remi Lenoir / Françoise Oeuvarard / Michel Pialoux / Abdelmalek Sayad / Franz Schultheis / Charles Soulié (Hg.): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: UVK, 159-167.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre / Balazs, Gabrielle / Beaud, Stéphane / Broccolichi, Sylvain / Champagne, Patrick / Christin, Rosine / Lenoir, Remi / Oeuvarard, Françoise / Pialoux, Michel / Sayad, Abdelmalek / Schultheis, Franz / Soulié, Charles (Hg.) (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre / de Saint-Martin, Monique (Hg.) (1998): Der Einzige und sein Eigenheim. Schriften zu Politik und Kultur 3. Hamburg: VSA.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian (2014): The 'urban age' in question. In: International Journal of Urban and Regional Research 38/3, 731-755.
- Bridge, Gary (2011): Pierre Bourdieu. In: Phil Hubbard / Rob Kitchin (Hg.), Key Thinkers on Space and Place. London: Sage, 2. Aufl., 76-81.
- Deffner, Veronika (2010): Habitus der Scham – die soziale Grammatik ungleicher Raumproduktion. Eine sozialgeographische Untersuchung der Alltagswelt Favela in Salvador da Bahia (Brasilien). Passauer Schriften zur Geographie 26. Passau: Selbstverlag Fach Geographie der Universität Passau.
- Deffner, Veronika / Haferburg, Christoph (2012): Raum, Stadt und Machtverhältnisse. Humangeographische Auseinandersetzungen mit Bourdieu. In: Geographische Zeitschrift 100/3, 164-180.
- Deffner, Veronika / Haferburg, Christoph (2014): Pierre Bourdieu: Habitus und Habitat als Verhältnis von Subjekt, Sozialem und Macht. In: Jürgen Oßenbrügge / Anne Vogelpohl (Hg.), Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 328-347.
- Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld: Transcript.
- Dörfler, Thomas (2010): Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989. Bielefeld: Transcript.
- Haferburg, Christoph (2007): Umbruch oder Persistenz? Sozialräumliche Differenzierungen in Kapstadt. Hamburger Beiträge zur Geographischen Forschung 6. Hamburg: Institut für Geographie.
- Hanquinet, Laurie / Savage, Mike / Callier, Louise (2012): Elaborating Bourdieu's field analysis in urban studies: cultural dynamics in Brussels. In: Urban Geography, 33/4, 508-529.
- Helbrecht, Ilse/Pohl, Jürgen(1995): Pluralisierung der Lebensstile: Neue Herausforderungen für die sozialgeographische Stadtforschung. In: Geographische Zeitschrift 83/3 und 4, 222-237.
- Hillier, Jean / Rooksby, Emma (Hg.) (2002): Habitus: A Sense of Place. Aldershot: Ashgate.
- Lévy, Jacques (2003): Capital spatial. In: Jacques Lévy / Michel Lussault (Hg.), Dictionnaire de la géographie et de l'espace des sociétés. Paris: Belin, 124-126.
- Lindner, Rolf (2003): Der Habitus der Stadt – ein kulturgeographischer Versuch. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 147/2, 46-53.
- Odermatt, André / van Wezemaal, Joris Ernest (2007): Geographische Wohnforschung. Handlungstheoretische Konzeptualisierung und empirische Umsetzung. In: Benno Werlen (Hg.), Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 17-46.
- McFarlane, Colin (2010): The comparative city: knowledge, learning, urbanism. In: International Journal of Urban and Regional Research 34/4, 725-742.
- Pohl, Thomas (2003): Lebensstile. Eine sozialgeographische Analyse in Rösrath und Köln-Nippes. Rösrath: Schriftenreihe des Geschichtsvereins Rösrath.
- Resch, Christine (2012): Schöner Wohnen: Zur Kritik von Bourdieus „feinen Unterschieden“. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Robinson, Jennifer (2002): Global and world cities: a view from off the map. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26/3, 531-554.
- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary cities: between modernity and development. Questioning Cities Series.* London: Routledge.
- Roy, Ananya (2009): The twenty- first- century metropolis: New geographies of theory. *Regional Studies* 43/6, 819-830.
- Savage, Mike (2011): The lost urban sociology of Pierre Bourdieu. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *The New Blackwell Companion to the City.* Chichester: Wiley-Blackwell, 511-520.
- Scott, Allen J. / Storper Michael (2014): The nature of cities: the scope and limits of urban theory. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39/1, 1-15.
- Wacquant, Loïc (2017): Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1/2, 173-196.
- Wacquant, Loïc / Slater, Tom / Pereira, Virgílio Borges (2014): Territorial stigmatization in action. In: *Environment and Planning A* 46/6, 1270-1280.
- Werlen, Benno (2007): *Globalisierung, Region und Regionalisierung. Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen 2.* Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Ortseffekte oder Bourdieu und die Ausrufung des Ghettos

Kommentar zu Loïc Wacquants „Mit Bourdieu in die Stadt“

Lars Meier

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 215-220
zeitschrift-suburban.de

Loïc Wacquant
,Mit Bourdieu in die Stadt:
Relevanz, Prinzipien,
Anwendungen‘

Kommentare von:
Katharina Manderscheid,
Christoph Haferburg, Lars
Meier, Boike Rehbein

Replik von:
Loïc Wacquant
(erscheint in Heft 3/2017)

Ebenso wie Pierre Bourdieu ist sein Schüler Loïc Wacquant einer der selten gewordenen Intellektuellen, die ihre Profession, die Soziologie, nutzen um soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht nur zu analysieren, sondern auch versuchen, damit auf öffentliche Debatten zu einzuwirken. Daher ist Wacquants Aufsatz nicht nur als eine interessante Diskussion der Frage, ob Bourdieus Werk in der Stadtsoziologie angemessen und korrekt verwendet werde, zu verstehen. Der in dem Text formulierte Appell, Bourdieus Arbeit auch innerhalb der Stadtsoziologie stärker anzuwenden, ist – vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheit, Armut, Marginalisierung und einem Aufschwung des Rechtspopulismus – eine Forderung nach einer soziologischen Betrachtung dieser Probleme in der Stadt. Was kann nun also das Werk von Pierre Bourdieu zur Analyse der heutigen sozialen Probleme in der Stadt in Deutschland beitragen?

Ich werde in diesem Kommentar auf die Verräumlichung sozialer Ungleichheit und auf die Relevanz der *symbolic power* eingehen, also auf ein Konzept, das aus Wacquants Sicht zwar im Zentrum von Bourdieus Soziologie stehe, auf das aber nur selten Bezug genommen werde. Der Hintergrund des Konzepts der *symbolic power* sei, dass

„die soziale Welt stets aus einer Vielzahl unterschiedlicher Blickwinkel erfahren und konstruiert werden kann, [weshalb] diese konkurrierenden Symbolsysteme so viele Waffen in den „Auseinandersetzungen um die Schaffung und Durchsetzung der legitimen Weltsicht“ dar[stellen] (Bourdieu (2016 [1985]: 17). Auf den urbanen Raum angewandt impliziert dieses Prinzip, dass nicht nur auf die Phänomenologie des urbanen Lebens im Sinne einer an bestimmten Orten gelebten Realität zu achten ist, sondern auch auf die Begriffe, die zur Bezeichnung von Menschen, Objekten, Aktivitäten und Orten in der Stadt verwendet werden. Denn gerade angesichts der Konzentration von symbolischen Autoritäten (religiöser, politischer, juristischer, journalistischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Natur) in der Metropole stellen Kategorisierungen, die Konsequenzen zeitigen, ein besonders

wirkungsvolles Mittel zur Bewahrung oder Transformation der Realität dar.“ (Wacquant 2017: 184f.)

Wacquant fordert, Bourdieus Konzepte nicht als theoretischen Fetisch zu verstehen, sondern ihre Anwendung in der konkreten empirischen Stadtforschung. Völlig zurecht macht er darauf aufmerksam, dass eine solche Anwendung jedoch problematisch sei, wenn dabei von Bourdieu eingeführte Begriffe unpassend verwendet würden – als „leeres Bourdieugeschwätz“ (2017: 192) –, also ohne dass diese in Beziehung zur ursprünglichen Konzeption stünden. Dieses Argument ist zweifellos unmittelbar plausibel. Allerdings sollte dabei nicht übersehen werden, dass beispielsweise ein Begriff wie Habitus nicht nur von Bourdieu entwickelt wurde, sondern auch mit anderen konzeptionellen Ausrichtungen, wie etwa der von Norbert Elias (2003), von Soziolog_innen verwendet wird. Die stadtsoziologische Verwendung dieses Begriffs ist somit auch ohne Bezug zum Bourdieuschen Habituskonzept möglich und erfordert in jedem Fall eine Bezugnahme zur jeweiligen soziologischen Konzeption.

Wacquant plädiert weiterhin für eine Anwendung einzelner Bourdieuscher Konzepte – wie das der *symbolic power* – in der Stadtsoziologie. Ich argumentiere dafür, die *symbolic power* in einem umfassenderen sozio-ökonomischen und politischen Kontext stehend zu analysieren. Dies führe ich im folgenden beispielhaft aus und möchte so hervorheben, dass Stadtsoziolog_innen, wenn sie Bourdieu ernst nehmen wollen, zwar einzelne Bourdieu'sche Konzepte – so wie von Wacquant vorgeschlagen – anwenden können, diese aber auch kontextualisiert werden müssen. Dafür werde ich die Verwendung des Ghattobegriffs in Deutschland als *symbolic power* mit der zugenommenen sozialen Ungleichheit in Beziehung stellen. Mein Kommentar schließt somit an ein Verständnis von *symbolic power* an, dass Bourdieu auf die Bildung von sozialen Gruppen angewendet hat. Es sei ein „mental construct [that] is turned into a historical reality through the inculcation of schemata of perception and their deployment to draw, enforce, or contest social boundaries“ (Wacquant 2013: 274). Umfassender lässt sich dieses Konzept verstehen als „capacity to shape reality by shaping shared representations of the world“ (ebd.: 282). Damit wird seine Anwendbarkeit nicht nur auf die Bildung von sozialen Gruppen, sondern auch auf urbane Räume deutlich.

In dem – meinem Kommentar zugrunde liegenden – Aufsatz zeigt Wacquant, dass in Bourdieus frühem Werk die Differenzierung zwischen Stadtbevölkerung (*urbanite*) und Landbevölkerung (*peasant*) mit einer soziosymbolischen Markierung einhergehe. Diese werte den *peasant* im Vergleich zum *urbanite* ab und verringere somit – zusammen mit der Internalisierung der Abwertung und der Ausbildung von unvorteilhaften Praktiken wie Schüchternheit – die Chancen der *peasants* auf dem lokalen Heiratsmarkt (vgl. Wacquant 2017: 176). An diesem Beispiel werde die Verbindung von *symbolic power* zum sozialen und physischen Raum deutlich (vgl. ebd.: 174), der auch für die folgende Analyse zur Verwendung des Ghattobegriffs hilfreich ist.

1. Symbolic power und unwürdige Armut im gewandelten Sozialstaat

Wie ist nun auf dieser Basis die – in Deutschland geführte – politische Debatte über die Entstehung von Ghettos zu verstehen? In deutschen Raptexten oder in skandalisierenden Medienberichten werden städtische Viertel mit dem Begriff ‚Ghetto‘ versehen, in denen es eine überdurchschnittliche Armutsquote und Arbeitslosigkeit gibt. Aber auch in der politischen Debatte warnt beispielsweise der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel vor der Entstehung von Ghettos durch die Ansiedlung von Flüchtlingen in bestimmten Wohngebieten. Es ist hier allerdings nicht der Ort um die einzelnen Motive zur Verwendung des Ghetto-Begriffs zu analysieren. Vielmehr geht es in meinem Kommentar darum, Wacquants Aufruf, Konzepte von Bourdieu in der Stadtsoziologie anzuwenden, aufzugreifen.

Zunächst ist es wichtig, auf die Bedingungen des Ghettos einzugehen. Hierbei geht es nicht nur um die symbolische Stigmatisierung bestimmter Stadtviertel und ihrer Bewohnenden in medialen Texten, sondern auch um die strukturellen Bedingungen infolge von Transformationen des Sozialstaates, des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik. Es sind Transformationen auf der Makroebene, die auf der Mikroebene der alltäglichen Handlungen und Identitätsverortungen im urbanen Raum ihre Wirkung entfalten (vgl. Meier 2016; 2013). Mein Kommentar folgt deshalb der, von Wacquant völlig zu recht geforderten, Verknüpfung verschiedener Betrachtungsebenen – nämlich der Mikro-, Meso- und Makroebene – auf Stadt (vgl. Wacquant 2017: 175).

Die medialen Texte, die eine symbolische Kennzeichnungen von Stadtvierteln und ihren Bewohnenden vornehmen und damit *symbolic power* ausüben, erfolgen vor dem Hintergrund einer gewandelten Sozialstruktur im gewandelten Sozialstaat (vgl. Lessenich 2008). So hat in Deutschland das anhaltende Wirtschaftswachstum und die sinkende Arbeitslosigkeit nicht dazu geführt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich wieder geschlossen hat. Vielmehr hat sich, in einem der reichsten Länder der Erde, in den letzten Jahrzehnten die relative Armutsquote noch weiter erhöht. Infolge des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, der Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen – wie Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs, Solo-Selbstständige – und der Ausdehnung des Niedriglohnsektors, betrifft Armut nun auch zunehmend die in den Arbeitsmarkt integrierten Schichten; nämlich eine verunsicherte (ehemalige) Mittelschicht (vgl. Dörre 2008, Koppetsch 2013). Heute, das zeigt eine aktuelle Untersuchung des statistischen Amtes der Europäischen Union, sind in Deutschland nach Sozialleistungen 16,7 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht und haben damit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung (vgl. Eurostat 2016). Besonders seit den 1990er-Jahren kam es zu einem Anstieg der Armut, und zwar trotz sinkender Arbeitslosigkeit. Dieser Anstieg zeigt sich beispielsweise im Wachstum der Anzahl an wohnungslosen Personen (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe 2015), der Zunahme der Lebensmitteltafeln seit ihrer Gründung im Jahr 1993 (Bundesverband Deutsche Tafel 2016) oder in der Zunahme überschuldeter Haushalte (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017).

In soziologischen Gegenwartsanalysen wird die Entstehung einer Schicht gezeigt, die von der Möglichkeit auf Erwerbsarbeit abgekoppelt ist. Armut geht dabei mit sozialem Ausschluss einher. In medialen Texten wird diese Form der Armut auch als ‚unwürdige Armut‘ stigmatisierend präsentiert. So werden beispielsweise in Realityshows Empfänger_innen von ALG II durch die Darstellung von nicht-arbeitsmarktkonformen Verhaltensweisen als für ihre Situation selbstverantwortlich und daher als nicht unterstützenswert dargestellt. Mit Bezug auf Bourdieu drückt diese Darstellung *symbolic power* aus, bei der Stigmatisierung als sozialer Platzanweiser fungiere und so ihre Wirkung entfalte. Analysen zeigen, dass dieses Narrativ – von den unwürdigen Armen – den Umbau vom vorsorgenden zum aktivierenden Sozialstaat begleitet und sich auch in politischen Narrativen wiederfindet (vgl. Fohrbeck/Hirsland/Ramos Lobato 2014). Die *symbolic power* des Narrativs der unwürdigen Armut im gewandelten Sozialstaat findet seinen räumlichen Ausdruck im Ghetto. Damit wird mit Bezug zu Wacquants Text der „Zusammenhang[] zwischen symbolischer Macht und physischem Raum in der Stadt“ (2017: 190) deutlich.

2. Symbolic power und der Ghettobegriff

Wacquant kritisiert völlig zurecht, dass „[d]ie Stadtforschung [...] es bislang versäumt [habe], sich den Vierteln der Vermögenden, Mächtigen und Privilegierten zu widmen, aus dem einfachen Grunde, dass [...] die Soziologie schon lange ein romantisches Faible für Unterschichten und vernachlässigte Räume kultiviert“ (2017: 185). Ebenso wie Armut lässt sich auch Reichtum in bestimmten Stadtvierteln räumlich konzentriert finden. Stadtviertel erzeugen mithin einen zusätzlichen sozialen Statusverlust oder -gewinn der Bewohnenden. Bourdieu (1997) hat dies als ‚Ortseffekte‘ gefasst und damit auch sogenannte Ghettos als – durch Sensationsberichte und politische Gerüchte erzeugte – phantasmatische Orte begreifbar gemacht.

Der die sozialen Missstände und Armut skandalisierende Begriff des Ghettos ist dabei der räumliche Widerhall der als ‚unwürdige Arme‘ stigmatisierten Bevölkerung und belegt Wacquants These, „dass alle sozialen und mentalen Strukturen räumliche Entsprechungen und Bedingungen ihrer Möglichkeit haben“ (2017: 181). In Deutschland knüpft der Ghettobegriff an die Geschichte der jüdischen Ghettos seit dem Spätmittelalter und der jüdischen Ghettos im Nationalsozialismus an, die – man scheint es heute wiederholen zu müssen – eine geplante und mit Gewalt durchgesetzte räumliche Konzentration der jüdischen Bevölkerung in abgetrennten städtischen Bereichen benennt. Aber ‚Ghetto‘ war nie eine neutrale Beschreibung eines solchen Stadtviertels, sondern immer auch eine antisemitische Diskriminierung der dort lebenden Bevölkerung. In den USA haben Ghettos eine verwandte Bedeutung und bezeichnen vorwiegend Stadtviertel, die von armen Afroamerikaner_innen bewohnt werden und sich infolge von mangelnden Investitionen der öffentlichen Hand durch schlechte Infrastruktur auszeichnen. Auch für städtische Ghettos in den USA gilt, dass ihre Bewohnenden durch stereotype rassistische Abwertungen stigmatisiert werden, die sie als gefährlich etikettieren und als Personen, die nicht gemäß den allgemeinen sozialen Normen und Regeln handeln

würden. Wenn heute in Deutschland der Ghetto-Begriff wieder verwendet wird, dann wird zumindest billigend auf solche stigmatisierenden Stereotype Bezug genommen. Denn der Begriff ‚Ghetto‘ beinhaltet stets den Verweis auf Diskriminierung und Ausgrenzung einiger Bevölkerungsgruppen. Die Villenviertel werden allerdings gerade nicht als Ghettos bezeichnet. Der Ghetto-Begriff ist in der Debatte zur sozialen Spaltung der Stadtviertel der ärmeren Bevölkerung vorbehalten. Er wird also auf Bevölkerungsgruppen, die in politischen Diskursen und in TV-Realityshows in abwertender Weise dargestellt werden, angewendet. Der Ghetto-Begriff drückt mithin *symbolic power* aus und geht – zusammen mit der Darstellung von unwürdiger Armut – mit einer doppelten sich gegenseitig verstärkenden Stigmatisierung einher: Erstens mit „territorialer Stigmatisierung“ (ebd.: 192) bestimmter Stadtviertel und zweitens mit einer Stigmatisierung der Menschen, die in diesen Stadtvierteln wohnen.

Wacquants Text formuliert dies leider nicht aus, aber um *symbolic power* in der Stadt mit Bezug auf Bourdieu umfassend zu verstehen, ist es notwendig, diese in einen größeren strukturellen Zusammenhang zu stellen. Denn die Makrostrukturen, wie die des gewandelten Sozialstaates, stehen in enger Beziehung zu der Ausprägung der *symbolic power*. Auf dieser Basis kann man den Wacquants Aufruf zur Anwendung der Bourdieuschen Konzepte nur unterstützen, um die Stadt als „Sphäre der Akkumulation und Differenzierung vielfältiger Formen von Kapital“ (2017: 190) zu verstehen.

Autor_innen

Lars Meiers Arbeitsschwerpunkte sind die Soziologie der sozialen Ungleichheit, Stadt- und Raumsoziologie, soziale Transformationen und qualitative Methoden.
lars.meier@soz.tu-berlin.de

Literatur

- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe (2015): Zahl der Wohnungslosen in Deutschland auf neuem Höchststand. Pressemitteilung, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Zugriff am 16.5.2017).
- Bundesverband Deutsche Tafeln (2016): Zahlen und Fakten. <http://www.tafel.de/die-tafeln/zahlen-fakten.html> (letzter Zugriff am 7.9.2016)
- Bourdieu, Pierre (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leides in der Gesellschaft. Konstanz: UVK Verlag.
- Dörre, Klaus (2008): Armut, Abstieg, Unsicherheit. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 33/34, 3-6.
- Elias, Norbert (2003): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt: Suhrkamp.
- Eurostat (2016): Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU zurück auf Vor-Krisen-Niveau. Ausgeprägte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. In: Eurostat Pressemitteilung 199/2016.
- Fohrbeck, Anna / Hirsland, Andreas / Ramos Lobato, Philipp (2014): How benefits recipients perceive themselves through the lens of the mass media. Some observations from Germany. In: Sociological Research Online 19/4, 9.
- Koppetsch, Cornelia (2013): Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte. Frankfurt a. M.: Campus.

- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Meier, Lars (2013): Encounters with haunted industrial workplaces and emotions of loss. Class related senses of place within the memories of metalworkers. In: *Cultural Geographies* 20/4, 467-483.
- Meier, Lars (2016): Metalworkers' nostalgic memories and optimistic official representations of a transformed industrial landscape. In: *The Sociological Review* 64/4, 766-785.
- Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburg: Hamburger Edition.
- Wacquant, Loïc (1997): Three pernicious premises in the study of the american ghettos. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 21/2, 341-353.
- Wacquant, Loïc (2013): Symbolic power and group-making. On Pierre Bourdieu's reframing of class. In: *Journal of Classical Sociology* 13/2, 274-291.
- Wacquant, Loic (2017): Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen. In: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5, 1/2, 173-196.

Physischer Raum und Herrschaft

Kommentar zu Loïc Wacquants „Mit Bourdieu in die Stadt“

Boike Rehbein

Debatte

2017, Band 5, Heft 1/2
Seiten 221-224
zeitschrift-suburban.de

Loïc Wacquant
,Mit Bourdieu in die Stadt:
Relevanz, Prinzipien,
Anwendungen‘

Kommentare von:
Katharina Manderscheid,
Christoph Haferburg, Lars
Meier, Boike Rehbein

Replik von:
Loïc Wacquant
(erscheint in Heft 3/2017)

Bourdieu wurde oft dafür kritisiert, die Bedeutung des geografischen – oder des physischen – Raums unterschätzt zu haben (siehe zum Beispiel Rérat/Lees 2010: 127). Zumindest dürfte unstrittig sein, dass er kein Raumsoziologe war. Dennoch versucht Wacquant in seinem Aufsatz zu zeigen, dass der geografische Raum durchaus eine wichtige Rolle in Bourdieus Werk spiele. Dabei nimmt er die Gegenposition zur raumsoziologischen Kritik an Bourdieu ein. Ich möchte mich im Folgenden dieser Kritik anschließen und dennoch Wacquants Interpretation des Bourdieuschen Raumbegriffs unterstützen.

Anders als Wacquant betrachte ich Bourdieu nicht als Vordenker der Raumsoziologie. Wenn Wacquant auf die ethnologischen Studien Bourdieus im südfranzösischen Béarn und in Algerien verweist, zeigt er zwar, dass die gesellschaftliche Konstruktion des physischen Raums in ihnen behandelt wird, aber es lässt sich nicht leugnen, dass der physische Raum keine systematische Funktion in Bourdieus Begriffsapparat hat. Den Begriffen des sozialen und des symbolischen Raums kommt eine prominente Funktion zu, eine theoretisch aufgeladene Behandlung des physischen Raums fehlt hingegen. Die drei Raumbegriffe können keinesfalls auf eine Ebene gehoben und als äquivalent betrachtet werden.

Während Wacquant zu zeigen versucht, dass alle soziologisch wichtigen Aspekte des physischen Raums zumindest ansatzweise mit Bourdieus Begriffsapparat zu fassen seien, haben Geograf_innen und Raumsoziolog_innen argumentiert, dass der physische Raum in seiner Theorie fehle und eigens hinzugefügt werden müsse (vgl. Rérat/Lees 2010). Diese Divergenz spitzt sich in der Frage zu, ob eine zusätzliche Kapitalsorte – nämlich die des räumlichen Kapitals (siehe zum Beispiel Marcus 2010) – in Bourdieus Theorie eingeführt werden müsse.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass der Geburts- und Wohnort eine zentrale Rolle für die Lebenschancen eines Menschen spielen. Wer in einem äthiopischen Slum geboren wird, dürfte kaum eine gute Schule besuchen können, die das Studium an einer Eliteuniversität und eine Berufstätigkeit als Manager_in oder Spitzenadvokat_in ermöglicht. Und wer eine gute Ausbildung genossen hat und in Äthiopien wohnt, wird sie nicht so gut zur

Geltung bringen können wie deutsche oder französische Staatsbürger_innen. Die Bedeutung dieser Unterschiede ist es gerade, die Bourdieu in einigen seiner frühen Arbeiten zu Algerien und zum Béarn untersucht hat. Das verdeutlicht Wacquant in seinem Aufsatz.

Geburts- und Wohnort können allerdings unter keine der Bourdieuschen Kapitalsorten subsumiert werden. Es handelt sich nicht um ökonomisches, kulturelles, soziales oder symbolisches Kapital. Bourdieu hat diese Form von Ungleichheit nicht mit einem eigenen Begriff bedacht, obwohl sie relevant ist und sich nicht mit den genannten Begriffen fassen lässt. Aus diesem Grund wurde die Kategorie des räumlichen Kapitals in die Raumsoziologie eingeführt. Sie soll die gesellschaftliche Bedeutung des Ortes ausdrücken, die einen Menschen oder eine Gruppe relativ bevorzugt oder benachteiligt, aber auch auf die gesellschaftliche Konstruktion eines heterogenen physischen Raums hinweisen.

Der Ort bedingt teilweise den Habitus und teilweise die Möglichkeit, Kapital einzusetzen. Wacquant schreibt dem Ort sogar einen Wert zu, der geradezu operationalisiert werden kann. Dieser Wert orientiere sich, seinem Aufsatz zufolge, an der „Nähe zum Zentrum der Kapitalakkumulation“ (Wacquant 2017: 181). Durch die jeweilige Entfernung könne man das räumliche Kapital tatsächlich bestimmen.

Nun verweist Wacquant selbst auf die Studien der Pinçons, denen zufolge ein Mitglied der französischen Oberklasse einen Landsitz haben müsse. Dieser befinde sich zumeist fern vom Zentrum der Machtakkumulation. Anders gesagt: Milliardär_innen interessiert das räumliche Kapital nicht. Sie fliegen mit dem Hubschrauber oder mit dem Privatflugzeug, um Entfernungen zu überbrücken. Derselbe Ort kann für unterschiedliche Klassen also einen unterschiedlichen Wert haben.

Hinter dieser Beobachtung verbirgt sich ein theoretisches Problem. Der physische Raum erhält – aus der Perspektive von Bourdieus Theorie – nur insofern gesellschaftliche Bedeutung, als er den Einsatz von (ökonomischem, kulturellem, sozialem oder symbolischem) Kapital behindert oder fördert. Damit kann der Begriff des räumlichen Kapitals nicht auf derselben theoretischen Ebene angesiedelt sein wie Bourdieus Kapitalbegriff insgesamt.

Anja Weiß (2017) hat die Bedeutung des physischen Raums und das genannte theoretische Problem im Begriff der ‚sozialräumlichen Autonomie‘ reflektiert. Der Begriff bezeichnet die Möglichkeit, Kapital und Habitus in unterschiedlichen nationalstaatlichen Kontexten einzusetzen. Über sozialräumliche Autonomie verfügt demgemäß eine Person, die an jeden Ort ziehen kann, ohne die eigene soziale Position zu gefährden oder gar zu verlieren. Die maximale sozialräumliche Autonomie hätte man erreicht, wenn alle – gesellschaftlich für wertvoll gehaltenen – Tätigkeiten und Güter zugänglich wären.

Der Begriff der sozialräumlichen Autonomie kann meines Erachtens auch auf den Nationalstaat oder eine Region, eine Stadt oder ein Dorf beschränkt werden. Er erlaubt es darüber hinaus, die Ordnung der Nationalstaaten, die Ungleichheit zwischen Orten und mit Migration verknüpfte Ungleichheit zu fassen – Probleme, die Bourdieu tatsächlich kaum berührt hat. Schließlich erhellt der Begriff das Verhältnis zwischen ‚räumlichem Kapital‘ und den Kapitalsorten Bourdieus. Die Dimension des physischen Raums wird als die mehr oder weniger gute Chance interpretiert, Bourdieus Kapitalsorten einzusetzen.

Allerdings muss ich an dieser Stelle noch einmal auf die Oberklasse zurückkommen. Die Bedeutung des physischen Raums ist für diese Gruppe im Sinne einer Einschränkung relativ gering. Darüber hinaus ist das ökonomische Kapital – das großenteils von dieser Klasse monopolisiert wird – zunehmend ortsunabhängig, virtuell und global. Gleichzeitig ist die Oberklasse stärker an den Nationalstaat gebunden als jede andere Klasse. Ihre soziale Position und ihre sozialräumliche Autonomie sind großenteils auf den Nationalstaat fixiert, in dem ihr soziales und kulturelles Kapital erworben wurden.

Die anderen Klassen verlieren durch Migration weniger als die Familien der Oberklasse. Ein_e Universitätsprofessor_in kann nahezu in jedem Staat arbeiten und jeweils eine ähnliche soziale Position bekleiden. Für viele gelernte Arbeitskräfte gilt das ebenfalls, wenn auch nicht immer in demselben Maße, für ungelernete weit weniger. Für die Oberklasse jedoch sind die Grenzen oft klar gezogen. Sogar eine Familie Mittal oder Tata gewinnt schwer Zugang zur britischen Oberklasse, wenn sie nach London zieht. Gleiches gilt auch umgekehrt, wenn die Familie Branson oder Ecclestone nach Indien zöge. Daher sehen wir zwar die Verlegung eines Wohnsitzes oder gar der Staatsbürgerschaft in Steueroasen, aber selten eine echte Migration von Angehörigen oder gar Familien der Oberklasse (siehe Hartmann 2009). Ihre sozialräumliche Autonomie ist eingeschränkt.

Der Begriff der sozialräumlichen Autonomie hebt den des räumlichen Kapitals auf und vermag dessen Verhältnis zu den anderen Kapitalsorten zu erhellen. Allerdings ist das Problem, den physischen Raums aus der Perspektive von Bourdieus Theorie zu verstehen, damit noch nicht vollständig gelöst. Erstens schließt die sozialräumliche Autonomie nicht die Oberklassen ein. Zweitens bleibt die gesellschaftliche Konstruktion des Raums unklar.

Wacquant deutet am Ende seines Aufsatzes an, wie diese Schwierigkeiten aus Bourdieus Perspektive gelöst werden könnten. Er schreibt, dass im Zentrum der Forschung die Herrschaft über den sozialen, symbolischen und physischen Raum stehen müsse. Dieser Forderung schließe ich mich an. Die Oberklasse kann nicht wie jede andere Klasse betrachtet werden, weil sie die herrschende ist. Und die soziologischen Probleme sollten in erster Linie aus der Perspektive von Herrschaft interpretiert werden.

In seinem Aufsatz stellt Wacquant zwar eine zu eindeutige Korrespondenz zwischen sozialem, symbolischem und physischem Raum her. Auch vernachlässigt er das Problem der Herrschaft im Hauptteil seines Textes, in dem er die Wurzeln von Bourdieus Ansatz diskutiert (Marx kommt beispielsweise nicht vor). Schließlich wirken seine Zusammenfassungen der frühen Aufsätze Bourdieus wie beliebige ethnologische Fallstudien – und nicht wie kritische Soziologie. Am Ende aber kommt er auf das zentrale Problem zu sprechen, nämlich Herrschaft, und interpretiert Bourdieus Ansatz als Herrschaftssoziologie.

Aus dieser Perspektive ist am physischen Raum relevant, was die Herrschaftsordnung ausdrückt und stützt. Dieser Raum ist weder Kapital noch soziologisch bedeutungslos, weder Chance zum Einsatz von Kapital noch rein physische Umwelt. Er ist ein Aspekt von Herrschaft und ein Ausdruck ihrer Ordnung. Man kann diese Ordnung am empirischen Material des physischen Raums erforschen, und man muss den physischen Raum bei der Erforschung von Herrschaft berücksichtigen. Es erscheint mir jedoch weder angemessen,

Bourdieu die Vernachlässigung des Raums vorzuwerfen, noch ihn zu einem Vorläufer heutiger Raumsoziologie zu erklären. Ich meine vielmehr, dass Bourdieu durchaus in vieler Hinsicht eine weiterführende Perspektive auf den Raum entworfen hat, auch wenn er sie nicht voll entwickelte. Das halte ich für die Kernaussage von Wacquants Aufsatz, der ich zustimme.

Autor_innen

Boike Rehbeins Forschungsschwerpunkte sind Globalisierung, soziale Ungleichheit, Sozialtheorie und Südostasien.
rehbeinb@hu-berlin.de

Literatur

- Hartmann, Michael (2009): Die transnationale Klasse – Mythos oder Realität? In: Soziale Welt 60/3, 285-303.
- Marcus, Lars (2010): Spatial capital. In: Journal of Space Syntax 1/1, 30-40.
- Rérat, Patrick / Lees, Loretta (2010): Spatial capital, gentrification and mobility: evidence from two Swiss cities. In: Transactions of the Institute of British Geographers, 36/1, 126-142.
- Wacquant, Loic (2017): Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen. In: s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 5, 1/2, 173-196.
- Weiß, Anja (2017): Soziologie globaler Ungleichheiten. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bewegung handhaben oder: Planung als Problem?

Eine Einladung das Denken der Stadtplanung am Beispiel infrastruktureller Praxis im peri-urbanen Raum von Mexiko-Stadt zu hinterfragen

Christian von Wissel

Stadtplanung steht auf dem Prüfstand und das wieder einmal und zu Recht. Vielerorts wird der Planung unserer Städte auf den Leib gerückt und die Perspektiven dieser Kritik – zum Beispiel aus der historischen Metropolenforschung[1], der Kulturanthropologie[2] oder den Science and Technology Studies (STS)[3] – sind erfrischend vielseitig. Denn debattiert wird nicht nur *was* Stadtplanung (falsch), sondern grundsätzlich *wie* Planung Stadt macht.

Der Ursprung dieses neuen alten Interesses an der Planung liegt auf der Hand: Nicht nur in Deutschland herrscht Unzufriedenheit über die Prozesse und Ergebnisse der Planung unserer Städte. Alternative Ansätze und die kritische Begleitung von Planung werden zwar breit diskutiert (und publiziert), stehen aber noch immer einer Überzahl kapitalgetriebener, *top-down-* sowie *growth-as-usual-*Planungen gegenüber. Viel, scheint es, ist bei den Entscheidungsträger_innen bislang nicht angekommen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn man den Blick über den deutschen beziehungsweise europäischen Tellerrand hinaus wirft. Dass ein Umdenken in der Planung aber weltweit erwünscht ist, zeigt die dritte United Nations Conference on Human Settlements „Habitat-III“, die im Oktober 2016 unter dem Motto *Housing and Sustainable Urban Development* politische Entscheidungsträger_innen und Vertreter_innen städteplanender Disziplinen und Institutionen aus 193 Mitgliedsländern in Quito, Ecuador, zusammenrief, um die Parameter zukunftsfähiger Planung und Lenkung von Städten für ein „*New urban Age*“ (UN-Habitat 2013: 1; Hervorhebung d. A.) zu verhandeln.

Der folgende Beitrag setzt sich mit der – auf eben dieser Habitat-III-Konferenz formulierten – Vorstellung von Planung auseinander. Er tut dies aber, indem er den Blick abwendet von institutioneller Städteplanung und sich stattdessen auf das alltägliche, in den Handlungen der Bewohner_innen und Nutzer_innen sich entfaltende *Tun und Werden* der Stadt richtet. Ein solches Stadtmachen, *city making*, beschreibt, wie Menschen ihre Wege im Raum kreuzen, sodass Überschneidungen entstehen, denen man städtische Wirkung beimessen kann. In der Literatur wird diese praxisorientierte Vorstellung von Stadt zunehmend unter dem Begriff der *cityness* diskutiert

(siehe Sassen 2010, Simone 2010a, Pieterse 2010). Die Akteur_innen dieser *cityness* – bekanntermaßen nunmehr die Mehrheit der Erdenbürger_innen – möchte ich hier als *Stadthandelnde*, als *practitioners of the urban* in den Blick nehmen.[4]

Nicht Planungsbeamt_innen und Architekt_innen, sondern Stadtbe-wohner_innen stehen somit am Anfang der folgenden Betrachtung. Durch diesen Perspektivwechsel, so meine These, lässt sich die Art und Weise wie Stadtplanung gemeinhin gedacht wird, aufzeigen und hinterfragen. Was wäre, wenn die Art und Weise wie Stadtplanung ihre Aufgaben beschreibt Teil des ‚Problems‘ wären, welches sie zu beheben antritt? Und wie könnte und müsste man Planung aus der Perspektive eines täglichen Stadthandelns anders denken, dass heißt aus der Perspektive einer *city practice*?

Um diesen Fragen nachzugehen, verfolge ich die Strategie einer Gegenüberstellung. Zunächst analysiere ich das Denken der herkömmlichen sozial-räumlichen Planung, wie es sich auch über den auf der Habitat-III-Konferenz propagierten Paradigmenwechsel hinweg fortschreibt. Ich tue dies anhand ausgewählter Prozess- und Abschlussdokumente ebendieser Konferenz. Dagegen stelle ich mehrere ethnografische Vignetten aus dem Leben am sich rapide ausdehnenden Rande von Mexiko-Stadt. Diese Vignetten erlauben einen Blick auf die Alltagspraxis des Stadthandelns. Sie rücken in den Fokus, was ich als infrastrukturelles, körperliches und, in seiner Wirkung, ‚stadt-machendes‘ Handeln erkenne.[5] Zudem lässt sich in ihnen das Werden von Stadt als Akte gesellschaftlicher Mitsprache diskutieren, welche nicht auf außergewöhnliche Orte und Momente beschränkt sind, sondern Teilhabe als alltägliche Handlungen an alltäglichen Orten beschreiben (siehe Holston 2009). Die kurzen Lebensblicke entspringen *go-along* Interviews (siehe Kusenbach 2003), teilnehmenden Beobachtungen und *walkarounds* (siehe Clark/Emmel 2009), die ich im Rahmen einer Studie zu Wandel und Wahrnehmung des peri-urbanen Raums von Mexiko-Stadt zwischen 2009 und 2016 durchgeführt habe.

Das alte Denken im Neuen

Beginnen möchte ich mit der Kritik an herkömmlicher Stadtplanung. In einem *think piece*, das unter Expert_innen zur Vorbereitung der Habitat-III-Konferenz zirkulierte, heißt es diesbezüglich, die dominante Stadtplanung des 20. Jahrhunderts sei für ihre „einseitige Auslegung städtischen Raums auf die Bedürfnisse der Industrie, der Immobilienwirtschaft, des Handels und der Bürokratie“ (UN-Habitat 2013: 10, Übers. d. A.) zu kritisieren. Als Antwort auf diese missliche Planungsrealität wird im Dokument die Notwendigkeit formuliert, die Dynamik der Stadtplanung „zu verjüngen“ (ebd.: 4ff., Übers. d. A.), um so die „Transformative Power of Urbanization“ (ebd.) freizusetzen. Zur Verbesserung der Situation wird eine ‚New Urban Agenda‘ (NUA) eingefordert, durch die die Stadtplanung alles Mögliche ‚optimieren‘, ‚vorantreiben‘ und ‚maximieren‘ soll, um so zu einer ‚besseren‘ und ‚menschlicheren [...] Vision von Stadt‘ zu gelangen (ebd., Übers. d. A.).

Diese Einsichten und Forderungen sind bemerkenswert für die höchste Institution der Weltgemeinschaft, wenngleich sie im besagten Dokument lediglich als Diskussionsvorschläge unterbreitet werden. In der Deklaration

von Quito und in der wortgleichen *draft resolution* Nummer A/71/L.23 der Vereinten Nationen heißt es später: „We commit ourselves to working towards an urban paradigm shift for a New Urban Agenda that will: (a) Readdress the way we plan, finance, develop, govern and manage cities and human settlements“ (UN General Assembly 2016: 5f.). Die intern so offen formulierte Kritik an der ‚alten‘ Planungspraxis lebt in diesen gewichtigen Worten fort, auch wenn sie nun als allgemeiner Aufruf, sich der Grundsätze der Stadtentwicklung neu anzunehmen, daherkommt.

Verständlicherweise stößt solch ein kritischer Aufruf selbst auf Kritik. Herrberg (2016) gibt den wichtigen Hinweis, dass die notierten Ziele weder rechtlich noch zeitlich als verbindlich vereinbart wurden. So werden Wunsch und Realität der Stadtplanung (und des Zustands unserer Städte) sicherlich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weit auseinanderklaffen. Zudem besteht die Besorgnis, die Fachkompetenz der internationalen sozialwissenschaftlichen Stadtforschung werde zu wenig einbezogen (siehe McPhearson et al. 2016). Schon vor der Konferenz warnte Ash Amin (2013) vor den Folgen einer ‚business consultancy‘ Stadtentwicklung und einem ‚telescopic urbanism‘, welche den Lebensaussichten der armen Mehrheitsbevölkerung wenig bis kein Interesse schenken würden. Zum Nachdenken regt zudem die Arbeit an den Länderreports und *policy units* zur Vorbereitung der Habitat-III-Konferenz an, in denen die demokratische Beteiligung der Zivilgesellschaft am Prozess in Zweifel gezogen wird – und dies, obwohl die Wichtigkeit einer solchen Beteiligung im Abschlussdokument der Habitat-II-Konferenz von vor 20 Jahren besonders hervorgehoben wurde (siehe Lipietz 2016, auch Satterthwaite 2016).

In Reaktion auf die in der NUA formulierte Kritik an der Praxis und Ausrichtung gängiger Planung, wie auch in Reaktion auf die Kritik am Zustandekommen der NUA selbst, gilt es zunächst, die vornehmlich einseitige Richtung der Planung zu reflektieren: Noch immer kommt diese nämlich vorwiegend ‚von oben‘. Wie etwa halten es ‚alte‘ und ‚neue‘ Planung mit dem Zuhören? Insbesondere mit dem Anhören derer, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Situation, ihrer ethnischen Herkunft oder ihres Geschlechts, politisch und strukturell vielerorts – und noch immer – von den Entscheidungsprozessen der Planung ausgeschlossen werden (siehe Amin 2013)? Auch wenn wir uns über die Notwendigkeit einer (irgendwie) besseren Planung für bessere Städte einig sind, müssen wir uns fragen, worin und auf welcher Grundlage dieses ‚Besser‘ besteht und definiert wird. Das beinhaltet nicht nur zu fragen, wer die zu verfolgenden Planungsziele der Stadt formuliert, sondern auch wie die Planung ihre ‚Visionen‘ produziert, pfadabhängig festschreibt und mitunter gewaltsam durchsetzt.

Zunächst richtet sich meine Kritik aber auf einen anderen Umstand, der sich in den hier zitierten Dokumenten manifestiert: ‚Neue‘ oder ‚verjüngte‘ Ansätze in der Stadtplanung sollten zuallererst ihre Sprache überdenken. Statt wie bisher nach Optimierung, Antrieb und Maximierung zu schreien, sollte sie sich in leisen Tönen zum Beispiel der sozialen Befähigung, der Transformation und der Frage nach einem *buen vivir* (siehe zum Beispiel Fatheuer 2011) üben. Leise Töne lägen sogar in der Natur der schwierigen Textarbeit an internationalen Verträgen, in denen um jedes Wort und dessen Bedeutung gerungen wird (siehe Guse 2017). Umso deutlicher zeigt die

Wortwahl im oben erwähnten *think piece* und der *draft resolution*, wie sehr das Denken der ‚neuen‘ politischen Weichenstellung für die Stadtplanung noch immer unglücklich tief im Denken der ‚alten‘ verhaftet ist.

Die Situation am Rand der Stadt

Begeben wir uns also vom ‚Olymp‘ der NUA in die Stadt der täglichen Handlungen: Víctor und ich treffen uns vor den Toren einer mit Gittern verschlossenen Straße in der Siedlung Sierra Hermosa, in der Gemeinde Tecamac, im Norden der Metropolregion des Tals von Mexiko. Víctor verkauft Obst und Gemüse von der Ladefläche seines Kleinlasters. „Die Siedlung ist erst sieben Jahre alt“[6], erzählt er in einem ruhigen Moment. „Davor war das hier alles Ackerland.“ Unsere Blicke passieren den Zaun der Siedlung und schweifen über die angrenzenden Felder. Nach einigen Minuten nimmt er das Gespräch wieder auf:

„Diese Siedlungen wachsen sehr schnell. Da drüben ist eine andere, und auf der anderen Seite der Hauptstraße noch eine... Wenn Sie aber hier lang gehen, zu Fuß, über die Felder, dann kommen Sie in ein Dorf. Dort hinten, wo die Bäume stehen, das ist San Pedro Atzompa. Da drüben ist noch richtiges Dorf.“

Víctor und ich stehen unmittelbar an einer der vielen Bruchlinien des peri-urbanen Raums von Mexiko-Stadt: Massenfabrizierte Reihenhäuser des Sozialwohnungsbaus stehen hier vis-à-vis von landwirtschaftlichen Anbauflächen in Kollektivbesitz, sogenannten *ejidos*. Auch befinden wir uns in einem flüchtigen Moment peri-urbaner Zeit: Schon bald werden die Felder den Baustellen des Stadtentwicklungsgebiets Provenzal del Bosque weichen und in weniger als zwei Jahren werden die ersten Bewohner_innen des 3.000 Wohneinheiten umfassenden Neubauviertels hier, am Rand der Stadt, ihren Lebensmittelpunkt beziehen.

Mit anderen Worten: Raum und Zeit des Peri-urbanen sind in ständigem Wandel, getrieben von rasanten Veränderungen in der Bodennutzung, ungleichen sozial-räumlichen Entwicklungen und konkurrierenden ‚städtischen‘ und ‚ländlichen‘ Logiken (für einen Überblick siehe Adell 1999, Allen/da Silva/Corubolo 1999, für Mexiko siehe zum Beispiel Aguilar/Escamilla 2011). Zur gleichen Zeit entscheidet der Zustand des Peri-urbanen über die Zukunft von Stadt im Allgemeinen. Mehr noch: In der charakteristischen Gleichzeitigkeit und Überlagerung von Entwicklungswegen, in diesem sich ständig verändernden und verschiebenden *spatial interface* – einer Art Schnitt-Raum – zeigt sich, wie wir diese Zukunft zu verstehen versuchen.

Peripherien ins Zentrum

In den 1960er-Jahren wendete man sich zunehmend dem Peri-urbanen als spezifische Kondition städtischer Randzonen zu. Die Heterogenisierung der Bodennutzung, die Verdichtung, Verfielfältigung und Ausfransung der Baugebiete sowie ein gesellschaftsstruktureller Wandel des vormals als ländlich beschriebenen, immer aber städtischen Hinterlands, führten zu der Einsicht, solche Territorien als Ergebnis von einzigartigen Bedingungen

und Dynamiken zu verstehen (siehe Adell 1999: 5). Die ‚kritische Botschaft‘ dieser Zuwendung, so Keith Hoggart (2005: 2), liege im Verweis auf die Zentralität von Peripherien für gesamtstädtische Entwicklungsprozesse von Stadtregionen. Die besondere Herausforderung für die Planung dieser vielschichtigen Übergangsbereiche liegt in der für sie charakteristischen, fortwährenden Veränderung und Uneindeutigkeit.

Nichtsdestotrotz wird der Begriff des Peri-urbanen heute überwiegend in Anbetracht der Stadt-Land-Verflechtungen im Globalen Süden verwendet (siehe Adell 1999: 7).[7] Mit ihm werden dort gemeinhin die „armen oder ‚informellen‘ Ausläufer“ (siehe ebd., Übers. d. A.) von Städten beschrieben. Gleichzeitig reift jedoch die Erkenntnis, dass der peri-urbane Raum Produkt und Zeugnis der Globalisierung ist und genau hier die ökologische Tragfähigkeit sowie die Versorgung von Städten und Regionen zunehmend unter Druck geraten (siehe zum Beispiel McGregor/Simon/Thompson 2006). Auch deswegen gilt dem Peri-urbanen weltweite Aufmerksamkeit.

Für Mexiko-Stadt beschreiben die Geografen Guillermo Aguilar und Peter Ward den Bedeutungszuwachs des Peri-urbanen als Ergebnis eines Wachstumsmusters der „region-based urbanization“ (2003: 4f.). Die „Dezentralisierung urbaner Funktionen und Bevölkerungen“ (ebd., Übers. d. A.) habe das herkömmliche Muster einer „city-based urbanization“ (ebd.) abgelöst. Der Stadtanthropologe Eduardo Nivón (2005: 144) bestätigt dieses Bild durch die Beschreibung einer umfassenden (kulturellen) ‚Peripherisierung‘ der Gesamtstadt Mexiko. Dies entspricht einem Prozess, in dem das, was wir gemeinhin Peripherie nennen, jenes, was wir Stadt nennen, zunehmend als Wahrnehmungsrahmen ablöst (von Wissel 2012).

Die Antriebskräfte dieser Entwicklung sind vielfältig und dabei oft in sich widersprüchlich. Nicht nur verfolgen unterschiedliche Verwaltungsebenen oft unterschiedliche Ziele, sondern lokale und globale Interessen, wie auch Demokratisierung und Finanzialisierung überlagern sich stark in ihrer Wirkung. So werden in Mexiko einerseits bestimmte Entscheidungsbefugnisse zunehmend – wenn auch langsam und, wie zu erörtern wäre, nach wie vor unzureichend – auf die Ebene der Kommunalverwaltungen übertragen (siehe Guarneros-Meza 2009: 465).[8] Andererseits sucht sich internationales Kapital im großen Stil Anlagemöglichkeiten durch die Massenherstellung angeblich bezahlbaren Wohnraums. Die staatliche Förderung hat dabei mehr die Interessen der Investor_innen als die der zukünftigen Bewohner_innen im Blick (siehe Ziccardi/González Reynoso 2012, Monkkonen 2011, siehe auch Moreno 2014). Informelle Urbanisierungsprozesse nehmen somit ebenfalls weiterhin ihren Lauf und werden durch ihre Tolerierung und Instrumentalisierung sogar staatlich gefördert (für Mexiko siehe Huamán Herrera 2014, Gilbert/De Jong 2015) beziehungsweise staatlich produziert (siehe Roy 2005). Dass der Agrarsektor dem Druck des internationalen Wettbewerbs weitgehend ausgesetzt ist und zudem kollektive Formen des Landbesitzes zugunsten marktauglicher Strukturen des Privatbesitzes preisgegeben werden, bereitet dem Schauspiel fruchtbaren Boden (siehe Varley 1985, Jones/Ward 1998, Salazar 2012).

In Reaktion auf diese und vergleichbare Situationen ist viel geschrieben worden. So zum Beispiel zu den unterschiedlichen, und doch eng verwobenen Themenfeldern der Regulierung informeller Siedlungen (siehe Scheingart

2007, Iracheta/Smolka 2000), einer „Stadt für Menschen, nicht für den Profit“ (Brenner/Marcuse/Mayer 2011) oder der Bedeutung urbaner und peri-urbaner Landwirtschaft (siehe Atkinson 2013). Trotz vehementer Kritik – auch in Mexiko – an einer kapitalgetriebenen, flächenintensiven und von oben implementierten Stadtentwicklung, wird diese weiterhin von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger_innen betrieben. Die meisten Versuche auf diese Situation planerisch einzuwirken, erweisen sich entweder als zu schwach, um die Entwicklungen zum Wohl aller Bewohner_innen zu steuern, oder aber agieren als willige Vollstrecker_innen der sowieso schon dominanten Kräfte. Planung und ihre Kritik haben zudem gemein, dass sie die Geschehnisse lediglich als eine Vielzahl an ‚Problemen‘ zu beschreiben vermögen; seien es die Entwicklungen als zu schnell, zu viele oder zu abhängig von strukturellen oder externen Faktoren, seien es die Rahmenbedingungen der eigenen Arbeit als zu geld- oder machtarm oder seien es die von der Planung adressierten – oder vernachlässigten – Menschen als zu informell in ihren Handlungen.

Infrastrukturelles Handeln

Planungspraxis in Mexiko und anderswo kritisch in den Blick zu nehmen, ist also weiterhin von großer Dringlichkeit. Entscheidend für diesen Beitrag ist aber, zu fragen, wie die Planung die Prozesse und unmittelbar handelnden Akteure des peri-urbanen Raumes betrachtet und welchem Selbstverständnis sie dabei folgt. So bleibt insbesondere die Perspektive des ‚gelebten Lebens‘ – hier also der alltäglichen Meisterung widersprüchlicher, peri-urbaner Lebensbedingungen – in Planung und Politik, oft aber auch in deren Kritik, unberücksichtigt.

Victors eingangs geschilderte Darstellung der sozial-räumlichen Situation in und um die Siedlung Sierra Hermosa ist so eine gelebte Perspektive des praktischen Stadtmachens. Für ihn ist das, was Investor_innen als ‚Anlage‘, Politiker_innen als ‚Wachstum‘ und kritische Expert_innen als ‚Krise des Territoriums‘ oder ‚Mangel an Stadt‘ beschreiben (für Mexiko siehe zum Beispiel Iracheta/Eibenschutz 2010), die spezifische Bedingung der eigenen Position und ihrer Handlungsspielräume, denen er mit viel Arbeit und Geschick sein Leben abringt.

„Vor vier Jahren wurde ich aus meinem alten Job entlassen und seitdem betreibe ich dieses Geschäft. Wir wohnten in der inneren Stadt, aber aufgrund meiner Arbeitslosigkeit waren wir gezwungen, unsere Zukunft hier am Stadtrand zu gestalten. Die Situation ist aber alles andere als einfach: Es gibt hier keine Beschäftigung. Man muss also schauen, wie man sich über Wasser hält. Man muss kreativ sein in seiner Suche.“

Solch eine kreative Suche ist ein wesentliches Merkmal des Peri-urbanen. Sie ist der Versuch, auf die strukturellen Abhängigkeiten, in denen man in städtischen Peripherien gefangen ist, eine Antwort zu geben. Doch wie ist diese Suche zu verstehen? Während viele Darstellungen den Begriff der Informalität bemühen (siehe Adell 1999, Browder/Bohland/Scarpaci 1995) – welcher generell kontrovers und kritisch diskutiert wird (siehe zum Beispiel Altvater/Mahnkopf 2003, Varley 2013) –, werden die spezifischen Leistungen

der Akteur_innen, sich ihrer peri-urbanen Alltagsrealitäten anzunehmen, oft übersehen. Wie genau bringt Víctor *sich selbst* in Arbeit? Welche sozialen und physischen Gegebenheiten setzt er wie ein, um sie sich als Ressourcen seines (Über-)Lebens zu erschließen?

Um diese Fragen zu beantworten, muss man sich dem alltäglichen Tun der Stadthandelnden zuwenden und hier insbesondere den *infrastrukturellen Praktiken*, wie ich sie im Folgenden nennen möchte. Dies bedeutet, die spezifischen Handlungsweisen in den Blick zu nehmen, mittels derer sich die Akteur_innen des täglichen Lebens selbst mobilisieren, um mit dem, was zur Hand ist, über die Runden zu kommen. Für meine Definition derartiger infrastruktureller Praxis stütze ich mich auf AbdouMaliq Simones (2004) Begriff der ‚people as infrastructure‘, also auf seine Analyse eines Verbindungsprozesses, durch den Menschen in der Lage sind „soziale Strukturen aus einer Reihe singulärer Fähigkeiten und Bedürfnisse heraus zu erzeugen“ (ebd.: 410f., Übers. d. A.). Gleichzeitig richte ich die Aufmerksamkeit auf die *Handlung*, die die infrastrukturellen Verbindungsprozesse trägt, und damit auf die im sozialen wie physischen Raum handelnden Körper, insofern sich diese Körper als Infrastruktur in Arbeit setzen (für eine Übersicht zur Materialität und Körperlichkeit sozialer Praktiken siehe Reckwitz 2003: 290).

Der Mehrwert einer Betrachtung infrastruktureller Praktiken liegt darin, peri-urbane Raum-Zeit nicht von außen – und somit meistens als Krise oder Problem – zu beschreiben, sondern aus der (Innen-)Perspektive derer, die mit und in den sozio-materiellen Gegebenheiten ihr tägliches Leben gestalten. Nur so lassen sich gangbare – und lebenswerte – Wege finden, auf denen es möglich sein wird, die Herausforderungen anzunehmen. Für den planerischen Eingriff in peri-urbane Prozesse bedeutet dies, mit der charakteristischen Instabilität und Uneindeutigkeit räumlicher und zeitlicher Beziehungen umzugehen. Das Aufspüren von Wegen, das heißt die Praxis des ‚wayfinding‘ (Ingold 2000: 155) – und nicht die Definition fixer Ziele – würde somit zu einem elementaren Teil dessen, wie Planung Stadt denkt. Eine vergleichbare Forderung für ein Umdenken in der Planung findet sich bei Ananya Roy (2005), die für ein Erlernen des planerischen Umgangs mit dem ‚Unplanbaren‘ – mit den Ausnahmen der Ordnung formaler Urbanisierung‘ (ebd.: 147, Übers. d. A.) – wirbt.

Mit dem Körper die Stadt erarbeiten

Auf meinen Streifzügen durch die Felder und Neubaugebiete der Gemeinde Tecamac begegne ich Ivan auf einer Bauschutthalde neben dem Eingang einer weiteren Variation des sogenannten bezahlbaren Wohnungsbaus. Ivan steht auf einem Trümmerhaufen, den er mit einem Vorschlaghammer in Bewehrungsstahl und Beton trennt. Während wir reden, dehnt er die Antworten durch ausgiebiges Schwingen des Hammers in die Länge. Der Tagesgewinn seiner Arbeit steht im direkten Verhältnis zu der Menge an Stahl, die er recyceln kann, und somit zu der Zeit, die er tatsächlich aufwendet, um Ausführungsfehler und Überproduktionen aus der benachbarten Großbaustelle in ihre Bestandteile zu zerlegen. Genügend Bauschutt ist vorhanden, seine Arbeitskraft und -zeit aber sind begrenzt. ‚Bezahlt‘ wird Ivan beim Weiterverkauf an einen lokalen Schrotthändler pro Kilo.

„Jeder verdient an dem, was er findet“, erklärt mir Ivan sein Tun. Doch mehr als von dem – mehr oder weniger – zufälligen *Auffinden* von recyclebarem Bewehrungsstahls, zeugt seine Bemerkung von der Fähigkeit, Gebäudeschutt als Verdienstmöglichkeit zu *erkennen* und dann in eine solche zu *verwandeln*. Verdienstchancen wie diese zu finden und umzusetzen bedeutet, die Stadt und ihre Materialien ganz unmittelbar als Ressource zu lesen. Es zeigt aber auch, wie Ivan dieses Finden praktiziert: Es ist der eigene Körper, der ihm als Werkzeug dient, um sich durch harte *physische Anstrengung* diese Chancen zu erarbeiten.

Einige Kilometer nördlich, in der Gemeinde Tizayuca, liegt die Siedlung Colonia Antorcha; ein staubiges Stück Land, das erst seit Kurzem durch die Mitglieder von Antorcha Popular urbanisiert wird. Antorcha Popular ist eine soziale Bewegung beziehungsweise Organisation, die mithilfe von Landbesetzungen und Massendemonstrationen Bauland erschließt und Bleiberechte erwirkt (siehe MAN 2013).

Die Häuser hier sind alles andere als stabil. Noch immer befindet sich die urbane ‚Kolonie‘[9] auf dem, was der gültige Flächennutzungsplan als Ackerland ausweist. Darüber hinaus – so erklärt es mir die regionale Führerin der Organisation – sei das von Antorcha Popular ausgesprochene informelle Siedlungsrecht der Mitglieder an deren ‚aktive Teilnahme‘ und ‚echtes Engagement‘ gebunden (zusätzlich zur obligatorischen Gemeinschaftsarbeit und der Zahlung wöchentlicher Mitgliedsbeiträge). Die soziale Bewegung organisiert den politischen Kampf der Armen und die Armen sind im Gegenzug dazu verpflichtet, kontinuierlich die politische Masse für diesen, ihren Kampf, zu demonstrieren. Teilnahme und Engagement wirken somit als Zahlungsmittel für Bauland. Sie werden aber, und das ist der (mit-) entscheidende Punkt, lediglich in der für Manipulation und fehleranfälligen Form von Zählstrichen und Häkchen auf unterschiedlichen und ständig wechselnden Listen von ebenfalls wechselnden Mitarbeiter_innen registriert.

Jeglicher Nachweis dieser Zahlung durch Engagement ist somit doppelt prekär. Ein Umstand, der von der Führung gezielt als Herrschaftswerkzeug eingesetzt wird: Fehlt der Nachweis, kommt es in letzter Konsequenz zum Verlust des – durch Antorcha Popular kontrollierten – Grundstücks und damit ebenfalls des in Eigenleistung errichteten Hauses. Siedler_innen müssen folglich nicht nur mit Geld, Material, Präsenz und Engagement bezahlen, sondern auch sicherstellen, dass ihre Namen und Baulandnummern immer wieder richtig notiert werden und über die Zeit korrekt auf den wechselnden Listen verbleiben. Diese ‚Papier-Arbeit‘, das heißt die Strapazen, auf wechselnden Zetteln die eigene Existenz immer wieder zu verbuchen, ist nur durch den mühevollen Einsatz des eigenen, bei allen diesen Verpflichtungen anwesenden und handelnden Körpers zu bewerkstelligen.[10]

Planung als Problem

Beide Vignetten beleuchten exemplarisch die körperliche Arbeit, durch die Stadthandelnde sich selbst und ihre städtischen, stadt-werdenden Lebenswelten und Realitäten erschaffen und formen. Anhand der in ihnen skizzierten infrastrukturellen Praktiken lässt sich das Phänomen der Verstädterung aus der Erfahrung alltäglicher Handlung in den Blick nehmen. Dies wiederum

erlaubt es, das Denken der Planung in diesem Sinne und in Gegenüberstellung zur oben dargelegten neuen alten politischen Weichenstellung für die Stadtplanung zu hinterfragen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die fortschreitende Urbanisierung unseres Planeten nicht nur zu tiefgreifenden klimatischen, materiellen und biologischen Veränderungen führt, sondern auch verlangt, uns den mit diesen Veränderungen einhergehenden und zunehmenden „intellektuellen, repräsentativen und politischen Komplexitäten“ (Brenner/Madden/Wachsmuth 2011, Übers. d. A.) zu stellen. Dazu gehört auch die Frage, wie wir Städte nicht mehr nur als festgeschriebene, territorial begrenzte Objekte, sondern als sozial-räumliche Prozesse (siehe Harvey 1996, Brenner/Schmid 2015) und auch politisch-emanzipatorische Projekte (siehe Davidson/Iveson 2015) betrachten können und müssen.

Hier aber versagt die NUA der Habitat-III-Konferenz, weil sie es nicht schafft, althergebrachte Rahmen und Richtungen der Planung effektiv neu zu formulieren. ‚Prozess‘ setzt sie nach wie vor prinzipiell mit (wirtschaftlichem) Wachstum gleich, wenngleich dieses Wachstum nun nicht nur „sustained“ (UN-General Assembly 2016: 2, Paragraph 4), sondern auch „inclusive“ und „sustainable“ (ebd.) werden soll. Statt politischer Emanzipation und gemeinsamer Suche mit den Stadthandelnden nach alltagstauglichen Lösungen, strebt sie primär quantifizierbare Zielvorgaben an, wie sie im Rahmen der Agenda 2030 als Sustainable Development Goals (SDGs) formuliert wurden – auch wenn deren „inclusive and participatory [...] localization“ (UN-SDSN/GIZ 2016: 11), das heißt die beteiligungsorientierte Anpassung, Implementierung und Überwachung (Monitoring) der Agenda auf Stadtverwaltungsebene, beharrlich angemahnt wird. Die ‚neue‘ Planung dieser neuen Agenda wird infolge selbst zum Problem, weil sie den Fragen unserer Zeit mit überwiegend alten Antworten zu begegnen versucht. Ash Amin (2011: 638f.) verweist in diesem Sinne auf die Notwendigkeit, eine kritische Betrachtung der allgemeinen sozialen Transformationen – von der ‚Risikogesellschaft‘ (Beck 1996) bis zum ‚Hyper-Individualismus‘ (zum Beispiel Žižek 2009) – als Grundlage der Stadtplanung anzuerkennen.

Der eingangs eingeführte Begriff der *cityness* hingegen interveniert in diese Debatte, indem durch ihn die Parameter unseres Stadtverständnisses anders zu bestimmen versucht werden. Die Stadt wird durch ihn als das Herstellen von ‚folgenreichen Verbindungen‘, als vielfältige „intersection of differences that actually produces something new; whether good or bad“ (Sassen 2010: 14), also, wie bereits erwähnt, in erster Linie als soziale Praxis, verstanden.[11] Den Fragen unserer Zeit nimmt sich *cityness* dabei unmittelbar an. Pieterse (2010: 9, 11) zum Beispiel beschreibt, wie durch die Betrachtung der von täglicher Gewalt geprägten Körper auch die strukturellen Ursachen solcher Gewalt in den Blick geraten, und das in entscheidendem Maße, *ohne* blind auf deren emanzipatorische Lösung zu hoffen. AbdouMaliq Simone (2010a: 3ff.) weist darüber hinaus ausdrücklich darauf hin, dass die westliche Stadttheorie und -planung sich schwer tue – oder sich verweigere –, das im Begriff der *cityness* beschriebene vielschichtige Stadtwerden im Handeln anzuerkennen. Es durchkreuze nämlich deren Versuche, alle „unruly yet dynamic“ (ebd.: 12) Entfaltungen des sozialen Raums streng zu regulieren. *Cityness* ins Visier zu nehmen kann daher

auch als Anliegen „kognitiver Gerechtigkeit“ (de Sousa Santos 2014: 237, Übers. d. A.) betrachtet werden. Alternative Erkenntnisformen zu einer eurozentrischen, weißen und männlich-dominierten Wissensproduktion werden so in den Vordergrund gerückt. Es geht im Kern also nicht nur um eine Kritik an ‚falscher‘ (Stadt-)Planung, sondern um die kritische Revision der Erkenntnisweise und Seinsform der Planung selbst.

Das Denken und Handeln der Planung

Jegliche Planung, so auch die Planung unserer Städte, basiert grundsätzlich auf dem Anspruch, einen wünschenswerten Sollzustand der Welt, inklusive dessen Herbeiführung, vorab auszumalen (siehe Rittel 2012: 16). Für ihre Eingriffe in städtisches Werden strebt Stadtplanung also eine Abfolge an, in der zuerst gedacht und dann gehandelt werden soll. Unwissenheit und Spontaneität, so die Sorge, würden sonst zu fehlerhaften Entwicklungen führen (siehe ebd.: 15). Dies gilt sowohl für Planungsansätze, die danach trachten, das Stadtleben von einer Position der wissenschaftlich gestützten Übersicht aus zu lenken, wie auch für solche, die – im Gegensatz dazu – auf Abwägen und demokratische Konsultationen setzen (siehe Amin 2011: 632f.). Beide Haltungen – die der „knowing tradition“ (ebd.) und die der „deliberative tradition“ (ebd.) – bedingen, das Handeln der Planung in ihrem Kern als zeitliches Nacheinander von Erkenntnis und vorbeugender Abhilfe zu denken. Diese Herangehensweise kommt jedoch zu ihrem Preis: Um der Realität steuernd vorzugreifen muss jegliche Planung diese in Modelle und Konzepte überführen, die sie ihren Denkstrukturen entsprechend manipuliert. Die Freiheit, die sie dabei hat, ist zugleich der Abweg von ihrem Anspruch auf objektive Gültigkeit. Beschreibung und Lösung des ‚Problems‘ bedingen sich gegenseitig, sodass trotz ihrer großen Wirkung auf die Bevölkerung „ein notorischer Mangel an ‚hinreichender Begründung‘ [besteht,] eine bestimmte Handlungsmöglichkeit und keine andere zu wählen.“ (Rittel 2012: 33).

Vergleichen wir dieses Planungsdenken nun mit der Art und Weise wie Ivan sich aus dem Istzustand heraus dem Sollzustand der Welt annimmt. Ivan baut gewissermaßen auf das, was Planung als größte Fehlerquellen beschreibt: auf Unwissenheit und Spontaneität. Er kann dies aufgrund einer Fehleinschätzung tun, welcher die Planung aufgesessen ist. ‚Unwissenheit‘ nämlich bedeutet hier ganz und gar nicht *ohne* Wissen zu sein, sondern beschreibt ein *praktisches* Wissen, bei dem das Denken in das Handeln eingeschrieben ist, statt Beides zu trennen und nacheinander zu verfolgen. Ivan denkt das Stadtwerden und das Werden seiner selbst in dieser Stadt *im* Handeln, dass heißt während er durch körperliche Arbeit die Stadt als Ressource nutzbar macht und sich selber, im Sinne des Begriffs der *cityness*, in folgenreiche Verbindung mit ihr setzt.

Ebenso erlaubt die zweite Vignette einen Blick auf das Denken und Handeln der Planung. Die Siedler_innen der Colonia Antorcha hinterfragen hier implizit deren Herrschafts- und Objektivitätsanspruch. Wie Horst Rittel (2012: 22ff.) darlegt, beruhe die Antizipation der Welt anhand von Plänen eben nicht auf allgemeingültigen Kriterien, sondern immer auf subjektiver Argumentation und Kompromiss. Sie ist – so meine ich – auch umso erfolgreicher (und nachhaltiger), je mehr sie durch Verhandlung,

statt durch Machtanwendung, getragen wird. Das bedeutet aber, dass sich Stadtplanung nach beiden von Amin beschriebenen Traditionen nicht weiter von (körperlichen) Aushandlungen der eigenen Existenz – wie im Beispiel der ‚Papier-Arbeit‘ skizziert – unterscheidet. Auch in der *top-down*-Planung findet sich das Prinzip, durch Anwesenheit Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen, nur dass die meisten unmittelbar Stadthandelnden, wie auch viele andere zivilgesellschaftlichen Kräfte, oft von diesem Prozess ausgeschlossen bleiben. Diejenigen, die beteiligt werden, befinden sich entsprechend in einer privilegierten Position: Nur sie erhalten die Möglichkeit, die Lage ihren Sichtweisen und Interessen entsprechend zu interpretieren und sie in den konzipierten Planungswerkzeugen in ihrem Sinne festzuschreiben. Dabei zeigt sich, dass auch der Staat – hier als ‚oberste Instanz‘ formaler, sozial-räumlicher Planung verstanden – als „umstrittene[s] Produkt formeller und informeller Praktiken“ (Marston 2004: 5) verstanden werden muss, zu dem eine Vielzahl an Subjekten an einer Vielzahl von Orten beitragen.

Wohnen statt Bauen

Die Revision des Denkens und Handelns der Planung kann anhand der Gegenüberstellung mit praktischen Akten städtischen Werdens aus Mexiko-Stadt auch noch grundsätzlicher formuliert werden. Dann wäre zu fragen: Wie können wir die enge Beziehung zwischen Stadtplanung und *Bauen* von Stadt kritisch reflektieren und alternativ den Blick dem *Bewohnen* von Stadt zuwenden?

Mit der ‚dwelling perspective‘ (Perspektive des Wohnens) verweist der Ethnologe Tim Ingold (2000) auf das In-der-Welt-sein und das Wissen-um-die-Welt. Diese ergäben sich aus dem aktiven Engagement mit den Bestandteilen dieser bewohnten, in Vereinigung gelebten, beständig werdenden Welt. Die ‚dwelling perspective‘ stünde wiederum im Gegensatz zu einer ‚building perspective‘ (Perspektive des Bauens), in der die Welt losgelöst von praktischer Erkenntnis auf der Grundlage von zuvor erdachten Bildern und eben nicht aus und mit dem Leben wachse, sondern dem Leben von ‚außen‘ und ‚vorab‘ übergestülpt werde (siehe ebd.: 11ff.). Das Werkzeug dafür ist der Plan, welcher Entwicklungen festschreibt, indem er Endpunkte formuliert, bevor die Reise überhaupt begonnen wurde. Sollzustände können so nicht nur von Istzuständen entkoppelt formuliert werden, sondern wirken quasi auch aus der Zukunft auf die Gegenwart zurück. Die Perspektive des Wohnens, im Gegenzug, beschreibt ein Erkennen und Gestalten der Welt im lebendigen Engagement mit ihr. Das, so Ingold (2012), sei ein ‚thinking through making‘, ein Denken durch Machen, im Umgang mit gegenwärtigen Istzuständen. Diesem *schaffenden* Denken sei zueigen, dass es einerseits „mit der Phantasie vorangeht“ (ebd., Übers. d. A.), während es diesen Vorwärtsimpuls andererseits „mit den langsamen Bewegungen der Arbeit an den Materialien [des Lebens]“ (ebd., Übers. d. A.) abwäge. Für unseren Fall beschreibt dies also eine *Vorstellung* von Stadt, welche aus der Arbeit an den Materialien der Stadt im Hier und Jetzt erwächst.

Stadddenken durch Stadtwohnen

Wie also könnte eine entsprechende Planung aussehen, die sich durch ihre unmittelbare Arbeit an der Stadt, durch ihr *Stadddenken* im alltäglichen *Stadthandeln*, qualifiziert?

Zunächst rüttelt ein Zugang über Handeln und Wohnen an den Grundfesten des Plans in der Planung. Statt noch nicht existente Räume vorab festzuschreiben, müssten Raumprozesse und deren Wege vorausblickend gefühlt werden. Das bedeutet, *Stadterfahrungen* – wie die von Ivan oder der Bewohner_innen aus der Colonia Antorcha – als Wegweiser anzunehmen. Aller Raum hat seinen Ursprung im Körper, aller Raum wirkt auf den Körper hat schon Henri Lefebvre (2009: 169ff.) sinngemäß propagiert und damit den handelnden Menschen ins Zentrum der Raumproduktion gerückt.

Zudem ist es unablässig, das Gespräch zu kultivieren. Besser noch: viele Gespräche zu kultivieren. Denn je mehr Wahrnehmungen zur Sprache kommen, desto besser lässt sich die Komplexität des Stadtwerdens beschreiben. Gesellschaft und Politik müssen dafür einen Rahmen schaffen, in dem *Stadtnutzer_innen* (Stadthandelnde) mit den gleichen Rechten und Fähigkeiten sprechen können wie *Stadtverwerter_innen* (zum Beispiel Investor_innen). Die im Habitat-III-Prozess enthaltene Kritik an ‚alter‘ Planungspraxis ist also trotz ihrer Mängel ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Vor allem aber sind es die Recht-auf-Stadt-Bewegungen weltweit, die für eine gelebte, leibliche Perspektive des Wohnens eintreten. Nur finden sie in den meisten Planungsprozessen noch immer zu wenig Gehör oder verkommen zu Veranstaltungen derer, die sowieso schon „Zentralität und ihre Bewegungen“ (Lefebvre 2008: 150) dominieren (siehe zu dieser Gefahr zum Beispiel Marcuse 2009).

Folglich müsste man Stadtplanung als *Stadthandeln* und Städtebau als *Städtewohnen* neu denken. Dies beinhaltet in und mit der Welt zu lernen, um Stadt gemeinsam zu gestalten. Weniger sollte es darum gehen, a priori formulierte Bilder zu produzieren; eine Forderungen die sicherlich nicht neu ist, wohl aber relevant bleibt.[12] Technisches und gestalterisches Fachwissen in allen Ehren, bedarf es einer „Kunst des Zuhörens“ (Back 2007), der Inklusion, Moderation und des prozessualen Denkens. Aus der Sprache der Betriebswirtschaft entlehnt, würde dieses Zuhören einem ‚pull planning‘ (siehe Alfasi/Portugali 2004) – im Unterschied zum ‚push planning‘ (ebd.) – ähneln. Allerdings einem, welches *allen* Akteur_innen und räumlichen Gegebenheiten Gehör schenkt. Dies bedeutet, dass Entwicklungsentscheidungen nicht nach Plan ‚gedrückt‘, sondern just in time und ad-hoc auf der Basis sozio-physischer Konstellationen ‚gezogen‘ würden. Ganz so, wie es in „subaltern“ (Roy 2011) oder gar „insurgent“ (Holston 2009) Urbanisierungsprozessen bereits der Fall ist.

Dafür wiederum bedarf es der Stärkung der Urban Studies, also der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung, in Politik und Planung (siehe McPhearson et al. 2016) sowie der kontinuierlichen, kritischen Reflexion des eigenen Tuns. Es gilt, Istzustände städtischen Werdens erkennend zu begleiten, *ohne* Momentaufnahmen des Jetzt einseitig in die Zukunft zu extrapolieren wenn, entsprechend der „epistemischen Freiheit“ (Rittel 2012: 32) der Planung, die planenden Institutionen und Subjekte, je nach Interpretation und Haltung,

diese umdeuten. Die Formulierung und Durchsetzung von Sollzuständen würden dadurch komplizierter, Sicherheiten und Kontrolle müssten zu weiten Teilen aufgegeben werden. Städtische Prozesse mit ihren sozialen Verflechtungen und physisch-räumlichen Wechselwirkungen würden so aber nicht nur greifbarer, sondern vor allem auch zu bewussten und immer neuen Ausgangspunkten. Gesamtstädtische Entwicklungen wären folglich als Effekt gradueller Anpassung und Akkumulation, nicht durch Vorwegnahme und standardisierte Vervielfältigung, beschrieben (siehe Tonkiss 2014: 167). In anderen Worten, die Zukunft der Stadt würde als das Beschreiten von *Wegen* und derer Verbindungen gedacht, nicht als *Visionen*. Anteilnahme am Werden der Stadt zu wecken und Möglichkeitsräume aufzuzeigen, wäre dann nicht die Aufgabe projizierter Bilder (siehe Healey 2007, Hillier 2007), sondern sie würden der gemeinsamen, praktischen Erfahrung am (physischen) Material des gelebten Raumes entspringen. Ash Amin beschreibt ein vergleichbares Vorwärtstasten entlang der Wechselwirkungen von Mensch und Materie als ein „pragmatisches Handeln in einer ungewissen Welt“ (2011: 640; Übers. d. A.). Die pragmatische Planung, die er daraus ableitet, skizziert er als eine vielstimmige und fortwährende Reise, „freighted with contingency, constraint, and surprise, and therefore in need of continual audit, update, and adjustment“ (ebd.).

Bewegung handhaben

Jeden Morgen stehen Eduardo und seine Frau mit ihrer Obstpresse und kistenweise Orangen auf dem Bürgersteig der Zufahrtsstraße von Sierra Hermosa. Erst kürzlich hat es sie – auf der Suche nach einer Gelegenheit, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen – hierher verschlagen. Zum einen basiert ihr Getränkestand nun auf einem ausgedehnten Familiennetzwerk, zum anderen auf einem praktischem Lernen mit der Stadt, welches Eduardo folgendermaßen beschreibt: „Als erstes kamen wir und schauten, wie sich die Dinge bewegen würden“.

Solches *Bewegungssehen* ist eine zentrale Kompetenz für das Leben am Rand von Stadt und Gesellschaft, wo herkömmliche Infrastruktur und Arbeit, Teilhabe und Sicherheit weitgehend fehlen. Es ist zudem auch die praktische Bestätigung dessen, was in gängigen Stadtbeschreibungen zumeist übersehen wird: Dinge – und die Stadt in ihrer Summe – bewegen sich. Eduardo und seine Frau wussten, dass sie nicht nur sich selbst in Bewegung bringen, sondern ihre eigene in die Bewegungen Anderer einschreiben mussten.

Ermutigt durch den Anfangserfolg außerhalb ihrer neuen Wohnung zogen sie bald weiter und versuchten, sich die Bewegungen der örtlichen Schule zu erschließen. Hier jedoch verhielten sich die Dinge anders: Mehr Konkurrenz, mehr formale Kontrolle und mehr informelle Regeln bestimmten das Geschehen. Weil sie Bestechungsgelder zu zahlen ablehnten, zogen sie an die Hauptstraße. Eduardo erzählt von diesem ‚Lernen im Handeln‘ und spezifiziert: Nicht Bewegungen als solche gälte es zu erkennen, nicht das *Wissen (knowledge)* über Bewegung führe zum Erfolg, sondern „zu wissen wie man Bewegung in der Praxis handhabt.“ Wie in Ingolds Darstellung ist dieses *wissen (knowing)* ein Verb, eine Handlung, ein Prozess und eine Kunst, mit den Materialien des Lebens umzugehen. In seinen erkenntnistheoretischen

Grundlagen gab Ludwik Fleck schon 1929 zu bedenken, dass Erkennen „weder passive Kontemplation, noch Erwerb einzig möglicher Einsicht im fertig Gegebenen“ (1929: 426) sei, sondern „ein tätiges, lebendiges Beziehungseingehen, ein Umformen und Umgeformtwerden, kurz ein Schaffen“ (ebd.).

Konkret bedeutet dies, dass Chancen identifiziert und verfolgt werden, indem Bewegungen navigiert (siehe Vigh 2009) und Verbindungen geknüpft und gelöst werden. Sie können aus dem Blauen heraus entstehen und auch wieder vergehen (siehe Simone 2010b). Es sind diese Bewegungen, die eigenen und die fremden, bei denen man – in Anlehnung an Eduardos Worte – Hand anlegen muss (*handling movement*), um sie zu lenken. Was wäre, wenn Stadtplanung in der Lage wäre, auf ähnliche Weise Bewegung durch Bewegung in die Hand zu nehmen und aus dieser doppelten Prozessualität ihre Kraft und Kunst zu schöpfen? Perspektiven und Begriffe, die aus der Lebenspraxis der Stadt entwickelt werden, können dabei helfen, Denkmuster der Stadtplanung zu hinterfragen. Dies ist ein wesentlicher Schritt, um die Art und Weise, wie Problemlagen und deren Lösungen diagnostiziert und planerisch angegangen werden, zu reflektieren (siehe Roy 2005: 150). Ist die Stadt also oder deren Planung das ‚Problem‘? Beide, möchte man antworten, sind Wegbewegungen, die sich folgenreich kreuzen.

Endnoten

- [1] Tagung: UrbanTopias. Discussing the Challenges of Changing Cities, 27.-29.10. 2016. Center for Metropolitan Studies, TU Berlin.
- [2] Tagung: Wie plant die Planung. 27.-29.10. 2016. Universität Hamburg und HafenCity Universität.
- [3] Tagung: Inside Planning: Exploring the Practices and Cities of Urban Planning. 12.-13.9. 2016. Munich Center for Technology in Society, TU München.
- [4] Ich tue dies in Anlehnung an die von de Certeau beschriebenen „ordinary practitioners of the city“ (1988: 93).
- [5] An anderer Stelle habe ich dazu zum Beispiel ‚stadt-machende‘ Praktiken an einer informellen Bushaltestelle in den Blick genommen (siehe von Wissel 2016a).
- [6] Alle Übersetzungen aus dem Spanischen und Englischen erfolgten durch den Autoren.
- [7] Zu der unglücklichen Zerteilung städtischer Forschung in einen Strang der Theoriebildung anhand westlicher Städte im Rahmen der Urban Studies und einen Strang mit Fokus auf die Entwicklungshilfe für Städte des globalen Südens im Rahmen der International Development Studies siehe Robinson (2002).
- [8] Die Gemeinde Tecamac hat zum Beispiel erst 2003 ihren ersten Flächennutzungsplan erlassen. Alle raumplanerischen Entscheidungen wurden bis dahin ohne Einbeziehung lokaler Akteur_innen in der Zentralverwaltung des Bundeslandes in Toluca getroffen.
- [9] Ich verwende hier bewusst die direkte, aber ungebräuchliche Übersetzung des spanischen ‚colonia‘, um auf die Abhängigkeit der Siedlung vom urbanen ‚Mutterland‘ zu verweisen.
- [10] Für eine genaue Darstellung der Arbeitsweise und Organisationsformen dieser Bewegung siehe von Wissel 2016b; 2017.
- [11] Er tut so zunächst unabhängig von der Frage, ob das Ergebnis dieser Praxis nach dem einen oder anderen Kriterium als ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ zu bewerten sei.
- [12] Für eine entsprechende Diskussion mit Bezug auf den peri-urbanen Raum steht zum Beispiel die Arbeit von Adrian Atkinson (1999). In Sachen Bürger_innenbeteiligung in der Stadtentwicklung: Wenngleich unter damals anderen Rahmenbedingungen – zum Beispiel hinsichtlich Finanzialisierung und Gentrifikation –, ist das Wirken von

Hardt-Waltherr Hämer zu nennen, der mit seiner ‚behutsamen Stadterneuerung‘ im Zuge der Berliner Internationalen Bauausstellung von 1984/87 (dem Teil, der als Altbau-IBA bezeichnet wird) in Deutschland und darüber hinaus ein Umdenken eingeleitet hat (siehe Schilling 2002, Brech 1993).

Autor_innen

Christian von Wissel ist Architekt und Stadtsoziologe, arbeitet u. a. zu den Themen peri-urbaner Raum, Informalität, Materialität und Wahrnehmung sowie soziale Nachhaltigkeit. c.von-wissel@tu-braunschweig.de

Literatur

- Adell, Germán (1999): *Theories and Models of the Peri-Urban Interface: A Changing Conceptual Landscape*. London: Development Planning Unit, University College London.
- Aguilar, Adrian Guillermo / Escamilla, Irma (Hg.) (2011): *Periurbanización y sustentabilidad en grandes ciudades*. Mexiko Stadt: Cámara de Diputados / Universidad Nacional Autónoma de México, Instituto de Geografía / Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología / Miguel Ángel Porrúa.
- Aguilar, Adrian Guillermo / Ward, Peter (2003): Globalization, regional development, and mega-city expansion in Latin America: Analyzing Mexico City's peri-urban hinterland. In: *Cities* 20/1, 3-21.
- Alfasi, Nurit / Portugali, Juval (2004): Planning just-in-time versus planning just-in-case. In: *Cities* 21/1, 29-39.
- Allen, Adriana / da Silva, Nilvo / Corubolo, Enrico (1999): *Environmental Problems and Opportunities of the Peri-Urban Interface and Their Impact Upon the Poor*. London: Development Planning Unit, University College London.
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2003): Die Informalisierung des urbanen Raumes. In: *Neue Gesellschaft für bildende Kunst (nGbK) (Hg.) Learning from*: Städte von Welt, Phantasmen der Zivilgesellschaft, informelle Organisation*. MetroZones 2. Berlin: Neue Gesellschaft für bildende Kunst, 17-30.
- Amin, Ash (2011): Urban planning in an uncertain world. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *The New Blackwell Companion to the City*. Oxford/Malden: Wiley-Blackwell, 631-642.
- Amin, Ash (2013): Telescopic urbanism and the poor. In: *City* 17/4, 476-492.
- Atkinson, Adrian (1999): *Principles and Components of a Strategic EPM [Environmental Planning and Management] Process Relevant to the Peri-Urban Interface (PUI)*. London: Development Planning Unit, University College London.
- Atkinson, Adrian (2013): Readjusting to reality. In: *City* 17/1, 85-96.
- Back, Les (2007): *The Art of Listening*. Oxford/New York: Berg.
- Beck, Ulrich (1996): *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brech, Joachim (Hg.) (1993): *Neue Wege der Planungskultur: Orientierungen in der Zeit des Umbruchs*. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011): Assemblage urbanism and the challenges of critical urban theory. In: *City* 15/2, 225-240.
- Brenner, Neil / Marcuse, Peter / Mayer, Margit (2011): *Cities for People, Not for Profit: Critical Urban Theory and the Right to the City*. Abingdon/New York: Routledge.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian, 2015. Towards a new epistemology of the urban? In: *City* 19/2-3, 151-182.
- Browder, John O. / Bohland, James R. / Scarpaci, Joseph L. (1995): Patterns of development on the metropolitan fringe: urban fringe expansion in Bangkok, Jakarta, and Santiago. In: *Journal of the American Planning Association* 61/3, 310-327.
- Clark, Andrew / Emmel, Nick (2009): *The Methods Used in Connected Lives: Investigating networks, neighbourhoods and communities*. NCRM Working Paper. ESRC National Centre for Research Methods, University of Manchester. <http://eprints.ncrm.ac.uk/800/> (letzter Zugriff am 21.2.2017).

- de Certeau, Michel (1988): *The Practice of Everyday Life*. Berkeley: University of California Press.
- Davidson, Mark / Iveson, Kurt (2015): Beyond city limits. In: *City* 19/5, 646-664.
- Fatheuer, Thomas (2011): *Buen Vivir: Recht auf gutes Leben*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Fleck, Ludwik (1929): Zur Krise der „Wirklichkeit“. In: *Die Naturwissenschaften* 17/23, 425-430.
- Gilbert, Liette / de Jong, Feike (2015): Entanglements of periphery and Informality in Mexico City. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39/3, 518-532.
- Guarneros-Meza, Valeria (2009): Mexican urban governance: how old and new institutions coexist and interact. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/2, 463-482.
- Guse, Juan S, (2017): Zu Gast bei der UN: Ein kafkaesker Moloch der Bürokratie? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.1.2017.
- Harvey, David (1996): Cities or urbanization? In: *City* 1/1-2, 38-61.
- Healey, Patsy (2007): *Urban Complexity and Spatial Strategies: Towards a Relational Planning for Our Times*. London: Routledge.
- Hillier, Jean (2007): *Stretching Beyond the Horizon: A Multiplanar Theory of Spatial Planning and Governance*. Aldershot/Burlington: Ashgate.
- Herrberg, Anne (2016): Habitat-Konferenz in Quito – Städte sind mehr als Gebäude, Deutschlandfunk: Umwelt und Verbraucher, http://www.deutschlandfunk.de/habitat-konferenz-in-quito-staedte-sind-mehr-als-gebaeude.697.de.html?dram:article_id=369199 (letzter Zugriff am 21.2.2017).
- Hoggart, Keith (2005): City hinterlands in european space. In: Keith Hoggart (Hg.): *The City's Hinterland: Dynamism and Divergence in Europe's Peri-Urban Territories*. Aldershot/Burlington: Ashgate, 1-18.
- Holston, James (2009): Insurgent citizenship in an era of global urban peripheries. In: *City & Society* 21/2, 245-267.
- Huamán Herrera, Elías Antonio (2014): El ‚margen‘ de las normas urbanas en la periferia. Ciudad de México y Lisboa. In: Armando Cisneros Sosa (Hg.), *Ciudad de México: problemáticas y perspectivas*. México D.F.: Universidad Autónoma Metropolitana, Unidad Azcapotzalco, 39-79.
- Ingold, Tim (2000): *The Perception of the Environment: Essays on Livelihood, Dwelling and Skill*. London/New York: Routledge.
- Ingold, Tim (2012): Thinking through making. Vortrag am Institute for Northern Culture. Videodokumentation von Jouni Väitalo. <https://www.youtube.com/watch?v=Ygne72-4zyo> (letzter Zugriff am 22.11.2016).
- Iracheta, Alfonso / Eibenschutz, Roberto (2010): Declaración de Foropolis: por una política de estado para las ciudades mexicanas. Foropolis. <http://www.fiurb.org/wp-content/uploads/2014/04/Declaratoria-FOROPOLIS1.pdf> (letzter Zugriff am 22.11.2016).
- Iracheta, Alfonso / Smolka, Martim O. (2000): Access to serviced land for the urban poor: the regularization paradox in Mexico. In: *Economía, Sociedad y Territorio* 2/8, 757-789.
- Jones, Gareth / Ward, Peter (1998): Privatizing the commons: reforming the ejido and urban development in Mexico. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 22/1, 76-93.
- Kusenbach, Margarethe (2003): Street Phenomenology. In: *Ethnography* 4/3, 455-485.
- Lefebvre, Henri (2008): *The Urban Revolution*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lefebvre, Henri (2009): *The Production of Space*. Malden/Oxford: Blackwell.
- Lipietz, Barbara (2016): Urban transformations: the new urban agenda – challenges, opportunities and DPU contributions to a new framework for a sustainable future. In: *dpu_news* 60, 2-7.
- MAN, Movimiento Antorcha Nacional (2013): ¿Qué es el Movimiento Antorchista? In: *Quines somos*. <http://www.antorchacampesina.org.mx/quienessomos.php> (letzter Zugriff am 22.11.2016).
- Marcuse, Peter (2009): From critical urban theory to the right to the city. In: *City* 13/2, 185-197.
- Marston, Sallie A. (2004): Space, culture, state: uneven developments in political geography. In: *Political Geography* 23/1, 1-16.
- McGregor, Duncan / Simon, David / Thompson, Donald (Hg.) (2006): *The Peri-Urban Interface: Approaches to Sustainable Natural and Human Resource Use*. London: Earthscan / James & James.

- McPhearson, Timon / Parnell, Susan / Simon, David / Gaffney, Owen / Elmquist, Thomas / Bai, Xuemei / Roberts, Debra / Revi, Aromar (2016): Scientists must have a say in the future of cities. In: *Nature* 538, 165-166.
- Monkkonen, Paavo (2011): The housing transition in Mexico expanding access to housing finance. In: *Urban Affairs Review* 47/5, 672-695.
- Moreno, Louis (2014): The urban process under financialised capitalism. In: *City* 18/3, 244-268.
- Nivón Bolán, Eduardo (2005): Hacia una antropología de las periferias urbanas. In: Nestor García Canclini (Hg.), *La antropología urbana en México*. México D.F.: Consejo Nacional para la Cultura y las Artes / Universidad Autónoma Metropolitana / Fondo de Cultura Económica, 140-167.
- Pieterse, Edgar (2010): *Cityness and African Urban Development*. Helsinki: UNU World Institute for Development Economics Research (UNU-WIDER).
- Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken: Eine sozialtheoretische Perspektive. In: *Zeitschrift für Soziologie* 32/4, 282-301.
- Rittel, Horst (2012): Die Denkweise von Designern (mit einer Einführung von Wolf Reuter und einem Interview von 1971). *Studienhefte Problemorientiertes Design* 1. Hamburg: Adocs.
- Robinson, Jennifer (2002): Global and World Cities: a view from off the map. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26/3, 531-54.
- Roy, Ananya (2005): Urban informality: toward an epistemology of planning. In: *Journal of the American Planning Association* 71/2, 147-158.
- Roy, Ananya (2011): Slumdog cities: rethinking subaltern urbanism. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/2, 223-238.
- Roy, Ananya / AlSayyad, Nezar (Hg.) (2004): *Urban Informality: Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia*. Lanham: Lexington Books.
- Salazar, Clara Eugenia (Hg.) (2012): *Irregular: suelo y mercado en América Latina*. México D.F.: El Colegio de Mexico.
- Sassen, Saskia (2010): Cityness: roaming thoughts about making and experiencing cityness. In: *ex aequo* 22, 13-18.
- Satterthwaite, David (2016): A new urban agenda? In: *Environment and Urbanization* 28/1, 3-12.
- Schilling, Rudolf (2002): Behutsame Stadterneuerung. In: Manfred Sack (Hg.), *Stadt im Kopf: Hardt-Waltherr Hämer*. Berlin: Jovis, 179-215.
- Schteingart, Martha (2007): *Urban Problems and Policies in Latin America. Truths and Fallacies*. Nairobi: UN-Habitat.
- Simone, AbdouMaliq (2010a): *City Life from Jakarta to Dakar: Movements at the Crossroad*. London/New York: Routledge.
- Simone, AbdouMaliq (2010b): On intersections, anticipations, and provisional publics: remaking district life in Jakarta. In: *Urban Geography* 31, 285-308.
- Simone, AbdouMaliq (2004): People as infrastructure: intersecting fragments in Johannesburg. In: *Public Culture* 16/3, 407-429.
- de Sousa Santos, Boaventura (2014): *Epistemologies of the South: Justice Against Epistemicide*. London: Routledge.
- Tonkiss, Fran (2014): From Austerity to Audacity: Make-shift Urbanism and the Post-crisis City [Von Sparsamkeit zu Wagemut: durch ‚Make-shift-Urbanismus‘ zur Stadt nach der Krise]. In: Francesca Ferguson / *Urban Drift Projects* (Hg.), *Make_Shift City: Renegotiating the Urban Commons [Die Neuverhandlung des Urbanen]*. Berlin: Jovis, 165-171.
- UN-General Assembly, Seventy-first session (2016): New urban agenda: draft resolution submitted by the president of the general assembly. <http://habitat3.org/wp-content/uploads/N1639668-English.pdf> (letzter Zugriff am 21.2.2017).
- UN-Habitat, United Nations Human Settlements Programme (2013): *The „spatial-fix“ – transforming the city: towards Habitat III. Some critical reflections – concept note*. unpublished working document.
- UN-SDSN, United Nations Sustainable Development Solutions Network / GIZ, German Cooperation (2016) (Hg.): *Getting Started with the SDGs [Sustainable Development Goals] in Cities: A Guide for Stakeholders*. Paris/New York: United Nations Sustainable Development Solutions Network. <http://unsdsn.org/wp-content/uploads/2016/07/9.1.8.-Cities-SDG-Guide.pdf> (letzter Zugriff am 5.5.2017).

- Varley, Ann (2013): Postcolonialising informality? In: *Environment and Planning D: Society and Space* 31/1, 4-22.
- Varley, Ann (1985): Urbanization and agrarian law: the case of Mexico City. In: *Bulletin of Latin American Research* 4/1, 1-16.
- Vigh, Hendrik (2009): Motion squared: a second look at the concept of social navigation. In: *Anthropological Theory* 9/4, 419-438.
- von Wissel, Christian (2017): Governing through uncertainty: reproducing the state to the inside of the informal building sector in Mexico City. Vortrag auf dem AAG Annual Meeting (5.-9.4.). Boston.
- von Wissel, Christian (2016a): Taking the bus in peri-urban Mexico City: bodily perspectives on own and urban becoming. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 34/6, 1063-1079.
- von Wissel, Christian (2016b): 'Paper work': uncovering Corporal 'labour of presence' of peri-urban settlers in Mexico City. Vortrag auf dem 3. ISA Forum of Sociology (10.-14.7.). Wien.
- von Wissel, Christian (2012): So far so close: compact periphery as a way of life. In: *Volume* 32, 16-22.
- Ziccardi, Alicia / González Reynoso, Arsenio (Hg.) (2012): *México: Perfil del sector de la vivienda*. México D.F.: UNAM Programa Universitario de Estudios sobre la Ciudad / Comisión Nacional de Vivienda / UN-Habitat.
- Žižek, Slavoj (2009): *Violence: Six Sideways Reflections*. London: Profile Books.

Queer inclusive planning

Raumansprüche und queeres Selbstverständnis in einer heteronormativen Gesellschaft

Rogério de Jesus Pereira Lopes

Einleitung

Während auf politischer und gesellschaftlicher Ebene in zunehmendem Umfang darüber diskutiert wird, inwieweit Minderheiten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft gleichgestellt und geschützt werden sollen (vgl. de Tomás 2016, Horchler 2016, Scally 2015), setzt sich insbesondere die Stadtplanung nur unzureichend mit den Bedürfnissen verschiedener sozialer Gruppen auseinander (vgl. Fincher/Iveson 2008: 1f.). Dies ist hinsichtlich ihrer Funktion als „conscious effort to direct social processes to attain goals“ (Fainstein/Fainstein 1996: 256) kritisch zu hinterfragen. So ist davon auszugehen, dass verschiedene planerische Maßnahmen und Strategien sowie deren Implementierung einen wesentlichen Einfluss auf soziale Praktiken und das Miteinander in der Gesellschaft haben (vgl. Fainstein/Fainstein 1996: 256).

Trotz oder gerade wegen der unzureichenden Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen unterschiedlicher sozialer Gruppen, ist im Laufe der Jahre eine zunehmende Einbindung partizipatorischer Planungsmaßnahmen zu erkennen (vgl. Diebäcker 2008: 279f.). Diese stehen im Zusammenhang mit dem *communicative turn*. Damit wird die Veränderung des Planungsverständnisses von einem technokratisch organisierten und *top-down* orientierten Prozess zu einem flexibleren, *bottom-up*- und konsensbasierten Prozess beschrieben (vgl. Kühn 2008: 231f.). So haben vor allem Beteiligungsprozesse auf Quartiers- und Stadtebene derzeit eine immer größer werdende Bedeutung.

Der beschriebene Paradigmenwechsel in Bezug auf die Einbindung von Bedürfnissen der Stadtgesellschaft sowie die zunehmende Bedeutung von Diversität in heutigen Gesellschaften klammern jedoch die Bedürfnisse und Ansprüche geschlechtlicher und sexueller Minderheiten aus (vgl. Doan 2011a: 1ff.). Dies hat möglicherweise Folgen für das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein queerer Bürger_innen, da eine Ausklammerung von Bedürfnissen sozialer Minderheiten zu einer Herabwürdigung ihrer Identitäten führt (vgl. Schulz 2009: 18f.). In Bezug auf die Rolle von Queers in der

Stadtplanung möchte ich deshalb in diesem Essay diskutieren, welche Raumansprüche Queers haben und inwiefern ein *queer inclusive planning* Ansatz in der Stadtplanung weiterentwickelt werden sollte. Nach einer Definition des Begriffes ‚queer‘ werden die Ziele des *queer inclusive planning* Ansatzes dargelegt, um in einem weiteren Abschnitt exemplarische Raumansprüche von Queers vorzustellen. Im letzten Teil des Textes werden die Potentiale und Herausforderungen eines *queer inclusive planning* Ansatzes zusammengefasst und diskutiert.

Queers in einer heteronormativen Gesellschaft

Unter dem Label Queers versammeln sich Menschen sehr unterschiedlicher Lebensrealitäten (vgl. Jagose 1996: 17f.). Gemeinhin bezeichnen sich Menschen als queer, die Kritik an der heteronormativ und zweigeschlechtlich ausgerichteten Gesellschaft üben und beziehungsweise oder sich selbst in diesem Spektrum nicht wiederfinden. Hierbei wird Heteronormativität als Gesellschaftsmodell verstanden, welches „Heterosexualität als Norm der Gesellschaftsverhältnisse [...] [sowie] symbolische Ordnung [begrift] und das Gefüge der gesellschaftlichen Organisation strukturiert“ (Wagenknecht 2007: 17). Ebenso wird von lediglich zwei möglichen Geschlechtszuordnungen ausgegangen (vgl. ebd.). Insbesondere definieren sich solche Individuen als queer, die nicht (ausschließlich) heterosexuell leben und beziehungsweise oder nicht in das zweigeschlechtliche Schema der Gesellschaft einzuordnen sind oder eingeordnet werden wollen. Wenngleich in den meisten Fällen von Lesben, Schwulen, Transidenten, intersexuellen Menschen sowie Bi- und Pansexuellen die Rede ist, zeichnet sich der Begriff Queer durch seinen dynamischen Charakter aus. Es gibt keine feste Definition von queer. Vielmehr bietet der Terminus Raum für Neuinterpretationen und suggeriert einen offenen Zugang für all diejenigen, die mit ihrer Lebensweise den Wertevorstellungen der gesellschaftlich dominanten Ordnung widersprechen (vgl. Czollek/Perko/Weinbach 2009: 33, Jagose 1996: 1ff.).

Die Selbstbezeichnung und -zuschreibung queer steht in engem Zusammenhang mit den in den 1990er-Jahren aufkommenden *queer politics* und der daraus resultierenden *queer theory*. Das Hauptanliegen der Vertreter_innen dieser Theorie besteht darin, ein Gegenkonzept zum vorherrschenden heterosexuell und zweigeschlechtlich geprägten Verständnis der Gesellschaft herzustellen, welches die Grenzen von Identifikation und Begehren zwischen den sozialen Gruppen überschreitet (vgl. Jagose 1996: 17f.). Hierbei werden bestehende Annahmen und Normen der Mehrheitsgesellschaft hinsichtlich ihres ausschließenden Charakters hinterfragt und dekonstruiert. Dieser Prozess der Dekonstruktion, welcher im Bereich der *queer theory* als *queering* bezeichnet wird, bildet eine Grundlage, um bestehende Normen zu „ent-selbstverständlichen [sowie zu] ent-naturalisieren“ (Klapeer 2015: 30).

Infolge der offenen Definition der Selbstbezeichnung queer ist davon auszugehen, dass Queers unterschiedliche Lebensrealitäten aufweisen, denen im Rahmen einer Analyse queerer Raumansprüche Rechnung getragen werden muss. Ein Beispiel hierfür bilden die Unterschiede zwischen Lesben und Schwulen. Homosexuelle Männer verfügen gegenüber homosexuellen Frauen gemeinhin über eklatante finanzielle Vorteile, die oft mit einer

größeren Sichtbarkeit schwulen Lebens einhergehen. Es wird argumentiert, dass die divergente – und paradoxerweise heteronormative – Sozialisierung von Männern und Frauen einen wesentlichen Einfluss hierauf habe (vgl. Castells 1983: 140). Männer und Frauen werden aus heteronormativer Sicht als Gegenpole betrachtet. Diese Geschlechterbinarität bildet die Grundlage für Herrschaftskategorien und Unterdrückungsverhältnisse, die zu der privilegierten Position von Männern gegenüber Frauen führt. Gleichzeitig begünstigt dieses ungleiche Machtverhältnis, so Antke Engel, den gesellschaftlichen Ausschluss von Individuen, die sich zwischen oder außerhalb der beiden Geschlechterkategorien befinden (1994: 3f.). Angelehnt an die Abwertung von Frauen erfahren Lesben, im Vergleich zu Schwulen, nicht nur Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, sondern auch wegen ihrer Geschlechtszuordnung. Angesichts dieser Mehrfachdiskriminierung definieren sich viele Lesben, im Vergleich zu Schwulen, über gegenkulturelle oder feministische Gruppierungen und weniger über ihre sexuelle Orientierung (vgl. Frisch 2002: 257, Forsyth 2001: 346). Ebenso bestehen Unterschiede zwischen homosexuellen und transidenten Queers in Bezug auf ihre Sichtbarkeit. Der Begriff Transident fasst verschiedene Individuen zusammen, die sich temporär oder dauerhaft außerhalb der binären Geschlechterordnung positionieren. So werden Trans_frauen und Trans_männer, aber auch *dragkings*, *dragqueens*, Crossdresser_innen und andere Individuen miteinbezogen (vgl. Doan 2007: 59). Trotz ähnlicher Rahmenbedingungen nehmen viele Lesben und Schwule die Bedürfnisse von Transidenten nur unzureichend wahr, sodass von einer bedingten Akzeptanz auszugehen ist. Insbesondere die Anpassung der Lebensformen an heterosexuelle und zweigeschlechtlich organisierte Normen unter Lesben und Schwulen hat einen enormen Einfluss hierauf. Dies trägt einerseits zur Verfestigung von Zweigeschlechtlichkeit unter Queers bei. Andererseits marginalisiert es all diejenigen, die sich außerhalb der traditionellen Geschlechterrollen befinden (vgl. ebd.: 62f.).

Anhand der beschriebenen Unterschiede wird deutlich, dass queere Bürger_innen nicht als homogene, soziale Gruppe angesehen werden können. Vielmehr lassen sich unter ihnen Machtverhältnisse erkennen, die zu unterschiedlichen Lebensrealitäten führen. Darüber hinaus lassen sich diese Unterschiede zwischen queeren Individuen auch hinsichtlich der sozio-ökonomischen und ethnischen Herkunft erkennen, auf die im späteren Verlauf des Essays in Teilen näher eingegangen wird. Insofern ist davon auszugehen, dass allein die heterogene ‚Gruppe‘ von Queers unterschiedliche Erwartungen und Ansprüche an den städtischen Raum hat.

***Queer inclusive planning* als Reaktion auf eine heteronormativ organisierte Stadtplanung**

Ausgehend von der Annahme, dass die Lebensrealitäten und Bedürfnisse geschlechtlicher und sexueller Minderheiten in der Stadtplanung keine Relevanz haben, argumentieren US-amerikanische Wissenschaftler_innen, dass ein inklusiverer Ansatz verfolgt werden sollte, der queere Bedürfnisse miteinbezieht. Diese Forderung orientiert sich insbesondere an den gewonnenen Erkenntnissen über den exkludierenden und heteronormativen Charakter der

Stadtplanung und dessen Auswirkungen auf Queers des US-amerikanischen Stadtplaners Michael Frisch (vgl. 2002: 263f., Doan 2011a: 1ff.; 2015: 7ff., Forsyth / Cheung 2001) Die Stadtplanung sei, so Frisch, in ihrer bisherigen Form ein durch dichotome Denkstrukturen geprägtes Instrument, welches etwa Ordnung und Unordnung, Öffentlichkeit und Privatheit sowie Produktion und Reproduktion gegenüberstelle. Diese Gegenüberstellungen führten weiterhin zu Macht- sowie Unterdrückungsverhältnissen, die mit den Annahmen der Heteronormativität und Binarität der Geschlechter zusammenhängen (vgl. Frisch 2002: 254ff.).

Ordnung sei laut Frisch darüber hinaus in den USA – insbesondere seit den 1950er-Jahren – über die Schaffung suburbaner Räumen hergestellt worden, in denen vor allem heterosexuelle Familien angesiedelt worden wären. Im Vergleich dazu würden innerstädtische Standorte mit Unordnung assoziiert und seien vor allem von alleinstehenden Personen sowie kinderlosen Paaren bewohnt. Aufgrund der Tatsache, dass Frauen- und Männerpaare zum Zeitpunkt der Analyse Frischs nicht als Familie anerkannt wurden und kein Anrecht auf Adoption hatten, sieht er hier einen Zusammenhang zu den Macht- und Unterdrückungsverhältnissen zwischen Heterosexuellen und Homosexuellen. Wo Unordnung herrsche, versuche die Stadtplanung seiner Meinung nach Wege zu finden, um Ordnung zu schaffen. Insofern sei davon auszugehen, dass Heterosexualität gegenüber Homosexualität privilegiert werde (vgl. Frisch 2002: 259f.).

Hierauf aufbauend geht Frisch davon aus, dass Stadtplanung ein „heterosexist project“ (2002: 254) sei, welches in vielerlei Hinsicht all diejenigen diskriminiere, die der heteronormativen Mehrheitsgesellschaft widersprechen (vgl. ebd.: 254ff.). Gleichwohl argumentiert die Stadt- und Regionalplanerin Petra Doan, dass Stadtplanung aufgrund ihres gesamtgesellschaftlichen Auftrags und dem hiermit verbundenen öffentlichen Interesse nicht in der Lage sei, auf Bedürfnisse einzelner Individuen einzugehen. Durch ihre mehrheits- und konsensorientierte Ausrichtung sei Stadtplanung stets darum bemüht, normative Annahmen zu verfolgen und zu verfestigen. Demnach stünden individuelle Bedürfnisse einzelner Minderheiten stets im Konflikt zu dominierenden Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft (vgl. 2011a: 3ff.).

Ein queere Bedürfnisse einbindendes Planungskonzept könnte diese ausschließenden Strukturen überwinden. So könnte ein Ansatz des „queer inclusive planning“ (Frisch 2002: 264) queere Anforderungen und Ansprüche an den Raum in die Stadtplanung integrieren (vgl. ebd.). Ein inklusiver Ansatz wie dieser ermöglichte folglich eine kritische Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Stadtplanungspraxis und deren Auswirkungen auf marginalisierte Individuen (vgl. Klapeer 2015: 29f.).

Queere Raumansprüche in einer heteronormativen Gesellschaft

Ausgehend von der Annahme, dass Stadtplanung heteronormative Ordnungsmuster widerspiegeln, muss davon ausgegangen werden, dass die Bedürfnisse und Raumansprüche queerer Individuen weitgehend unbeachtet bleiben. Über die spezifischen Raumansprüche von Queers gibt es jedoch nur wenige Erkenntnisse aus der Forschung. Um mehr über diese

Raumbedürfnisse zu erfahren, habe ich im Rahmen meiner Bachelorarbeit Interviews in Dortmund durchgeführt. So sprach ich mit der Vertreterin eines Transidentenvereins, mit einem Mitarbeiter des Stadtplanungs- und Bauordnungsamtes und der Koordinierungsbeauftragten für Lesben, Schwule und Transidente der Stadt Dortmund sowie mit dem Vorsitzenden eines Lesben- und Schwulenvereins. Ich orientierte mich in meiner Arbeit an den Ergebnissen angelsächsischer Analysen, in denen queere, insbesondere schwule Ansprüche an den städtischen Raum und an die Stadtplanung thematisiert wurden (vgl. Castells 1983, Doan 2011a; 2011b; 2011c; 2015, Doan/Higgins 2011, Dubrow 2011, Forsyth 2001; 2011, Hubbard 2012, van Liehout 1997, Frisch 2002). Die Interviews dienten dazu, die in diesen Studien ausgearbeiteten Erkenntnisse zu vertiefen, sie hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf den deutschen Kontext zu analysieren und ihre Relevanz für Queers in Dortmund zu untersuchen. Aufgrund der unterschiedlichen Lebenssituationen queerer Individuen, sollten weniger allgemeine Ansprüche zusammenzutragen werden. Vielmehr sollten anhand von Beispielen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, inwiefern die bisherige Stadtplanungspraxis die Bedürfnisse von Queers einschränkt.

In der Analyse der Interviews habe ich drei exemplarische Raumanprüche von Queers herausgearbeitet, die durch die Stadtplanung eingeschränkt werden. Zum einen konnte ich feststellen, dass sowohl die Sicherheit im öffentlichen Raum als auch die Sichtbarkeit queeren Lebens eine große Bedeutung für Queers haben. Zum anderen spielt die Wahrung von Cruisingstandorten insbesondere für schwule und bisexuelle Männer eine große Rolle. Aufgrund der Dominanz von Literatur über weiße Schwule – gegenüber anderen geschlechtlichen und sexuellen Minoritäten – beziehen sich die ausgearbeiteten Bedürfnisse und Ansprüche mehrheitlich auf diese Gruppierung.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Als erster Raumanpruch konnte Sicherheit im öffentlichen Raum identifiziert werden (vgl. de Jesus Pereira Lopes 2015: 20). Trotz zunehmender Toleranz gegenüber Queers, sind diese nach wie vor zahlreichen Anfeindungen im öffentlichen Raum ausgesetzt (vgl. Forsyth 2011: 23). Vor allem Trans_frauen *of color* sind überdurchschnittlich oft Opfer von gewalttätigen Angriffen. Dies ist auf die Mehrfachdiskriminierung hinsichtlich der geschlechtlichen Identität, der Hautfarbe sowie der Geschlechtszuweisung als Frau zurückzuführen und trägt dazu bei, dass Trans_frauen im Allgemeinen sowie Trans_frauen *of color* im Speziellen weniger Zeit im öffentlichen Raum verbringen (vgl. National Coalition of Anti-Violence Programs 2015: 8ff.). Vergleicht man deren Situation mit der von Lesben oder Schwulen, fällt auf, dass diese Gruppen die Gefahren gewalttätiger Übergriffe teilweise durch *straight acting* reduzieren. Hierbei handelt es sich um eine Anpassung des Verhaltens und des geschlechtsbezogenen Auftretens an die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft. Dies ermöglicht es vielen Lesben und Schwulen, unerkannt zu bleiben (vgl. Hubbard 2012: 105). Jedoch ist es fraglich, ob eine solche Anpassung nicht zu einer Einschränkung des Selbstverständnisses von Queers und zur weiteren Marginalisierung sexueller und insbesondere geschlechtlicher Minderheiten führt.

Gewalttätige Übergriffe und *straight acting* zeigen, dass sichere öffentliche Räume eine besondere Funktion für ein selbstbestimmtes und selbstbewusstes Leben haben können. Insofern müssen die gegenwärtigen Maßnahmen zur Förderung der Sicherheit von öffentlichen Räumen infrage gestellt werden. Insbesondere stellt sich die Frage, ob solche Konzepte tatsächlich zu einer größeren Sicherheit für alle Bürger_innen oder vielmehr zu einer Verfestigung heteronormativer Denkmuster führen.

In den USA orientieren sich Umgestaltungsmaßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum oftmals an den Prinzipien des *defensible space*. Diese führten zwar sichtlich zu einer Reduktion von Gewalttaten, allerdings lägen diesen Prinzipien – laut Doan – normative Annahmen zu Grunde, die im Konflikt mit den Bedürfnissen transidenter Bürger_innen stünden (vgl. 2011b: 98). Insbesondere veränderte Designs von öffentlichen Räumen sowie der Einsatz von Nachbarschaftswachen im Sinne einer gemeinschaftlichen Überwachung werden hierbei als Problem erkannt. Denn für viele Transidente ist es wichtig, sich anonym im öffentlichen Raum bewegen zu können. Eine offenere Gestaltung zuvor unsicherer öffentlicher Räume führe aus Doans Sicht aber dazu, dass Transidente leichter erkannt und stärkeren Repressalien ausgesetzt seien. Dies habe letztlich zur Folge, dass Transidente diese Orte seltener aufsuchten oder gänzlich mieden (vgl. ebd.). So bieten beispielsweise Einfriedungen – etwa in Form von Hecken – Transidenten die Möglichkeit, sich vor abwertenden Blicken anderer Individuen oder vor sonstigen Diskriminierungen zu schützen. Nichtsdestotrotz werden gerade in Angsträumen Hecken zurückgeschnitten, um das allgemeine Sicherheitsgefühl zu steigern.

Neben der Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Parks spielt insbesondere die Planung von Sanitäranlagen eine große Rolle bei der Erhöhung des Sicherheitsempfindens für Transidente. Im Rahmen einer Analyse zur Errichtung von genderneutralen Sanitäranlagen in Seattle wurde festgestellt, dass Trans_frauen sowie Trans_männer in konventionellen Anlagen in hohem Maße Bedrohungen und anderen Arten der Diskriminierung ausgesetzt sind. Die Gefahr der Anfeindung werde laut Young durch semi-private Bereiche innerhalb der Anlagen in Form von Zwischenräumen für Waschbecken oder Urinale verstärkt (vgl. 2016: 10ff.). Auf Grundlage dieser Ergebnisse werde eine Abkehr von geschlechtertrennenden Sanitäranlagen empfohlen. Ebenso könne die Planung von einzelnen Toilettenräumen mit individuellen Zugängen und ohne Zwischenräume für Waschbecken oder Urinale zu einem gesteigerten Sicherheitsempfinden beitragen. Demnach solle jeder Toilettenraum mit einem Urinal ausgestattet und die Waschbecken in Form von Sammelstellen vor den Sanitäranlagen platziert werden. Durch die Auslagerung der Waschbecken in den öffentlichen Raum würde das Potential der sozialen Kontrolle gesteigert (vgl. ebd.: 21ff.).

Die angeführten Beispiele sowie die Kritik Petra Doans zeigen, inwieweit der Großteil bisheriger Sicherheitskonzepte die Lebensrealitäten geschlechtlicher und sexueller Minoritäten ausklammert und zu einem stärkeren Rückzug ebendieser Individuen aus dem öffentlichen Raum führt. Insofern benötigt ein Sicherheitskonzept für öffentliche Räume, welches einen *queer inclusive planning* Ansatz verfolgt, eine Einbindung verschiedener Lebensrealitäten, um queeren Bürger_innen einen sicheren Aufenthalt zu ermöglichen.

Sichtbarkeit queerer Identität und queeren Lebens im Stadtraum

Die Sichtbarkeit queerer Identität und queeren Lebens im Stadtraum ist ein weiterer Raumsanspruch, der für die Emanzipation geschlechtlicher und sexueller Minderheiten eine besondere Bedeutung hat (vgl. de Jesus Pereira Lopes 2015: 22). Im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft und deren Errungenschaften im Laufe der Geschichte, erfahren Queers nur wenig Beachtung im städtischen Raum. Dies fällt insbesondere im Bereich der Denkmalerhebung auf, da in diesem Bereich die queere Geschichte eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Deshalb fordert Architektin Gail Dubrow beispielsweise solche Orte verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen, die im Rahmen der Bürger_innenrechtsbewegungen der 1970er-Jahre eine besondere Rolle spielten oder an denen sich Queers in der Vergangenheit politisch und gesellschaftlich organisierten (vgl. 2011: 55ff.).

Ein internationales Beispiel für Maßnahmen zur stärkeren Sichtbarkeit und Betonung queerer Geschichte und Emanzipation ist die Erhebung des Stonewall Inn und des angrenzenden Parks in New York zu nationalen Denkmälern der USA. Im Jahr 1969 wehrten sich an diesen Orten Queers gegen Polizeirazzien, deren Ziel es war, Individuen der queeren Community festzunehmen. Durch ihren Widerstand unterstrichen sie ihren Anspruch auf Gleichberechtigung und Anerkennung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Diesen Aufständen folgten landes- und weltweite Demonstrationen (vgl. Associated Press 2015, National Park Service 2016).

Auch Deutschland könnte in Bezug auf die queere Emanzipation als Beispiel interessieren, da die gesellschaftliche Toleranz gegenüber Queers einem stetigen Wandel unterzogen war. Insofern ist davon auszugehen, dass eine große Anzahl an Gebäuden und Orten existiert, die im Laufe der Zeit von Queers genutzt wurden und eine besondere Bedeutung für die Emanzipationsbewegungen hatten. Vor allem in den 1920er-Jahren herrschte in deutschen Großstädten und insbesondere in Berlin ein weitgehend liberaler Umgang mit Queers (vgl. Wortmann 2008: 123), was sich an der großen Anzahl queerer Lokale und Institutionen zeigte (vgl. ebd.: 14). Infolge der Machtergreifung der Nationalsozialist_innen im folgenden Jahrzehnt endete dieser liberale Umgang abrupt (vgl. ebd.: 126). Obwohl sich in den Nachkriegsjahren weitreichende politische und gesellschaftliche Veränderungen vollzogen, wurden Queers weiterhin kriminalisiert und diskreditiert (vgl. Dworek 2012: 46-54). Nichtsdestotrotz, haben die politischen Aufstände und Bürger_innenrechtsbewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer gesteigerten Toleranz gegenüber Queers beigetragen. Insofern versinnbildlichen diese Bewegungen den Kampf der Queers um Gleichberechtigung innerhalb der Gesellschaft.

Dubrow geht davon aus, dass Maßnahmen zur Sichtbarkeit queeren Lebens dazu beitragen, die Hegemonie heteronormativer Geschichte und Gesellschaftsstrukturen infrage zu stellen. Neben der Erhebung von historischen Orten queerer Emanzipation könnten bereits bestehende Denkmäler, deren queerer Hintergrund – wie etwa die lesbische Identität einer Künstlerin – aufgrund heteronormativer Machtstrukturen nicht thematisiert werde, hinsichtlich ihres nicht-normativen Hintergrunds dekonstruiert werden

(vgl. Dubrow 2011: 55ff.). Auch wenn die Sichtbarkeit queerer Identität und queeren Lebens einen Beitrag zu einer höheren Toleranz gegenüber Queers leisten kann, ist zu beachten, dass nicht alle Individuen die Betonung der geschlechtlichen oder sexuellen Identität als bedeutsam ansehen. Ebenso stellt sich die Frage, inwieweit solche Maßnahmen in einer von Männern dominierten Gesellschaft lesbische und transidente Belange sichtbarer machen können. Auch im Bereich der Sichtbarmachung queeren Lebens ist also ein offener Diskurs darüber erforderlich, inwieweit solche Maßnahmen zugleich zu einer stärkeren Sichtbarkeit von Frauen sowie Transidenten beitragen können.

Wahrung von Cruisingstandorten für Schwule

Als dritter Raumananspruch ist die Wahrung von Cruisingstandorten für Schwule aus der Analyse hervorgegangen (vgl. de Jesus Pereira Lopes 2015: 26). Als Cruising wird eine Form der aktiven Suche nach sexuellen Partner_innen durch eine codierte Körpersprache sowie der anschließende Sex im öffentlichen oder privaten Raum bezeichnet (vgl. Lee 1990: 284f.). Insbesondere unter schwulen Männern wird Cruising als Bestandteil der schwulen Kultur angesehen (vgl. Koordinierungsstelle u. Stadtplanungsamt 9.7.2015). Die besondere Bedeutung von Cruisingstandorten ergibt sich aus der jahrelangen Kriminalisierung von Sex unter Männern in Deutschland und der weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Ächtung. So suchen viele schwule Männer gezielt nach Wegen, ihren sexuellen Bedürfnissen unerkannt nachzukommen. Weil sie in der eigenen Wohnung der sozialen Kontrolle durch ihre Mitmenschen unterliegen, weichen viele Männer auf öffentlich zugängliche Orte oder andere private Räume aus. Gleichwohl basiert Cruising insbesondere heutzutage auf dem weitergehenden Wunsch nach Erotik und Sex außerhalb der privaten Räume, welcher sich – infolge der Wahrnehmung des Cruisings als Bestandteil schwuler Kultur – weiter verfestigt hat.

Obwohl oder gerade weil diese Rahmenbedingungen für Schwule bekannt sind, wird in städtischen Räumen auf verschiedene Weise versucht, sexuelle Handlungen unter Männern zu unterbinden. Am Beispiel des Russel Square und Bloomsbury Square in London zeigt sich, wie Cruisende an öffentlich zugänglichen, aber privaten Grünflächen durch Umgestaltungsmaßnahmen verdrängt werden. Der sich in Privatbesitz befindende Bloomsbury Square wurde bereits seit dem 18. Jahrhundert für Cruising genutzt. Der angrenzende Russel Square hingegen wurde vor allem in den 1980er-Jahren zu einem bekannten Ort für sexuelle Handlungen (vgl. Andersson 2012: 1082ff.). Während die Polizei in den 1990er-Jahren einen toleranten Umgang damit pflegte, entschieden die zuständigen Behörden und Eigentümer_innen, den Russel Square in mehreren Schritten umzugestalten. Hierbei wurden zunächst Büsche und Hecken zurückgeschnitten, die den Cruisenden als Rückzugsorte dienten. In den Folgejahren wurde die Grünfläche eingezäunt und fortan über Nacht geschlossen. Als Reaktion hierauf wichen viele Cruisende auf den Bloomsbury Square aus, der allerdings im späteren Verlauf ebenfalls umgestaltet wurde. Hierbei wurde der zentrale Treffpunkt aller Cruisenden durch einen Spielplatz ersetzt (vgl. ebd.: 1087ff.).

Insbesondere die Umwidmung des zentralen Cruisingtreffpunkts kann als Beispiel dafür angeführt werden, wie heteronormative Ideologien und

Werte die Nutzung des Raums bestimmen und sexuelle Minderheiten verdrängt werden (vgl. Andersson 2012: 1090). Es wird verkannt, dass öffentlich zugängliche Räume Funktionen haben, die über die heteronormativen Deutungen hinausgehen. Da das Cruising als wichtiger Bestandteil schwuler Kultur wahrgenommen wird, sollte im Rahmen eines *queer inclusive planning* eine Wahrung solcher Standorte angestrebt werden (vgl. de Jesus Pereira Lopes 2015: 28).

Die herausgearbeiteten Raumannsprüche von Queers bilden aufgrund des bisher unzureichenden Diskurses über Belange und Ansprüche geschlechtlicher und sexueller Minderheiten an den Raum sowie deren mangelhafte Einbindung in die Planungskonzepte lediglich einen Ausgangspunkt für die Entwicklung eines *queer inclusive planning* Ansatzes (vgl. de Jesus Pereira Lopes: 47). Dennoch zeigen sie, wie heteronormative Ordnungsmuster und Annahmen nicht-queere Individuen privilegieren und Queers einen selbstbestimmten Zugang zum Stadtraum erschweren. Deutlich zu sehen ist dies am Umgang mit Cruisingstandorten, durch den Frischs Interpretation der Stadtplanung als heterosexistisches Projekt bestätigt wird. Die einer heteronormativen Annahme zugrundeliegende Verortung der Sexualität im Privatem sowie die Privilegierung der Heterosexualität gegenüber der Homosexualität führe zu einer Entwürdigung und zum Ausschluss von Queers (vgl. Frisch 2002: 254ff.). Weil Stadtplanung existierende gesellschaftliche Normen widerspiegelt, verfestigt und bestärkt sie die Marginalisierung all derjenigen, deren Lebensrealität den normativen Annahmen widerspricht.

Herausforderungen und Potentiale eines *queer inclusive planning* Ansatzes

Die exemplarischen Raumannsprüche von Queers lassen erkennen, inwiefern Stadtplanung und Raum durch normative Annahmen geprägt sind. Ein *queer inclusive planning* Ansatz würde Queers darin unterstützen, einen selbstverständlicheren Umgang mit der eigenen geschlechtlichen und sexuellen Identität im städtischen Raum zu entwickeln. Darüber hinaus ermöglicht ein solcher Ansatz, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, inwiefern Stadtplanung auch andere Minderheiten ausschließt und den Zugang zum städtischen Räumen versperrt.

Die Einbeziehung queerer Belange in die Stadtplanung kann auch einen positiven Beitrag für andere Minderheiten leisten. *Queer* und *critical race theories* setzen sich bereits mit dem Problem der Mehrfachdiskriminierung auseinander und prägten den Begriff *queer ethnicity* und *queer of color*. Diese umfassen queere Menschen, die von Rassifizierung betroffen sind, die einen Migrationshintergrund aufweisen oder queere Migrant_innen sind. Es wird davon ausgegangen, dass mehrfach diskriminierte Personen auf besondere Weise benachteiligt werden. Mithilfe dieses Ansatzes wird versucht, normative Annahmen hinsichtlich ihrer exkludierenden Strukturen für mehrfach diskriminierte Individuen zu dekonstruieren (vgl. El-Tayeb 2015: 44ff.). In Bezug auf die Stadtplanung ist folglich zu erwarten, dass nicht nur Bedürfnisse und Ansprüche von Queers in öffentlichen Debatten und in der Stadtplanung unbeachtet bleiben. Zahlreiche ethnische, geschlechtliche, sexuelle oder nationale Minderheiten werden im Rahmen der Stadtplanung

ausgeklammert. Darüber hinaus bleiben insbesondere die Belange mehrfach diskriminierter Individuen unbeachtet. Eine zeitgemäße Stadtplanung sollte auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Individuen eingehen, ohne andere soziale Gruppen in ihren Möglichkeiten einzuschränken.

Zwar werden bereits partizipative Maßnahmen zur besseren Einbindung der Bedürfnisse von Bürger_innen ergriffen, diese orientieren sich jedoch an der Mehrheitsgesellschaft. Gesellschaftlich verankerte Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen übertragen sich so auf konsensbasierte Beteiligungsmaßnahmen. Akteur_innen in einer höheren Machtposition hätten hierbei Vorteile gegenüber Minderheiten (vgl. Stock 2008: 2ff.). Darüber hinaus nähmen insbesondere solche Menschen an partizipationsorientierten Planungsprozessen teil, die sich bereits in einer privilegierten Position befänden und erlernt hätten, dass sie etwas bewirken können (vgl. Huning 2014: 36). Ebenso trägt die fehlende Sensibilisierung von Planungsakteur_innen bezüglich der Benachteiligung von geschlechtlichen und sexuellen Minderheiten dazu bei, dass deren Belange keine Berücksichtigung finden. Vielmehr bedarf es Beteiligungsmaßnahmen, die gezielt auf Queers zugeschnitten sind, sich kritisch mit deren Belangen auseinandersetzen und hierbei bestehende Machtverhältnisse zwischen Schwulen, Lesben, Transidenten sowie anderen Queers durchbrechen.

Gleichwohl merkt die Raumplanerin Sandra Huning an, dass zielgruppenorientierte Partizipationsmaßnahmen nicht dazu in der Lage seien, die Belange ganzer Bevölkerungsgruppen aufzufangen. Es müsse in Frage gestellt werden, inwiefern zielgruppenorientierte Maßnahmen eine Form von Fremdzuschreibung seien und hierdurch zugleich „Markierungen des ‚Anderen‘“ (2014: 36) hervorriefen (vgl. ebd.). So könne ein *postkategorialer* Ansatz, welcher die ausschließenden Prozesse in den Fokus stelle – und weniger die Belange vermeintlich homogener sozialer Gruppen –, Abhilfe leisten. Übertragen auf die Belange geschlechtlicher und sexueller Minderheiten würden Planende demnach nicht nach den Belangen von Queers fragen. Vielmehr würde der Frage nachgegangen werden, wie eine nicht-heteronormative Stadt aussähe (vgl. ebd.: 36ff.).

Dieser Vorstellung steht allerdings entgegen, dass Planende nur geringe Kenntnisse darüber besitzen, inwiefern ihre Arbeit heteronormative Annahmen und Muster reproduziert und räumlich verortet. Dies ist im Bereich der Stadtplanung insbesondere an der begrenzten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Rolle von Queers zu erkennen (vgl. Doan 2011a: 7ff.). Insofern bedarf die Frage danach, wie eine nicht-heteronormative Stadt aussehen könnte, zunächst grundlegende Kenntnisse darüber, inwiefern die aktuelle stadtplanerische Praxis einen exkludierenden, heteronormativen Charakter aufweist. Hierbei könnte die Frage nach Raumansprüchen von Queers unterstützend wirken, da sie erste Erkenntnisse darüber liefern kann, inwieweit die Stadtplanung zur Einschränkung ebendieser Ansprüche führt. Darüber hinaus können die erarbeiteten Raumansprüche in einem nächsten Schritt dabei helfen, eine nicht-heteronormative Stadt zu gestalten.

Trotz aller Vorteile, queere Belange und Raumansprüche in die Stadtplanung einzubinden, muss allerdings beachtet werden, dass ein *queer inclusive planning* Ansatz auf starke Gegenreaktionen stoßen könnte, was letztlich eine stärkere Ablehnung gegenüber Queers und ihren Bedürfnissen hervorrufen

könnte. Doan beschreibt, wie Planende in den USA auf die Gründung der Gay and Lesbian in Planning Division (GLPD) reagierten. Neben großem Unverständnis für die Bedürfnisse von Queers werde die Gründung der GLPD als ‚Gefahr für die Mehrheitsgesellschaft‘ angesehen (vgl. Doan 2011 a: 7ff.). Jenseits der zu erwartenden Ablehnung vieler Planender ist ebenso damit zu rechnen, dass Bestrebungen um einen *queer inclusive planning* Ansatz zu einer wirtschaftlich orientierten Instrumentalisierung von Queers führen könnten. Der US-amerikanische Ökonom Richard Florida geht davon aus, dass tolerante Städte eine starke Anziehungskraft auf die Kreativwirtschaft hätten. Hierbei sieht er den Anteil von Lesben und Schwulen als einen Indikator für die Toleranz einer Stadt (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 5ff.). Die Gefahr hierbei ist, dass Städte einen *queer inclusive planning* Ansatz nur deshalb verfolgen könnten, um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen. Dies ist bedenklich, weil Queers im Sinne einer positiven Diskriminierung als Wirtschaftsfaktor einer Stadt behandelt werden würden.

Gleichwohl darf nicht erwartet werden, dass allein die Umsetzung eines *queer inclusive planning* Ansatzes zu einem Umdenken in der Gesellschaft und zu mehr Akzeptanz gegenüber normabweichenden Lebensformen führt. Die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen für einige Queers – vor allem für lesbische und schwule Europäer_innen – sowie die gestiegene Akzeptanz in den letzten Dekaden zeugen davon, dass die politischen Kämpfe von Queers etwas bewirken. Christopher Street Day Paraden (CSD) und insbesondere Dyke-Märsche sowie der Transgeniale CSD in Berlin zeigen, wie Queers selbst ihren Anspruch auf Raum artikulieren und eine temporäre Dekonstruktion heteronormativer Ordnung herbeiführen (vgl. Schuster 2010: 80f.). Ebenso bestätigt das Beispiel des Berliner Stadtteils Schöneberg, dass sich Queers trotz aller Repressalien dauerhaft Raum eignen können. Gleichwohl trägt die Machtposition deutscher schwuler Männer in Berlin-Schöneberg dazu bei, dass die Belange anderer Queers ausgeklammert werden (vgl. Çetin 2015: 40).

Obgleich diese Formen der Raumaneignung illustrieren, wie Queers selbst dazu beitragen, ihre Belange durchzusetzen, kann die Stadtplanung hierbei unterstützend wirken. Das „gezielte Einwirken auf die räumliche Entwicklung der Gesellschaft“ (Turowski 1995: 775) ermöglicht der Stadtplanung, an der Dekonstruktion heteronormativer Denkmuster mitzuwirken und Belange von Queers in die Stadtplanung einzubinden. Durch die Auseinandersetzung mit queeren Raumsprüchen hat die Stadtplanung weiterhin die Möglichkeit, ihre exkludierenden Strukturen zu reflektieren und einen wertvollen Beitrag für eine räumliche Inklusion zu leisten.

Autor_innen

Rogério de Jesus Pereira Lopes forscht zu der Rolle von Queers in der Stadtplanung.
rogerio.lopes@tu-dortmund.de

Literatur

- Andersson, Johan (2012): Heritage discourse and the desexualisation of public space: the “historical restorations“ of Bloomsbury’s Square. In: *Antipode* 44/4, 1081-1098.
- Associated Press (2015): New York City makes Stonewall Inn a landmark. http://www.nytimes.com/2015/06/24/nyregion/new-york-city-makes-stonewall-inn-a-landmark.html?_r=0 (letzter Zugriff am 4.7.2016).
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007): *Talente, Technologie und Toleranz – wo Deutschland Zukunft hat*. Berlin: Berlin-Institut.
- Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots – a Crosscultural Theory of Social Movements*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Çetin, Zülfukar (2015): Der Schwulenkiez – Homonationalismus und Dominanzgesellschaft. In: Iman Attia / Swantje Köbsell / Nivedita Prasad (Hg.), *Dominanzkultur reloaded. Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen*. Bielefeld: Transcript Verlag, 35-46.
- Czollek, Leah Carola / Perko, Gudrun / Weinbach, Heike (2009): *Lehrbuch Gender und Queer: Grundlagen, Methoden und Praxisfelder*. Weinheim: Juventa Verlag.
- Diebäcker, Marc (2008): Governance und Demokratie. In: Alex Hamedinger / Oliver Frey / Jens S. Dangschat / Andrea Breidfuss (Hg.), *Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat*. Wiesbaden: VS Verlag, 266-281.
- Doan, Petra L. (2007): Queers in the american city: transgendered perceptions of urban space. In: *Gender, Place and Culture* 14/1, 57-74.
- Doan, Petra L. (2011a): Why question planning assumptions and practices about queer spaces. In: Doan, Petra L. (Hg.), *Queering Planning – Challenging Heteronormative Assumptions and Reframing Planning Practice*. Farnham / Burlington: Ashgate, 1-20.
- Doan, Petra L. (2011b): Queering identity – planning and the tyranny of gender. In: Petra L. Doan (Hg.), *Queering Planning – Challenging Heteronormative Assumptions and Reframing Planning Practice*. Farnham/Burlington: Ashgate, 89-128.
- Doan, Petra L. (2011c): Conclusion and reflections for the future – reframing planning practices. In: Petra L. Doan (Hg.), *Queering Planning – Challenging Heteronormative Assumptions and Reframing Planning Practice*. Farnham/Burlington: Ashgate, 221-230.
- Doan, Petra L. / Higgins, Harrison (2011): The demise of queer space? Resurgent gentrification and the assimilation of LGBT neighborhoods. In: *Journal of Planning Education and Research*, Jg. 2011, 31/1, 6-25.
- Doan, Petra L. (2015): Why plan for the LGBTQ community?. In: Petra L. Doan (Hg.), *Planning and LGBTQ Communities – The Need for Inclusive Queer Spaces*. New York: Routledge, 1-15.
- Dubrow, Gail (2011): Lavender landmarks revisited – advancing an LGBT preservation agenda. In: Petra L. Doan (Hg.), *Queering Planning – Challenging Heteronormative Assumptions and Reframing Planning Practice*. Farnham/ Burlington: Ashgate, 53-70.
- Dworek, Günter (2012): § 175 StGB: „weggefallen“ – nach 123 Jahren. In: Hirschfeld Eddy Stiftung (Hg.), *Vom Verbot zur Gleichberechtigung - Die Rechtsentwicklung zu Homosexualität und Transsexualität in Deutschland*. Berlin: Hirschfeld Eddy Stiftung, 46-57.
- Edelman, Lee (2004): *No Future: Queer Theory and the Death Drive*. Durnham: Duke University Press.
- El-Tayeb, Fatima (2015): *Anders Europäisch: Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa*. Münster: Unrast.
- Engel, Antke (1994): *Abschied von der Binarität? Die Kategorie Geschlecht im feministisch-philosophischen Diskurs seit Mitte der 80er Jahre*. Hamburg: Universität Hamburg.
- Fainstein, Susan S. / Fainstein, Norman (1996): City planning and political values - an updated view. In: Scott Campbell / Susan S. Fainstein (Hg.), *Readings in Planning Theory*. Oxford: Blackwell, 256-266.
- Fincher, Ruth / Iveson, Kurt (2008): *Planning and Diversity in the City*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Forsyth, Ann (2001): Sexuality and space: nonconformist populations and planning practice. In: *Journal of Planning Literature* 15/3, 339-558.
- Forsyth, Ann (2011): Queering planning practice – understanding non-conformist populations. In: Petra L. Doan (Hg.), *Queering Planning – Challenging Heteronormative Assumptions and Reframing Planning Practice*. Farnham/Burlington: Ashgate, 21-52.
- Forsyth, Ann / Cheung, George (2001): Queers and planning. <http://www.plannersnetwork.org/2001/03/queers-and-planning/> (letzter Zugriff am 4.7.2016).

- Frisch, Michael (2002): Planning as a heterosexist project. In: *Journal of Planning Education and Research* 21/3, 254-266.
- Horchler, Andreas (2016): Auf breiter Front gegen Homo-Ehe. <https://www.tagesschau.de/ausland/homosexuelle-usa-suedstaaten-101.html> (letzter Zugriff am 14.5.2016).
- Hubbard, Phil (2012): *Cities and Sexualities*. Milton Park: Routledge.
- Huning, Sandra (2014): Wer plant für wen? Partizipation im Kontext gesellschaftlicher Differenzierung. In: Patrick Küpper / Meike Levin-Keitel / Friederike Maus / Peter Müller / Sara Reimann / Martin Sondermann / Katja Stock / Timm Wiegand (Hg.), *Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten*. Arbeitsbericht der ARL 8. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Jagose, Annamarie (1996): *Queer Theory – Eine Einführung*. Übersetzung: Corinna Genschel / Caren Lay / Nancy Wagenknecht / Volker Woltersdorff. Berlin: Querverlag.
- de Jesus Pereira Lopes, Rogério (2015): *Queer Planning. Die Rolle von Queers in der Stadtplanung*. Technische Universität Dortmund: unveröffentlichte Bachelorarbeit.
- Klapeer, Christine M. (2015): Vielfalt ist nicht genug! Heteronormativität als herrschafts- und machtkritisches Konzept zur Intervention in gesellschaftliche Ungleichheiten. In: Friederike Schmidt / Anne-Christin Schondelmayer / Ute B. Schröder (Hg.): *Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – Lebenswirklichkeiten*, Forschungsergebnisse und Bildungsbaustein. Wiesbaden: Springer VS, 25-44.
- Koordinierungsstelle u. Stadtplanungsamt 9.7.2015: Koordinierungsbeauftragte_r der Stadt Dortmund für Lesben, Schwule und Transidente u. Stadtplaner_in der Stadt Dortmund. Interview im Stadtplanungsamt Dortmund.
- Kühn, Manfred (2008): Strategische Stadt- und Regionalplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 66/3, 230-243.
- Lee, John A. (1990): Cruising. In: Wayne R. Dynes (Hg.), *The Encyclopedia of Homosexuality*. New York: Garland Publishing, 284-285.
- van Liehout, Maurice (1997): Leather nights in the woods – locating male homosexuality and sadomasochism in a dutch highway rest area. In: Anne Marie Bouthillette / Yolanda Retter / Gordon Brent Ingram (Hg.), *Queers in Space – Communities, Public Spaces, Sites of Resistance*. Seattle: Bay Press, 339-356.
- National Coalition of Anti-Violence Programs (2015): *Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, and HIV-affected Hate Violence in 2014. 2015 Release Edition*. New York: National Coalition of Anti-Violence Programs.
- National Park Service (2016): Civil rights at Stonewall national historic landmark. <https://www.nps.gov/places/stonewall.htm> (letzter Zugriff am 4.7.2016).
- Sally, Derek (2015): Gauck fordert offene Debatte über Ehe für alle. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-07/gauck-irland-homo-ehe> (letzter Zugriff am 14.5.2016).
- Schulz, André (2009): *Strategisches Diversitätsmanagement: Unternehmensführung im Zeitalter der kulturellen Vielfalt*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Schuster, Nina (2010): *Andere Räume – Soziale Praktiken der Raumproduktion von Drag Kings und Transgender*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Stock, Marion (2008): Stolpersteine, Störungen, Probleme: Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung als Herausforderung für das Prozessmanagement. In: *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 12/2008 vom 20.6.2008, 1-9.
- de Tomás, Alfonso (2016): US-Justizminister verklagt North Carolina. <http://www.lto.de/recht/nachrichten/n/transgender-gesetz-north-carolina-klage-usa-justizministerium-diskriminierung/> (letzter Zugriff am 14.5.2016).
- Turowski, Gerd 1995: Raumplanung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 774-776.
- Wagenknecht, Peter (2007): Was ist Heteronormativität? Zu Geschichte und Gehalt des Begriffs. In: Jutta Hartmann / Christian Klesse / Peter Wagenknecht / Bettina Fritzsche / Kristina Hackmann (Hg.), *Heteronormativität: Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 17-34.
- Wortmann, Sabine (2008): *Lebensstilkonflikte sozialer Minderheiten im Berliner Quartiersmanagement Schöneberger Norden*. Humboldt-Universität zu Berlin: Dissertation.
- Young, Adam (2016): *Seattle Parks & Recreation: All Gender Restrooms / Changing Room Study*. Final Report. Seattle: Young Architecture LLC.



Kunst des Gehens

Taktiken im Ort des Automobils

Sören Groth, Jakob Hebsaker
und Lucas Pohl

1. Einleitung

Tagtäglich strömen tausende Studierende und Angestellte von der nächstliegenden U-Bahnstation zum innerstädtischen Campus der Universität Frankfurt am Main. Dabei wird die Zufahrtsstraße einer großen Kreuzung in aller Regel überlaufen: Weder quer zur Fahrtrichtung, noch an der nahen Ampelanlage und unter Inkaufnahme eines Rückstaus abbremsender Automobile. Die deutschlandweit auflagenstärkste Tageszeitung spricht hier von einem ‚Stillstand‘ und ‚Verkehrskollaps‘ und greift damit ein lokalpolitisch kontrovers diskutiertes Thema auf (vgl. Schlagenhauer 2013). An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr die Straße in der öffentlichen Wahrnehmung als Ort des Automobils betrachtet wird. Keineswegs aber steht hier der Verkehr still: Sobald kein Fahrzeug in Sicht ist und spätestens dann, wenn ein erstes Automobil auf sein ‚Vorfahrtsrecht‘ verzichtet, beginnt der Strom der Zufußgehenden zu fließen.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, der hegemonialen Deutung der Straße als Ort des Automobils eine andere Lesart entgegenzusetzen und den hierarchisch konzeptualisierten Straßenraum als Ort konflikthafter Aushandlungsprozesse zu dekonstruieren. Theoretischer Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit dem konflikthaften Spannungsverhältnis unterschiedlicher ‚Bewegungen‘ ist Michel de Certeaus Hauptwerk *Kunst des Handelns* (1988) und die darin enthaltenen Überlegungen zum Verhältnis von *Strategien* und *Taktiken*. Methodisch wurde dafür eine interventionistische Flächenprojektion von Fußwegen in dem oben skizzierten Straßenraum durchgeführt, durch die das Konfliktfeld Straße an einem prädestinierten Fallbeispiel sichtbar gemacht werden konnte. Infolge medialer Aufmerksamkeit kam es unmittelbar im Anschluss an die Intervention vor Ort zu einer adaptiv-planerischen Reaktion des städtischen Verkehrsdezernats.

Im Nachfolgenden wird in einem ersten Schritt für die Denaturalisierung der Straße als *Ort* des Automobils über einen historischen Abriss der Durchsetzung der *Strategie* Autostraße sensibilisiert (Kapitel 2). An dem Fallbeispiel wird dann gezeigt, wie das *Gesetz des Ortes* alltäglich durch die Praxis

der Zufußgehenden im Sinne einer *Taktik* unterwandert wird (Kapitel 3). Im Anschluss daran folgen Dokumentation und Interpretation der interventionistischen Flächenprojektion und anschließenden Reaktion der Frankfurter Stadt- und Verkehrsplanung (Kapitel 4). Der Beitrag endet mit einer Zusammenfassung und kurzen Schlussbetrachtung (Kapitel 5).

2. Die Denaturalisierung der Straße als Ort des Automobils

Die Straße als *Ort* des Automobils in seiner Funktion als Transit- und Abstellraum für den motorisierten Individualverkehr ist kein Naturgesetz. Sie ist sozial konstruiert und nur aus ihrem zeitlichen Kontext heraus zu verstehen (vgl. Norton 2009). Mit de Certeau lässt sich die Straße demnach als historisches Produkt einer *Strategie* lesen, die sich in einem immerwährenden Konflikt durchsetzt. Als *Strategie* versteht de Certeau die Organisation von Beziehungen zu Exterioritäten (vgl. 1988: 87f.). Damit verfolgt sie das Ziel einer Abgrenzung des eigenen Bereichs von anderen Nutzungen und Bewegungen. Diesen Bereich bezeichnet er als *eigenen Ort* – einer spezifisch festen Form, die durch Machtbeziehungen und materialisierte Ordnungen von Elementen entsteht (ebd.: 217ff.).

Noch bis in die Zeit der Industrialisierung hinein stand die Straße im Mittelpunkt unterschiedlichster Nutzungen. Neben dem Verkehr diente sie mitunter als ergänzender Lebensraum zu den zumeist engen Wohnverhältnissen, als öffentlicher Raum des Austauschs, Handels und Handwerks (vgl. Schopf/Emberger 2013: 5). Noch am Anfang des 20. Jahrhunderts findet sich unter den Gesetzen des Königlich-Preußischen Staates etwa folgende Festlegung: „Fahrwege dürfen von jedermann zum Gehen, Reiten, Radfahren, Fahren und zum Viehtreiben [...] benutzt werden“ (Wegeverordnung für Westpreußen von 1905 zitiert in VCD 2006).

Sicherlich handelte es sich hierbei nicht um ein konfliktfreies Verhältnis, dennoch stand der öffentliche Straßenraum prinzipiell einer Vielzahl unterschiedlicher Nutzungen offen. Erst mit dem Aufkommen des Automobils und anderen motorisierten individuellen Straßenverkehrsmitteln wurde das Konzept einer Mischnutzung der Straße nach und nach tiefgreifend infrage gestellt (vgl. Geels 2005: 455ff.). Das damalige Luxusgut Automobil galt zunächst noch als eine Art Fremdkörper, dessen Auftauchen mit Behinderungen und Gefahren für sämtliche andere Straßennutzungen einherging. Die Idee der Straße als Mischsystem dominierte bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin – das Auto verfügte also mit de Certeau gesprochen über keinen eigenen *Ort* –, jedoch folgten hier bereits erste Inklusionsprozesse des Automobils in die Straße. Das 1909 erlassene erste deutsche „Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen“ etwa verfolgte den Zweck, den Konflikt zwischen nicht-motorisierten und motorisierten Nutzer_innen des Straßenverkehrs in geordnete Bahnen zu lenken.

Mit einem Konzert von Veränderungen seit den 1920er-Jahren begann das Automobil im Zuge der Massenmotorisierung staatsübergreifend seine strategische Führung entfalten (vgl. Krämer-Badoni/Grymer/Rodenstein 1971: 14ff.), das Konzept von Straße als Mischsystem zu substituieren und sich so seinen eigenen *Ort* schaffen. So galt das Auto im Zuge von Massenproduktion und Massenkonsum nicht nur als wichtiges Demokratisierungselement (vgl.

Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 149ff.), es war darüber hinaus auch das Verkehrsmittel, das am besten mit dem kapitalistischen Grundprinzip der privaten Profitaneignung vereinbar war (vgl. Paterson 2007, Wolf 1996), verkörperte als Ausdruck von Individualität und Flexibilität zentrale gesellschaftliche Paradigmen der Moderne (vgl. Rammler 2008) und war individuelle Projektionsfläche tiefster Emotionen (vgl. Sachs 1984).

„Das Auto, ein gewöhnlicher Gebrauchsgegenstand, tritt in den Vordergrund und verwandelt sich unter unseren Augen zum Leitobjekt unserer ‚westlichen‘ Welt. Es determiniert prägnante Bedeutungen; es verlangt kolossale Investitionen, die Umwandlung, die Ausweidung ganzer Städte. Das Auto ist der Kopf des ‚Systems‘ [...] und nicht nur eine Abfolge empirisch erlittener Nötigungen.“ (Lefebvre 1975: 241)

Die zentralen Figuren der Planung integrierten die Entwicklungen einer zunehmenden Automobilität in ihre Modelle einer funktionsgegliederten Stadt und propagierten auf radikale Weise eine Abkehr von der Straße als Lebensraum: „Wohin eilen die Automobile? Ins Stadtzentrum! Es gibt keine befahrbare Fläche im Zentrum. Man muß sie schaffen.“ (Le Corbusier 2015 [1925]: 101) Die Straße sollte von nun an die funktionsgegliederten Teilgebiete wie Fließbänder miteinander verbinden, auf denen alles in ungehinderter Durchquerung zirkuliert (vgl. Hilpert 1978: 54ff.).

Umrahmt von einer Vielzahl ineinander verwobener Entwicklungsprozesse – wie der Breitendurchsetzung des Automobils, zunehmenden Suburbanisierungsprozessen, die Integration städtebaulicher Leitbilder wie Reichows *Autogerechter Stadt* (1959) in ein neues Planungsrecht sowie neue Institutionen zur Regulierung des motorisierten Individualverkehrs (vgl. Manderscheid 2014: 12) – avancierte die Straße nun zu einem exklusiven *Ort* des Automobils. Dieses Straßenkonzept ist folglich mit de Certeau als *strategisches* Resultat wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interessen zu verstehen, worin das Autofahren als „hegemoniale Mobilitätspraktik“ (Manderscheid 2012: 158) bezeichnet werden kann.

Die Durchsetzung des Automobils als dominante Bewegung korrespondierte mit dem Ausbau der heute ubiquitären und dezentralisierenden Straßennetze in einem dispersen und funktionsgegliederten Siedlungsgeflecht. Das Automobil schuf sich eine Art Sphäre der Alternativlosigkeit. De Certeau spricht auch von einem „Sieg des Ortes über die Zeit“ (1988: 88). Der Erfolg der *Strategie* einer Straße als *Ort* des Automobils ist daran geknüpft, die Zeit – verstanden als Temporalität und Veränderbarkeit verschiedener Nutzungen – zu unterbinden und statt dessen über Leitbilder, Gesetze und die Beeinflussung von Vorstellungen für Stabilität zu sorgen. Die sich daraus ergebende Zeitlosigkeit zeigt sich auch in der 1937 erstmals erlassenen Straßenverkehrsordnung (StVO). Bis heute dient sie als zentrale Festschreibung der Exklusivität des Automobils. So wird dort festgelegt, dass die Zufußgehenden den Gehweg am Straßenrand zu benutzen haben, während das Zentrum der Straße als ausschließlich dem motorisierten Verkehr vorenthaltene Fahrbahn definiert wird. Alternative Bewegungen zum motorisierten Individualverkehr wurden damit rezessiv, der nun dominanten Rolle des Automobils explizit untergeordnet und zwecks einer verbesserten Automobilität von der Fahrbahn verbannt.

3. Kleine Schritte zum Kollaps des Verkehrs

Eine solch kohärente Erzählung zur *strategischen* Konzeption der Straße vernachlässigt, dass innerhalb dieser tagtäglich auch andersartige Bewegungen produziert werden, die in der funktionalistischen Rationalität der hierarchisch organisierten Straße wie Irrlinien wirken. Dies spiegelt sich im Spannungsverhältnis zwischen der Straße als *Ort* des Automobils und den als rezessiv antizipierten Bewegungen des Zufußgehens wider. Um solche Bewegungen in den Blick nehmen zu können, stellt de Certeau dem *Ort* und seiner stabilisierenden Ordnung den *Raum* entgegen. Der *Raum* entsteht durch einen Akt der Bewegung und steht im Gegensatz zum *Ort* für ein zeitliches und destabilisierendes Moment (vgl. de Certeau 1988: 218). Während die Straße als *Ort* des Automobils vor allem darauf zielt, Ordnungen festzuschreiben, bezieht der *Raum* alle Bewegungen auf der Straße mit ein – also bei weitem nicht nur das Automobil, sondern sämtliche Dinge, die sich auf der und über die Straße bewegen.

Im Augenblick der Bewegung wird die *Strategie* des Automobils in ihrer Singularität aufgelöst. In diesem Zusammenhang stellt de Certeau der *Strategie* die *Taktik* gegenüber, die er als räumliche Praxis versteht. Die *Taktik* ist die „Kunst des Schwachen“ (de Certeau 1988: 89), die nur den Ort des Anderen hat: „Sie muss mit dem Terrain fertigwerden, das ihr so vorgegeben wird, wie es das Gesetz einer fremden Gewalt organisiert“ (ebd.). Auf jeden *Ort* kommt demzufolge eine ganze Bandbreite neuer *Taktiken*, die sich nicht dem „Gesetz des Ortes“ (ebd.: 78) unterwerfen, nicht durch den *Ort* definiert und identifiziert und in diesem Sinne auch nicht durch ihn lokalisierbar sind.

Ein Beispiel, in dem die konflikthafte gesellschaftliche Aushandlung durch *taktische* Bewegungen im Ordnungssystem Straße sichtbar wird, ist die alltägliche Situation auf der eingangs skizzierten Hansaallee in Frankfurt am Main (vgl. Abb. 1). Mit dem sukzessiven Umzug der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt vom alten Campus in Bockenheim in den Stadtteil Westend seit Anfang der 2000er-Jahre (vgl. Belina et al. 2013, Ronneberger 2015), wird die Hansaallee täglich von einem Großteil der Studierenden und Mitarbeitenden des Campus überquert. So pendeln wochentags während den Hauptvorlesungszeiten innerhalb einer halben Stunde circa 1.000 Studierende zwischen der nächstgelegene U-Bahn-Station und dem Campusgelände. Dabei brechen sie das Gesetz des *Ortes* – hier also der Hansaallee als Fahrbahn –, indem sie die Straße überqueren und so die *Strategie* des *Ortes* unterlaufen. Zwar existiert in der näheren Umgebung auch eine Ampelanlage, deren Nutzung wäre jedoch mit einem kontraintuitiven Umweg verbunden, sodass nur ein Bruchteil der Querenden sie tatsächlich in Anspruch nimmt. Die überwiegende Mehrheit nutzt dagegen den direkten, jedoch regelwidrigen Weg über die Autostraße.

Aufgrund der Vielzahl an Zufußgehenden, die sich ihren Weg durch den hierarchisch organisierten *Ort* bahnen, wurde das Phänomen in jüngerer Vergangenheit bereits mehrfach problematisiert: seitens der Universitätsleitung, der Lokalpolitik und auch in der Presse. Die deutschlandweit auflagenstärkste Tageszeitung spricht in Bezug darauf von einem ‚Kollaps‘ des Verkehrs (vgl. Schlagenhauer 2013). Auch die Stadtverwaltung hat sich schon länger mit der Thematik beschäftigt. Aus einer Magistratsanfrage ging

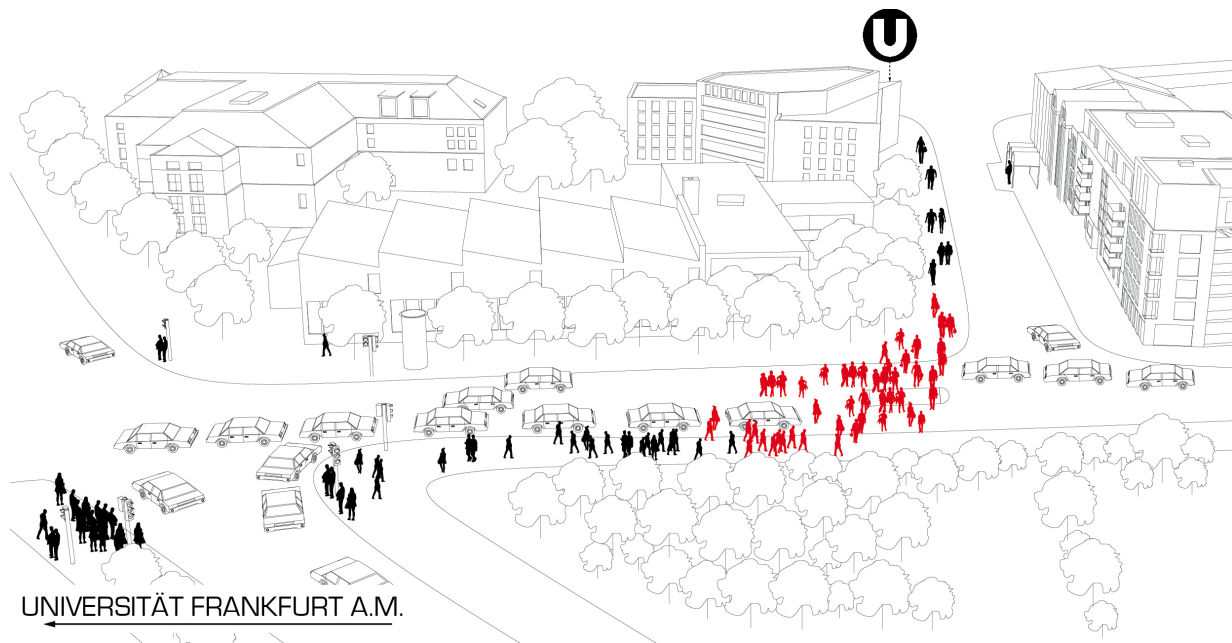


Abb. 1 Szenario auf der Hansaallee in Frankfurt am Main (Eigene Darstellung orientiert an Deutinger et al. 2016; Figuren © 123rf.com)

jedoch im August 2013 hervor, dass sich die Stadt „aus formalen Gründen“ (Majer 2015) nicht imstande sieht, hier einen offiziellen Fußgängerüberweg zu errichten, da sich mit der angesprochenen Ampelanlage in der Nachbarschaft bereits ein offizieller Fußgänger_innenüberweg befände.

Die *Taktik*, mit der die Zufußgehenden hier die Straßenordnung unterlaufen, bringt zwei Spezifikationen mit sich. Zunächst wird deutlich, dass es sich bei dieser Situation nicht um ein individuelles Phänomen, sondern um eine kollektive Praxis handelt. Während sich eine direkte Lektüre de Certeaus allem voran auf die Kunst des einzelnen Handelns bezieht, steht an dieser Stelle die kollektive Praxis im Vordergrund. Daran anschließend ist es unausweichlich darauf hinzuweisen, dass die vorangegangene Beschreibung der Hansaallee auf der Tatsache aufbaut, dass das, was dort passiert, tagtäglich wieder geschieht. Die beschriebene Alltagspraxis umfasst demnach nicht nur eine tiefgreifende Verschränkung des individuellen und kollektiven Handelns, diese Bewegung unterliegt außerdem einem *Rhythmus*, den wir in unserem Beitrag durch eine theoretische Ergänzung in Anschluss an Henri Lefebvre herausstellen möchten. *Rhythmen* entstehen demnach in jeder Interaktion zwischen Ort, Zeit und Praxis und sind geprägt durch periodische Wiederholungen, Abweichungen und Interferenzen (vgl. Lefebvre 2014: 25). Von Bedeutung ist dabei, dass *Rhythmen* über eine Temporalität verfügen und in bestehende Ordnungssysteme eingebunden sind, indem sie, – wie die *Taktik* – Spielräume im Ort des Anderen schaffen. Das Besondere daran, was wir im Folgenden deshalb als *rhythmische Taktik* bezeichnen, ist jedoch, dass sie den Schwerpunkt auf die alltägliche Konstitution einer kollektiven Bewegung legt und ein Gedächtnis umfasst, welches sich in zyklischen Wiederholungen und Abweichungen äußert. Aufgrund ihrer Regelmäßigkeit, verfügt die *rhythmische Taktik* – im Vergleich zu individuellen und einmaligen *Taktiken* – über ein erhöhtes Potential, sichtbar und wahrgenommen zu werden. Zudem ergibt sich die Macht der Zufußgehenden hier aus ihrer Masse, welche den automobilen Verkehr unweigerlich zum Halten bringt.[1]

Dies lässt sich am Beispiel der Hansaallee einerseits an Zeitungsberichten und politischen Diskursen illustrieren, andererseits ist es aber auch der

Grund, weshalb gerade diese Situation Gegenstand unserer Analyse wurde. Um eine andere Sichtbarkeit dieser *rhythmischen Taktik* zu erzeugen, erschien es jedoch aus wissenschaftlicher Perspektive unmöglich, sich auf eine reine Zählung und Beobachtung des *Ortes* zu beschränken.

4. Irrlinien im Ordnungssystem Straße

Am 25. Juni 2015, während der Hauptvorlesungszeit, forderten wir die Zufußgehenden auf, mit Straßenkreide ihren Weg zu markieren. Ziel war es, den Konflikt im Straßenraum zwischen den verschiedenen Bewegungen sichtbar zu machen, indem die *rhythmische Taktik* der Zufußgehenden als *Spur* materialisiert wurde (vgl. Abb. 2). Dazu wurden diese – in größerer Entfernung zur Straßenquerung – mit Handzetteln kurz über ihre Rolle im Rahmen der Erhebung informiert. Die Kreide wurde den Teilnehmer_innen dann wenige Meter vor der eigentlichen Straßenquerung überreicht. Die Standorte wurden so ausgewählt, dass sie sowohl den Umweg über die Ampelanlage, als auch den direkten Weg über die Straße gehen konnten.

Eine solche Einschreibung der Praxis in den *Ort* stellt aus Sicht de Certeaus jedoch ein Problem dar. Denn dadurch werde zwar eine *Spur* erzeugt, es gehe jedoch gerade das verloren, was in den Blick genommen werden soll, nämlich die Praxis selbst. Wie er festhält, könne der Prozess des Gehens zwar in Stadtpläne oder ähnliches eingetragen werden, „[a]ber diese dicken und dünnen Linien verweisen wie Wärter lediglich auf die Abwesenheit dessen, was geschehen ist. Bei der Aufzeichnung von Fußwegen geht genau das verloren, was gewesen ist: der eigentliche Akt des Vorübergehens“ (1988: 188). Die *Spur* sei demnach unzureichend, „da die Wegstrecke und die Zeit oder Bewegung auf diese Weise auf eine Linie reduziert werden“ (ebd.: 86). Sie lässt die einzigartigen Augenblicke des Gehens ersetzbar werden,

Abb. 2 Zebrastreifen aus Kreide in der Hansaallee in Frankfurt am Main (Foto: Petra Esch-Pohl, Juni 2015)



weshalb sie von de Certeau zur Auseinandersetzung mit Alltagspraxis und zugunsten der Analyse von *Strategien* und *Taktiken* verworfen wird.

Wir stimmen mit de Certeau darin überein, dass die *Spuren*, welche durch die Intervention am 25. Juni von den Passant_innen in den Straßenraum gezeichnet wurden, sich weder als *Strategie* noch als *Taktik* verstehen lassen. Sie sind ein selektives Überbleibsel, das nur noch rudimentär davon zeugt, wer, wann, wie täglich zu Fuß auf der Straße verkehrt. Und doch liegt ein (politisches) Potential in den *Spuren*, das einer voreiligen Verwerfung solcher Projektionen verwehrt bleibt. Als Materialisierung der *rhythmischen Taktik*, erhöht die *Spur* das Potenzial der Sicht- und Wahrnehmbarkeit dessen, was alltäglich auf der Straße geschieht.

Die Intervention vom 25. Juni wurde auf unterschiedliche Weise registriert. Die lokale Presse berichtete über die Aktion und die prekären Verhältnisse auf der Hansaallee (vgl. Bauer 2015) und das Verkehrsdezernat sah sich ermutigt über den „üblichen Rahmen“ (Majer 2015) hinauszugehen, wie es der Dezernent ausdrückte, sodass schließlich im September desselben Jahres ein adaptives Planungsvorhaben von Seiten der Stadt realisiert wurde (vgl. Abb. 3).

Ein ‚Schachbrett‘ ersetzt von nun an die Kreidelinien, um dauerhaft auf die mögliche Querung von Zufußgehenden aufmerksam zu machen. Diese vermeintlich progressive Reaktion der Stadt vermag allerdings nicht, das Gesetz des *Ortes* zu entgrenzen. Denn das Schachbrett als „gute Lösung“ (Majer 2015) stellt die *Strategie* der Straße als Fahrbahn für den motorisierten Individualverkehr nicht in Frage, sondern reproduziert Bestehendes im Gewand der vermeintlichen Re-Konfiguration. De Certeau konstatiert diesbezüglich, dass sich die *strategische* Führung allenfalls auf die *Taktik* zubewegen, wenn ihre Kräfte schwächer werden (vgl. 1988: 90). In diesem Sinne wurde die *rhythmische Taktik* der Zufußgehenden durch die neue Straßenmarkierung zwar in den *Ort* des Automobils eingeschrieben, das

Abb. 3 Adaptive Planung ‚Schachbrett‘ in der Hansaallee in Frankfurt am Main (Eigenes Foto, Oktober 2015)



Schachbrett selbst entfaltet jedoch keine rechtliche Wirkung, da es als einfache „Pflastermalerei“ (Majer 2015) kein Bestandteil der Straßenverkehrsordnung ist und die Vorfahrt beim Autoverkehr verbleibt.

Wenngleich sich die *Strategie* der Straße damit nicht verändert hat, sorgt das Schachbrett an der Hansaallee dennoch für stetige Irritationen. So schreibt sich die *rhythmische Taktik* der Zufußgehenden in den *Ort* des Automobils ein und sorgt dafür, dass sich die *Strategie* an dieser Stelle aufweicht und auf die *Taktik* zubewegt. Faktisch konnte diese Materialisierung der *Taktik* durch die Stadt den Konflikt jedoch weder eindämmen noch abschwächen. Im Gegenteil: Zufußgehende sehen sich in ihrem Handeln bestätigt und Autofahrer_innen beharren weiterhin auf dem Gesetz des Ortes.

5. Zusammenfassung und Schluss

Mit de Certeaus Hauptwerk *Kunst des Handelns* (1988) lässt sich ein ontologisches Spannungsverhältnis im funktionalistisch organisierten und als Transitraum konzeptualisierten Ordnungssystem Straße zwischen den als rezessiv antizipierten Bewegungen des Zufußgehens und jenen dominanten automobilen Bewegungen sichtbar machen. Diesbezüglich existiert die Straße als *Ort* des Automobils nicht per se, sondern wird *strategisch* ins Sein gebracht. Darin produzieren Zufußgehende tagtäglich *taktisch* andersartige Bewegungen, die in der funktionalistischen Rationalität des automobilen Straßenkonzepts wie Irrlinien wirken. Besonders offensichtlich wird dieses Spannungsverhältnis dann, wenn *Taktiken* nicht einmalig, sondern in einem *Rhythmus* (vgl. Lefebvre 2014), also repetitiv und kollektivistisch, auftreten und so die *Strategie* permanent unterlaufen. Eine solche *rhythmische Taktik*, wie wir sie in Anlehnung an de Certeau und Lefebvre bezeichnen, kann als *Spur* des Gehens sichtbar gemacht werden und das konflikthafte Spannungsverhältnis der Bewegungen im Straßenraum offenlegen, um schließlich eine Korrespondenz zwischen Alltagspraxis und Planung herzustellen.

Das Fallbeispiel der Frankfurter Hansaallee zeigt, wie sich die alltäglich konflikthafte Aushandlung von Straßenräumen durch Planung materialisiert und in der Konzeption von Straße verstetigt. Wenngleich hier nicht mit der *Strategie* der Straße als *Ort* des Automobils gebrochen wird, so beinhaltet der – durch die Intervention angestoßene – Planungsakt jedoch Ansätze eines Paradigmenwechsels: eine Loslösung von der Autozentriertheit, die Konflikte unterschiedlicher Bewegungen im Straßenraum anerkennt, offenlegt und zulässt.

Danksagung

Wir möchten uns herzlich bei Paddy Bauer, Charlotte Behrmann, Jonas Bereiter, Alev Coban, Petra Esch-Pohl, Franziska Graf, Thomas Klinger, Martin Lanzendorf, Esther Meisinger, Hannah Müggenburg, Oliver Reul, Felix Schoeler, Steffi Schubert, Christiane Tristl und Mathias Wilde bedanken, die uns vor, während und nach der Intervention so tatkräftig unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt auch Katharina Manderscheid für ihr konstruktives und sehr hilfreiches Feedback beim Schreiben des Artikels.

Kurzer Nachtrag

Im Herbst 2016 wurde der für das ‚Schachbrettmuster‘ verantwortliche Verkehrsdezernent Stefan Majer (Bündnis 90/Die Grünen) von Klaus Oesterling (SPD) abgelöst. Kurz darauf wurde die örtliche Straßeneinfärbung durch einen ‚roten Teppich‘ ersetzt. Da die Forschung zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war, bleiben neue Fragen nach der verkehrspolitischen Intention hinsichtlich der im Artikel entwickelten Argumentation an dieser Stelle ungeklärt.

Endnoten

- [1] Hier besteht eine gewisse Nähe zur *critical mass*-Bewegung, die sich jedoch im Gegensatz zum vorliegenden Fallbeispiel stärker durch ein organisiertes Event auszeichnet (vgl. Strüver 2015).

Autor_innen

Sören Groth ist Mobilitätsforscher. Auf Basis von Handlungs-, Raum- und Planungstheorien forscht er zu neuen Mobilitätstrends (z.B. Multimodalität).
soeren.groth@ils-forschung.de

Jakob Hebsaker ist Stadtgeograf. Er beschäftigt sich mit Theorien räumlicher Mobilität, urbanen Verkehrsinfrastrukturen und Stadtpolitik.
hebsaker@geo.uni-frankfurt.de

Lucas Pohl ist Stadtgeograf. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadt- und Raumtheorie, Architektur und politische Praxis.
pohl@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Bauer, Paddy (2015): Zebrastreifen aus Kreide. In: Frankfurter Rundschau, 26.6.2015.
- Belina, Bernd / Petzold, Tino / Schardt, Jürgen / Schipper, Sebastian (2013): Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/1, 49-74.
- de Certeau, Michel (1988 [1980]): *Kunst des Handelns*. Berlin: Merve.
- Deutinger, Theo / Filippas, Stefanos / Cooke, Liam (2016): *Crowd Control*. <http://td-architects.eu/projects/show/crowd-control/-imgid-2625> (letzter Zugriff am 5.1.2017).
- Geels, Frank (2005): The dynamics of transitions in socio-technical systems: a multi-level analysis of the transition pathway from horse-drawn carriages to automobiles (1860-1930). In: *Technology Analysis & Strategic Management* 17/4, 445-476.
- Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hilpert, Thilo (1978): *Die funktionelle Stadt: Le Corbusiers Stadtvision – Bedingungen, Motive, Hintergründe*. Braunschweig: Vieweg.
- Krämer-Badoni, Thomas / Grymer, Herbert / Rodenstein, Marianne (1971): *Zur sozio-ökonomischen Bedeutung des Automobils*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Le Corbusier (1925 [2015]): *Städtebau*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lefebvre, Henri (1975): *Metaphilosophie. Prolegomena*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lefebvre, Henri (2014): *Rhythmanalysis. Space, Time and Everyday Life*. London: Bloomsbury.

- Majer, Stefan (2015): Interview vom 3. November 2015.
- Manderscheid, Katharina (2012): Automobilität als raumkonstituierendes Dispositiv der Moderne. In: Henning Füller / Boris Michel (Hg.), Die Ordnung der Räume: Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault. Münster: Westfälisches Dampfboot, 145-178.
- Manderscheid, Katharina (2014): Formierung und Wandel hegemonialer Mobilitätsdispositive. In: Zeitschrift für Diskursforschung 2/1, 5-31.
- Norton, Peter D. (2009): Fighting Traffic. The Dawn of the Motor Age on the American City. Cambridge: MIT.
- Paterson, Matthew (2007): Automobile Politics. Ecology and Cultural Political Economy. Cambridge: University Press.
- Rammler, Stephan (2008): The Wahlverwandtschaft of modernity and mobility. In: Weert Canzler / Vincent Kaufmann / Sven Kesselring (Hg.), Tracing Mobilities. Towards a Cosmopolitan Perspective. Farnham: Ashgate, 57-75.
- Reichow, Hans Bernhard (1959): Die Autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos. Ravensburg: Otto Maier Verlag.
- Ronneberger, Klaus (2015): Wissens-Räume – Architektur und Hochschulpolitik in Frankfurt. In: *dérive - Zeitschrift für Stadtforschung* 59, 22-31.
- Sachs, Wolfgang (1984): Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Schlagenhafer, Stefan (2013): Jeden Tag auf der Hansaallee. Der Studenten Stau. In: *Bild-Zeitung*, 17.10.2013.
- Schopf, Josef Michael / Emberger, Günter (2013): Die Straße, die Fussgänger und die Stadtentwicklung. In: *dérive - Zeitschrift für Stadtforschung* 50, 4-9.
- Strüver, Anke (2015): *Critical Mass* als performative Kritik der städtischen Verkehrspolitik? Fahrradfahren mit Judith Butler auf dem Gepäckträger. In: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 3/3, 33-50.
- VCD - Verkehrsclub Deutschland (2006): Freier Gang für freie Bürger. In: *fairkehr – VCD-Magazin für Umwelt, Verkehr, Freizeit und Reisen* 6, 14-17.
- Wolf, Winfried (1996): *Car Mania. A Critical History of Transport*. London: Pluto Press.

PlanBude Hamburg

Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung

Renée Tribble, Patricia Wedler
und Volker Katthagen (PlanBude, Hamburg)

Viele stadtplanerische Beteiligungsverfahren hatten in der jüngeren Vergangenheit überwiegend informativen oder konsultierenden Charakter, selten waren Prozesse darauf ausgelegt, weitere Stufen der „ladder of participation“ (Arnstein 1969) zu nehmen. Zunehmend wird aber im hegemonialen Planungsverständnis ein neues Paradigma partizipatorischer Verfahren wirksam; komplexe Aufgaben der Stadtgesellschaft sollen in kooperativen Beteiligungsverfahren die heterogenen, zuweilen auch diametralen Interessenslagen unterschiedlicher Akteure austarieren und zu konstruktiven, von allen Seiten akzeptierten Ergebnissen führen (vgl. Stuttgart 21, Tempelhofer Feld, Ausbau Flughafen Frankfurt). Dass dieses neue Leitbild partizipatorischer Verfahren nicht nur für alle konfliktbehafteten Stadtplanungsvorhaben strapaziert wird, sondern tatsächlich auch durch einen kollektiven Prozess eine Stadt der Vielen ermöglichen kann, soll in diesem Beitrag am Beispiel der PlanBude, einem in der Konstellation der Akteure und der Größenordnung des Bauvorhabens in Hamburg singulären Projekt, dargestellt werden.

Die PlanBude ist ein interdisziplinäres Team aus den Feldern Stadtplanung, Architektur, Kunst, Urbanistik, sozialer Stadtteilarbeit und Kulturwissenschaft und steht für einen aus dem Stadtteil heraus konzipierten Beteiligungsprozess. Im Jahr 2014 wurde die PlanBude aus der autonomen Stadtteilversammlung „St. Pauli selber machen“ heraus gegründet, nachdem der jahrelange Protest für den Erhalt der Esso-Häuser am Spielbudenplatz abrupt mit deren Evakuierung und nachfolgendem Abrissbeschluss beendet worden war. Das Konzept der PlanBude, einer von Nachbar_innen und Expert_innen durchgeführten kollektiven Wunschproduktion[1], zeigt einen konstruktiven Weg aus der konfliktbeladenen Situation zwischen Stadtteil und Investor auf und bildet die Verhandlungsbasis für Gespräche mit der Bezirksleitung. Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Beauftragung der PlanBude durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte mit der Organisation und Durchführung eines breit zugänglichen, niedrighwelligen Beteiligungsprozesses mit künstlerischen und planerischen Mitteln als Grundlage für einen städtebaulichen Wettbewerb für den Neubau der Esso-Häuser.

Der Druck wächst

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist, wie viele andere, eine wettbewerbsorientierte europäische Metropole neoliberaler Prägung, deren Transformationsprozesse eine Vielzahl an Segregations-, Exklusions- und Umverteilungsdynamiken evozieren. Bereits in den 1980er Jahren wird unter dem Begriff „Unternehmen Hamburg“ (Dohnanyi 1983:12) ein am Ökonomischen ausgerichtetes Leitbild für die städtische Entwicklungspolitik der Hansestadt ausgerufen, das 2002 mit dem Programm „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ (FHH 2002) bestätigt und bis heute mit nur geringen Modifikationen unter dem Motto „Wachsen mit Weitsicht“ (CDU 2009) verfolgt wird.

Die Stadt Hamburg wendet sich mit der Ökonomisierung von Stadtentwicklung im Zuge der Globalisierung der New Governance zu. Der soziale Wohnungsneubau erreicht Mitte der 1980er Jahre in Deutschland seinen Tiefpunkt (Sautter 2005:15). Bis dahin betrug der Anteil geförderter Wohnungen in Hamburg gut zwei Drittel aller Fertigstellungen, in den 2000er Jahren ist dieser Anteil auf ein Drittel (siehe Mesecke 2009) gesunken. Gleichzeitig entsteht Mitte der 2000er Jahre mit der „Renaissance der Innenstädte“ (Guratzsch 2008) beziehungsweise „Großstädte“ (BBSR 2011) eine immer höhere Wohnungsnachfrage in den als urban wahrgenommen gründerzeitlichen Stadtstrukturen der Inneren Stadt[2] Hamburgs. Viele dieser innerstädtischen Viertel wurden Mitte der 1990er Jahre noch als Sanierungsgebiete ausgewiesen. Mit dem Auslaufen der Maßnahmen sind diese besonders von der hohen Wohnungsnachfrage und einem damit einhergehenden wachsenden Gentrifizierungsdruck betroffen. Im Zuge der zunehmenden Segregationsprozesse sowie ausgehend von einem Mangel an günstigen Wohnungen in zentralen Lagen werden Ende der 2000er Jahre Proteste gegen die stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen der politischen Elite laut; der Widerstand in der Zivilgesellschaft gegen die starke ökonomische Orientierung der Hamburger Stadtpolitik gipfelt Mitte 2009 in der Herausbildung eines der größten deutschen Recht-auf-Stadt-Netzwerke (vgl. Gebhardt/Holm 2011: 9).

Einer der Brennpunkte dieser Auseinandersetzung ist das Gelände der sogenannten ‚Esso-Häuser‘ – ein zentral im Hamburger Stadtteil St. Pauli an der Reeperbahn situiertes Gebäudeensemble im funktional-modernistischen Architekturstil der 1960er Jahre. 2009 wird das Gelände, nachdem es bereits 1997 aus Erbpacht der Stadt Hamburg verkauft und in privates Eigentum überführt wurde, von der Bayerischen Hausbau GmbH & Co KG, einem Unternehmen eines international agierenden Konzerns, erworben. An den Abrissplänen der bayerischen Eigentümerin und Investorin für den Gebäudekomplex mit circa 100 Wohneinheiten, einem Gewerberiegel und der namensgebenden Tankstelle inklusive Tiefgarage entzündet sich ein Konflikt, der zu breitem lokalen Widerstand führt und auch bundesweite Aufmerksamkeit erlangt. Die Verwertungslogik der Eigentümer- und Entwicklerin sieht von Anfang an eine höhere Ausnutzung des Grundstücks vor, die durch den vollständigen Abriss der bestehenden Gebäude und eine neue, dichtere Bebauung realisiert werden soll – und für die neues Baurecht geschaffen werden muss.

Vor dem Hintergrund einer solchen ökonomischen Ausrichtung steht die Frage, wie die Interessen der „drei Sphären der Stadtentwicklung: Kommune, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Selle 2013) in diesem asymmetrischen Kräfteverhältnis ausgeglichen werden können. Während Arnstein bereits 1969 acht Stufen der Beteiligung von der Manipulation bis zur Selbstorganisation aufgezeichnet hat, werden diese in Beteiligungsratgebern für Stadtplanung in der Regel in die „drei Intensitätsstufen der Partizipation: Information – Konsultation – Kooperation“ (Arbter 2007) unterteilt. Die letzte Stufe der ‚Selbstorganisation‘ wird in dieser Betrachtung außen vor gelassen. In formellen wie informellen Beteiligungsverfahren kommunaler Planung werden in der Regel nur die Stufen ‚Information‘ und ‚Konsultation‘ praktiziert, beispielsweise in Form von Stellungnahmen in Bebauungsplan- oder Planfeststellungsverfahren. Zum Zeitpunkt der Stellungnahmen liegt jedoch bereits ein konkreter Planungsentwurf als Grundlage vor, der zunehmend auf Initiative eines Investors entsteht. Impulse für die Stadtentwicklung werden aus unternehmerischem Interesse gesetzt, die Kommunen schaffen die rechtlichen Grundlagen. Zu diesem Zeitpunkt ist die Sphäre der Zivilgesellschaft häufig noch nicht vertreten, die im Hintergrund laufenden Prozesse bleiben intransparent – eine Blackbox. Der Prozess der PlanBude zeigt einen Ansatz auf, wie die Interessen der Zivilgesellschaft als Grundlage für die Interessensaushandlung ebenfalls in den Stadtentwicklungsprozess eingebracht werden können, um damit auf Augenhöhe zu agieren.

Stadt selbst gestalten

Trotz des anhaltenden Protests der Hamburger Recht-auf-Stadt-Bewegung wie auch der Unterstützung kultureller und politischer Prominenz wird im Januar 2014 die Abbruchgenehmigung für die Esso-Häuser erteilt, nachdem die Gebäude in der Nacht vom 15.12.2013 wegen Einsturzgefahr geräumt und kurze Zeit später für unbewohnbar erklärt wurden. Die Bewohner_innen und Gewerbetreibenden der Esso-Häuser verlieren über Nacht ihre Wohnungen, mit dem Beschluss ihr Zuhause und zum Teil ihre Existenzgrundlage. In diesem konfliktbeladenen Moment entsteht das Konzept der PlanBude: Nach Jahren der Realisierung von Großbauprojekten und einhergehenden Verdrängungseffekten im Stadtteil St. Pauli wird in einem Bottom-up-Prozess eine städtische Planung eingefordert, die eine an den Bedarfen des Stadtteils orientierte Lösung anstrebt. Auf einer aus der Nachbarschaft einberufenen Stadtteilversammlung wird im Februar 2014 die ‚Ballsaalresolution‘ verabschiedet, die Forderungen für den weiteren Umgang mit dem Esso-Häuser-Gelände aufstellt: „Es gibt einen von unten organisierten, demokratischen Planungsprozess. St. Pauli hat längst gezeigt, dass das lokale Know-How interessante, soziale städtebauliche Lösungen entwickeln kann, die der hervorgehobenen Bedeutung des Geländes am Spielbudenplatz gerecht werden.“ (St. Pauli selberrmachen 2014) In der Perspektive Lefebvres wird hier der urbane Raum als Ort der Reproduktion hegemonialer Verhältnisse und ideologischer Kämpfe verstanden und die Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen machtgeleiteten Interessengruppen um die Aneignung des urbanen Raumes als zentrales Moment von Stadtentwicklungsprozessen begriffen (vgl. Lefebvre 1991).

Es ist nicht das erste Auftreten von partizipativen, kollektiven und emanzipatorischen Aneignungsprozessen von Stadtentwicklung in St. Pauli. Wurde die Auseinandersetzung um die Hafenstrassenhäuser noch in militanter Weise mit den Mitteln des politischen Kampfes der 1980er Jahre ausgetragen – Stichwort Hausbesetzer_innen-Szene – so organisiert das Anwohnerprojekt „Park Fiction“ Mitte der 1990er eine kollektive Wunschproduktion, die mit der Realisierung einer auf Grundlage der Ideen und Wünsche der Nachbarschaft gestalteten Grünanlage an der Hafenkante erfolgreich ist. Bei diesem Projekt kollaborieren bereits in der Verbindung von Kunst, Politik, Sozialem und Subkultur verschiedene Disziplinen für eine alternative Stadtentwicklung aus der Nachbarschaft heraus. Wie bei Lefebvre formuliert, wird beim Park-Fiction-Projekt das Recht auf das utopische Moment des Urbanen mit seinen „schöpferischen Überschüssen“ (Gebhardt/Holm 2011: 8) und der Konstitution von Möglichkeitsräumen als eine Praxis jenseits passiver Konsumverhältnisse forciert. Diese Art der Selbstorganisation ist typisch für den Stadtteil St. Pauli und mit ihr verbunden sind Praktiken der Selbstermächtigung und paralleler Planung.

Dieser heute erfolgreich realisierte, nicht weit von den Esso-Häusern gelegene, öffentliche Park bildet zusammen mit dem im Prozess gewonnenen Erfahrungswissen eine wichtige Hintergrundfolie für die PlanBude. Zum einen, um mit dem Verweis auf den Erfolg von Park Fiction als Verhandlungspartner_in von Seiten des Bezirks wahrgenommen und akzeptiert zu werden, zum anderen auch, um offiziell beauftragt zu werden. Der mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte geschlossene Vertrag ermöglicht es der PlanBude den Beteiligungsprozess selbstverantwortlich durchzuführen und erlaubt zugleich beiden Vertragspartnern jederzeit auszusteigen, wohl wissend, dass dieses Experiment mit offenem Ausgang auch scheitern kann.

Wie geht Beteiligung?

Leitlinie der PlanBude ist das Recht auf Stadt: Neben dem physischen Raum gilt es die gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso wie die sozialen Praktiken mit einzuschließen und utopischen Überschuss zu produzieren. Die Umsetzung dieses Konzepts ist eine kollektive Wunschproduktion, deren Ergebnisse zur Grundlage von Stadtentwicklung werden. Für den Prozess hat die PlanBude stadtplanerische und künstlerische Tools neu konzipiert und Methoden weiterentwickelt, die im Beteiligungsrepertoire bereits zu finden sind. Alle Tools werden auf den Ort, die Umgebung und die Fragestellung hin spezifiziert und lenken die Gedanken ins Kreative, Spielerische, Utopische: Von der Wärmekarte über das Legomodell, das Knetmodell, die Nacht- und den Kellerkarten bis hin zu den Fragen der „Dachlandschaften 2.0“ oder dem Tankstellenersatz „An der Tanke du und ich“. Die Nachtkarte fragt nach einem Bild der Fassade zur „Reeperbahn im Jahr 2020“. Zu diesem Zeitpunkt wird der Neubau vermutlich fertig gestellt sein, die Karte steht also in direktem Bezug zur Zeitschiene des Projekts. Gemalt wird mit leuchtenden Stiften, sodass Assoziationen und Ideen für Leuchtschriften und einen glanzvollen Auftritt fast von alleine entstehen.

Um an Alltagsorte anzudocken, wird der Stadtteil zum Seminarraum: Workshops werden in Hotels und Bars abgehalten, durch Kneipen auf dem

Kiez mit dem Film „Buy, Buy, St. Pauli“ getourt, gezielt Kioske und kleine Läden aufgesucht. Die PlanBuden-Container selbst sind über viereinhalb Monate von Dienstag bis Sonntag zwischen 16 und 21 Uhr geöffnet und werden zur Plattform: das PlanBuden-Kernteam wird mit den sogenannten PlanBuddies verstärkt, die auch spanisch, französisch, türkisch oder russisch sprechen, bei der wöchentlichen PlanBuden-Schicht werden Gespräche geführt, Besucher_innen informieren sich und tauschen sich aus, entwickeln gemeinsam Ideen oder bauen ihre Konzepte auf anderen auf.

Ein Fragebogen, der sowohl Informationen und Daten als auch Wünsche und Ideen generiert, wird an alle Haushalte St. Paulis und in der unmittelbaren Nachbarschaft, die nicht in der offiziellen Stadtteilumgrenzung liegt, per Postwurf selbst verteilt. Zusätzlich werden PlanBude-Boxen an Alltagsorten aufgestellt, um den Fragebogen dort zurückgeben zu können. In Urbanismus-Schulkursen mit der vierten und zehnten Klasse werden eigene Jugend- und Kinderfragebögen erstellt, verteilt und Stadt erforscht.

In Kooperation mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg und der Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli werden Haustürgespräche in den benachbarten Straßenzügen geführt, soziale Einrichtungen wie Seniorenheime direkt besucht. Große und kleine Feste werden initiiert, die den Charakter von Straßenfesten oder Nachbarschaftstreffen haben.

Betrachtet man nun diese – nicht abgeschlossene – Aufzählung an Tools und Methoden, fällt zunächst die Vielfältigkeit auf. Im Planungsjargon wird häufig von der richtigen Methode, dem richtigen Werkzeug gesprochen oder auch dem richtigen Mix. Zentral scheint es zu sein, unterschiedliche Formate zu schaffen, die sowohl zu Artikulation und Reflexion anregen, aber auch Spaß machen – also die Freude daran wecken, kreativ zu sein – unabhängig von Sprache, Ausbildung oder Talent. Als wesentliche Eigenschaften für den Planbuden-Prozess sind hier zu nennen:

- *Tools*: Werkzeuge, für die man keine bestimmte Sprache braucht und die es jedem erlauben sich auszudrücken, sei es zeichnend, schreibend, knetend, erzählend oder mit Legosteinen.
- *Zugänglichkeit*: Über einen langen Zeitraum zugänglich sein und damit die Möglichkeit schaffen, einfach mal oder immer wieder vorbeizuschauen und verschiedene Intensitäten der Beteiligung ermöglichen.
- *Nachvollziehbarkeit*: Dokumentation und Zugänglichkeit der Beteiligungsbeiträge und damit des Prozesses im PlanBuden-Archiv.
- *Sichtbarkeit*: Visuelles Auftreten mit hohem Wiedererkennungswert generieren und damit die Möglichkeit schaffen, jeden Ort zu ‚planbudisieren‘.
- *Narrative entwickeln*: Den Ort besetzen, Geschichte(n) kreieren und weiter erzählen.
- *Aufsuchende Beteiligung*: Zu den Menschen gehen beziehungsweise an den Orten präsent sein, die die Leute interessieren.
- *Anlässe schaffen*: Gelegenheiten bieten für unterschiedliche Menschen mittels verschiedener Themen- und Veranstaltungsformate an den jeweils damit verbundenen Orten.
- *Mehrdimensionalität und mixed methods*: Qualitative und quantitative Ergebnisse in Beziehung setzen.
- *Vielsprachigkeit*: nicht nur in verschiedenen Sprachen, sondern auch in heterogenen Hintergründen und Altersstufen denken.

- *Dem Interesse des Stadtteils verpflichtet:* Die Ergebnisse zuerst im Stadtteil vorstellen und Feedback ermöglichen, dann Politik und Investor_innen einbeziehen.
- *Wissen wertschätzen:* Anwohner_innen sind die Expert_innen ihres Alltags und des Ortes mit vielschichtigem und wertvollem Wissen für das Anknüpfen an den Stadtteil und seine Weiterentwicklung.

Als maßgeblich für die hohe Beteiligung der Nachbarschaft sowie die Tiefe und Qualität der Beiträge können folgende Faktoren gesehen werden: eine dauerhafte physische Präsenz vor Ort und ein breit gefächertes, diverses Angebot an Beteiligungstools, Methoden und Plattformen. Elementar war die Vernetzung und Verbindung im Stadtteil, um Gelegenheiten und vielfältige Orte des Austauschs zu schaffen, sowie Möglichkeiten dafür zu bieten, sich gegenseitig schlauer zu machen. Voneinander zu lernen, den eigenen vertrauten Ort zu verlassen, auszuschwärmen, neue Erfahrungen und Blickwinkel zuzulassen und den ganzen Stadtteil zum Seminarraum zu machen, – all dies sieht die PlanBude als grundlegend für den Stadtgestaltungsprozess an.

St. Pauli Code verstärken

Die von Oktober 2014 bis Mitte Februar 2015 gesammelten, dokumentierten und archivierten Beiträge werden im Anschluss qualitativ wie quantitativ ausgewertet. In diesem anderthalb Monate dauernden ‚Übersetzungsprozess‘ werden die Aussagen aus den Zeichnungen, Modellen, Fragebögen etc. extrahiert, verdichtet und zugespitzt. Anschließend erfolgt die Zusammenführung der Kernaussagen in thematischen Strängen wie „Wie wollen wir wohnen?“, „Orte des Gemeinsamen“ oder „Schauseite Reeperbahn“ und schließlich die Übersetzung in städtebauliche, architektonische, ökologische und soziale Anforderungen für Funktion, Programm, Durchwegung, öffentliche Orte, Preise, Strukturen, Dächer und deren räumliche Zuordnung.

Aus dem Grundton der insgesamt über 2.300 Beiträge leitet sich auch der ‚St. Pauli Code‘ ab. In sieben Leitlinien wird hier beschrieben, wie sich ‚St. Pauli in die Zukunft denken‘ lässt: Unterschiedlichkeit statt Homogenität, günstig statt teuer, alt vor neu, Toleranz und Raum für alles, was von der Norm abweicht, Subkultur statt Trivialkultur, live statt Konserve und schmuddeliger Glamour – echt und lebendig – statt Hochglanzfassade, Freiraum ohne Konsumzwang. Der St. Pauli Code bildet den Leit- und Handlungsfaden für eine zukünftige Bebauung, die eine Anschlussfähigkeit an die bestehenden Qualitäten St. Paulis herstellt.

Die ausgewerteten und übersetzten Ergebnisse werden auf zwei Stadtteilkonferenzen in den Stadtteil zurückgespielt und diskutiert. Sie bilden neben dem St. Pauli Code die Grundlage für die anschließenden Verhandlungen mit Bezirk und Eigentümer- und Investorin über das, was in die Aufgabenstellung des städtebaulichen Wettbewerbs einfließen und was in den folgenden Entwicklungsschritten auch politisch und strukturell vereinbart und gesichert werden muss. Dafür werden die Ergebnisse nach Themen sortiert, die städtebaulich relevant sind, also politische Entscheidungsprozesse erfordern und grundsätzlich strukturelle Veränderungen adressieren, und deren

Umsetzbarkeit im Städtebau verhandelt. Die zentralen Ergebnisse der Verhandlungen – keine Eigentumswohnungen, circa 60 Prozent geförderter Wohnungsbau und günstige Räume für Nachbarschaft, Innovation, Subkultur und soziale Versorgung – werden zur Grundlage für die Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs. Aber auch eine kleinteilige und heterogene Bebauung, für St. Pauli spezifisches Gewerbe, ein öffentliches Erdgeschoss, öffentlich zugängliche Dachlandschaften und ein öffentlicher Stadtbalkon sind Ergebnisse der Wunschproduktion. Die Interessen der Eigentümer- und Investorin und des Bezirks dagegen spiegeln sich zum Beispiel in einem Hotel wider, das maßgeblich für einen höheren Gewerbeanteil sorgt, aber auch als Lärmschutz für die dahinter liegenden Wohnungen dient.

Wer entscheidet über den Raum?

Der PlanBuden-Prozess zeigt, wie das Wissen der Vielen, aber auch die individuellen Wünsche der Nutzer_innen und Bewohner_innen eines Stadtteils als Grundlage für die Aushandlung über die zukünftige Gestaltung eines Ortes, gegenüber den Interessen von Projektentwickler_innen, Investor_innen, Stadtplanung und Politik in eine machtvollere Verhandlungsposition gebracht werden können. Was heißt das für die Rollenzuteilung der Akteure?

Am Beginn des Prozesses steht die Verhandlung der Akteure über ihre Rollen in einer Struktur, die so stabil ist, dass alle Beteiligten sich immer wieder daran reiben können, und gleichzeitig so fragil, dass alle Sorge dafür tragen müssen, dass der Prozess nicht vorzeitig scheitert. Dass der Prozess bisher so erfolgreich war, beruht zum einen auf der Bereitschaft der Akteure, sich auf einen ergebnisoffenen Prozess einzulassen, und zum anderen auf der verbindlichen Zusage, dass die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses die Grundlage der weiteren Planung bilden werden. Im Fall des PlanBuden-Prozesses ist dies die gemeinsame Erstellung der Auslobung für den nachfolgenden städtebaulichen Wettbewerb.

Im Beteiligungsprozess – der Wunschproduktion – lag die inhaltliche, gestalterische und prozessuale Hoheit bei der PlanBude, die Verwaltung musste hier lernen zu vertrauen und Verantwortung abzugeben, und die Rolle eines Kommentators einnehmen. Während dieser Prozessphase kam der Eigentümer- und Investorin die Rolle der stillen Beobachterin zu. Erst nachdem die Ergebnisse im Stadtteil vorgestellt und damit öffentlich waren, wurden die herausgearbeiteten Interessen des Stadtteils mit denen des Bezirks und der Eigentümer- und Investorin verhandelt. Im nächsten Schritt wurde das in der Verhandlungsphase entstandene Eckpunktepapier der Politik vorgestellt und von dieser bestätigt. Aufbauend auf dem Eckpunktepapier wurde dann die Auslobung in enger Abstimmung von Eigentümer- und Investorin, Bezirk und PlanBude erstellt und der Politik im Stadtplanungsausschuss vorgestellt. In der Vorgehensweise der PlanBude kommt somit zuerst die Nachbarschaft, dann der Bezirk sowie die Eigentümer- und Investorin und dann die Politik zum Zug, die dafür auf die Gewissheit der Verankerung im und eine breite Zustimmung aus dem Stadtteil setzen kann – und trotzdem die Entscheidungshoheit behält. Die Ergebnisse des PlanBuden-Prozesses können als legitimierte Grundlage für die weitere Entwicklung auch von der Politik getragen werden, da der Beteiligungsprozess

durch die Dauer, die Tools und die Intensität vielfältige Äußerungen einer breiten Bevölkerungsschicht erzielt hat.

Der Einbezug beziehungsweise die starke Gewichtung des Stadtteilwissens führt dazu, die Asymmetrie im Kräftereieck Politik, Investor und Zivilgesellschaft in der Planung aufzubrechen. Aus dieser Logik heraus resultiert auch die Vorgehensweise: Die PlanBude versteht sich im Entwicklungsprozess des Geländes der Esso-Häuser als Anwalt für die Belange des Stadtteils und ist daher auch diesem verpflichtet. Im Fall der PlanBude hat diese Art kooperativer Stadtplanung zu einer höheren Qualität des Entwurfs, komplexeren Problemlösungen und zukunftsfähigeren Ansätzen geführt.

Citizen Power

Wenn man mit Arnstein argumentiert, agiert die PlanBude auf der Ebene der bürgerschaftlichen Macht (*citizen power*) auf den beiden Stufen ‚*partnership*‘ und ‚*delegated power*‘. ‚*Partnership*‘, da die PlanBude gestärkt durch die erste Stufe des städtebaulichen Wettbewerbs, aus der Perspektive von Verwaltung und Politik, aber auch der Eigentümer- und Investorin und der Masterplan-Architekt_innen, als Verhandlungspartnerin wahrgenommen wird, auch wenn dies sicherlich noch nicht immer in einem ausgewogenen Kräfteverhältnis steht. Im Prozess wird diese Position von der PlanBude durch die Mitsprache bei der Auswahl der beteiligten Architekturbüros für den Wettbewerb, der Zusammensetzung der Jury sowie der Mitgestaltung des Wettbewerbsverfahrens (Bürgerwerkstatt) erstritten und eingenommen. ‚*Delegated power*‘, weil der Bezirk mit der Beauftragung der PlanBude die inhaltliche Kontrolle über den Beteiligungsprozess abgibt und auf die PlanBude als Auftragnehmerin wie auf den künstlerisch-planerischen Prozess vertrauen muss. ‚*Delegated power*‘ ist aber auch auf Seiten des Stadtteils zu sehen: Würde die PlanBude nicht als Nachbarin und dadurch als glaubwürdige Vertreterin angesehen, könnte weder eine so große Menge an Beiträgen noch ein so intensiver Austausch stattfinden – und das Ergebnis würde, ohne auch je repräsentativ sein zu können, wesentlich an Qualität verlieren oder erst gar nicht zustande kommen, weil es mangels Interesse scheitern würde.

Der gesamte Prozess versteht sich dabei *in progress*, das heißt der Erfolg des einen Schrittes bildet die Basis für die Akzeptanz, Durchführung und Beauftragung des nächsten Schrittes. So resultiert aus der Beauftragung eines auf vorerst sechs Monate angesetzten Beteiligungsverfahrens mit Start im Oktober 2014 nun ein bereits fast drei Jahre andauernder Beteiligungsprozess, der in der hochbaulichen Wettbewerbsphase, der Begleitung des B-Planverfahrens, partizipativer Projektentwicklung und weiteren Handlungssträngen fortgeschrieben und beständig weiterentwickelt wird.

Positiver Moment

Prozesse wie die PlanBude schaffen Plattformen, die es ermöglichen, dass über die Frage, *was* und *wie* Stadt als Ganzes sein soll, ein Austausch entsteht. Aus einem ursprünglich partikularen Interesse können in der Auseinandersetzung universelle Werte abgeleitet werden, die in einen breiteren Kontext übersetzt werden können: Dem Recht auf Stadt innerhalb einer neoliberal geprägten

Stadtentwicklung. Wenn es weiterhin gelingt, die verhandelten Ergebnisse, wie etwa das Nachbarschaftscluster oder öffentlich zugängliche Freiräume auf den Dächern, umzusetzen, mit Leben zu füllen und langfristig zu sichern – also der Marktlogik ganz oder zumindest teilweise zu entziehen, dann kann an der Stelle der ehemaligen Esso-Häuser ein Modell für eine zukünftige Stadtproduktion entstehen. Ein Modell, in dem die neoliberalen Mechanismen ein Stück weit überwunden werden und eine den Anwohner_innen und dem Stadtteil zugutekommende Gebrauchswertorientierung (Sozialwohnungen, Freiräume für Subkultur und soziale Versorgung) der dominierenden Tauschwertlogik von Investor_innen in Teilen vorgezogen und der Zugang zu urbanen Räumen und Ressourcen (vgl. Vogelpohl 2012) für die Nachbarschaft ermöglicht wird.

Um solche Formen emanzipatorischer Beteiligungs- und Planungsprozesse realisieren zu können, braucht es bei allen beteiligten Akteur_innen Mut und Offenheit zum Experiment, sowie Anerkennung und Vertrauen in das kollektive Wissen und die Expertise der Anwohner_innen als Expert_innen ihres Alltags. Nur durch die Bereitschaft, sich auf dieses ergebnisoffene Verfahren einzulassen, die Zusicherung einer tatsächlichen Einflussmöglichkeit des Stadtteils auf die Planung und schlussendlich die Umsetzung der Resultate wird es möglich, Vertrauen zu bilden und Befürchtungen, dass Partizipation in krisenhaften Situationen zum Feigenblatt wird, zu entkräften. Eine verbindliche Prozessstruktur sowie eine klare Rollenzuweisung der Beteiligten bilden dabei den stabilisierenden Rahmen.

Inwieweit sich über den langen Zeitraum der Umsetzung die Ergebnisse im zukünftig gebauten Areal verankern und sichern lassen, bleibt offen und wird von den Beteiligten weiterhin einen langen Atem verlangen. Da der Prozess und die Erfolge der PlanBude trotz offizieller Beauftragung und Bezahlung zu einem nicht unerheblichen Teil auf zivilgesellschaftlichem Engagement und individueller Motivation beruhen, bleibt die Frage noch zu beantworten, wie solche Prozesse zukünftig unerlässlicher und selbstverständlicher Teil von Stadtplanung und das eingangs erwähnte Kräfteungleichgewicht der Akteure in diesem Punkt ausgeglichen werden können. Auf jeden Fall können wir jedoch zumindest im Hinblick auf den bisherigen Prozess davon sprechen, auf der ‚*ladder of participation*‘ einige Stufen weiter hinauf geklettert zu sein.

Endnoten

- [1] Der Begriff rekurriert auf das Anwohnerprojekt „Park Fiction“ (1994-2005), in dem eine ‚Wunschproduktion‘ erstmalig zur Grundlage einer öffentlichen Raumgestaltung wurde: „Ziel der kollektiven Wunschproduktion ist es, die Wünsche aus der Wohnung heraus auf die Straße zu locken, sie verhandelbar und als Widerstand gegen die kapitalistische Ordnung des Raumes wirksam werden zu lassen. Damit wird das individuelle Begehren in seiner politischen Aussagekraft ernst genommen: seine Veröffentlichung und die Auseinandersetzung mit anderen Wünschen organisiert die kollektive Wunschproduktion.“ (Wieczorek 2005: 38)
- [2] Die ‚Innere Stadt‘ ist die Bezeichnung aus dem städtebaulichen Leitbilds Hamburgs (FHH 2007), das die Stadt in vier Zonen einteilt: Centrum, Innere Stadt, Urbanisierungszone und Äußere Stadt

Autor_innen

Renée Tribble studierte Architektur und ist Planerin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Prozessgestaltung, Urbane Praxis, Kunst und Stadtentwicklung, Partizipation, Beteiligungsverfahren, Verfahrensmanagement und Städtebau.

renee.tribble@hcu-hamburg.de

Patricia Wedler ist Kulturwissenschaftlerin. Arbeitsschwerpunkte sind kreativer Kapitalismus, Urban Political Economy, Gentrifizierung, Kunst und Stadtentwicklung, Urbane Intervention, Partizipation.

wedler@leuphana.de

Volker Katthagen ist Architekt und Urbanist. Sein Fokus liegt auf Stadtgestaltung, Städtebau, Architektur- und Stadtvermittlung, Beteiligungsverfahren, Partizipation, Urbane Interventionen.

volker_katthagen@gmx.de

Literatur

Arbter, Kerstin (2007): SUP – Strategische Umweltprüfung für die Planungspraxis der Zukunft. In: Magistrat der Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2012): Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. Wien: Magistrat der Stadt Wien.

Arnstein, Sherry R. (1969): A ladder of citizen participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35/4, 216-224.

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2011): Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2011/DL_9_2011.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Zugriff am 21.4.2017).

CDU (2009): Leitbild Wachsen mit Weitsicht. <http://www.cdu-harburg.de/content/CDU%20Harburg/Wachsen%20mit%20Weitsicht.pdf> (letzter Zugriff am 13.9.2016).

Dohnanyi, Klaus (1983): Unternehmen Hamburg. Rede vor dem Hamburger Übersee-Club am 29.11.1983. Online: <http://www.uebersee-club.de/vortrag/vortrag-1983-11-29.pdf>, (letzter Zugriff am 13.9.2016)

FHH (Freie Hansestadt Hamburg) (2002): Leitbild Metropole Hamburg – wachsende Stadt. http://www.wachsender-widerstand.de/wachsende_stadt.pdf (letzter Zugriff am 13.9.2016).

Gebhardt, Dirk / Holm, Andrej (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. In: Dirk Gebhardt / Andrej Holm (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Hamburg: VSA-Verlag, 7-23.

Guratzsch, Dankwart (2009): Renaissance der Innenstädte. Worauf Stadtplaner sich einstellen müssen. https://www.welt.de/welt_print/article1886814/Renaissance-der-Innenstadt.html (letzter Zugriff am 13.9.2016).

Lefebvre, Henri (1991): The production of space. Oxford/Cambridge (Ma.): Blackwell.

Mesecke, Fabian (2009): Wohnen und Wohlfahrt in Österreich und Deutschland. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Sautter, Heinz (2005): Auswirkungen des Wegfalls von Sozialbindungen und des Verkaufs öffentlicher Wohnungsbestände auf die Wohnungsversorgung unterstützungsbedürftiger Haushalte. Institut Wohnen und Umwelt (IWU). Dortmund: Eigenverlag.

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold: Rohn.

St. Pauli selbermachen (2014): Baalsaalresolution. <http://www.sos-stpauli.de/wuchtigestadtteilversammlung-st-pauli-resolution-verabschiedet-widerstand-angekündigt/> (letzter Zugriff am 13.9.2016).

Vogelpohl, Anne (2012): Die „unternehmerische Stadt“ und das „Recht auf Stadt“. In: DISS-Journal Duisburg 24, S. 6-7.

Wieczorek, Wanda (2005): Park Fiction. Analyse eines selbstorganisierten Planungsprozesses zwischen Kunst, Gemeinwesenarbeit und Urbanismuskritik in Hamburg-St. Pauli. Lüneburg: Leuphana Universität Lüneburg, unveröffentlichte Magisterarbeit.



Interessenskonflikt im Basler Hafenareal

Wie Widerständige Lucius Burckhardts Planungskritik neu interpretieren

Reto Bürgin

Nach über 60 Jahren ist in Basel erneut die Parole „Wir selber bauen unsre Stadt“ zu vernehmen. Was im Jahr 1953 als provokativer Titel ein kleines Büchleins zweier junger Basler Studenten zierte (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]), bekräftigt heute die widerständige Ideologie und Haltung von empörten Quartiersbewohner_innen, die sich gegen die Planung eines neuen Stadtteils zu wehren versuchen. Im Zuge der geplanten Neustrukturierung der Schweizerischen Rheinhäfen wird die alte Hafenanlage zurückgebaut. Dadurch entstehen freie Flächen für die Stadtentwicklung. Deren Planung stieß auf heftigen Widerstand. Teile der ansässigen Bevölkerung fühlten sich brüskiert und von den planerischen Absichten ausgeschlossen. Es entstanden Interessenskonflikte, die bis heute auf breiter Ebene – auch medial – stark diskutiert werden.

Eine Gruppe von Forschenden des Seminars für Soziologie der Universität Basel ging diesem Konflikt aus unterschiedlichen Blickwinkeln nach und rekonstruierte die Entstehung und Wirkung des Widerstandes (vgl. Bürgin et al. 2015). In meinem Beitrag interessierten mich der Zeitpunkt und die Gründe, die zur Formierung des Widerstandes führten (vgl. Bürgin 2015). Die Forschung erfolgte anhand umfassender Literaturrecherchen, Dokumentenauswertungen, teilnehmender Beobachtungen von Quartiersveranstaltungen und Diskussionsrunden, Spaziergängen durch das Forschungsgebiet sowie zahlreichen vor Ort geführten qualitativen Interviews mit Personen aus dem Widerstand.

Im vorliegenden Beitrag werden die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt aufgegriffen. Dazu wird zunächst ein Überblick über das Planungsprojekt und den Widerstand gegeben. Darauf aufbauend interessiert, welche Rolle der Text *Wir selber bauen unsre Stadt* für den Widerstand spielt, dessen Inhalt adaptiert und auf die heutige Situation angewendet wird, um seine widerständige Haltung ideologisch zu bekräftigen. Themen wie das Vorgehen von Planenden, partizipative Instrumente und deren Implementierung spielen diesbezüglich eine zentrale Rolle. In einem Fazit werden die wichtigsten Punkte noch einmal aufgegriffen und die Aktualität der Schrift *Wir selber bauen unsre Stadt* in Bezug auf das Basler Hafenareal diskutiert.

Ein ‚Manhattan‘ für Basel?

Basel ist eine kleine Stadt. Mit ihren knapp 176.000 Einwohner_innen (Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt 2017a) ist sie nach Zürich und Genf die drittgrößte Stadt der Schweiz. Die Stadt am Rheinknie ist das urbane Zentrum des Trinationalen Eurodistricts Basel (vgl. Trinationaler Eurodistrict Basel 2017) und bildet das Herz einer länderübergreifenden Agglomeration. Wie die sonst so dicht besiedelte Schweiz scheint auch Basel an seine Grenzen zu stoßen. Freiflächen sind rar geworden und deren Entwicklungen ziehen meist größere Interessenskonflikte zwischen Bauherrschaften, Stadtverwaltung und Bevölkerung nach sich (vgl. zum Beispiel Laur 2015 für das nt/Areal). Auch im Basler Hafensareal führte die angedachte Entwicklung einer Rheininsel zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten zwischen der städtischen Verwaltung und Teilen der ansässigen Quartiersbevölkerung.

Wie kam es zum Konflikt? Im Zuge der Hafentransformation wurden alte Hafenanlagen zurückgebaut. Dadurch wurde Platz frei und mit der Verabschiedung des neuen Richtplans eröffneten sich neue Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des nördlich gelegenen Hafengebiets: „Das Rheinufer zwischen Dreirosenbrücke und Dreiländereck soll zu einem urbanen Stadtteil werden“ (Hafen-Stadt 2017). Im Jahr 2009 führten der Kanton Basel-Stadt und die Schweizerischen Rheinhäfen ein Testplanungsverfahren durch. Ziel dieses Verfahrens war die Erarbeitung einer zukünftigen städtebaulichen Entwicklung für die grenznahen Entwicklungsgebiete. Das niederländische Architekturbüro MVRDV, der Soziologe Philippe Cabane und der Architekt und Stadtplaner Martin Josephy gewannen das Testplanungsverfahren mit dem Projekt „Entwicklungsvision 3Land“ (MVRDV/Cabane/Josephy 2011). Obwohl diese Entwicklungsvision den gesamten trinationalen Raum um das Dreiländereck ins Auge fasste, lag ein deutlicher Fokus auf dem besagten Hafengebiet im nördlichen Basel. Die ‚Vision‘ sah vor, das an den Rhein angrenzende Gebiet durch einen neuen Seitenarm des Rheins von den beiden bestehenden Quartieren abzutrennen, um eine Insel zu schaffen. Damit sollten neue Uferlagen maximiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (ebd.: 1). Die Rheininsel – im Projekt auch als ‚Herzstück‘ beschrieben – „wird parzelliert und typologisch so differenziert, dass es möglich wird, eine Durchmischung an Investoren und damit die Ansiedlung von durchmischten Lebensstilen zu erreichen“ (ebd.: 28, 80). Es sollte „ein hochwertiger Arbeits-, Wohn- und Freizeitstandort am Wasser“ (ebd.: 26) entstehen. Zentrale Elemente waren unter anderem neue Brücken, Freiräume und Promenaden entlang der Ufer, Wohngebiete und Arbeitsorte in Zusammenhang mit der Ansiedlung repräsentativer Firmensitze. Es sollte somit ein „repräsentatives und lebendiges Geschäfts- und touristisches Viertel von internationalem Rang und Ausstrahlung“ (ebd.: 36) mit lokalen Bezügen entstehen. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb diesbezüglich von einem „Klein-Manhattan im Rhein“ (Gerny 2011). Kurz darauf sprach man in Basel von ‚Rheinhattan‘ anstatt von ‚Entwicklungsvision 3Land‘.

Im zweijährigen Takt präsentierten Stadtplanende – teils ausgehend von der „Entwicklungsvision 3Land“ – überarbeitete Projektentwürfe für die städtebauliche Entwicklung des etwa 18,7 Hektar großen Stadtgebiets. Das

erste Folgeprojekt „Hafen-Stadt“ von 2013 schien den Fokus wieder auf die Hafenumgestaltung und weniger auf die Stadtteilentwicklung zu legen. In diesem Projekt sollten Stadt und Hafen näher zusammengeführt werden, um letzteren als Verkehrsdrehscheibe der Schweiz mit einem neuen Umschlagsterminal – direkter Umschlag vom Schiff auf die Bahn – „fit für die Zukunft“ (Hafen-Stadt 2017) zu machen. Im Frühjahr 2015 entstand schließlich das neue „Raumkonzept 3Land: drei Städte – eine Zukunft“. Das Architekturbüro LIN entwickelte ein Konzept für die trinationale Entwicklung mit den Schwerpunkten Natur, Mobilität, Nutzung und Städtebau. Das in der „Entwicklungsvision 3Land“ priorisierte Konzept der Erschaffung einer Rheininsel wird auch in heutigen Plänen beibehalten, auch wenn dieses Szenario lediglich eines von drei vorgeschlagenen darstellt. Neue Varianten sehen entweder einen grünen Gürtel zwischen den bestehenden Quartieren und dem neuen Stadtteil vor oder eine städtebauliche Weiterführung des bestehenden Klybeckquartiers bis an den heutigen Rheinverlauf heran inklusive der Erschaffung einer Halbinsel und neuer vereinzelter Uferlagen (3-Land 2017).

Während die Visualisierungen einer Rheininsel einerseits auf viel Zustimmung stoßen, gibt es dennoch zahlreiche Stimmen, die dieses Vorhaben mit aller Kraft zu verhindern versuchen. Doch was ist gegen eine Insel im Rhein einzuwenden? Und wer wehrt sich gegen die angedachte Rheininsel?

Widerstand gegen ‚Rheinhattan‘

Die Visionen einer Rheininsel und vor allem deren Visualisierungen stießen bei zahlreichen Quartiersbewohner_innen auf heftigen Widerstand. Viele waren von den angedachten Zukunftsplänen überrascht und fühlten sich als Bürger_innen von der Planung der städtebaulichen Zukunft ihrer Stadt ausgeschlossen. Fragen der Gentrifizierung und Nichtbeteiligung rückten vermehrt ins Zentrum der Kritik und führten zur Formierung von diversen widerständigen Gruppierungen. Diese fühlten sich von der Stadtplanung hintergangen und fürchteten eine – vom neuen Stadtteil ausgehende und auf ihre Quartiere übergreifende – Gentrifizierung (vgl. Bürgin 2015). Sie kritisierten die Zukunftspläne, die ihrer Ansicht nach den Privatinvestor_innen sowie der Baulobby finanziellen Profit generieren würden, während diese „keinerlei Rücksichten auf die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung“ (Klybeckinsel.ch 2017) nähmen.

Der Widerstand formierte sich in den Quartieren Klybeck und Kleinhüningen, die sich in unmittelbarer Nähe zum Entwicklungsgebiet befinden. Beide sind von der Hafenindustrie geprägte Arbeiterquartiere mit – verglichen mit der Stadt Basel – unterdurchschnittlichen Einkommens- und Vermögensniveaus. Die rund 11.000 Einwohner_innen zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich hohe kulturelle Diversität aus (rund 50 Prozent Ausländer_innenanteil). Beide Quartiere weisen im gesamtstädtischen Vergleich einen noch hohen Anteil an günstigen Mietwohnungen auf (Statistisches Amt des Kantons Basel Stadt 2017b).

Der Widerstand besteht aus diversen Gruppierungen, die eigene Kritikpunkte hervorbringen und sich auf unterschiedliche Art und Weise gegen die angedachte Entwicklung zu wehren versuchen. So divers die widerständigen Gruppierungen in ihren Anliegen und Vorgehensweisen auch sind,

präsentieren sie sich gemeinsam auf der Internetseite der sogenannten Interessensgruppe Klybeckinsel folgendermaßen:

„Unter dem gemeinsamen Dach klybeckinsel.ch versammeln sich Menschen mit unterschiedlichen Ideen und Kompetenzen. Sie wollen den Planungsprozess kritisch verfolgen, die Neubaupläne bekämpfen oder zu Alternativszenarien anregen. Gemeinsam ist uns die Ablehnung aller Modelle, die unter den Namen „Rheinhattan“ und „Vision 3Land“ dem Planungsamt als Grundlage dienen.“ (Klybeckinsel.ch 2017)

Insgesamt wehren sich sieben Gruppierungen und mehrere Einzelpersonen gegen „überdimensionierte, veraltete Mega-Planungen“ (Klybeckinsel.ch 2017). Damit nehmen sie Bezug auf die Planungsvisionen aus der „Entwicklungsvision 3Land“. Sie setzen sich für eine von der Bevölkerung ausgehende Planungsstrategie ein (*bottom-up*), fordern mehr Mitbestimmung und kritisieren allgemein das Vorgehen der Stadtplanenden. Sie sehen das Problem einerseits im schwindenden bezahlbaren Wohnraum – aufgrund von möglichen Aufwertungsmechanismen, die vom neuen hochwertigen Stadtteil ausgehend auf ihren derzeitigen Wohnraum übergreifen könnten – und andererseits im Planungsverfahren, bei dem die Bevölkerung zu wenig einbezogen worden wäre.

Durch den Widerstand fing die Bevölkerung an, sich für die bevorstehende Entwicklung im Hafenaerial zu sensibilisieren und zu interessieren. Im Zuge des Widerstands wurden dafür diverse Mittel und Aktionen entwickelt: Die widerständigen Gruppierungen führten eigene Diskussionsveranstaltungen zum Thema durch, luden zu selbstorganisierten Quartiersversammlungen ein oder dokumentieren auf Websites die Entwicklungen und Geschehnisse im Hafenaerial. Die Gruppierung „Rheinhattan versenken!“ machte vor allem durch Störaktionen wie Zwischenrufe und Lärmbelästigungen bei Podiumsdiskussionen auf sich aufmerksam (vgl. Tschudin 2012). Sie taten dies einerseits, um zu stören, und andererseits, um ihre Kritik an der Konzeption des künftigen urbanen Raumes anzubringen (Bürgin 2015: 106ff.). Mit ihrem Versuch, die Planungen eines ‚Rheinhattan‘ zu verhindern, möchte sich die Gruppierung „gegen die drohende Verdrängung“ (Rheinhattan versenken 2017) aus ihrem Lebensraum wehren. Die Ausdrucksformen der Widerständigen scheinen divers zu sein. Während die Einen zum Ziel haben, die Bevölkerung genauer zu informieren – und zu mobilisieren –, machen Andere mit Störaktionen bei Podiumsdiskussionen, mit Sprühereien und Flugblättern auf ihren Protest aufmerksam.

Als der Widerstand größer wurde, schienen die ersten euphorischen Stimmen aus dem Bau- und Verkehrsdepartement der Stadt Basel wieder abzufallen. Aus den mit Exponent_innen der zuständigen Departemente und Ämter geführten Interviews wurde festgehalten, dass man mit den anfänglichen Visualisierungen lediglich provozieren und die Bevölkerung dazu anstoßen wolle, sich mit der zukünftigen Entwicklung im Hafenaerial auseinanderzusetzen (vgl. Mäder et al. 2014). Eine Haltung, die in den Gesprächen mit den Widerständigen als Lüge, Rechtfertigung oder als „positive Umdeutung im Nachhinein“ (vgl. Bürgin 2015: 124) empfunden wurde.

Hier sollen deshalb die Kritiken innerhalb des Widerstandes noch einmal zusammengefasst werden (vgl. Klybeckinsel.ch 2017, Bürgin 2015).

Die Sichtweisen selbst sind allerdings sehr unterschiedlich, weswegen die folgenden Punkte nicht für alle widerständigen Personen und auch nicht für die gesamte Quartiersbevölkerung sprechen. Erstens: Die ersten planerischen Grundüberlegungen für die Entwicklung im nördlichen Basel gingen in Form des Planungswettbewerbs ohne die Einsicht der Bevölkerung vorstatten. Zahlreiche Bewohner_innen fühlten sich ausgeschlossen, da sie ihre Wünsche nicht äußern konnten. Zweitens: Die Quartiersbewohner_innen wünschen sich mehr Beachtung ihrer Bedürfnisse, zu denen zum Beispiel günstiger Wohn-, mehr Grün- und Freiräume gehören. Der ohnehin schon knappe günstige Wohnraum in Basel soll gesichert oder sogar auf dem Hafanareal erweitert werden. Drittens: Die Widerständigen fordern mehr direkte Einflussnahme und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Viertens: Die Entwicklungen auf dem Hafanareal sollen nicht der Erwirtschaftung monetärer Mittel dienen, um den Hafenumbau zu finanzieren. Fünftens: Die Neunutzung des Hafanareals soll auch den Bewohner_innen der Quartiere Klybeck und Kleinhüningen zugutekommen. Dabei sollen die heutigen Bewohner_innen bestimmen dürfen, „was Qualität“ (Klybeckinsel.ch 2017) in ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht ist und ob „Verbesserungen überhaupt nötig sind“ (ebd.).

Mitwirken oder mitentscheiden?

Offenbar wurden die Widerständigen und ihre Forderung nach partizipativer Gestaltung erhört. So riefen das zuständige Stadtteilsekretariat und das Bau- und Verkehrsdepartement knapp ein Jahr nach der Veröffentlichung der „Entwicklungsvision 3Land“ eine sogenannte ‚Begleitgruppe‘ ins Leben. Mit diesem partizipativen Planungsinstrument sollte für die Bevölkerung eine Plattform für Beteiligung geschaffen werden: „In der Begleitgruppe werden Fragen und Anliegen der Bevölkerung zum Entwicklungskonzept Rheininsel vertieft und bearbeitet“ (Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt 2012, Hafen-Stadt 2017). Dazu dienten öffentlich durchgeführte Informationsveranstaltungen, die Beurteilung von Vorschlägen aus der Bevölkerung und regelmäßige Sitzungen mit der Begleitgruppe. Letztere hatte von diesem Zeitpunkt an offiziell die Möglichkeit, der Verwaltung Vorschläge für die Entwicklung zu unterbreiten und darauf begründete Antworten zu erhalten. Entscheidungskompetenzen sollten ihr jedoch nicht übertragen werden.

Rückblickend scheint dieses Mitwirkungsverfahren nicht den gewünschten Effekt erzielt zu haben, und zwar für beide Seiten nicht. Einige Mitglieder der Begleitgruppe distanzieren sich davon oder traten freiwillig wieder aus. Sie fühlten sich kaum ernst genommen und beschrieben das Mitwirkungsverfahren als ‚Feigenblattdemokratie‘ oder als Instrument, um dem Gesetzesartikel – der die Stadt Basel verpflichtet die Bevölkerung in die Meinungs- und Willensbildung in Entwicklungsfragen miteinzubeziehen – gerecht zu werden. Andere erkannten in ihr jedoch auch eine ‚Konstante‘ für den Austausch zwischen Bevölkerung und Verwaltung. Nach zwei Jahren endete dieses Mitwirkungsverfahren. Die Beziehung zwischen der Stadtplanung und den Widerständigen schien sich eher verschlechtert zu haben (vgl. Bürgin 2015: 128ff.).

Widerstand besteht bis heute in Form eines Netzwerkes zwischen den Bewohner_innen der beiden Quartiere, die, vor allem auf den diversen Internetportalen, über die aktuellen Geschehnisse und Aktionen im Hafens-areal informieren. Die Widerständigen scheinen – auch wenn nicht immer sichtbar – nach wie vor eine aktive Rolle im Konflikt um die Zukunft des Basler Hafensareals einzunehmen. Aber was treibt sie an? Woher nehmen sie ihre ideologische Inspiration?

Wir selber bauen unsre Stadt

Im Jahr 1953 riefen in Basel zwei junge Studenten und ein aufstrebender Buchautor die Bevölkerung dazu auf, sich für Themen der Planung und Stadtentwicklung zu interessieren und sich selbst stärker einzubringen. Der Soziologe Lucius Burckhardt und der Medienfachmann Markus Kutter veröffentlichten ihre Anliegen in dem Buch *Wir selber bauen unsre Stadt* (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]). Der Architekt und Buchautor Max Frisch schrieb das Vorwort. Während in den 1950er-Jahren die Inhalte dieses Büchleins in manchen Fachkreisen der Schweiz auf Ablehnung stießen (vgl. Ritter 2016: 12), ist die Parole gut 60 Jahre später im Basler Hafensareal wieder zu hören und scheint in der gegenwärtigen Debatte im Basler Hafensareal wieder eine gewichtige Rolle zu spielen (vgl. Bossert/Bürgin 2014: 235, Klybeckinsel.ch 2017). Burckhardt und Kutter reagierten mit *Wir selber bauen unsre Stadt* auf von oben implementierte Planung und schrieben es aus ihrem Widerstand gegen Planungen für eine autogerechte Stadt Basel heraus (vgl. Sutter 2014: 33). In seinem Vorwort versuchte Frisch auf fehlende „schöpferische Ideen“ (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]: 7) und Entwürfe für die Zukunft aufmerksam zu machen. Eine Meinung, die die Widerständigen im Basler Hafensareal noch heute teilen:

„Auch wir, BewohnerInnen aus dem Klybeck und Kleinhüningen, finden keine schöpferische Idee, keinen Entwurf in unsere Zukunft und nur einen zutiefst befremdlichen Ausdruck einer rein ökonomischen Zielsetzung in den Modellen, welche zur Zeit unter dem Namen ‚Rheinhattan‘ und ‚Vision 3Land‘ beim Planungsamt als Grundlage dienen für den Bau eines neuen Stadtteils auf dem Areal des Klybeckhafens. Modelle, die eher an Planungsideen aus den 90ern erinnern als an zukunftsweisende Konzepte unter Berücksichtigung der heutigen Herausforderungen im ökologischen und sozialen Bereich.“ (Klybeckinsel.ch 2017)

Lucius Burckhardt und Markus Kutter setzten sich kritisch damit auseinander, ob Laien Probleme der Fachleute entscheiden können. Sie verneinten dies, betonten jedoch, dass der Laie imstande sei, Fragen – womit Planungsideen gemeint sind – zu formulieren, um diese zur Beantwortung den Fachleuten, den Planer_innen, vorlegen zu können (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]: 34ff.).

Was wollten die beiden damit ausdrücken? Sie kritisierten einerseits fundamental die Vorgehensweise bei Planungen und andererseits das „Problem des Verhältnisses von Laie und Fachmann, Stimmbürger und Techniker“ (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]: 34ff.). Im heutigen Fachjargon würde dies wohl eine Kritik an *top-down*-Planungsansätzen

genannt werden und eine Verschiebung hin zu mehr *bottom-up*-Planungsstrategien einfordern. Festzulegen was überhaupt geplant werden soll sei nicht die Aufgabe der Planer_innen. Es sei die Bevölkerung, die Laien, welche Wünsche und Fragen für zukünftige Planungen hervorbrächten und über deren Relevanz und Verwirklichung entscheiden sollten, indem sie die Antworten der Planer_innen ‚bejahen oder verwerfen‘ könne. Die Entscheidungskompetenzen über die Planungsvorschläge lägen somit beim Volk. Zusammengefasst forderten die beiden Autoren – nebst einer Kritik an einer „ausschliesslich profitorientierten Planungspraxis“ (Eisinger/Geiser 2016: 15) – mehr demokratische Mitbestimmung in Planungsfragen sowie mehr Beachtung für die Bedürfnisse der Bewohner_innen. Auch die Widerständigen beziehen sich auf die erwähnte Publikation und versuchen, die Entscheidungsmacht dem Volk zuzuordnen, wie Punkt fünf im Forderungskatalog zeigt.

Ein weiterer, bedeutender Aspekt von Burckhardt und Kutter, der jedoch oft überlesen wird, ist das Planen „hinter den Kulissen und ohne Kontrolle der Öffentlichkeit“ (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]: 31):

„Das wäre nicht sehr schwerwiegend, wenn gut geplant würde; und wären die Ergebnisse dieser Planung oder wenigstens ihre Absichten dem Bürger verständlich und mit seinen geistigen und leiblichen Bedürfnissen übereinstimmend, so sähe sich die Öffentlichkeit wohl gar nicht veranlasst, die Planung von sich aus so heftig zu diskutieren.“ (ebd.: 31)

Die Bevölkerung soll demzufolge nicht nur die Planungsfragen stellen, sondern auch Einblicke in die Arbeit von Planer_innen erhalten. Mit einem Blick auf das Basler Hafenaerial, erkennen wir, dass gerade diese Themen, obwohl schon in den 1950er-Jahren diskutiert, noch heute von zentraler Bedeutung sind. So fanden die ersten Projektierungsphasen („Entwicklungsvision 3Land“) ebenfalls ohne den Einblick der Bevölkerung statt (vgl. Bürgin 2015: 118ff.). Das Einsetzen der Begleitgruppe und somit des partizipativen Instrumentes kam für viele Widerständige viel zu spät. Zu Vieles sei hinter den Kulissen vorprojektiert worden. Die von Burckhardt und Kutter vorgeschlagene „Hierarchie von Laie und Fachmann“ (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]: 27), bei dem Laien darüber entscheiden, ob eine Antwort der Fachspezialist_innen angenommen oder verworfen wird, scheint sich bis heute nicht durchgesetzt zu haben.

Fazit

Was lässt sich in der Dynamik des Widerstandes erkennen? Die Widerständigen versuchen, auf die Bedürfnisse und die Forderungen der ansässigen Bevölkerung aufmerksam zu machen. Zeitgleich kritisieren sie den laufenden Planungsprozess auf einer fundamentalen Ebene. Die Widerständigen kritisieren das planerische Vorgehen, das – noch zu oft – ohne die Einblicke der Öffentlichkeit vonstatten gehe. Sie werfen somit zugleich die Frage auf, wann die Möglichkeiten von Partizipation und somit die Teilhabe an zukünftigen Stadtentwicklungsfragen in die Wege geleitet werden sollen. Einen Vorschlag lieferten Burckhardt und Kutter: „Je frühzeitiger die Planung einsetzt, desto besser verträgt sie sich mit dem Vorhandenen.“ (Burckhardt/

Frisch/Kutter 2016 [1956]: 35). Sie betonen zusätzlich: „Überall, wo die Stadtplanung eingreifen möchte, ist schon irgend etwas da, das gegenüber dem Willen des Planers auf das uralte Menschenrecht des Zuerstkommens pochen darf.“ (ebd.). Davon zeugen auch die kontrastierenden Betrachtungsweisen der Widerständigen und der Stadtplanung. Die Perspektive der ansässigen Bevölkerung scheint zudem im Widerspruch mit der gesamtstädtischen Perspektive der Stadtplanung zu stehen. Die Aushandlung gemeinsamer Strategien und Zukunftspläne erschwert sich dadurch (Bürgin 2015: 142f.).

Vor allem Burckhardt und Kutter schlugen einen radikalen Wandel vor, bei dem die Fragen für zukünftige Planungen von der Bevölkerung, von Laien, gestellt werden sollten und die Planenden lediglich die Aufgabe haben würden, mögliche Umsetzungsstrategien für die Antworten auf diese Fragen vorzuschlagen. Summa summarum fordern die beiden Autoren nichts anderes, als „eine soziologisch bewusste Planung, die dort, wo sie von den Behörden ausgeht, wahr und neutral ist und das Bestehende schützt, aber dort, wo sie aktiv ist, wirklich vom Volke ausgeht und dessen Willen entspricht“ (Burckhardt/Frisch/Kutter 2016 [1956]: 52). Eine Kritik, die sich im Widerstand gegen die Planungen im Basler Hafenaerial wiedererkennen lässt und Fragen zur demokratischen Planung aufwirft.

In Burckhardts und Kutters *Wir selber bauen unsre Stadt* fanden viele Widerständige zwei prominente Figuren, die ihre planungskritischen Argumentationen bekräftigten. Ihre damaligen – kritischen – Positionen gegenüber Stadtplanungen sind heute anerkannte Lehrmeinungen (vgl. Ritter 2016: 12) und werden, wie vom Widerstand im Basler Hafenaerial, wieder aufgenommen und fallspezifisch adaptiert.

In Bezug auf den Interessenskonflikt im Basler Hafenaerial eröffnete Burckhardts, Kutters und Frischs Schrift einen kritischen Blick auf das heutige Planungsvorgehen. Schon in den 1950er-Jahren propagierten sie eine Demokratisierung der Planung, bei der die Bevölkerung bestimmt, was geplant wird. Diese Vorstellungen differenzierte vor allem Burckhardt später immer genauer aus. Es entstanden Aufsätze wie ‚Stadtplanung und Demokratie‘ (2004 [1957]) oder ‚Wer plant die Planung?‘ (2004 [1974]). Bis heute scheint noch unklar zu sein, wie sich die Schriften Burckhardts in den Kanon der Stadt- und Planungsforschung eingliedern könnten (vgl. Gribat 2017: 158). Und dennoch: Was im ersten Moment wie eine plakative Bezugnahme auf Burckhardt und Kutter aussieht, lässt sich deutlich zwischen den Zeilen der Kritik auch in den Argumentationen der Widerständigen wiederfinden.

Es ist schwierig zu antizipieren, was die Zukunft im Basler Hafenaerial bringen wird. Gewiss werden neue Planungsideen veröffentlicht. Es scheint auch sicher zu sein, dass der Widerstand bei solchen Schritten nicht auf sich warten lässt und sich immer wieder in die Debatte einbringt. Es wird jedoch unumgänglich sein, dass sich beide Parteien wieder auf einen gemeinsamen, sachlichen Austausch einlassen können. Konflikte sind wohl kaum zu vermeiden, aber sie helfen einerseits unterschiedliche Sichtweisen zu generieren und andererseits diese konstruktiv in die zukünftigen Planungen miteinzubeziehen. Eine deliberative Zielformulierung könnte neue Perspektiven und für alle Konfliktparteien befriedigendere Zukunftschancen eröffnen.

Autor_innen

Reto Bürgin ist Sozialgeograf. Er forscht zu Stadtgeografie/-soziologie, insbesondere zu urbanen sozialen Bewegungen und zu Lucius Burckhardt.
buergin@arch.ethz.ch

Literatur

- 3-Land (2017): 3-land.net (letzter Zugriff 28.4.2017).
- Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2012): Verfahrensdefinition betr. Mitwirkung im Projekt „Hafen- und Stadtentwicklung 3Land“. http://www.hafen-stadt.ch/fileadmin/user_upload/Mitwirkungsvereinbarung-Hafen_06_2012.pdf (letzter Zugriff am 6.1.2017).
- Bossert, Markus / Bürgin, Reto (2014): Wer entscheidet über die Klybeckinsel?. In: Ueli Mäder / Peter Sutter / Markus Bossert / Aline Schoch / Reto Bürgin / Simon Mugier / Hector Schmassmann, Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag, 235-256.
- Burckhardt, Lucius (2004 [1957]): Stadtplanung und Demokratie. In: Burckhardt, Lucius (2004): Wer plant die Planung?: Architektur, Politik und Mensch. Berlin: Martin Schmitz Verlag, 19-25.
- Burckhardt, Lucius (2004 [1974]): Wer plant die Planung?. In: Burckhardt, Lucius (2004): Wer plant die Planung?: Architektur, Politik und Mensch. Berlin: Martin Schmitz Verlag, 71-88.
- Burckhardt, Lucius / Frisch, Max / Kutter, Markus (2016 [1956]): achtung: die Schriften: wir selber bauen unsre Stadt/achtung: die Schweiz/die neue Stadt. Zürich: Triest Verlag.
- Bürgin, Reto (2015): Widerstand gegen „Rheinhattan“. In: Reto Bürgin / Aline Schoch / Peter Sutter / Hector Schmassmann / Ueli Mäder, Urbane Widerständigkeit am Beispiel des Basler Rheinhafen Areals. Basel: Gesowip, 89-145.
- Bürgin, Reto / Schoch, Aline / Sutter, Peter / Schmassmann, Hector / Mäder, Ueli (2015): Urbane Widerständigkeit am Beispiel des Basler Rheinhafen Areals. Basel: Gesowip.
- Eisinger, Angelus / Geiser, Reto (2016): Zeitgemässe Anachronismen: die stadtplanerischen Schriften von Lucius Burckhardt, Markus Kutter und Max Frisch unter aktuellen Vorzeichen gesichtet. In: Lucius Burckhardt / Max Frisch / Markus Kutter, achtung: die Schriften: wir selber bauen unsre Stadt/achtung: die Schweiz/die neue Stadt. Zürich: Triest Verlag, 13-24.
- Fezer, Jesko / Schmitz, Martin (2012): Lucius Burckhardt Writings: Rethinking Man-made Environments: Politics, Landscape & Design. Wien: Springer-Verlag.
- Frisch, Max (2016 [1956]): Zum Geleit. In: Lucius Burckhardt / Max Frisch / Markus Kutter, achtung: die Schriften: wir selber bauen unsre Stadt/achtung: die Schweiz/die neue Stadt. Zürich: Triest Verlag, 7-9.
- Gerny, Daniel (2011): „New Basel“ – eine Schweizer Hafen-City. In: Neue Zürcher Zeitung, 6.1.2011. <http://www.nzz.ch/new-basel--eine-schweizer-hafen-city-1.9002998> (letzter Zugriff am 16.1.2017).
- Gribat, Nina (2017): Lucius Burckhardt: Der kleinstmögliche Eingriff. In: Franz Eckardt (Hg.), Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer, 145-160.
- Hafen-Stadt (2017): <http://www.hafen-stadt.ch/hafen-stadt.html> (letzter Zugriff 28.4.2017).
- Klybeckinsel.ch (2017): klybeckinsel.ch (letzter Zugriff 28.4.2017).
- Laur, Franziska (2015): Wohnen zwischen Industrie und Transit-Areal. In: Basler Zeitung, 28.07.2015. <http://bazonline.ch/basel/stadt/Wohnen-zwischen-Industrie-und-Transit-Areal/story/16686653> (letzter Zugriff am 7.1.2016).
- Mäder, Ueli / Sutter, Peter / Bossert, Markus / Schoch, Aline / Bürgin, Reto / Mugier, Simon / Schmassmann, Hector (2014): Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag.
- MVRDV / Cabane, Philippe / Josephy, Martin (2011): Entwicklungsvision 3Land -Basel-Stadt, Ville de Huningue, Stadt Weil am Rhein. http://www.hafen-stadt.ch/fileadmin/user_upload/110404_Entwicklungsvision_3LAND.pdf (letzter Zugriff am 6.1.2017).

- Rheinhattan versenken (2017): rheinhattanversenken.noblogs.org (letzter Zugriff 28.4.2017).
- Ritter, Markus (2016): Vorwort. In: Lucius Burckhardt / Max Frisch / Markus Kutter, *achtung: die Schriften: wir selber bauen unsre Stadt/achtung: die Schweiz/die neue Stadt*. Zürich: Triest Verlag, 7-12.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (Hg.) (2017a): Wohnbevölkerung am Monatsende nach Geschlecht, Heimat und Gemeinde. Statistisches Amt Basel-Stadt. <http://www.statistik.bs.ch/dms/statistik/tabellen/01/1/t01-o-01.xlsx> (letzter Zugriff 28.4.2017).
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (Hg.) (2017b): Mietpreisraster. <http://www.statistik.bs.ch/dms/statistik/tabellen/09/3/Mietpreisraster-2017-02.pdf> (letzter Zugriff am 28.4.2017).
- Sutter, Peter (2014): Lucius Burckhardt-Wackernagel. In: Ueli Mäder / Peter Sutter / Markus Bossert / Aline Schoch / Reto Bürgin / Simon Mugier / Hector Schmassmann, *Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit: Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt*. Zürich: Rotpunktverlag, 21-70.
- Trinationaler Eurodistrict Basel (2017): eurodistrictbasel.eu (letzter Zugriff am 28.4.2017).
- Tschudin, Patrik (2012): Einspruch gegen „Rheinhattan“. In: *TagesWoche*, 27.11.2012. http://www.tageswoche.ch/de/2012_47/basel/485490/einspruch-gegen-rheinhattan.htm (letzter Zugriff am 10.2.2017).

Planung als politische Praxis?

Zum emotionalen Risikomanagement praktischen Verhaltens

Axel H. Schubert

Politisches Planen in der öffentlichen Verwaltung charakterisiere ich als ambivalent, unentscheidbar und graduell. Nicht zuletzt darum stellen sich Planungssituationen den planenden Individuen stets einzigartig dar. Deren Sinn für das situativ angemessene (politische) Verhalten mache ich in der emotionalen Rationalität aus. Anhand von vier das Planungs Handeln prägenden Tendenzen, nämlich lösungsorientiert-pragmatisch, schwach-konzeptionell, strategisch-einsam und politisch-passiv zu sein, dämpfe ich allzu hohe Erwartungen an Planung als politische Praxis und verweise auf Ansätze einer politischeren Planungspraxis.

Politisches Planen: ambivalent, unentscheidbar, graduell

Für den Kern eines Ballungsraumes, der einen hohen Einpendlerüberschuss hat, wird ein Bebauungsplan für ein Bürogebäude aufgestellt. Die vom Stadtparlament erlassene, stadtweite Stellplatzsatzung würde regulär 200 Parkplätze erlauben. Gegen die Interessen von Investorenschaft und Nutzenden setzt sich die lokale Planungsbehörde dafür ein, nur 100 Plätze festzusetzen, um den induzierten Mehrverkehr kleiner als das Maß der vor Ort begrüßten Nachverdichtung zu halten. Handeln die Planenden bereits politisch, auch wenn die 100 Parkplätze immer noch ein Verkehrsaufkommen nach sich ziehen, das ressourcen- und klimapolitisch längst nicht verallgemeinerbar ist? Wäre erst der Einsatz für nur 20 Parkplätze oder für ein autofreies Projekt ein politischer? Oder der für eine Anpassung der Stellplatzsatzung – auch wenn diese bei der arbeitsteiligen Verwaltung gar nicht im Zuständigkeitsbereich der für die Erstellung von Bebauungsplänen Verantwortlichen liegt? Am Beispiel möchte ich drei Eigenschaften, die zum Handlungskontext politischen Planens gehören, verdeutlichen – nämlich ambivalent, unentscheidbar und graduell zu sein. Als *politisches* Handeln verstehe ich dabei eines, das entscheidene Beiträge zur Transformation der soziokulturellen Verhältnisse leistet, mit dem Ziel, potenziell verallgemeinerungsfähige Verhältnisse zu realisieren, die ihrerseits durch Praxen erneuert werden, welche ein hohes Maß an Selbstbestimmung^[1] ermöglichen.

1. *Politisches Planen ist stets ambivalent.* Wird auf potenziell verallgemeinerbare gesellschaftliche Verhältnisse hingewirkt, kann nie ausgeschlossen werden, dass zugleich auch Momente gesellschaftlicher Fremdbestimmung verstärkt werden. Zum Beispiel, wenn Veränderungen nicht für alle einsichtig sind oder bisherige gesellschaftliche Handlungspraxen erschwert oder verunmöglicht würden. Sprich dort, wo soziokultureller Wandel nicht nur Win-win-Situationen, sondern auch Verlierer_innen hervorbringt, wie insbesondere bei der Transformation heutiger, modernistisch geprägter und kulturell verankerter, aber eben nicht verallgemeinerungsfähiger Praxen. So mögen die Praxen häufigen Autofahrens oder Fliegens zwar im Sinne eines auf Individualisierung zielenden, humanistisch-modernistischen Emanzipationsmodells die Optionen selbstbestimmten Handelns erhöhen – dennoch können diese Praxen nicht verallgemeinert werden, da sie bedingen, dass andere von ihnen ausgeschlossen bleiben (Ressourcenzugriff, Klimaerhitzung etc.). Ihren Ausdruck findet diese Ambivalenz im Handeln der Planenden nun auf doppelte Weise. Zum einen, wo Planende selbst von solchen zu transformierenden Praxen profitieren und deren Infragestellung Selbstbetroffenheit erzeugt, wo politisierende Forderungen zwar intellektuell und moralisch eingängig sind, aber nicht artikuliert und erhoben werden, um ausreichend authentisch mit dem eigenen Handeln zu bleiben, oder um Zumutungen für andere zu vermeiden etc. Zum andern scheint diese Ambivalenz in der Frage auf, ob und wie Planung als Teil der Verwaltung überhaupt legitimiert ist, solch eine soziokulturelle Transformation mit ihren eigenen planerischen Mitteln und gegen die gesellschaftspolitisch herrschenden Meinungen aktiv voranzubringen.

Doch wie ist planerisches Verwaltungshandeln überhaupt legitimiert? Und worin bestehen die Mittel der Planung? Wolf D. Reuter macht diese Mittel in komplementär aufeinander bezogenen Akten der Macht und Akten des Diskurses aus. Beide können für die Planungspraxis als die „kleinsten Einheiten“ identifiziert werden (2000: 10). Beispielsweise können Sachzwangsargumente als Akte der Macht dechiffriert werden (um sie diskursiv bearbeitbar zu machen), Diskurse können abgebrochen werden (um ein grundsätzlicheres Problematisieren zu unterbinden) etc. Gemäß Reuter entspricht die Rationalität der Planung somit jener der Politik, weshalb er die „aktive politische Rolle des Planers“ betont (ebd.: 14).

Doch selbst wenn Planung und Politik dieselbe Rationalität teilen, sind Planende als Teil der Verwaltung damit bereits ausreichend legitimiert, um politisch zu handeln? Damit die Mitglieder einer demokratischen Rechtsgemeinschaft die rechtsstaatliche Arbeitsteilung – und damit auch Verwaltungshandeln – als ausreichend durch sie selbstbestimmt akzeptieren können, sollte mit Jürgen Habermas das Gestalten mit normativen Gründen der Legislativen und der Rechtsprechung vorbehalten bleiben, während die Machtanwendung von Administrationen auf umsetzungsbezogene, zweckrationale, „pragmatische Diskurse“ zu beschränken sei (Habermas 1994: 235). Da Verwaltungen jedoch aufgrund der heutigen, hohen Ermessensspielräume nicht normativ neutral handeln können, fordert Habermas für administratives Handeln „Legitimationsfilter“, wie zum Beispiel erweiterte Partizipationsmöglichkeiten (ebd.: 530 ff., 662ff.). Nun sehen sich Partizipationsangebote in der Planung allerdings vielen Problemen gegenüber (vgl. Schubert 2017).

Wo sie Garant für die Stabilität kultureller Praxen und nicht für deren Überwindung sind (vgl. Blühdorn 2013), entbinden sie Planung gerade nicht vom ambivalenten Charakter politischen Handelns. Vielmehr gälte es, solche Partizipationsangebote als öffentliche Legitimationsmomente aktiv zu nutzen, um mit Expertenwissen diskursiv in die Gesellschaft hinein zu sensibilisieren.

2. Politisches Planen bleibt unentscheidbar. Horst W. J. Rittel hat die „Bösartigkeit“ aller wesentlichen raumplanerischen Fragen aufgezeigt (1972). Dazu zählt der Umstand, dass bereits die Definition eines Problems ein Problem ist. Denn bezüglich der Ursächlichkeit der qualitativen Problemanalyse sind Entscheide zu verantworten, ohne sich mit ihnen je sicher sein zu können, das Problem ausreichend erfasst zu haben. Analog ist ein konkretisierendes Definieren des Politischen problembehaftet, da es eigener Entscheide über die zu verfolgenden Politikansätze bedarf, ohne abschließend sicher sein zu können, ob diese tatsächlich richtig sind (vgl. ebd.). Diese Unentscheidbarkeit reicht auch in die politische Philosophie hinein: Denn die Forderung, heutiger Post-Politik (sprich einer Politik, die den gesellschaftspolitischen Handlungsrahmen nicht verändern will, sondern sich aufs technokratische Managen zurückzieht (Swyngedouw 2013)) eine „Echte Politik“ entgegenzusetzen, um mit ihr die Parameter des Möglichen zu verändern (Žižek 2009: 37), impliziert letztlich, dass Akte der Politik eindeutig als echte oder als postpolitische unterscheidbar wären. Doch auch wenn Žižek betont, dass „Echte Politik“ heute einer „Kunst des Unmöglichen“ (ebd., Herv. im Orig.) gleichkomme, ist es mit Rittel in Bezug auf bösartige Probleme vielmehr unmöglich, solche Unterscheidungen überhaupt abschließend vornehmen zu können.

3. Erschwerend ist politisches Planen auch graduell. Das Graduelle wird deutlich, wo es nicht nur um die Frage qualitativ geeigneter Politikansätze geht – zum Beispiel um Parkraumregelungen als Teil kommunaler Verkehrspolitik, um kommunalen Landerwerb als Teil sozialer Wohnraumpolitik etc. –, sondern wo sich politische Diskussionen vom Quantitativen weder lossagen noch diesbezüglich exakt werden können. Ist es die Forderung nach Null, 20 oder 100 Stellplätzen, die zur politischen Forderung wird? So bricht auch dieser graduelle Charakter mit der Annahme von Reinheit und Absolutheit politischen Planens.

Zum normativ-strategischen Verständnis des Politischen

Wenn Planen durch seine Mittel der Macht und des Diskurses die Rationalität der Politik teilt und zudem ambivalent, unentscheidbar und graduell ist – kann sich aufgrund dieser mangelnden analytischen Trennschärfe nicht jedes Planen als politisches verstehen? Um Beliebigkeit zu vermeiden, mache ich politisches Handeln an drei Bedingungen fest: Erstens an das bereits benannte, grundlegende Moment des Universalen respektive *potenziell Verallgemeinerungsfähigen*.^[2] Ist dieser utopische Horizont noch unerreicht, verbleibt er dem Handeln als stete politische Orientierung. Zweitens an die *Veränderung des Rahmens*, in dem Politik gemacht wird.^[3] Hier bezweckt politisches Handeln selbst entbehrlich zu werden, insofern die künftigen

gesellschaftlichen Praxen und Verhältnisse den utopischen Horizont des Universalen von sich aus zum Ausdruck bringen. Drittens geht es um das strategische *Moment von Irritation und Störung*, um durch ein bewusstes Herbeiführen eines reflektorischen Ausnahmezustands konkret an die Unzulänglichkeit der gegebenen Verhältnisse anzuknüpfen.[4]

Zur sozialtheoretischen Einbettung politischen Handelns

Doch kann die Praxis des Planens an solch ein Verständnis des Politischen heranreichen? Mit einem Praxisverständnis, das handelndes Tätigsein von zwei Seiten beleuchtet – als persönlich-eigenes Tun sowie als (lokal) gängige, kulturell vermittelte Praxis (Hirschauer 2016: 60) – ist im Hinblick auf *Planung als politische Praxis* zu fragen: Wie positionieren sich Planende mit einem politischen Anspruch bezüglich dieser beiden Seiten? Wie sind sie positioniert? Dabei sollte hier weder homogenisierend von *der* Praxis noch abstrahierend von *der* Planung gesprochen werden. Zu unterschiedlich und einmalig sind die Aufgaben des Planens wie auch die sich mit ihm ergebenden sozialen Situationen. Bereits ein und dieselbe Planung, die vom politisch-administrativen System begleitet respektive durchgeführt wird, stellt sich in diesem System für unterschiedliche Beteiligte unterschiedlich dar – je nach Position innerhalb einer Behörde, eines Amtes, einer Abteilung, je nach spezifischen Verpflichtungen unterschiedlicher Behörden zur selben Planung, je nach politischen Aufträgen, einzuhaltenden Fristen, zur Verfügung stehenden personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen, (lokal-)politischen Opportunitäten, sich auftuenden Zeitfenstern und so weiter. Dabei sind Planende weit mehr als hoheitliche Funktionsträger_innen. Sie treffen ihre Entscheide als einzelne Individuen, mit ihrem jeweiligen biografischen Erfahrungswissen, als Lohnabhängige mit möglichen Loyalitätskonflikten, als Versorger_innen von Familien, als Angestellte mit Karriereabsichten, als kulturell in ihre Alltagspraktiken Eingelassene, mit vielfältigen Hoffnungen, Motivationen und Überzeugungen, eigene Beiträge zur Veränderung der Welt zu leisten, mit unterschiedlichen Fachkompetenzen, Interessen und persönlichen Netzwerken. Sie handeln vor dem Hintergrund spezifischer Planungskulturen und Handlungsroutinen vor Ort, vor dem divergierender Erwartungshaltungen von Stakeholdern, Planungspartnern, Vorgesetzten, Mitarbeitenden und Fachöffentlichkeit und sind Teil komplexer Entscheidungsprozesse, die opake wie transparente, im Ausgang zu erwartende wie völlig offene Anteile haben und die sich im Rahmen gesellschaftlich kontingenter Entwicklungen vollziehen.

Zwar ist planerisches Handeln als hochreflexiv anzunehmen – doch zwischen so vielfältigen, situativen und inkommensurablen Anforderungen kann mangels gemeinsamer Maßstäbe und ausreichenden Wissens nicht durch verstandesmäßiges Abwägen entschieden werden. Rittel (1972) zeigte, dass bösartige Planungsprobleme nicht beliebig deliberiert werden können, sondern letztlich durch Spontanurteile entschieden werden. Handlungs- und praxistheoretisch wird betont, dass Subjekte keiner strengen, absoluten Rationalität entsprechen (vgl. z. B. die Beiträge in Keupp/Hohl 2006, Reckwitz 2016). Handeln weist fließende Grenzen bezüglich seiner Aktivitätsniveaus auf (von aktiv bis passiv, von proaktiv bis inhibitiv), und ist

vielfältig in soziale Kontexte eingebettet. Dabei sind die konkreten, situativen Umstände bedeutsam, da sie spezifisches Handeln nicht nur nahelegen können, sondern da die Erzeugung von Sozialität just im Moment der interagierenden Teilnahme an sozialen Situationen erfolgt (Hirschauer 2016). Und diese Sozialität ist nicht affektneutral: Stets werden soziale Situationen und Praktiken emotional bewertet (Schützeichel 2012, Scheer 2012[5], Reckwitz 2016: 104ff., Rosa 2016: 187ff.). Nicht zuletzt aufgrund dieses konstitutiven Zusammenhangs von Emotionen mit sozialen Situationen sollte die der Praxis zu Grunde liegende Rationalität als *emotionale Rationalität* begriffen werden. Mit dieser kann auch die Praxis des Planens treffender konzeptualisiert werden, was ich in *sub\urban* bereits betonte (Schubert 2014). Da Urteile in Bezug auf Inkommensurables, Unsicheres, nicht weiter Delibrierbares oder Strategisch-Risikobehaftetes stets emotional grundiert sind, kann die emotionale Rationalität als weichzeichnend-verwedelnder wie auch schärfender Filter verstanden werden. Mit ihm werden Aspekte verdeckt, hervorgehoben, mit anderen vermischt oder bleiben gänzlich unberührt. Als Einziger kann er über all die heterogenen Anforderungen einer kulturell bedingten, aber individuell gelebten und erlebten Praxis mitteln. Ein emotionaler Filter, der gerade in Bezug auf planerische Konzepte auch beruhigend wirken kann und damit beizutragen vermag, *nicht* politischer zu handeln – trotz eigentlich besseren Wissens ob seiner Notwendigkeit (Schubert 2016). Dabei kennt emotional grundiertes Handeln vielfältige Beweggründe: Indem „emotionale Gratifikationen“ (Schützeichel 2012: 482) ausbleiben, zum Beispiel, weil universal-politische Argumente innerhalb der maßgeblichen „Emotionsmilieus“ (ebd.) marginalisiert sind; da ein politisches Fordern dem eigenen Alltagsverhalten entgegensteht; wo die Abneigung besteht, anderen zu nahe zu treten; weil bereits die Weltsicht der Menschen eine emotional-selektive ist, die davon abhängt, was sie jeweils auszuhalten vermögen (Arnold 2005: 249); da Emotionen vergänglich sind: was gestern noch berührte, bewegt ohne tiefer emotionalen Betroffenheit heute schon nicht mehr; oder weil letztlich für ein gelingendes Leben das Sich-Berühren von Subjekt und Welt zentral ist (Rosa 2016).

Reaktionsweisen und Tendenzen planerischer Praxis

Vor den skizzierten Verständnissen des Planens, des Politischen und in Bezug auf die kulturelle wie individuelle Dimension praktischen Verhaltens und der ihm zugrunde liegenden emotionalen Rationalität möchte ich abschließend vier Aspekte hervorheben, die einer Politisierung planerischer Praxis entgegenwirken. Sie wirken vor allem durch ihre Tendenz, Irritationen vom Handlungsablauf fernzuhalten, um den Handlungsfluss nicht unnötig durch Momente der Rechtfertigung zu unterbrechen (vgl. Boltanski/Thévenot 2007: 475ff.).

1. *Planerische Praxis ist lösungsorientiert-pragmatisch*: Zwar gehört das strategische Moment der Störung zum machttechnischen Repertoire von Planung, dennoch steht es im Gegensatz zu ihrer umsetzungsbetonten Effizienz- und Ergebnisorientierung. Denn Aufträge an Planung bestehen selten darin Fragen zu problematisieren, sondern darin Regierung und

Legislativen entscheidungsreife Vorlagen zu unterbreiten. Auch wenn Planung notwendigerweise problembezogen ist, ist sie mindestens genauso lösungsorientiert und damit nie frei von Pragmatismus. Dabei sollte gerade für die Praxis die gegensteuernde Kraft (störend) politisierender Diskurse nicht überschätzt werden (Hirschauer 2016: 59). Ohne entsprechende politische Aufträge kann die Praxis des Planens praktisch kaum an gesellschaftspolitisch grundlegende Rahmenbedingungen heranreichen.[6] Die Erwartung, Planung möge als Politisches substanziell (und wiederholt) zu entsprechend wirkungsstarken Störungen beitragen, strapaziert Planung in einem politischen Sinne zwar nicht zu Unrecht, sie kommt aber dennoch einer Überforderung von Planung als lösungsorientiertem Verwaltungshandeln gleich.

2. *Planerische Praxis begünstigt schwache Konzepte.* Sei dies, da diese kaum auf das universale Moment des Politischen zielen oder da sie innere Inkonsistenzen aufweisen, sprich ungerechtfertigt ideologischen Gehalt haben (vgl. Schubert 2016). Dabei können schwache Konzepte auch ohne gesellschaftskritische Irritation als innovativ wahrgenommen werden. Mit einem Verständnis von Planung als Oszillieren zwischen Verunsicherung und Vertrauen verbleiben solche schwachen Konzepte *auf der sicheren Seite*, was zugleich eine Politisierung unterbindet (ebd.). Eine politische Praxis des Planens sollte daher auch die Unzulänglichkeiten der eigenen Produkte ausweisen, um sie einer politischen Bearbeitung zugänglich zu machen.

3. *Planerische Praxis ist strategisch-einsam:* Planende führen angesichts ihres vielfältigen Betroffen- und Berührtseins von politischen, den Handlungsablauf tendenziell störenden Fragen ihr persönliches Risikomanagement insgeheim mit sich selbst durch. Neben einem möglichen strategischen Umgang mit Dritten (vgl. die „Netzopportunisten“ bei Boltanski/Chiapello 2003: 392 ff.) geht es immer auch um einen strategischen Umgang mit sich und der eigenen Position – noch bevor man politisierend in Austausch mit dem sozialen Umfeld tritt: Wie weit bin ich zu denken und zu handeln bereit? Was ist mir ein hohes Risiko in einer spezifischen Situation wert? Wie schwäche ich damit meine eigene Position im Hinblick auf zukünftiges Gehört-Werden? Kann ich zusätzliche Zeit aufbringen und ist es mir das wert? Handle ich nicht doch klüger, indem ich mich mit der gegebenen Situation arrangiere? Politisierung könnte hier auf ein Kollektiv-Werden zielen: Nicht nur konkret mit Bezug auf die Sache, um – über Abteilungs- und Ämtergrenzen hinweg, als Brücke zwischen Administration und Gesellschaft etc. – höheren Rückhalt für politische Positionen erwarten zu können. Sondern auch als Problematisierung der eigenen Situation, die solch ein Risikomanagement bezüglich Fragen der Politisierung erst nötig macht.[7]

4. *Planerische Praxis begünstigt bezüglich ihrer politischen Dimension die passive Qualität* des Handelns, indem sie nahelegt, in den Gang der Dinge im Hinblick auf das hier skizzierte Politische kaum aktiv zu intervenieren. Allein mit dem Macht und Diskurs umfassenden, normativ-strategischen Charakter von Planung sollte noch kein politisches Handeln angenommen werden, denn noch nicht alles aktiv vorangebrachte Planungshandeln bringt das politisch-universale Moment zum Ausdruck.

Für den forschenden Blick auf die Praxen des Planens sei abschließend vor zu abstrakt-allgemeinen Konzeptualisierungen und falschen Idealisierungen gewarnt – sowohl bezüglich der Möglichkeit des rechten Machtgebrauchs als auch vor allzu verstandesbetonten Akteursverständnissen und großen Hoffnungen in die politisierende Macht von Diskursen. Denn Planung als politische Praxis ist ein situativ und individuell je einzigartiges, immer auch emotionales Risikomanagement. Ihr bleibt vor allem, sich an den politischen Prämissen des Kollektiv-Werdens und der Nötigung durch starke Argumente zu orientieren und erforderliche Räume eines gesellschaftlichen Diskurses zu raumplanungs-politisch relevanten Themen zu erstreiten und aktiv zu bespielen.

Endnoten

- [1] Selbstbestimmung sei damit nicht als individualistischer Selbstzweck verstanden, sondern als Selbstwirksamkeit, die neben aktiver Weltaneignung auch passive Welterfahrung zulässt (Rosa 2016: 211 ff., 302 f.).
- [2] Vgl. z. B. das „Universale“ bei Žižek (2009: 38 f., 63 ff.) oder den „höchsten Allgemeingrad“ bei Bourdieu (1998: 225).
- [3] Vgl. Žižek 2009, Swyngedouw 2013, Bourdieu 1998: 225, Boltanski 2010: 221 ff.
- [4] Ob z. B. als Riss, Dissens, Unterbruch (vgl. Swyngedouw 2013), als Störung um die „Realität unannehmbar zu machen“ (Boltanski 2010: 21) oder als „Steigerung der Kosten für den Verschleierungsaufwand“ eines nur vermeintlich im Zeichen der Allgemeinheit erfolgenden Handelns (Bourdieu 1998: 225).
- [5] Scheer betont zwar ein „practical engagement with the world“ (2012: 193) *durch* Emotionen, ihr Fokus auf Emotionen bezüglich des Bourdieuschen Körperwissens marginalisiert aber deren Bedeutung bezüglich planungsrelevanten Konzeptwissens (vgl. Schubert 2016).
- [6] Entsprechend rührte selbst das Perspektivische im *perspektivischen Inkrementalismus*, der Planungsstrategie der IBA Emscher-Park, das „Niveau von gesellschaftlichen Grundwerten“ bewusst *nicht* an (Ganser et al. 1993: 114).
- [7] Hans-Joachim Busch schlägt für Akteure, die sich auf den „Weg dieser höchst belastenden, anspruchsvollen Praxis“ einer Politisierung begeben, nichttherapeutische, gemeinsame Supervisionen vor (2012: 47).

Autor_innen

Axel. H. Schubert ist Bauassessor und Stadtplaner, arbeitet in Basel-Stadt als Projektleiter in der Arealentwicklung und Nutzungsplanung und setzt sich mit Planungstheorie und Nachhaltigkeitskritik auseinander.
schubert.axel@gmx.net

Literatur

- Arnold, Rolf (2005): Die emotionale Konstruktion der Wirklichkeit. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK Universitätsverlag.

- Boltanski, Luc / Thévenot, Laurent (2007): Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Busch, Hans-Joachim (2012): Psychoanalytische Politische Psychologie heute. In: Markus Brunner / Jan Lohl / Marc Schwietring / Sebastian Winter (Hg.), Politische Psychologie heute? Gießen: Psychosozial Verlag, 33-50.
- Ganser, Karl / Siebel, Walter / Sieverts, Thomas (1993): Die Planungsstrategie der IBA Emscher Park. In: RaumPlanung 61, 112-118.
- Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hirschauer, Stefan (2016): Verhalten, Handeln, Interagieren. In: Hilmar Schäfer (Hg.), Praxistheorie. Bielefeld: transcript, 45-67.
- Keupp, Heiner / Hohl, Joachim (Hg.) (2006): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2016): Kreativität und soziale Praxis. Bielefeld: transcript.
- Reuter, Wolf D. (2000): Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung. In: disP 36/141, 4-16.
- Rittel, Horst W. J. (1972): Zur Planungskrise: Systemanalyse der „ersten und zweiten Generation“. In: Horst W. J. Rittel (1992), Planen, Entwerfen, Design. Stuttgart: Kohlhammer, 37-58.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Scheer, Monique (2012): Are emotions a kind of practice? A Bourdieuan approach to understanding emotion. In: History and Theory 51/2, 193-220.
- Schubert, Axel (2014): Emotionale Rationalität und Planung: Planungsansätze einer ‚3. Generation‘. In: s u b \ u r b a n 2/1, 71-94.
- Schubert, Axel H. (2016): „Ökologische“ Leitbilder als emotionale Kulturtechnik an den Grenzen der Planbarkeit. In: Frank Othengrafen / Brigitta Schmidt-Lauber / Christine Hannemann / Jörg Pohlen / Frank Roost (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2015/2016. Opladen u. a.: Budrich, Barbara, 60-81.
- Schubert, Axel H. (2017): Planen vor der Herausforderung gelingender Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. In: Patrick Oehler / Nadine Käser / Matthias Drilling / Jutta Guhl / Nicola Thomas (Hg.): Emanzipation, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung – eine programmatische und methodische Herausforderung. Opladen u. a.: Budrich, 51-77.
- Schützeichel, Rainer (2012): „Structures of Feelings“ und Emotionsmilieus. In: Annette Schnabel / Rainer Schützeichel (Hg.): Emotionen, Sozialstruktur und Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 473-484.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: s u b \ u r b a n 1/2, 141-158.
- Žižek, Slavoj (2009): Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien: Passagen.

Race Matters... Still

Rezension zu Tom Angotti und Sylvia Morse (Hg.) (2016): *Zoned Out! Race, Displacement, and City Planning in New York City*. New York City: Terreform.

Yuca Meubrink

Der amtierende New Yorker Bürgermeister, Bill de Blasio, trat 2014 mit dem Versprechen an aus der Geschichte zweier Städte – eine reich und eine arm – die Geschichte einer Stadt zu machen. Sein ambitionierter Wohnungsplan sollte Ausdruck dessen sein. Er nannte es den größten Wohnungsplan für mehr erschwinglichen Wohnraum, der jemals auf lokaler Ebene angestrebt wurde (vgl. Velsey/Colvin 2014). Sein Ziel: 80.000 neue erschwingliche Wohnungen und die Erhaltung von 120.000 Wohnungen in 10 Jahren. „This plan,“ so de Blasio, „will create opportunity for so many people who are currently being priced out of our city. It will create affordability in the midst of what has been the greatest affordability crisis this city has ever experienced“ (ebd.).

De Blasio basiert seine Lösung für die Wohnungskrise jedoch ausgerechnet auf dem Instrument, das Tom Angotti und Sylvia Morse in ihrem Sammelband *Zoned Out!* als eines der wichtigsten Planungsinstrumente identifizieren, welches die historischen Muster ethnischer Diskriminierung und Segregation in New York immer wieder reproduziert hat: *zoning*.

Unter ‚*zoning*‘ wird in den USA die Regelung der Flächennutzung verstanden. Dabei handelt es sich um Bauvorschriften der Stadtverwaltung, die die Flächennutzung, die Bebauungsdichte und oft auch Designrichtlinien beinhalten. Am Beispiel von Flächennutzungs- und Wohnungspolitiken zeigen die Herausgeber_innen Tom Angotti und Sylvia Morse sowie ihre drei Co-Autoren in *Zoned Out!* Schritt für Schritt auf, wie scheinbar neutrale Flächennutzungsregulierungen verwendet wurden, um einkommensschwache New Yorker aus ihren historisch gewachsenen *communities of color* zu vertreiben – beginnend beim Commissioners‘ Plan von 1811 über den einflussreichen New Yorker Stadtplaner Robert Moses in den 1940er/1950er Jahren bis hin zur Amtszeit von Bloomberg und schließlich Bill de Blasio.

Damit räumen sie insbesondere mit zwei Mythen auf, die die öffentliche und auch akademische Debatte um *zoning* prägen: Erstens, *zoning*-Regularien sind keine neutralen Flächennutzungsgesetze. Die proklamierte „race-neutrality“ (S. 40) ist ein Irrglaube, wie Angotti und Morse bei einem Gang durch die Geschichte verdeutlichen. Bereits in den Anfängen der New Yorker

Stadtentwicklung lässt sich erkennen, wie Flächennutzungsregularien zu Segregation und ethnischer Ungleichheit beigetragen haben: ausgehend vom Commissioners' Plan von 1811, der die Umsetzung eines Rasterplans sowie den Verkauf von Land in Manhattan regelte, über die Einrichtung des Central Parks bis hin zu der ersten *Zoning Resolution* von 1916, die entscheidend die Skyline von Manhattan prägte und Manhattan in Zonen einteilte, in denen nur bestimmte Flächennutzung erlaubt war. Dabei regulierte sie insbesondere das bereits stark urbanisierte Herz von Manhattan, während die umgebenen industrialisierten Arbeiterviertel und einkommensschwächeren *communities of color* ausgeschlossen und dementsprechend den Entwicklungen des Marktes ausgesetzt waren. All diese Entwicklungen kamen hauptsächlich – so Angotti und Morse – weißen Großgrundbesitzern zugute und führten zu Verdrängung und Segregation von Minderheiten (vgl. S. 47f). Die 1961 verabschiedete Version der *Zoning Resolution* dehnte diese zonale Einteilung auf die anderen vier Bezirke (Brooklyn, Queens, The Bronx und Staten Island) aus. Auch wurde damit die diskriminierende Praxis des *exclusionary zoning*, das insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg verwendet wurde, um sozioökonomisch schwächere Menschen aus den Vororten auszuschließen, innerhalb New Yorks fortgeführt. Dabei handelt es sich um Bauvorschriften, die Mindestgrößen von Grundstücken vorschreiben oder die maximale Höhe von Gebäuden bestimmen, um den Bau von Mehrfamilienhäusern zu verhindern und dadurch den Zuzug von einkommensschwächeren Haushalten zu erschweren. So gibt es bis heute sogenannte „internal suburbs“ (S. 51) in New York City, die durch *zoning* geschützt werden und sich durch eine geringe Bevölkerungsdichte mit hauptsächlich weißen Immobilienbesitzer_innen auszeichnen.

Weitere von den Autor_innen als ethnisch diskriminierend identifizierte Maßnahmen, die ihren Ursprung in Flächennutzungsregularien haben und bis weit in die 1970er Jahre praktiziert wurden, sind unter anderem (1) *redlining*, eine Praxis, bei der Gebiete – insbesondere Wohngebiete von Schwarzen und ethnischen Minderheiten – auf einer Stadtkarte aufgrund von rassistischen und ethnischen Merkmalen mit einer roten Linie markiert wurden, um zu verdeutlichen, dass dort ein höheres Risiko für Versicherungen und Investitionen besteht; (2) *racial steering*, eine Praxis, bei der Immobilienmakler_innen versuchten Schwarze aus vorwiegend von Weißen bewohnten Gegenden fernzuhalten und in bereits vorhandenen *communities of color* unterzubringen sowie (3) *block-busting*: Dies ist eine Praxis, bei der Immobilienmakler_innen weiße Hausbesitzer_innen davor warnten, dass Schwarze bald in ihre Gegend ziehen würden, da diesen der Zuzug durch veränderte Flächenutzungsregularien vereinfacht wurde. Aus Angst vor Wertverlust verkauften die größtenteils weißen Hausbesitzer_innen ihr Haus weit unter Marktwert und die *Blockbuster* verkauften das Haus dann weit über Marktwert zum Beispiel an aufstrebende schwarze Familien der sogenannten Mittelklasse (vgl. S. 50ff).

Darüber hinaus gehören die Stadtautobahnprojekte des New Yorker Stadtplaners Robert Moses in den 1940er und 1950er Jahren laut Angotti und Morse zu den diskriminierenden Mechanismen in der Planung. So führten sie teilweise direkt durch vorher als ‚Slums‘ abgewertete Gegenden wie die Bronx und verdrängten dadurch rund 250.000 Menschen (vgl. S. 57).

Der zweite Mythos, mit dem die Herausgeber_innen und Autoren von *Zoned Out!* brechen wollen, ist der Glaube, dass Flächennutzungsänderungen (*rezoning*) zwingend notwendige Schritte sind, um die Wohnungskrise zu lösen (vgl. S. 26). Vielmehr – so das Argument der Herausgeber_innen – sind sie oft das Problem und nicht die Lösung. Dabei beziehen sich die Beiträge des Bandes insbesondere auf *rezonings* während der Amtszeiten der New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg und Bill de Blasio. Unter Bloomberg (2002 bis 2013) wurden die meisten Flächennutzungsänderungen in der Geschichte der Stadt unternommen – auch bekannt als „zoning blitz“ (S. 32) –, um sowohl seinen Plan von neuem Wohnungsbau als auch seine auf Wachstum ausgelegte Wirtschaftspolitik anzukurbeln. Rund 37 Prozent der Stadt wurden durch 140 einzelne Flächennutzungsänderungen umgewandelt (*rezoned*): Dabei wurden jedoch insbesondere Gegenden, in denen Weiße ansässig waren, durch *downzoning* vor weiterer Bebauung geschützt und Gegenden, in denen *people of color* wohnten, durch *upzoning* insbesondere für neuen (Luxus-)Wohnungsbau geöffnet (vgl. S. 32). Die drei detailreich im Buch präsentierten Fallbeispiele in Williamsburg (Brooklyn), Harlem und Chinatown (Manhattan) zeigen im Einzelnen, wie Flächennutzungsänderungen während der Amtszeit Bloomburges durch die Stimulation von Neubauprojekten, die zu Gentrifizierung in den traditionellen *communities of color* führten und zu Minderheiten verdrängten.

So führte zum Beispiel die Williamsburg-Greenpoint-Flächennutzungsänderung von 2005, wie Philip DePaolo und Sylvia Morse (S. 72ff.) zeigen, zu dem Bau von luxuriösen Hochhäusern entlang der Uferpromenade des East Rivers mit Blick auf Manhattan. Dies hatte eine drastische Steigerung von Wohnkosten in der Gegend und die Verdrängung der ansässigen Latino-Bevölkerung zur Folge. Am Beispiel von Harlem legt Sylvia Morse (S. 96ff.) ergänzend offen, wie das *upzoning* eines Straßenblocks in Central Harlem einer langen Tradition folgt, die bis in das 19. Jahrhundert zurückgeht. Der zufolge wurden schwarze Anwohner_innen erst aus Lower Manhattan, dann aus Midtown und nun auch zunehmend aus Harlem verdrängt. Die Flächenänderung in Central Harlem öffnete den Markt für luxuriöse Neubauwohnungen und lockte damit neue Anwohner_innen, unter anderem Verdrängte aus der Upper West Side, an. In beiden Beispielen wird darüber hinaus deutlich, wie von der ansässigen Bevölkerung entwickelte sogenannte *community plans* untergraben wurden: So zeigen DePaolo und Morse am Beispiel von Williamsburg, wie das Amt für Stadtplanung (Department of City Planning) den nach mehr als 10 Jahren Diskussion und innerhalb der Gemeinde abgestimmten *community plan* einfach ignorierte und das *upzoning* durchsetzte. Anders als in Williamsburg diente in Harlem die scheinbare Einbindung der Bevölkerung in die Pläne der Erweiterung der Columbia Universität als Deckmantel für eine Flächennutzungsänderung der Gegend, die wiederum zu Gentrifizierung und Verdrängung der ansässigen schwarzen Bevölkerung geführt hat.

Mit Bezug auf Chinatown legt Samuel Stein (S. 122 ff.) an einem weiteren Beispiel dar, wie das New Yorker Amt für Stadtplanung einen *community plan* für ein *rezoning* abgelehnt hat, dessen Erstellung es in dem Fall sogar selbst in die Wege geleitet hat, indem es eine Chinatown Working Group – bestehend aus verschiedenen Nachbarschaftsorganisationen – einberufen

hatte. Diese Arbeitsgruppe versuchte Chinatown durch einen *rezoning plan* zu schützen, da es von den früheren, schützenden Flächennutzungsänderungen (*downzoning*) der umliegenden, vornehmlich von Weißen bewohnten Gegenden ausgeschlossen wurde. Dadurch ist Chinatown bis heute einem extremen Prozess der Gentrifizierung ausgesetzt, durch den ein Großteil der ansässigen, insbesondere asiatischen Bevölkerung bereits vertrieben wurde.

Was in all diesen präsentierten Fallbeispielen deutlich wird, ist die diskriminierende Wohnungspolitik, die sich hinter den vermeintlich „race-neutral“ (S. 143) Planungsinstrumenten versteckt. Sie beruht zum einen auf der systematischen Aufwertung bestimmter Gebiete und somit einer Verdrängung der ansässigen – meist ethnischen – Bevölkerung und zum anderen auf der scheinbaren Beteiligung von *grassroots*-Initiativen an Bebauungsplänen. Damit zeigen die jeweiligen Autor_innen anhand ihrer Beispiele eingehend, wie auch unter Bloomberg durch *zoning* die historischen Muster ethnischer Diskriminierung und Vertreibung in New York immer wieder reproduziert wurden.

Es ist daher für die Herausgeber_innen auch nicht überraschend, dass Bill de Blasio trotz seiner progressiven Versprechen im Wahlkampf die diskriminierende Wohnungspolitik seiner Vorgänger direkt fortführt. Mit der Einführung von *Mandatory Inclusionary Housing* (MIH) setzte er das größte stadtweite *Rezoning*-Programm seit 1961 durch.[1] Von vielen, insbesondere Politiker_innen, aber auch Journalist_innen und Wohnungsaktivist_innen wurde das Programm mit Spannung und Hoffnung erwartet, denn mit MIH werden Bauherr_innen nun verpflichtet – statt der Freiwilligkeit unter Bloomberg –, rund 20 Prozent erschwinglichen Wohnungsbau in ihre Bauvorhaben zu integrieren, wenn sie höher und dichter bauen wollen, als es die bisherigen Flächennutzungsregularien erlauben. Dadurch verspricht sich de Blasio, einen beträchtlichen Teil des dringend gebrauchten, erschwinglichen Wohnraums zu generieren. Er sieht darin die Lösung, um der Wohnungskrise entgegenzutreten (vgl. auch Mallach/Calavita 2010, NYU Furman Center 2015). Damit MIH schneller greift, will de Blasio jedoch 15 Gebiete, darunter große Teile von East New York (bereits *rezoned*), South Bronx (The Bronx), East Harlem (Brooklyn) und Inwood (Manhattan) sowie Flushing (Queens), durch massive Änderungen in den Bauvorschriften für Bauinvestor_innen (*upzoning*) attraktiver machen. Doch wie Angotti und Morse kritisch anmerken, bedeutet dies auch, dass in diesen Gebieten 80 Prozent der neugebauten Wohnungen Luxuswohnungen sein werden, was einen starken Prozess der Gentrifizierung in den vornehmlich von *people of color* bewohnten Gebieten in Gang setzen wird (S. 148). De Blasio geht damit unmittelbar gegen seine eigene Wählerschaft vor, denn es waren insbesondere die *communities of color*, die ihre Hoffnung auf Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt in ihn setzten und ihn mit überwältigender Mehrheit gewählt haben (New York Times 2013).

Zoned Out! erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem sich in der Stadt eine Reihe von intensiven *zoning*-Kämpfen als Antwort auf de Blasios Wohnungspolitik zutragen und sich mit „Black Lives Matter“ eine der wichtigsten ethnischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre etabliert hat. Und genau das ist es, was das Buch so hochaktuell und provokant zugleich macht. Durch die Verknüpfung von Planungsinstrumenten wie *zoning* mit

Wohnungspolitik als diskriminierender Praktik wirft *Zoned Out!* nicht nur einen neuen Blick auf die Geschichte der New Yorker Stadtentwicklung, der so in der akademischen Literatur kaum zu finden ist, sondern schafft es auch, dies mit den aktuellen politischen Entwicklungen zu verknüpfen und die sich wiederholenden diskriminierenden Muster in der Stadtplanung zu enthüllen. Dabei liegt die Stärke des Buches nicht auf der wissenschaftlich-theoretischen Ebene. Viele der zum Teil aufgezählt wirkenden Argumente, insbesondere in der geschichtlichen Herleitung, werden für die meisten Leser_innen nicht zwingend neu sein beziehungsweise können einzeln an anderer Stelle genauer nachgelesen werden (u. a. Brooks/Rose 2013, Caro 1975, Massey/Denton 1993, Mollenkopf/Castells 1992, Rosenzweig/Blackmar 1994). Auch liegt seine Stärke nicht unbedingt in der angebotenen Lösung des *community-based plannings* von Tom Angotti am Ende des Buches, welches mit der diskriminierenden Tradition in der Stadtplanung zu brechen versucht. Dazu enthält sein bereits im Jahr 2008 erschienenes Werk *New York for Sale. Community Planning Confronts Global Real Estate* (Angotti 2008) theoretisch-fundiertere und detaillierte Informationen. Auch eines der Hauptargumente des Buches, dass New York niemals einen Master Plan besessen hat und der Stadt daher eine langfristige Planungsvision fehlt und sich stattdessen auf „zoning without planning“ (S. 164) ausruht, kann nicht überzeugen. Denn es stellt sich selbst die Frage, ob ein Master Plan, wie er in den 1960er Jahren einmal entwickelt wurde, aber schlussendlich nicht verabschiedet wurde, viel verändert hätte in Bezug auf die diskriminierenden Praktiken in der Stadtplanung. Auf eine Antwort beziehungsweise Erklärung dazu wartet der_die Leser_in jedoch vergeblich. Etwas widersprüchlich ist auch die dabei aufgemachte Trennung zwischen *zoning* und Planung, als ob *zoning* völlig losgelöst von Planungspolitiken und -visionen wäre. So beweisen sowohl die drei Fallbeispiele als auch die beschriebenen *zoning*-Praktiken unter Bloomberg und de Blasio, wie stark politische Agenden mit den diskriminierenden Praktiken des *zoning* übereinstimmen. Im Verlauf des Buches wird daher immer deutlicher: *Zoning* ist Planung und Planung ist politische Praxis! Denn wie Peter Marcuse (S. 7ff.) in seinem Vorwort zu dem Band anmerkt: „Good zoning can help, but bad zoning can do great harm“ (S. 9), hängt es am Ende vom politischen Willen ab, mit der Tradition zu brechen, bestimmte Bevölkerungsgruppen durch Planungsinstrumente wie *zoning* auszuschließen.

Was das Buch schlussendlich eindrucksvoll macht, ist die scheinbare Mühelosigkeit, mit der Angotti, Morse und ihre Co-Autoren die Muster und Strategien, die sich hinter *zoning* verbergen, entlarven und deren institutionalisierte Diskriminierung gegenüber ethnischen Minderheiten von der Sklaverei bis zur Regierungszeit Bill de Blasios offenlegen. De Blasio tritt demnach direkt in die Fußstapfen seiner Vorgänger und folgt damit einer langen Tradition institutionalisierter ethnischer und sozioökonomischer Diskriminierung durch *zoning* anstatt wie angekündigt mit ihr zu brechen. Hinzu kommen die verständliche Sprache und die vielen und detaillierten Erklärungen der komplexen und für Laien oft undurchdringlichen Planungsbegriffe, die sonst nur in den wenigen Lehrbüchern zu dem Thema zu finden sind (u. a. NYC Department of City Planning 2011, Gaspar 2013). Das macht dieses Buch nicht nur für Akademiker_innen lesenswert, sondern vor allem auch für Aktivist_innen, Journalist_innen, Politiker_innen und

für all diejenigen, die schon immer die Entstehung sozialräumlicher und rassistischer Ungleichheiten in der Stadt verstehen wollten, die bis heute wie kaum eine andere das Image einer globalen multikulturell-integrierten Weltstadt aufrechterhält.

Endnoten

- [1] Inclusionary Housing wurde als freiwilliges Programm in ausgewählten Gegenden in NYC bereits unter Bloomberg eingeführt. In Manhattan geht das Programm bis ins Jahr 1987 zurück.

Autor_innen

Yuca Meubrink ist Stadtethnologin und -forscherin mit Fokus auf städtische kapitalistische Transformationsprozesse, Wohnungspolitik in Nordamerika und England, soziale urbane Bewegungen und Fotografie und Stadt.
yuca.meubrink@hcu-hamburg.de

Literatur

- Angotti, Tom (2008): *New York for Sale: Community Planning Confronts Global Real Estate*. Cambridge (Massachusetts): The MIT Press.
- Brooks, Richard R. W./ Rose, Carol M. (2013): *Saving the Neighborhood: Racially Restrictive Covenants, Law, and Social Norms*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Caro, Robert A. (1975): *The Power Broker: Robert Moses and the fall of New York*. New York: Vintage.
- Gaspar, Christine / Torrey, Mark / Mangin, John (2013): *What is Zoning? The New York City Edition*. New York City: The Center for Urban Pedagogy.
- Mallach, Alan / Calavita, Nico (Hg.) (2010): *United States: From radical innovation to mainstram housing policy*. In: *Inclusionary Housing in International Perspective: Affordable Housing, Social Inclusion, and Land Value Recapture*. Cambridge (Massachusetts): Lincoln Institute of Land Policy.
- Massey, Douglas S. / Denton, Nancy A. (1994): *American Apartheid: Segregation and the Making of the Underclass*. Harvard University Press.
- Mollenkopf, John H. / Castells, Manuel (Hg.) (1992): *Dual City: Restructuring New York*. New York: Russell Sage Foundation.
- New York Times (2013): *Election 2013. Exit Polls. Mayor*. <http://www.nytimes.com/projects/elections/2013/general/nyc-mayor/exit-polls.html> (letzter Zugriff am 11.3.17).
- NYC Department of City Planning (2011): *Zoning Handbook*. New York City: NYC Department of City Planning. <http://www1.nyc.gov/site/planning/zoning/zh-2016.page> (letzter Zugriff am 3.3.17).
- NYU Furman Center (2015): *Creating Affordable Housing Out of Thin Air: The Economics of Mandatory Inclusionary Zoning in New York City*. New York City: NYU Furman Center. http://furmancenter.org/files/NYUFurmanCenter_CreatingAffHousing_March2015.pdf (letzter Zugriff am 09.03.17).
- Rosenzweig, Roy / Blackmar, Elizabeth (1998): *The Park and the People: A History of Central Park*. Ithaca (New York)/London: Cornell University Press.
- Velsey, Kim/Jill Colvin (2014): *De Blasio Unveils ‚Most Ambitious‘ Affordable Housing Plan in Nation*. In: *Observer*, 5.5.2014, <http://observer.com/2014/05/de-blasio-unveils-most-ambitious-affordable-housing-plan/> (letzter Zugriff am 10.03.17).



Finanzialisierung der Hypotheken- und Bodenmärkte: Macht der Staat das Wohnen teuer?

Sammelrezension zu: *Manuel B. Aalbers (2016): The Financialization of Housing. A Political Economy Approach*. London: Routledge; und: *Anne Haila (2016): Urban Land Rent: Singapore as a Property State*. Chichester: Wiley-Blackwell.

Sabine Dörny

Das Recht auf Wohnen ist elementar. Es wurde nicht nur in der Weimarer Verfassung von 1919 formuliert, es schlägt sich seitdem ebenso in nationalen und internationalen Verfassungen und Chartas nieder. Wie in anderen Ländern auch, wird Wohnen in Deutschland jedoch zunehmend zum Luxus und mutiert zu einem immer komplexeren Wirtschaftsgut. Wachsende Wohnungsnot und steigende Mieten bestimmen trotz politischer Gegenmaßnahmen – zum Beispiel der Mietpreisbremse – noch immer das Geschehen in vielen deutschen Städten und verschärfen so die soziale Lage vor allem für Geringverdienende. Wohnungsbau ist dort, wo er am dringendsten gebraucht wird, oft am schwierigsten umzusetzen und trifft auf den Widerstand bestehender privater Interessen. Zudem schrumpft der Bestand an Sozialwohnungen weit(er)hin; an der staatlichen Förderung für den sozialen Wohnungsneubau verdienen die Bauunternehmen und Banken kräftig mit. Jüngst überstieg auch die traditionell niedrige Immobilieneigentumsquote in Deutschland erstmals die 50 Prozentmarke (vgl. Eurostat 2016). Die Finanzierung von privatem Wohneigentum ist für die leihenden Banken ein lukratives Geschäft, vor allem wenn diese ihre verbrieften Wohnungskredite profitabel auf den Finanzmärkten handeln können, wo Nicht-Banken und andere Finanzinstitutionen mitverdienen. Ilia Farahani und Eric Clark (2016) sprechen in diesem Zusammenhang von einer Rückkehr der Rentenökonomie, in der das Finanzkapital spekulatives *rent seeking* auf den Immobilienmärkten betreibt. Dadurch würden die fiktiven Kapitalkreisläufe – unterstützt durch Instrumente und Logiken der Finanzialisierung – letztlich dauerhaft aufgebläht (vgl. Harvey 1985; 2002, Marx 2008 [1894]). Vor diesem Hintergrund mahnt auch Adair Turner (2016) an, dass für die Stabilität der (inter-)nationalen Finanzmärkte Immobilienbesteuerung und andere Stadtentwicklungspolitiken ebenso wichtig seien wie die technische Exaktheit der Finanzmarktregulierung und die Zinsentscheidungen auf den Kapitalmärkten.

Wie sind diese Phänomene zu erklären? Um die komplexe Beziehung zwischen Finanz-, Wohnungs- und Bodenmärkten – sowie um deren ideologisch gefärbten Hintergründe und daraus ableitbare politische

Maßnahmen – drehen sich zwei neue Monografien, vorgelegt von Manuel B. Aalbers (2016) und Anne Haila (2016). Beide Werke argumentieren empirisch vergleichend, beide sind konzeptionell angelegt und beide fordern etablierte ökonomische Denkkorsette und gängige Politikmaßnahmen intellektuell gleichermaßen heraus. Überdies ergänzen sich Aalbers' und Hailas Argumente, *wie* vorherrschende Finanzialisierungslogiken und -praktiken die politischen Ökonomien der nationalen Wohnungs- und Bodenmärkte in den vorrangig westlichen kapitalistischen Gesellschaften beeinflussen. Haila zeigt im Kern, dass es die Hauspreise – und zukünftig erwartete Einnahmen aus Miete und Verkauf – sind, die die Bodenpreise spekulativ steigen lassen, während Aalbers die zunehmende Finanzialisierung der Häuserdarlehen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt. Beide sehen in der Bodenrente die Ursache für spekulative Investitionen auf dem Wohnungsmarkt, da Grund und Boden als fester Vermögenswert mit steigenden Renditeerwartungen von den finanzierenden Instituten als Kollateralwert akzeptiert werde.

Im Einzelnen beginnt Aalbers mit der Beobachtung, dass es in den letzten Jahrzehnten zu fundamentalen institutionellen Veränderungen in der Wohnungspolitik vieler westlicher Staaten gekommen sei, die ihren Ausgangspunkt in der Verquickung von Prozessen der Privatisierung und Finanzialisierung genommen hätten: „Much of the housing policy does not come out of Housing Departments and Ministries [sic!] but out of Commerce, Business and Labour Departments and Ministries or the Treasury [sic!]" (2016: 10, Anmerk. d. A.). Der Staat sei dabei oft selbst treibende Kraft, wie viele Beispiele zeigen, die Aalbers näher beleuchtet und geschickt miteinander in Beziehung setzt. Diese umfassten etwa staatliche Investitionsanreize in subventionierten Wohnungsmärkten für Banken, den staatlichen Rückzug aus den bezuschussten Wohnungsmärkten und eine damit verbundene steigende Privatverschuldung durch Hypotheken, insbesondere für Familien. Die Banken reiben sich die Hände. Aalbers identifiziert und diskutiert, wie die Banken von einer steigenden Darlehensvergabe profitierten und wie diese verbrieften Hypotheken gleichwohl gewinnträchtig auf den Finanzmärkten gehandelt und deren Risiken auf andere Marktteilnehmer abgewälzt würden. Er verknüpft auf diese Weise nicht nur die globalen Finanz- mit den nationalen Wohnungsmärkten, sondern diskutiert auch das zunehmende *capital switching* (vgl. Harvey 1985) zwischen der Realökonomie und den zahlreichen fiktiven Kapitalkreisläufen, für das die Wohnungsmärkte als Scharnier und Ventil gleichermaßen fungierten. Allerdings folgert Aalbers – anders als Harvey –, dass eine Verschiebung aus dem Produktiv- in den Immobiliensektor so nicht (mehr) zu beobachten sei. Vielmehr habe das Finanzkapital, in der Summe so unvorstellbar hoch, dass Aalbers mit dem treffenden Begriff *wall of money* arbeitet, verschiedene Quellen und Dynamiken in einer inzwischen etablierten Finanzlandschaft außerhalb des Produktivsektors angezapft. Die Finanzlandschaft manifestiere sich über eine Vielzahl traditioneller und ‚innovativer‘ Finanzinstrumente. Erst der Hypothekenmarkt und die damit verbundenen Finanzierungsinstrumente bildeten die Voraussetzungen dafür, dass die nationalen Wohnungsmärkte die Überliquidität aus den Finanzmärkten, das heißt die Anlage suchende *wall of money*, überhaupt aufnehmen könnten. Aalbers veranschaulicht folgenden Zusammenhang besonders eingehend: Je exzessiver die

Liquidität auf den Wohnungsmärkten, desto anfälliger würden die Wohnungsmärkte für spekulative Blasenökonomien und – infolge von realisierten Wohnpreissteigerungen – für Gentrifizierung und soziale Selektion. Die Finanzialisierung der Wohnungswirtschaft erstreckte sich jedoch nicht mehr nur auf private Wohnungsmärkte, sondern zunehmend auch auf die Mietmärkte, wo *private equity*-Investoren in subventioniertes Wohnen und Sozialwohnungsbauunternehmen in Finanzderivate investierten.

Haila setzt sich dagegen versiert und kritisch mit der ‚Bodenfrage‘ auseinander, das heißt mit den nationalen – und oft historisch angelegten – Unterschieden zwischen nationalen Bodenpolitiken und zwischen der Verteilung des nationalen Bodeneigentums in Beziehung zu den jeweiligen Institutionen, Akteuren und sozialen Formen der Besitzverhältnisse. Sie begründet historisch detailliert, wie und warum eine zunehmend dominierende liberale Ideologie und Politik mit dem Übergang zur Marktwirtschaft auch das Verständnis von Grund und Boden als nunmehr auszubeutendes Wirtschaftsgut geprägt habe. Das Kernargument der Grundrententheorie (*rent theory*) leitet ihre überzeugende Argumentation, die sie – auf die urbane Dimension fokussiert – vor allem am Beispiel des relativ jungen Stadtstaates Singapur entwickelt. Hier greife der Staat je nach Notwendigkeit heftig und weitreichend in das immobilienwirtschaftliche Marktgeschehen ein. Dies geschehe mit bislang erstaunlich positiven sozialen Folgen, die, Hailas Anliegen nach, auch anderen westlichen Staaten Orientierung für neue Politikansätze bieten könnten: „The [Singaporian] state owns 90 per cent of the land and produces public housing ... [h]igh economic growth, [and] a competitive economy“ (Haila 2016: 6).

Sowohl Haila als auch Aalbers suchen neue, belastbare theoretische Zugänge, die sozial gerechtere Wohnungspolitik begründen und die Spekulation auf den Wohnungsmärkten eindämmen (können). Mit diesem inhaltlichen Fokus fordern beide argumentativ stringent die disziplin-imperialistisch, mathematisch-modellierend operierende Zunft der Ökonom_innen, deren vorherrschendes neoklassisch-liberales Marktverständnis sowie die darauf fußende gegenwärtige neoliberale Boden- und Wohnungspolitik heraus.

In ihrer Auseinandersetzung mit der Grundrententheorie kontrastiert Haila kenntnisreich die Rollen der Eigentumsrechte und des Staates in den Denkgebäuden von Hayeks Liberalismus und Keynesianismus. Ökonomen wie John Stuart Mill (1909 [1848]) und Henry George (1920 [1879]) sahen – im Gegensatz zu Adam Smith oder David Ricardo – Grundbesitz nicht als universal und ewig geltend an. Ihrem Verständnis nach sei Pachtzins kein ‚verdientes‘ Einkommen und sollte daher mit einer einzigen, allumfassenden Bodensteuer (*single tax*) zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben dem Gemeinwohl zukommen. Karl Marx (1981 [1894]) forcierte mit der Verstaatlichung von Grundbesitz eine weit radikalere Lösung der sozialen Probleme zu Zeiten des ‚Manchesterkapitalismus‘. Nun sind aber Theorien und politische Lösungsansätze immer Kinder ihrer Zeit. Die zunehmende Verstärkung im Zuge der Industrialisierung verstärkte jedoch die Frage nach der Nutzungseffizienz von Boden fortwährend und verknüpft damit die bis heute hochaktuelle Wohnungsfrage.

Mit dem Wandel vom Industrie- zum Finanzkapitalismus spätestens seit den 1980er-Jahren hat sich vorerst die Lesart der marktliberalen

Ökonom_innen durchgesetzt, Bodenrente als Abhängigkeitsgröße dem freien, ‚effizienten‘ Marktspiel von Angebot und Nachfrage zu überlassen (vgl. Marshall 1956 [1890]). Hierbei wird die zu erzielende Rente aus einer Nutzung (zum Beispiel Eigentumswohnungen oder Büronutzung) mit dem potentiell zu erzielenden Einkommen aus einer alternativen Bodennutzung (zum Beispiel Sozialwohnungen, Industrieanlagen) verglichen. Dieses Verständnis steht der von George (1920 [1879]) geprägten Lesart von zwei separaten Steuersätzen diametral gegenüber. Er propagierte die grundlegende Trennung von Boden- und Gebäudeeigentum, bei der der Staat über ein von ihm kontrolliertes Erbbaurecht die Nutzungseffizienz des Bodens (*improvement of land*) enorm verbessern würde. Dass dies in der Tat funktioniere, belegt Haila empirisch mit der Fallstudie Singapur. Lassen sich Bodenmärkte tatsächlich politisch steuern? Während Hayek (1945) grundsätzlich an der Fähigkeit des Staates zweifelte, genug zu wissen, um zu planen, und diese Steuerung daher dem Markt und seinem ordnenden Preismechanismus überließ, befürworteten Arthur Cecil Pigou (1912) und John Maynard Keynes (1935) ein korrigierendes staatliches Regulativ, um vor allem negative externe Effekte wie Bodenverschmutzung einzudämmen, die private Eigentümer_innen eben vernachlässigen. Überhaupt hinterfragt Haila die neoliberale Theorie der Eigentumsrechte, die davon ausgeht, dass Eigentümer_innen einer Ressource mit dieser sorgsamer umgingen als ein Nichteigentümer_innen (*tragedy of the commons*). Dies könne, so Haila, zwar durchaus der Fall sein. Mit Blick auf die städtischen Bodenmärkte und die rasch wachsenden und sich dynamisch anpassenden urbanen Gesellschaften erzeugten Eigentümer_innen jedoch Externalitäten, die nicht zuletzt einer notwendigen Neuentwicklung und modernen Verdichtung von Bodennutzung entgegenwirkten:

„[t]hus... development rights in urban areas should not be individuals’ rights to do as they please with their land, or developers’ rights to speculate. Development rights are different types of rights than, for example, the right to plant an apple tree or the right to sell land. They concern not only an owner of land, but also others and the wider community, and therefore should be coordinated by the municipality. Further, assigning development rights affects the value of real estate and treats site owners unequally. This incites some to speculate and lobby.“ (Haila 2016: 222)

Warum treibt Bodenspekulation Wohnungspreise in die Höhe? Ökonom_innen würden argumentieren, dass das Wohnungsangebot zu knapp sei und mehr Boden für Wohnungsbau die Hauspreise senkte. Es seien aber die Hauspreise, so Haila, die die Bodenpreise anhöben. Miete und Pacht würden mit den Kosten der Produktionsfaktoren verrechnet. Die Hauspreise seien also nicht hoch, weil eine (hohe) Miete gezahlt werde, sondern eine (hohe) Miete werde fällig, weil die Bodenpreise hoch seien. Wenn Projektentwickler teures Land kaufen, sei der Boden der Kostenfaktor, der den Miet-/Kaufpreis der Wohnung bestimme. Auch in diesem Fall seien die Hauspreise nicht hoch, weil eine Miete gezahlt werde, sondern die Miete sei hoch, weil Entwickler den Boden teuer erworben hätten.

Der nationale Kontext, das führen beide Autor_innen empirisch aus, spiele eine zentrale Rolle: sowohl bei der Bewertung der einzelnen

Immobilienmärkte als auch für eine Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit und der sie flankierenden Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Mit Verweis auf Singapurs einzigartige laborähnliche Bedingungen – Singapur ist zu 100 Prozent urbanisiert und besitzt seit seiner Abtrennung von der Malaysischen Föderation 1965 keine historisch bedingten Eigentumsaltlasten – zeigt Haila, dass der Staat die Möglichkeit besitzt, der Finanzialisierung von Boden wirtschaftlich profitabel entgegenzuwirken und die nationale Wohnungsfrage grundsätzlich sozialverträglich zu beantworten. Der Schlüssel dafür liege in der staatlichen Kontrolle über Grund und Boden, durch die in der ideologischen Tradition von Marx und George Grundstücksspekulation verhindert werden. Singapurs Hypothekenbank verwalte heute 90 Prozent des verfügbaren Bodens in Singapur über ein *leasehold*-System. Die Höhe des von der Regierung festgelegten Pachtzinses sei stabil und trotz selbst ökonomischen Schwankungen. Singapurs Bodenpolitik, die in von mehreren sich gegenseitig kontrollierenden staatlichen Einrichtungen umgesetzt werde, habe bislang der Machtkonzentrierung zugunsten einer wohlhabenden Minderheit erfolgreich verhindert. Parallel dazu habe der Singapurere Staat 90,1 Prozent seiner Bevölkerung zu Wohnungseigentümer_innen gemacht, die dank steigender Wohnungspreise signifikant an der Wohlstandsentwicklung partizipier(t)en. Anders als viele westliche Staaten propagiere Singapur keinen sozialen Wohnungsbau, der lediglich sozialen Randgruppen zugänglich ist, sondern einen öffentlichen Wohnungsbau. Singapurs Bodenpolitik – eingebettet in ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell, unterfüttert mit sozialistischen Ideen bei der Umsetzung – sei weltweit einmalig. Historisch sei sie von der europäischen und asiatischen Welt aus dem 19. und 20. Jahrhundert inspiriert, die Staatsgründer Lee Kwan Yew an der London School of Economics eingehend studiert habe. Darüber hinaus übe der Staat zwar Kontrolle über Grund und Boden aus, öffentliche und private Immobilienentwickler arbeiteten unter diesen Bedingungen aber hochprofitabel. Insgesamt wertet Haila Singapurs Lösung der Wohnungsfrage als überaus erfolgreich. Sie unterliegt jedoch keineswegs der naheliegenden Versuchung, Singapur als Blaupause für andere Länder zu reklamieren. Haila argumentiert stattdessen klug für länder- und kontextspezifische Untersuchungen, für die Singapur wichtiger Impuls- und Ideengeber mit Benchmark-Potenzial sein könne.

Aalbers analysiert die finanzialisierten Häusermärkte fallbezogen, indem er sie – anders als im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften – umsichtig und geschickt in ihre jeweiligen spezifischen sozialen und politischen Kontexte einbettet. Auf Wohnungsmärkten, auf denen der Staat – im Gegensatz zu den Privateigentümer_innen – oft historisch bedingt nur noch geringe Teile an Grund und Boden kontrolliere, müsse die Finanzialisierung – laut Autor – mit alternativen Maßnahmen begrenzt werden. Aalbers Überlegungen basieren vor allem auf den Exzessen der gescheiterten finanzialisierten, neoliberalen Wohnungspolitik in vielen westlichen Ökonomien, für deren wenige Gewinner_innen und viele Verlierer_innen er nicht zuletzt den versteckten Wohlfahrtsstaat (*hidden welfare state*, siehe Howard 1999) verantwortlich macht. Steuererleichterungen und staatliche Garantien des Wohlfahrtsstaates verbesserten unter anderem insbesondere den Zugang der sozialen Mittelschicht und höheren Einkommensklassen zu Wohneigentum. Dagegen seien nicht nur die Menschen der unteren Einkommensschichten

bei den politischen Wohlfahrtsmaßnahmen vergessen worden, sondern auch die Haus- und Mietpreise seien in die Höhe geschossen und für Letztere unerschwinglich. Muss es also privatisiertes, kommodifiziertes, finanzialisiertes Wohnen wirklich geben? Aalbers schlägt unaufgeregt und präzise vor, dem *hidden welfare state* auf den neoliberalisierten Wohnungsmärkten ein Modell des öffentlichen Wohnens entgegenzusetzen. Denn resümierend sei es der Staat, der (verzerrte) Anreize für eine Wohnungspolitik setze, die Finanzialisierung ermögliche, einen Nachfrageüberhang mit steigenden Preisen auf den Wohnungsmärkten schaffe und Kapital immer mehr Kapital auf den Wohnungsmärkten nachfragen lasse:

„... house prices are not primarily driven by the development of the demand and supply of housing units (although they can surely make a difference of secondary order) but rather by the demand and supply of finance to both housing consumers (primarily in the form of mortgage loans) and housing producers (through a range of financial instruments to real estate developers, construction firms and different types of landlords).“ (Aalbers 2016: 110)

Aalbers schließt sein Buch mit einem umsichtigen Manifest für Maßnahmen zur Förderung eines gerechteren Wohnungsmarktes, das er aus seiner empirischen Analyse verschiedener westlicher Wohnungsmärkte ableitet. Diesbezügliche Maßnahmen beinhalten insbesondere eine stärkere Einbeziehung der unteren Einkommensschichten in staatliche Wohnungsförderung, um die de facto Subventionierung besser gestellter Einkommensgruppen durch fiskalische und steuerliche staatliche Unterstützung in den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau umzulenken. Auch die Förderung alternativer Wohnformen – bei denen Wohnen als soziales Gut und nicht als handelbare Ware und Finanzvermögen verstanden werde und somit den Nutzwert des Wohnens über seinen Tauschwert stehe – zählt Aalbers dazu. Zudem müsse politisch eine Neuregulierung des Hypothekenmarkts sowie eine restriktivere Kreditvergabe – gekoppelt an die Höhe des individuellen Einkommens – durchgesetzt werden.

Die Grundstücks- und Wohnungsmärkte *müssen* zusammengedacht werden, das verdeutlichen beide Autor_innen trotz ihrer unterschiedlichen, aber sich ergänzenden Schwerpunktsetzung. Für eine zukunftsweisende, gerechtere Wohnungspolitik offerieren beide Werke interessante Denkanstöße abseits des Hayekschen Liberalismus, auf dessen Grundlage sich viele westliche Bodenmärkte – und, wie gezeigt, Wohnungsmärkte – historisch entwickelten. Hier nun, angesichts des zunehmenden gesellschaftlichen Auseinanderdriftens, ideologisch und politisch neue Impulse zu setzen, dafür machen beide Autor_innen spannende Angebote. Es ist an uns, diese zu nutzen und zu diskutieren.

Autor_innen

Sabine Dörry beschäftigt sich u. a. mit Fragen des Zusammenspiels von Wohn- und Büroimmobilienmärkten, sowie den relationalen Logiken von Finanzzentren.
sabine.doerry@liser.lu

Literatur

- Aalbers, Manuel B. (2016): *The Financialization of Housing*. London: Routledge.
- Eurostat (2016): *Wohneigentumsquoten in ausgewählten europäischen Ländern im Jahr 2015*. Luxembourg: Eurostat.
- Farahani, Ilia / Clark, Eric (2016): *Financialisation of Built Environments: Urban Governance, Social Geographies, and Sustainability*. Lund: Lund University.
- Haila, Anne (2016): *Urban Land Rent. Singapore as a Property State*. Chichester: Wiley Blackwell.
- Harvey, David (1985): *The Urbanization of Capital. Studies in the History and Theory of Capitalist Urbanization*. Baltimore, Maryland: The John Hopkins University Press.
- Harvey, David (2002): *The Art of Rent: Globalisation, Monopoly and the Commodification of Culture* *Socialist Register*, 38. <http://socialistregister.com/index.php/srv/article/view/5778/2674#.WRGvL2mGPIU> (letzter Zugriff am 3.3.2017).
- Hayek, Friedrich August von (1945): *The use of knowledge in society*. In: *The American Economic Review* 35/4, 519-530.
- Howard, Christopher (1999): *The Hidden Welfare State: Tax Expenditures and Social Policy in the United States*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Keynes, John Maynard (1935): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Palgrave MacMillan.
- Marshall, Alfred (1956 [1890]): *Principles of Economics*. London: Macmillan.
- Marx, Karl (2008 [1894]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: Dietz Verlag.
- Mill, John Stuart (1909 [1848]): *Principles of Political Economy*. London: Grenn and Co.
- Pigou, Arthur Cecil (1912): *Wealth and Welfare*. London: Macmillan and Co.
- Turner, Aidar (2016): *Between debt and devil. Money, credit, and fixing global finance*: Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Blackbox Verdrängung: Die vergessene Seite der Medaille

Rezension zu Ilse Helbrecht (Hg.) (2016): *Gentrifizierung in Berlin – Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien*. Bielefeld: transcript.

Stefania Animento

Warum werden Menschen, die in Innenstadtgebieten Berlins wohnen, zunehmend aus ihrem Wohnort verdrängt? Wie reagieren sie auf den in der Stadt steigenden Verdrängungsdruck und wohin ziehen sie, nachdem der Verdrängungsprozess sich vollgezogen hat? Der im September 2016 erschienene Sammelband *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien* adressiert diese Fragen und liefert dabei einen wichtigen Beitrag zur Berliner Gentrifizierungsforschung. Das Buch ist eine Sammlung von Berichten von Forschungsprojekten, die Studierende des Masterstudiengangs „Geographie der Großstadt“ an der Humboldt Universität zu Berlin zwischen 2012 und 2016 durchgeführt haben. Herausgeberin ist die Dozentin und Direktorin des Geographischen Instituts Ilse Helbrecht. An der Publikation haben neben den Studierenden auch die Stadtforscher Daniel Förste, Matthias Bernt, Andrej Holm und Guido Schulz mitgewirkt.

Das zentrale Anliegen der Veröffentlichung liegt darin, den Fokus der Gentrifizierungsforschung verstärkt auf Verdrängung zu legen und damit die mit Gentrifizierungsprozessen verbundenen dramatischen sozialen Folgen empirisch fundiert darzulegen. Das Vorhaben ist sehr begrüßenswert, denn Verdrängung bleibt weiterhin eine weniger untersuchte Seite von Gentrifizierungsprozessen, worauf Helbrecht in ihrem einführenden Beitrag hinweist. Dafür gibt es verschiedene Gründe, die in der internationalen Stadtforschung bereits analysiert wurden (Atkinson 2000, Hamnett 2003). Zum einen wird darauf verwiesen, dass die Verdrängten das durch Aufwertungsprozesse betroffene Quartier verlassen und somit nicht mehr zu erreichen sind (S. 13). Zum anderen können auch statistische Daten über Umzüge innerhalb der Stadt lediglich die Strömungen zwischen Gebieten oder innerhalb eines Gebietes aufzeigen, nicht aber unmittelbar die Gründe für Umzüge offenbaren. Auch wenn statistische Daten wichtige Hinweise auf Verdrängungsprozesse liefern, bleibt es trotzdem schwierig nachzuweisen, dass Wegzüge aus sich gentrifizierenden Gebieten tatsächlich unfreiwilliger Natur sind. Die Erfahrung der Verdrängung wird oft aufgrund individueller Anpassungsmechanismen aus der Narration der eigenen Geschichte ‚verdrängt‘. Dies zeigt auch der Beitrag von Camilo Betancourt, der die

‚Dissonanztheorie‘ von Häußermann/Siebel (2000) heranzieht, um zu erklären, warum aus dem Viertel Prenzlauer Berg verdrängte Menschen im Interview eher dazu neigten, ihre neue Wohnsituation als positiv zu bewerten, da ihnen jegliche Alternative zu einem Wegzug unmöglich schien (S. 262). Wie Bernt und Förste in ihrem Kapitel anmerken, ist die „Black-Box Verdrängung“ ein methodologisch schwer zu fassendes Phänomen (Bernt/Förste 2016: 45ff.).

Trotz der Schwierigkeiten, Verdrängung empirisch zu dokumentieren, schafft es das Buch, den Leser_innen ein allgemeines Bild zu Verdrängungsprozessen in der Stadt zu vermitteln. Dem Sammelband gelingt es dementsprechend, die Forschungslücke zum Phänomen der Verdrängung in Berlin zu verkleinern. Es zeigt sich hierbei, dass es einer Vielfalt an Herangehensweisen bedarf, um die verschiedenen Gesichter der Verdrängung aufdecken zu können. Dies geht auch aus der Diversität der Methoden hervor, die in den studentischen Projekten angewandt wurden, wie semi-standardisierte, biographische und Experteninterviews, Dokumentenanalysen und statistische Analysen. Die Untersuchungen werden außerdem auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen verortet, also auf gesamtstädtischer (Döring/Ulbricht), bezirklicher (Koch et al.), Nachbarschafts- (Scheer) und Mietshausebene (Ertelt et al.). Positiv erscheint auch das Bestreben, die Ergebnisse studentischer Projekte zu diesem Thema darzustellen, die sonst eher selten veröffentlicht werden. Es wird gezeigt, dass Studierende erfolgreich in Forschungsprojekte eingebunden werden und verlässliches Wissen über gesellschaftlich relevante Fragen generieren können. Allerdings wirken die theoretischen Teile der Beiträge etwas redundant und hätten besser editorisch begleitet werden können. Eine gemeinsame theoretische Einführung hätte Wiederholungen vermieden und mehr Vertiefung in den einzelnen Beiträgen ermöglicht. Weiterhin sind die Beiträge nicht thematisch eingeordnet: Es wird der_dem Leser_in überlassen, die Ergebnisse der Einzelprojekte miteinander in Verbindung zu bringen. Nichtsdestotrotz kann der Band als eine Quelle spannender Hypothesen und Argumente dienen, die im Rahmen größerer Forschungsvorhaben weitergeführt werden könnten. Auch wird ein Überblick über die Verdrängungs- und Gentrifizierungsforschung in Berlin gegeben: Wer hat zu welchen Themen geforscht? Wo wird weitere Forschung benötigt?

Aus der Zusammensetzung der Schwerpunkte der Beiträge ergibt sich, dass insbesondere in drei Bereichen neue Erkenntnisse über die „Blackbox Verdrängung“ zu gewinnen sind. Erstens zeigen die Untersuchungen räumlicher Muster der Aufwertung und der Verdrängung, dass Verdrängung am besten durch die Anwendung innovativer Methoden und Triangulation von Daten gefasst werden kann. Zweitens wird der Fokus auf die Rolle des Staates als regulierende Instanz von Verdrängungsprozessen, insbesondere im Segment des Sozialen Wohnungsbaus, gesetzt. Drittens wird auf neu entstehende Marginalisierungsprozesse auf dem Wohnungsmarkt und die dadurch verursachten individuellen und kollektiven Strategien verwiesen. Im Folgenden werde ich versuchen, die theoretischen und empirischen Gewinne in den benannten Themenfeldern zu erläutern.

1. Innovative Methoden zur Untersuchung städtischer Verdrängungsmuster

Die Beiträge von Bernt/Förste, Koch et al., Döring/Ülbricht und Holm/Schulz beschäftigen sich mit unterschiedlichen Ansätzen der Untersuchung räumlicher Verdrängungsmuster. Anhand der Abwanderungsdaten aus dem Gebiet Prenzlauer Berg zwischen 1994 und 2010 zeigen zum Beispiel Bernt und Förste, wohin die Anwohner_innen durch Gentrifizierung verdrängt wurden. Eine Wanderung an den Stadtrand gab es zur Jahrtausendwende noch kaum, da zu dieser Zeit andere innerstädtische Gebiete noch bezahlbar waren. Ein Blick auf die heutigen Daten zeigt, dass dies heute weniger zutrifft, da praktisch alle Gegenden innerhalb des S-Bahn-Rings (dieser wird als Grenze der Berliner Innenstadt wahrgenommen) durch Aufwertungs-dynamiken betroffen sind (siehe Döring/Ülbricht und Holm/Schulz im Band). Wie eine aktuelle Umfrage des Forsa-Instituts belegt hat, sind sich die Bewohner_innen zentraler Wohngebiete mit niedrigem bis mittlerem Einkommen zunehmend bewusst, dass ihre Wohnsituation sich zukünftig verschlechtern könnte (Bombosch 2017). Diese These wird auch durch das Forschungsprojekt von Simon Koch, Marrike Kortus, Christine Schierbaum und Stephanie Schramm bestätigt. Die Studierende dokumentieren in ihrem Beitrag zu Wunschwohnorten, dass Kreuzberger_innen zwar im Fall einer durch Mietererhöhung verursachte Verdrängung lieber in einen geographisch nahen Wohnort umziehen möchten, sich aber bewusst sind, dass dies aufgrund der steigenden Mieten zunehmend schwierig wird. Abwanderungen an die Ränder Berlins sind schließlich heute häufiger, wobei der Wohnungsmarkt auch in den Randbezirken mittlerweile angespannt ist.

Christian Döring und Klaus Ulbricht kombinieren die Berechnung von Daten zu Abwanderungsvolumen, Veränderung der Bevölkerungsstruktur und Wohnungswirtschaft in Gentrifizierungsgebieten mit der Auswertung der Datenbank der kommunalen Wohnungsgesellschaft Degewo. Dadurch versuchen sie die neuen Wohnorte der Mieter_innen ausfindig zu machen, die durch eine Aufwertung stark betroffener Teilgebiete Kreuzbergs weggezogen sind.

Eine sehr innovative Methode zur Gentrifizierungsforschung wird außerdem im Beitrag von Andrej Holm und Guido Schulz vorgestellt. Es handelt sich um das Gentrimap-Projekt[1], ein benutzerfreundliches Kartenprojekt, das auch ‚Laien‘ ermöglicht, die Prozesse der Gentrifizierung in der Stadt auf einfache Weise zu visualisieren. Um Gentrifizierung messbar zu machen, wird sie zuerst als „Konjunktion von sozialer und immobilienwirtschaftlicher Aufwertung“ (S. 300) definiert. Dadurch werden sowohl Nachfrage- als auch Angebotskomponente der Gentrifizierung einbezogen. Um die zwei Variablen zu quantifizieren, bildeten Holm und Schulz dann zwei Indizes – einen „Immoindex“ (zur Messung der immobilienwirtschaftlichen Aufwertung) und einen „Sozialindex“ (zur Messung der verdrängungsinduzierenden sozialen Aufwertung). Für jedes Gebiet Berlins zeigt die Kombination der Werte der zwei Indizes, inwieweit das Gebiet durch Gentrifizierungsprozesse betroffen ist. Die Indizes wurden durch eine Shift-Share-Analyse so berechnet, dass sie gebiets-spezifische Abweichungen vom gesamtstädtischen Trend quantifizieren können (ebd.: 302). Somit können sowohl Gentrifizierungsprozesse in

verschiedenen Teilen der Stadt quantitativ miteinander verglichen werden als auch gesamtstädtische Aufwertungsdynamiken in den Blick genommen werden. Die Gentrimap erweist sich schließlich als ein kollaboratives, reproduzierbares und offenes Karten- und Messmodell für Gentrifizierung, das sich für weitere Ergänzungen und Analysen anbietet. Eine wünschenswerte Erweiterung könnte zum Beispiel das Ziel haben, das Modell durch Daten der Verdrängung zu ergänzen, damit auch diese zentrale Komponente der Gentrifizierung besser begreifbar gemacht werden kann.

2. Der Staat als Akteur der Verdrängung

Das Buch leistet einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Rolle des Staates beziehungsweise staatlicher und lokaler Institutionen bei der Regulation und Steuerung von Verdrängungsprozessen. Da der Staat vermehrt aktiv in Gentrifizierungsdynamiken mitwirkt (Bernt 2012), ist die Frage danach berechtigt, ob er auch über eine relevante Gestaltungsmacht von Verdrängungsdynamiken verfügt. Zwei Aspekte werden besonders hervorgehoben, die die Verwicklung von staatlicher Regulation und Verdrängung am Beispiel Berlin aufdecken: erstens die Verdrängung im (ehemaligen) sozialen Wohnungsbau und zweitens die Wohnsituation von ALG-II-Empfänger_innen. Im ersten Fall beschäftigen sich Greta Ertelt, Carlotta-Elena Schulz, Georg Thieme, Christian Uhlig und Lisa Scheer mit den ‚Besonderheiten‘ der Berliner und generell der deutschen Förderung des Sozialen Wohnungsbaus, die eher als „Bauwirtschaftsförderung mit sozialer Zwischennutzung“ bezeichnet werden kann (Donner 2000: 200). Angelehnt an das von Neil Smith (1979) entwickelte Konzept der Ertragslücke (*rent gap*) sprechen Ertelt et al. diesbezüglich von einer *state made rental gap*. Dabei meinen sie, dass das Zusammenfallen des in Berlin angewandten Systems zur staatlichen Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus und der temporären Aufhebung der Belegungsbindungen[2] eine Ertragslücke geschaffen hat, von der die Wohnungsunternehmen reichlich profitiert haben (S. 144). Durch die seit dem Wegfall der Anschlussförderung (2003) drastisch ausgefallenen Mieterhöhungen bis zur ursprünglichen Kostenmiete sind Mieter_innen im sozialen Wohnungsbau teilweise stärkerem Verdrängungsdruck ausgesetzt als dies im frei finanzierten Wohnungsmarkt der Fall ist. Der Beitrag von Nelly Grotefeld, Malve Jacobsen, Tanja Kohlsdorf und Lina Wegener setzt zweitens den Fokus auf die dramatische Situation von ALG-II-Empfänger_innen, deren Mieten bis über die Obergrenze der zugelassenen Kosten der Unterkunft erhöht werden. In diesem Fall wird die Erhöhung durch das Jobcenter nicht übernommen, sodass die Betroffenen unter starken Verdrängungsdruck geraten. Es wird dabei klar, dass nicht nur direkte staatliche Regulierungen auf dem Wohnungsmarkt einen Einfluss auf Verdrängungsdynamiken haben, sondern die Wohnverhältnisse der Menschen durch den Staat auch indirekt verschlechtert oder verbessert werden können.

3. Aktuelle Marginalisierungsprozesse auf dem Wohnungsmarkt

Der Beitrag von Grotefeld et al. befasst sich mit einem weiteren Themenfeld, mit dem sich die Studierenden beschäftigen haben: aktuelle

Marginalisierungsprozesse auf dem Wohnungsmarkt. Immer wieder erwähnen die Autor_innen, dass bisher verschiedene Formen der Verdrängung, das heißt sowohl physische, ökonomische und kulturelle als auch symbolische Verdrängung durch die Gentrifizierungsforschung aufgedeckt worden sind (vgl. Marcuse 1985). Die Studierenden legen Gewicht darauf, die Mehrdimensionalität der Verdrängung in ihren Forschungsergebnissen hervorzuheben. Eine Studie über Melbourne hat zum Beispiel gezeigt, dass Verdrängungsdruck einen Verlust an Zugehörigkeit und Wohlfühl verursacht, selbst wenn Haushalte durch die Anwendung verschiedener Strategien im aufgewerteten Gebiet verbleiben können (Shaw/Hagemans 2015). Der Verlust an Zugehörigkeit geht mit den Anpassungsstrategien einher, die dazu eingesetzt werden, im Wohngebiet zu bleiben. Dies wurde bereits in den 90er Jahren im deutschsprachigen Raum als ‚Verdrängung aus dem Lebensstil‘ bezeichnet (Blasius 1994). Entsprechende Bleibestrategien, zum Beispiel das Einsparen anderer Ausgaben oder die Reduzierung des individuellen Wohnraums, werden durch Grotefeld et al. am bereits benannten Beispiel untersucht. Die Option eines Umzugs ist für durch Mieterhöhungen betroffene ALG-II-Empfänger_innen meist ohnehin ausgeschlossen, da im angespannten Berliner Wohnungsmarkt gerade im unteren Preissegment ein Mangel von circa 55.000 Wohnungen zu verzeichnen ist, wie Holm in seiner Studie zum Wohnungsversorgungsbedarf kürzlich belegt hat (Holm 2016a).

Paul Neuperts Beitrag zeigt weitere Formen der Marginalisierung auf dem Wohnungsmarkt auf. Er beschreibt die Situation von Menschen, die aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum einen Campingplatz am Rand der Stadt als permanenten Wohnort nutzen. Es wird dargestellt, wie unter den Bedingungen des steigenden Verdrängungsdrucks und der Wohnungsnot neue Formen des Wohnens entstehen, die die bisher als normal empfundenen Wohnstandards in Frage stellen. Der Autor verweist darauf, dass diese sich nun auch in Deutschland verbreitenden Prozesse der Prekarisierung, Temporärisierung und Informalisierung des Wohnens bereits seit Jahren in den USA zu beobachten sind – insbesondere seit dem Beginn der Finanzkrise 2008, wie Desmond (2016) in seiner fesselnden Ethnographie über Zwangsräumungen in *trailer parks* dokumentiert hat. Während der Verdrängungsdruck steigt, entwickeln Betroffene also immer neue Strategien, um mit der sich verschlechternden Situation umzugehen.

Durch Verdrängung bedrohte Menschen entwickeln aber nicht nur individuelle Strategien, sondern schaffen es teilweise auch, sich kollektiv gegen Aufwertung und Gentrifizierung zu wehren. Lisa Scheer dokumentiert in ihrem Beitrag die Organisation und die Proteste der Mieter_innengemeinschaft Kotti & Co, die sich gegen Mietererhöhungen im ehemaligen Sozialen Wohnungsbau rund um das Kottbusser Tor gebildet hat. In ihrem Beitrag geht es vor allem um die Frage, ob und wie Gentrifizierung gestoppt werden kann. Am Beispiel von Kotti & Co werden Strategien für weitere Kämpfe für das Recht auf Wohnen und das Recht auf Stadt erläutert, wie zum Beispiel das Ausüben politischen Drucks auf stadtpolitische und wohnungswirtschaftliche Akteur_innen durch mediale Aufmerksamkeit. Die Errungenschaften des Protests werden von den Mieter_innen selbst lediglich als Teilerfolge eingeschätzt. Trotzdem zeigt die Erfahrung von Kotti & Co, dass kollektives Handeln den besten Weg darstellt, um sich der durch die Verdrängung verursachte

Vereinzelung entgegenzustellen. Die Bekanntmachung der Mieterhöhungen ist dabei der erste Schritt, der es Bewohner_innen ermöglicht, direkten Einfluss auf die Stadtpolitik zu nehmen.

4. Eine neue Generation kritischer Stadtforscher_innen?

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Sammelband *Gentrifizierung in Berlin – Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien* interessante und aktuelle Erkenntnisse über das Phänomen der Verdrängung in Berlin liefert. Trotz einem Mangel an Struktur und den teilweise wenig ausgearbeiteten theoretischen Ansätzen der Beiträge gelingt es den Autor_innen, verschiedene Facetten der Verdrängung empirisch zu erläutern, und somit Anstöße für weitere Forschung zu geben. Die Herausgeberin Helbrecht weist zu Recht darauf hin, dass angesichts der anhaltenden Wohnungskrise in Berlin verstärkt kritische Stadtforschung benötigt wird. Der Sammelband dient dazu, das Feld der Gentrifizierungsforschung in Berlin zu bereichern und auszudifferenzieren und zeigt, dass nicht nur etablierte Forscher_innen in der Lage sind, wertvolles Wissen zu erzeugen, das für die sozialen Stadtbewegungen von entscheidender Bedeutung sein kann.

Allgemein betrachtet kann es auch kritisch gesehen werden, dass oft auch Studierende dem im neoliberalen Wettbewerb allgegenwärtigen Veröffentlichungsdruck ausgesetzt werden. Dennoch lässt sich *Gentrifizierung in Berlin* eher als positiver Versuch betrachten, den Studierenden eine Möglichkeit zu bieten, sich in der Produktion kritischen Wissens über gesellschaftlich höchstrelevante Themen zu engagieren. Ob und inwieweit die Produktion kritischen Wissens an Universitäten möglich bleibt, ist eine Frage der Kämpfe und Auseinandersetzungen, die um diese Institutionen geführt werden. Dabei ist es ohnehin an den gegenwärtigen und zukünftigen Stadtforscher_innen, auch die Arbeitsbedingungen der akademischen Wissensproduktion in Frage zu stellen.

Endnoten

- [1] Das Projekt ist unter <http://gentrimea.lepus.uberspace.de/> abrufbar (letzter Zugriff am 3.5.2017).
- [2] Dabei ist das sogenannte Kostenmietensystem gemeint, das es den Eigentümer_innen ermöglicht, die Mieten nach dem Ende der Grundförderung bis zur sogenannten Kostenmiete anzuheben. Wie sowohl damalige als auch aktuelle Studien bewiesen haben, wurde die Kostenmiete angesichts der realen Kosten für den Wohnungsbau viel zu hoch berechnet (Holm 2016b).

Autor_innen

Stefania Animento ist Stadtsoziologin. Ihre Schwerpunkte sind Migration und Mobilität, Wohnen, soziale Klasse und politische Ökonomie.
s.animento@campus.unimib.it

Literatur

- Atkinson, Rowland (2000): Measuring gentrification and displacement in Greater London. In: *Urban Studies* 37, 149-166.
- Bernt, Matthias (2012): The ‚double movements‘ of neighbourhood change: Gentrification and public policy in Harlem and Prenzlauer Berg. In: *Urban Studies* 49/14, 3045-62.
- Blasius, Jörg (1994): Verdrängungen in einem gentrifizierten Gebiet. In: Jens Dangschat / Jörg Blasius (Hg.): *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich, 408-425.
- Bombosch, Frederik (2017): Jeder zweite Berliner fürchtet, bald seine Wohnung zu verlieren. <http://www.berliner-zeitung.de/26296368> (letzter Zugriff am 5.4.2017).
- Desmond, Matthew (2016). *Evicted: Poverty and Profit in the American City*. New York: Crown/Archetype.
- Donner, Christian (2000): *Wohnungspolitik in der Europäischen Union: Theorie und Praxis*. Wien: Eigenverlag.
- Hamnett, Chris (2003): Gentrification and the middle-class remaking of Inner London, 1961-2001. In: *Urban Studies* 40/12, 2401-26.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walther (2000): *Soziologie des Wohnens: Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim und München: Juventa.
- Holm, Andrej (2016a): Sozialer Wohnraumversorgungsbedarf in Berlin. Studie im Auftrag: DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.
- Holm, Andrej (2016b): (Un)sozialer Wohnungsbau. Schwerpunkt der Berliner Verdrängungsdynamik. In: *Berliner Hefte zu Geschichte und Gegenwart der Stadt 2 (Die Legende vom Sozialen Wohnungsbau)*, 13-99.
- Marcuse, Peter (1985): Gentrification, abandonment, and displacement: Connection, causes, and policy responses in New York City. In: *Journal of Urban and Contemporary Law* 18/1, 195-240.
- Shaw, Kate / Hagemans, Iris W. (2015): „Gentrification without displacement“ and the consequent loss of place: the effects of class transition on low income residents of secure housing in gentrifying areas. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39/2, 323-341.
- Smith, Neil (1979): Toward a theory of gentrification. A back to the city movement by capital, not people. In: *Journal of the American Planning Association* 45/4, 538-548.

„Unternehmen Sie etwas!“

Rezension zu Barış Ülker (2016): *Enterprising Migrants in Berlin*. Bielefeld: transcript.

Antonie Schmiz

In seinem Buch *Enterprising Migrants in Berlin*, das auf seiner an der Central European University eingereichten Dissertation beruht, geht Barış Ülker der Frage nach, warum und unter welchen politischen Rahmenbedingungen ethnisches Unternehmertum in Berlin gefördert wird. Die explorative ethnographische Studie, die in einem Zeitraum von vier Jahren durchgeführt wurde, zeichnet sich durch eine große Methodenvielfalt aus. Neben qualitativen Interviews mit migrantischen Unternehmer_innen werden Expert_innen aus Politik, Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Verbänden und Vereinen sowie deutsche Unternehmer_innen befragt, die zunächst systematisch ausgewählt und in einem weiteren Schritt per Schneeballsystem gewonnen werden. Besonders hervorzuheben ist die Vorgehensweise in der Wahl von Interviewpartner_innen und Gesprächsführung, bei der Ülker stets von der Expertise beziehungsweise der Selbstzuschreibung der Gesprächspartner_innen zur Kategorie ‚migrantische Unternehmer‘ und nicht vom Gegenstand der migrantischen Ökonomie ausgeht. Die Reflexion dieser Vorgehensweise verdeutlicht den kritischen Umgang des Autors mit der Konstruktion migrantischer Ökonomie durch die Forschung, die noch allzu oft in die aufgezeigte methodologische Falle tappt. Seine ethnographische Erhebung komplettiert Ülker durch eine Reihe teilnehmender Beobachtungen und unterlegt sie mit statistischen Daten, bildlichem Material, einer Medienanalyse sowie einer Dokumentenanalyse.

Den Rahmen des Buches liefert ein programmatisch gestützter Toleranzdiskurs. Dieser wird anhand von Programmen und Förderlinien gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit veranschaulicht, die sowohl auf der Berliner Landes- als auch auf Bundesebene das Fundament für die diskursive Einbettung ethnischen Unternehmertums in die Sozialpolitik legen. Diese Politik wird unter anderem durch die Adressierung ethnischen Unternehmertums in Programmen wie „Soziale Stadt“ unterstützt, das Ülker als eine Politik des aktivierenden Staates kritisiert. Damit greift Ülker im Kern seines Buches zwei aktuelle Debatten auf – zum einen hinterfragt er die politische Einordnung der migrantischen Ökonomie in die Sozialpolitik statt etwa in die Wirtschaftspolitik. Diese Debatte hat in der Forschung zu migrantischen Ökonomien eine große

Aktualität und Relevanz. Sie konzentriert sich auf die politische Frage, ob migrantische Unternehmen eine Sonderförderung erhalten sollten oder ob die zielgruppenübergreifende Wirtschaftsförderung von Institutionen wie IHK und IBB sie als kleine und mittelständische Unternehmen ausreichend unterstützen können (vgl. Husseini de Araújo/Weber 2014).

Zum anderen thematisiert Ülker ethnisches Unternehmertum als willkommenes Ergebnis neoliberaler Politiken des aktivierenden Staates. Diese Politiken unterscheidet er in neoliberale Stadtpolitiken und liberale Wirtschaftspolitiken. Als neoliberale Stadtpolitik adressiert die ‚Willkommenskultur‘ vor allem hochqualifizierte und hochmobile globale Eliten. Als liberale Wirtschaftspolitik zielt ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ darauf ab, Personen mit Migrationshintergrund unternehmerisch zu aktivieren, da sie somit in Relation zu ihren Qualifikationen den höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen erbringen – bei möglichst niedriger Belastung der Sozialsysteme. Seine These unterlegt Ülker, indem er Programme und Initiativen der Unterstützung migrantischer Ökonomien in Politiken neoliberaler Stadtentwicklung und europäischer Sozialpolitik einordnet. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten Mittel für diese Initiativen nicht etwa aus Wirtschaftsförderprogrammen, sondern aus Sozialstrukturprogrammen stammen.

Durch diese Bearbeitung der beiden skizzierten Debatten kommt Ülker zum Kernpunkt einer Ambivalenz, die die ethnische Ökonomienforschung normativ durchsetzt. Geht die Forschung über eine reine Grundlagenforschung hinaus und adressiert die politische Praxis, stellt sich die Frage: Ist eine Sonderförderung und die damit einhergehende positive Diskriminierung zu vermeiden, da sie in die ‚*ethnic trap*‘, die Falle des kultur-essentialistischen ‚*othering*‘ tappt und damit Differenz (re-)konstruiert? Oder ist sie auf der Grundlage des Toleranzdiskurses als Ausgleich struktureller Diskriminierungen und Benachteiligungen politisch zu legitimieren?

Dieser Frage geht Ülker auf der Basis einer umfassenden Literaturanalyse nach. Als dominierende Erklärungslinien für ethnisches Unternehmertum stellt er zum einen die sogenannte „Berliner Schule“ der migrantischen Ökonomienforschung heraus, die von strukturalistischen Ansätzen dominiert wird und migrantische Unternehmer_innen als Verlierer_innen des deutschen Arbeitsmarktes und der Gesetzeslage versteht. Als zweite Erklärungslinie benennt er die Kritik an der Essentialisierung von Kultur als Movers für migrantisches Unternehmertum. Ülker schließt sich keiner dieser beiden Erklärungslinien an, sondern fordert das ihnen zugrundeliegende Verständnis von Kultur, Nation und Ethnizität heraus. Er sucht weder nach einer historischen Erklärung noch nach institutionellen Mechanismen, sondern nach Brüchen und Unstimmigkeiten in der strukturalistischen Erklärungslinie. Er gesteht der essentialismuskritischen Perspektive zu, dass es nicht bestimmte Eigenschaften von Migrant_innen sind, die ihr Unternehmertum begünstigen, entgegnet ihr jedoch, dass es die Vielseitigkeit dieser Form des Unternehmertums ist – seine Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Kapazität und sein strategisches Potential, unterschiedliche Ressourcen zu mobilisieren. Dabei fordert er die Binarität der essentialismuskritischen Perspektive heraus, die sich durch die Überwindung kultureller Zuschreibungen bei gleichzeitiger Akzeptanz der Koexistenz unterschiedlicher Kulturen ergibt und damit im methodologischen Nationalismus verhaftet bleibt (Wimmer/Glick Schiller 2003).

Für Berlin bietet migrantisches Unternehmertum einen Pfeiler der Selbstvermarktung im Sinne Richard Floridas, was sich in dem Leitspruch „Sei Gast, sei willkommen, sei Berlin“ manifestiert. In dieser Willkommenskultur, der sich aktuell zahlreiche Metropolen in einem vermeintlichen Konkurrenzkampf um Kapital und Einwohner anschließen, lässt sich ethnisches Unternehmertum als multikulturelles Flair inszenieren. Es bildet eine neue Konsumlandschaft für kosmopolitische Stadtbewohner_innen und trägt zur Aufwertung bisher als benachteiligt bezeichneter Nachbarschaften bei. Neu ist dabei die Rolle der Stadtregierungen, die im Sinne eines „rescaling“ (Glick Schiller/Çağlar 2009) unterschiedliche Aufgaben des Nationalstaats übernehmen. In dieser neuen Position übergeben Stadtregierungen Verantwortung an migrantische Unternehmer_innen, die innerhalb ihrer ethnischen Netzwerke Hilfe zur Selbsthilfe leisten sollen, womit sich Stadtregierungen eines neoliberalen Leitprinzips bedienen. Neben dieser physisch-materiellen und symbolischen Inwertsetzung durch Städte ist in Ülkers Analyse insbesondere die Eigeninitiative migrantischer Unternehmer_innen von Relevanz. Der Widerspruch in dem Leitsatz „Sei Gast, sei willkommen, sei Berlin“ liegt in seiner Begrenzung des Willkommenseins auf den temporären Besucher als Gegenbild zum Migranten. Dies ist nicht nur eine zynische Parallele zu Gastarbeiter_innen, die auch nur ‚auf Zeit‘ willkommen waren. Die Bedingtheit der Toleranz drückt sich auch in einer Unterscheidung von Migrant_innen anhand ihres kulturellen und ökonomischen Potentials in ‚erwünschte‘ und ‚unerwünschte‘ Migrant_innen aus.

Das Buch nähert sich dem Phänomen des ethnischen Unternehmertums sowohl aus der Makro- als auch aus der Mikroperspektive. Aus Gesprächen mit 89 ethnischen Unternehmer_innen wählt Ülker fünf Personen aus und portraitiert sie und ihre Erzählungen als Fallstudien. Die ethnographische Studie analysiert unternehmerische Praktiken von Migrant_innen in dreierlei Hinsicht: der Selbstpräsentation der Unternehmer_innen, der Rahmenbedingungen für ihr Handeln und der von ihnen gestellten Wahrheitsansprüche. Als Ergebnis der Analyse stellt er eine häufige Bezugnahme auf die Grundprinzipien der Eigenverantwortung (‚Fördern und Fordern‘) und der Hilfe zur Selbsthilfe heraus. Auch das in Netzwerken gebundene Vertrauen und die Loyalität innerhalb der migrantischen Unternehmerschaft im Quartier, die zu einer reziproken Unterstützung jenseits staatlicher Unterstützung führen, sind ein zentrales Ergebnis der Arbeit.

In seine Analyse bezieht Ülker historische Hintergründe ein, die es ihm erlauben, das Zusammenspiel von Praktiken und rationalen Ordnungen in der Herausbildung ethnischen Unternehmertums einzuordnen. Die Entwicklung des ethnischen Unternehmertums in der deutschen Wirtschaftsgeschichte schildert Ülker in diachroner Perspektive anhand von Brüchen und Widersprüchen. Das Buch liefert eine detailliert recherchierte politische Ökonomie der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Dabei zeigt es auf, dass die seit Mitte der 1950er Jahre angeworbenen Gastarbeiter_innen als niedrig qualifizierte Arbeitskräfte im fordistischen Wirtschaftssystem gebraucht wurden, da sie durch ihre Lohnabgaben einen wichtigen Beitrag zum Sozialversicherungssystem leisteten. Als Steuerzahler_innen und Konsument_innen der Massenproduktionsgüter unterstützten sie zugleich das keynesianische Wirtschaftssystem. Dabei

problematisiert er, dass Staatsausgaben in den 1970er und 1980er Jahren weitestgehend in technologische Innovationen und in allgemeine ökonomische Restrukturierungen flossen, was zu Problemen bei der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates führte – insbesondere der Sozialpolitik. Die mit der Ölkrise 1973 verbundene Krise des Fordismus deutet Ülker als Wegbereiter für den Aufstieg kleiner und mittelständischer Betriebe. In diese neue Konkurrenzsituation bettet er das Entstehen von migrantischen Betrieben ein, die als Subunternehmer, Zulieferer und Joint Ventures flexibel auf die neuen Vorstellungen und Anforderungen des post-fordistischen Wirtschaftssystems reagieren konnten.

Im Kapitel „Re-Imagining Migrants“ nimmt Ülker dann gezielt türkische Unternehmer_innen in den Blick und fragt, warum diese nicht zur problematisierten Gruppe türkischer Migrant_innen gezählt werden, denen aufgrund hoher Arbeitslosenzahlen und Bezugszahlen von sozialen Transferleistungen Integrationsdefizite zugeschrieben werden. Dieser Frage geht er anhand der Berliner Wirtschaftsentwicklung und Migrationsgeschichte seit 1950 nach. So begründet er den Bedarf an Gastarbeiter_innen als Steuerzahler_innen und Arbeitskräften mit der in den 1970er und 1980ern betriebenen Subventionierung von (unwirtschaftlichen) Arbeitsplätzen und steuerlichen Erleichterungen in Westberlin durch Westdeutschland. Anhand einer Vielzahl von Primär- und Sekundärquellen und statistischer Daten zeigt Ülker, wie angesichts des ‚fehlenden Hinterlands‘ und der damit einhergehenden Schwierigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, türkische Gastarbeiter_innen die Lücke auf dem Westberliner Arbeitsmarkt füllen konnten.

Wie es Berlin schließlich gelingt, nach dem historischen Bruch des Mauerfalls ein neues Image aufzubauen, stellt Ülker anhand des Institutionengefüges der involvierten Akteure dar. In seiner Kontextualisierung der Berliner Wirtschaftsgeschichte belegt Ülker einen, größtenteils durch die Wiedervereinigung bedingten, gelenkten Strukturwandel in Berlin. Im Zuge dessen wurde zwischen 1991 und 1999 mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze in der Produktion abgebaut. In diese Zeit fällt auch die Entwicklung einer migrantischen Ökonomie, die in Berlin von einer Vielzahl von Akteuren, Institutionen und der lokalen Geschichte beeinflusst war. Dabei übten Banken durch die Finanzierung von Unternehmensgründungen und der benötigten Infrastruktur einen entscheidenden Einfluss aus.

Die zentralen Erklärungsansätze zu ethnischem Unternehmertum führt der Autor auf die Arbeiten der Soziologen Simmel, Sombart und Weber zurück, die Unternehmer als innovativ, und risikofreudig, aber auch als Fremde und Außenseiter in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts beschreiben. Erst durch Rationalisierung, Kalkulation und Nützlichkeit traten Unternehmer ins Zentrum der Gesellschaft. Damit wird der ethnische Unternehmer als Anderer konstruiert, der als Unternehmer frei im Wettbewerb agieren kann, aber eingebettet ist in Gesetze, Institutionen und soziale Netzwerke.

Einen weiteren Bruch in der politischen Steuerung des ethnischen Unternehmertums sieht Ülker in den 2005 eingeführten Hartz-IV-Reformen. Deren Ziele waren es, durch Ich-AG und Steuererleichterungen niedrig qualifizierte Personen als Selbständige in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Zuge dieser Reformen und der Agenda-2010-Politiken kamen neoliberale Arbeitsmarktpolitiken sehr deutlich zum Einsatz – so etwa im Nationalen

Aktionsplan zur Arbeitsmarktpolitik, in dem Individuen verstärkt dazu angehalten werden, Verantwortung zu übernehmen. So wird an die ethnischen Unternehmer_innen appelliert, als selbsternannte Schlüsselpersonen innerhalb ihres ethnischen Netzwerkes zu fungieren und über ihre Vertrauensbeziehungen ethnische Gemeinschaften zusammenzubringen.

Als sinnbildlich für eine städtische Strategie, durch die eine kompetitive, unternehmerische Stadtgesellschaft angerufen wird, deutet Ülker den Slogan der Investitionsbank Berlin (IBB), „Unternehmen Sie etwas“. Als Teil der eigenverantwortlichen Stadtgesellschaft werden ethnische Unternehmer einerseits als ambitionierte rationale Individuen gesehen und andererseits als Bindeglieder zu der ethnischen Gruppe, der sie zugeschrieben werden und für die sie wiederum auch Verantwortung übernehmen sollen. Die politische Erwünschtheit ethnischen Unternehmertums pointiert Ülker wie folgt:

„Ethnic entrepreneurship is about creating jobs, offering training, paying taxes, producing goods and services, making an economic profit and investing more. It is about people becoming more responsible to themselves, their families, and migrant groups [...]“ (S. 100)

Ausgehend von dieser These untersucht der Autor drei Initiativen in Berlin, die Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Eine davon ist die durch den Europäischen Sozialfonds finanzierte Initiative Selbständiger Immigrant_innen e.V. (ISI), die Gründer_innen in individuellen Beratungen und Seminaren nicht nur ‚hartes‘ unternehmerisches Knowhow vermittelt, sondern auch ‚weiche‘ Skills wie interkulturelle, soziale Kompetenzen und Vernetzungsfähigkeit in den Blick nimmt. Das Prinzip ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ wird anhand eines Portraits der Unternehmerin und ISI-Gründerin Nevin Dicle analysiert, die unternehmerische Eigenschaften wie Verantwortung, Effizienz und Enthusiasmus inkorporiert hat. Durch Nevin Dicles Minimierung sozialer Kosten bei gleichzeitiger Maximierung ökonomischen Profits übernimmt sie eine Vorbildfunktion und verkörpert die Politik des ‚Förderns und Forderns‘ der Kohl- und Schröder-Ära.

Auch der türkischen Pflegeökonomie, die Ülker anhand eines Familienunternehmens portraitiert, wird seitens des Staates eine Eigenverantwortung überlassen. So zitiert die interviewte Leiterin des Pflegebetriebes die ihr entgegengebrachte Ansicht: „The big Turkish family will take care of its members.“ (S. 164) Es ist einer der vielen Hinweise auf einen aktivierenden Staat, der seine Bevölkerung in die Pflicht nimmt, während er gleichzeitig eine zu starke Regulierung und Intervention meidet. Diese Form des Regierens deutet Ülker nach Foucaults Gouvernementalität als Säule des zurückhaltenden Staates, der eine neue Verteilung von Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft vorsieht.

Ebenfalls als Bindeglieder zwischen Staat und Gesellschaft fasst Ülker ethnische Netzwerke auf, die er anhand von drei türkischen Unternehmerverbänden in Berlin untersucht. Die in diesen Netzwerken gebundene ethnische Solidarität kann darüber hinaus mit theoretischen Konzepten der ethnischen Ökonomie erklärt werden, nach denen sie als Plattformen des materiellen und ideellen Austauschs zwischen türkischen Unternehmer_innen dienen.

Es ist einer der großen Mehrwerte des Buches, dass Ülker seine Thesen konsequent mit einer umfangreichen Empirie verbindet und in den

theoretischen Kapiteln erläuterte Konzepte fortlaufend und systematisch aufgreift. So gelingt es ihm aufzuzeigen, dass die Ausgestaltung einer ethnischen Ökonomie weder top-down durch die Pläne, Programme und Politiken von Expert_innen, Politiker_innen, Institutionen und Wissenschaftler_innen definiert wird, noch ausschließlich durch die *agency* der ethnischen Unternehmer_innen selbst. Er zeigt, dass es vielmehr das bewusste und unbewusste Zusammenwirken beider Seiten ist, das ethnisches Unternehmertum in seiner jeweiligen Erscheinungsform beeinflusst. Mit dieser Einbettung zwischen *structure* und *agency* positioniert der Autor sein Buch in einer der Kerndebatten sozialwissenschaftlicher Forschung, die aktuell auch die stadtbezogene Migrationsforschung zum Beispiel durch die Ansätze des *rescaling* beziehungsweise der lokalen Migrationsregime prägt (Glick Schiller/Çağlar 2009, Pott/Tsianos 2014). Nicht nur in Berlin, sondern auch auf nationaler und europäischer Ebene, so resümiert Ülker, werden ethnische Unternehmer_innen zu tolerierten Anderen, die auf sich selbst und auf „ihre“ ethnische Gemeinschaft Acht geben.

Autor_innen

Antonie Schmiz arbeitet als Geographin zu Migrations- und Stadtforschung, insb. gesellschaftliche Transformation durch Migration und städtischer Umgang mit Migration. antonie.schmiz@uni-osnabrueck.de

Literatur

- Glick Schiller, Nina/ Çağlar, Ayse (2009): Towards a comparative theory of locality in migration studies. Migrant incorporation and city scale. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35/2, 177–202.
- Husseini de Araújo, Shadia/ Weber, Florian (2014): “Migrantenökonomien” zwischen Wirtschaftsförderung und Diskriminierung - eine empirische Fallstudie am Beispiel der Stadt Nürnberg. In: Paul Gans (Hg), *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*. Forschungsberichte der ARL. Hannover: ARL, 365–380.
- Pott, Andreas/ Tsianos, Vassilis (2014): Verhandlungszonen des Lokalen. Potentiale der Regimeperspektive für die Erforschung der städtischen Migrationsgesellschaft. In: Jürgen Oßenbrügge/ Anne Vogelpohl (Hg.), *Theorien in der Raum- und Stadtforschung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 116–135.
- Ülker, Barış (2016): *Enterprising Migrants in Berlin*. Bielefeld: transcript.
- Wimmer, Andreas, Glick Schiller, Nina (2003): Methodological nationalism, the social sciences, and the study of migration. An Essay in Historical Epistemology. In: *International Migration Review* 37/3, 576–610.



